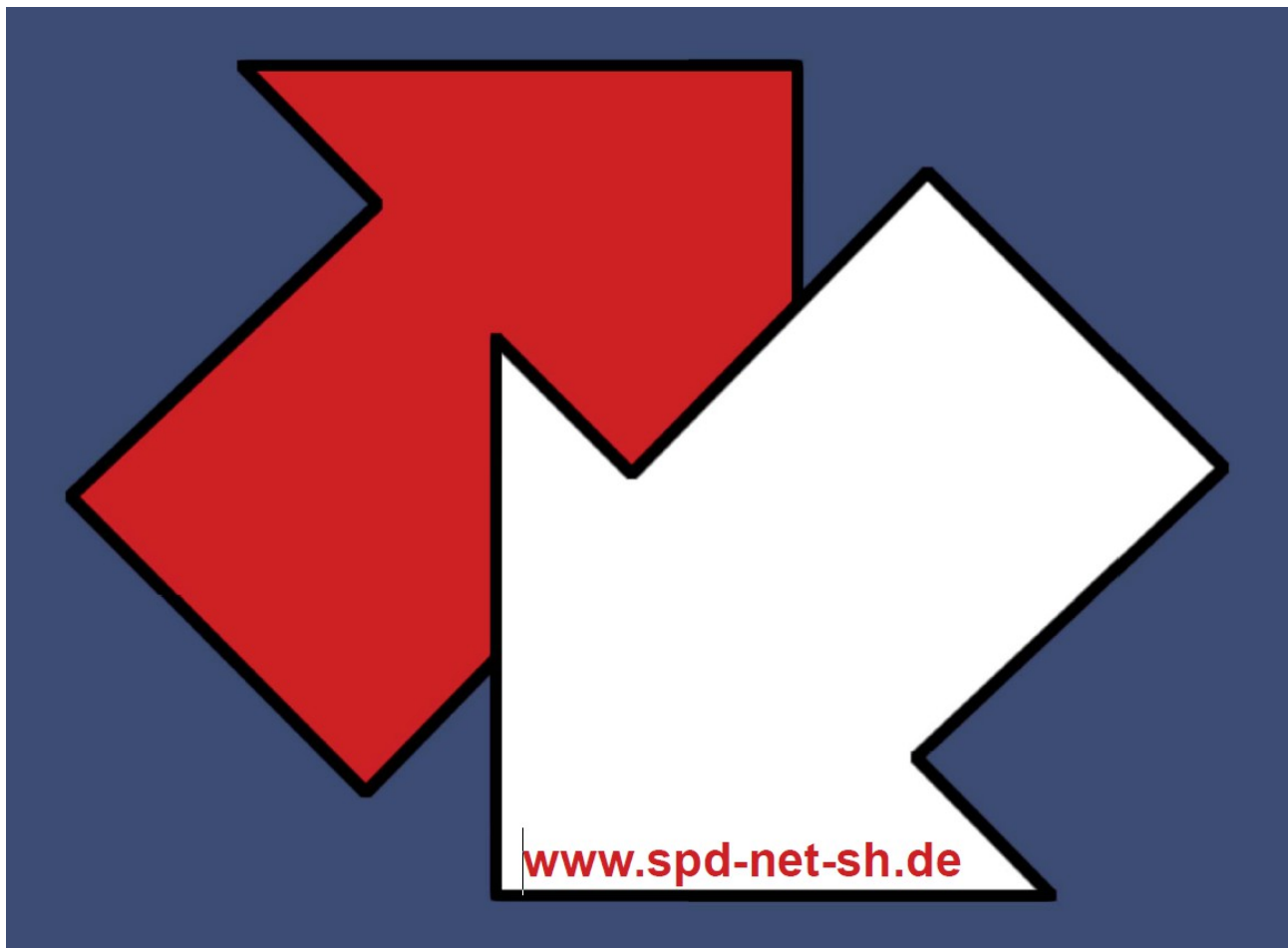


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2009, Mai bis August

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2014

Tag der Arbeit

Aufruf zum 1. Mai

Der 1. Mai 2009 fällt in die Phase der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise der neueren Zeit. Das Wirtschaftswachstum soll in diesem Jahr um sechs Prozent einbrechen. Hundert - tausende von Arbeitsplätzen sind bedroht. Viele Menschen fürchten um ihre Zukunft.

Schuld an der Krise sind verantwortungslose Finanzjongleure, die im weltweiten Rennen um immer höhere Renditen mit immer risikoreicheren Einsätzen gezockt haben.

In dieser kritischen Situation zählt es sich aus, dass wir in Deutschland einen handlungs - fähigen Staat mit soliden sozialen Sicherungssystemen haben. Dieser Staat hat inzwischen mit Milliarden Euro Bürgschaften das Bankensystem vor dem Zusammenbruch gerettet.

Dieser Staat hilft aktiv Unternehmen bei der Bewältigung der Krise und gibt Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmern Perspektiven, indem er Kurzarbeit massiv fördert.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben immer zu einem handlungsfähigen Staat gestanden. Wir treten denen entgegen, die glauben, die Krise zur Durchsetzung von Lohn- und Sozialdumping missbrauchen zu können. Wir wollen Gute Arbeit für unser Land. Gerade in der Krise. Dies ist die Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung und die Wettbewerbsfähigkeit von morgen.

Soziale Marktwirtschaft heißt: Fairer Wettbewerb, sichere Arbeitnehmerrechte und gute Arbeit. Deshalb wollen wir:

Einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 7,50 Euro.

Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

Gleiche Löhne für Frauen und Männer.

Gleiche Löhne für gleiche Arbeit für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter.

Mitbestimmung ausbauen. Die Demokratie endet nicht am Werkstor.

Am 1. Mai demonstrieren SPD und Gewerkschaften gemeinsam für eine soziale und gerechte Wirtschaftsordnung.

Gute Arbeit und Mitbestimmung.

In Deutschland und weltweit.

Anpacken.

Für unser Land.

1. Mai 2009

Gemeinsam für

Arbeit und Gerechtigkeit.

SPD-Parteivorstand, Telefon: (030) 2 59 91-0, Internet: www.spd.de 30-04-2009

Weitere Informationen: www.spd.de

Keine Kommentare

Unsere neue Schule: Regionalschule Niebüll

Von vielen Menschen wurde es gar nicht richtig wahrgenommen, dass Niebüll seit dem Schuljahr 2008/09 eine neue Schule bekommen hat.



Die Regionalschule Niebüll ist entstanden aus der ehemaligen Hauptschule und der ehemaligen Realschule der Stadt Niebüll. In den fünf neuen fünften Klassen werden alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet. Das gemeinsame Lernen findet dann bis zur Klassenstufe 6 statt.

Erst dann wird in die Bildungsgänge Realschulzweig und Hauptschulzweig aufgeteilt.

Schülerinnen und Schüler können dann bei entsprechender Leistung im gleichen Gebäude bei der Beruflichen Schule des Kreises Nordfriesland den nächst höheren Abschluss anstreben.

Folgen der Reform

Das neue Schulgesetz macht aber auch Probleme sichtbar, die bisher nicht gelöst wurden.

Besonders die kleineren Grund- und Hauptschulen auf dem Lande sind in Auflösung begriffen.

An den Grund- und Hauptschulen beispielsweise in Lindholm, Bredstedt, Breklum oder Langenhorn laufen die Hauptschulbereiche aus, so dass hier nur noch reine Grundschulen übrig bleiben. Die Schülerinnen und Schüler, die eigentlich in diesem System für die Klassenstufen 5 bis 9 vorgeschlagen waren, müssen an den größeren Schulstandorten integriert werden. Für Niebüll bedeutet dieses, dass die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, die eigentlich weiterhin in Lindholm hätten zur Schule gehen sollen, nun in Niebüll aufgenommen werden. Im Klartext heißt das: Wir brauchen mehr Platz und ein zusätzliches pädagogisches Angebot.

Erweiterungen sind notwendig

Um den Anforderungen an eine moderne Schule gerecht zu werden setzt sich die Niebüller SPD für einen großzügigen Anbau an die Regionalschule ein und fordert die Einrichtung einer zusätzlichen sozialpädagogischen Stelle für einen „Sozialen Trainingsraum“.

Ralph Hoyer

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 02.05.2009, 07:11 Uhr - 5118 Clicks - Nr. 451

Einfacher und schneller bauen

Neue Landesbauordnung tritt in Kraft

Erscheinungsdatum:

30.04.2009

An diesem Freitag (1. Mai) tritt die neue Landesbauordnung in Kraft. Sie enthält zahlreiche Vereinfachungen und beschleunigt die Genehmigungsverfahren, ohne dabei die Sicherheit und Gesundheit der Menschen zu vernachlässigen. Innenminister Lothar Hay sprach am Donnerstag (30. April) in Kiel von einem wichtigen Schritt zu weniger Bürokratie.

Rechtliche Regelungen beschränkten sich auf das erforderliche Mindestmaß. An zahlreichen Stellen der Landesbauordnung seien Regelungen verständlicher und anwenderfreundlicher formuliert oder vollständig gestrichen worden. Materielle Anforderungen an das Bauen habe man so gering wie möglich gehalten oder teilweise in die Eigenverantwortung des Bauherrn gestellt.

Im Mittelpunkt der neuen Landesbauordnung steht das Genehmigungsfreistellungsverfahren. Danach brauchen Gebäude mit einer Höhe bis zu sieben Metern keine Baugenehmigung mehr. Voraussetzung ist, dass ein Bebauungsplan vorliegt und die Planungen nicht gegen ihn

verstoßen. Der Bauherr reicht lediglich die entsprechenden Bauvorlagen ein und teilt der Gemeinde mit, dass er bauen will. Widerspricht die Bauaufsichtsbehörde nicht innerhalb eines Monats, kann der Bauherr seine Planungen verwirklichen.

Die neue Landesbauordnung erweitert den Katalog von Vorhaben, bei denen ein Bauherr gleichsam sofort loslegen kann, weil er sie nicht anzeigen muss und auch keine Genehmigung braucht. Er muss nur die einschlägigen Vorschriften, die örtlichen Satzungen oder Naturschutz- und Denkmalschutzbestimmungen einhalten. Solche verfahrensfreien Vorhaben sind beispielsweise Gebäude bis zu 30 Kubikmeter ohne Aufenthaltsräume, Toiletten und Feuerstätten. Garagen oder landwirtschaftliche Gebäude wie Silos oder Schuppen gehören ebenso zu den verfahrensfreien Vorhaben wie Terrassenüberdachungen mit einer Fläche bis zu 30 Quadratmetern. Auch Hinweisschilder an Ortseinfahrten und Werbetafeln bis zehn Meter Höhe in Gewerbe- und Industriegebieten sowie der Einbau von Fenstern und Türen müssen nicht mehr vorher angezeigt und genehmigt werden.

Ein Beispiel für geringere Anforderungen beim Bauen ist die Neuregelung der Abstandflächen, also jener Flächen bis zur Grundstücksgrenze, die von Bebauung freizuhalten sind. Bisher galt die Formel: Die Höhe der Wand eines Gebäudes entspricht der einzuhaltenden Abstandfläche, mindestens jedoch drei Meter. Künftig gilt: Die Wandhöhe multipliziert mit 0,4 ergibt die einzuhaltende Abstandfläche, mindestens jedoch drei Meter. Der Verzicht auf die Gleichung „Wandhöhe gleich Abstandfläche“ führt auch dazu, dass Grundstücke besser genutzt werden. Ein Gebäude mit einer Wandhöhe von sechs Metern musste bislang eine Abstandfläche von sechs Metern einhalten. Künftig beträgt die Abstandfläche lediglich drei Meter. Bei einem zehn Meter hohen Gebäude verringert sich die Abstandfläche um sechs auf vier Meter.

Bis Ende nächsten Jahres müssen Rauchwarnmelder in Schlafräumen, Kinderzimmer und Fluren installiert sein. Wohnungen, die überwiegend Wohnzwecken dienen, müssen einen Wasserzähler haben. Für die Nachrüstung ist Zeit bis zum 31. Dezember 2020. Wenn der Aufwand unverhältnismäßig ist, kann auf den Einbau eines Wasserzählers verzichtet werden.

Die Datei ist nicht barrierefrei Landesbauordnung - Inkrafttreten 1. Mai 2009 (Dateiformat PDF/348 KB) zum Herunterladen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 02.05.2009, 10:12 Uhr - 5236 Clicks - Nr. 452

Generationswechsel, Seifenkistenrennen und eine Albert-Betz-Straße

Dies waren nur drei Themen einer sehr gut besuchten Jahreshauptversammlung der SPD-Osterrönfeld in Kühl's Gasthof.

Am Anfang stand die turnungsgemäße Wahl eines neuen Vorstandes. Zum alten und neuen Vorsitzenden wurde einstimmig Detlef Strufe gewählt. Ihm zur Seite stehen Jan-Niklas Potten und Dennis Schmidt als stellvertretende Vorsitzende. Beide sind seit der letzten Wahl Gemeindevertreter und leiten mit einem Alter von 20 bzw. 32 Jahren den Generationswechsel in der Osterrönfelder Politik ein. Als Beisitzer/in wurden Annchen Behnke und Peter Uhl gewählt. Kassiererin ist Regina Baldes, Schriftführer Gerhard Gehringer.

Im Zuge der Jahreshauptversammlung wurden auch die SPD-Kandidaten für die Landtagskandidatur im Wahlkreis Osterrönfeld/Schacht-Audorf/Eckernförde vorgestellt. Klaus Kaschke aus Windeby, Frederic Hammer aus Brodersby, Marc Oliver Nissen aus Eckernförde, Eckard Reese aus Schacht-Audorf und Martin Klimach-Dreger ebenfalls aus Eckernförde stellten sich den Anwesenden vor. Einer dieser fünf Kandidaten wird letztlich auf einer SPD-Wahlkreisversammlung im Juni für die Landtagswahl 2010 aufgestellt.

Die Gemeindevertreter der SPD-Osterrönfeld informierten darüberhinaus über aktuelle Themen, die die Osterrönfelder Kommunalpolitik betreffen.

In der Diskussion um die neue Straßenbenennung rund um die REpower-Baustelle erneuerte die SPD-Fraktion ihren Vorschlag an die Gemeinde, diese Straße nach dem Windenergiepionier und -erfinder, Albert Betz, zu benennen. Dieser hat die Grundlagen für die heutigen Windkraftanlagen geschaffen und erforscht. Bisherige Vorschläge, wie „Kanalstraße“, „Hafenstraße“ oder ähnliches werden der besonderen Bedeutung der Umgebung nicht gerecht. „Ein 08/15-Namen kann jeder, wir sollten uns schon ein bisschen Mühe geben“, so die Meinung der SPD-Fraktion. Die „Albert-Betz-Straße“ ist sowohl für Osterrönfelder, Touristen als auch Unternehmer einprägsam und wird der besonderen Leistung des Wissenschaftlers gerecht. Die Straße „Am Kamp-Kanal“ sollte aber weiterhin namentlich bestehen bleiben, um der örtlichen Gastronomie und der Gemeinde keine unnötige Bürokratie zu schaffen.

Nachdem diese Tagesordnungspunkte abgehakt waren, stellte die SPD-Fraktion den anwesenden Mitgliedern die Idee eines Seifenkistenrennes in Osterrönfeld vor. In Zusammenarbeit mit dem OTSV plant der SPD-Ortsverein während der Osterrönfelder-Sportwoche im September ein Seifenkistenrennen zu organisieren. Kinder, Jugendliche und alle jung gebliebenen Erwachsenen haben dort die Möglichkeit, mit selbstgebauten Seifenkisten an den Start zu gehen. Über die Planungen und späteren Anmeldemöglichkeiten werden Sie bald informiert. Merken Sie sich bereits den 06. September 2009 für den „1. Osterrönfelder Seifenkisten Cup“ vor! Es wird sicher spannend und viel Unterhaltung bieten.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.05.2009, 11:33 Uhr - 4407 Clicks - Nr. 453

Rezension: Erhard Eppler - Eine Partei für das zweite Jahrzehnt: die SPD?

Wenn man sich nicht einigen kann, was eine ‚gerechte Gesellschaft‘ ist, kann man sie dann erreichen? Wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr an eine bessere Zukunft glaubt, stirbt dann der Glaube an den Fortschritt? Gibt es heute noch Aufgaben für die SPD? Diese und andere spannende Fragen bewegen Eppler, der für die Zukunft vor allem drei politische Schwerpunktthemen ausmacht: Innere Sicherheit, Energiepolitik und Bildung.

Erhard Eppler, Jahrgang 1926 und unter Willy Brandt Bundesminister für wirtschaftliche

Zusammenarbeit, ist noch immer einer der profiliertesten Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie. Im letzten Jahr hat er ein Buch vorgelegt, in dem er globale Probleme 2008 und im kommenden Jahrzehnt benennt, mögliche Lösungen skizziert und fragt, wer diese meistern kann.

Wo die Reichen sich Sicherheit kaufen, ihre Anwesen umzäunen und Sicherheitsfirmen anheuern, habe der Staat versagt. Wer Steuern und Sozialabgaben zahle, so Eppler, der sollte Sicherheit nicht mehr kaufen müssen. Der Staat ist gefragt, an dieser Stelle Stärke zu zeigen.



„Wer Wind oder Sonne nutzen will, findet in Deutschland kompetente Firmen in einem Augenblick, wo alle Welt sie braucht.“ Das macht eigentlich schon den Kern der energiepolitischen Überlegungen Epplers deutlich und ist ein großes Lob für die Regierung Schröder. Energiepolitik, heißt es an anderer Stelle, dürfe nicht den Konzernen überlassen werden. Die Politik sei gefragt, sich Handlungskompetenz zurückzuholen.



vorwärts buch

Aus Sicht des Lehrer-Kollegen ist Epplers Bildungsansatz erfreulich. Eine seiner wichtigsten Forderungen ist es, Bildung nicht nur ökonomisch zu begründen. „Bildung ist ein eigenständiger, kein abgeleiteter Wert. Es geht dabei um gelingendes - oder misslingendes - Leben, nicht nur um verwertbare Arbeitskraft.“ Eppler fordert für Bildung in der Finanzplanung dieselbe Priorität, die sie in der Rhetorik schon hat.

Es gibt also viel zu tun. Des Autors Fazit, zugegebenermaßen nicht völlig überraschend: „Die SPD kann diese Aufgabe leisten: Die SPD tritt seit eineinhalb Jahrhunderten für soziale Gerechtigkeit ein und hat in dieser Zeit gelernt, dies mit ökonomischer und ökologischer Verantwortung zu verbinden.“ Es ist, hier spricht der Sozialdemokrat, schön zu lesen, wie mit soviel Selbstbewusstsein gut begründet dargelegt wird, was man immer geahnt hat: Wer lange genug nachdenkt, kommt zu SPD-Positionen. Die SPD ist die Partei, mit der man die Zukunft gestalten kann, weil sie in ihrer langen Geschichte schon immer wollte, was auch heute notwendig ist: gesellschaftlichen Fortschritt für Alle.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 02.05.2009, 17:22 Uhr - 6675 Clicks - Nr. 454

Wodarg: Patente behindern die Seuchenbekämpfung

Anlässlich der Konferenz von Med4all an der Charité zum Thema "Equitable Licensing: Medical Research in the Public Interest" forderte Dr. Wolfgang Wodarg eine parlamentarische Kontrolle des Europäischen Patentamtes.

Weshalb müssen gerade neue, dringend benötigte Medikamente so enorm teuer sein? Gibt es Möglichkeiten, die Entwicklung und Erprobung von lebensrettenden Pillen und Impfstoffen so zu organisieren und zu fördern, dass sie auch für arme Menschen erschwinglich sind? Weshalb werden laufend neue Mittel gegen die Wehwehchen der Reichen und so wenige gegen die todbringenden Seuchen der Armen erfunden?

Das alles waren Fragen, die in der letzten Woche zahlreiche Wissenschaftler aus aller Welt auf Einladung von Med4all im ehrwürdigen Hörsaal des Pathologischen Institutes der Charité Berlin zusammenbrachte. Med4all ist ein Zusammenschluss vom Zentrum für Europäische Rechtspolitik (ZERP), dem Institute für Sozialmedizin, Epidemiologie und Gesundheitsökonomie an der Charité und der BUKO Pharma-Kampagne - Gesundheit und Dritte Welt e.V. Er wird unterstützt von bekannten Hilfsorganisationen, die nicht nur in Krisenregionen praktische Hilfe leisten wollen, sondern sich auch als Lobby der Hilfsbedürftigen zu Wort melden. Titel der englischsprachigen Konferenz war: "Equitable Licensing: Medical Research in the Public Interest".



Die Konferenz fand nicht ohne Grund in jenem Gebäude statt, in dem Robert Koch vor über hundert Jahren das Tuberkulose Bazillus entdeckt hatte, denn auch jetzt geht es um diese Killer-Seuche, die sich wieder rascher ausbreitet und jedes Jahr Millionen Todesopfer fordert.

Als Vorsitzender eines Panels moderierte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg, der beruflich und politisch mit dieser Thematik eng verbunden ist, einen besonders interessanten Teil der Veranstaltung: Prof. Stefan Kaufmann, der Leiter des Max-Planck-Institutes für Infektionsbiologie in Berlin und Prof. Ulrich Dirnagl, Experimental-Neurologe an der Charité Berlin, präsentierten zwei sehr unterschiedliche aber dennoch zusammengehörende Beiträge. Während Stefan Kaufmann in seinem Bericht über den Sachstand in der Tuberkuloseforschung die dort bestehenden patentrechtlichen und wirtschaftlichen Hemmnisse sehr anschaulich darstellte, berichtete Ulrich Dirnagl aus eigener Betroffenheit als universitärer Forscher von unzureichenden Strukturen im deutschen und im internationalen System universitärer Wissenschaft.

In der Diskussion unterstrich Wodarg seine Forderung, patentfreie Medikamente besonders gegen Infektionskrankheiten durch einen internationalen Forschungsfonds zu ermöglichen. Außerdem kritisierte er scharf, dass mit dem Europäischen Patentamt eine demokratisch nicht kontrollierte, multinationale Institution ein Eigenleben entfalte und ohne ausreichende Legitimation öffentliches Wissen in gewaltigem Umfang privatisiere.

Er forderte die Kontrolle des Europäischen Patentamtes durch die Parlamentarische Versammlung des Europarates, da nur hier alle Mitgliedsstaaten des Europäischen Patentübereinkommens eingebunden seien.

Keine Kommentare

Demo in Berlin

AfA-Landesvorstand ruft zur Teilnahme an der Kundgebung des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 16.5.2009 in Berlin auf.

Wir wollen die Europäische Union zu einer Sozialunion weiterentwickeln. Dabei muss gelten: Die wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes dürfen keinen Vorrang vor sozialen Grundrechten haben. Diesen Grundsatz wollen wir mit einer sozialen Fortschrittsklausel

im europäischen Recht verbindlich festschreiben und alle europäischen Institutionen daran binden. Wir wollen europaweit gesicherte Arbeitnehmerrechte, faire Löhne und guten Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Wir wollen ein Europa des sozialen Ausgleichs und der Guten Arbeit:

Das bedeutet: Faire Löhne in ganz Europa.

Das bedeutet: Tariftreue einhalten und Lohndumping verhindern.

Deshalb ruft der AfA-Landesvorstand alle auf, beteiligt euch an der Demonstration und Kundgebung in Berlin. Aus allen DGB-Regionen fahren Busse. Da die Abfahrzeiten unterschiedlich sind meldet euch bei dem DGB-Büro in Flensburg, Kiel, Lübeck oder Elmshorn.

Außerdem informieren wir über einen Arbeitnehmerwahlauf Ruf zur Europawahl - Soziales Europa jetzt - Für ein Europa der Guten Arbeit. Bitte unterstützt den Aufruf mit eurer Unterschrift, zu richten an das AfA Referat in Berlin, Jan Brahmst: jan.brahmst@spd.de

Keine Kommentare

Neue Fernsehshow ist zynisch und verstößt gegen Menschenwürde

Zu dem neuen aus den USA kommenden Fernsehformat „Einer muss gehen“, einer Kündigungsshow, erklären der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer, und der medienpolitische Sprecher Peter Eichstädt:

Diese neue „Kündigungsshow“, in der Mitarbeiter von krisengeschüttelten Firmen fernsehhöfentlich über die Entlassung von Kollegen entscheiden, ist im höchsten Maße menschenverachtend.

Eine Entlassung ist kein TV-Spaß, sondern eine ernste persönliche Situation, durch die sich viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien real bedroht fühlen. Kollegen – noch dazu vor Fernsehpublikum entscheiden zu lassen, wer die Firma verlassen muss, ist zynisch.

Ein solches Projekt gerade in Zeiten der Finanzkrise auf den Markt zu bringen, zeigt die ganze Perversität dieser Idee und der dahinter stehenden Fernseh-Produzenten. Sie verstoßen klar gegen die humanen und christlichen Werte unserer Gesellschaft. Statt Mobbing in den Medien ist Solidarität und gegenseitige Unterstützung angebracht. Daran wird auch am diesjährigen 1. Mai, dem „Tag der Arbeit“, weltweit erinnert.

Die Firma Endemol produziert auch in Deutschland. Wir sind uns zwar sicher, dass sich kein

privater, schon gar kein öffentlich-rechtlicher Sender für ein solches Format hergeben wird. Das müsste jedenfalls mit allen Mitteln verhindert werden.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 04.05.2009, 13:05 Uhr - 4406 Clicks - Nr. 457

Fußball fördert Fairplay und Toleranz

Lothar Hay eröffnet Mini-Spielfeld in Flensburg

Das Fußballspielen an Schulen und in der Freizeit ist nach Ansicht von Innenminister Lothar Hay in besonderer Weise dazu geeignet, soziale Werte in einer Gemeinschaft zu lernen sowie Fairplay und gegenseitige Toleranz zu leben. „Fußball ist seinem Wesen nach gelebte und erlebte Toleranz“, sagte Hay am Montag (4. Mai) bei der Eröffnung eines Mini-Spielfeldes im Flensburger Stadtteil Adelby. Hay rief die Fußballer und ihre Fans auf, Vorbilder an fairem Wettkampf und Teamgeist zu sein.

Das Mini-Spielfeld ist nach Ansicht des Ministers eine attraktive Bereicherung für Flensburg und seine Umgebung. Die Mini-Spielfelder des Deutschen Fußballbundes (DFB) seien ein wichtiger Beitrag für den Ausbau der kommunalen Sportinfrastruktur. Der DFB übernehme damit eine vorbildliche soziale und gesundheitspolitische Verantwortung, um dem Bewegungsmangel vieler Kinder und Jugendlicher vorzubeugen. „Die Mini-Spielfelder verbessern das schulische Sportangebot“, sagte Hay.

Nach einer Definition der UEFA und des DFB ist ein Mini-Spielfeld ein modernes Fußball-Kleinspielfeld, das mit Gummigranulat gefülltem Kunststoffrasen einschließlich einer elastischen Tragschicht sowie Banden mit integrierten Toren ausgestattet ist. Die Platzmaße betragen dabei 13 Meter mal 20 Meter. Gebaut werden die Mini-Spielfelder in Zusammenarbeit aller DFB-Landesverbände mit Städten und Kommunen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 04.05.2009, 15:53 Uhr - 6295 Clicks - Nr. 458

Antrag zu nichtstaatlichen Militär- & Sicherheitsfirmen im Bundestag beschlossen

Hier die Rede von Dr. Wolfgang Wodarg, der als Mitinitiator dieses Antrags weiterhin auf eine konsequente Anwendung staatlicher Kontrollmöglichkeiten für diesen, mit hohen Risiken für den Frieden rasch wachsenden Markt drängt.

Meine Damen und Herren!

Es erfüllt mich mit großer Freude und Genugtuung, dass dieser



Initiativantrag letztendlich doch noch den Weg ins Parlament gefunden hat. Allen, die daran mitgewirkt haben, Allen, die viele Stunden Arbeit in den verschiedensten Ausschüssen, die damit befasst waren und befasst werden mussten, in das Gelingen investiert haben, möchte ich meinen besonderen Dank aussprechen.

Es war eine schwierige Materie, die es mit den Privaten Militär- und Sicherheitsfirmen (PMSF) zu behandeln galt. Und das kann auch nicht anders sein, wenn man etwas regeln muss, das die Grundlagen unseres Staates und unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens anbetrifft: nämlich wenn es - wie in diesem Fall - um unsere Sicherheit und das staatliche Gewaltmonopol geht.

Aber gerade weil es eine solch fundamentale Materie ist, die wir hier behandeln - und die ja jeden Bürger in unserem Lande ganz grundsätzlich angeht und betrifft - finde ich es bedauerlich, dass wir diesen Antrag zu nachtschlafender Stunde quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne weitere Aussprache und Debatte beschließen.

Als Abgeordneter des Europarats habe ich in jenem Gremium einen Antrag eingebracht, der sich gegen die Erodierung des staatlichen Gewaltmonopols durch Private Militär- und Sicherheitsfirmen wendet. Der Bericht, den ich im Februar erstattet habe, wurde von allen 47 Mitgliedsstaaten und von allen dort vertretenen Parteien - von rechts bis links - einstimmig angenommen. Hierin werden die nationalen Regierungen und Parlamente unter anderem aufgefordert, entlang verschiedener Kriterien den Bereich der PMSF gesetzlich zu regeln. Er fordert die Mitgliedsstaaten aber auch dazu auf, gemeinsame Prinzipien zur Verteidigung des staatlichen (inneren wie äußeren) Gewaltmonopols zu erarbeiten.

Ich bin deshalb stolz darauf, dass Deutschland zu den Ersten gehört, die den privaten militärischen Sicherheitsunternehmen gesetzliche Zügel anlegen wollen. Dennoch hätte ich mir gewünscht, dass wir bei der Ausarbeitung der Regelungen etwas mutiger gewesen wären. Die Beteiligung privatwirtschaftlicher nichtstaatlicher (deutscher) Akteure an bewaffneten Konflikten haben wir beispielsweise in diesem Initiativantrag nicht ausgeschlossen. Und es ist auch fraglich, ob wir mit diesen Regelungen eine weitgehende Kontrolle und Transparenz der PMSF erzielen werden. Aber diese neun Punkte, die wir die Bundesregierung auffordern, gesetzlich umzusetzen, sind ein erster Schritt - und, wie ich meine, ein bedeutender Schritt in die richtige Richtung. Wahrscheinlich wären weitergehende Forderungen bei den gegenwärtigen Interessenlagen nicht kompromiss- und damit beschlussfähig gewesen. Aber gerade deshalb möchte ich betonen, dass wir meiner Meinung nach nur den ersten Schritt gemacht haben und weitere schnellstmöglich folgen müssen. Einige wenige Punkte möchte ich benennen, die uns noch zu beschäftigen haben und für die wir als Parlamentarier und Gesetzgeber eine Lösung finden müssen.

Es ist wenig glaubhaft, wenn wir einerseits mehr Transparenz und Kontrolle von PMSF einfordern, andererseits aber Auslandseinsätze von privaten militärischen Sicherheitsunternehmen, die im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland tätig werden, nicht an den Parlamentsvorbehalt binden. Die Praxis in den USA unter der Präsidentschaft von G.W.Bush hat beispielsweise in Hinblick des Einsatzes von PMSF im Irak deutlich gemacht, dass deren Aktivitäten vom Parlament nicht zu kontrollieren waren. Wir können auch nicht einfach zusehen, wenn deutsche Unternehmen, NGOs, humanitäre Organisationen etc. für ihre Tätigkeiten im Ausland PMSF engagieren. Es wäre an eine Anzeigepflicht beim Außenministerium und BND einerseits sowie bei den jeweils betroffenen deutschen Botschaften andererseits zu denken.

Ungeklärt ist außerdem, welche Aufgaben und Kompetenzen private militärische Sicherheitsunternehmen überhaupt übernehmen und anbieten dürfen. Schon jetzt reichen deren Dienstleistungsangebote weit in den Bereich staatlicher Hoheitsaufgaben hinein. Es ist daher erforderlich, einerseits eine Definition der Bereiche im Sicherheitssektor vorzunehmen, die keinesfalls aus staatlicher Hoheit entlassen werden dürfen und andererseits ist eine Festlegung von klar abgegrenzten Aufgaben- bzw. Kompetenzbereichen für PMSF vonnöten. Des Weiteren müssen für diese Unternehmen Zulassungs- und Tätigkeitskriterien erarbeitet werden.

Auf internationaler Ebene - um nur einen Punkt zu nennen - können wir es nicht allein den Vereinten Nationen überlassen (oder den VN allein die Verantwortung zuschieben), für Transparenz und Kontrolle der PMSF zu sorgen. Auch auf bilateraler bzw. zwischenstaatlicher oder auf EU- und NATO-Ebene müssen Abkommen zur Kontrolle von PMSF geschlossen, müssen Aufsichtsmechanismen und Kooperationsforen für diesen Bereich geschaffen werden.

Lassen Sie mich zum Schluss die Hoffnung aussprechen, dass dieser Initiativantrag trotz der vorhandenen Lücken, die er aufweist und die wir bald schließen müssen, Zustimmung und eine breite Mehrheit in diesem Haus findet.

Ich danke Ihnen.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 04.05.2009, 16:38 Uhr - 3946 Clicks - Nr. 459

Millionen in Zeiten der Krise

Der Hafenausbau in Osterrönnfeld erhält zusätzlichen Schub. Ein Förderbescheid von 15 Millionen Euro wurde heute vom Land Schleswig-Holstein überreicht.



Damit sollen allen voran die Kaianlagen direkt am Nord-Ostsee-Kanal gebaut werden, für die 12,4 Millionen bereit gestellt werden. Bagger sind bereits seit einigen Tagen bis an den Kanal vorgerückt, um dort die ersten Arbeiten auszuführen. Bisher waren die Bauarbeiten auf die Hinterlandanbindung fokussiert, doch nun geht es an allen Seiten der Großbaustelle voran. Weitere 2,6 Millionen Euro werden für die Hafenausrüstung bereitgestellt, etwa für benötigte Krananlagen.

Hintergrund für den Hafenausbau ist die Ansiedlung des weltweit tätigen Windenergieunternehmens REpower, das in unmittelbarer Nähe zum neuen Hafen sein neues Entwicklungszentrum und in einem weiteren Schritt seine Produktionshallen errichtet. Das angrenzende Gewerbegebiet bietet weiteren Unternehmen die Möglichkeit, den öffentlichen Hafen zu nutzen und von der Innovationskraft der Region zu profitieren.

Durch die direkte Anbindung an Nord- und Ostsee kann REpower seine Windenergieanlagen an die weltweite Kundschaft schneller und kostengünstiger transportieren. Da es sich bei dem Hafen um einen Tiefseehafen handelt, können schwere Lasten verschifft werden, was einen besonderen Standortvorteil nach sich zieht.

Das gesamte Umfeld um REpower, Hafen und Gewerbegebiet ermöglicht ein

Arbeitsplatzangebot von rund 1000 Menschen, so die Verantwortlichen.
Weitere Infos zur REpower-Ansiedlung finden Sie [\[hier\]](#)

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 04.05.2009, 18:54 Uhr - 2755 Clicks - Nr. 460

AfA unterstützt Aktion der EU

AfA unterstützt Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbunds

Kundgebung für ein soziales Europa am 16. Mai 2009 in Berlin

AfA unterstützt Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbunds



Die Finanz- und Wirtschaftskrise bedroht unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme. Die Auswirkungen spüren wir schon heute durch steigende Arbeitslosenzahlen, sinkende Kaufkraft und immer mehr Menschen, die in Armut leben. „Wir wollen nicht die Zeche für rücksichtslose Manager und Börsenspekulanten zahlen“, sagt Wolfgang Mädels, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD in Schleswig-Holstein. Deshalb, so ist sich Mädels sicher, werden Tausende dem Aufruf von Europäischem und Deutschem Gewerkschaftsbund folgen und am 16. Mai 2009 in Berlin für eine Politik demonstrieren, bei der der Mensch wieder im Mittelpunkt stehe.

Gemeinsam mit der schleswig-holsteinischen SPD-Europaabgeordneten Ulrike Rodust unterstützt die AfA Schleswig-Holstein die Forderungen der Gewerkschaftsbünde nach einem erweiterten Konjunkturprogramm, „denn Armut und Arbeitslosigkeit müssen aktiv bekämpft werden“. Das entscheidende Datum für die Gestaltung des sozialen Europa sei die Europawahl am 7. Juni 2009, erläutert Rodust: „Wir brauchen sichere Arbeitsplätze und eine strengere Kontrolle der Finanzmärkte – und dafür brauchen wir andere Mehrheiten in Europa“.

Jetzt seien die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gefordert, die richtige Wahl für ein soziales Europa zu treffen, betont Mädels: „Sozial ist, wer sozial handelt! Mit der Europawahl werden entscheidende Weichen für die nächsten Jahre gestellt und die AfA in Schleswig-Holstein kämpft für ein soziales Europa“.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 05.05.2009, 09:48 Uhr - 4061 Clicks - Nr. 461

Martin Habersaat nominiert

Rathaus Reinbek - Martin Habersaat heißt der Kandidat der SPD, wenn am 9. Mai 2010 in Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek der neue Landtag für Schleswig-Holstein gewählt wird. Der 32jährige Studienrat aus Barsbüttel, Fächer: Deutsch, Geschichte, PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft), wurde auf einer Wahlkonferenz in Reinbek mit 21 von 24 Stimmen gewählt. Es gab zwei Nein-Stimmen und eine Enthaltung.

Die Bundestagskandidatin Gesa Tralau hatte die Versammlung eröffnet mit „einem weinenden und einem lachenden Auge: Mit einem weinenden, weil mir Klaus-Peter Puls mit seiner menschlichen Art und seiner Arbeit im Landtag fehlen wird, mit einem lachenden, weil ich weiß, dass Martin Habersaat ein guter Nachfolger sein wird.“

Martin Habersaat, seit 2005 Vorsitzender der SPD-Stormarn, stellte den Delegierten seine Kernthemen vor und befand, dass die CDU der SPD den Wahlkampf in einigen Feldern leicht mache, etwa in der Bildungspolitik: „Stormarn hat mit Gymnasien und Gemeinschaftsschulen die weiterführenden Schulen der Zukunft. Wenn die CDU weiterhin ein Schulsystem aus Kaisers Zeiten propagiert und zur Rettung des gegliederten Schulsystems gegen den Elternwillen Regionalschulen erzwingen will, kommt uns das im Wahlkampf entgegen.“ Für Habersaat sei es wichtig, nach einer Phase der Reformen nun Ruhe an den Schulen einkehren zu lassen und die Schulen in ihrer guten Arbeit zu unterstützen. „Gute Lehrerversorgung durch das Land und gute Ausstattung durch die Schulträger sind jetzt gefragt.“

Auch in der Energiepolitik fand Habersaat deutliche Unterschiede: „Die CDU in Barsbüttel lädt zum Thema Energie Konzernsprecher von E-ON zu einer öffentlichen Veranstaltung ein, die SPD in Oststeinbek Experten der Verbraucherzentrale.“ Die Zukunft der Energieversorgung, befand Habersaat, müsse dezentral sein. Kommunale Energieversorger, die weitgehend mit erneuerbaren Quellen die Bürger mit Energie versorgen und dafür sorgen, dass Energie bezahlbar bleibt. Die von der CDU als Energiequelle der Zukunft propagierte Atomkraft lehnte Habersaat aus drei Gründen ab: „Erstens bleibt das Risiko von Unfällen mit verheerenden Schäden, zweitens weiß noch immer keiner, wo man den Atommüll für die nächsten hunderttausend Jahre lassen soll, und drittens sind auch Uran und Plutonium nicht unendlich verfügbar, lösen das Problem der Energieversorgung also nicht nachhaltig.“



Mit der CDU gemeinsam könnte Habersaat sich dagegen vorstellen, die Metropolregion Hamburg zu entwickeln. Gezielte Ausweisung von Gewerbegebieten mit koordinierten Schwerpunkten, Kooperation mit Hamburg und „eine Region, die den Namen verdient – auch, wenn es darum geht, dass Schulkinder das Bundesland wechseln, Eltern eine Kita-Betreuung in der Nähe ihres Arbeitsplatzes suchen oder der ÖPNV weiterentwickelt wird.“

Nach der Wahl überreichte Klaus-Peter Puls, der 2010 nach dann 18 Jahren aus dem Landtag ausscheiden wird, „den Staffelstab in Form von Blumen“. Zu den ersten Gratulanten gehörten auch Barsbüttels SPD-Vorsitzender Jörg Kiencke mit den Worten „Barsbüttel schickt seinen Besten!“ und der ehemalige Landtagsabgeordnete und Landtagsvizepräsident Alfred Schulz aus Reinbek, der als Gast an der Wahlkreiskonferenz teilnahm und seinem „Nach-Nachfolger“ alles Gute wünschte.

[Martin Habersaat im Internet](#)

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 05.05.2009, 17:52 Uhr - 2686 Clicks - Nr. 462

Europafest am Wasserturm im Volkspark am 10. Mai 2009

Europa gehört uns allen!

Am 10. Mai 2009 findet von 13:00 bis 17:00 ein Europafest am Wasserturm im Volkspark statt:

Spiel und Spaß mit den Sportpiraten,

Grillwurst und Getränke,

freier Eintritt in den Wasserturm

und um 14:00 Uhr eine Führung durch den Volkspark(Treffpunkt am Wasserturm).

Hierzu laden die Ortsvereine Mürwik und Stadtmitte ein.

Die offizielle Eröffnung erfolgt um 13:30 Uhr durch den Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 05.05.2009, 23:46 Uhr - 4199 Clicks - Nr. 463

Ralf Wrobel mit überwältigender Mehrheit als Direktkandidat gewählt

Unser AfA-Kreisvorsitzender Ralf Wrobel hat auf der Wahlkreiskonferenz am 5. Mai 2009 in Satrup als Direktkandidat des Wahlkreises 6 (von Treia bis Kappeln) für die Landtagswahl 2010 ein überdurchschnittliches gutes Ergebnis errungen.

Die bisherige sehr verehrte Genossin Anna Schlösser-Keichel hatte erklärt, dass sie nicht mehr für die Landtagswahl 2010 im Wahlkreis 6 antreten wird.

Für dieses Mandat bewarben sich in einem äußerst fairen Wahlkampf Jörg Joosten und Ralf Wrobel.

Auf der Wahlkreiskonferenz in Satrup am 5. Mai stellten sich die beiden Kandidaten, die beide aus dem SPD-Arbeitnehmerflügel kommen, mit ihren Schwerpunktthemen und Visionen zur Wahl, wobei Ralf Wrobel mit einem Stimmergebnis von über 90 % bei den anwesenden Genossinnen und Genossen durch seine jahrelangen Erfahrungen überzeugen konnte.

Die AfA Schleswig-Flensburg gratuliert zu diesem tollen Wahlergebnis, sagt ihre Unterstützung für Ralf Wrobel zu und freut auf einen spannenden Wahlkampf im Jahr 2010!

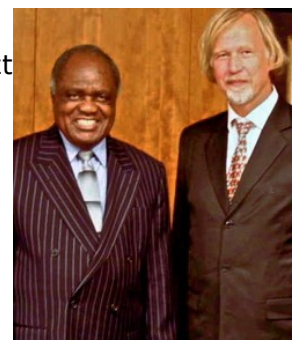
Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 06.05.2009, 10:03 Uhr - 6084 Clicks - Nr. 464

Eröffnung des DAAD-Fachzentrums für Logistik in Namibia

Dr. Wolfgang Wodarg: "Flensburg kann stolz sein auf seine Fachhochschule, die ihr hervorragendes Know-How im Logistikbereich jetzt im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten in Windhuk, Namibia einbringen wird."

BILD: Dr. Wolfgang Wodarg mit Präsident Pohamba in Windhuk



"Ich bedaure sehr, dass ich nicht dabei sein kann, wenn die Kooperation mit dem namibischen Präsidenten und dem DAAD besiegelt wird!" meinte Wolfgang Wodarg, der seinen bereits eingeplanten Besuch in Windhuk wegen wichtiger Termine in der Sitzungswoche des Bundestages absagen musste.

"Ich habe bereits vor einiger Zeit mit dem Staatspräsidenten Pohamba und mit dem Verkehrsminister Angula in Windhuk Gespräche geführt und für einen Ausbau der Küstenschifffahrt als Alternative bzw. Ergänzung zum in Afrika immer noch beschwerlichen und gefährlichen LKW-Transport über die Straßen und Sandpisten des Kontinentes gesprochen. Nicht nur die Fachhochschule in Flensburg, auch unsere Werft hat eine große Erfahrung in dieser zukunftssträchtigen Logistik," lobt der Abgeordnete die Kompetenz aus dem Norden.

Hier die Pressemitteilung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD):

Staatspräsident Hifikepunye Pohamba, Gründungsmitglied von Namibias Unabhängigkeitsbewegung und der heutigen Regierungspartei SWAPO, ist Ehrengast und Hauptredner bei der Einweihung des Namibisch-Deutschen Fachzentrums für Logistik am 7. Mai am Polytechnic in Windhuk. Im Rahmen der "Aktion Afrika" des Auswärtigen Amtes fördert der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) die Einrichtung von insgesamt fünf Fachzentren in Tansania, Ghana, der Demokratischen Republik Kongo, Südafrika und Namibia. Dort sollen auf internationalem Qualitätsniveau Nachwuchskräfte für Führungspositionen in afrikanischen Staaten und internationalen Organisationen ausgebildet werden.

Partner des Polytechnic in Windhuk ist die Fachhochschule Flensburg. Das neue Fachzentrum für Logistik hat drei Aufgaben: die akademische Ausbildung mit der Einrichtung eines Postgraduierten-Programms, Forschung und Entwicklung von umfassenden Logistik-Konzepten für das südliche Afrika sowie die Vernetzung von Wissenschaft, Industrie und Verwaltung. Als Verkehrsknotenpunkt zwischen der Küstenregion des südlichen Afrikas und den Ländern im Inneren des Kontinents ist Namibia für logistische Fragestellungen ein hervorragender Standort. Effiziente und effektive Logistikleistungen sind existenziell für die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 06.05.2009, 13:29 Uhr - 2945 Clicks - Nr. 465

Glückwunsch

Die AfA gratuliert Ralf Wrobel

Lieber Ralf,
herzlichen Glückwunsch zu Deiner überzeugenden Wahl als Kandidat für die Landtagswahl. Dieses hast Du überwiegend selbst bewerkstelligt und der AfA-Landesverband Schleswig-Holstein ist stolz auf Dich. Für den Wahlkampf sichere ich Dir als AfA-Landesvorsitzender alle erdenkliche Unterstützung zu.

Mit besten Grüßen
für den AfA-Landesverband
Wolfgang Mädels

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 06.05.2009, 15:35 Uhr - 3000 Clicks - Nr. 466

Besuch bei Ernst-Dieter Rossmann

Im Gespräch mit „großen Tieren“

Martin Weinrich aus Wedel bei Jugendpressetagen

Im Gespräch mit „großen Tieren“

Martin Weinrich aus Wedel bei Jugendpressetagen

Drei Tage Berliner Luft und einen intensiven Einblick in die Funktionsweise von Politik und Medien in der Hauptstadt – das konnte jetzt der Wedeler Schülerzeitungsredakteur Martin Weinrich auf Einladung des Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann erleben.

Als Teilnehmer der Jugendpressetage 2009 der SPD-Bundestagsfraktion hatte der 18-jährige Redakteur der Zeitung „Nasobem“ unter anderem Gelegenheit zur Teilnahme an einer Jugendpressekonferenz mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, Gesprächen mit Fraktionschef Peter Struck im Bundesarbeitsministerium und der Pressestelle des Willy-Brandt-Hauses.

Auch für Rossmann stellte sich im Verlauf der dreitägigen Veranstaltung gleich zweimal den Fragen der jungen Journalisten. In seiner Funktion als bildungs- und forschungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion diskutierte der Abgeordnete die aktuelle Bildungspolitik mit den Nachwuchsredakteuren. Im Rahmen eines Hintergrundgesprächs in der „Kulturbrauerei“ stand Rossmann dann noch einmal gemeinsam mit anderen Bundestagsabgeordneten Rede und Antwort über die Berliner Politik und den Umgang von Abgeordneten mit den Medien.

Für die Schülerzeitungsredakteure beschloss der Besuch einer Plenarsitzung des Parlaments am Freitag eine an Eindrücken reiche Veranstaltung.

BU: Politisches Hintergrundgespräch in der Berliner „Kulturbrauerei“: Schülerzeitungsredakteur Martin Weinrich und SPD-MdB Dr. Ernst Dieter Rossmann.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.05.2009, 09:43 Uhr - 1441 Clicks - Nr. 467

Erneute Klatsche für Kohle-Lobby

Zu dem „Nein“ des Innenministeriums zur Einleitung eines Raumordnungsverfahrens für den Bau eines 800 MW Kohlekraftwerks erklären die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Ralph Müller - Beck und Lutz Oschmann:

„Das ist eine weitere Klatsche für e.on und die Befürworter eines 800 MW-Kohlekraftwerks. Der Plan, an den Beschlüssen der Kieler Ratsversammlung vorbei vom Land Grünes Licht für den Bau der CO2-Schleuder zu bekommen, ist komplett gescheitert. Und das zum zweiten Mal.

Es bleibt dabei: in Kiel wird keine neues Kohlekraftwerk gebaut. Die Beschlüsse der Ratsversammlung sind eindeutig. Die Stadt hat die Planungshoheit und das eingeleitete Bauleitverfahren wird den Bau des Kohlekraftwerks ausschließen.

Wir fordern die Stadtwerke und das GKK auf, weitere Störmanöver zu unterlassen und sich den Realitäten zu stellen. Die Stadt wird mit gutachterlicher Unterstützung ein dezentrales Energieversorgungskonzept erstellen, ohne Kohleverbrennung. Das werden wir gemeinsam mit den Stadtwerken umsetzen. Nicht zuletzt der eindrucksvolle Wahlsieg von Torsten Albig hat überdeutlich gezeigt, dass die Kielerinnen und Kieler kein neues Kohlekraftwerk wollen. Genau so wird es kommen."

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.05.2009, 09:44 Uhr - 1366 Clicks - Nr. 468

Der politische Weg für den Umbau der Berufsschullandschaft ist frei - Neubauten

Zur Neuordnung der beruflichen Schulen und dem von Rot/Grün/SSW hierzu eingebrachten Änderungsantrag erklären die schul- und baupolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Peter A. Kokocinski und Ratsherr Dr. Friedrich Traulsen sowie die schul- und baupolitischen Sprecher der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Ratsfrau Anke Erdmann und Ratsherr Dirk Scheelje:

„Wir machen den Weg für eines der größten Investitionsvorhaben der Landeshauptstadt Kiel frei. Kiel profiliert sich als der TOP-Standort für berufliche Bildung im Land, von dem ca. 11.000 Schülerinnen und Schüler profitieren. Die Beratungsschleife mit allen Beteiligten hat sich ausgezahlt.

Mit diesem Vorhaben werden unsere beruflichen Schulen zukunftsfest: Alle drei Standorte erhalten Mensen, die auch als Mehrzweckräume nutzbar sind, die notwendigen pädagogischen Kompetenzzentren (Cluster) sowie Ergänzungsneubauten.

Der rot-grüne Änderungsausgleich stellt in erster Linie die Gleichbehandlung aller drei RBZ-Standorte sicher: Am Standort Schützenpark wird umgehend ein Ergänzungsbau mit Mensa entstehen, dessen Kosten von der Verwaltung auf 8,9 Mio. Euro geschätzt werden. Auch die anderen beiden Standorte erhalten Mensen - Kosten: 3,1 Mio. Euro.

Auf einen Ersatz des Internat Hof Hammer (1,2 Mio. Euro) wird verzichtet.

Damit erhöht sich das Investitionsvolumen auf 103,2 Mio. Euro gegenüber dem Verwaltungsentwurf, der 92,4 Mio. Euro für das Zukunftsprojekt vorgesehen hat. Wir sind froh, dass es gelungen ist, insgesamt ca. 40 Millionen Euro unter der ursprünglich von der Verwaltung ermittelten Investitionssumme zu bleiben, an der das gesamte Projekt noch im Herbst zu scheitern drohte.

Die abschließende Beschlussfassung wird in der Ratsversammlung am 14. Mai 2009 erfolgen. Wir stellen damit sicher, dass noch in diesem Jahr mit den Ausschreibungen und den Vorbereitungen für einen fast zeitgleichen Baubeginn an allen drei Standorten begonnen werden kann. Die Ausschöpfung von Mitteln aus den Konjunkturprogrammen und der vom Land zugesagten Förderung, die ungefähr zwanzig Prozent der Gesamtsumme ausmachen, werden dadurch sichergestellt.“

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 07.05.2009, 10:37 Uhr - 10627 Clicks - Nr. 469

Für eine nachhaltige Nahrungserzeugung ohne Gentechnik

Zum Thema der grünen Gentechnik überschlagen sich die Meldungen. Mitte April – gerade noch rechtzeitig - hat Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner entschieden, auch in Deutschland die Aussaat der Genpflanzensorte MON 810 zu verbieten. Nach Österreich,

Ungarn, Frankreich, Griechenland und Luxemburg ist die Aussaat der bislang einzigen in Europa zugelassenen Genpflanzensorte MON 810 nun in sechs EU-Mitgliedstaaten verboten. Umgekehrt hat die Ministerin kurz darauf entschieden, den Anbau der umstrittenen Genkartoffel Amflora zuzulassen. Genmais nein, Genkartoffel ja – dieser Kurs in Berlin ist schwer nachzuvollziehen.

Statt sich in Einzelfragen zu verlieren, ist in der grünen Gentechnik ein klarer Kurs notwendig, den wir in Schleswig-Holstein lange Zeit hatten. So ist auch der vorliegende Antrag von Bündnis 90/Die Grünen leider nur ein Baustein auf dem Weg dorthin. Wir als SPD bedauern sehr, dass Schleswig-Holstein durch einen Brief des Landwirtschaftsministeriums 2005 aus dem europäischen Netzwerk „Gentechnikfreie Regionen“ ausgetreten ist und setzen uns dafür ein, diesen Schritt rückgängig zu machen. Dabei dürfen wir jedoch nicht stehen bleiben.

Staaten und Regionen müssen auf der Basis gesicherten Rechts selbst entscheiden dürfen, welche Gentechnik-Pflanzen sie verbieten oder ob sie sich ganz gegen den Einsatz von grüner Gentechnik aussprechen wollen. Nach unserer festen und lange vertretenen Überzeugung kann dies am besten durch die rechtlich abgesicherte Erklärung von gentechnikfreien Regionen erfolgen. So ist am effektivsten das Ziel zu erreichen: Der vorsorgende Schutz von Mensch und Umwelt muss auch bei der Anwendung der Gentechnik in der Landwirtschaft oberste Priorität behalten.

Die Bürgerinnen und Bürger werden das langwierige doppelte Spiel der CSU in Bayern und der CDU/CSU- Fraktion auf Bundesebene in Erinnerung behalten: Für Bayern fordern Ministerpräsident Seehofer und Umweltminister Söder gentechnikfreie Regionen. Gleichzeitig wird auf Bundes- und Europaebene bis zum allerletzten Moment eine Hängepartie durch Nichtfestlegung betrieben. So haben CDU und CSU Ende April den SPD-Vorschlag abgelehnt, im Deutschen Bundestag als deutsche Haltung festzulegen, dass die Entscheidung über den Anbau grüner Gentechnik auf die Ebene der Nationalstaaten und Regionen verlagert werden soll. Dies ist der richtige Weg, den wir weiter verfolgen und gegenüber unserem Koalitionspartner in Kiel weiter vertreten werden.

In ganz Europa wird die Forderung nach Gentechnikfreiheit in zusammenhängenden Regionen inzwischen gestellt. Dabei sind Koexistenz im Anbau und Transparenz für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu gewährleisten. Koexistenz bedeutet, dass auf Anbauflächen, auf denen gentechnikfrei nach konventioneller oder ökologischer Art gewirtschaftet wird, auch ein Schutz vor Einkreuzung sichergestellt sein muss. Der Landwirt, der gentechnikfrei erzeugen will, muss genauso das Recht und die Sicherheit haben, wie der Verbraucher, der ein natürliches Produkt erwerben und verbrauchen will.

Die Teilnehmenden der 5. Europäischen Konferenz der gentechnikfreien Regionen „Food and Democracy“ haben sich Ende April für ein EU-weites Moratorium für die Zulassung und den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) ausgesprochen. Heute - nachdem sechs EU-Mitgliedstaaten den Anbau von MON810 verbieten und angesichts der rasanten Zunahme gentechnikfreier Regionen in ganz Europa - ist der Augenblick für ein Moratorium so günstig wie noch nie.

Das Moratorium soll genutzt werden:

- o um die EU-Gesetzgebung zu überdenken und die regionale Selbstbestimmung zu stärken.
- o um die Risikobeurteilung im Sinne des Vorsorgeprinzips neu festzulegen. Dabei sind auch sozio-ökonomische Auswirkungen einzubeziehen.
- o um eine gentechnikfreie und vielfältige Landwirtschaft zu fördern und die Ernährungssouveränität sicher zu stellen.

Gentechnikfreie Landwirtschaft und Lebensmittel entsprechen dem Willen der Bevölkerungsmehrheit in Europa – dies belegt die aktuelle Gentechnik-Umfrage von FORSA, nach der 78 Prozent der Bundesbürger die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung für sinnvoll halten und 73 Prozent sich beim Einkauf an dieser Kennzeichnung orientieren und zu solchen Produkten greifen würden – das ist ein deutliches Signal!

Für Europas Bauern und Bäuerinnen, Konsumentinnen und Konsumenten ist die nachhaltige Nahrungserzeugung ohne Gentechnik die Strategie für heute und morgen – das gilt auch in Schleswig-Holstein.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 07.05.2009, 11:15 Uhr - 4546 Clicks - Nr. 470

Presseerklärung

Ratsfraktionen fordern Grünes Licht für NORTEX

Für die vom Modecenter Nortex geplanten Erweiterungen wollen die Fraktionen von SPD, CDU, FDP, Grüne und Linkspartei in der Ratsversammlung am 19. Mai den Weg frei machen. Darüber sind sich alle im Rat vertretenen Parteien einig. Nortex benötigt die Erweiterung dringend, um gegenüber dem geplanten DOC im Industriegebiet Süd wettbewerbsfähig zu bleiben. Schon heute spürt Nortex einen Kaufkraftabfluss durch die CITTI- und Dodenhof-Erweiterung in Kiel bzw. Kaltenkirchen. Um hier gegenzusteuern fordert Nortex folgende konkrete B-Plan-Änderungen:

Die Erweiterung der auf dem Betriebsgelände der Fa. Nortex zugelassene Bruttogeschossfläche von gegenwärtig 17.700 m² auf 20.000 m² (entsprechend 18.000 m² Nettoverkaufsfläche)
Die Erweiterung der Nutzungsmöglichkeit für Güter des täglichen/kurzfristigen Bedarfs von derzeit 2.200 m² auf 4.000 m²

Die Festsetzung einer Fläche von 4.000 m² für Sortimente aus den Bereichen Schuhe, Sportartikel, Parfümerie, Lederwaren, Schmuck / Modeschmuck / Uhren, Glas, Porzellan, Keramik, Wohnbedarf, Heimtexartikel, Elektro, Büroeinrichtung, Schreibwaren und Bücher.
Die Zulassung kleinteiliger Einzelhandelsnutzungen, insbesondere im Rahmen von Shop-in-Shop-Systemen und ähnlichen Verkaufsformen.

Die Erweiterungspläne des Modecenters werden von allen Ratsparteien unterstützt. Nortex muss die Möglichkeit erhalten, sich auf die veränderten Marktbedingungen einstellen zu können und die rund 250 Arbeitsplätze bei Nortex erhalten bleiben und weitere hinzukommen.

Allerdings machen die Fraktionsvorsitzenden die B-Planänderung für die Nortex-Erweiterung davon abhängig, dass dies nicht „DOC-schädlich“ sein dürfe. Hier will keine der im Rat vertretenen Fraktionen ein Risiko eingehen. Deshalb sollen Bauverwaltung und Rechtsamt dies bis zur nächsten Ratsversammlung prüfen. Wenn es ein Risiko gäbe, kündigen die Fraktionsvorsitzenden schon jetzt an, dass der Antrag auf eine B-Planänderung für Nortex zurückgezogen werden wird. Denn wenn der Antrag das DOC gefährden würde, hätte man der Stadt einen Bärendienst erwiesen.

Keine Kommentare

Solidarität statt Kassenwettbewerb - jetzt ins Programm!

Bitte um Unterstützung für Änderungsantrag zum Regierungsprogramm -

"Gesundheitspolitik": Nachdem der Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein einen wichtigen Richtungswechsel in unserer Gesundheitspolitik beschlossen hat und die Solidarität der Versicherten über den Kassenwettbewerb stellt, muss dieses endlich auch auf Bundesebene durchgesetzt werden. Möglichst viele Gliederungen der Partei werden gebeten, diesen Antrag bis zum 15. Mai beim Bundesvorstand einzubringen und zu unterstützen.



[AM FREITAG \(15.5.\) IST DER ANTRAGSSCHLUSS! ANTRÄGE JETZT EINBRINGEN! HIER FÜNF VORSCHLÄGE!](#)

Änderungsantrag für das Regierungsprogramm der SPD

Antragsteller:

NEUFASSUNG für :

Gute Versorgung für alle (Seite 30/31)

Gesundheit ist ein Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge. Der atomisierte und in seinen Auswirkungen unüberschaubare Vertragswettbewerb der Krankenkassen führt zur Deregulierung, zu hohem Misstrauensaufwand, zu belastender Bürokratie in Praxis, Pflege und Krankenhaus und zur Schwächung unserer Solidargemeinschaft.

Patientinnen und Patienten mit vom Risikostrukturausgleich nicht abgedeckten Krankheitsbildern oder Sterbensranke werden vernachlässigt und es besteht eine systematische Unzuständigkeit für effiziente und integrierte Versorgungsstrukturen in allen Teilen Deutschlands. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen die Sachwalter unserer solidarischen Krankenversicherung bleiben. Durch den bisher etablierten Kassenwettbewerb der etwa 200 Kassen werden sie aber zu betriebswirtschaftlichen Denken und Handeln gezwungen, welches einer solidarischen Gesundheitspflege entgegensteht und Effizienzreserven nicht ausschöpft. Jede Kasse kümmert sich jetzt im Wettbewerb nur um die eigenen Versicherten. Niemand hat bei uns bisher die Verantwortung für eine effiziente und sachgerechte Versorgung in der Fläche.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Kassen diese Verantwortung auf Landesebene in Zukunft gemeinsam tragen. Die Solidargemeinschaft darf nicht geteilt und von der Gesundheitsindustrie beherrscht und instrumentalisiert werden! Wir wollen sie nach skandinavischem Modell auf regionaler Ebene als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge durch gemeinsames Handeln unserer Krankenkassen integrieren, vernetzen und stärken. Beitragsfinanzierung und Bürgerversicherung bleiben Pfeiler unseres Konzeptes.

Wir wollen, dass Regionalbudgets und regionale Gesundheitsnetzwerke für die gesundheitliche Versorgung von den Kassen gemeinsam weiterentwickelt und gefördert werden. Die enge fachliche Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe im ambulanten Bereich muss nach den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten gesichert werden. Heimeinweisungen und Krankenhauseinweisungen sind belastend und teuer. Wir wollen die

gesundheitliche Versorgung auch auf dem Lande so fortentwickeln, dass dem Wunsch der Patienten, zu Hause versorgt zu werden, wenn fachlich möglich, entsprochen werden kann.

Begründung:

Die Schwächung unserer Solidargemeinschaft durch die Zersplitterung in fast 200 gesetzliche Krankenkassen zeigt sich derzeit in Bayern, wo ein starker Hausärzteverband sich die Kasse aussuchen kann, mit der er die günstigsten Verträge abschließt. Aber auch Pharma und Klinikmonopole weiten sich aus und nutzen, wie Ärzte-Unternehmen, zunehmend ihre Monopolposition nach dem Motto "Teile und herrsche!" über die konkurrierenden GKV-Kassen.

Kassen sollten sich auf Landesebene zusammenschließen und als starke Arbeitsgemeinschaft die Interessen der Versicherten vertreten. Dadurch wird Verwaltungsaufwand erheblich reduziert und an die Stelle des lückenhaften Vertragsmosaiks, welches in seinen Auswirkungen niemand mehr durchschaut, tritt eine effiziente, für alle Versicherten geltende Versorgungsstruktur, die auf Landesebene vertraglich für alle Kassen gemeinsam gesichert wird.

Der komplizierte Risikostrukturausgleich zwischen den ca. 200 Kassen kann durch einen einfacheren Ausgleich zwischen den 16 Landes-Arbeitsgemeinschaften der Kassen ersetzt werden. Die Kassen brauchen keine jeweils eigenen Vertragsabteilungen mehr. Sie konzentrieren sich auf ihre Funktion als Interessenvertreterinnen der bei ihnen Versicherten bei Vertragsabschlüssen und gegenüber den Leistungserbringern.

Die Kassen, welche sich jetzt noch möglichst um "kranke" Versicherte herumdrücken, haben bei einer gemeinsamen Übernahme der Versorgungsverantwortung keinen Nachteil mehr durch Morbiditätslasten. Solidarität und effiziente Versorgungsstrukturen wären endlich im Interesse aller Versicherten organisiert. Auf Bundesebene sollten der Länderausgleich und ein Benchmarking gesichert werden, welches sich an den bundeseinheitlichen Leistungsansprüchen ausrichtet. Die Umsetzung der Versorgung ist - wie wir aus anderen europäischen Ländern lernen können- am besten regional, das heißt bei uns: auf Landesebene möglich.

[HIER](#) der Antrag als WORD-Dokument zum Downloaden.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 07.05.2009, 11:43 Uhr - 5577 Clicks - Nr. 472

Innenminister Lothar Hay überreicht Sportplakette des Bundespräsidenten

„Sportvereine sind für eine Bürgergesellschaft unverzichtbar“

Erscheinungsdatum:06.05.2009

Im vergangenen Jahr wurden 14 Sportvereine aus Schleswig-Holstein mit der Sportplakette des Bundespräsidenten ausgezeichnet. Innenminister Lothar Hay überreichte die Plaketten und die Urkunden am Mittwoch (6. Mai) im Landeshaus in Kiel.

Hay würdigte das große sportliche und gesellschaftliche Engagement. „Sportvereine sind Orte, in denen persönlicher Ehrgeiz und soziales Engagement harmonieren“, sagte der Minister. Sportvereine seien für eine Bürgergesellschaft unverzichtbar. Die Sportplakette des

Bundespräsidenten kann seit 1984 als Auszeichnung für Turn- und Sportvereine verliehen werden, die mindestens 100 Jahre alt sind und die sich über viele Jahre besondere Verdienste um die Pflege und Entwicklung des Sports erworben haben.

Mit der Sportplakette 2008 wurden ausgezeichnet:

Plöner Seglerverein

TSV Grömitz

Männerturnverein Gelting

Schützenverein Bargteheide

Flensburger Sportvereinigung

Viktoria 08 Lübeck

Rasensportverein Landkirchen auf Fehmarn

TSV „Frisch-Auf“ Pahlhude

Albersdorfer Schützengilde

Männerturnverein Wrohm

VFB Union-Teutonia Kiel

Schützenverein Linau

Der Niendorf-Timmendorfer Sportverein NTSV Strand 08 und die Eutiner Sportvereinigung von 1908 erhielten die Sportplakette bereits auf dem Empfang der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern anlässlich der Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes Ende vergangenen Jahres in Rostock.

Die Rede von Innenminister Lothar Hay zum Herunterladen auf der Seite www.im.schleswig-holstein.de unter dem entsprechenden Artikel.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 07.05.2009, 15:23 Uhr - 46010 Clicks - Nr. 473

Keine Neuwahlen – wir wollen unsere Arbeit gemeinsam fortsetzen

In seiner Landtagsrede vom 07.05.2009 sprach Ralf Stegner zum Thema "Vorzeitige Beendigung der 16. Wahlperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages".

"Ich bekenne freimütig: Die SPD war in den letzten Wochen teilweise in einer Frage völlig isoliert. Sie hat nämlich zu keiner Zeit darüber spekuliert, was für sie der günstigste Wahltermin wäre oder was wahltaktisch passt. Sondern sie hat gesagt: Wir wollen unsere Arbeit tun, unser Mandat erfüllen, das uns die Bürgerinnen und Bürger gegeben haben, und nicht damit spekulieren, wann das am besten passt - auch nicht motiviert durch die demoskopischen Höhenflüge der einen. Wenn der Nachbar grippekrank ist, dann guckt man, dass man sich nicht ansteckt - der wird auch



wieder munter -, aber man geht trotzdem weiter zur Arbeit.

Wir haben eine Menge an Arbeit zu tun. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist die größte in der Geschichte unserer Republik. Wir haben 10.000 Kurzarbeiter in Schleswig-Holstein bei Sauer Danfoss, bei GKN, bei Villeroy & Boch, bei OK-Media, bei der Shell-Raffinerie in Heide, bei HDW, bei Lindenau, bei Nobiskrug. Bei ganz vielen anderen Unternehmen haben wir eine Menge Probleme. Wir haben mit dem Unternehmensverband gesprochen, wir haben mit den Handwerkern gesprochen, wir waren vor kurzem bei Shell - überall hören wir nur: Wir wollen nicht, dass neben dem Bundestags- und dem Europawahlkampf auch die Landespolitik eingestellt und auf Landtagswahlkampf umgestellt wird, sondern dass wir unsere Arbeit tun. Die Sozialdemokratie tut das.

Wir wollen unser Konjunkturprogramm umsetzen. Unser Arbeitsminister Uwe Döring ist im Lande unterwegs, um alles, was man nur tun kann, für Arbeitsplätze zu unternehmen. Und Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave setzt das um, was im Bildungsbereich im Konjunkturpaket steht, und Sozialministerin Gitta Trauernicht tut das für die Krankenhäuser und Lothar Hay macht das für das gesamte kommunale Infrastrukturprogramm. Denn wir wollen, dass das den Menschen vor Ort und dem Handwerk so schnell es geht zugute kommt, weil es um Arbeitsplätze geht

Wir haben die Bildungsreform beschlossen und wir haben sie umzusetzen, wir haben die Kommunalverfassung noch zu verändern, wir haben das Thema beitragsfreie Kindertagesstätten, das wir gemeinsam verabredet haben, für drei Jahre noch zu regeln und vieles andere mehr.

Wir werden den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss haben, den die Opposition beantragen wird. Das allerdings ist für uns kein Grund für Neuwahlen. Da wird herausgefunden werden, wie das ist mit dem Zustandekommen, was die Weichenstellung angeht in dem 20köpfigen Aufsichtsrat, in dem ganze vier Politiker sitzen, zu denen ich auch gehörte, dazu bekennt man sich. Und dann wird es um das Krisenmanagement gehen, um die Verhandlungen mit dem Bund und die Information des Parlaments und all diese Dinge. Die Sozialdemokratie hat nichts zu befürchten, wir werden diesen Untersuchungsausschuss konstruktiv begleiten. Wir wollen, dass er seine Arbeit auch rasch durchführt, damit im nächsten Jahr über die Zukunft des Landes gesprochen wird, wenn wir Wahlkampf haben. Der Kollege Weber steht dafür, dass das mit Sachkompetenz und Unabhängigkeit passiert.

Es wird immer nach den Gemeinsamkeiten gefragt. Ich möchte mal die Gemeinsamkeiten der Alternativen angucken. Wie wäre das denn, wenn wir keine große Koalition hätten? Die Union lädt den größten Oppositionsführer aller Zeiten nach Schloss Gottorf ein. Der hält Ihnen sozusagen den Spiegel vor, das Instrument, in das er am liebsten guckt? Und er erzählt ihr dann aus 20jähriger Oppositionserfahrung, wie man am besten regiert. Das klingt nicht nach besonders viel Gemeinsamkeit.

Und dann haben wir die schwarz-grüne Alternative. Das kann man in Kappeln mal machen, dann geht dabei mal ein Bürgermeister und Wirtschaftsminister verloren, aber insgesamt, wenn ich mir die Gemeinsamkeiten angucke, z. B. bei Energiepolitik oder bei Bildungspolitik - wir sind nicht in Hamburg und in der Landeshauptstadt Kiel sind die Dinge inzwischen auch anders.

Und dann gucke ich mir noch den SSW an, mit dem wir alle pfleglich umgehen. Jürgen

Koppelin, Robert Habeck und ich haben den Vorschlag gemacht, Karl-Otto Meyer zum Ehrenbürger des Landes zu machen; ich finde das immer noch eine gute Idee. Und er hat gesagt, er sei auch deswegen dagegen, weil manches noch nicht in Ordnung ist; er hat auch die Debatte um die Mandate des SSW noch im Kopf, hat sich auf Herrn Börnsen u. a. bezogen. Also: Man kann nun nicht sagen, wir haben so wahnsinnig viele Gemeinsamkeiten.

Und dann gucke ich mir die große Koalition an: Natürlich haben die beiden großen Parteien im Lande Schleswig-Holstein keine gute Geschichte miteinander. Und von Lemke bis Barschel waren wir eher in der Phase, die teilweise hart an Feindschaft grenzt, das will ich bekennen. Und wir hatten am 17. März 2005 einen bitteren Tag für die Sozialdemokratie; ich habe die feixenden Gesichter noch im Kopf. Ich sage aber auch ausdrücklich Dank an Lothar Hay und an Claus Möller: Wir haben uns zusammengerissen, wir haben gesagt, wir wollen in der Verantwortung für dieses Land etwas für das Land bewegen. Es ist auch gut, dass die beiden großen Parteien miteinander koalitionsfähig sind, das ist auch ein Stück Normalisierung, zu dem ich mich bekenne. Da entstehen durchaus auch positive persönliche Beziehungen, ich will für mich ausdrücklich den Kollegen Stritzl nennen, dem ich von hier aus die Genesungswünsche meiner Fraktion übermittle. Ich könnte aber auch andere nennen.

Und wir haben in dieser großen Koalition eine ganze Menge gemacht: Wir haben die Bildungsreform umgesetzt, längeres gemeinsames Lernen, das gibt's in keinem Bundesland so gut wie in Schleswig-Holstein. Wir haben das erste Kinderschutzgesetz gemacht in der Geschichte der Bundesrepublik. Wir haben mit der Ämterreform die größte Verwaltungsreform in den letzten 25 Jahren hier gemacht, auch wenn wir uns mehr gewünscht hätten. Wir werden eine Verwaltungsreform in der Justiz kriegen, die sehr gut ist. Und, lieber Kollege Wadephul, ich bin Ihnen außerordentlich dankbar dafür, dass wir hier Resolutionen in Sachen HSH-Nordbank gefasst haben, die sich republikweit sehen lassen können, die die Verantwortung dieses Parlaments in der großen Koalition mit einer großen Mehrheit sehr deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

Ja, wir haben auch mal Konflikte - ich glaube übrigens weniger als in Berlin, hier wird nur mehr Aufregung drum gemacht. Wir streiten nicht über die Jobcenter. Und da gibt's auch mal ein klares Wort. Und nach Neumünster habe ich mich ein bisschen rustikal ausgedrückt, das stimmt. Aber ich weiß ja, wie das bei Parteitagen funktioniert. Ich wollte einfach, lieber Herr Carstensen, dass Sie auf Augenhöhe bleiben, wenn Sie wiedergewählt werden auf Ihrem Parteitag. Was das Ergebnis angeht, so wird es dann am Ende ja auch bleiben.

Ich will Sie ausdrücklich loben, lieber Herr Carstensen, für das, was Sie zur Steuerpolitik gesagt haben. Denn da haben Sie nun wirklich die Position, die die Sozialdemokratie seit langem vertritt, übernommen, und Sie haben so mächtige Gegenspieler wie Frau Merkel, Herrn Westerwelle und Herrn Arp. Und wie ich heute lesen kann, haben auch die 16 Fraktionsvorsitzenden der CDU gesagt, sie wollen Steuersenkungen. Also insofern ist das schwer. Und Herr Biel, der ja noch nicht in der CDU ist, will den Soli abschaffen. Das kostet viele, viele Milliarden, die wir nicht haben. Sie haben unsere volle Unterstützung in dem Punkt, lieber Herr Carstensen, was die gemeinsame Steuerpolitik an der Stelle angeht.

Wir wollen unsere Arbeit bis zum 09.05.2010 gemeinsam fortsetzen. Wir wollen die Wahlperiode nicht um ein Jahr verkürzen, sondern um eine Woche verlängern. Sie hatten Schwierigkeiten mit dem Tag der Arbeit, das sehen wir ein, das ist nicht so wichtig, wir wählen also am 9. Mai. 367 Tage Arbeit, das ist auch gut so. Arbeit ist die altmodischste Form der Vermögensbildung, jedenfalls aus Sicht der Sozialdemokratie. Wir wollen also arbeiten und uns

dann daran messen lassen im nächsten Jahr. Ich sage das auch für meine 28 Kollegen in der SPD-Fraktion, ich sag das für die 8 Mitglieder im Kabinett. Und aus aktuellem Anlass darf ich ausnahmsweise den stellv. Regierungssprecher mit erwähnen, eine wichtige Position, und sagen, das wir uns gemeinsam für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes in unserer Arbeit bis zum nächsten Jahr engagieren werden.

Und dann treten wir wieder in den Wettbewerb. Dann werden die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob ihnen unser Konzept gut gefällt, ohne Hürden und ohne Barrieren und ohne Gebühren von der Kita bis zum Studium, oder ob sie etwas anderes wollen. Ob sie für erneuerbare Energien sind oder aber für die Verlängerung von Restlaufzeiten der Atomkraftwerke, ob für gute Arbeit, wie wir das verstehen, mit Mindestlöhnen, ob für Qualität oder eine Alternative, ob sie für eine solidarische Gesellschaft stehen und einen handlungsfähigen Staat. Das sind die Unterschiede zwischen Parteien, die ja nicht fusionieren wollen, sondern die koalieren und die übrigens in jeder Koalition Kompromisse schließen, zu denen wir auch in der Lage sind. Und ganz am Ende werden sie dann auch noch entscheiden zwischen den Spitzenkandidaten. Da wird es um Sympathie gehen, aber es wird auch um Kompetenz, um Durchsetzungsfähigkeit und Gradlinigkeit gehen.

Die Sozialdemokratie ist außerordentlich zuversichtlich, sie ist selbstbewusst und sie ist bereit, gemeinsam Verantwortung für unser schönes Land Schleswig-Holstein zu tragen. Wir werden das gemeinsam tun bis zum 9. Mai 2010 und dann stellen wir uns dem Votum der Wähler in der Frage, wo es um Zukunftskonzepte geht, aber auch um die Frage, habt Ihr Euch permanent um Wahltermine gekümmert und Herummanipulierung mit Verfassung und Wahltagen oder habt Ihr Eure Arbeit gemacht. Wir entscheiden uns für letzteres. Und wir lehnen die Anträge auf Neuwahlen ab."

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 07.05.2009, 15:28 Uhr - 6054 Clicks - Nr. 474

"Frei und links"

"Frei und links"

**Sozialdemokratische Programmatik
und Politik seit der
Mitte des 19. Jahrhunderts**

**Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Neumünster
vom 12. Mai 2009 bis 30. Mai 2009**

Eröffnung am 11. Mai 2009 17.00 Uhr

Mühlenbrücke 6, I.OG

Öffnungszeiten: Dienstags - Samstags von 10 - 17 Uhr

Eine Veranstaltung des SPD Kreisverbandes Neumünster

Örtliche Ansprechpartnerin: Alexandra Mallon

Fon: 04321-79235 oder SPD Büro 04321-929831

Anmeldungen Gruppen erbeten



Eröffnungssprecher: Andreas Hering (Kreisvorsitzender)
Dr. Birgit Malecha-Nissen (Landesvorstand und Bundestagskandidatin)
Stadtrat Günter Humpe-Waßmuth, Neumünster
Einführungsvortrag: Friedrich-Ebert-Stiftung

In der Geschichte demokratischer Parteien, insbesondere in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, spielen Programme eine wesentliche Rolle, und besonders die SPD hat es sich mit ihnen nie leicht gemacht. Programme sind nicht nur Reflex bereits vollzogener theoretischer Entwicklung, sondern geben ihrerseits wieder Anstöße zu einer weiteren gedanklichen Durchdringung. In bestimmten politischen Situationen kann zudem einem Programm die Aufgabe zukommen, die unterschiedlichen Parteiflügel zu integrieren, um die Einheit zu bewahren. Im übrigen dient das Ringen um ein Programm einer Partei auch dazu, nach Veränderungen, Misserfolgen und Niederlagen Selbstbewusstsein aufzubauen und Vergewisserung und Rückbesinnung zu ermöglichen.

In ihrer langen Geschichte seit der 1848er Revolution reagierte die Sozialdemokratie mit ihren Programmen auf jeweils sich wandelnde politische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und juristische Gegebenheiten. Diese neuen Herausforderungen machten und machen jeweils neue Antworten erforderlich. Es kam und kommt immer wieder darauf an, die bleibenden Grundwerte der Sozialdemokratie - seit Godesberg als Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität definiert - auf die jeweiligen Verhältnisse zu projizieren und stets aufs Neue mit Leben zu erfüllen. Nur so, durch Erkenntnis und Anerkennung der Realitäten, konnte und kann die Sozialdemokratie ihr Wesen, ihre Identität, bewahren - also im Wandel und durch Wandel.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich der Stärkung unserer Demokratie verschrieben. Sie wahrt und pflegt die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Traditionen und macht die Lehren aus ihrer Geschichte für unsere demokratische Gegenwart und Zukunft fruchtbar. Sie hat viel dazu beigetragen, den langen und komplizierten Weg der Sozialdemokratie von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute einer breiteren Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Unser Historisches Forschungszentrum hat jetzt eine Ausstellung mit dem programmatischen Titel konzipiert: "Frei und links. Sozialdemokratische Programmatik und Politik seit der Mitte des 19. Jahrhunderts".

Diese Ausstellung soll nach ihrer ersten öffentlichen Präsentation in unserem Hause in Berlin in den nächsten Jahren an zahlreichen Orten Deutschlands zu sehen sein. Ich hoffe, dass viele Menschen sie besuchen, sich mit ihren Aussagen befassen und sie kritisch reflektieren.

Anke Fuchs
Vorsitzende der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Keine Kommentare

Wahlkampfauftakt zur Europawahl!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen! Wir laden Sie und Euch herzlich zu unserem SPD-Familienfest und Wahlkampfauftakt für die Europawahl ein!

Wann? Samstag, 16. Mai 2009, ab 11.00 Uhr

Wo? Auf dem Großflecken in Neumünster

Mit: Musik, Artisten, Spielmobil, Hüpfburg, europäischen Spezialitäten u.v.m.

PolitTalk

Ab ca. 14.00 Uhr: Talkrunde mit

- [Dr. Ralf Stegner](#)
- [Ulrike Rodust](#) (MdEP, Kandidatin für SH)
- [Martin Schulz](#) (MdEP und SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl)
- [Günter Humpe-Waßmuth](#) (OB-Kandidat für Neumünster)

Links

- [SPD Europa](#)
- [TV-Spot zur Europawahl 2009](#), youtube.com
- [99 Errungenschaften der SPD für Europa](#)



Keine Kommentare

Nachdrückliche Unterstützung von Steinbrück beim Kampf gegen Steuerhinterziehung

Wodarg: Steuerhinterziehung ist eine Straftat. Beihilfe zur Steuerhinterziehung auch! Es kann nicht hingenommen werden, dass ganze Staaten dieses ungestraft betreiben und sogar noch dafür offen werben dürfen! Steinbrücks gestrige Rede im Deutschen Bundestag hat mir aus der Seele gesprochen und ich freue mich, dass meine Initiative vom Anfang vorigen Jahres von der Bundesregierung mit Nachdruck aufgenommen wurde. Hier mein Bericht vom Februar 2008 (!) zum Thema:

Der Steuerhinterziehung in Europa einen Riegel vorschieben



Steuerhinterziehung ist asozial. Sie muss europaweit offensiv angegangen werden. Wir Sozialdemokraten werden dafür kämpfen, dass europäische sowie weltweit bestehende "Steuroasen" beseitigt werden. Zur Hinterziehung von Steuergeldern nach Liechtenstein und in andere europäische "Steuroasen" erklärt der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg: Der Steuerhinterziehung in Europa einen Riegel vorschieben

Auch für Nicht-EU-Staaten wie Liechtenstein und Island existiert eine Kooperationspflicht. Als Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und des Schengener Abkommens sollten sie sich partnerschaftlich verhalten. Liechtenstein steht unmittelbar vor dem Schengen-Beitritt. Vor diesem Hintergrund ist es Zeit für ein vertrauensvolles Verhältnis und für eine Kooperation zwischen diesem Land und der EU. Verheerend ist aber, dass das Fürstentum Amts- und Rechtshilfe in "fiskalischen Strafsachen" regelmässig verweigert. Dies sollte auf europäischer Ebene gerügt werden.

Lichtenstein, Island und die Schweiz sind zwar keine EU-Mitglieder, sie gehören jedoch dem Europarat an. Wenn diese Länder kriminelle Handlungen in anderen Mitgliedsländern des Europarates tolerieren oder sogar unterstützen und von ihnen profitieren, widerspricht das den Prinzipien unserer gemeinsamen Menschenrechtskonvention.

Steuern sind ein Beitrag zur Stabilisierung wichtiger Funktionen der staatlichen Daseinsvorsorge. Besonders Benachteiligte sind auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen, brauchen Steuermittel. Ich habe dieses Thema deshalb im Europarat auf die Tagesordnung gesetzt und werde gemeinsam mit der Bundesregierung auch dort auf ein faires Miteinander in Europa hinwirken.

Aber auch innerhalb der EU muss bei Verdacht auf Steuerhinterziehung uneingeschränkte Amtshilfe selbstverständlich werden. Das gilt auch für Luxemburg und die britischen Kanalinseln. Hierfür bedarf es einer vollständigen Umsetzung der EU-Zinsrichtlinie in jedem EU-Land. Die bisherigen Kontrollen der Geldanlagen sollten auf alle Kapitaleinkünfte ausgedehnt werden.

Klar ist, dass die Steuerfahndung in Deutschland personell wie finanziell besser ausgestattet werden muss.

Die milliardenschweren Untersuchungsfälle von Steuerhinterziehung beweisen, dass Steuerflucht sowohl im hohen Masse praktiziert als auch bagatellisiert wird. Wenn sich Manager mit Spitzengehältern der Gemeinschaft zustehende Gelder aneignen, haben sie jegliches Anstandsgefühl verloren. Das moralische Gewissen der Wirtschaft scheint hier nicht zu greifen. Dies wird auch in manchen beschwichtigenden Bekundungen in der laufenden Diskussion deutlich. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich daher für transparente Regeln für die Zusammensetzung und die Höhe der Managergehälter einsetzen.

Keine Kommentare

Überraschung im Anflug!

Die roten Luftballons flogen nach Gadebusch, Rhena und Ziethen: Am weitesten kam jedoch der Luftballon von Mark Selk, der sich mit vielen anderen Kindern an einem Luftballon-Wettbewerb der Stormarner SPD anlässlich der Stormarner Kindertage 2008 in Bad Oldesloe beteiligt hatte: Sein Luftballon erreichte nach 75 Kilometern Flugstrecke Blieschendorf bei Grevesmühlen. Dafür gab es kürzlich eine Belohnung in Form von Hansepark-Karten für die ganze Familie.



Die Übergabe der Karten für einen Familienausflug in den Vergnügungspark erfolgte durch die stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende, Susanne Danhier. "Wir freuen uns, dass Du gewonnen hast und wünschen Dir viel Spaß mit Deinen Eltern im Hansapark!"

Für Mark steht schon jetzt fest, dass er sich auch in diesem Jahr an dem Luftballon-Wettbewerb der Sozialdemokraten bei den Stormarner Kindertagen beteiligen wird. Der SPD-Kreisverband möchte sich auf diesem Wege noch einmal bei allen Kindern bedanken, die sich an dem Wettbewerb beteiligt hatten. Und sie sind eingeladen, auch in diesem Jahr wieder einen roten Luftballon auf die Reise zu schicken.

Keine Kommentare

Mobilitätsprobleme bei Feuerwehren lösen

Lothar Hay: Pkw-Führerschein mit Zusatzschulung für schwerere Einsatzfahrzeuge anerkennen

Erscheinungsdatum:
08.05.2009

Innenminister Lothar Hay will die Probleme der Feuerwehren, des Rettungsdienstes, der technischen Hilfsdienste und des Katastrophenschutzes bei der Rekrutierung einer ausreichenden Zahl von Fahrern für die schwereren Einsatzfahrzeuge rasch lösen.

Hay schlägt deshalb vor, dass Besitzer eines normalen Pkw-Führerscheins der Klasse B durch eine kostengünstige Zusatzschulung die Berechtigung erhalten, auch Fahrzeuge bis zu einer zulässigen Gesamtmasse von 7,5 Tonnen lenken zu dürfen.

Auf der Amtsvorstehertagung am Freitag (8. Mai) in Molfsee (Kreis Rendsburg-Eckernförde) appellierte Hay an Politiker im Bund und in den Ländern, das Straßenverkehrsgesetz entsprechend zu ändern. Die Bundesregierung habe bereits den passenden Gesetzentwurf vorgelegt. „Unsere Hilfeleistungsorganisationen müssen uneingeschränkt einsatzfähig bleiben“, sagte der Minister. Die Regelung entlaste auch die Kommunen, weil sie jüngeren Feuerwehrleuten nicht mehr die Schulung zum Führerschein der Klasse C1 bezahlen müssten.

Der Führerschein der Klasse B wurde am 1. Januar 1999 mit einer Fahrerlaubnis bis zu 3,5 Tonnen eingeführt. Er löste den Führerschein der alten Klasse 3 ab, deren Inhaber weiterhin Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen lenken dürfen. Da die meisten Einsatzfahrzeuge schwerer sind als

3,5 Tonnen, entstand eine Situation, in der besonders jüngere Leute mit ihrem ab 1999 erworbenen Führerschein Klasse B als Fahrer nicht mehr zur Verfügung standen. Sie müssen zum Steuern der 7,5 Tonner den Führerschein der Klasse C1 erwerben.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 09.05.2009, 14:21 Uhr - 6616 Clicks - Nr. 479

Bernd Heinemann für den Landtagswahlkreis Kiel-Ost nominiert

Die Mitglieder der Ortsvereine im Bereich des Landtagswahlkreises Kiel-Ost haben am 09.05.09 auf der Wahlkreismitgliederversammlung **Bernd Heinemann** als SPD-Kandidat für die Landtagswahl 2010 nominiert.



Ca. 120 Mitglieder der Ortsvereine Neumühlen-Dietrichsdorf, Wellingdorf, Ellerbek, Gaarden und Südwest hatten die Auswahl unter 4 Kandidaten: Hans-Werner Tovar (Ratsherr aus Dietrichsdorf), Serpil Midyatli (Mitglied im Landesvorstand), Gesa Langfeld (Ratsfrau aus Elmschenhagen und Bernd Heinemann (Ratsherr aus Wellsee).

Im ersten Wahlgang erreichte keiner der Bewerber die absolute Mehrheit, so dass es eine Stichwahl zwischen Tovar und Heinemann gab, bei der Heinemann deutlich als Sieger hervorging.

Heinemann ist zur Zeit Vorsitzender des Hauptausschusses der LH Kiel und kulturpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

Mit dieser Wahl ist das Trio für die Landtagswahl 2010 nun komplett: Rolf Fischer für den Kieler Norden, Jürgen Weber für Mitte/West und Bernd Heinemann für Ost. Die Themen Bildung und Arbeit sind für alle 3 Kieler Kandidaten ein Schwerpunkt in der landespolitischen Arbeit.

Keine Kommentare

[AG60plus - Kiel](#) - veröffentlicht am 09.05.2009, 16:02 Uhr - 4248 Clicks - Nr. 480

Die Rentenschutzklausel stärkt Vertrauen und gibt Sicherheit

Anlässlich einer Versammlung der SPD Arbeitsgemeinschaft 60plus erklärte Detlef von Schlieben, Vorstandsmitglied, zu dem gestrigen Beschluss der Bundesregierung:

Ich begrüße, dass durch eine Rentenschutzklausel künftig Rentenkürzungen ausgeschlossen werden. Das stärkt das Vertrauen und die Akzeptanz der 20 Millionen Rentnerinnen und Rentner in das Rentensystem. Die



umlagefinanzierte Rente ist sicher - die gesetzliche Rentenversicherung bleibt die tragende Säule der Alterssicherung.

Die gesetzliche Rentenversicherung ist die sicherste Form der Altersvorsorge. Das haben auch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten in den letzten Monaten - besonders in Amerika - bestätigt. Durch das Prinzip der Umlagefinanzierung wird die Solidarität zwischen den Generationen nachhaltig gewährleistet.

Wichtig ist dabei, so von Schlieben, dass die Rentenschutzklausel der jetzigen Rentnergeneration wie auch den folgenden Rentnergenerationen Sicherheit gibt. Voraussetzung für das Funktionieren des Systems der Altersvorsorge sind sichere und existenzsichende Arbeitsplätze.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.05.2009, 21:27 Uhr - 4217 Clicks - Nr. 481

Susanne Danhier nominiert

Bürgerhaus Bad Oldesloe – Die Wahlkreiskonferenz der SPD-Ortsvereine im Norden Stormarns hat unter der fachkundigen Versammlungsleitung des ehemaligen Justizministers Klaus Klingner entschieden: Susanne Danhier ist die SPD-Kandidatin im Wahlkreis 32 bei der Landtagswahl 2010. Die 51jährige Bargteheiderin setzte sich mit 25 zu 9 Stimmen gegen den zweiten Bewerber, Christoph Asmussen aus Bad Oldesloe, durch.



Susanne Danhier ist verheiratete Mutter zweier Kinder und lebt seit 1994 in Bargteheide, wo sie dem SPD-Ortsverein vorsteht und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses ist. Als Diplom-Pädagogin ist sie nach zehnjähriger Leitung einer Beratungsstelle in einem Hamburger Brennpunkt seit 15 Jahren Geschäftsführerin einer Familienberatungsstelle in Schleswig-Holstein. Darüber hinaus ist sie seit 32 Jahren gewerkschaftlich organisiert und über viele Jahre bei ihrem Arbeitgeber, der Kirche, im Synodenparlament vertreten.

Zu ihrer Motivation, für den Landtag zu kandidieren, sagt sie: „Ich bin seit meiner Jugend politisch interessiert, habe mich ehrenamtlich in der evangelischen Kirche und der Gewerkschaft engagiert und trat 2001 in die SPD ein. 2003 habe ich bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein eines der wenigen Direktmandate gewonnen und war etliche Jahre Fraktionsvorsitzende und Ausschussvorsitzende in Bargteheide. In dieser Zeit habe ich festgestellt, dass vieles in der Kommunalpolitik vom Land abhängig ist. Hier möchte ich mich einbringen und eine Verbindung schaffen zwischen den Menschen vor Ort und sozialdemokratischer Landespolitik. Bedingt durch meine tägliche berufliche Erfahrung mit Familien in sozialer Notlage möchte ich mich im Landtag insbesondere für Familien und soziale Gerechtigkeit einsetzen. Auch in der Finanzpolitik möchte ich einen großen Schwerpunkt setzen.“

Der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat hatte die Versammlung mit einem Blick auf die steigenden Umfragewerte der SPD eröffnet und gratulierte Susanne Danhier, die seit 5 Jahren

seine stellvertretende Kreisvorsitzende ist, mit einem Blumenstrauß. Martin Habersaat und Susanne Danhier sind zwei von drei Wahlkreiskandidaten der SPD Stormarn, in Ahrensburg wird am kommenden Mittwoch der Dritte im Bunde gewählt.

Keine Kommentare

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 10.05.2009, 19:51 Uhr - 10597 Clicks - Nr. 482

Kreisverband Nordfriesland wählte neuen Vorstand

Mit 94% der Delegiertenstimmen wurde Horst Deyerling aus Bredstedt zum Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland am Samstag, den 09. Mai 2009 auf dem Kreisparteitag in Husum gewählt.



Horst Deyerling löst somit Ralf Heßmann ab, der den Kreisverband 4 Jahre als Vorsitzender geführt hat und nicht wieder kandidierte.

92% der Delegiertenstimmen erhielt Carsten-F. Sörensen, Stedesand, bei seiner Wiederwahl als stellvertretender Vorsitzender. Ein denkbar knappes Ergebnis gab es zur Wahl des / der weiteren stellvertretenden Vorsitzenden.

Mit einer Stimme mehr entschied Sabine Gillessen, Föhr, gegen Niels Arndt, Niebüll, die Wahl für sich.

Als Kassierer wurde Wolf-E. Reintjes, Husum, mit ebenfalls überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt. Niels Arndt stellte sich als stellvertretender Kassierer zur Wahl und erhielt über 90% der Delegiertenstimmen.

Der neue Schriftführer des SPD-Kreisverbandes heißt Carsten Zimmermann aus Husum. Dieter Paulsen kandidierte nicht wieder, bleibt aber als Beisitzer im Vorstand des Kreisverbandes. Als stellvertretender Schriftführer wurde Bernd Facklam in diesem Amt bestätigt.

Als Beisitzer gehören Hanno Fecke, Marion Sellier, Norbert Stäcker, Dieter Paulsen, Frank Michael Tranzer, Stefan Runge und Heinz Engels dem neuen Vorstand an.

Keine Kommentare

[AG60plus - Flensburg / Schleswig](#) - veröffentlicht am 10.05.2009, 20:17 Uhr - 5593 Clicks - Nr. 483

Besuch aus Osnabrück

Die Mitglieder der AG60plus Osnabrück besuchten vom 8. - 9. Mai 2009 die AG60plus Flensburg-Schleswig und wurden mit einem abwechslungsreichen Besuchsprogramm von Uwe Langholz betreut.

Neben einer interessanten Stadtführung, die der langjährige, politische Weggefährte Knut Franck leitete, beendete eine Informationsveranstaltung der Flensburger Stadtwerke den ersten Besuchstag.

Am 9. Mai referierte Herr Peter Hansen vom Regionalbüro Sonderjylland-Schleswig über die Aufgabenstellung der Organisation.

Dabei wurde für die Teilnehmer überdeutlich, dass eine Beratung für viele Lebensbereiche mehr als notwendig ist, wenn man z.B. als Pendler einer Arbeit in Dänemark nachgeht.

Durch Vermittlung von Herbert Cordsen konnten die Besucher sodann eine dänische Alters- und Pflegeeinrichtung in BOV/ Dänemark besichtigen und durch die Leiterin Erläuterungen zum Konzept, den rechtlichen Grundlagen und den möglichen Kosten erfahren.

Ein gemütlicher Abend rundete den Tag ab, wobei ein Gegenbesuch vereinbart wurde.

Verantwortlich für Text und Fotos: Hermann Jobben

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 10.05.2009, 22:16 Uhr - 7360 Clicks - Nr. 484

Kreishaus Kostenvergleiche nicht seriös -

Hannes Birke „Wir brauchen einen Neuanfang“.

Hat Landrat Dr. Grimme (CDU) die Kreistagsabgeordneten mit einem nicht seriösen Zahlenvergleich „hinter das Licht“ geführt? Zu dieser Einschätzung kommt die SPD-Kreistagsfraktion.

Die Verwaltung hat den Kostenvergleich zwischen den Angeboten Impala/Rahimi und EMV („Talkline“-Gebäude) nach der so genannten „Barwertmethode“ errechnet. Nach dieser Methode ist der Anbieter EMV bei einer 25jährigen Laufzeit mit rd. 10,6 Mio € günstiger als Impala/Rahimi. Unter Berücksichtigung der Qualitätsstandards für das neue Kreishaus - so die Verwaltung - sei das Angebot Impala/Rahimi günstiger.



Für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Hannes Birke vernebelt der Kostenvergleich die tatsächlichen Kosten für den Kreis. Außerdem sei bei der Bewertung nach Qualitätsstandards zu Gunsten von Impala/Rahimi so einseitig beurteilt worden, dass der Vorwurf der Manipulation nicht mehr von der Hand zu weisen sei.

„Die Bürger können“, so Birke, „mit der „Barwertmethode“ nichts anfangen, sie fragen zu Recht, was kostet den Kreis die Anmietung für 25 Jahre cash“.

Nach Beratung mit externen Fachleuten macht die SPD eine andere Rechnung mit den tatsächlichen Kosten für den Kreis auf. An Impala/Rahimi zahlt der Kreis bei einer 25jährigen Laufzeit am Anfang eine Kaltmiete zuzüglich aller Nebenkosten jährlich einen Mietzins von rd. 2.62 Mio €. Der steigt unter Berücksichtigung der vereinbarten Steigerungen am Ende der Vertragszeit auf monatlich rd. 4.83 Mio €. Für die gesamte Laufzeit müsste der Kreis rd. 75,15 Mio zahlen. Ein Vergleich mit dem Angebot EMV („Talkline“-Gebäude), das nach Informationen der SPD noch nicht ausverhandelt ist- kommt zu folgendem Ergebnis. Anfangsmietzins rd. 1,96 Mio € der nach 25 Jahren auf rd. 3.12 Mio € steigt. Insgesamt müsste Kreis für das „Talkline“-Gebäude rd. 62,9 Mio € zahlen.

Im Ergebnis der SPD-Rechnung ist das EMV Angebot über 25 Jahre rd. 30.92 Mio € knapp drei Mal günstiger als Impala/Rahimi.

Die offensichtliche Verschleierung der tatsächlichen Kosten durch Landrat Dr. Grimme nährt bei der SPD den immer wieder geäußerten Verdacht, der Landrat wolle mit einer fragwürdigen Berechnungsmethode andere und kostengünstigere Lösungen verhindern.

Als Konsequenz darf sich der Kreistag - so die SPD - nicht in das vom Landrat favorisierte ÖPP-Modell Rahimi drängen lassen. Sie fordert einen neuen offenen Meinungsbildungsprozess für die kostengünstigste Lösung. Der ist für Birke nur möglich, wenn die Fraktionen mit ihren unterschiedlichen Positionen nicht weiter „in ihren Schützengräben“ verharren.

Die SPD wird deshalb einen Antrag einbringen, den Vertrag mit Impala/Rahimi zu kündigen. „Dieser Schritt“, so Birke, „ist dringend notwendig, um den Weg frei zu machen für eine kostengünstigere, möglichst fraktionsübergreifende Lösung in Sachen Kreishaus und beendet den vom Landrat aufgebauten Entscheidungsdruck für Impala/Rahimi“.

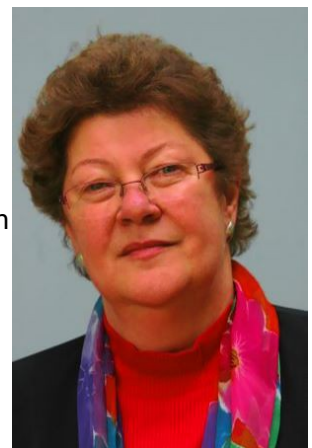
Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 09:11 Uhr - 3765 Clicks - Nr. 485

Das Ehrenamt unterstützen - Darfs ein bisschen mehr sein?

Kolumne für das Stormarner Tageblatt

Diese Frage hörten wir vor Jahren häufig in Schlachtereien und an Käsetheken. Diese Frage stellten sich auch die Mitglieder des Wirtschafts- Planungs- und Bauausschusses des Kreises Stormarn, als sie das Katastrophenschutzzentrum des Arbeitersamariterbunds in der Turmstraße in Bad Oldesloe besichtigten, um die seit Jahren notwendigen Sanierungsmaßnahmen der kreiseigenen Immobilie zu beraten.



Die im Konjunkturprogramm II angekündigten Mittel sollten das Vorhaben endlich vorantreiben.

Das Gelände Turmstraße hat eine wechselhafte Geschichte: ursprünglich von Raiffeisen als Landmaschinenwerkstatt gebaut, die Anfang der 80er Jahre in das damals neue Gewerbegebiet Rögen verlagert wurde, erlebte die Turmstraße eine neue Nutzung durch den ASB, dem der Kreis den ehrenamtlichen Katastrophenschutz übertrug.

Legendär sind die Aktivitäten dieser Hilfsorganisation, aus der Tradition der Arbeiterbewegung entstanden: sei es bei der großen Schneekatastrophe in Schleswig- Holstein, als der ehemalige Justizminister Klaus Klingner tagelang am Funkgerät saß, sei es, als nach der Grenzöffnung in Abstimmung mit dem ADAC die Trabi-Hilfe in der Turmstraße stattfand. Das ging über reparieren einschließlich besorgen von Ersatzteilen aus Dänemark oder einem Übernachtungsquartier für Gestrandete. Nicht zu vergessen sind die vielen Hilfstransporte nach Minsk in den 90er Jahren.

Alle diese Aufgaben wurden ehrenamtlich durchgeführt. Dies betrifft auch den Katastrophenschutz.

Glücklicherweise leben wir in einem Teil der Erde, wo wir nicht durch Erdbeben, Vulkanausbrüche oder Tsunamis gefährdet sind. Trotzdem müssen wir für den Fall einer Katastrophe vorbereitet sein. Entsprechende Fahrzeuge müssen deshalb ständig gewartet und auch bewegt werden. Dies macht für uns der ASB.

Ehrenamtler haben ein vernünftiges „Zuhause“ verdient. Für unseren Löschzug Gefahrgut der Feuerwehr haben wir das in Nütschau hinbekommen. Das Gleiche muss für den Katastrophenschutz gelten.

Es lohnt nicht, in ein marodes Gebäude zu investieren. Ganz richtig haben die Mitglieder des WPBA entschieden: abreißen, neu bauen! Die SPD- Fraktion unterstützt dies ausdrücklich.

Deswegen: Es darf ein bisschen mehr sein!
Margot Sinning, SPD-Kreistagsfraktion

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 09:37 Uhr - 3859 Clicks - Nr. 486

Drei für das Superwahljahr

2009/10 – ein Superwahljahr für auch für Schleswig-Holstein. Am 7. Juni 2009 ist Europawahl, am 27. September 2009 ist Bundestagswahl und mit dem 9. Mai 2010 steht seit der vergangenen Woche auch der Termin der Landtagswahl fest.

Fest steht seit der vergangenen Woche auch, mit welchem Personalangebot die SPD in Südstormarn in diese Wahlen geht. Zwei Frauen und ein Mann, zwei der drei Kandidaten sind unter 40:



Ulrike Rodust (59) aus Holzdorf ist die Kandidatin der SPD Schleswig-Holstein bei der Europawahl. Die gelernte Industriekauffrau war von 1979 bis 1997 Gastronomin, dann Landtagsabgeordnete. Europaabgeordnete ist sie seit September 2008. Ihre Kernthemen sind die Sozialpolitik, die Agrarpolitik und die Meerespolitik. Ihr Internetangebot ist zu finden unter www.ulrike-rodust.de.

Gesa Tralau (39) aus Hamberge möchte für den Wahlkreis 10 (Lauenburg / Stormarn) in den Bundestag. Gesa Tralau ist gelernte Bankkauffrau und arbeitet derzeit Finanzbuchhalterin, sie ist Teamleiterin in der Debitorenbuchhaltung. Sie ist Mitglied des SPD-Landesvorstands und ihre Kernthemen sind Familienpolitik, Bildungspolitik, Frauen und Gleichstellung. Ihr Internetangebot ist zu finden unter www.gesa-tralau.de.

Martin Habersaat (32) aus Barsbüttel möchte für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) in den Landtag einziehen. Derzeit arbeitet er als Studienrat an einem Aufbaugymnasium in Hamburg, Fächer: Deutsch, Geschichte, PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft). Seit 2004 ist er Kreisvorsitzender der SPD Stormarn, seine Kernthemen sind die Bildungspolitik, Energiepolitik, und die Metropolregion Hamburg. Sein Internetangebot ist zu finden unter www.martinhabersaat.de.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 10:27 Uhr - 1464 Clicks - Nr. 487

Müllabfuhr soll ab 2012 wieder allein vom ABK übernommen werden!

Zur vorgesehenen Rekommunalisierung der Müllabfuhr in Kiel erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje

Danker (SSW):

„Die Müllabfuhr in Kiel soll ab dem 01.01.2012 wieder ausschließlich vom städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb (ABK) erledigt werden. So haben es SPD und BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN gemeinsam mit dem SSW bereits im Kooperationsvertrag „Die Stadt gestalten“ vom 16. Juli 2008 festgelegt. Aufgrund eines noch gültigen Vertrages wird bis dahin ein Drittel der Restabfallbehälter („graue Tonnen“) und der Altpapierbehälter („blaue Tonnen“) aus privaten Haushalten in Kiel vom ABK geleert. Die restlichen zwei Drittel leert ein privates Entsorgungsunternehmen im Auftrag der Stadt, das dafür ein jährliches Entgelt erhält.

Die Müllabfuhr ist Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Zweck der kommunalen Daseinsvorsorge ist es, den Bürgerinnen und Bürgern ein möglichst gutes Angebot an Dienstleistungen und öffentlichen Gütern bieten zu können und der Wirtschaft eine gute Infrastruktur bereitzustellen – und zwar zu vertretbaren finanziellen Konditionen. Zugleich ist es wichtig, dieses Angebot dauerhaft und nachhaltig anbieten zu können – und nicht nur dann, wenn die jeweiligen Marktbedingungen attraktive Gewinne zu versprechen scheinen.

Der ABK ist ein moderner und wirtschaftlich arbeitender öffentlicher Betrieb, der schon heute in Kiel die Abfälle trotz steigender Personal- und Energiekosten zu günstigen Gebühren für die Kielerinnen und Kieler sammelt. Aus diesem Grund ist er sehr gut in der Lage, in Zukunft die gesamte Müllabfuhr in unserer Stadt zu übernehmen.

Für eine erneute Ausschreibung der (teilweisen) Müllabfuhr besteht kein Anlass: Private Entsorger verfügen nicht über ein dringend benötigtes, größeres know-how in der Müllabfuhr als der städtische Abfallwirtschaftsbetrieb, dass ihre Einschaltung erforderlich machen würde. Auch eine Gebührenerhöhung durch die Rekommunalisierung ist nicht zu erwarten: Dies zeigen nicht nur die Gebührensenkungen des ABK und seine guten Jahresergebnisse in den vergangenen Jahren. Höheren Lohnkosten des öffentlichen Betriebes stehen schließlich die Umsatzsteuerpflicht und die notwendigen Gewinnmargen der privaten Entsorger gegenüber, die selbst niedrigere Löhne im privaten Entsorgungsgewerbe nicht auffangen können.

Der ABK würde von einer Rekommunalisierung sogar profitieren: Es würde zusätzliches Personal eingestellt werden (vor allem jene, die bei dem ehemals beauftragten Entsorgungsunternehmen entlassen werden, weil der städtische Auftrag nicht erneut ausgeschrieben wird) und den Altersdurchschnitt der derzeit beim ABK Beschäftigten verjüngen. Die Werkstatt des ABK würde effizienter ausgelastet. Unnötige Doppelkosten bei städtischem Betrieb und beauftragtem privatem Entsorger für Betriebsgrundstücke, Einsatzleitungen und Reservefahrzeuge könnten vermieden werden.

Nach dem Ende der Laufzeit des jetzigen Vertrages mit dem gegenwärtig beauftragten privaten Entsorger muss am folgenden Tag und danach ein reibungsloser Übergang bei der Mülltonnenleerung gewährleistet sein. Dafür müssen zusätzliche Fahrzeuge und Ausrüstung beschafft werden. Das geht nur über öffentliche Vergabeverfahren, die Zeit beanspruchen. Auch müssen die Einstellung von zusätzlichem Personal organisiert und die Betriebsstätten umgerüstet werden. Dies wird bei sorgfältiger, eine Gebührenerhöhung vermeidende Planung mindestens zwei Jahre oder mehr dauern. Je früher die Grundsatzentscheidung getroffen wird, desto gründlicher und reibungsloser kann der Übergang von der teilprivatisierten in eine rein städtische Müllabfuhr vollzogen werden. Aus diesem Grund werden SPD, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und SSW gemeinsam die Vorbereitung der Rekommunalisierung der Müllabfuhr in Kiel in der Sitzung der Ratsversammlung im Mai 2009 beantragen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 10:31 Uhr - 1405 Clicks - Nr. 488

Werkstattverfahren zur Verkehrsentslastung in Hassee und Hasseldieksdamm beginnt

„Neue Rot-Grüne Kommunalpolitik: Breite Bürgerbeteiligung und fairer Interessenausgleich“ – Werkstattverfahren zur Verkehrsentslastung in Hassee und Hasseldieksdamm beginnt.

„Transparenz statt Hinterzimmerpolitik, breite Bürgerbeteiligung, ein fairer Ausgleich der berechtigten Interessen und dabei ergebnisorientiert: dies gewährleistet das Werkstattverfahren für eine Gesamtlösung zur verkehrlichen Entlastung der Wohngebiete in Hassee und Hasseldieksdamm. Damit wird endlich ein neuer Anfang in der Kieler Kommunalpolitik gemacht.“ Dies erklären die verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion und der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Achim Heinrichs und Lutz Oschmann, zum Beschluss des Bauausschusses zum jahrelangen Streit um die sogenannte „Uhlenkrog-Rampe“.

Heinrichs und Oschmann weisen darauf hin, dass mit dem Verfahren jetzt endlich nicht nur alle Vorschläge auf den Tisch kämen, sondern auch alle Interessen. Durch eine Bewertung nach gemeinsamen Kriterien könne objektiv festgestellt werden, welche Be- und Entlastungen, aber auch welche Auswirkungen die einzelnen Lösungen mit sich brächten. Zu den Kriterien gehören z.B. Emissions- und Immissionsbelastung der Wohnbevölkerung, Verkehrssicherheit, Auswirkungen auf die Verkehrsströme und die Umwelt sowie der Finanzierungsaufwand. Statt der in der Vergangenheit ausschließlich diskutierten großen „Uhlenkrog-Rampe“ stünden z.Z. fünf Alternativen zur Prüfung, inklusive einer „Nulllösung“. Weitere Vorschläge könnten in das Verfahren noch eingebracht werden. Heinrichs und Oschmann erklären, dass bis zum Abschluss des Verfahrens keine weiteren Sachzwänge oder Vorentscheidungen getroffen werden dürften.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 10:58 Uhr - 10433 Clicks - Nr. 489

Podiumsdiskussion Pflegestützpunkte

Brauchen wir neben den schon von verschiedenen Stellen eingerichteten Beratungsstellen noch einen vom Gesetzgeber vorgesehenen Pflegestützpunkt oder reichen die vorhandenen aus. Dieser Diskussion stellten sich, neben dem Pflegeexperten der Ersatzkassen Armin Tank, die Kreistagsabgeordneten Volker Rehder (CDU), Tobias Rückerl (FDP) und Karin Watzal (SPD). Begrüßen konnte die Einladende Birgit Herdejürgen (MdL) rund 25 Interessierte, die sich angeregt an der Diskussion beteiligten.



In 8 von 15 Kreisen bzw. kreisfreien Städten gibt es bereits die seit dem 1. Juli 2008 gesetzlich verankerten Pflegestützpunkte, die - so Armin Tank - rege angenommen werden. Diese Pflegestützpunkte rücken die ambulante Pflege in den Vordergrund und ermöglichen so vielen Menschen mit Pflegebedarf in ihrer gewohnten Umgebung zu leben. Die Beratungen beziehen sich auf alle Themenbereiche zum Thema Pflege. Angefangen von einfachen Themen, wie Essen auf Rädern bis zu umfassenden Beratungen, z.B. zu barrierefreien Wohnungsumbauten.

Alle für die Pflege zuständigen Bereiche sollen miteinander vernetzt werden, und alle Fragen sollen von den Pflegestützpunkten beantwortet werden können. Dies geschieht trägerunabhängig, ohne dass irgendwelche Pflegedienste oder Seniorenheime von den Beratern bevorzugt werden.

Diese Pflegestützpunkte sollen von den Pflegekassen eingerichtet werden und die Kosten unter Pflegekasse, Kommune und Land geteilt werden. Dies würde für den Kreis Steinburg einen Kostenaufwand von ca 60000 € bedeuten.

Und genau hier scheiden sich die Geister.

Während die Vertreter von CDU und FDP sich von so einer Einrichtung keine wesentliche Verbesserung versprechen, sondern im Gegenteil nur eine Schaffung von Doppelstrukturen erwarten, erhofft sich die SPD eine bessere Vernetzung vorhandener Beratungsstellen.

Aus diesem Grund wurde von der SPD auch bereits im November ein Antrag auf Errichtung eines Pflegestützpunktes gestellt, der aber von den Fraktionen der CDU und FDP abgelehnt wurde.

„Es war zu sehen, dass ganz aktuell einige Leute, die sich für den Bereich Pflegeberatung engagiert haben, ausgefallen sind und so Beratungen nur noch ungenügend stattfanden“, so Karin Watzal (SPD). Sie kann die Ablehnung nicht verstehen. „Unser Landrat will immer sparen und eine vernünftige Beratung erspart viel Geld. Ältere Menschen verbleiben in ihrer gewohnten Umgebung und müssen so nicht den oft von der Sozialhilfe mitfinanzierten teuren Heimplatz in Anspruch nehmen. Davon einmal abgesehen, dass es für jeden Menschen schöner ist Zuhause bleiben zu können.“

„Genau hingucken!“, forderte daraufhin Tobias Rückerl (FDP).

Er glaubt, dass durch die Einrichtung eines Pflegestützpunktes nur Doppelstrukturen geschaffen werden. „Wir haben genügend Beratungsstellen, sie müssen nur besser vernetzt werden.“

Die Trägerunabhängigkeit des Kreises fehlt hingegen Dr.Volker Rehder „Der Kreis betreibt das Heim Olendeel und das Krankenhaus und hat somit auch Eigeninteresse.“ Außerdem sieht er die Pflegekassen allein in der Pflicht. „Die Kassen müssen die Beratungen direkt durchführen.“

Dies sieht der Pflegeexperte Armin Tank ganz anders.

„Da bei den Pflegestützpunkten alle Beratung in einer unabhängigen Hand liegt, werden andere Beratungsstellen unnötig. Der Mensch rückt in den Vordergrund, weil er wohnortnah individuell beraten werden kann.“

Nach angeregter Diskussion trennte man sich, zwar in der Sache nicht, aber in einem einig. „Es geht immer um den Menschen, nicht um das Geld.“

Das Bild zeigt die Teilnehmer Dr. Volker Rehder, Tobias Rückerl, Birgit Herdejürgen, Armin Tank und Karin Watzal

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 12:36 Uhr - 8478 Clicks - Nr. 490

MdB Sönke Rix: Sinnvolle Änderungen beim Kurzarbeitergeld

Die Bundesregierung musste ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr nach unten korrigieren, die Arbeitslosenzahlen könnten im kommenden Jahr wieder auf über vier Millionen klettern.

Solche Entwicklungen schüren Ängste. Dennoch gilt: Wir haben zwei sinnvolle und finanziell gut unterfütterte Konjunkturpakete verabschiedet, die ihre Wirkung erst noch voll entfalten werden. So können wir die Folgen der Krise abmildern.

Außerdem müssen wir alles tun, um Menschen in Beschäftigung zu halten und dabei sinnvolle Maßnahmen fortsetzen und verstärken. Eine davon ist die Neuregelung bei der Kurzarbeit. Bisher zahlte die Agentur für Arbeit nur die 60 Prozent des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts. Seit Februar übernimmt sie nun auch noch die Hälfte der darauf anfallenden Sozialversicherungsbeiträge. Jede Chance, das Kurzarbeitergeld für die Betriebe noch attraktiver zu machen, muss genutzt werden.

Deshalb finde ich es richtig, wenn Olaf Scholz jetzt eine Verlängerung der Bezugsdauer auf 24 Monate ins Visier nimmt. Dies ist ein gutes Signal für alle Betriebe, die das Ende ihrer Flaute nicht absehen können.

Deshalb finde ich es auch richtig, die vollständige Übernahme von Sozialversicherungsbeiträgen vom siebten Monat an vorzusehen. Dies kann vielen Betrieben auch in unserer Region helfen, eine längere Zeit der Kurzarbeit durchzustehen. Bei der vollständigen Übernahme von Anfang an, bleibt es, wenn die Beschäftigten in der Kurzarbeit weitergebildet werden.

Für viele Unternehmen wird dies das entscheidende Signal sein, die Kurzarbeit zu verlängern, anstatt ihre Mitarbeiter auf die Straße zu setzen. In jedem Fall ist es besser und günstiger, Kurzarbeit für kurze Zeit als Arbeitslosigkeit für lange Zeit zu finanzieren. Dass sich DGB-Chef Sommer und BDA-Präsident Hundt mit Olaf Scholz darauf geeinigt haben, ist ein gutes Zeichen.

Doch nicht nur die Arbeitnehmer, auch die Rentnerinnen und Rentner sollen in dieser wirtschaftlichen Lage besonders geschützt werden:

Nach der sogenannten Rentenformel ist die Höhe der Renten an die Entwicklung der Löhne gekoppelt. Dass sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung und den möglicherweise sinkenden Löhnen aber nicht automatisch eine Rentenkürzung ergibt, dafür sorgt ebenfalls Olaf Scholz. Sein Ministerium arbeitet an einer Gesetzesinitiative, die das verhindern soll.

Ich halte dies durchaus für eine gute Idee und werde die Initiative aufmerksam und kritisch begleiten. Für mich ist klar: So ein Gesetz kann der erste Schritt sein, um Rentnerinnen und Rentnern mehr finanzielle Sicherheit zu verschaffen. Außerdem würden sie nur so tatsächlich von der Erhöhung profitieren können, die zum Juli dieses Jahres ansteht.

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 14:37 Uhr - 2757 Clicks - Nr. 491

MarktTreff Steinfeld besteht 10 Jahre und Ulrike Rodust kommt

Im Rahmen ihrer Rundreise im Kreis Schleswig-Flensburg von Dannewerk, mit der Präsenz eines Info-Standes auf dem Capitolpaltz in Schleswig (von 11.30 bis 13.30 Uhr) führt der Weg

unserer Europaabgeordneten Ulrike Rodust nach Steinfeld (von 16.00 bis 17.00 Uhr), wozu Birte Pauls sie begleitet.

Der MarktTreff in Steinfeld wurde vor 10 Jahren auf Anregung der SPD-Fraktion vom damaligen Bürgermeister Karl-Heinz Klinker u. a. auch mit EU-Mitteln von der Gemeinde Steinfeld erworben. Anlass genug, dass Ulrike Rodust einen Abstecher nach Steinfeld macht. Begleitet wird sie von unserer Landtagskandidatin Birte Pauls.

Am Europa-Bus auf dem Parkplatz am MarktTreff werden umfangreiche Informationen und ein Glücksrad angeboten.

Der SPD-Ortsverein Steinfeld-Ulsnis freut sich auf interessante Gespräche bei Kaffee und Kuchen.

Keine Kommentare

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 17:07 Uhr - 4608 Clicks - Nr. 492

Redebeitrag im Landtag, 08.05.09, Europaschulen

Arbeit der Europaschulen in Schleswig-Holstein

Diese Woche können wir zu Recht die Europawoche nennen.
Eine Fülle von Europathemen wurden in dieser Plenartagung diskutiert.

Und es fehlte noch die Bildung.
Bildung wird bei der EU-Kommission groß geschrieben.
Ohne Bildung keine Chance,
ohne Chancen keine gesellschaftliche Teilhabe.

Der wirtschaftliche und soziale Wandel fordert von jungen Menschen mehr Kompetenzen als jemals zuvor, damit sie sich in einer globalisierten Wirtschaft und in immer vielfältigeren Gesellschaften behaupten können.

Sie benötigen in jedem Falle und nicht nur umfassende Sprachkenntnisse.
Es werden ständig neue Herausforderungen an sie gestellt werden.
Kreativität und die Fähigkeit immer weiter dazu lernen zu können sind gefragt.

Junge Menschen müssen rechtzeitig und umfassend auf die Arbeitswelt Europa aufmerksam gemacht und vorbereitet werden.

Ein besonderes Engagement zeigen hier die 30 Europaschulen in Schleswig-Holstein.
Ich bin erfreut, dass die Anzahl der Europaschulen ständig gewachsen ist und dass alle Schularten vertreten sind,
Grundschulen wie Berufliche Schulen -
wenn gleich auch nicht gleichmäßig verteilt.

Offensichtlich ist das Interesse groß Europaschule zu werden.
Das ist gut so und eigentlich müssten heute alle Schulen Europaschulen sein.

Dann können wir davon ausgehen, dass der Europagedanke ausgeweitet wird,

dass u. a. das Fremdsprachenprofil erweitert wird,
dass grenzüberschreitende Projekte mit Schulen in anderen europäischen Ländern vermehrt
angeboten bzw. vertieft werden und das Schulpartnerschaften ausgebaut werden.

Partnerschaften eröffnen allen Beteiligten europäische Erfahrungen: Diese Kontakte vermitteln
gelebtes Europa,
Verständnis für andere Menschen, andere Kulturen und helfen Vorurteile abzubauen.

Dabei sehe ich den SchülerInnenaustausch als genauso wichtig wie den Lehrkräfteaustausch
an.

Anlässlich eines Gedankenaustausches der Mitglieder des AK Europa der SPD-Landtagsfraktion
mit Vertretern der Europaschulen SH wurde sehr deutlich,
dass gerade die Kontaktmöglichkeiten und Austauschprogramme bei den SchülerInnen sehr
gefragt sind.
Insgesamt ist die Nachfrage bei nach Auslandsaufenthalten aber größer als das Angebot.

Zum Teil liegt es daran, dass die Antragsverfahren für EU geförderte Projekte sehr bürokratisch
sind und deshalb auch die praktische Umsetzung sehr aufwendig ist.

Hierbei mangelt es den Lehrkräften hauptsächlich an Zeit für die speziellen Aufgaben.
Die betreffenden Lehrkräfte sollten auch noch besser über mögliche EU-Förderprogramme
informiert sein,

mehr Kontakte zu LehrerInnen in Europa pflegen können,
damit diese Informationen
vermehrt an die SchülerInnen fließen können.

Vielleicht ist es möglich, diese Arbeit durch Ausgleichsstunden oder durch Koordinatorenstellen
zu verbessern.

An dieser Stelle danke ich dem Ministerium für Bildung, das die Europaschulen fachlich
unterstützt, unter anderem auch bei der Beantragung von Mitteln der verschiedenen EU-
Förderprogramme.

Am liebsten wäre es mir, wenn wir allen SchülerInnen einen Auslandsaufenthalt ermöglichen
könnten.

Oft scheitert dieser auch an den finanziellen Möglichkeiten der Familien.

Deshalb möchte ich hier auch den Verein der Europaschulen lobend erwähnen, der immer
wieder fördernd agiert.

Für die Berufsbildenden Schulen ist es oft ein Problem, dass Betriebe in Schleswig-Holstein für
den Europagedanken nur schwer zugänglich sind.

Während es den Schulen gelingt, SchülerInnen für ein Praktikum im europäischen Ausland zu
motivieren,
ist in den Betrieben noch erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten,
damit diese ihren Auszubildenden ein Auslandspraktikum ermöglichen.

Von Handwerksbetrieben weiß ich, dass diese Auslandspraktika nicht nur den Auszubildenden
zugute kommen, sondern dass auch der heimatische Betrieb nach der Rückkehr davon

profitiert.

Speziell an der Deutsch-Dänischen Grenze nehmen die SchülerInnen die Möglichkeiten des dänischen Arbeitsmarktes wahr, nehmen mit Begeisterung an Projekten und Praktika teil.

Das gemeinsame Lernen junger Menschen aus verschiedenen Ländern ist ein Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in Europa.

Und gerade unsere Kinder sind doch die besten Botschafter um das weitere Zusammenwachsen unseres Europa zu ermöglichen und voranzutreiben.

Wir dürfen deshalb in unseren Bemühungen nicht nachlassen den europäischen Gedanken so früh wie möglich an Kinder und Jugendliche heranzutragen.

Der Europaausschuss hat sich deshalb wiederholt in Europaschulen informiert und was ich noch wichtiger finde:

Die Ausschussmitglieder haben während gemeinsamer Veranstaltungen mit den SchülerInnen über Europapolitik und die Möglichkeiten für junge Menschen in der EU diskutiert.

Dafür danke ich meinen Ausschussmitgliedern aller Fraktionen, die sich daran beteiligt und den Fragen der SchülerInnen gestellt haben.

Wir – die EuropapolitikerInnen nehmen gerne die Gelegenheit wahr, an Projekttagen oder in der Europawoche mit SchülerInnen über Europathemen ins Gespräch zu kommen,

denn jeder einzelne Schüler, jede einzelne Schülerin und jede Lehrkraft in Europaschulen leistet einen Beitrag zur Integration und zum Frieden in Europa.

Und dafür spreche ich ihnen unsere Anerkennung aus.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 17:57 Uhr - 2929 Clicks - Nr. 493

SPD-Engelsby: Jugendliche motzen ihren Stadtteil auf

Wohin mit dem Geld? 2.000 € stehen für jeden Stadtteil zur Verfügung. Was damit gemacht wird, bestimmen bei der Aktion „Heimatchecker“ Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren. Zum Abschluss der Aktion am kommenden Freitag gibt es eine riesige kostenlose Party im Kühlhaus.

Am Freitag, dem 15. Mai geht es wieder los. Zum zweiten Mal führt das Kinder- und Jugendbüro der Stadt Flensburg in Kooperation mit vielen Einrichtungen der offenen Jugendarbeit die Aktion „Heimatchecker“ durch. Um 15 Uhr stehen in allen Flensburger Stadtteilen sogenannte „XXL-Checklimousinen“ (Busse) bereit, in die ausschließlich Jugendliche einsteigen dürfen. In den Bussen wird dann über eine sinnvolle Verwendung von jeweils 2.000 € diskutiert und beschlossen. Dabei sind Erkundungsfahrten im Stadtteil nicht nur möglich, sondern sogar erwünscht. Schließlich können sich die Jugendlichen dadurch direkt ein Bild machen, wo und wofür das Geld ausgegeben werden soll.

Nachdem das Geld verplant ist, fahren alle elf Busse ins Kühlhaus, in dem die große Endparty stattfindet, zu der auch alle eingeladen sind, die am Nachmittag noch keine Zeit hatten. Dort warten neben einem DJ mit viel Musik und mehreren „Fun-Tools“ auch der Stadtpräsident und ein „Überraschungsgast“ aus den Reihen der SG Flensburg-Handewitt auf die Teilnehmer. Nach einer kurzen Präsentation der Beschlüsse werden dann symbolische Schecks an die Jugendlichen aus den verschiedenen Stadtteilen übergeben.

Um 21 Uhr und um 22 Uhr besteht dann die Möglichkeit, kostenlos mit den Bussen wieder in die Stadtteile zu fahren.

Informationen zur Aktion „Heimatchecker“ gibt es im Kinder- und Jugendbüro unter der Tel.-Nr. 85 2757 und im Internet unter [Heimatchecker](#) .

Die Standorte der XXL-Limousinen“ in Engelsby:

- Engelsbyer Str. 15.00 Uhr Parkplatz Aldi
- Merkurstr. 15.10 Uhr Sky-Markt

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 21:26 Uhr - 4145 Clicks - Nr. 494

4,5 Millionen Euro für Elmshorn

Lothar Hay: In Wirtschaftskrise notwendige Investitionen nicht verzögern

Erscheinungsdatum:
11.05.2009

Die Stadt Elmshorn (Kreis Pinneberg) erhält rund 4,5 Millionen Euro an zinsgünstigen Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds. Innenminister Lothar Hay übergab insgesamt fünf Bewilligungsbescheide am Montag (11. Mai) in Elmshorn an Bürgermeisterin Brigitte Fronzek. Das Geld steht für Investitionen in wichtige Projekte der städtischen Infrastruktur zur Verfügung. „Der Kommunale Investitionsfonds ist seit über 40 Jahren ein bewährtes Finanzierungsinstrument“, sagte der Minister. Die lange Laufzeit der Darlehen über 20 Jahre und der niedrige Zinssatz von derzeit 3,25 Prozent jährlich machten den Fonds besonders attraktiv. Hay ermunterte die Kommunen, in der derzeitigen Wirtschaftskrise notwendige Investitionen nicht zu verzögern.

Für die Sanierung des Elmshorner Rathauses gibt es ein Darlehen über 1,2 Millionen Euro. Für den Neubau einer Schmutzwasserkanalisation und eines Pumpwerks in der Westerstraße sowie einer Druckrohrleitung mit einem neuen Kanalverlauf zur Übergabestation Kruck stehen 1,35 Millionen Euro aus dem Kommunalen Investitionsfonds zur Verfügung. Die Erneuerung der Kanalisation in der Helgoländer Straße und der Friedrich-Engels-Straße wird mit 940.000 Euro gefördert. Mit 553.000 Euro hilft der Kommunale Investitionsfonds der Stadt bei der Finanzierung der Stadtumbaumaßnahme „Erweiterte Innenstadt“. 440.000 Euro an zinsgünstigen Darlehen stehen zur Finanzierung von Investitionen in das Städtebauförderungsgebiet „Hainholz“ zur Verfügung.

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 11.05.2009, 21:28 Uhr - 5288 Clicks - Nr. 495

Kinder malen Europa - SPD auf dem Kids Festival

Unter dem Motto "Kinder malen Europa" waren die Kieler SPD und der SPD-Landesverband auf dem Kid's Festival präsent. Bei den Mal- und Rätselspielen waren Eltern und Kinder gleichermaßen gefordert, wenn es z.B. darum ging, allen 27 EU-Mitgliedsstaaten die richtigen Flaggen und Hauptstädte zuzuordnen. Mit dem Stand hat die SPD auch für die Teilnahme an der Europawahl geworben. Denn die Europawahl am 7. Juni ist eine Richtungsentscheidung.



Es geht um die politische Richtung für Europa und die Europäische Union im neuen Jahrzehnt. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt: Die markradikale Ideologie ist gescheitert, Märkte brauchen sehr wohl Regeln. Deshalb will die SPD, dass die EU eine soziale Ordnung aufbaut, in der das Wirtschaften in Europa und der Welt an klare Regeln gebunden und auf das Gemeinwohl verpflichtet ist.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 12.05.2009, 10:25 Uhr - 3190 Clicks - Nr. 496

Flutlichtanlage des Stadions aus Konjunkturpaket finanzieren!

Zur Diskussion um die neue Flutlichtanlage im Holstein-Stadion erklärt der Kieler SPD-Landtagsabgeordnete und sportpolitische Sprecher der Fraktion, Jürgen Weber:

Die Lübecker Lohmühle als Ausweichstadion für die KSV Holstein ist ein netter Gag, aber langsam drängt die Zeit zu einer ernsthaften und tragfähigen Entscheidung bei der Stadt Kiel. Eine neue leistungsfähige Flutlichtanlage ist zweifelsohne auch eine Maßnahme zur energetischen Sanierung.



Deswegen gehe ich davon aus, dass die Maßnahme aus dem Konjunkturpaket II gefördert werden kann. Voraussetzung ist allerdings, dass die Stadt Kiel zügig einen entsprechenden Antrag beschließt und die dafür erforderlichen Eigenmittel von 20 % der Investitionssumme zur Verfügung stellt. Ich erwarte dann vom Innenminister eine wohlwollende Prüfung. Auch der Verein Holstein Kiel sollten einen finanziellen Beitrag für die erforderlichen Maßnahmen zur

Sicherung der Lizenz leisten können.

Die Fußballfans in Kiel und in der ganzen Region erwarten, dass das Schwarze-Peter-Spiel zwischen Ratsversammlung, Verwaltung und Holstein-Spitze aufhört und ergebnisorientiert verhandelt wird.

Die SPD-Landtagsfraktion sagt ihre Unterstützung dabei zu, dass im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten das Konjunkturpaket II in Anspruch genommen werden kann.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 12.05.2009, 13:24 Uhr - 7539 Clicks - Nr. 497

Resolution des KPA RD-ECK zu Sauer & Sohn

Die SPD Rendsburg-Eckernförde unterstützt die Beschäftigten von Sauer & Sohn beim Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze am Standort Eckernförde.

Sauer & Sohn braucht Eckernförde, die Stadt braucht Sauer & Sohn.

Wenn die Produktion des traditionellen Bereichs verlagert wird, ist die Aufgabe des Standortes nur der nächste Schritt.

Die SPD des Kreises RD-ECK fordert die Eigentümer auf, sich der Qualifikation und Motivation der Beschäftigten bewusst zu werden und gemeinsam mit den Beschäftigten nach Lösungen zu suchen, die der Verantwortung für die Beschäftigten und ihre Familien und die Region gerecht werden.

Alle politischen Kräfte im Land, im Kreis und in Eckernförde fordern wir auf, die Belegschaft zu unterstützen.

Kreisparteiausschuss der SPD Rendsburg-Eckernförde am 11.05.2009

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 12.05.2009, 21:37 Uhr - 5673 Clicks - Nr. 498

NOCH DREI TAGE BIS ANTRAGSSCHLUSS! ANTRÄGE JETZT EINBRINGEN!

Nur zivile Hilfe für Afghanistan! Keine Koalitionsaussage!

Stopp der Rente mit 67! Stoppt private Militärfirmen!

Kassenwettbewerb abschaffen! Hier fünf wichtige Änderungsvorschläge. Alle Parteigliederungen werden gebeten, diese Anträge zu unterstützen.

1)

Betrifft: **Weltweit für Frieden und Abrüstung** (Seite 56)

Im Punkt "Afghanistan unterstützen" soll der Satz:

Wir werben für unseren zivil-militärischen Ansatz und verstärken die Ausbildungsanstrengungen für die afghanischen



Sicherheitskräfte.

durch folgenden Text ersetzt werden:

Wir verstärken unsere Aufbauhilfe und die Ausbildungsanstrengungen für die afghanische Polizei.

Begründung:

Diese Änderung soll deutlich machen, dass wir unseren Schwerpunkt in Zukunft auf Aufbauhilfe und Ausbildung der eigenen Polizei in Afghanistan legen und soll unsere militärische Komponente entsprechend relativieren.

2)

Betrifft: III. **EINE SOLIDARISCHE MEHRHEIT FÜR DEUTSCHLAND** (Seite 58/59)

Nach dem letzten Punkt der Aufzählung: Ersetze die letzten Absätze durch folgenden kürzeren Text:

Wir wollen am 27. September als stärkste Fraktion in den Bundestag ziehen. Deutschland darf nicht wieder Schwarz-Gelb regiert werden. Unser Land braucht nicht die Rückkehr zum Alten, sondern den Aufbruch zum Besseren, braucht eine sozialdemokratisch geführte Regierung. Wir sind für die kommenden Jahre gut gerüstet. Mit frischen Ideen und Mut zum Handeln. Und wir haben den besseren Kanzler: Frank-Walter Steinmeier.

Begründung: Der vorliegende Änderungsantrag streicht aus dem Entwurf des SPD-Regierungsprogramm alle Aussagen , welche mögliche Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl einschränken und unsere Verhandlungsposition belasten. Wenn wir es ernst meinen mit unseren Forderungen nach flächendeckendem Mindestlohn, nach der Bürgerversicherung, nach einer konsequenten Wende in der Energiepolitik, nach mehr Entwicklungshilfe und Krisenprävention, nach einer Verdoppelung der Anstrengungen für Bildung und nach einem Schutz wichtiger Bereiche der Daseinsvorsorge vor Deregulierung und weiteren Inhalten unseres Programms, dann dürfen wir uns nicht selbst in eine politische Zwangsjacke schnüren, die uns bei möglichen Koalitionsverhandlungen schwächt und uns den Forderungen der anderen großen Volkspartei unnötig ausliefert.

3)

Neufassung : **Solidarische Alterssicherung** (Seite 28/29)

• Stabilisierung der bestehenden Alterssicherung.

Zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rente, ergänzt gibt es keine bessere Alternative. Die Bedeutung der gesetzlichen Altersrente wird gerade in Zeiten der Finanzkrise deutlich. Um in einer immer älter werdenden Gesellschaft keine Generation zu überfordern, haben wir Veränderungen im Rentenrecht vorgenommen. Hierzu gehörte auch die schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029.

Wir wissen, dass die Menschen unterschiedlichen Belastungen während ihrer Erwerbsphase ausgesetzt sind. Wir wollen Arbeit gesünder machen und damit die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weiter verbessern. Auch wollen wir den individuellen Bedürfnissen der Menschen beim Übergang zwischen Erwerbs- und Ruhestandsphase besser entsprechen und diejenigen, die lange vollschichtig erwerbstätig waren, vor Altersarmut bewahren.

Wir werden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Gesundheit durch ihre Arbeit gelitten hat, beim notwendigen vorzeitigen Eintritt ins Rentenalter vor finanziellen Nachteilen schützen. Dabei ist für uns klar: Die Renten müssen auch in Zukunft die Gegenleistung für die während der Erwerbstätigkeit gezahlten Beiträge bleiben.

- **Beschäftigungsfähigkeit erhalten.**

Die zentrale Voraussetzung der Altersvorsorge ist, dass Menschen möglichst lange zu guten Bedingungen im Erwerbsleben bleiben können. Wir wollen daher alle Möglichkeiten nutzen, um die Arbeitswelt so zu verändern, dass alle Beschäftigten möglichst lange gesund am Arbeitsleben teilhaben können und psychisch und körperlich belastende Arbeitsbedingungen weitgehend vermieden werden.

- **"Gute Arbeit" für Existenz sichernde Renten.**

Voraussetzung für armutsfeste Renten sind Existenz sichernde Löhne und eine möglichst ungebrochene Erwerbsbiographie - für Männer und Frauen. Deshalb setzen wir uns für flächendeckende Mindestlöhne ein. Wir werden einen Anspruch auf geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für deutlich leistungsgeminderte Langzeitarbeitslose über 60 Jahren schaffen, um dieser Gruppe die Gelegenheit zur Teilhabe an Arbeit und zum Erwerb von Rentenansprüchen zu geben.

- **Schließen von Lücken in der Versicherungsbiographie.**

Niedriglöhne und Arbeitslosigkeit haben in der Vergangenheit zu Lücken in der Versicherungsbiographie geführt. Deshalb wollen wir das Risiko reduzieren, dass langjährig Erwerbstätige im Alter auf die Grundsicherung angewiesen sein werden. Um geringe Ansprüche bei Geringverdienerinnen und Geringverdiener besser zu bewerten, werden wir das Instrument der Rente nach Mindesteinkommen bei langjährig Versicherten noch einmal für Beitragszeiten bis Ende 2010 verlängern. Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit werden wir begrenzt höher bewerten, wenn zum Zeitpunkt des Rentenzugangs weniger als 30 Entgeltpunkte vorhanden sind.

- **Einheitliches Rentensystem in Ost und West .**

Wir werden in der kommenden Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West durchsetzen.

Begründung:

Dieser Text verzichtet auf Bezüge zur kapitalgedeckten privaten Rente und auf die "Rente mit 67". Er stellt Rentensicherheit, Umlageverfahren, Solidarität und staatliche Verantwortung für einen gerechten Ausgleich in den Vordergrund des Regierungsprogrammes. Wir brauchen angesichts der Finanzkrise eine kritischere Betrachtungsweise kapitalgedeckter Altersvorsorge. Angesichts des von uns nicht eingelösten Versprechens einer Erleichterung des Renteneinstiegs für Erwerbsgeminderte wirkt die Verlängerung der geforderten Erwerbsdauer auf sie wie eine unausweichliche Rentenkürzung. Wir sind aufgerufen uns für Menschen mit Folgeerscheinungen einer schweren beruflichen Belastung einzusetzen.

4)

Betrifft: **Weltweit für Frieden und Abrüstung**(Seite 55/57)

Folgender neuer Punkt "Staatliches Gewaltmonopol sichern " soll nach dem Punkt "Wirksame Rüstungskontrolle" eingefügt werden:

-Staatliches Gewaltmonopol sichern. Neben der Rüstungsindustrie profitiert auch der wachsende Markt privater Militär- und Sicherheitsfirmen von internationalen und regionalen Konflikten. Gewaltökonomien sind in vielen Regionen der Welt Ursache und Nährboden für eine bedrohliche Erosion staatlicher Souveränität. Alle Macht soll überall vom Volke ausgehen. Das darf nicht durch den zunehmenden Einfluss von Clans, Warlords, Oligarchen, Rebellenführern, Piratenflotten, Mafias, oder anderen privatwirtschaftlich operierenden Söldnerarmeen oder Sicherheitsdiensten in Frage gestellt oder behindert werden. Wir werden das "Geschäft mit dem Krieg" beenden und uns für strenge nationale und internationale Regeln für private Militär und Sicherheitsfirmen einsetzen. Wir werden für einen völkerrechtlich abgesicherten internationalen Schutz schwacher Staaten sorgen und Gewaltökonomien durch präventive Politik und die Unterstützung einer wehrhaften internationalen Sicherheitsarchitektur den Boden entziehen.

Begründung

Der Deutsche Bundestag und der Europarat haben in diesem Jahr in ihren Beschlüssen vor der Gefahr einer Verselbständigung militärischer Dienstleistungsunternehmen gewarnt und das Gewaltmonopol der Staaten als wichtige Basis von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingefordert. Wir brauchen die vollständige Kontrolle aller staatlichen Gewalt durch die Parlamente und müssen dringend Regeln schaffen, die dieses auch ermöglichen. Auch im internationalen Bereich bedarf es einer entsprechenden Kontrolle der zum großen Teil globalisierten Anbieter militärischer Dienstleistungen, deren Söldnerzahlen in den letzten Jahren auf über Zwei Millionen gestiegen ist und deren Jahresumsätze sich weltweit auf über 250 Milliarden Dollar belaufen. Wenn wir es nicht schaffen, die staatliche Kontrolle über diese Firmen zu gewährleisten, wird uns das Geschäft mit den Konflikten weltweit teuer zu stehen bekommen.

5)

NEUFASSUNG für : **Gute Versorgung für alle** (Seite 30/31)

Gesundheit ist ein Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge. Der atomisierte und in seinen Auswirkungen unüberschaubare Vertragswettbewerb der Krankenkassen führt zur Deregulierung, zu hohem Misstrauensaufwand, zu belastender Bürokratie in Praxis, Pflege und Krankenhaus und zur Schwächung unserer Solidargemeinschaft.

Patientinnen und Patienten mit vom Risikostrukturausgleich nicht abgedeckten Krankheitsbildern oder Sterbenskranke werden vernachlässigt und es besteht eine systematische Unzuständigkeit für effiziente und integrierte Versorgungsstrukturen in allen Teilen Deutschlands. Die gesetzlichen Krankenkassen sollen die Sachwalter unserer solidarischen Krankenversicherung bleiben. Durch den bisher etablierten Kassenwettbewerb der etwa 200 Kassen werden sie aber zu betriebswirtschaftlichen Denken und Handeln gezwungen, welches einer solidarischen Gesundheitspflege entgegensteht und Effizienzreserven nicht ausschöpft. Jede Kasse kümmert sich jetzt im Wettbewerb nur um die eigenen Versicherten. Niemand hat bei uns bisher die Verantwortung für eine effiziente und sachgerechte Versorgung in der Fläche.

Wir wollen dafür sorgen, dass die Kassen diese Verantwortung auf Landesebene in Zukunft gemeinsam tragen. Die Solidargemeinschaft darf nicht geteilt und von der Gesundheitsindustrie beherrscht und instrumentalisiert werden! Wir wollen sie nach

skandinavischem Modell auf regionaler Ebene als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge durch gemeinsames Handeln unserer Krankenkassen integrieren, vernetzen und stärken. Beitragsfinanzierung und Bürgerversicherung bleiben Pfeiler unseres Konzeptes.

Wir wollen, dass Regionalbudgets und regionale Gesundheitsnetzwerke für die gesundheitliche Versorgung von den Kassen gemeinsam weiterentwickelt und gefördert werden. Die enge fachliche Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe im ambulanten Bereich muss nach den Bedürfnissen der Patientinnen und Patienten gesichert werden. Heimeinweisungen und Krankenhauseinweisungen sind belastend und teuer. Wir wollen die gesundheitliche Versorgung auch auf dem Lande so fortentwickeln, dass dem Wunsch der Patienten, zu Hause versorgt zu werden, wenn fachlich möglich, entsprochen werden kann.

Begründung:

Die Schwächung unserer Solidargemeinschaft durch die Zersplitterung in fast 200 gesetzliche Krankenkassen zeigt sich derzeit in Bayern, wo ein starker Hausärzteverband sich die Kasse aussuchen kann, mit der er die günstigsten Verträge abschließt. Aber auch Pharma und Klinikmonopole weiten sich aus und nutzen, wie Ärzte-Unternehmen, zunehmend ihre Monopolposition nach dem Motto "Teile und herrsche!" über die konkurrierenden GKV-Kassen.

Kassen sollten sich auf Landesebene zusammenschließen und als starke Arbeitsgemeinschaft die Interessen der Versicherten vertreten. Dadurch wird Verwaltungsaufwand erheblich reduziert und an die Stelle des lückenhaften Vertragsmosaiks, welches in seinen Auswirkungen niemand mehr durchschaut, tritt eine effiziente, für alle Versicherten geltende Versorgungsstruktur, die auf Landesebene vertraglich für alle Kassen gemeinsam gesichert wird.

Der komplizierte Risikostrukturausgleich zwischen den ca. 200 Kassen kann durch einen einfacheren Ausgleich zwischen den 16 Landes-Arbeitsgemeinschaften der Kassen ersetzt werden. Die Kassen brauchen keine jeweils eigenen Vertragsabteilungen mehr. Sie konzentrieren sich auf ihre Funktion als Interessenvertreterinnen der bei ihnen Versicherten bei Vertragsabschlüssen und gegenüber den Leistungserbringern.

Die Kassen, welche sich jetzt noch möglichst um "kranke" Versicherte herumdrücken, haben bei einer gemeinsamen Übernahme der Versorgungsverantwortung keinen Nachteil mehr durch Morbiditätslasten. Solidarität und effiziente Versorgungsstrukturen wären endlich im Interesse aller Versicherten organisiert. Auf Bundesebene sollten der Länderausgleich und ein Benchmarking gesichert werden, welches sich an den bundeseinheitlichen Leistungsansprüchen ausrichtet. Die Umsetzung der Versorgung ist - wie wir aus anderen europäischen Ländern lernen können- am besten regional, das heißt bei uns: auf Landesebene möglich.

Keine Kommentare

Vorstand im OV Russee-Hammer wiedergewählt

Die Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Russee-Hammer hat ihren Vorsitzenden **Frank Hornschu** einstimmig wiedergewählt. Seine Stellvertreter Siegfried Schmidt und Olaf Busack wurden ebenso bestätigt wie auch Kassierer Eckhard Frenzke. Anne Wagner wurde neue Schriftführerin des Ortsvereins.



Unter der Versammlungsleitung von Jürgen Weber wurden als Beisitzer gewählt: Manfred Berke, Rainer Wolff, Nicole Petersen und Michael Wagner.

Frank Hornschu wird den Ortsverein im Kreisausschuss vertreten, Delegierte zum Kreisparteitag wurden Frank Hornschu, Dirk Lerche, Anne Wagner und Christin Pries. Die Aufgabe des Seniorenbeauftragten übernimmt Siegfried Schmidt wieder.

Auf dem Foto v.l.n.r. M. Wagner, Wolff, Hornschu, A. Wagner, Schmidt, Busack und Berke

Keine Kommentare

Bad Bramstedt macht mobil!

Beim Bürgerfrühstück in Bad Bramstedt wurde über die geplante Umgehungsstraße diskutiert, die Bad Bramstedt mit dem Städtchen der NORDGATE verbinden soll. Hierzu luden Andreas Beran und Jörn Thießen den Städtischen Baumamtsleiter Udo Reinbacher ein.



Die SPD-Abgeordneten Jörn Thießen und Andreas Beran sehen in der Umgehungsstraße und der damit verbundenen besseren Anbindung in der NORDGATE als Tor zur

Metropolregion Hamburg viele Chancen für Bad Bramstedt.

Allerdings dürfe die Innenstadt dabei nicht zu kurz kommen. Die Umgehung dürfe Reisende nicht dazu verleiten, an den Schönheiten von Bad Bramstedt einfach vorbeizufahren. Es müsse auch etwas für die Attraktivität der Innenstadt getan werden. „Wir müssen dafür sorgen, dass sich besonders die jungen Leute mit ihrer Stadt identifizieren und gern wieder kommen“, so Jörn Thießen.

Udo Reinbacher informierte die Anwesenden über den Planungsstand der Umgehungsstraße. Im Jahr 2011/12 solle die Umgehung fertiggestellt sein. Die Verwaltung hätte Werkstätten zum Thema Umgehungsstraße angeboten und damit die Bürgerinnen und Bürger am Entscheidungsprozess zum Verlauf der Umgehung beteiligt. Die Stadt wolle sich für Förderprogramme aus dem Konjunkturprogramm gut aufstellen und dokumentieren, dass eine breite Basis hinter den Projekten steht.

Das Städtennetz der NORDGATE erstreckt sich von Neumünster über Bad Bramstedt, Kaltenkirchen, Hennstedt-Ulzburg, Quickborn bis Norderstedt und bietet den idealen Zugang zur Metropolregion Hamburg mit seiner Lage entlang der Autobahn A7 sowie dem direkten Zugang zu Hamburg Airport und Hafen. Im Städtennetz NORDGATE leben mehr als 210.000 Menschen mit der stärksten Kaufkraft in Schleswig-Holstein und es bietet über eine Million Quadratmeter freie Gewerbefläche.

Nähere Informationen zur Umgehung finden Sie auf der Internetseite von [Bad Bramstedt](http://BadBramstedt.de). Fragen können Sie gern direkt an Bauamtsleiter Udo Reinbacher reinbacher@bad-bramstedt.de stellen.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 13.05.2009, 12:11 Uhr - 11874 Clicks - Nr. 501

Erfolgreiches Familienfest der SPD

Die SPD im Kreis Steinburg hatte gemeinsam mit dem Ortsverein Oelixdorf zum Familienfest eingeladen und weit über 200 Gäste jeden Alters kamen. Etliche Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften waren mit Spielständen vertreten, bei denen nicht nur die Kinder ihren Spaß hatten. Neben reinen Glücksspielen wie Glücksrad gab es auch Geschicklichkeitsspiele, bei denen auch die Erwachsenen ihre Leistungsfähigkeit messen konnten.



Für die Kinder gab es einen Luftballonwettbewerb, bei dem nun alle gespannt sind, welcher Luftballon am weitesten fliegt. Die Chancen für große Entfernungen stehen gut, da der Wettbewerb bei strahlendem Wetter und guten Windverhältnissen stattfand. Die Erwachsenen konnten ihre Europakenntnisse bei einem Europaquiz testen, bei dem es eine Reise nach Straßburg zu gewinnen gibt.

Daneben gab es viel Raum für Gespräche. Besonders erfreute die Gäste, dass es Politikerinnen und Politiker "zum Anfassen" gab. So wurden - neben Kommunalpolitikern - die Abgeordneten Jörn Thießen und Birgit Herdejürgen sowie der Landtagskandidat Stefan Bolln immer wieder zu politischen Themen angesprochen, die die Gäste bewegen.

Beim abschließenden Grillen bedankte sich der Kreisvorsitzende, Rudolf Riep, bei den Helferinnen und Helfern für die gelungene Veranstaltung. Gisela Albrecht, Vorsitzende des Ortsvereins Oelixdorf, kündigte dann noch spontan den 8. Mai 2010 als Termin für das nächste Familienfest an.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 13.05.2009, 14:48 Uhr - 53380 Clicks - Nr. 502

Für ein soziales Europa!

Erfolgreiche Juso-HSG-Veranstaltung mit Ulrike Rodust und Dr. Wilhelm Knelangen in der CAU Kiel

„Zerstört die EU den Sozialstaat?“ Dieser Frage stellten sich Ulrike Rodust, MdEP, und der Politikwissenschaftler Dr. Wilhelm Knelangen am Dienstag bei der gleichnamigen Veranstaltung der Kieler Juso Hochschulgruppe. Die Antwort der SPD-Politikerin und des Politikwissenschaftlers:

„Wahlen sind entscheidend. Sie definieren die Mehrheiten und geben den Kurs vor. Auch auf der europäischen Ebene.“ Somit hänge auch das Schicksal des Sozialstaates von den zukünftigen Mehrheiten ab. Doch auch eine engagierte Zivilgesellschaft, die sich frei von Wahlterminen einbringe, wirke dem Zerfall entgegen.

Vor knapp unter fünfzig Zuhörern machte Rodust deutlich, wofür sie vor allem antritt: Soziale Gerechtigkeit. Deshalb will sie sich für flächendeckende Mindestlöhne und Chancengleichheit im Bildungswesen einsetzen. Europa mit seinen 27 Mitgliedsländern dient ihr dafür als „best practise“-Sammlung.

Insbesondere in der Frage, ob die Vereinigten Staaten von Europa ein realistisches Ziel seien, übte Dr. Wilhelm Knelangen mit der nötigen politikwissenschaftlichen Skepsis Kritik an dem europäischen Einigungsprozess.

Zumindest ein rundum erfolgreicher Integrationsprozess konnte bereits am Dienstagabend absolviert werden: Publikum und Podium wurden erfolgreich zusammengeführt und eine spannende Diskussion schloss sich dank Henning Groskreutz' (Juso-HSG) guter Moderation und streitbarer Fragen des Publikums an.

Entsprechend zufrieden war auch Götz Borchert, Geschäftsführer und Fraktionsvorsitzender der Juso-HSG, mit der Veranstaltung. Er warb dafür europapolitische Themen mehr in der Öffentlichkeit zu diskutieren. „Wir müssen uns interessieren und artikulieren, vor allem, aber nicht nur, bei der Europawahl am 7. Juni“, so Borchert.



Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 13.05.2009, 14:55 Uhr - 57652 Clicks - Nr. 503

Herzlichen Glückwunsch, Dr. Wienholtz!

Zur Verleihung des Verdienstordens des Landes an Dr. Ekkehard Wienholtz erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner: Mit Dr. Ekkehard Wienholtz erhält ein hervorragender Vertreter des Sports und ein engagierter Streiter für den Breitensport in allen Bevölkerungsschichten den Verdienstorden des Landes. Er hat sich zunächst als Innenminister, zu dessen Ressort der Sport gehört, und danach als Vorsitzender der „Dachorganisation“ der vielen Sportvereine im Lande immer für den Sport stark gemacht und auf Landes- und Bundesebene vehement und erfolgreich für sportpolitische Ziele gekämpft. Getreu seinem Motto, dass Sport Brücken bauen, nicht Mauern errichten soll, hat Wienholtz in seiner bislang siebenjährigen Amtszeit als Vorsitzender des Landessportverbandes Maßstäbe gesetzt: Sportprojekte gegen Gewalt und für Integration sind ihm besondere Anliegen, ebenso der Kampf gegen Doping im Sport.

Die SPD-Landtagsfraktion gratuliert einem bedeutenden Sozialdemokraten zu dieser Auszeichnung!

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 14.05.2009, 09:39 Uhr - 4696 Clicks - Nr. 504

Besuch von Ulrike Rodust und Birte Pauls in Steinfeld am 13. Mai

Im Rahmen ihres Mammutprogramms im Kreis Schleswig-Flensburg von Dannewerk über Schleswig, bei der Aktivregion führte der Weg von Ulrike Rodust am 13. Mai 2009 zum MarktTreff in Steinfeld. Begleitet wurde sie von Birte Pauls, Kandidatin des Wahlkreises 7 für die Landtagswahl 2010. Trotz vieler Terminverpflichtungen kam als Überraschungsgast auch der Wahlkreis 6 Kandidat Ralf Wrobel, der von seiner Familie begleitet wurde.

Der MarktTreff in Steinfeld feiert in diesem Jahr sein 10jähriges Bestehen.

Im Jahr 1999 hat die Gemeinde Steinfeld mit großem Engagement des damaligen SPD-Bürgermeisters Karl-Heinz Klinker dieses kommunikative Zentrum als Mittelpunkt für die Steinfelder u. a. auch mit EU-Mitteln erworben.

Anfang des Jahres hat die Gemeinde Steinfeld eine bauliche Erweiterung vorgenommen und das Einzelhandel-Sortiment des MarktTreffes konnte um mehrere Tausend Artikel verstärkt werden.

Das Wahlkampf-Team von Ulrike Rodust mit dem SPD-Bus auf dem Parkplatz vor dem MarktTreff verteilte umfangreiche Informationen, begeisterte Jung und Alt und das Glücksrad mit den vielen Gewinnen war der Renner.

Der SPD-Ortsverein Steinfeld-Ulsnis lockte bei sonnigem Wetter und bei Kaffee und selbstgebackenen Kuchen viele Besucher an, die interessante Gespräche mit Ulrike Rodust, Birte Pauls und Ralf Wrobel führten.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 14.05.2009, 10:03 Uhr - 12590 Clicks - Nr. 505

SPD-Familienfest in Oelixdorf

Die SPD im Kreis Steinburg und der Ortsverein in Oelixdorf hatten zu einem bunten Familientag eingeladen. Bei strahlendem Sonnenschein fanden sich viele kleine Gäste zum Ponyreiten, Dosenwerfen und Toben auf der Hüpfburg ein. Die etwas Älteren konnten bei einem Europaquiz eine Reise gewinnen und sich bei Kaffee und Kuchen ausgiebig unterhalten.

Mit von der Partie waren auch der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen und die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen. Die kommende Europawahl war das Thema des Familienfestes. Die Bürgerinnen und Bürger sollten motiviert werden, wählen zu gehen. Etwa 80 Prozent unserer nationalen Gesetze werden im Europäischen Parlament entschieden. Ein guter Grund, sich an der Wahl zu beteiligen!

Weitere Bilder finden Sie in unserem [Bilderbogen](#).

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 14.05.2009, 12:22 Uhr - 4485 Clicks - Nr. 506

Lothar Hay: Kompromiss zum Waffenrecht nur ein erster Schritt

Sportschießen mit großkalibrigen Waffen einschränken

Erscheinungsdatum: 13.05.2009 Die Einigung von

Innenexperten der Großen Koalition auf eine Änderung des Waffenrechts kann nach Ansicht des schleswig-holsteinischen Innenministers Lothar Hay nur ein erster Schritt zu schärferen Regelungen sein.

„Ein scharfes Waffenrecht ist gut, ein schärferes Waffenrecht ist aber besser“, sagte Hay am Mittwoch (13. Mai) in Kiel. Der Kompromiss der Koalitionsfraktionen bleibe hinter den Möglichkeiten zurück, er werde ihn aber unterstützen, zumal es für weitergehende Vorschläge derzeit keine politischen Mehrheiten gebe. Gleichzeitig warnte er vor der Illusion, mit den geplanten Regelungen könnten Amokläufe wie der von Winnenden verhindert werden.

Hay sprach sich dafür aus, das Sportschießen mit großkalibrigen Waffen deutlich einzuschränken. „Man braucht keine großkalibrigen Waffen, um die Schlüsselqualifikationen des Schießsports zu lernen“, sagte der Minister. Eine ruhige Hand, hohe Konzentration und innere Ruhe könne man auch an anderen Waffen trainieren. Er forderte die Sportverbände auf, bei der Entwicklung neuer Schießdisziplinen strenge sportliche Kriterien anzulegen. Die Industrie muss nach Ansicht des Ministers möglichst rasch eine produktionsfähige Technik zur Verfügung stellen, mit der Waffen und Waffenschränke zuverlässig biometrisch gesichert werden können.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 14.05.2009, 12:54 Uhr - 6064 Clicks - Nr. 507

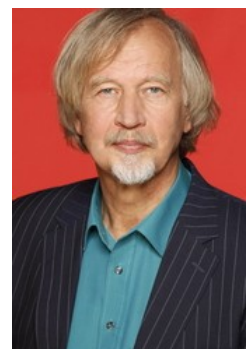
Leserbrief zum shz-Artikel: "Billig-Pillen für AOK-Versicherte"

Hier der Leserbrief von Dr. Wolfgang Wodarg (MdB), der auf den Wahnsinn von Tausenden unterschiedlicher Verträge zwischen Kassen und Pharmaindustrie und auf das Chaos unseres Gesundheitswesens eingeht.

Leserbrief von Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Zum Artikel vom 11.Mai 2009, Flensburger Tageblatt, Seite 16 mit dem Titel:

"Billig-Pillen für AOK-Versicherte"



Wenn jedes Mal bei einem neuen Rabattvertrag die Korken knallen, dann kann ich jetzt auch verstehen, weshalb dieser Blödsinn so weiterläuft. Man muss schon betrunken sein, um das gut zu finden, was der perverse Wettbewerb der Krankenkassen in Deutschland anrichtet. Die Verwalter der Versichertenbeiträge verhalten sich wie dynamische Unternehmer, denken betriebswirtschaftlich und freuen sich, wenn die Konkurrenz Pleite geht und sie wieder einmal einen chronisch Kranken vergrault haben, für den sie beim "morbidityorientierten Risikostrukturausgleich" nicht genügend Geld aus dem Fond erstattet bekommen.

Und dabei kann man ihnen noch nicht einmal einen Vorwurf machen, denn sie nutzen nur ihren gesetzlichen Spielraum.

Über dreihunderttausend Rabattverträge für Arzneimittel haben die ca. 200 Kassen mit den Pharmaherstellern ausgehandelt, um günstiger als die Konkurrenz einzukaufen. Dabei sollen sie doch eigentlich alle das gleiche tun und dürften sogar durch gemeinsamen Einkauf die Preise drücken. Die Einkäufer im Wettbewerb und die Pharmamonopole am längeren Hebel - so ist es denn auch klar, dass trotz aller Gesundheitsreformen, die Kosten für Arzneimittel kontinuierlich steigen.

Einige Hausärzteverbände im Süden Deutschlands nutzen auch schon ihre Monopolmacht und spielen die Kassen gegeneinander aus, um höhere Honorare zu erpressen.

In Skandinavien schüttelt man den Kopf über unser Versicherungschaos, drückt die Arzneimittelpreise durch zentralen Einkauf nach unten und zahlt Ärzten und Pflegekräften so gute Honorare, dass unsere Fachkräfte nach Norden auswandern. Eine Positivliste, bei der die Ärzte mitreden dürfen, ist dafür dort selbstverständlich.

Wir brauchen nur eine (!) Krankenkasse pro Bundesland, welche die gemeinsamen Versicherteninteressen stark vertritt, die endlich eine (!) Verantwortung für die Versorgungsstrukturen im Lande trägt und wir sollten den Wettbewerb dort lassen, wo er hingehört: bei den Anbietern von Produkten und Dienstleistungen.

Dr. med. Wolfgang Wodarg

(Sozialdemokratischer Bundestagsabgeordneter, der aus oben genannten Gründen gegen das Wettbewerbsstärkungsgesetz der großen Koalition gestimmt hat)

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.05.2009, 13:53 Uhr - 5017 Clicks - Nr. 508

Jochen Proske nominiert

Das Trio der SPD-Landtagskandidaten für Stormarn ist komplett – eine Wahlkreiskonferenz der SPD-Ortsvereine im Wahlkreis 33 hat im Ahrensburger Marstall Jochen Proske als Kandidaten für die Landtagswahl 2010 nominiert. Der bisherige Ahrensburger SPD-Abgeordnete Konrad Nabel wird 2010 nach dann fast 23jähriger Parlamentszugehörigkeit nicht wieder antreten. Damit geht die SPD in Stormarn 2010 mit drei neuen Kandidaten ins Rennen: Susanne Danhier in Nordstormarn, Martin Habersaat



im Süden und nun Jochen Proske in der Mitte.

Der Ahrensburger Proske setzte sich mit 22 Stimmen im ersten Wahlgang gegen seine Mitbewerber Tobias von Pein aus Lütjensee (12 Stimmen) und Reinhard Niegengerd aus Großhansdorf (7 Stimmen) durch.

Der SPD-Kreisvorsitzende Martin Habersaat konnte die Wahlkreis-Konferenz mit guten Nachrichten eröffnen: Nach einer langen Phase der Stagnation stiegen zuletzt die SPD-Umfragewerte wieder. Unter der routinierten Leitung Eckart Kuhlweins stellten dann die drei Bewerber sich und ihre politischen Vorstellungen vor und erklärten, was sie mit den Stimmen der Wähler anfangen wollen. „Sorge um die Zukunft und die Welt, in der wir leben“ nannte Proske als Grund für sein politisches Engagement. Er wolle seinen Kindern die Welt in einem besseren Zustand hinterlassen und nicht tatenlos warten, auf das, was komme. Dabei setzte er sich auch mit der politischen Konkurrenz auseinander: „Weiter so!“ – Das sagten die, die sich nur im Namen auf christliche Werte beriefen, denen ein Auseinanderdriften der Gesellschaft aber ebenso egal sei wie die Frage, was unsere Nachkommen in tausenden von Jahren mit dem von uns hinterlassenden „strahlenden Schatz“ des Atommülls anfangen sollen. „Es gibt ein Entweder und ein Oder in der Politik. Ich werbe für mehr Gemeinschaft, eine verantwortungsvolle Gesellschaft und ein soziales Netz – kurz: für einen neuen Gesellschaftsvertrag.“

Jochen Proske ist 40 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern im Alter von 11, 8 und 7 Jahren. Politisches Engagement war immer Teil seines Lebens, beispielsweise in der Friedens- und Solidaritätsbewegung mit Nicaragua, als Jugendlicher bei den Jusos und seit 1992 bei der SPD. Nach seinem Zivildienst studierte er Politikwissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, seit 1997 arbeitet er als Geschäftsführer für einen Kinder- und Jugendverband in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Proske: „Dieses aktive Mitgestalten der Zukunft möchte ich nun an anderer Stelle, mit anderen Möglichkeiten als Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages fortsetzen.“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.05.2009, 14:10 Uhr - 1797 Clicks - Nr. 509

Mietobergrenzen

Kooperation legt umfangreichen Änderungsantrag zur Neuregelung der Mietobergrenzen vor
Dazu erklären Michael Schmalz (SPD) und Sharif Rahim (GRÜNE):

"SPD und GRÜNE wollen sicherstellen, dass mit der künftigen Regelung der Mietobergrenzen Umzüge auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Mit einem umfangreichen Änderungsantrag soll insbesondere vermieden werden, dass immer mehr Menschen aus ihren Stadtteilen wegziehen müssen. Das Prinzip soll sein: Höhere Mieten werden in den Sozialräumen als angemessen akzeptiert, wo die Konzentration von Bedarfsgemeinschaften im Leistungsbezug gering ist und das Mietniveau in der Regel höher. Bremen oder Hamburg haben mit dieser Lösung gute Erfahrungen gemacht.

Darüber hinaus legen wir in unserem Antrag fest, wann wir individuelle Härtefallgründe akzeptieren wollen. Schon in der alten Richtlinie haben wir damit begonnen, wir greifen das auf und erweitern sie. So soll in begründeten Einzelfällen künftig ein Umzug ausgeschlossen werden können, z.B. bei Schwerbehinderten oder kranken Menschen oder bei Kindern bis zum schulpflichtigen Alter.

Es ist nicht unsere Absicht, die die Richtlinie so zu gestalten, das wir im Grunde genommen jeden in seiner Wohnung belassen! Wenn wir die Mietobergrenzen zu stark erhöhen, entsteht die Gefahr, dass die Mieten auf dem gesamten Wohnungsmarkt weiter steigen. Das träfe dann auch die Rentner und Geringverdiener, die kein ALG II und keine Sicherung für die Mietkosten haben. Wir sind sicher, mit der Beschlussvorlage der Verwaltung und mit unserem Änderungsantrag einen guten Weg gefunden haben, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Falls sich aber herausstellen sollte, dass wir nicht beabsichtigte Nebenwirkungen provozieren, werden wir nachjustieren. Darum beantragen wir zugleich, dass auch weiterhin evaluiert wird, welche Effekte die neue Richtlinie auf dem Kieler Wohnungsmarkt hat."

Kommentar von [Michael Schmalz](#) vom 16.06.2009, 14:29 Uhr:

RE: Mietobergrenzen

Sehr geehrter Herr Laug, der Gesetzgeber hat das "Hotel Mama" bis zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit als Regelfall für junge Menschen unter 25 Jahren vorgesehen und geht zudem offensichtlich davon aus, dass allein lebende Auszubildende und Studenten günstigere Wohnverhältnisse (WG, Untermiete etc.) suchen. Daher hat die Ratsversammlung die Mietobergrenze für Jugendliche unter 25 Jahre nicht angehoben, die Verwaltung hatte einen solchen Vorschlag auch nicht gemacht. Die Möglichkeiten, Auszubildende und Studenten aus dem SGB II zu unterstützen, sind gemäß § 7 "Berechtigte" Abs. 5 und 6 eng begrenzt, ebenso wie der Auszug aus der elterlichen Wohnung in § 22 SGB II. Aus den gesetzlichen Regelungen im SGB II wird deutlich, dass der Maßstab für die Anmietung von Wohnraum für Jugendliche unter 25 Jahre den Grenzen von BAFöG und Berufsausbildungsbeihilfe (beides Transferleistungssysteme für Auszubildende) folgen sollte. Dort liegt der Anteil für Mietkosten bei 196 €. Die Mietobergrenze für junge Leute unter 25 orientiert sich an diesem Referenzsystem. In der Verwaltungspraxis des Jobcenters gilt, dass junge Menschen unter 25 mit zunehmendem Alter und immer dann wenn sie ihren Lebensunterhalt bisher selbst verdient haben, eine Ausbildung absolviert haben oder bisher mit Mitteln der Jugendhilfe gefördert wurden, anders behandelt werden als Jugendliche, die aufgrund "pubertärer Krisen" das Elternhaus verlassen. Kann für 205 € kein geeigneter Wohnraum in WG oder zur Untermiete gefunden werden, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters gehalten und berechtigt, maßvoll die Beträge anzuheben. Mit freundlichen Grüßen Michael Schmalz

Kommentar von [thomas laug](#) vom 11.06.2009, 12:29 Uhr:

RE: Mietobergrenzen

Sehr geehrte Herren Schmalz und Rahim , aufgrund der derzeitigen Debatte der Mietobergrenze bei Beziehern von Sicherung zum Lebensunterhalt nach dem SGBII sind einige Unklarheiten aufgetreten. Die Arge Kiel hat eine Tabelle auf ihrer Internetseite (http://www.arge-sgb2.de/lang_de/nn_498334/Argen/ArgeKiel/DE/fuer-arbeitssuchende/foerdern-und-fordern/tabelle-mietobergrenzen.html) veröffentlicht, aus der klar hervorgeht, dass für Einpersonenhaushalte die Mietobergrenze bei 301,50 € liegt, jedoch für Einpersonenhaushalte von Leistungsempfängern unter 25 Jahren die Mietobergrenze bei 205,00 € festgelegt ist. Mit welcher Begründung werden solch gravierenden Unterschiede bei der Bewilligung der Kosten der Unterkunft (KDU) beschlossen? Der Grundsatz des Forderns und Förderns nach den §§2, 14 SGBII und der Übernahme der KDU gem. § 22 Abs.2a SGBII werden doch insofern berücksichtigt, dass die zuständige Integrationsfachkraft eben die Entscheidung darüber trifft, inwiefern die betroffene Person überhaupt berechtigt wird eine eigene Wohnung zu beziehen. Weiterhin sorgt für Irritationen eine zweite veröffentlichte Liste bezüglich der Mietobergrenzen. Hier wird von einem möblierten Zimmer berichtet

(http://www.arge-sgb2.de/lang_de/nn_498334/Argen/ArgeKiel/DE/fuer-arbeitssuchende/foerdern-und-fordern/foerdern-und-fordern-inhalt.html) wobei noch immer unklar ist ob es sich dabei um die Kaltmiete oder Warmmiete handelt. Das oben beschriebene Problem bleibt aber auch hier unbeachtet. Aufgrund meiner täglichen Arbeit mit Leistungsempfängern unter 25 Jahren würde mich sehr über eine kurze Stellungnahme freuen. Mit freundlichen Grüßen Thomas Laug

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 14.05.2009, 14:11 Uhr - 9197 Clicks - Nr. 510

Sönke Rix, MdB, Dr. Hans-Peter Bartels, MdB, und Jörn Thiessen, MdB

Weichenstellungen für die Zukunft der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung aus schleswig-holsteinischer Sicht

Standpunkte:

- Der Nord-Ostsee-Kanal ist und bleibt eine der wichtigsten Wasserstrassen der Welt. Die aktuell nach unten tendierenden Passagezahlen werden sich wieder nach oben entwickeln, sobald die Weltwirtschaft erneut anzieht und der Ölpreis wieder steigt. Darauf müssen wir gut vorbereitet sein.
- Mit dem Ausbau der Schleusen in Brunsbüttel, der geplanten Vertiefung und dem Bau einer Großweiche, sowie dem Ausbau der Oststrecke sind wichtige Projekte begonnen und abgesteckt, die den Kanal auf die Zukunft ausrichten. Das bedeutet ein erhebliches finanzielles Engagement des Bundes in Schleswig-Holstein in einer Größenordnung von 750 Millionen Euro.
- Um den Kanal attraktiv zu erhalten, darf die Befahrensabgabe nicht erhöht werden! Zu dieser Forderung, die wir gegenüber dem Bundesverkehrsministerium erhoben haben, wurde uns Zustimmung signalisiert: Die geplante Erhöhung ist vom Tisch.
- Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung sehen wir steigende Anforderungen an die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Die Erwartungen der Wirtschaft sowie der Bürgerinnen und Bürger an Qualität und Schnelligkeit der öffentlichen Dienstleistungen sind gestiegen. [Neue Aufgaben!]
- Die bestehende regionale Struktur der WSV hat sich bewährt. Dabei hat die Bündelung von Aufgaben in wissenschaftlichen Anstalten sowie Fach- und Sonderstellen die WSV entlastet.
- Aufgrund haushaltsrechtlicher Einsparauflagen hat die WSV seit 1993 rd. ein Viertel ihres Personalbestandes abgebaut. Das entspricht einem Verlust von rd. 4.700 Arbeitsplätzen.
- Die wichtigste Ressource der WSV sind die Menschen. Ihre Motivation wird wesentlich durch die Beschäftigungsbedingungen beeinflusst. Personalabbau, laufende Überlegungen zu Strukturanpassungen der WSV und die Strukturveränderungen der vergangenen Jahre haben jedoch zur Verunsicherung vieler Beschäftigter geführt. Es ist deshalb notwendig, verlässliche Perspektiven für eine zukunftsfähige WSV zu entwickeln.
- Parlament und Regierung müssen sicherstellen, dass die WSV die Ressourcen erhält, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendig sind. Heute verfügt die WSV über insgesamt

13.400 Planstellen und Stellen. Demgegenüber wurden in einer Erhebung 2001 rd. 14.600 Planstellen und Stellen als Dienstposten-Soll ermittelt. Dieses Ergebnis zeigt, dass dringend eine aktuelle Personalbedarfsermittlung erfolgen muss. Ein weiterer Stellenabbau ist nicht hinnehmbar - wir fordern eine verlässliche "Zielstruktur 2012", die dann auch konsequent eingehalten werden muss.

- Darüber hinaus benötigt die WSV ein professionelles, vorausschauendes und motivierendes Personalmanagement und eine Führungskultur, die die Beschäftigten in Entscheidungen über Ziele und Maßnahmen einbezieht.

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 15.05.2009, 09:05 Uhr - 9816 Clicks - Nr. 511

„Wir dürfen nicht Versuchskaninchen für eine sinnlose und gefährliche Technologie

„Ich setze mich deutlich dafür ein, dass unser Land nicht durch CO2 verseucht wird!“

sagt SPD-Bundestagskandidat Hanno Fecke

„Es ist nicht mehr hinzunehmen, dass es den Energieversorgern wieder gelingt, ihre selbstverschuldeten Probleme auf Kosten der Bevölkerung und zu Lasten aller nachfolgenden Generationen lösen zu wollen. Schon bei der Atomenergie hat die Lobby der Energiekonzerne uns mit dem Endlagerungsproblem alleine gelassen und uns das Tragen des Risikos aufgebürdet.

„Ich setze mich deutlich dafür ein, dass unser Land nicht durch CO2 verseucht wird!“

sagt SPD-Bundestagskandidat Hanno Fecke

„Es ist nicht mehr hinzunehmen, dass es den Energieversorgern wieder gelingt, ihre selbstverschuldeten Probleme auf Kosten der Bevölkerung und zu Lasten aller nachfolgenden Generationen lösen zu wollen. Schon bei der Atomenergie hat die Lobby der Energiekonzerne uns mit dem Endlagerungsproblem alleine gelassen und uns das Tragen des Risikos aufgebürdet. Mit der nicht erprobten CCS-Technologie wird wieder mit der gleichen Vehemenz in die falsche Richtung gearbeitet. CO2 wird damit nicht vermieden sondern einfach nur in der Erde versteckt. Keiner kann heute sagen, wie es sich dort auswirkt, ob und wie es entweichen kann. Fest steht allerdings, dass es in hoher Konzentration beim Einatmen zum Erstickungstod führt.

Die Probleme des Klimawandels lösen wir nur nachhaltig mit der generellen Vermeidung des Ausstoßes von CO2. Die Nutzung der erneuerbaren Energien und eine verstärkte Energieeffizienz sind hier die richtigen Lösungen, die weder unsere Gesundheit bedrohen noch unseren Kindern ungeahnte Risiken aufbürden. Hinzu kommt, dass die Erdschichten und die Tiefe, in denen jetzt CO2 eingelagert werden soll, zumeist auch genau die Bereiche sind, die für sinnvollere Nutzungen vorgesehen sind. Zum Beispiel für eine Erdwärmenutzung oder auch für eine moderne Energiespeicherung, z.B. für Druckluftspeicherkraftwerke. Diese nun wahrlich zukunftssicheren Nutzungen dürfen durch CCS nicht behindert werden. Ich werde mich nach meiner Wahl im Bundestag deutlich dafür einsetzen, dass wir im Norden Schleswig-Holsteins nicht als Versuchskaninchen für eine sinnlose und gefährliche Technik missbraucht werden.“

Hintergrund:

Die Bundesregierung will die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid voranbringen: Das Kabinett hat am Mittwoch einen Gesetzentwurf zur Nutzung der CCS-Technologie verabschiedet. Besonders im Norden Schleswig-Holsteins sollen sich geeignete Lagerstätten für

das Klima schädliche Gas befinden. Schon in diesem Jahr wird hier mit den Bodenuntersuchungen begonnen. Ab 2014 soll CO₂ eingelagert werden. Kohlendioxyd CO₂ entsteht bei der Verbrennung fossiler Stoffe, d.h. von Kohle, Gas und Öl in den Kraftwerken. Durch die Energieproduktion entweichen jährlich rund 36 Mrd. Tonnen CO₂ in die Atmosphäre und sind Hauptverursacher der globalen Erwärmung. Kohlenstoffdioxid absorbiert einen Teil der Wärmestrahlung, während kurzwelligere Strahlung, d.h. der größte Teil der Sonnenstrahlung, passieren kann. Diese Eigenschaft macht Kohlenstoffdioxid zu einem Treibhausgas.

Eine Lösung für dieses Problem sehen die Bundesregierung und die die Kraftwerke betreibenden Energieversorger in der Abspaltung des CO₂ bei der Energieproduktion und in der nachfolgenden unterirdischen Einlagerung des Gases. Diese Technologie wird CCS, Carbon Capture und Storage, genannt. Es gibt weltweit noch keine Erfahrungen mit dieser neuen Technologie.

CO₂ ist ein farb- und geruchsloses Gas. In hohen Konzentrationen ist es sehr gesundheitsschädlich und kann, wenn man es einatmet, zum Erstickungstod führen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 15.05.2009, 11:23 Uhr - 12069 Clicks - Nr. 512

"Minute mit Jörn" nun auch bei Youtube

Die „Minute mit Jörn“, der tägliche Videoblog des SPD-Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen, hat ab sofort einen eigenen Youtube-Kanal. Alle 81 bisherigen und die künftigen Ausgaben sind nun zusätzlich zur Homepage des Abgeordneten www.joernthiessen.de auch auf der Online-Videoplattform zu sehen.

Qualität und Verfügbarkeit der Sendung wird dadurch deutlich verbessert, begründet Thießen den Schritt: „So bleibt das originale 16:9-Format der Aufnahmen erhalten – beim alten 4:3-Zuschnitt des Videofensters auf meiner Homepage waren die Bilder immer ein bisschen verzerrt“, sagt Thießen. Mit zunehmender Popularität seines Videotagebuchs sei es aber auch immer wichtiger geworden, anderen Webangeboten die Einbettung der „Minute mit Jörn“ auf ihren eigenen Seiten zu ermöglichen. Die nutzerfreundliche Übersicht in Thiëßens eigenem Youtube-Kanal (<http://www.youtube.com/user/JoernThiessen>) bietet deshalb die jeweils aktuelle und alle Videobotschaften zur Verlinkung an, die der Abgeordnete täglich seit dem 19. Januar 2009 gedreht, geschnitten und vertont hat.

Das ursprüngliche Konzept der „Minute mit Jörn“ bleibt dabei erhalten. Mal heiter, mal aufklärend und sachlich wendet er sich mit kurzen Momentaufnahmen an die Bürgerinnen und Bürger seines Wahlkreises und alle Interessierten. Als einziger Politiker mit einem täglichen Videotagebuch möchte Jörn Thießen vor allem den Alltag eines Bundestagsabgeordneten zwischen Wahlkreisterminen, Sitzungswochen in Berlin, aber auch banalen Begebenheiten am Rande transparent machen. „Das reicht von außergewöhnlichen Ereignissen wie den hungerstreikenden Milchbäuerinnen vor dem Kanzleramt bis zur Routine einer Sitzung des Verteidigungsausschusses“, sagt Thießen. „In genau sechzig Sekunden meine Sicht als Mitglied des Bundestags auf diese unmittelbare Umgebung zu beschreiben, ist eine spannende Herausforderung – die auch mir häufig beim Verständnis hilft.“

Keine Kommentare

Politischer Stimmungstest mit Licht und Schatten

Zur NDR-Umfrage erklärt der Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner, heute in Kiel:

"Die Umfrage des NDR ein Jahr vor der Landtagswahl in Schleswig-Holstein ist eine interessante Wasserstandsmeldung über die politische Stimmung im Lande. Die Zahlen der sogenannten „Sonntagsumfrage“ (was wäre, wenn am Sonntag gewählt würde) können uns überhaupt nicht zufriedenstellen. Wie regelmäßig ca. 1 Jahr vor den letzten drei Landtagswahlen, zeigt sich auch diesmal eine schwarz-gelbe Umfragemehrheit. Wir wissen aus Erfahrung, dass ein inhaltlich polarisierender und profilierter Wahlkampf der SPD im Mai 2010 zu einem ganz anderen Ergebnis führen wird, denn die SPD kann kämpfen. Wenn wirklich gewählt wird, nämlich am 9. Mai 2010, wird Schwarz-Gelb gewiss keine Mehrheit haben. Schon heute sprechen sich in dieser Umfrage nur 27 % der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner für diese Machtkonstellation aus.

Wir freuen uns, dass rund Dreiviertel der Bevölkerung unseres Landes vorgezogene Neuwahlen ablehnen. Diese Position wurde und wird bisher alleine von der SPD vertreten. Die Menschen im Land wollen nicht, dass ständig parteitaktisch motiviert über günstige Wahltermine geredet wird, sondern dass wir in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise unseres Landes unsere Arbeit machen und das heißt: Um jeden Arbeitsplatz kämpfen! Die Bürgerinnen und Bürger des Landes können sich dabei weiterhin auf die SPD verlassen.

Die Umfrage bestätigt auch: Die SPD ist und bleibt die Partei der sozialen Gerechtigkeit! Die Nord-SPD hat ein klares Profil, das von den Menschen erkannt und anerkannt wird. Hier im Land weiß man, wofür die SPD steht:

- Barrierefreie Bildung ohne Gebühren von der KiTa bis zum Studium,
- gute Arbeit, von der man leben kann und mit guten Bedingungen und einem gerechten Lohn,
- eine moderne und gerechte Kinder- und Familienpolitik,
- eine konsequente und nachhaltige Energiepolitik ohne Atom und
- für einen handlungsfähigen Staat, in dem Gering- und Normalverdiener entlastet werden, in dem starke Schultern mehr tragen müssen als schwache.

Das ist SPD pur und ein klares Kontrastprogramm zu schwarz-gelben Konzepten von gestern, die Atom, KiTa- und Studiengebühren, Abbau von Arbeitnehmerrechten, Kopfpauschalen und Steuersenkungsversprechen für Gutverdiener propagieren.

Im Mai nächsten Jahres entscheiden die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auch darüber, wem sie die Kompetenz, Durchsetzungsfähigkeit und Gradlinigkeit zuschreiben, unser Land in die Zukunft zu führen und wer als Ministerpräsident die großen Herausforderungen bestehen kann und will.

Insofern ermutigen uns die Werte, die bei einem Kandidaten nach oben und dem anderen nach unten gehen."

Keine Kommentare

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 15.05.2009, 13:59 Uhr - 9498 Clicks - Nr. 514

Gründung eines neuen Ortsvereins

Am 29. Mai 2009 findet in Bredstedt / Nordfriesland die Gründung des SPD-Ortsvereins "Neue Freiheit" statt, eines Ortsvereins vornehmlich für Schausteller und Marktkaufleute. Sitz des Ortsvereins wird Husum werden. Neben dem Ortsverein "Heiligengeistfeld" in Hamburg wird dies der zweite seiner Art im gesamten Bundesgebiet sein.

Die Neugründung geht auf eine Initiative der AGS-Nord zurück, die mit Unterstützung des Landesverbandes, des Kreisverbandes Nordfriesland und insbesondere auch durch den Ortsverein Bredstedt, der dafür sorgen konnte, dass nach über 15 Jahren der Jahrmarkt am 29.05.2009 nach Bredstedt zurück kehrt und somit einen entsprechenden Rahmen für die Neugründung verleiht.

Zur Neugründung des SPD-Ortsvereins "Neue Freiheit" werden der Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner, der Kreisvorsitzende Horst Deyerling, der Vorsitzende des OV "Heiligengeistfeld" Dirk Sielmann und der Vorsitzende des Schaustellerverbandes Westküste e.V. Dieter Fehlauer in Bredstedt dabei sein.

"In Zeiten, wo sich Ortsvereine auflösen oder fusionieren müssen, ist die Neugründung eines Ortsvereins etwas ganz besonderes. Ich freue mich, dass ich gleich zu Beginn meiner Amtszeit so ein Ereignis begleiten darf. Dass sich Schausteller und Marktkaufleute organisieren eröffnet ihnen nicht nur die Möglichkeit ihre Anliegen auf politischer Ebene zu vertreten. Sie tragen auch dazu bei, neue Sichtweisen und Erkenntnisse und damit eine Belebung in das tägliche politische Geschäft zu bringen", so Horst Deyerling, Vorsitzender des Kreisverbandes Nordfriesland.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 15.05.2009, 15:31 Uhr - 5228 Clicks - Nr. 515

SPD-Kreistagsfraktion unterstützt Klaus Plöger

Die Kreistagsfraktion der SPD Stormarn hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, Klaus Plöger für eine dritte Amtszeit als Landrat in Stormarn zu unterstützen. Klaus Plöger hatte bei einem Gespräch mit der Fraktion erklärt, dass ihm die Aufgabe noch immer Spaß mache und er weiter zur Verfügung stehe: „Jeder weiß, dass ich meine Arbeit gerne mache.

Der Standort Stormarn funktioniert, daran arbeiten Viele auf unterschiedlichen Ebenen jeden Tag mit. Auch mit dem neuen Kreistag hat sich eine konstruktive Zusammenarbeit ergeben."



Reinhard Mendel, der Vorsitzende der SPD Kreistagsfraktion, freute sich über das klare Votum

seiner Fraktion: „Klaus Plöger ist ein Landrat mit Ecken und Kanten. Aber er ist einer, der seine Verwaltung gut aufgestellt hat, entscheidungsfreudig ist und den Laden am Laufen hält.“ Die Politik in Stormarn werde von der Verwaltung frühzeitig und umfassend informiert, Probleme würden gemeinsam angepackt. „Das ist gut für Stormarn.“

Der Landtag in Kiel hat angekündigt, noch vor der Sommerpause eine neue Kommunalverfassung vorzulegen. Darin wird die Direktwahl der Landräte abgeschafft sein. Mendel: „Darin werden auch die genauen Regularien zur künftigen Landratswahl enthalten sein. Wir hoffen, dass das Gesetz noch vor der Sommerpause vorliegt, damit alle Beteiligten frühzeitig wissen, woran sie sind.“

Klaus Plöger ist seit 1998 Landrat des Kreises Stormarn. Er war der erste direkt gewählte Landrat Stormarns und wurde 2003 wiedergewählt. Außerdem war er der erste direkt zum Landrat gewählte Sozialdemokrat in Schleswig-Holstein. Seine zweite Amtszeit endet im April 2010.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 15.05.2009, 16:39 Uhr - 3557 Clicks - Nr. 516

Deutliche Preissenkung für Schülermonatskarten gefordert

Die seit letztem Jahr andauernde Diskussion um die Preise für die Schülerbeförderung in Flensburg muss endlich zu einem konkreten Ergebnis geführt werden. Das fordert jedenfalls die SPD-Ratsfraktion, die jetzt einen ersten Schritt gehen will. Die Bürgerinitiative hat nach Meinung der SPD das Recht auf eine klare Antwort. Und diese Antwort könnte nach SPD-Auffassung in einer ersten Preissenkung für Schülermonatskarten bestehen.

Eine Schülermonatskarte kostet derzeit 31,50 Euro. Ginge es nach der SPD, dann könnte ihr Preis in einem ersten Schritt abgesenkt werden. Dann würde sie zunächst zwischen 25 und 28 Euro kosten. Hierzu müssten von den Verkehrsbetrieben verschiedene Tarifmodelle entwickelt werden, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost: „Wir wollen, dass in die Diskussion um die zukünftigen Tarife Bewegung kommt und die Zeit der endlosen Prüfungen zu Ende geht.“ Jochen Haut, Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Sport, erinnert: „Seit Juli 2008 gibt es einen Ausschussbeschluss, demzufolge uns die entsprechenden Zahlen und Modelle vorgelegt werden sollen.“

Die SPD verhehlt nicht, dass das politisch Wünschenswerte zurzeit nicht finanzierbar ist. Sie will aber, dass jetzt die Tür zugunsten der Fahrschülerinnen und Fahrschüler geöffnet wird. „Wir wollen finanzpolitisch verantwortungsvoll handeln, aber auch einen weiteren Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit gehen“, so Helmut Trost und Jochen Haut. Die SPD wünscht deshalb, dass die Verwaltung die Auswirkungen weiterer Tarifsenkungen über den SPD-Vorschlag hinaus ermittelt und dazu unverzüglich Gespräche mit den Verkehrsbetrieben aufnimmt.

Diese Schritte für weitere Absenkungen behält sich die SPD ausdrücklich vor. Sie macht aber auch deutlich, wie groß der finanzielle Aufwand ist: „Würde der Preis der Schülermonatskarte auf 10 Euro gesenkt, würde dies nach Angaben der Verwaltung 2,15 Millionen Euro kosten“, erläutert Jochen Haut. „Dies ist bei der gegenwärtigen Haushaltslage nicht finanzierbar“, meint der bildungspolitische Sprecher der SPD und plädiert wie sein Fraktionsvorsitzender für Stufenmodelle.

Die SPD hat verschiedene Varianten für eine Entlastung der Eltern geprüft. Eine Entfernungsregelung, die mit der in den Landkreisen vergleichbar ist, spielte dabei ebenso eine Rolle wie kostenfreie Linienkarten, die nur für Schulfahrten gelten würden. Auch das Modell völlig kostenfreier Fahrten für alle Grundschüler, unabhängig von der Entfernung, wurde geprüft. „Bei jedem dieser Modelle gab es aber neue Ungerechtigkeiten oder Finanzierungsprobleme“, erläutert Helmut Trost und begründet so den Vorstoß der SPD für eine Preissenkung bei den Schülermonatskarten. „Diese erste Preissenkung wäre der erste Schritt. Sie ist finanzierbar, entsprechende Tarifmodelle müssen sofort auf den Tisch.“

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 15.05.2009, 18:00 Uhr - 4828 Clicks - Nr. 517

Presseerklärung: SPD Neumünster beantragt 2 Millionen Euro für Alte Feuerwache Mängel an der Alten Feuerwache müssen umgehend beseitigt werden

Nach intensiver Diskussion hat die SPD -Rathausfraktion den Beschluss gefasst, dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu folgen und einen Zuschuss von 2 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II für energetische Maßnahmen in der Alten Feuerwache zu beantragen. „Dabei ist es der SPD-Fraktion klar, dass bei positiver Entscheidung sehr schnell ein für alle Betroffenen tragfähiges Konzept für die Sanierung der gesamten Feuerwache geschaffen werden muss. Dies ist der einzig gangbare Weg, die Mängel kurzfristig zu beseitigen. Und dies ist auch sicher gestellt, da die Mittel aus dem Konjunkturpaket II bis zum 31.12.2011 abgerechnet sein müssen und somit für alle Betroffenen eine klare Perspektive gegeben ist“, stellt SPD-Fraktionsvorsitzender Andreas Hering klar.

Nach reiflicher Überlegung hat dieses Argument letztendlich für die SPD-Fraktion den Ausschlag gegeben, vom Ziel einer gemeinsamen Unterbringung Aller im GAZ abzugehen. Während der Diskussion hat die SPD allerdings auch mehrfach darauf hingewiesen, dass dafür weitere Kosten in Millionenhöhe erforderlich sind.

Völlig unverständlich ist für die SPD das Verhalten des Stadtbrandmeisters und seines Stellvertreters, die beide Ehrenbeamte der Stadt sind. Selbstverständlich haben sie das Recht auf eine eigene Meinung. Allerdings ist es mehr als bedenklich, wenn beide freiwillig als Feuerwehrrepräsentanten mit einer Partei gemeinsam Pressekonferenzen geben. Bei jeder Verpflichtung eines neuen Mitglieds einer Freiwilligen Feuerwehr weisen sie auf die politische Neutralität der Feuerwehren hin, gegen die sie nun selbst verstoßen. „Ich weiß, dass beide hier nicht für die gesamten Freiwilligen Feuerwehren sprechen und hoffe, dass das intern schnell konsequent geklärt wird“, zeigt sich der Vorsitzende des Brandschutz-Ausschusses Bernd Delfs entrüstet.

In den vergangenen Jahren hat sich die Politik mehrfach mit der desolaten Unterbringung und den kaum tragbaren Arbeitsbedingungen von Berufsfeuerwehr, Rettungsdienst, Freiwilliger Feuerwehr Stadtmitte in der Wittorfer Straße, des Katastrophenschutzes und der Gefahrguteinsatzgruppe 2 an anderen Orten überzeugen können. Ziel der Beratungen war die gemeinsame Unterbringung dieser Einheiten im neu zu errichtenden Gefahrenabwehrzentrum in einem Teilbereich der ehemaligen Hindenburg-Kaserne. Die SPD hat sich zu diesem Verfahren bekannt und versucht, durch den Ratsherrn Bernd Delfs dieses Projekt voranzutreiben. Leider war es aber der damaligen CDU-Mehrheit nicht möglich, auf ihren dafür zuständigen Ersten Stadtrat einzuwirken, die bereitstehenden Haushaltsmittel für eine Planung einzusetzen.

Auf Bitten aller Beteiligten - einschließlich des Stadtfeuerwehrverbandes - hat Oberbürgermeister Unterlehberg im Frühjahr 2008 die Leitung des Fachdienstes 13 an sich gezogen. Durch seine Initiative gelang es, den ersten Bauabschnitt für das GAZ für etwa 800.000 Euro in kurzer Zeit fertig zu stellen.

Die größten Probleme, die Unterbringung der Gefahrguteinsatzgruppe 2 und des Katastrophenschutzes, konnten damit ebenso beseitigt werden, wie die seit über 50 Jahren erstmalige Bereitstellung eines eigenen Feuerwehrhauses für die Freiwillige Feuerwehr Stadtmitte. Der noch vor einem Jahr lähmende Stillstand wurde kompetent und zügig beseitigt. Dafür dankt die SPD dem Oberbürgermeister und seinen beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausdrücklich.

Die Bereitstellung der nun noch notwendigen Mittel zur Verbesserung der Situation für die Berufsfeuerwehr und den Rettungsdienst im GAZ hat sich in den letzten Monaten als äußerst schwierig, ja fast aussichtslos, erwiesen. Die von einem Architekten grob geschätzten Gesamtkosten für ein komplettes GAZ belaufen sich auf über 7 Millionen Euro plus eventuell notwendiger zusätzlicher Sanierungskosten für den belasteten Boden. Ein Konzept für die Gesamtmaßnahme gibt es durch die Versäumnisse des Ersten Stadtrates nicht. Mehrfach wurde geprüft und beschieden, dass Zuschüsse für das GAZ nicht zu erwarten sind.

Da hilft es auch nicht, dass die CDU bei den vergangenen Haushaltsberatungen Mittel für den weiteren Bau des GAZ beantragt hat. Die nicht bekannte Höhe der benötigten Investitionskosten und die nicht soliden Deckungsvorschläge haben richtigerweise zu einer Ablehnung dieser Anträge geführt. Somit gibt es kurzfristig keine andere Perspektive für die Beschäftigten, als die Mängel in der Wittorfer Straße zu beseitigen.

Dies gilt umso mehr, als jedem schon jetzt klar ist, welche finanziellen Belastungen auf die Stadt zukommen. Und auch andere, unbedingt notwendige Großinvestitionen werfen ihre Schatten voraus. Für die durch Beschluss der damaligen CDU-Mehrheit konventionell zu bauende Freiherr-vom-Stein-Schule ist noch keine neue Sporthalle geplant. Tatsache ist jedoch, dass auch durch die dort steigenden Schülerzahlen der Bedarf für eine neue Sporthalle sehr stark ist, um nur ein einziges Beispiel zu nennen.

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 15.05.2009, 19:28 Uhr - 2972 Clicks - Nr. 518

Glindes Diskussionskreis 60 plus in Schwerin

Diskussionskreis 60 plus schaut sich die Stadt Schwerin an und lässt sich von ihr begeistern. Auch ein Blick in die Vergangenheit und in die meklenburgische Küche gehörte dazu.

Im alljährlichen Rhythmus schwärmt der Diskussionskreis 60 plus wieder aus, um über Glindes Tellerrand zu schauen. Diesmal hatte er sich die Landeshauptstadt Schwerin zum Ziel genommen. Morgens ging es mit dem Bus dorthin, wo, dort angekommen, ein kundiger Stadtführer zustieg, um uns bei einer anschließenden



Stadtrundfahrt die schöne Stadt Schwerin zu zeigen und zu erläutern. Natürlich steht die Stadt derzeit im Zeichen der Bundesgartenschau (BUGA), doch die haben wir bewusst ausgelassen. Die Lust dazu wurde sicherlich geweckt, doch dazu sind nicht mehr alle gut genug zu Fuß. Wir sahen die Villenviertel an den Seen und die in DDR- Zeiten entstandenen und nun nach und nach sanierten „Plattenbau“- Siedlungen. Da die Einwohnerzahl von 60.000 auf 40.000 in

diesem Bereich schrumpfte, wurden einige abgerissen und durch Mehrfamilienhäuser in angenehmem Ambiente ersetzt. Von dort führte der Weg zur Schweriner „Riviera“, ein künstlich geschaffener Strandabschnitt, das sich zu einem beliebten Freizeitaufenthalt der Schweriner entwickelt hat. Wir sind die schöne Anlage- „zum Beine vertreten“-zu Fuß angegangen. Nach der Rundfahrt ging es „zum Ritter“ Mittag essen und danach konnte Jeder ungebunden in der Altstadt flanieren gehen, bis die Schiffsglocke zur Schiffsrundfahrt auf den Schweriner See rief. Die Fahrt ging zwischen Kaninchenwerder und Ziegelwerder hindurch, zwei Inseln im See. Die Ziegelinsel ist Naturschutzgebiet auf der Vögel ungestört brüten können. Zum Abschluss noch ein herrlicher Blick auf das Panorama des Schlosses von der Seeseite und dann ging es wieder nach Glinde.

Bei schönem Wetter, ein schöner Tag, fanden alle und gingen zufrieden nach Hause

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 15.05.2009, 20:08 Uhr - 2661 Clicks - Nr. 519

Ulrike Rodust im OV SPD-Glinde

Wie kommt ein EU-Gesetz zustande? Wisst ihr das wirklich? Wissen das die Bürger? Wie können wir den Bürgern klar machen, wie sie heute und in Zukunft von EU-Entscheidungen betroffen sind.

Zu solchen und vielen anderen Fragen mehr, versuchte Ulrike den Genossinnen, Genossen und den Gästen der Mitgliederversammlung am 13. Mai, Rede und Antwort zu stehen.

Soviel ist klar: Um Ideen und soziale Politik umsetzen zu können, braucht man eine parlamentarische Mehrheit



Wir haben in Europa viel erreicht und in diesem Teil der Welt einen langen Frieden beschert. Auch Handel und Währung in Europa sind nicht mehr wegzudenken. Was aber noch hinterherhinkt, ist das soziale Europa. Hier sind Sozialdemokraten gefordert und kompetent und sollten das den Bürgern auch klar machen. Nur wenn die europäischen Sozialisten die stärkste Fraktion im europäischen Parlament werden, haben sie auch eine Chance, dafür zu sorgen, dass es in Europa sozial gerechter zugeht.

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 16.05.2009, 10:33 Uhr - 2746 Clicks - Nr. 520

SPD Kropp-mit Zuversicht in die Zukunft

Jahreshauptversammlung der SPD Kropp

- Dank an Dr. Imke Röhl für das hervorragende Engagement für die Landtagskandidatur

- Diskussion über den Beitritt zum SPD-Amtsverband Stapelholm

Die Kropper SPD sieht auch nach der Jahreshauptversammlung positiv in die Zukunft.

Der seit einem Jahr im Amt befindliche Ortsvereinsvorsitzende Peter Casper begrüßte zahlreiche Genossinnen und Genossen im Wikingerhof. Die Aktivitäten des



vergangenen Jahres wurden noch einmal beleuchtet. Das traditionelle Grünkohlessen war ebenso ein Erfolg wie der nach langer Zeit wieder ausgerichtete Dämmerschoppen. Der Dämmerschoppen soll zu einer regelmäßigen Veranstaltung werden.

Im Mittelpunkt der letzten Wochen stand allerdings die parteiinterne Vorwahl für die Nachfolge von Holger Astrup. Unsere Genossin Imke Röhl hat hier viel Arbeit und Energie aufgewendet. Letztlich konnten wir, trotz einer hervorragenden Leistung von Imke Röhl und des Ortsvereins, nicht unser Ziel erreichen, dass unsere Genossin als SPD-Kandidatin in den Landtagswahlkampf startet. Hier gilt es nun, für Imke Röhl einen guten Listenplatz in der Landesliste der SPD zur Landtagswahl im Jahr 2010 zu erreichen.

Für das herausragende Engagement überreicht Peter Casper als Dank eine Flasche Rotwein an Imke. Imke Röhl selbst bedankt sich für die hervorragende Unterstützung durch den Ortsverein. Sie erklärte, dass sie sich auch weiterhin aktiv in die politische Arbeit einbringen wird.

Dieter Mahrt berichtet aus der Arbeit der Fraktion. Als herausragenden Meilenstein für Kropp sieht er den Beschluss der Gemeindevertretung vom 23.09.08 zur Einrichtung einer Gemeinschaftsschule. Die Anmeldezahl von fast 90 Schülern zeigt, wie richtig diese Entscheidung war.

Intensiv diskutierten die Kropper Genossinnen und Genossen über den Betritt zum SPD - Amtsverband Stapelholm. Zu später Stunde vertagte man allerdings die Entscheidung darüber. Die anwesenden Genossinnen und Genossen befürworteten aber eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem SPD-Amtsverband Stapelholm.

Arne Mumm

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 16.05.2009, 12:52 Uhr - 4019 Clicks - Nr. 521

Enttäuschung und Unverständnis über politischen Seitenwechsel

Der überraschende Austritt Naime Basaricis aus der Norderstedter SPD-Fraktion wird von führenden SPD-Politikern in Norderstedt bedauert und zugleich als ein „unmögliches Verhalten“ kritisiert.

Der Norderstedter SPD-Vorsitzende Heiner Köncke äußerte, er nehme die Entscheidung „zur Kenntnis“.

"Es ist schade, dass sie nicht weiter in der Fraktion mitarbeiten will. Platz wäre gewesen. Dass sie jetzt in dieser Geschwindigkeit ohne jede Vorankündigung anders entscheidet, hat seinen eigenen Wert.

Wir haben versucht, ihr Brücken zu bauen und gemeinsam eine verantwortungsvollere Politik für Migranten in unserer Stadt auf den Weg zu bringen und unsere Schulen zukunftsfähig zu machen. Ich bin enttäuscht, dass sie solch eine Entscheidung getroffen hat. Die Schulpolitik als primären Grund anzuführen, ist mehr als unglaublich, zumal sie nie gegen die Partei- und Fraktionsmeinung votiert hat. Bis zuletzt hat sie immer positiv mitgestimmt, auch in den

entscheidenden Sitzungen der Fraktion und natürlich auch in der Stadtvertretung. Ihr Austritt wirft uns jetzt vermutlich in dieser Politik zurück. Aber er wirft uns nicht um.", betont der Norderstedter SPD-Chef.

Basaricis Verhalten entspreche auch nicht seiner Vorstellung von "politisch verantwortlichem Umgehen" mit einer Partei.

"Man führt nicht eine Partei vor, die einem doch die Chance gegeben hat, in eine verantwortungsvolle politische Position zu kommen. Die SPD Norderstedt ist ja kein Neutrum, sondern der Zusammenschluss von Hunderten von Menschen und Ehrenamtlern, die gleich denken und ein gemeinsames Ziel verfolgen. Diesen Leuten ist man als Politiker in der Stadtvertretung auch verantwortlich. "Wenn man irgendwann mal relativ hoch geflogen ist, sollte man das nicht aus den Augen verlieren."

Köncke fordert Basarici auf, ihr Stadtvertreter-Mandat niederzulegen. Sie müsse sich in dieser Frage an die hohen moralischen Maßstäbe halten, die sie selbst als SPD-Fraktionsmitglied immer von anderen gefordert habe.

„Frau Basarici hat ihr Mandat von sozialdemokratischen Wählerinnen und Wählern erhalten, nachdem sie sehr aktiv im Kommunalwahlkampf für das Programm der SPD eingetreten ist, natürlich auch für die Schulpolitik. Es ist mehr als unverfroren, wenn sie mit diesem Mandat als CDU-Stadtvertreterin in den kommenden Wochen und Monaten Politik gegen die SPD und ihre eigene ursprüngliche politische Haltung macht.

Es bleibt für mich beim unerwarteten Kurswechsel von Frau Basarici leider ein sehr fauler Nachgeschmack“.

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 18.05.2009, 17:43 Uhr:

RE: Enttäuschung und Unverständnis über politischen Seitenwe

Frau Basarici, ich glaube, Sie haben das Prinzip nicht verstanden, nach welchem Sie in die Stadtvertretung gewählt worden sind. Sie wurden für die SPD gewählt, welche Sie auch im Kampf um die Bildungspolitik doch unterstützt haben! Oder waren sie nur dabei, um in die Stadtvertretung zu kommen? Ich hoffe, die GEWÄHLTE linke Mehrheit wird wieder hergestellt....

Kommentar von [Horst Ferstmann](#) vom 18.05.2009, 11:27 Uhr:

RE: Enttäuschung und Unverständnis über politischen Seitenwe

Glückwunsch an Frau B.! Jetzt ist der Weg endlich frei für ein neues Millionengrab im Stadtpark. Vielleicht wird es ja eine überdimensionierte Dönerbude am See mit der konvertierten Dame als Ko-Chefin. Von wegen Schulpolitik als Grund, Bargeld lacht. Erst Münster, jetzt Basarici - Selbstbedienung auf Stadtkosten, Marke CDU!

Kommentar von [Martin Hemhold](#) vom 16.05.2009, 19:28 Uhr:

RE: Enttäuschung und Unverständnis über politischen Seitenwe

Wieso, die Frau hat recht. Wer den Bürgerwillen so eklatant ignoriert wie die SPD, muss sich über entsprechendes Feedback nicht wundern. Die sozialistische Gleichmacherei muss auch mal ein Ende haben, wenn es um die Zukunft der Kinder geht, die eben NICHT alle gleich sind sondern je nach ihren Fähigkeiten individuell gefördert werden müssen. Außerdem, das Mandat gehört der gewählten Person, nicht der Partei, bei der sie glaube ich noch nichtmal Mitglied war. In Sachen Demokratie hat die SPD noch nie etwas kapiert.

Kommentar von [Martina Ewald](#) vom 16.05.2009, 13:40 Uhr:

RE: Enttäuschung und Unverständnis über politischen Seitenwe

Diese Frau sollte sich gefälligst bei ihren Wählern für ihren Wortbruch entschuldigen! Eine Sauerei ohne Beispiel - und zugleich der Beweis, dass für Selbstdarsteller in der SPD kein Platz sein darf.

Kommentar von [Volker Tenhagen](#) vom 16.05.2009, 13:36 Uhr:

RE: Enttäuschung und Unverständnis über politischen Seitenwe

Diese Frau ist eine Schande für die Norderstedter Sozialpolitik! Erst zerhauen CDU und FDP fünf Jahre lang alle wichtigen sozialen Netzwerke durch ihre Sparbeschlüsse und jetzt macht sich die achso soziale und migrationsengagierte Frau Basarici auf es diesen Sozialpolitik-Autisten gleich zu tun. Noch ein Tipp für den nächsten Parteiwechsel, Frau Ypsirici: erst das Wahlprogramm lesen und sich dann wählen lassen!

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 17.05.2009, 12:03 Uhr - 5149 Clicks - Nr. 522

Kreissportverband: Ehrenmitgliedschaft für Sigrid Kuhlwein

Akzent Classic Hotel Glinde - „In Würdigung ihrer langjährigen hervorragenden Verdienste um den Sport in Stormarn“, so steht es auf der vom KSV-Vorsitzenden Peter Voss überreichten Urkunde, wurde Sigrid Kuhlwein, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, zum Ehrenmitglied des Kreissportverbandes ernannt.



Sichtlich überrascht nahm Sigrid Kuhlwein Urkunde und Blumen in Empfang, bis zuletzt hatte sie nichts von der Ehrung geahnt: „Ich hatte mich nur gewundert, dass man mir gesagt hatte, ich solle an diesem Abend auf jeden Fall dabei sein.“

Der stellvertretende KSV-Vorsitzende Alfred Schmücker war in seiner Laudatio auf einige Beispiele des Wirkens von Sigrid Kuhlwein und ihren Einsatz für den Sport eingegangen. In ihrer Heimatgemeinde Ammersbek und seit 1986 im Kreistag habe sie den KSV und seine Mitglieder bei vielen Projekten unterstützt, etwa als es um die Integrationssportgruppe in Hoisbüttel ging.

Sigrid Kuhlwein lebt in Ammersbek, war einige Jahre Ortsvereinsvorsitzende und ist seit 1986 ununterbrochen Abgeordnete des Stormarner Kreistages. Sie ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Mitglied im Haupt-, im Schul-, Kultur- und Sportausschuss und im Fachausschuss der Kulturstiftung Stormarn der Sparkasse Holstein.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 17.05.2009, 15:20 Uhr - 5687 Clicks - Nr. 523

GLOSSE: „Bad Accounts “ für überschuldete Kreditnehmer?

Hier eine Glosse von Dr. Wolfgang Wodarg, der die Idee der Bad Banks analysiert hat und sie im Interesse des Wirtschaftskreislaufs weiterentwickelt. Mal sehen ob diese Idee von der Bundesregierung aufgegriffen wird ;-):

Nachdem die Bundesregierung das von der Finanzwirtschaft geforderte „Bad Banks“-Modell als Rettungsring für die überschuldeten und damit eigentlich insolventen Banken beschlossen hat, können diese wieder freier durchatmen und sich den Geschäftsfeldern zuwenden, mit denen sie in Zukunft wieder schwarze Zahlen schreiben wollen.

Sollte das nicht klappen, so haftet der Staat mit dem Geld der Steuerzahler gegenüber etwaigen Gläubigern. Das soll Spielraum für neue Kredite, Luft für neuen wirtschaftlichen Aufschwung bringen.

Diese geniale Idee sollte doch aufgegriffen werden und als Lösung für finanzielle Probleme auch im Bereich derjenigen zum tragen kommen, die aufgrund privater Überschuldung, durch Wucherzinsen oder Kreditkarten-Ausreizung, Verdiensteinbruch durch Arbeitslosigkeit, durch Hypothekenschulden, Fehlspekulationen an der Börse oder bei anderen Glücksspielen als Privatleute an den Rand des finanziellen Ruins geraten sind.

Auch ihnen, die sonst als Konsumenten ausfielen, die zu Insolvenz und wirtschaftlicher Bedeutungslosigkeit verurteilt wären und als Almosenempfänger unsere Gesellschaft über lange Zeit schwer belasten würden, auch ihnen kann das moderne Prinzip der „Bad Banks“ in analoger Weise, sozusagen auf der komplementären Systemebene zu erneuter wirtschaftlicher Prosperität und zu Wachstums-Chancen verhelfen.

Selbst das gewichtige Kriterium, dass wir nur jenen mit Steuergeldern zur Hilfe kommen sollten, die systemisch eine wichtige Rolle spielen, wäre hier erfüllt. Es muss jeder/jedem sofort einleuchten, dass dieses Kriterium vor allem für Verbraucher gilt, von deren täglichem Konsum doch das gesamte Wirtschaftssystem abhängt. Gerade die, die ihren täglichen Lebensunterhalt zu Markte tragen, sind Basis und als potentielle Kunden Hoffnung für neuen wirtschaftlichen Aufschwung.

So sollten wir darüber nachdenken -und zwar schnell- ob wir nicht den Wirtschaftsmotor vom Schlamm privater Schulden befreien und diesen in „Bad Accounts“ ökonomisch neutralisieren sollten. Ob diese „Bad Accounts“ jetzt von jedem Geldinstitut für die eigenen Kunden eingerichtet werden oder ob wir einen staatlich kontrollierten, bankenunabhängigen „Bad-Accounts -Fond (BAF)“ schaffen, dass mögen die Spezialisten der Finanzpolitik prüfen und unter einander ausmachen, bevor der Bundesregierung ein entsprechendes Komplementärsegment zum Bad-Banks-Gesetz vorgelegt wird.

Hinweis. „Bad Account“: Fachausdruck für „hoch verschuldete Privatkonten“



Keine Kommentare

Friedlicher Protest gegen die NPD in Schleswig Schleswig hat keinen Platz für Nazis



Der SPD-Ortsverein Schleswig hatte kurzfristig erfahren, dass die NPD am Sonnabend, d. 16. Mai 2009, einen Informationsstand für 2 Stunden von 09.00 bis 11.00 Uhr in der Einkaufstraße am Capitolplatz genehmigt bekommen hatte und war mit einem SPD- Informationsstand präsent.

Anwesend waren viele Bürgerinnen und Bürger als auch SPD-Ortsvereine aus der Region Schleswig-Flensburg und einige aus dem Rathaus Schleswig und im Kreis Schleswig-Flensburg vertretenen Parteien.

Eine kleine Gruppe von Alt- und Neonazis erschienen verspätet und bekamen gleich mit dem friedlichen Protest zu spüren, dass sie in Schleswig unerwünscht sind. Junge Demonstranten gegen die braunen Rattenfänger, die ihre braune Abfalltonne mitgebracht hatten, sorgten dafür, dass das Informationsmaterial der NPD dort gleich entsorgt werden konnte! Die vielen Transparente zum Beispiel der Gewerkschaft ver.di, der Grünen, der VVN und der Rote SPD-Schirm sorgten dafür, dass die dumpfen Parolen der ewig gestrigen NPD für das vorbeigehende Publikum nicht sichtbar waren!

Mit dem friedlichen Protest wurde demonstriert, dass kein Platz für Nazis in Schleswig und anderswo ist!

Kommentar von [igor](#) vom 21.05.2009, 14:08 Uhr:

RE: Friedlicher Protest gegen die NPD in Schleswig

Das Verhalten der SPD und der restlichen Systemparteien in Schleswig zeigt was Sie von der Demokratie halten.Nämlich garnichts.Die NPD wird immer als undemokratisch hingestellt,das konnte ich bisher aber noch nicht feststellen.Was man von der Spd und Co nicht behaupten kann.

Kommentar von [igor](#) vom 21.05.2009, 14:05 Uhr:

RE: Friedlicher Protest gegen die NPD in Schleswig

Das Verhalten der SPD und der restlichen Systemparteien in Schleswig zeigt was Sie von der Demokratie halten.Nämlich garnichts.Die NPD wird immer als undemokratisch hingestellt,das konnte ich bisher aber noch nicht feststellen.Was man von der Spd und Co nicht behaupten kann.

Graffiti-Projekt und eine Infotafel für die Kriegsgräber

Die SPD-Fraktion Osterrönnfeld wird in der nächsten Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses u.a. zwei sehr unterschiedliche Anträge einbringen. Dieser tagt am 19.05.2009 um 19:30 Uhr in der Osterrönnfelder Amtsverwaltung, Schulstraße 36.

Informationstafel für die Kriegsgräberstätte Osterrönnfeld

Jedes Jahr wird in Osterrönnfeld der Kriegstoten am Volkstrauertag gedacht. Unter anderem werden Kränze an der Kriegsgräberstelle Schäferkatenweg niedergelegt. Dort gibt es bisher aber keine Hintergrundinfos über die in Osterrönnfeld zu beklagenden Kriegsoffer. Allen Interessierten sollte diese Möglichkeit jedoch geschaffen werden, so die Meinung der SPD-

Fraktion. Zusammen mit der älteren Generation von Osterrönfelder Bürgern und deren Wissen könnten Schüler weiterführender Schulen während einer Projektarbeit die Hintergrundinformationen zusammentragen und eine Infotafel gestalten. Die Gemeinde sollte die Materialkosten für diese Infotafel bereitstellen, um die Erinnerung an die Kriegstoten weiterhin zu erhalten.

[Ob der Antrag angenommen wurde, lesen Sie hier...](#)

Graffiti-Projekt gegen Graffiti-Schmierereien in Osterrönfeld

Wie andere Gemeinden hat auch Osterrönfeld ein Graffiti-Problem. Schmierereien an Wänden und Gebäuden machen den Besitzern großen Ärger und tragen keineswegs zur Schönheit des Dorfes bei. Bloße Drohungen und Verbote scheinen nicht die besten Mittel zu sein, das Problem langfristig zu lösen. Vielmehr sollte ein Dialog zwischen allen Beteiligten entstehen! Deshalb will die SPD-Osterrönfeld nun neue Wege bei der Prävention solcher Delikte gehen. Während eines Graffiti-Projektes sollen Osterrönfelder Jugendliche/junge Erwachsene die Möglichkeit bekommen, an fest vorgegebenen Orten Graffitis zu sprühen, die einen Bezug zur Region Osterrönfeld haben. Sie sollen Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen. Durch die aktive Einbindung des Osterrönfelder Jugendzentrums könnten die Jugendlichen/jungen Erwachsenen direkt auf die Graffiti-Problematik angesprochen und sensibilisiert werden.

Der in der Sprayer-Szene geltende Kodex, wonach besprühte Flächen nicht von anderen übersprüht werden, eröffnet zudem die Chance, willkürliche Schmierereien in Zukunft zu verhindern.

Eine öffentliche Abschlussveranstaltung bietet daher die einmalige Möglichkeit, generationenübergreifend das Thema Graffiti-Schmierereien zu diskutieren und gemeinsame Lösungen für das Problem zu finden. Ähnliche Projekte waren im Kreis Rendsburg-Eckernförde bereits erfolgreich.

[Ob der Antrag angenommen wurde, lesen Sie hier...](#)

Dies sind nur kurze Erläuterungen unserer Ideen. Kommen Sie doch zu den öffentlichen Sitzungen der Gemeindepolitik und informieren Sie sich vor Ort. Stellen Sie Fragen und geben Sie Anregungen! Wir würden uns freuen. --

Keine Kommentare

[SPD-Treia](#) - veröffentlicht am 17.05.2009, 19:54 Uhr - 2028 Clicks - Nr. 526

30 Jahre SPD-Ortsverein Treia

Fußballspiel in Treia, Gemeinderat gegen SPDler aus dem Kreis

Bei schönem Wetter haben wir unser 30 jähriges Bestehen mit einem Fußballspiel gefeiert.

Unser Schiedsrichter war Ralf Stegner, er hatte uns gut im Griff, alles spielte nach seiner Pfeife.

In der Halbzeit wurden die Gewinner unseres Rätsels von Ulrike Rodust gezogen. Wolfgang Wodarg war unser Mannschaftsarzt und Fotograf.

Nach dem Spiel ließen sich alle die Grillwurst schmecken.

Für uns war es ein schöner , aber auch anstrengender Tag!

Hanna Hansen 1. Vorsitzende

Keine Kommentare

Ulrike Rodust kommt zu den Ortsvereinen im Amt Süderbrarup

Am 29. Mai 2008 hat sich die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust ein riesen Programm im Amt Süderbrarup vorgenommen, wozu die Ortsvereine des Amtes Süderbrarup unter der Regie von Ralf Wrobel, unserem Kandidaten für den Wahlkreis 6 für die Landtagswahl im Jahr 2010, und die Genossinnen und Genossen ein tolles Prgramm vorgenommen haben.

Ulrike wird zuerst von 15.00 bis 16.00 Uhr mit ihrem Roten Bus auf dem Wochenmarkt in Süderbrarup anwesend sein. Danach trifft Ulrike sich mit den Fischern der Schlei-Region um 17.00 Uhr in Kappeln in der Gaststätte "Stadt Kappeln", um Probleme und Wünsche der Fischer in Europa zu diskutieren.

Abends um 20.00 Uhr laden die Ortsvereine im Amt Süderbrarup ein in die Gaststätte "Callsen" in Ekenis, wo in gemütlicher Runde französisches Baguette und Käse gereicht wird und Ulrike zu europäischen Fragen antworteten wird.

Keine Kommentare

1. Sportabzeichentag in Flensburg

Lothar Hay appelliert an Betriebe: Ehrenamtliche Arbeit der Sportvereine unterstützen

Erscheinungsdatum:
16.05.2009

Innenminister Lothar Hay hat Betriebe in Schleswig-Holstein aufgerufen, sich noch stärker für den Sport zu engagieren. Dies sei ein Zeichen für sozial verantwortungsvolles Unternehmertum, sagte Hay am Samstag (16. Mai) bei der Eröffnung des 1. Flensburger Sportabzeichentages in der Fördestadt.

Viele Frauen und Männer, die ehrenamtlich arbeiteten, könnten diese Unterstützung gut gebrauchen. „Sie leisten wertvolle Arbeit für die gesamte Gesellschaft“, sagte der Minister.

Auch für die Unternehmen zahle sich das Engagement aus. „Der gute Ruf eines Unternehmens entsteht aus einer Kombination von hochwertigen Produkten, ausreichenden Gewinnen und gesellschaftlicher Verantwortung“, sagte Hay. Beim Deutschen Sportabzeichen gehe es nicht nur um höher, schneller und weiter, sondern auch darum, welches Unternehmen, welche Schule und welcher Verein die meisten Menschen motiviere, sich sportlich zu betätigen.

Der Sportverband Flensburg hat den Sportabzeichentag organisiert und alle Flensburger Schulen, Vereine und Betriebe aufgerufen, bei den einzelnen sportlichen Prüfungen mitzumachen. Innenminister Lothar Hay als Schirmherr der Veranstaltung würdigte den Mut der ehrenamtlichen Initiatoren. „In einer Zeit, in der immer mehr Menschen viele Stunden vor dem Fernseher oder dem Computer verbringen, ist es eine Herausforderung und ein Wagnis, einen solchen Wettbewerb ins Leben zu rufen“, sagte der Minister.

Das Deutsche Sportabzeichen wurde am 1. September 1913 zum ersten Mal verliehen. Man kann es individuell für sich ablegen, in der Gruppe oder im sportlichen Wettkampf gegeneinander. Nach Angaben des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) versuchen rund zwei Millionen Menschen aus allen Generationen jedes Jahr die Bedingungen für das

Deutsche Sportabzeichen zu erfüllen. Fast eine Million Sportler legen es Jahr für Jahr ab.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 17.05.2009, 22:29 Uhr - 4300 Clicks - Nr. 529

3. Schleswig-Holsteiner Stiftungstag

Lothar Hay ruft zur Gründung von Bürgerstiftungen auf

Erscheinungsdatum:

16.05.2009

Innenminister Lothar Hay hat zur Gründung von Bürgerstiftungen aufgerufen.

„Bürgerstiftungen sind ein Beispiel für ein modernes Ehrenamt“, sagte Hay auf dem 3. Schleswig-Holsteiner Stiftungstag am Samstag (16. Mai) in Kiel. In Schleswig-Holstein gibt es derzeit 14 Bürgerstiftungen mit einem Kapital von insgesamt rund zwei Millionen Euro.

„Bürgerstiftungen leben vom persönlichen Einsatz“, sagte Hay. Man brauche kein größeres Vermögen, um in einer Bürgerstiftung mitzuwirken. Bürgerstiftungen seien ein geeignetes Forum, auf dem viele Menschen mit dem Willen zum ehrenamtlichen Engagement gemeinsam mit Gleichgesinnten in ihrer Region für das Gemeinwohl arbeiten könnten.

Bürgerstiftungen gehören zu den ältesten Organisationsformen bürgerschaftlichen Engagements. Die Bürgerstiftungsidee reicht weit zurück. Schon im Mittelalter waren es nicht allein einzelne Reiche, die mit einer Stiftung das Gemeinwohl fördern wollten. So taten sich zum Beispiel in Lübeck gegen Ende des 13. Jahrhunderts einige Kaufleute zusammen, um das Heiligen-Geist-Hospital zu errichten.

Bürgerstiftungen sind rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts. Für sie bestehen keine besonderen Anerkennungsvoraussetzungen, sie erlangen – wie alle übrigen rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts – ihre Rechtsfähigkeit durch staatliche Anerkennung. Anders als herkömmliche bürgerlich-rechtliche Stiftungen, die von einem oder wenigen Stiftern gemeinsam errichtet werden, werden Bürgerstiftungen oftmals von vielen einzelnen Personen oder von juristischen Personen wie Vereinen, Firmen oder Gemeinden geschaffen.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

NaturFreunde laden zur Bille-Wanderung ein

Für Sonnabend, den 23. Mai laden die Ahrensburger NaturFreunde zu einer Wanderung an der Bille von Grande nach Aumühle ein. Treffpunkt am 10 Uhr am Ahrensburger S-Bahnhof oder um 10.30 Uhr an der Grander Mühle.

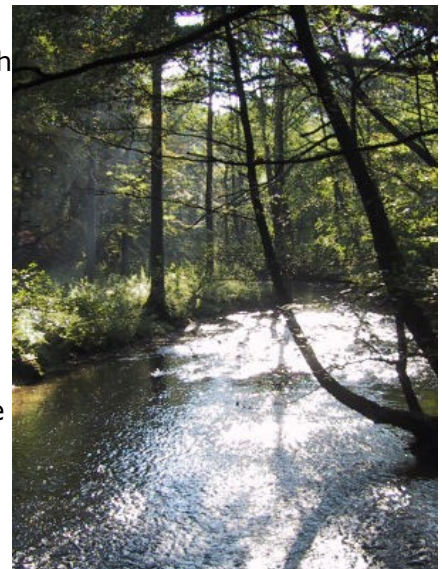
Die NaturFreunde wollen die Gelegenheit nutzen, um der SPD-Bundestagskandidatin Gesa Tralau die Naturschönheiten in ihrem künftigen Wahlkreis ans Herz zu legen.

Die Wanderung geht über ca. 12 Kilometer. In Aumühle kann eingekehrt werden. Für Transfer zurück zu den Autos in Grande wird gesorgt. Wanderlustige aus den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg sind herzlich dazu eingeladen.

Die Bille ist einer der wenigen naturbelassenen Flüsse in Norddeutschland. Ihr Tal entstand durch abfließende Schmelzwässer während der letzten Eiszeit. Die Ahrensburger und Stormarner NaturFreunde haben die biologischen Besonderheiten des Flusses in ihrer Broschüre "Wandern auf den Spuren der Eiszeit" beschrieben, in der sie insgesamt sieben Natura-Trails in Stormarn dokumentiert haben. Natura-Trails sind Wander- und Radwege durch die von der Europäischen Union anerkannten und geschützten Natura-2000-Gebiete. Die EU will mit diesen Gebieten das europäische Naturerbe sichern.

Anmeldungen bitte unter 04102-42574 oder kuhlwein(a)naturfreunde.de

Keine Kommentare



Heute in Flensburg: POLITIK ANSCHAULICH

Internationaler Menschenhandel, moderner Sklavenhandel, Sex-Sklaverei und Zwangsprostitution sind leider immernoch aktuelle Themen und gehören zu den schrecklichsten Verbrechen überhaupt. Im Rahmen der Reihe "Politischer Filmabende" mit MdB Wolfgang Wodarg wird deshalb heute der Film "Trade - Willkommen in Amerika" gezeigt. Dr. Wodarg wird den Film gemeinsam mit den ZuschauerInnen ansehen und steht danach für Diskussionen zur Verfügung.

Filmbeschreibung:

Der Film beginnt in Mexiko-Stadt. Dort wird die 13-jährige Adriana, die mit ihren Geschwistern und ihrer Mutter in den Slums lebt, auf offener Straße von Menschenhändlern entführt. Sie soll mit einigen anderen Kindern aus Mexiko sowie einem kleinen thailändischen Jungen und einer polnischen Frau illegal in die Vereinigten Staaten geschmuggelt werden und dort als Sex-Sklavin verkauft werden.

Als sie verschleppt wird, macht sich ihr älterer Bruder Jorge sogleich auf die Suche nach ihr.



Auf seinem Weg von Mexiko in die Vereinigten Staaten lernt er den texanischen Versicherungspolizisten Ray kennen, der für ihn nicht nur zu einem Verbündeten, sondern immer mehr auch zu einem Freund wird. Gemeinsam versuchen sie, Adriana aus den Fängen der skrupellosen Händler zu befreien. Doch dafür begeben sie sich selbst in große Gefahr.

Regie: Marco Kreuzpaintner

Darsteller: Alicja Bachleda, Cesar Ramos, Kevin Kline, Paulina Gaitan, Marco Perez

Laufzeit: 120 Minuten

Land: USA / 2007

Genre: Drama

FSK: ab 16

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 19.05.2009, 10:18 Uhr - 2417 Clicks - Nr. 532

Sportanlagen und freie Kultureinrichtungen nicht vernachlässigen!

Bei der Umsetzung des Konjunkturprogramms sollen Sportanlagen, die Einrichtungen der freien Kultur und die städtischen Museen gleichermaßen Nutznießer sein.

Dies ist, so befürchtet die SPD, nicht der Fall, wenn entsprechend dem Verwaltungsvorschlag verfahren wird. Es geht in der Diskussion um die Frage, welche Maßnahmen beim Konjunkturprogramm im Investitionsschwerpunkt Städtebau durchgeführt werden sollen.



Die Verwaltung hat in ihrer Prioritätenliste Sanierungsarbeiten auf dem Museumsberg als Top-Projekte vorgeschlagen. Sie stehen mit einem Investitionsaufwand von 1,95 Millionen Euro an der Spitze der Maßnahmenliste. „Dann bleibt für den Sport und für die freien Kultureinrichtungen zu wenig nach“, meint der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. „Wenn insgesamt für den Bereich außerhalb von Städtebauförderungsgebieten nur gut 2 Millionen Euro zur Verfügung stehen, kann von den weiteren wichtigen Maßnahmen allenfalls noch eine im Rahmen des Konjunkturprogramms durchgeführt werden“, rechnet Trost vor.

Die SPD verweist auf die lange Liste weiterer Vorschläge: „Es gibt eine Reihe von unverzichtbaren Maßnahmen bei den Sportanlagen und im Bereich der freien Kultur. Für die Sportanlage Schützenhof könnten längst überfällige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden, für die 300.000 Euro veranschlagt sind. Der gleiche Betrag würde laut Verwaltung für den Sportplatz Westerallee benötigt. Die Erneuerung der Flutlichtanlage und die Sanierung der Laufbahn im Stadion würde 100.000 Euro kosten. Für die Anlagen des ETSV Weiche wären 200.000 Euro erforderlich. Und im Bereich der Kultureinrichtungen könnten beispielsweise das Hinterhaus und der Backstage-Bereich der Pilkentafel für 243.000 Euro saniert werden.“

Die SPD schlägt vor, die Mittel breiter zu streuen und nicht nur für wenige Großprojekte zu verwenden. „Auch wir wollen die längst überfälligen Sanierungsmaßnahmen im Sauermannhaus und Christiansenhaus. So muss das Konjunkturprogramm genutzt werden,

endlich den Fahrstuhl für das Christiansenhaus zu bauen und so einen barrierefreien Zugang zu schaffen", meint Helmut Trost. Diese Maßnahme kann ihrer Auffassung nach schnell umgesetzt werden. Für die unbestritten notwendigen energetischen Sanierungen auf dem Museumsberg müssen die erforderlichen Mittel dann im Rahmen der Investitionsplanung für die Kommunalen Immobilien bereit gestellt werden.

Für Maßnahmen innerhalb von Städtebauförderungsgebieten gibt es eine gesonderte Liste. Dort sind an erster Stelle die Erweiterung des Skater-Parks und die Verlegung der Werftstraße vorgesehen.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 19.05.2009, 16:44 Uhr - 8272 Clicks - Nr. 533

Konjunkturprogramme weiter umsetzen

Zu den regionalisierten Ergebnissen der Steuerschätzung erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen:

Im Lichte der dramatischen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise überraschen die Ergebnisse der Steuerschätzung nicht. Wir müssen uns sorgfältig mit den Ursachen und Auswirkungen dieser Krise beschäftigen. Dabei wird es um sehr grundlegende Veränderungen der globalen Systeme gehen.

Gerade in dieser Situation ist die Politik gefordert, durch Konjunkturprogramme die konjunkturelle Entwicklung zu stützen, um Arbeitsplätze in der Region und das Überleben von Betrieben zu sichern.

Wir setzen uns dafür ein, dass dies jetzt nicht konterkariert wird. Wir bitten die Kommunen an den Investitionsvorhaben festzuhalten, obwohl auch diese mit den geringeren Steuereinnahmen zu kämpfen haben werden.

Eines aber ist glasklar. Heute geht es um einen handlungsfähigen Staat. Dies ist nicht die Zeit für Steuersenkungen und milliardenschwere aber ungedeckte Wahlversprechen.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 19.05.2009, 22:25 Uhr - 6181 Clicks - Nr. 534

Ralf Wrobel als Landtagskandidat gewählt!

Mit überzeugender Mehrheit hat die SPD-Wahlkreisversammlung Ralf Wrobel zum Kandidaten für den Wahlkreis 6 gewählt. Der 47-jährige Wrobel hat sich damit parteiintern gegen seinen Herausforderer Jörg Joosten durchgesetzt.

Zu Beginn der Wahlkreisversammlung dankte der SPD-Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus der bisherigen Abgeordneten Anna Schlosser-Keichel, die viele Jahre den Wahlkreis in Kiel vertreten hatte. Schlosser-Keichel war nicht erneut für eine Kandidatur angetreten, so dass die SPD-Mitglieder den Wahlkreis neu



besetzen mussten.

In seiner Vorstellungsrede betonte Ralf Wrobel besonders seine bisherige Einbindung in die Arbeit der Partei und der Gewerkschaft. Als Gesamtpersonalratsvorsitzender und stellvertretender Hauptpersonalratsvorsitzender im Kieler Wirtschaftsministerium sei er bereits heute mit der Arbeit der Kieler Regierung vertraut. Seine Schwerpunkte sieht der Familienvater von zwei Kindern besonders in den Bereichen Familie, Bildung und Arbeitsmarkt. Hier sprach er sich für die Einführung von drei beitragsfreien Kindergartenjahren aus. Weiter betonte Wrobel, dass er für eine Verbesserung der Tariftreue bei Landesaufträgen in Schleswig-Holstein eintreten werde. In diesem Zusammenhang sprach er sich auch dafür aus, dass nur noch solche Firmen Landesaufträge bekommen sollten, die auch jungen Menschen die Möglichkeit der beruflichen Ausbildung geben. Im kommunalen Bereich sprach sich Wrobel für eine Direktwahl der Amtsausschüsse aus.

Im bevorstehenden Wahlkampf will Wrobel besonders die Ortsvereine einbinden. „Der Wahlkreis lässt sich nicht allein, sondern nur mit Euch gewinnen!“, rief er den Mitgliedern zu. Zu möglichen Koalitionen nach einer Wahl meinte Wrobel dass Schleswig-Holstein eine Linkspartei nicht brauche, da die SPD die einzige linke Volkspartei sei. Ziel sei es daher, eine stabile Mehrheit für die SPD zu erreichen. Wenn die Regierungsübernahme nur in einer Koalition möglich sei, müsse man die auf Kreis- und Landesebene mit den Mitgliedern diskutieren und möglichst viel sozialdemokratische Politik umsetzen.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 19.05.2009, 22:31 Uhr - 6524 Clicks - Nr. 535

Birte Pauls setzt sich als Landtagskandidatin für den Wahlkreis 7 durch

Spannendes Duell um die Nachfolge von Holger Astrup

Birte Pauls hat es geschafft. In einer spannenden Wahl hat sie Kandidatur für den Landtagswahlkreis 7 für sich entscheiden können. Mit 91 von 163 Stimmen setzte sie sich gegen ihre Mitbewerberin Imke Röhl durch, auf die 67 Stimmen entfielen. Damit hat sie gute Chancen bei der Wahl 2010 die Nachfolge des derzeitigen Landtagsabgeordneten Holger Astrup anzutreten.

Zu Beginn der Versammlung bedankte sich der Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus bei Astrup. „Du bist nicht immer bequem gewesen, doch immer effektiv.“ Insbesondere die landjährige Erfahrung von Astrup waren für den Wahlkreis und den gesamten Kreisverband von großem Vorteil, so Peddinghaus

Vor der Wahl nutzten dann die beiden Kandidatinnen, um noch einmal ihre Positionen deutlich zu machen. Dabei betonte Birte Pauls besonders ihr soziales Engagement und ihre parteipolitische Einbindung. Bei der Bewältigung der Aufgaben einer Landtagsabgeordneten, so Pauls werde ihr auch ihre elfjährige kommunalpolitische Erfahrung helfen. Pauls identifizierte sich besonders mit dem Motto des ehemaligen Landesvorsitzenden Claus Möller und bezeichnete sich selber als „links, dickschädelig und frei“. Einen besonderen Augenmerk will Pauls auf die Kommunikation mit ihren Wählern legen und auch unbequeme Entscheidungen



transparent machen.

Mitbewerberin Imke Röhl, die innerhalb kurzer Zeit ihren Bekanntheitsgrad im Kreis deutlich erhöhen konnte, verwies auf ihren persönlichen Werdegang und der Tatsache, dass sie einen Bildungssaufstieg geschafft habe, der nur durch eine sozialdemokratische Bildungspolitik ermöglicht werden konnte. Auch ihr langjähriges Engagement in verschiedenen Gremien der Partei lag Röhl besonders am Herzen. Seit 22 Jahren ist die Mitglied. „Die SPD ist mein politisches Zuhause“, sagte sie.

Der sachlichen Diskussion folgte der Wahlgang, den Birte Pauls dann klar für sich entscheiden konnte. Freudestrahlend und sichtlich erleichtert nahm sie anschließend die Glückwünsche entgegen. Nach der Freude blickte Pauls aber schon wieder nach Vorne. Zunächst gelte es die Europawahl, dann im Herbst die Bundestagswahl zu bestehen, um dann eine gute Voraussetzung für die Landtagswahl am 09. Mai 2010 zu schaffen. Die vor ihr liegenden Monate will Pauls nutzen sich im Wahlkreis bekannt zu machen, die bevorstehende Wahlkämpfe boten aus ihrer Sicht dafür ausreichend Gelegenheit!

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 19.05.2009, 22:35 Uhr - 4547 Clicks - Nr. 536

4,2 Millionen Euro für Investitionen in Rendsburg

Lothar Hay: Öffentliche Investitionen dürfen nicht zum Erliegen kommen

Erscheinungsdatum:

19.05.2009

Die Stadt Rendsburg erhält rund 4,2 Millionen Euro an zinsgünstigen Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds. Innenminister Lothar Hay übergab insgesamt fünf Bewilligungsbescheide am Dienstag (19. Mai) in Rendsburg an Bürgermeister Andreas Breitner.

Das Geld steht für Investitionen in wichtige Projekte der städtischen Infrastruktur zur Verfügung. „Der Kommunale Investitionsfonds ist seit über 40 Jahren ein bewährtes Finanzierungsinstrument“, sagte der Minister. Gerade in der derzeitigen Wirtschaftskrise sei es besonders wichtig, dass öffentliche Investitionen nicht zum Erliegen kommen.

Die lange Laufzeit der Darlehen über 20 Jahre und der niedrige Zinssatz von derzeit 3,25 Prozent jährlich machten den Fonds besonders attraktiv. Bis 2010 gebe es zusätzlich jährliche Zinszuschüsse von zwei Prozent aus dem Schleswig-Holstein-Fonds, beispielsweise für den Schulbau, die Sanierung kommunaler Sportstätten sowie den kommunalen Straßenbau und die IT-Infrastruktur an Schulen. Seit dem vergangenen Jahr werden auch andere Investitionen in den Neubau und die Modernisierung kommunaler Einrichtungen mit einem Zinszuschuss aus dem Schleswig-Holstein-Fonds unterstützt, sofern sie nach den Richtlinien des Kommunalen Investitionsfonds gefördert werden können.

Für den Ausbau des Dachgeschosses mit vier Unterrichtsräumen im Helene-Lange-Gymnasium werden 250.000 Euro zur Verfügung gestellt. Für Investitionen in den Brandschutz stellt der Fonds ein Darlehen über rund 199.000 Euro zur Verfügung. 90.000 Euro gibt es für den Umbau von Räumen der ehemaligen Claus-Siljacks-Schule in Klassenräume der Gemeinschaftsschule Rendsburg. Der Neubau einer Sporthalle an der Gemeinschaftsschule Rotenhof wird mit rund 1,4 Millionen Euro gefördert. Der Kommunale Investitionsfonds unterstützt den Neubau

zusätzlicher naturwissenschaftlicher Fachräume am Gymnasium Kronwerk mit rund 2,3 Millionen Euro.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 20.05.2009, 00:53 Uhr - 3874 Clicks - Nr. 537

SPD Norderstedt: Kein Geld für ein Restaurant im Stadtpark!

Die Norderstedter SPD hat auf ihrer Mitgliederversammlung am 18.05.2009 nach ausführlicher, und sehr kontroverser Diskussion klar Position gegen ein mit öffentlichen Geldern subventioniertes Restaurant im Stadtpark bezogen.

Wie oft bei solchen Projekten, habe die Geschäftsführung der Stadtpark GmbH "aus politischem Kalkül die Folgekosten zu niedrig angesetzt und Risiken ausgeblendet", sagt der Vorsitzende der örtlichen Sozialdemokraten, Heiner Köncke. "Und am Ende soll wieder einmal der Steuerzahler alles ausbaden."

„Es ist einfach nicht einzusehen, warum die Stadt Norderstedt über einen ihrer Eigenbetriebe dem möglichen, privaten Betreiber eines Restaurants dort das Geld säckeweise hinterherwerfen soll. 3 Millionen Euro für einen städtischen Restaurant-Bau setzen den Kosten für den Ausbau des Stadtparkes wirklich die Krone auf!“

Die SPD hat damit den bisherigen Konsens beim Ausbau des Stadtpark-Geländes aufgekündigt.

"Der Oberbürgermeister hat immer erklärt, dass das Projekt Gartenschau/Stadtpark nicht teurer wird als 12,5 Millionen Euro", betont Köncke.

"Wir werden keine zusätzlichen Mittel mehr bewilligen." Darauf habe man sich in der Mitgliederversammlung mit deutlicher Mehrheit geeinigt. Von dieser Haltung unberührt ist der private Aufbau und Betrieb von Gastro-Angeboten während der Landesgartenschau, aber auch für einen vernünftig dimensionierten Restaurantbetrieb im Stadtpark ist die SPD offen.

"Vor dem Hintergrund des bisherigen Projektverlaufes ist es mehr als fraglich, ob es bei der vorgelegten Kostenkalkulation bleiben wird. Angesichts einer derart undurchsichtigen und nach wie vor beunruhigenden Sachlage sollten die Fraktionen der Stadtvertretung ihr Verhältnis zu diesem Bauprojekt dringend neu bestimmen, bevor sie es in die nächste möglicherweise katastrophale Etappe durchwinken. 220.000 EUR p.a. will der Betreiber über ca. 13 Jahre zurückzahlen. Entweder Kosten und Tilgung des Kredites oder Pacht, aber nicht Beides, das Angebot hätten andere Interessierte sicher auch gern", erklärt Köncke.

Zu Beginn habe man für alle Investitionen, wie das Naturbad und die Wasserskianlage vollmundig private Geldgeber angekündigt. Im Verlauf der Verhandlungen zeigte sich, was nach mehr als 2 Jahren Planung der Stadtpark GmbH übrig blieb: Eine Farce - Naturbad weg, nur noch eine Badestelle für Erwachsene, die Wasserskianlage scheiterte an massiven Bürgerprotesten und der Tatsache, dass sich kein Investor fand und jetzt sollen die Stadtwerke erneut als Bauherr für ein Restaurant in die Bresche springen. Das gehört dann mal eben so nicht zum Finanzvolumen der Landesgartenschau.

„Die ganze Geschichte vom vermeintlichen Festpreis ist eine politische Bankrotterklärung der verantwortlichen Geschäftsführer.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen für das Symbol der "wachsenden Stadt" in einer tiefen und zur Zeit ohne Ende abzusehenden Wirtschaftskrise einen unakzeptablen Preis mit ihren Steuergeldern zahlen. Und dieser Preis kann nach oben hin sehr flexibel sein."

Nach Einblick in die sehr hübsch aufgemachte Konzeption und Kalkulation des möglichen Betreibers, die in der Zwischenzeit im Rahmen einer Präsentation ausgewählten Fraktionen zugänglich gemacht wurde (erst auf dringende Nachfrage der SPD auch schriftlich), verfestigte sich allerdings auch der Eindruck, dass die darin verankerten Vereinbarungen eindeutig zu Gunsten des privaten Partners, Herrn Steinbach, auslegbar seien.

„Nicht nur in der Norderstedter Gastronomie-Szene, sondern erst Recht in der Bevölkerung würde es mit Recht einen Aufschrei geben, wenn der Wettbewerb durch die Politik dank Steuermitteln der Bürgerinnen und Bürger verzerrt wird.

OB Grote hat selbst öffentlich darauf hingewiesen, dass ein derartiges Projekt für die LGS nicht nötig ist - zumal die separaten Gastroplanungen für die Gartenschau schon längst laufen. Dass andere Projekte vor dem Hintergrund der in Millionenhöhe einbrechenden Gewerbesteuererinnahmen, wie der Ausbau der Kinderbetreuung und der Umbau unserer Schulen nicht mehr finanziert werden können, wohl aber ein völlig überdimensionierter Gastro-Bau im Stadtpark, das ist ja wohl niemandem ernsthaft zu vermitteln. Wir sind nun einmal nicht Hamburg, Berlin, München, oder irgend eine andere Großstadt. Es gibt nun einmal lokale Verhaltensweisen zu berücksichtigen und ich glaube nicht, das dort nach der Gartenschau täglich, d.h. an jedem Kalendertag, bei Sonne, Regen, Schnee, mehr als 300 Gäste auflaufen und das über mehr als 13 Jahre.

Aber mit der neuen, fragwürdigen Mehrheit in der Stadtvertretung wird das natürlich abgenickt", so Heiner Köncke abschließend.

Kommentar von [Erich Wegener](#) vom 27.05.2009, 11:23 Uhr:

RE: SPD Norderstedt: Kein Geld für ein Restaurant im Stadtpa

Haben die Herren im Rathaus eigentlich keine anderen Sorgen als so einen Scheiß zu planen? Wirtschaftskrise? - Aber doch nicht bei uns in Norderdorf! Früher gab's mal sog. HO-Gaststätten, die waren auch staatlich. Vielleicht werden die Gäste dann ja von Herrn Ober(bürgermeister) persönlich "platziert".

Kommentar von [Burkhard Drieschner](#) vom 21.05.2009, 19:32 Uhr:

RE: SPD Norderstedt: Kein Geld für ein Restaurant im Stadtpa

Besser spät als nie kommt diese Ablehnung! Doch dank der Idiotie von CDU und FDP wird der

Gastro-Tempel wohl Realität werden. Vielleicht lassen sich die Mehrheitsverhältnisse noch einmal umdrehen - uns Steuerzahlern wäre es jedenfalls zu wünschen.

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 20.05.2009, 14:48 Uhr - 6900 Clicks - Nr. 538

Engagierte EuropäerInnen im Berufsbildungszentrum (BBZ) Schleswig

In der überfüllten Pausenhalle des BBZ-Schleswig hatten sich etwa 180 Schülerinnen und Schüler versammelt, um mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg über die "Vereinigten Staaten von Europa", den Weg dorthin und über Sinn und Bedingungen dieser gut 60 Jahre alten Vision zu diskutieren.



Eigentlich waren es die anstehenden Europawahlen, welche die SchülerInnen fragen ließ: "Was bringt uns das eigentlich, wenn wir zur Wahl gehen?"

Wodarg, der im Bundestag in zwei Ausschüssen EU- Berichterstatter ist und in Straßburg als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates der Fraktion der deutschen Sozialdemokraten vorsteht, hatte reichlich Argumente zu bieten.

Es wurde dadurch auch erheblich konkreter und grundsätzlicher diskutiert: "Das Europa hat als ein Europa der Konzerne begonnen und ist weitgehend durch deren Einflussnahme geprägt worden," stellte Wodarg fest und wies darauf hin, dass der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr bisher erste Priorität in der EU hatte, dass es aber nicht zuletzt durch die Diskussion über eine europäische "Verfassung", die jetzt zum Vertrag von Lissabon zurechtgestutzt worden ist, dazu gekommen sei, dass auch die menschenrechtlichen, kulturellen und die sozialen Probleme unseres Kontinentes mehr in das Zentrum des politischen Interesses gerückt seien.

Weshalb es denn für die Europäer so wichtig sei, zur Wahl zu gehen, wenn doch alles nur einigen wenigen Energie-, Lebensmittel-, Entsorgungs- oder Autokonzernen zugute komme und die Löhne immer mehr unter Dumping-Druck kämen, wollten die SchülerInnen wissen. "Damit das endlich anders wird und wir ein starkes europäisches Parlament bekommen, welches für kulturelle und wirtschaftliche Vielfalt, wettbewerbsfähige Bildungsangebote, mehr Mitbestimmung der einfachen Menschen, der Kleinbetriebe und des breiten Volkes insgesamt kämpft," war die optimistische Antwort Wodargs.

Er zeigte an Beispielen, dass bisher der Zugang zu den Schaltzentralen europäischer Macht hauptsächlich den Regierungen und der in ihrem Auftrag tätigen EU-Kommission vorbehalten war. Sollte der Vertrag von Lissabon Ende des Jahres endlich zum Tragen kommen, wäre Europa demokratischer geworden, denn die neu gewählten Abgeordneten hätten erheblich mehr Möglichkeiten unser Zusammenleben in Europa zu gestalten.

"Wer sich nicht um Europa kümmert, darf sich nicht wundern, wenn es andere tun, die genau wissen, wie sie dessen Möglichkeiten für sich nutzen können," mahnte Wodarg. Angesichts der schnell wachsenden Konkurrenz mit anderen Weltregionen gäbe es gar keine Alternative zu einem möglichst schnellen Zusammenwachsen der Staaten Europas, meinte Wodarg. "Schon solche ökologisch notwendigen Projekte, wie die großflächige Nutzbarmachung der

Sonnenenergie, welche im Mittelmeerraum im Überfluss und dauerhaft vorhanden sei, könne kaum in nationalen Alleingängen verwirklicht werden.

Die Fragen kamen ohne Pause und mündeten in eine Diskussion, die vielen Beteiligten die Möglichkeit bot, jetzt doch ein wenig besser zu wissen, weshalb es **wichtig** ist, **am 7. Juni zur Europawahl zu gehen**.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 20.05.2009, 16:26 Uhr - 55155 Clicks - Nr. 539

Ralf Stegner gratuliert Uli Wachholtz

Der Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion und Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner, hat dem neuen Vorsitzenden der Unternehmensverbände Nord (UV-Nord), Uli Wachholtz, nach seiner Wahl zu seiner neuen Aufgabe gratuliert.

„Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam mit Arbeitnehmern und Arbeitgebern einen Weg durch diese Krise finden, der so wenig Arbeitsplätze wie möglich kostet und der zu einer nachhaltigen Entwicklung unseres Landes führt. Eine Lehre aus der Krise ist, dass wir ein Schleswig-Holstein brauchen, in dem Menschen von ihrer Arbeit leben können, Unternehmen eine langfristige zukunftsste Perspektive verfolgen und eine effektive Regierung und Verwaltung haben, die beides befördert. Herr Wachholtz wird dafür ein wichtiger Partner sein.“

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 20.05.2009, 16:50 Uhr - 3669 Clicks - Nr. 540

SPD-Initiative zum Konjunkturprogramm erfolgreich

Maßnahmen für das Christiansenhaus, den Sport und freie Kultureinrichtungen sollen vorrangig durchgeführt werden

Jetzt haben auch der Sport und die freien Kultureinrichtungen eine Chance, von der Umsetzung des Konjunkturprogrammes in Flensburg zu profitieren. Einstimmig folgte der Hauptausschuss am Dienstag einer entsprechenden Initiative des SPD-Vorsitzenden Helmut Trost.

Die SPD hatte ausgerechnet, dass bei der Umsetzung des Verwaltungsvorschlages geplante Sanierungsmaßnahmen bei den Sportanlagen oder beispielsweise beim freien Theater Pölkentafel fast keine Realisierungsmöglichkeit gehabt hätten. „Wir wollen aber“, so Trost, „dass Sportanlagen, die freie Kultur und der Museumsberg gleichermaßen Nutznießer des Konjunkturprogrammes sind.“ Darum schlug er vor, die Mittel breiter zu streuen und nicht nur für wenige Großprojekte zu verwenden.

An der Spitze der Prioritätenliste steht seit Dienstag der seit Jahren vergeblich geforderte Aufzug für das Christiansenhaus. Bisher sind die fünf Ebenen des Gebäudes nur über das Treppenhaus, also nicht barrierefrei erreichbar. Der Aufzug ist als außerhalb des Gebäudes liegende gläserne Konstruktion konzipiert. Es folgen eine Reihe von unverzichtbaren Maßnahmen bei den Sportanlagen und bei Kultureinrichtungen. Bei der Sportanlage

Schützenhof, die jetzt an zweiter Stelle der Liste steht, sollen für 300.000 Euro längst überfällige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden. Der gleiche Betrag wird für den Sportplatz Westerallee benötigt. Es folgt eine Maßnahme im Bereich Kultur: Das Hinterhaus und der Backstagebereich der Pilkentafel sollen für 243.000 Euro saniert werden.

Weiter geht es mit Maßnahmen für den Sport: Auf dem Eckener Sportplatz sind für 90.000 Euro die Erneuerung der Flutlichtanlage und ein barrierefreier Weg vom Parkplatz bis zum Eingangsbereich vorgesehen. Im Stadion sollen die Erneuerung der Flutlichtanlage und die Sanierung der Laufbahn 100.000 Euro kosten. Für die Anlagen des ETSV Weiche sind 200.000 Euro erforderlich, außerdem finden sich in der Liste neue Maßnahmen für die Kulturwerkstatt Kühlhaus .

Für Maßnahmen innerhalb von Städtebauförderungsgebieten gibt es eine gesonderte Liste. Dort sind an erster Stelle die Erweiterung des Skater-Parks und die Verlegung der Werftstraße vorgesehen, was vom Hauptausschuss mitgetragen wurde.

Die Prioritätenlisten gehen jetzt an das Innenministerium in Kiel. Eine endgültige Aussage über die Höhe der Flensburg zugewiesenen Mittel liegt noch nicht vor. Nach den Erfahrungen mit bisherigen Förderprogrammen werden nicht alle ermittelten Kosten in vollem Umfang anerkannt. „Sicher werden nicht alle Flensburger Wünsche in Erfüllung gehen“, so die SPD: Doch wir haben mit der neuen Liste die Voraussetzungen dafür geschaffen, möglichst viele Bereiche mit Maßnahmen zu berücksichtigen, die Arbeitsplätze vor Ort sichern.“

Keine Kommentare

[SPD-Niebüll](#) - veröffentlicht am 20.05.2009, 18:31 Uhr - 3109 Clicks - Nr. 541

CO2-Einlagerung verhindern

Ein klares Nein kommt von den Niebüller Sozialdemokraten zu der von der RWE geplanten Einlagerung von Kohlendioxid im nördlichen Schleswig-Holstein.

Der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Ralph Hoyer und die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Heidi Bruhn machten klar, dass Nordfriesland sowie andere Regionen Schleswig-Holsteins nicht zum Experimentierfeld großer Energiekonzerne werden dürfen.

Bisherige Erkenntnisse über Einlagerung von CO2 stellten unüberschaubare Risiken dar, die in ihrer Langzeitwirkung nicht abschätzbar seien, so die Niebüller Sozialdemokraten. Als ersten Schritt zur Gegenwehr kündigt die Niebüller SPD einen Antrag zur nächsten Stadtvertretersitzung am kommenden Donnerstag an.



Ralph Hoyer

Keine Kommentare

MdB Sönke Rix zur Steuerdebatte

Als Bundestagsabgeordnete verfügen wir über viele Informationen, viele kluge Menschen arbeiten uns zu, viele kluge Menschen geben uns Ratschläge. Und trotzdem – muss ich zugeben – verliert man manchmal etwas den Überblick.

In der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir im Deutschen Bundestag zwei Konjunkturpakete in Höhe von ca. 80 Milliarden Euro beschlossen. Darin enthalten: Investitionsprogramm für mehr und schnellere Investitionen, Steuer- und Abgabensenkungen für Bürger, Kredit- und Bürgschaftsprogramm für die Unternehmen und Maßnahmen für den Erhalt von Arbeitsplätzen.

Diese Beschlüsse und Zahlen allein können einem schon schlaflose Nächte bereiten. Inzwischen wirkt sich die Krise – nicht unerwartet – auch auf die Steuereinnahmen aus. Laut dem Arbeitskreis Steuerschätzung müssen Bund, Länder und Gemeinden bis 2013 mit ca. 316 Milliarden Euro weniger auskommen.

Das sind gewaltige Summen und ehrlicherweise kann zum jetzigen Zeitpunkt niemand sagen, wie es weitergeht, was uns noch bevorsteht und wann wir wieder hinreichend Wachstum haben werden.

In dieser Situation verspricht die Union den Wählerinnen und Wählern, sie werde nach der Wahl den Haushalt konsolidieren, in Innovationen investieren und die Menschen durch eine Steuerreform entlasten. Jedenfalls verspricht sie es ein bisschen, denn die Liste der Unions-Politiker, die widersprechen, ist lang. Stellvertretend sei hier nur Wolfgang Schäuble zitiert: „Der Spielraum für Steuersenkungen ist außergewöhnlich gering. Niemand kann im Augenblick sagen, ob und wann er gegeben sein wird. Wir sollten den Menschen hier reinen Wein einschenken“.

Das finde ich auch. Und so lange die Union keinen reinen Wein einschenkt, sondern jeder etwas anderes sagt, sollten wir es mit unserem Finanzminister Peer Steinbrück halten: Der nennt die Steuerpläne von CDU/CSU im Deutschlandfunk "völlig waghalsig" und "illusionär".

Die FDP fordert in dieser Situation übrigens eine deutliche Absenkung der Steuerbelastung. Sofort. Als Bedingung für den Eintritt in eine Koalition. Dann regelt sich alles irgendwie von selbst. Sie will in dieser großen Krise „... bei gesteigertem Investitionsvolumen die Staatsquote möglichst niedrig zu halten, damit sich ein konjunktureller Aufschwung durch die Kraft des Privatsektors und die Freisetzung der Marktkräfte entfalten kann“.

Solche Steuerkonzepte waren in den 80er Jahren in Mode. Es war die Zeit, als man glaubte, dass niedrigere Steuersätze zu höheren Steuereinnahmen und größerer Wirtschaftsleistung führen. Diese Art der Wirtschaftspolitik trug den Namen Reaganomics. Manche bevorzugten die Bezeichnung Voodoo Economics.

Wenn ich eines aus der aktuellen Krise gelernt habe, dann ist das ganz bestimmt nicht: Der Markt wird's schon richten.

Keine Kommentare

Wir dürfen nicht Versuchskaninchen für eine sinnlose und gefährliche Technologie

„Ich setze mich deutlich dafür ein, dass unser Land nicht durch CO₂ verseucht wird!“ sagt SPD-Bundestagskandidat Hanno Fecke.

„Es ist nicht mehr hinzunehmen, dass es den Energieversorgern wieder gelingt, ihre selbstverschuldeten Probleme auf Kosten der Bevölkerung und zu Lasten aller nachfolgenden Generationen lösen zu wollen. Schon bei der Atomenergie hat die Lobby der Energiekonzerne uns mit dem Endlagerungsproblem alleine gelassen und uns das Tragen des Risikos aufgebürdet.

Mit der nicht erprobten CCS-Technologie wird wieder mit der gleichen Vehemenz in die falsche Richtung gearbeitet. CO₂ wird damit nicht vermieden sondern einfach nur in der Erde versteckt. Keiner kann heute sagen, wie es sich dort auswirkt, ob und wie es entweichen kann. Fest steht allerdings, dass es in hoher Konzentration beim Einatmen zum Erstickungstod führt. Die Probleme des Klimawandels lösen wir nur nachhaltig mit der generellen Vermeidung des Ausstoßes von CO₂. Die Nutzung der erneuerbaren Energien und eine verstärkte Energieeffizienz sind hier die richtigen Lösungen, die weder unsere Gesundheit bedrohen noch unseren Kindern ungeahnte Risiken aufbürden. Hinzu kommt, dass die Erdschichten und die Tiefe, in denen jetzt CO₂ eingelagert werden soll, zumeist auch genau die Bereiche sind, die für sinnvollere Nutzungen vorgesehen sind. Zum Beispiel für eine Erdwärmenutzung oder auch für eine moderne Energiespeicherung, z.B. für Druckluftspeicherkraftwerke. Diese nun wahrlich zukunftsicheren Nutzungen dürfen durch CCS nicht behindert werden. Ich werde mich nach meiner Wahl im Bundestag deutlich dafür einsetzen, dass wir im Norden Schleswig-Holsteins nicht als Versuchskaninchen für eine sinnlose und gefährliche Technik missbraucht werden.“

Hintergrund:

Die Bundesregierung will die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid voranbringen: Das Kabinett hat am Mittwoch einen Gesetzentwurf zur Nutzung der CCS-Technologie verabschiedet. Besonders im Norden Schleswig-Holsteins sollen sich geeignete Lagerstätten für das Klima schädliche Gas befinden. Schon in diesem Jahr wird hier mit den Bodenuntersuchungen begonnen. Ab 2014 soll CO₂ eingelagert werden.

Kohlendioxid CO₂ entsteht bei der Verbrennung fossiler Stoffe, d.h. von Kohle, Gas und Öl in den Kraftwerken. Durch die Energieproduktion entweichen jährlich rund 36 Mrd. Tonnen CO₂ in die Atmosphäre und sind Hauptverursacher der globalen Erwärmung. Kohlenstoffdioxid absorbiert einen Teil der Wärmestrahlung, während kurzwelligere Strahlung, d.h. der größte Teil der Sonnenstrahlung, passieren kann. Diese Eigenschaft macht Kohlenstoffdioxid zu einem Treibhausgas.

Eine Lösung für dieses Problem sehen die Bundesregierung und die die Kraftwerke betreibenden Energieversorger in der Abspaltung des CO₂ bei der Energieproduktion und in der nachfolgenden unterirdischen Einlagerung des Gases. Diese Technologie wird CCS, Carbon Capture und Storage, genannt. Es gibt weltweit noch keine Erfahrungen mit dieser neuen Technologie.

CO₂ ist ein farb- und geruchsloses Gas. In hohen Konzentrationen ist es sehr gesundheitsschädlich und kann, wenn man es einatmet, zum Erstickungstod führen.

Keine Kommentare

Grußworte des neuen Vorsitzenden des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde der SPD.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und viele andere Menschen in unserem Land wünschen sich eine solidarische Gesellschaft in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Aussage „Politik ist Moral“ kein banaler Spruch, sondern die Verpflichtung den Menschen und dem Gemeinwohl zu dienen.

Diese Moral fordern wir auch in den Führungsebenen der Wirtschafts- und Finanzmärkte.

Wir engagieren uns in der SPD, weil wir glauben, dass nur eine sozial gerechte und solidarische Gesellschaft eine lebenswerte Gesellschaft sein kann.

Gerade die SPD hat in ihrer über 140 Jahren alten Geschichte und Tradition immer wieder bewiesen, dass gerade in schwierigen Zeiten ihre Grundprinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität keine Floskel, sondern Grundbestandteile des ständigen Miteinander sind.

Diese Grundprinzipien haben im 19. und 20. Jahrhundert die Gesellschaft grundlegend verändert. Sie haben den Menschen in diesem Land soziale Absicherung, Gleichberechtigung und Wohlstand in Freiheit und Frieden gebracht. Und diese Grundprinzipien bleiben auch im 21. Jahrhundert die notwendigen Grundbausteine für eine solidarische, sozial gerechte Gesellschaft und damit die Garantie, dass es nie wieder Einfluss der "Rechten" in die Gestaltung unserer Wertegemeinschaft gibt.

Gerade heute sind diese Grundprinzipien für das Miteinander wichtiger denn je. Sie sichern nicht nur die solidarische Gemeinschaft, sondern auch den Fortbestand unserer Demokratie. Denn Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, sondern, wie Solidarität eine politische Lebensform, die es immer wieder neu zu entdecken gilt. Mitmachen und Mitgestalten sind Bestandteile des demokratischen Grundverständnisses. Solidarität die Voraussetzung für gerechtes gesellschaftliches Miteinander.

Die berechtigten Belange der Menschen in diesem Land werden von der SPD ernst genommen. Sie spiegeln sich in dem Wider, wofür wir stehen:

- Barrierefreie Bildung ohne Gebühren von der KiTa bis zum Studium.
- Gute Arbeit, von der man leben kann und mit guten Bedingungen und einem gerechten Lohn.
- Tariftreue und Erhalt des Kündigungsschutzes.
- Ein Gesundheitssystem ohne Zwei-Klassen-Gesellschaft
- Eine moderne Kinder- und Familienpolitik,
- Gesicherte Altersversorgungssysteme.
- Eine konsequente und nachhaltige Energiepolitik ohne Atom.
- Einen handlungsfähigen Staat mit einem Steuersystem, mit dem Gering- und Normalverdienende entlastet werden, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache.
- Kontrollierte, geregelte Wirtschafts- und Finanzmärkte weltweit.



Bei den nächsten Wahlen entscheiden wir nicht nur über die Neubesetzung der Parlamente. Wir entscheiden auch über die künftige Gesellschaftsform in der wir leben wollen. Wir haben die Wahl zwischen einer lobbybestimmten Politik oder einer sozialen gerechten Politik, in der jeder seine gerechte Chance bekommt, in der jeder seine Persönlichkeit in Freiheit und Frieden entfalten kann und in der die schwächeren mit der Solidarität aller rechnen können.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und viele andere Menschen in unserem Land wünschen sich eine solidarische Gesellschaft in Deutschland, in Europa und auf der ganzen Welt.

Mit Ihrer / Eurer Stimme für unsere Kandidaten zur Europa- und Bundestagswahl tragen Sie / trägt Ihr dazu bei, dass wir unserem Wunsch ein gutes Stück näher kommen.

Das Wahlrecht ist kein notwendiges Übel, sondern ein Geschenk, dass nicht allen Menschen auf diesem Globus zugestanden wird. Es ist unsere staatsbürgerliche Pflicht diese Geschenk anzunehmen um so an der Gestaltung unserer demokratischen Gesellschaft teilzuhaben.

Jede Stimme für die Demokratie ist eine Stimme gegen "Rechts".

Ich rufe deshalb alle auf: Nutzen wir unser Wahlrecht und gestalten wir unser Deutschland und unser Europa demokratisch und sozial.

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft und kein modernes "Raubrittertum".

Wir wollen eine demokratische Gesellschaft ohne jegliche Beteiligung der "Rechten".

Horst Deyerling

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 21.05.2009, 20:28 Uhr - 6371 Clicks - Nr. 545

Wieviel Pfund Heringe waren wohl im Netz?

Wie seit 31 Jahren fand auch an diesem Himmelfahrtstag in Kappeln die Heringswette statt. Wer das Gewicht der Heringe im Netz am Heringszaun am genauesten schätzt, wird Heringskönigin oder Heringskönig. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg war dabei und stellt allen, die es noch nicht wissen, die Königsfrage: Wieviel Pfund Heringe waren wohl im Netz? Schätzen Sie mal mit!



Auf dem Seenotrettungskreuzer NIS RANDERS drängten sich die prominenten Heringswetter, die mit einer Wettgebühr von je 75 Euro den Erhalt des einzigen weltweit verbleibenden Heringszaunes finanzieren.

Der Heringszaun ist eine traditionelle, aus in einander verschachtelten Reisigtrichtern gebaute

Fanganlage, an deren Ende ein Netz die dort einschwimmenden Fische einfängt.

Wer das Gewicht des gefüllten Heringsnetzes am genauesten schätzt, gewinnt die Heringswette und wird für ein Jahr Kappeln's Heringskönigin bzw. Heringskönig.

Nach der Wette gab es auch in diesem Jahr wieder launige Reden, Lieder, Blasmusik und Heringshappen bis endlich das neue Königspaar bekannt gegeben wurde: Helga Thureau, und Josef Jankowski wurden die silbernen Königsketten umgelegt, auf denen schon viele berühmte Vorgänger namentlich verewigt sind.

Kappeln feiert die Heringstage von Himmelfahrt bis Sonntag und es gibt ein volles Programm, welches auch im Internet veröffentlicht wurde: www.heringstage-kappeln.de

Auf dem Foto sehen Sie das pralle Heringsnetz. Schätzen Sie doch auch mal (in Pfund!), dann wissen Sie, ob Sie das für Majestäten nötige Augenmaß besitzen!

Lösung [HIER](#).

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 21.05.2009, 22:45 Uhr - 9387 Clicks - Nr. 546

Unterstützung durch Kreisvorsitzende

Angelika Hansen-Siebels beim OV Hochdonn.

Während der Begleitung durch die Kreisvorsitzende auf der Fahrradtour des OV Hochdonn wurden auch aktuelle politische Themen angesprochen.



Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 21.05.2009, 22:48 Uhr - 9601 Clicks - Nr. 547

Unterstützung durch Landtagsabgeordneten

Der Landtagsabgeordnete Detlef Buder informiert den OV Hochdonn.

Während der Fahrradtour des OV Hochdonn informierte der Landtagsabgeordnete Detlef Buder den Ortsverein über aktuelle Themen aus der Landespolitik



Keine Kommentare

Ein Alleingang des Landrates?

Landrat verweigert Auskunft über Vertragsverlängerung mit Geschäftsführer der Regio-Kliniken. Hannes Birke befürchtet Zusammenhang mit dem Verkauf der Kliniken an das Management.

In der letzten Sitzung des Hauptausschusses verweigerte Landrat Dr. Grimme die Auskunft über die vertragliche Situation des Geschäftsführers der Regio-Kliniken Alexander Schlick. Hannes Birke, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, hatte den Landrat nach der noch gültigen Laufzeit des Vertrages des Geschäftsführers gefragt und ob der Vertrag kürzlich verlängert worden sei. Weiter wollte Birke für den Fall einer Vertragsverlängerung wissen, ob dies in Absprache mit dem Aufsichtsrat erfolgt sei.

Zur allgemeinen Verblüffung der Hauptausschussmitglieder verwies der sonst in eigener Sache ausgesprochen auskunftsfreudige Landrat auf den Aufsichtsrat. Nur ihm wolle er diese Frage beantworten.

Für den SPD Fraktionschef ein unerhörter Vorgang, der zu wiederholten Male seinen arrogante und autoritäre Umgang mit unliebsamen Fragestellern deutlich mache. Das der Hauptausschuss, der Gesellschafter des zu 100% in Kreiseigentum befindlichen Unternehmen ist und dieser Funktion selbstverständlich bei zentralen Personalentscheidungen ein Auskunftsrecht habe, ist selbst für juristische Laien unbestritten.

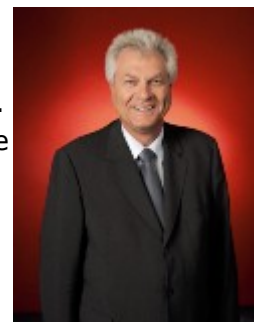
Fähige Mitarbeiter durch eine frühzeitige Vertragsverlängerung weiter an ein Unternehmen zu binden, ist für Birke kein ungewöhnlicher Vorgang und bedarf keines noch dazu rechtlich unhaltbaren Verweises auf Zuständigkeiten.

Der Verdacht liegt für Birke nahe, dass der Landrat als Aufsichtsratsvorsitzender im Alleingang den Vertrag verlängert hat, denn anders sei seine „Aussageverweigerung“ nicht zu verstehen. „Wenn der Landrat nicht sofort für Aufklärung sorgt, entsteht der fatale öffentliche Eindruck, dass die Vertragsverlängerungen in einem unheilvollen Zusammenhang mit den vom Landrat geforderten Verkauf der Kliniken an das Management steht“, befürchtet Birke.

Keine Kommentare

Überragendes Vertrauen für Lothar Hay

Sichtlich bewegt nahm Innenminister Lothar Hay das Wahlergebnis zur Kandidatenaufstellung für den Landtagswahlkreis 5 entgegen. Alle anwesenden Mitglieder stimmten für seine Wiederwahl als Landtagskandidat. „Ich habe auf ein gutes Ergebnis gehofft, doch eine solche Zustimmung hätte ich dann doch nicht erwartet“, so Hay.



Als erster Gratulant sprach der Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus aus, was wohl alle Sitzungsteilnehmer zu diesem einstimmigen Wahlerfolg bewogen hatte. „Der Kreisverband Schleswig-Flensburg ist stolz, gerade Dich als Innenminister in seinen Reihen zu haben“, so Peddinghaus unter dem Beifall der Versammlung.

Den Grundstein für diesen Erfolg legte der Innenminister in seiner Vorstellungsrede. Alle wichtigen Punkte der derzeitigen Landespolitik sprach Hay in einem Streifzug an. Die Delegierten erlebten einen kritischen – teilweise auch selbstkritischen – Minister, der durch sein Detailwissen überzeugte. Selbst das Thema der HSH Nordbank ließ Hay nicht aus. Er warb für Vertrauen in die getroffenen Entscheidungen, ließ aber keinen Zweifel an seiner Kritik über die selbstgemachten Schlagzeilen der Bank. „In einer Situation in der die HSH Nordbank Geld vom Staat benötigt, sind Diskussionen über Ausflugschiffe im Bankbesitz unmöglich“, so Hay. Im Bereich der inneren Sicherheit warb der Innenminister für eine personelle Verstärkung der Polizei. Auch wenn dieses Thema im Hinblick auf die Landesfinanzen nicht einfach werde, dürfe man nicht die Augen vor der Notwendigkeit verschließen. Als Beispiel brachte Hay die zunehmende Belastung durch eine sinkende Gewaltschwelle u.a. bei Fußballspielen in den Regional- und Bezirksligen. Auf die Frage eines Mitgliedes nach der Kommunalreform und der bevorstehenden Entscheidung des Landesverfassungsgerichtes zum Thema Amtsausschüsse stellte der Minister klar, dass für ihn die Ämter lediglich eine Verwaltungsfunktion haben und keine eigenständige Ebene innerhalb der kommunalen Familie darstellen. „Sicher werden wir anderslautende Urteilssprüche umsetzen, auch wenn dies eine zusätzliche Ebene zwischen Gemeinde und Kreis bedeuten würde“, so Hay.

Nach der Wahl rief der Minister seine Mitglieder zu einem engagierten Wahlkampf auf. „Das Ziel ist klar, wir wollen wieder die Regierung in Kiel stellen.“ Gestärkt durch das überzeugende Ergebnis werde er nun zusammen mit den Ortsvereinen den Wahlkampf planen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 22.05.2009, 18:38 Uhr - 4191 Clicks - Nr. 550

Wieder Fleißige Lieschen für Barsbüttel

Gelungene Aktionen soll man wiederholen – das dachten sich Jörg Kiencke, Andrea Johann, Heinrich Dippel und Martin Habersaat von der SPD Barsbüttel und zogen am Himmelfahrtstag los, um die Blumenkübel in Barsbüttels Straßen mit Fleißigen Lieschen zu bepflanzen. Martin Habersaat, SPD-Landtagskandidat, erklärt: „Ein Teil unseres Wahlkampfetats soll auch im Superwahljahr 2009 genutzt werden, um hübscher als mit Plakaten auf die anstehenden Wahlen hinzuweisen.“

Die leuchtend roten Blumen sollen die Barsbüttlerinnen und Barsbüttler daran erinnern, ihr Wahlrecht wahrzunehmen: Am 7. Juni 2009 ist Europawahl, am 27. September 2009 ist Bundestagswahl und schließlich am 9. Mai 2010 die Landtagswahl.



Die SPD bittet alle Anlieger frisch beplanzter Pflanzkübel oder Flächen, bei der Pflege der Pflanzen zu helfen und diese gelegentlich zu gießen – dann blühen Fleißige Lieschen bis in den Herbst hinein.

Bereits im letzten Jahr hatte die SPD Barsbüttel 600 Fleißige Lieschen im ganzen Ort gepflanzt, um nicht mit Plakaten, sondern "hübscher" auf die anstehende Kommunalwahl hinzuweisen.

Bis in den Oktober hinein hatte diese leuchtend rot geblüht und Anwohner wie Spaziergänger erfreut. Jörg Kiencke, Vorsitzender der SPD Barsbüttel, war zufrieden, obwohl oder gerade weil man in diesem Jahr weniger Pflanzen setzen konnte: „2009 war für unsere Blumen weniger Platz als im Vorjahr. Viele Anwohner bepflanzen und pflegen die Blumenkübel in ihren Straßen jetzt selbst. Für dieses Engagement bedanken wir uns.“ Er sei gar nicht böse, wenn sich die SPD in kommenden Jahren neue Aktionen zur Ortsverschönerung ausdenken müsse.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 22.05.2009, 21:11 Uhr - 5119 Clicks - Nr. 551

Plattdeutsch-Schreibwettbewerb „Dat Du mien Stormarn büst“

Ab Anfang Juli sucht das im Herbst 2008 neu gegründete Stormarner Kulturforum der Sozialdemokratie in Kooperation mit dem Zentrum für Niederdeutsch, Ratzeburg, die besten plattdeutschen Geschichten im Rahmen des Schreibwettbewerbes "Dat Du mien Stormarn büst" und wendet sich an Plattdeutsch-Begeisterte in ganz Schleswig-Holstein. Der Wettbewerb ist Teil des Kultursommers des Landeskulturverbandes Schleswig-Holstein.

Eine prominent besetzte Jury wählt aus allen Einsendungen die 10 besten Geschichten aus, die im Stormarner Tageblatt abgedruckt werden und zudem bei der Preisverleihung am Donnerstag, den 12. November 2009 im Stormarner Kreistag prämiert und von Schauspielern bzw. dem Intendanten des Ohnsorg-Theaters vorgelesen werden. Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Landrates des Kreises Stormarn, Klaus Plöger. Offizieller Medienpartner ist das Stormarner Tageblatt.



Die Geschichte sollte zum Thema "Dat Du mien Stormarn büst" passen, in niederdeutscher Sprache verfasst sein, digital vorliegen (eMail/CD oder Schreibmaschinen-Manuskript), nicht mehr als zwei DIN A4 Seiten (normale Maschinenschrift) füllen und bisher unveröffentlicht sein.

Die Rechte gehen an das Kulturforum über, da eine eventuelle Veröffentlichung als Hörbuch-CD angedacht ist. Einsendeschluss ist Dienstag, der 15. September 2009.

Die Erzählungen mit dem Stichwort "Dat Du mien Stormarn büst" können entweder per eMail an kulturforum@spd-stormarn.de geschickt werden oder bei der Geschäftsstelle der SPD Stormarn, Kurparkallee 2, 23843 Bad Oldesloe abgegeben bzw. per Post an diese Adresse geschickt werden - weitere Möglichkeit: persönlich bei der Oldesloer Geschäftsstelle des Stormarner Tageblattes des sh:z Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlages in Bad Oldesloe abgeben (versehen mit Name und vollständiger Anschrift).

Die Jury:

- Volker Holm: Leiter des Zentrum für Niederdeutsch, Ratzeburg.
- Christian Seeler: Intendant des Ohnsorg-Theaters, Hamburg.
- Heinz-Werner Arens: Landtagspräsident a.D. von Schleswig-Holstein (Landtagssitzungen auf Plattdeutsch).
- Hanna Lucht: Landesfachberaterin für Niederdeutsch beim IQSH und Kreisbeauftragte für Niederdeutsch beim Schulamt des Kreises Stormarn
- Helmuth Peets: SHHB, KV Stormarn, Vorsitzender & Initiator "Plattdeutsche Tage für

Stormarn"

- Cord Denker: Pastor i.R. mit Gottesdiensten und Lesungen in Platt.
- Heinrich Kahl: Ehrenvorsitzender der Fehrs-Gilde (Gesellschaft für niederdeutsche Sprache) / Stormarner Schriftstellerkreis
- Heinrich Thies: stellvertretender Vorsitzender der Fehrs-Gilde, Gesellschaft für niederdeutsche Sprachpflege, Literatur und Sprachpolitik / Vorstandsmitglied des Heimat- und Bürgervereins Glinde / Co-Autor des neuen SASS (Plattdeutsches Wörterbuch)
- Jochim Schop: Bürgermeister a.D. (parteilos), Trittau:
- Bürgermeister a. D. von Trittau / "Plattsnacker" mit plattdeutschen Lesungen / SHHB-Mitglied
- Leonhard Hundsdoerfer: Bürgermeister a.D. (CDU) von Grossensee und Autor plattdeutscher und hochdeutschen Kolumnen im Stormarner Tageblatt.
- Hans-Jochim Eggers: Leiter der Niederdeutschen Bühne Ahrensburg
- Heike Gräpel: Regisseurin, Schauspielerin und Pressewart der Oldesloer Bühne.
- Hermann Becker: Hermann Becker: Schulleiter i.R., langjähriger Reinbeker SPD Stadtverordneter; Muttersprache Plattdeutsch

Das Stormarner Kulturforum ist aus dem Bad Oldesloer Kulturforum der Sozialdemokratie hervorgegangen, das seit 2006 eine Reihe interessanter Lesungen, Wettbewerbe und zuletzt ein Konzert mit der Sopranistin Martina Doehring.

Keine Kommentare

[SPD-Nortorf](#) - veröffentlicht am 23.05.2009, 09:57 Uhr - 3119 Clicks - Nr. 552

FAHRRADRALLYE 2009

Nach dem Erfolg unserer ersten Fahrrad rally im Oktober 2008, schlagen wir das nächste Kapitel zum Thema Spass für die ganze Familie auf!

Am 28.06.2009, ab 14⁰⁰ Uhr geht es an der Ziegelei los! Lust?? Fahrrad?? Dann man los und mitmachen!



Keine Kommentare

Horst Köhler bleibt Präsident und Gesine Schwan hat gewonnen!

Mit der Mindestzahl an Stimmen (613) wurde Horst Köhler soeben von der Bundesversammlung erneut zum Bundespräsidenten gewählt. Wodarg dazu: "Herzlichen Glückwunsch und eine gute Hand für unser Land! Unsere Kandidatin Gesine Schwan ist sich treu geblieben und war für über 500 Delegierte im ersten Wahlgang Hoffnung und eine echte Alternative. Danke Gesine!"



Sehr erfreulich ist, dass 1220 der 1224 Delegierten der Bundesversammlung gleich zu Beginn der Sitzung die Anträge der NPD zurückwiesen, welche versucht hatten, die Bundesversammlung als Plattform für ihr braun-populistisches Gerede zu instrumentalisieren. Demokraten haben demokratisch den Neonazis gezeigt, dass sie in Deutschland keine Chance haben.

Während der Stimmabgabe war reichlich Zeit für Gespräche zwischen den Delegierten. Der Flensburger Abgeordnete Wolfgang Wodarg nahm die Gelegenheit wahr und bedankte sich bei Gesine Schwan für ihre erneute Kandidatur. "Zu wenig Delegierte der anderen Fraktionen haben es erkannt: Gesine Schwan ist eine super Frau!" meinte Wodarg.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

Ulrike Rodust besucht die Region

Am 29. Mai 2009 wird die Europaabgeordnete Ulrike Rodust die Region besuchen und beginnt ihre Rundreise um 15 Uhr auf dem Wochenmarkt in Süderbrarup.

Weiterhin möchte sich Ulrike Rodust über die Situation der Fischer in der Schlei-Region ein Bild machen und beantwortet im Restaurant "Stadt Kappeln" um 17 Uhr Fragen zum europäischen Fischfang.

Abschließend findet in Ekenis im Gasthof Callsen um 20 Uhr ein Austausch vor allen Dingen zur Situation der Arbeitnehmer in Europa bei französischem Baguette mit Käse statt.

Keine Kommentare

Direkte AKN-Verbindung zum Hauptbahnhof muss erhalten werden!

Seit Dezember 2004 fährt die AKN von Montag bis Freitagmorgen um 8:36 Uhr und 9:17 Uhr und abends sowie samstags vormittags und abends zum Hamburger Hauptbahnhof durch. Die Fahrgäste müssen zu diesen Zeiten nicht mehr in Eidelstedt in die S-Bahn steigen. Nach AKN-Angaben hatten bereits im Januar vergangenen Jahres 500.000 Fahrgäste die umsteigefreie Verbindung genutzt.

Heiner Köncke, SPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis 31 setzt sich für eine Fortsetzung der

Direktverbindung ein:

„Das AKN-Projekt war 2007 verlängert worden bis Juni dieses Jahres. Das Problem waren und sind die Kosten. Hamburg zahlt bisher jährlich 450.000 Euro, Schleswig-Holstein 150.000 Euro. Die Stadtentwicklungsbehörde in Hamburg hat wiederum 450.000 Euro Zuschuss genehmigt. Allerdings gilt die Förderung nur bis zum Fahrplanwechsel im Dezember dieses Jahres. Es laufen zurzeit Verhandlungen mit Hamburg, ob das Angebot danach weiter finanziert werden kann. Ich will nicht verschweigen, dass der Nutzen des Projekts von einigen bestritten wird, weil die Fahrzeiten nicht attraktiv sind. So dauert die Fahrt von Bad Bramstedt zum Hamburger Hauptbahnhof etwa 75 Minuten, das kann etliche Pendler nicht vom eigenen Auto weglocken.“

Um die derzeitige Situation zu verbessern, seien, so Köncke, bereits mehrere Konzepte entwickelt, allerdings bislang nicht realisiert worden. Darunter befindet sich ein Ausbau der AKN-Strecke für höhere Geschwindigkeiten und das Schaffen von so genannten Expresslinien mit Halt nicht an jedem Haltepunkt.

„Ich setze auf ein anderes Konzept, das auch von der SPD-Fraktion im Landtag unterstützt wird. Dabei ist der Ausbau der vorhandenen Schienenstrecke der AKN von Hamburg über Quickborn nach Kaltenkirchen zu prüfen. Die Gleise der AKN könnten für die neue S-Bahn-Linie genutzt werden. Sie müssten nur mit einer Strom-Oberleitung oder einer zusätzlichen Stromschiene versehen werden, wie dies bei der S 1 nach Wedel und der S 3 nach Pinneberg bereits der Fall ist. Bis Mitte nächsten Jahres wird das Ergebnis erwartet, was es kostet, wie es technisch zu realisieren ist und welche Auswirkungen es auf den Pendlerverkehr zwischen den beiden Ländern hat. 2017, so der Planungshorizont, könnten die ersten S-Bahnen einer möglichen Linie S 4 Richtung Norden fahren.“

„Als Alternative für Berufspendler aus den ländlichen Gemeinden meines Wahlkreises kommt nur eine attraktive und ganztägige Verbindung ohne Umsteigevorgänge in die Hamburger Innenstadt in Betracht. Auch über den Fahrplanwechsel zum Jahresende hinaus müssen wir den Bürgern ein attraktives AKN-Angebot anbieten können.“, so Köncke abschließend.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 25.05.2009, 08:46 Uhr - 3611 Clicks - Nr. 556

ECMI stärken – Minderheiten schützen

Der minderheitenpolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Rolf Fischer, erklärt zur Aufforderung des ECMI-Direktors Dr. Marc Weller, die politische Einflussnahme des Bundesinnenministeriums zu beenden:

Das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (ECMI) ist ein international anerkanntes Institut, das sich mit Minderheitenfragen beschäftigt und gerade in Konflikten, in die Minderheiten verwickelt sind, auch beratend und vermittelnd eingreift.

Der neutrale minderheitenübergreifende Charakter des Institutes zeigt sich schon in der gemeinsamen Finanzierung durch Dänemark, Deutschland und Schleswig-Holstein. Ich habe keinerlei Verständnis für die Versuche, das Institut einseitig zu einer Interessensvertretung deutscher Minderheiten im Ausland zu machen und fordere den Staatssekretär des Bundesinnenministeriums auf, seine Einflussnahme zu beenden. Minderheiten sind Teil der

Kultur eines Landes, doch das Verhältnis von Minderheiten zu Mehrheit ist in vielen Ländern konfliktreich und äußert sich noch viel zu häufig in Konflikt und Vertreibung. So bedarf zum Beispiel die Situation der russischen Minderheiten in den baltischen Staaten oder der Sinti und Roma in Europa dringend der wissenschaftlichen Forschung. Der Beitrag des ECMI sollte uns zu wertvoll sein, um ihn einer einseitigen Ausrichtung auf deutsche Minderheiten im Ausland zu opfern.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 25.05.2009, 08:48 Uhr - 4196 Clicks - Nr. 557

SPD setzt das Thema „CAU und Krankmeldungen“ auf die Tagesordnung des Bildungsau

Der hochschulpolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Jürgen Weber erklärte zu den Plänen der Christian-Albrechts-Universität Kiel, von Prüflingen, die sich krankmelden konkrete Angaben über die Symptome zu verlangen:

„Die Entscheidung der Universität irritiert mich sehr. Ich sehe keine Grund Studentinnen und Studenten schlechter zu behandeln als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir werden diese Entscheidung im nächsten Bildungsausschuss thematisieren.“

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 25.05.2009, 11:04 Uhr - 52379 Clicks - Nr. 558

"Wir gratulieren dem Bundespräsidenten Horst Köhler"

Zur Wiederwahl von Bundespräsident Horst Köhler erklärt SPD-Landesvorsitzender Ralf Stegner:

"Wir gratulieren dem Bundespräsidenten Horst Köhler zu seiner Wiederwahl im ersten Wahlgang. Es war ein knappes Wahlergebnis. Die Zustimmung ging nicht über das schwarz-gelbe Lager hinaus. Gesine Schwan war eine achtbare und würdige Herausforderin, die sich mit ihrer demokratisch-erfrischenden Art viele Sympathien erworben hat. Es ist schade, dass die Chance vertan wurde, zum ersten Mal eine Frau an die Spitze des Staates zu wählen.

Der Ablauf der Bundesversammlung entsprach nicht der Würde des Anlasses. Blumen und Musik bereits vor der Bekanntgabe des Wahlergebnisses war der Würde der Bundesversammlung nicht angemessen."

Kommentar von [Winter](#) vom 07.07.2011, 00:38 Uhr:

WGxSZInJIOvpHt

There's a terrific amount of knowelgde in this article!

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 25.05.2009, 14:10 Uhr - 13406 Clicks - Nr. 559

Neuregelung beim Agrardiesel - Entlastung für Landwirte

Berlin, 25. Mai 2009 – Die Koalitionsparteien im Deutschen Bundestag haben sich auf eine Neuregelung beim Dieselkraftstoff geeinigt, der in der Land- und Forstwirtschaft verbraucht wird. Schon für das Jahr 2009 gilt: Alle landwirtschaftlichen Betriebe sollen wieder von dem reduzierten Mineralölsteuersatz auf Agrardiesel von 25,56 Cent pro Liter profitieren.

„Ich begrüße die Entscheidung der Fraktionsvorsitzenden, die von grundlegender Bedeutung für die Existenzsicherung landwirtschaftlicher Betriebe ist“, so Jörn Thießen, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dithmarschen-Süd, Steinburg und Segeberg-West. Thießen hatte im Vorfeld zahlreiche Bauernhöfe in seinem Wahlkreis besucht und sich in seiner Fraktion entschieden für eine Entlastung der Landwirte ausgesprochen.

Deutsche Bauern hatten mit Nachdruck gegen die hohen Dieselskosten und ihre Benachteiligung gegenüber der Schiff- und Luftfahrt protestiert. Während letztere seit Jahrzehnten von einer Besteuerung ausgenommen sind, hatten sich die Steuerbelastungen für die Landwirte innerhalb von sieben Jahren von 11 auf 40 Cent je Liter erhöht. Damit mussten sie im EU-Vergleich die höchsten Kosten tragen.

Mit der Neuregelung entfällt – zunächst auf zwei Jahre befristet – die Begrenzung der geringeren Steuerbelastung ab 350 Euro und bis 10.000 Liter je Betrieb im Jahr. Die Land- und Forstbetriebe werden dadurch mit etwa 285 Millionen Euro im Jahr entlastet.

„Die Landwirtschaft ist in großem Maße von der aktuellen Wirtschaftskrise betroffen“, so Thießen, „nicht zuletzt deswegen ist es an der Zeit, dass die Bauern Erleichterungen erhalten.“

Keine Kommentare

[SPD-Niebüll](#) - veröffentlicht am 25.05.2009, 17:13 Uhr - 3580 Clicks - Nr. 560

Wieso Europa? Wohin mit Europa

Wenn wir von Europa hören, aus den Medien, dann hören wir zuerst von Verfassungskrisen, misslungenen Ratifizierungsabstimmungen und schwerfälligen Kommissionen. Wenn wir an Europa denken, dann fallen uns zu allererst Milchseen und Butterberge ein. Wurde uns hier ein angemessenes Bild von Europa vermittelt? Die Europäische Union wird schlecht geredet von Vertretern der Medien und von Politikern, die die Europäische Union als Müllhalde für alles Misslungene missbrauchen. Schauen wir einmal zurück:



Zwei verheerende Weltkriege, eine Weltwirtschaftskrise, eine zerstörte Infrastruktur, ein Heer von Heimatlosen und Millionen Tote waren die Folge der instabilen Demokratien und Diktaturen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der von Hitler entfesselte Krieg hatte Europa so gründlich so gründlich ruiniert, wie es vorher nicht für möglich gehalten wurde. In den Köpfen der Menschen schlummerte aber damals schon die Idee von einem vereinten Europa als einem Garanten für einen dauerhaften Frieden, Gerechtigkeit und Wohlstand. Europa begann anders, als von vielen erhofft. Als eine reine Wirtschaftsgemeinschaft, die allein von den wirtschaftlichen Interessen der Nationen dominiert wurde. Erst allmählich wurde die EWG, dann EG und schließlich die EU auch als eine soziale und kulturelle Einheit begriffen. Europa hat schließlich ein Parlament installiert, das beginnt, seine Rechte als Volksvertretung wahrzunehmen, und Europa erkennt allmählich, dass es nur eine gewichtige Stimme in der

Welt hat, wenn es mit einer Stimme spricht. Die Einigung Europas, die wir gerade durchführen, ist ein Wert an sich, ohne den ein friedliches Zusammenleben der europäischen Völker auf die Dauer nicht denkbar ist.

Aber viel ist noch zu tun in Europa. Wir sehen, dass soziale Ungerechtigkeiten immer noch vorhanden sind, dass Frauen immer noch schlechter bezahlt werden als Männer und gleichzeitig Manager trotz schlechter Leistungen mit Millionenabfindungen nach Hause gehen. Längst nicht überall in Europa ist es selbstverständlich, dass für geleistete Arbeit angemessene Löhne gezahlt werden. Lohndumping ist nicht nur sozial ungerecht, sondern verzerrt auch den Wettbewerb. Mitbestimmungs – und Partizipationsrechte sind bislang nicht europaweit verankert. Unternehmen, die dem europäischen Gesellschaftsrecht unterliegen, sollten auch die Mitbestimmung der Beschäftigten in den Unternehmen nachweisen. Deshalb braucht Europa eine starke Sozialdemokratie. Europa braucht Menschen, die sich um die sozialen Errungenschaften des letzten Jahrhunderts kümmern, sie ausbauen und an die globalisierte Welt anpassen.

Europa braucht die SPD, weil nur wir Sozialdemokraten für ein Mehr an Kontrolle auf den Finanzmärkten sorgen werden. Nur die SPD und die anderen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa werden verhindern, dass die ungezügelte Freiheit des Marktes, wie sie die Neoliberalen und Konservativen immer wieder predigen, wieder millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Unsicherheit stürzen.

Wir haben einen globalen Klimawandel zu erwarten. Wir brauchen dringend eine nachhaltige und umfassende Klimapolitik, die europaweit wirksam ist und die die notwendigen Standards für die Erschließung erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und die Reduzierung von Treibhausgasen setzt. Zukunftsorientierte Klimapolitik macht nur auf europäischer Ebene einen Sinn.

Wir Sozialdemokraten wollen die Europäische Union sozial und für die Zukunft gerüstet gestalten. Faire Löhne und Partizipation in den Unternehmen in ganz Europa und eine nachhaltige, zukunftsorientierte Klimapolitik in ganz Europa sind ein wesentliches Ziel.

Ein anderes Ziel ist die Fortentwicklung der europäischen Institutionen zu einem wirklichen Staatenbund, in dem die Stimme in der Wahlurne das gleiche Gewicht hat, wie in den Nationalstaaten. Der Vertrag von Lissabon ist ein wichtiger Meilenstein auf diesem Weg, aber längst nicht der letzte. Ein demokratischeres Europa liegt uns Sozialdemokraten am Herzen.

Mit Ihrer Stimme am 7. Juni arbeiten wir für ein sozial gerechtes, demokratisches und zukunftsorientiertes Europa.

Michael Bantin

Keine Kommentare

30 Jahre SPD in Treia und ein faires Spiel

Der 30jährige SPD-Geburtstag in Treia wurde zünftig gefeiert. Politik und Fußball haben vieles gemeinsam: Sie sollen hart aber fair sein, brauchen Kämpfer und Schiedsrichter und sind Felder für gute Teamarbeit. Diesmal siegten die "Roten" klar und der Schiri Ralf Stegner sorgte für einen disziplinierten Ballwechsel. U.a. waren auch die SPD-Europaabgeordnete Ulrike Rodust und der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg nach Treia angereist.



Hanna Hansen war nicht nur eine perfekte Gastgeberin im überfüllten Sportzentrum hinter dem schönen Kirchturm von Treia, sie zeigte sich nachher -im Trikot mit dem Emblem der SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) - auch als hervorragende Kämpferin um das rote Rundleder.

Erst gab es wunderbaren selbst gebackenen Kuchen und Kaffee sowie eine Begrüßungsansprache der Europaabgeordneten Ulrike Rodust, die nochmals an die anstehende Europawahl am 7.Juni erinnerte.

Neben dem Parteivorsitzenden Dr. Ralf Stegner und dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg waren die Landtagsabgeordnete Anna Schlosser-Keichel, die gleichzeitig ihren Geburtstag feierte, sowie ihr designierter Nachfolgekandidat Ralf Wrobel gekommen. Ausserdem noch zahlreiche KommunalpolitikerInnen aus dem Umland und aus anderen Fraktionen des Gemeinderates Treia.

Der Bürgermeister hielt eine Grußansprache und dann ging es auf Fußballfeld, wo unter dem Beifall der Geburtstagsgäste großer Einsatz auf beiden Seiten gezeigt wurde.

Der anwesende "Mannschaftsarzt" und Sportfotograf Dr. Wolfgang Wodarg, der aus Berlin nach Treia angereist war, hatte trotz einiger halsbrecherischer Gedränge und waghalsiger Einsätze zum Glück nur eine kleine Zerrung zu verarzten und konnte sich ganz der lichtbildnerischen Dokumentation dieses historischen Spiels widmen.

Souverän und reaktionsschnell sorgte Schiri Stegner für einen fairen und spannenden Ablauf des Spiels. Die "Roten" siegten knapp aber verdient gegen die "Schwarzbunten" und bei der anschliessenden Verlosung von Reisen nach Strassburg, Berlin und Kiel waren sich alle einig: In Treia weiß man zu kämpfen und dabei den Spaß nicht zu vergessen.

Keine Kommentare

HSH-Aufsichtsratsvorsitz: Einigung der Koalitionspartner nötig

Zu Meldungen über eine Einigung auf den ehemaligen Deutsche-Bank-Chef Hilmar Kopper als neuen Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH-Nordbank erklärt der Vorsitzende der SPD-

Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner

Der Ministerpräsident hat mich heute Nachmittag über den Vorschlag, dass Hilmar Kopper neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates der HSH Nordbank werden soll, unterrichtet. Vor der Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und der Verständigung unter den Anteilseignern über die Personalie muss es jedoch eine einvernehmliche Position der Koalitionspartner in Schleswig-Holstein geben. Die Gespräche zwischen CDU und SPD über die gesamte Neuaufstellung des Aufsichtsrates der HSH stehen noch aus. Insofern kann von Einigung derzeit keine Rede sein.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 26.05.2009, 10:30 Uhr - 11612 Clicks - Nr. 563

Diskussionsveranstaltung: Verkehrskonzept für den Norden

Wie können Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit bei zunehmenden Verkehrsströmen sichergestellt werden? Wie können Großprojekte wie etwa der Bau der A 20 trotz Finanzierungslücken im Bundesverkehrswegeplan wirtschaftlich effizient und zeitnah realisiert werden? Und welche Antworten bieten die Bundes- und Landespolitik auf diese Fragen? Dies und mehr wollen drei Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion mit Bürgerinnen und Bürgern bei einem öffentlichen Fachgespräch diskutieren.

„Verkehrskonzept für den Norden – Mobilität wirtschaftlich und nachhaltig gestalten“

am 5. Juni 2009 um 18 Uhr in der Raiffeisenbank Bad Bramstedt
Bleeck 29, 24576 Bad Bramstedt

Diskutanten:

Kurt Bodewig, MdB und Bundesverkehrsminister a.D.

Jörn Thießen, MdB

Christian Carstensen, MdB, Verkehrsausschuss

„Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist, ein Verkehrskonzept für den Norden zu entwickeln, das zugleich umwelt- und klimafreundlich, sozial verantwortlich und ökonomisch sinnvoll gestaltet ist“, so Jörn Thießen, der die Veranstaltung organisiert hat. Eine besondere Herausforderung seien dabei die Großprojekte des Landes, die im Mittelpunkt der Diskussion stehen sollen. Während der Bundesverkehrsminister a.D. Kurt Bodewig die Planung, Finanzierung und Realisierung der A 20 thematisieren wird, können die Gäste mit Christian Carstensen, Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, über Prioritäten und Strategien beim Ausbau der Hinterlandanbindungen der Häfen diskutieren.

Anmeldungen an: joern.thiessen@bundestag.de oder unter: 030/ 227 73 54 9

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 26.05.2009, 11:56 Uhr - 53951 Clicks - Nr. 564

Anerkennung für Gesine Schwan

AsF Schleswig-Holstein erklärt zur Bundespräsidentenwahl: Sie hätte das erste weibliche Staatsoberhaupt der Bundesrepublik werden können – und nach Meinung der schleswig-holsteinischen AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) auch werden sollen:

„Gesine Schwan hat eine fantastische Kandidatur gezeigt. Wir sind stolz auf sie und finden es sehr schade, dass sie nicht Bundespräsidentin geworden ist“, fasst Landesvorsitzende Cornelia Östreich die Ereignisse des 23. Mai zusammen.

Dabei hatte die Kandidatin der SPD ein sehr respektables Ergebnis erzielt, und es wurde – mit Peter Sodann als einem weiteren Bewerber um das Präsidentenamt – durchaus knapp für Amtsinhaber Köhler. Allerdings kam es nicht zu einem zweiten Wahlgang; somit erübrigten sich auch Spekulationen, wonach Gesine Schwan mit den Stimmen der Linken ins Amt gelangen könne und was dies eventuell für weitere Entscheidungen im „Superwahljahr“ zu bedeuten habe.

„Die wochenlang in vielen Medien geführten Diskussionen über ‚Schwan und die Linken‘ waren unfair und überflüssig“, urteilen die Nord-Frauen. „Wir kennen Gesine ziemlich lange und ziemlich gut und wissen daher, dass ihr längst nicht jeder Schuh passt, den einige ihr da anziehen wollten. Sei es beim SPD-„Zukunftskongress‘ in Kiel, sei es bei der Debatte um das neue sozialdemokratische Grundsatzprogramm in Hamburg: Immer hat sich Gesine vor allem als leidenschaftliche Demokratin gezeigt, die möchte, dass Menschen die Wahl haben – und dass eine Wahl einen Unterschied macht.“ Dabei habe sie sich stets zu ihrer eigenen Meinung bekannt und diese Unabhängigkeit zwar charmant, aber ausgesprochen geradlinig vertreten. „Damit waren manche wohl überfordert“, vermuten die SPD-Frauen mit Blick nicht nur auf die „Linke-Stimmen“-Kampagne, sondern auch bezüglich der Aufregung um „soziale Unruhen“ – eine Formulierung, die Schwan selbst gar nicht benutzt hat – sowie von Gerüchten, der SPD sei ihre Kandidatin selber nicht geheuer. „Starke Frauen lösen eben vielfach Ängste aus“, weiß die AsF aus eigener Erfahrung. „Wir sehen jedoch eher Grund zur Angst, wenn von nun an Gesines kritische Stimme und ihre richtigen Analysen in der Politik fehlen würden.“

Wegen der bemerkenswerten Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Kandidatin sei es auch absurd, nun von einer Richtungsweisung für die Bundestags- oder schon Europawahl – pro schwarz-gelb, gegen eine sozialdemokratisch bestimmte Mehrheit – zu sprechen. „Wer so kalkuliert, missbraucht das oberste Staatsamt“, stellen die Schleswig-Holsteinerinnen fest. „Das sollte sich kein Bundespräsident und keine Bundespräsidentin – egal welcher Partei – gefallen lassen. Was aber die Bundespräsidentin angeht“, ist die AsF sicher: „Die bekommt Deutschland dann eben in fünf Jahren, und zwar von der SPD !“

Kommentar von [Gisela Teuchert-Benker, Neustadt in Holstein](#) vom 02.06.2009, 11:35 Uhr:

RE: Anerkennung für Gesine Schwan

Ich will da gar nicht um den heißen Brei herumreden. Ich bin richtig traurig, dass es nicht geklappt hat, endlich eine Frau - und dazu noch eine richtig gute - zur Bundespräsidentin zu machen.

[AG60plus - Steinburg](#) - veröffentlicht am 26.05.2009, 16:10 Uhr - 10882 Clicks - Nr. 565

Erfolgreiches Europaquiz

Die SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus hat ihr Europaquiz erfolgreich abgeschlossen. Über 200 Bürgerinnen und Bürger haben mehr oder weniger erfolgreich daran teilgenommen. "Die Hälfte der Teilnehmenden konnte alle Fragen richtig beantworten", so der Vorsitzende der AG 60plus, Klaus Albrecht. Insgesamt sei das Quiz aber auch Anregung gewesen, sich mehr mit Fragen zu Europa zu beschäftigen.



Als Glücksfee betätigte sich die Europaabgeordnete Ulrike Rodust. Sie zog aus allen richtig beantworteten Fragebogen den von Matthias Profé aus Oelixdorf, der damit der Gewinner einer Reise nach Straßburg ist.

Hocherfreut zeigte sich Matthias Profé jetzt, als Klaus Albrecht ihm den Reisegutschein überreichte. Er bedankte sich nicht nur für den Gewinn, sondern auch für die Ausrichtung des SPD-Familienfestes in Oelixdorf, bei dem er die Quizfragen beantwortet hatte.

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdL](#) - veröffentlicht am 26.05.2009, 18:39 Uhr - 10937 Clicks - Nr. 566

Förderung des Science Center Kiel nicht weiter verfolgen!

*Zum Science Center Kiel erklären die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, **Birgit Herdejürgen**, und der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Johannes Callsen:*

Nach intensiver und langer Diskussion haben sich die Fraktionen von CDU und SPD heute verständigt, dem Wirtschaftsministerium zu empfehlen, die Förderung eines maritimen Science Center in Kiel nicht weiter zu verfolgen.

Angesichts der in den letzten Wochen in Folge der weltweiten Finanzkrise dramatisch eingebrochenen Steuereinnahmen ist die Bereitstellung von 17,8 Mio. Euro Fördermitteln für ein risikobehaftetes Projekt nicht vertretbar. Die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen machen es erforderlich, besonderen Wert auf die Risikoabschätzung zu legen.

CDU und SPD sind sich einig, dass die damit frei werdenden Fördermittel selbstverständlich für andere aussichtsreiche Investitionsprojekte zur Verfügung stehen. Ausdrücklich anerkannt wird in diesem Zusammenhang die Mitwirkung der beim Science-Center-Projekt engagierten Unternehmen und Institutionen der maritimen Wirtschaft sowie der Landeshauptstadt Kiel.

Keine Kommentare

[SPD-Hamberge](#) - veröffentlicht am 26.05.2009, 21:41 Uhr - 2580 Clicks - Nr. 567

Der ROTE Punkt - unsere Travefahrt

Erstmals haben wir in diesem Jahr die Aktion "Der ROTE Punkt" gestartet, mit der wir unseren Mitbürgern häufiger die Möglichkeiten geben wollen mit uns gemeinsam etwas zu erleben.

Bereits unser Frühlingsgrillen im April wurde zu unserer Freude gut besucht.

Und auch unsere Travefahrt verspricht ein Erfolg zu werden.

Bereits seit einiger Zeit haben wir hier auf unserer Homepage auf die von uns organisierte Travefahrt am 13.06. hingewiesen.

Von Beginn an hatten wir das Gefühl, dass diese Veranstaltung viele Mitbürger ansprechen würde. Dass wir jedoch schon am 18.05. - also etwa vier Wochen vor dem Start unseres Bootsausflugs - bereits ausgebucht sein würden, hatten wir wirklich nicht erwartet.

Wir freuen uns wirklich sehr, dass unser Angebot so gut angenommen wurde und hoffen nun

natürlich auf passendes Wetter , damit die Travefahrt für alle zu einem schönen Erlebnis wird.

Ihre SPD Hamberge

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 26.05.2009, 23:51 Uhr - 11294 Clicks - Nr. 568

Detlef Buder und Konrad Nabel: Küstenschutz zukunftsfähig weiterentwickeln

Zur Anhörung über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion „Bilanz und Zukunft des Küstenschutzes in Schleswig-Holstein an Nord- und Ostsee“ sagten in einer ersten Bewertung die Sprecher für Küstenschutz und Umweltpolitik Detlef Buder und Konrad Nabel:

Zur Anhörung über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Landtagsfraktion „Bilanz und Zukunft des Küstenschutzes in Schleswig-Holstein an Nord- und Ostsee“ sagten in einer ersten Bewertung die Sprecher für Küstenschutz und Umweltpolitik Detlef Buder und Konrad Nabel:

Die Anhörung hat deutlich gemacht, wie die Herausforderungen durch den weiter voranschreitenden Klimawandel und den Erhalt der Biodiversität den Küstenschutz schon heute und künftig verstärkt beeinflussen werden. Die Vorträge der Sachverständigen unterstrichen, dass die Maßnahmen des Generalplanes Küstenschutz notwendig sind, um den Schutz der Menschen und der Natur und Umwelt in Schleswig-Holstein auf lange Zeit zu garantieren. Hierfür sind weiter große, auch finanzielle Anstrengungen erforderlich, zu denen wir als SPD-Landtagsfraktion uns bekennen. Das Zwischenfazit auf der Basis der einvernehmlichen Stellungnahmen zu diesem Punkt lautet: Der Küstenschutz in Schleswig-Holstein ist auf einem guten Stand, muss aber den Bedingungen des Klimawandels weiter - auch zeitnah - angepasst werden.

Im Klimawandel liegen allerdings derzeit noch nicht abschließend einschätzbare Risiken im Hinblick auf die Dynamik des Prozesses. So ist im vollständigen Vierten Sachstandsbericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) von 2007 die hohe und wachsende Bedeutung des beschleunigten Abschmelzens von Gletschern und Eiskappen zwar thematisiert, die hieraus erwachsenden Auswirkungen auf die Geschwindigkeit des Klimawandels sind in der Außendarstellung des Berichts jedoch nicht angemessen herausgestellt worden.

Hieraus - verstärkt durch die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse, die unter anderem auch Grundlage für die Kyoto-Nachfolge-Konferenz in Kopenhagen im Dezember dieses Jahres sein werden - ergibt sich die Notwendigkeit, den Generalplan Küstenschutz in kürzeren Abständen als bisher auf seine Wirksamkeit im Hinblick auf den Meeresspiegelanstieg zu überprüfen und anzupassen. Darauf werden wir in der weiteren Diskussion achten.

Eine klare Absage an die Einschätzung, der Klimawandel würde für den Tourismus in Schleswig-Holstein nach dem Motto „Schleswig-Holstein wird das Mittelmeer des Nordens“ eine große Chance eröffnen, kam vom Vorsitzenden des Tourismusverbandes, Volker Popp. Gerade das bestehende besondere Reizklima in Schleswig-Holstein ist für die Gäste unseres Landes ein zentraler Anziehungspunkt. Möglicherweise wärmeres Wasser und ein wärmeres Klima führen im weltweiten Wettbewerb nicht automatisch zu einer besseren Wettbewerbsstellung. Die in Zukunft weiter erforderlichen Küstenschutzmaßnahmen müssen sorgfältig mit allen Beteiligten

vor Ort geplant und flexibel ausgelegt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass auch der Tourismus Schleswig-Holsteins durch den Klimawandel Einbußen erleiden wird.

Insgesamt begrüßenswert ist, dass alle Beteiligten auf allen Handlungsfeldern die Notwendigkeit erkannt und aufgegriffen haben, ihre Maßnahmen im Küstenschutz auf den Erhalt der Biodiversität und den Klimaschutz auszurichten. So werden die Wasser- und Bodenverbände schon bald ihre Pläne umsetzen und den großen und wachsenden Energiebedarf der Schöpfwerke in Zukunft landesweit ausschließlich aus drei Windkraftanlagen und damit klimaunschädlich decken.

Wir werden die Ergebnisse der Anhörung sorgfältig mit der Beantwortung der Landesregierung auf unsere Große Anfrage abgleichen und in einem Diskussionsprozess mit allen Beteiligten über in Zukunft erforderliche Änderungen im Küstenschutz einbringen. Wir danken allen Sachverständigen für ihr Engagement und ihre Ideen für die Fortentwicklung des Küstenschutzes in unserem Land zwischen zwei Meeren.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 27.05.2009, 09:59 Uhr - 7273 Clicks - Nr. 569

Eine Klasse der Integrierten Gesamtschule Flensburg zu Besuch in Berlin

Weshalb sind Sie Politiker geworden? Kann man da wirklich etwas verändern? Wie gehen Politiker miteinander um? Weshalb tun Sie nicht mehr für Bildung? Wie oft arbeiten Sie in Berlin und wie oft sind Sie im Norden?

Keine Rede von Politikmüdigkeit der Jugend! Auch wenn die Schülerinnen und Schüler der Integrierten Gesamtschule Flensburg schon den ganzen Tag in Berlin auf den Beinen waren, sie nutzten die Gelegenheit, Ihrem Abgeordneten Fragen zu stellen und herauszufinden, wie so ein Politiker eigentlich arbeitet und was er erreichen kann.



Anschließend ging Dr. Wodarg mit der Klasse durch das Paul-Löbe-Haus, durch die unterirdischen Gänge zum Reichstagsgebäude bis zum Jakob-Kaiser-Haus und fuhr mit Ihnen dann per "Abgeordnetenfahrstuhl" zum Plenarsaal und zu den Fraktionssälen. Dort durften sie auf den Stühlen von Struck, Steinmeier und Müntefering sitzen, die "noch warm" waren von der gerade beendeten Fraktionssitzung. Auf der Dachterasse wünschte der Abgeordnete seinen Gästen noch frohe Stunden in der Hauptstadt und entließ die Klasse zur Kuppelbesichtigung.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 27.05.2009, 12:23 Uhr - 1604 Clicks - Nr. 570

In finanziell schwierigen Zeiten sind liberale Krokodilstränen überflüssig!

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der

finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„SPD, GRÜNE und SSW nehmen Verantwortung wahr für unsere Stadt in finanziell schwierigen Zeiten für alle öffentlichen Haushalte. Wir sind stolz darauf, dass unsere zusätzlichen Maßnahmen im Stadthaushalt 2009 im Bereich der Schulbauinvestitionen, der Schulsozialarbeit, der zusätzlichen Ausbildungsplätze für junge Menschen und in der Sozialpolitik finanziert werden konnten, ohne dass die beschlossenen Kredite und Verpflichtungsermächtigungen vom Innenministerium gekürzt wurden. Gleichwohl gilt: Die Hinweise des Innenministeriums zur Haushaltskonsolidierung werden wir ernsthaft prüfen.

Es bleibt jedoch festzuhalten: Hätte die FDP damals ihre Haushaltsvorschläge durchsetzen können, z.B. die Gewerbesteuerhebesätze kürzen und die Steuereinnahmen der Stadt nach ihren eigenen Äußerungen um 3 Mio. Euro verringern dürfen, dann wäre eine solche uneingeschränkte ministerielle Genehmigung mit Sicherheit nicht zu erlangen gewesen. Insoweit entpuppen sich die mahnenden Worte des FDP-Fraktionsvorsitzenden als liberale Krokodilstränen, die nicht nur flüssig, sondern überflüssig sind!“

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 27.05.2009, 12:35 Uhr - 1588 Clicks - Nr. 571

Definitiv kein neues Kohlekraftwerk an der Förde!

Mit Unverständnis haben SPD-Ratsfraktion, B90/Die Grünen und SSW auf das Bestreben der Gemeinschaftskraftwerk Kiel GmbH reagiert, weiterhin an den Plänen zum Bau eines 800 MW-Steinkohlekraftwerks festhalten zu wollen.

„Die Ratsmehrheit hat bereits in ihrem Kooperationsvertrag vereinbart, dass in Kiel kein Kohlekraftwerk gebaut wird. Mit großer Mehrheit hat die Ratsversammlung im Oktober 2008 hierzu eine eindeutige Weichenstellung vorgenommen. Ganz klar und nochmals: In Kiel wird es kein neues Kohlekraftwerk geben“, machten die Fraktionsvorsitzenden Ralph Müller-Beck, Lutz Oschmann und Ratsfrau Danker an die Adresse der Geschäftsführung des GKK noch einmal unmissverständlich deutlich.

Mit einer ganzen Reihe von Aktionen hatte das GKK in den vergangenen Wochen immer wieder für einen Neubau geworben. Dazu gehört auch das Kraftwerksforum. „Mit ihm wird zwar der Anschein einer breiten öffentlichen Beteiligung geweckt, inhaltlich geht es jedoch lediglich darum, an den Plänen für ein großes Kohlekraftwerk festzuhalten“, so Müller-Beck, Oschmann und Danker.

Auch habe die GKK-Geschäftsführung den einzelnen Fraktionen und der Verwaltung immer wieder Gesprächsangebote unterbreitet. „Weitere Diskussionen wären nicht zielführend. Wir wollen uns stattdessen jetzt darauf konzentrieren, die klimapolitischen Ziele der Stadt Kiel mit den Anforderungen an eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für die Kunden der Stadtwerke in Einklang zu bringen“, sagte Müller-Beck.

Dabei ginge es auch um eine zukunftsweisende Entwicklung der Stadtwerke Kiel. Auch vor diesem Hintergrund, kündigten die Mehrheitsfraktionen an, würden ausschließlich die Stadtwerke in die weiteren Planungen eingebunden werden. Eine Beteiligung der GKK GmbH oder der EKW GmbH schloss er definitiv aus. „Die Stadtwerke Kiel laden wir ein, ihre Fachkompetenz in den weiteren Prozess einzubringen und an der Entwicklung eines zukunftsweisenden Energiekonzeptes für die Landeshauptstadt Kiel mitzuarbeiten.“

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 27.05.2009, 12:44 Uhr - 3939 Clicks - Nr. 572

Idtstedt-Löwe darf nicht zu „Nessie“ werden

Zu den Äußerungen des nordschleswigschen Folketingsabgeordneten Krarup (DF), die deutsche Bundeskanzlerin solle den Idtstedt-Löwen nach Flensburg holen, erklärte der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rolf Fischer:

Die Diskussion über den Umzug des [Idtstedt Löwe](#) von Kopenhagen nach Flensburg ist sensibel zu führen und immer in einen historischen Kontext einzubetten.

Sie wird nur erfolgreich sein, wenn sie mit der historisch-kulturellen Akzeptanz im Grenzland rechnen kann. Eine von der Bundesebene angeordnete Aufstellung in Flensburg würde aber kaum zu dieser Akzeptanz führen. Hier muss ein vertiefter demokratischer Dialog vorgeschaltet werden. Durchsichtige Vorstöße wie der jetzt von dem Rechtspopulisten Krarup bergen die Gefahr, eine wichtige Grenzlandfrage für populistische Zwecke zu instrumentalisieren. Dazu kommt, dass das ständige Wiederholen der Forderung nicht zu einer Lösung beiträgt. Denn das Thema ist zu ernst. Es gilt: Der Löwe darf nicht wie das „Ungeheuer von Loch Ness“ immer wieder auftauchen und für Spektakel sorgen.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 27.05.2009, 19:13 Uhr - 4775 Clicks - Nr. 573

Zum ersten Mal: Innovationspreis des Bauministers

Lothar Hay: „Mitmachen kann jeder, der eine neue Idee hat“

Erscheinungsdatum:
27.05.2009

Das Land Schleswig-Holstein vergibt zum ersten Mal einen Preis für innovatives Denken und Handeln in den Bereichen Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung. Innenminister Lothar Hay rief heute (27. Mai) in Kiel dazu auf, mit kreativen Ideen in den Wettbewerb um den mit 12.500 Euro dotierten Innovationspreis des Bauministers 2009 einzutreten.

„Mitmachen kann jeder, der eine neue Idee hat“, sagte Hay. Gesucht werden Projekte, die neue Erkenntnisse für die ökologische, soziale und wirtschaftliche Nachhaltigkeit beim Bauen, Wohnen und in der Stadtentwicklung bringen. Sie sollen Vorbild sein, im Alltag praktisch umgesetzt werden können und zur Nachahmung anregen.

Jurymitglied zur Auswahl der Preisträger ist neben Innenminister Lothar Hay u.a. Günter

Kunert, einer der bedeutendsten und vielseitigsten deutschsprachigen Schriftsteller, der gerade mit dem Norddeutschen Kulturpreis ausgezeichnet worden ist. Weiter gehören der Jury u.a. Prof. Dr. Olav Hohmeyer von der Universität Flensburg an, der Mitglied des 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Weltklimarates war, sowie die ZEIT-Journalistin Susanne Gaschke aus Kiel. Die Jurymitglieder haben die Aufgabe, die eingereichten Arbeiten unter dem Blickwinkel Innovation und hinsichtlich der gesellschaftlichen Bedeutung zu bewerten.

Die Ausschreibung des Innovationspreises, die in Zusammenarbeit mit der Investitionsbank Schleswig-Holstein, der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen Schleswig-Holstein e. V. und der NordBau Neumünster erfolgt, richtet sich an Fachleute und die breite Öffentlichkeit. Teilnehmen können beispielsweise Wohnungsbauunternehmen, Planungs- und Architekturbüros, Vereine, Verbände, Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen, Kommunen und auch interessierte Laien wie etwa Schulklassen, die sich im Physikunterricht gerade mit der Entwicklung eines neuen Dämmstoffes für Häuser beschäftigen. Abgabeschluss ist der 30. Juni 2009. Die besten Beiträge in den Kategorien Stadtentwicklung und Städtebau, Hoch- und Tiefbau sowie Bautechnik und Baustoffe werden am „Tag des Bauministers“ am 11. September 2009 auf der NordBau in Neumünster ausgezeichnet.

Informationen zum Innovationspreis des Bauministers 2009 gibt es im Internet unter www.innovationspreis.schleswig-holstein.de

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 27.05.2009, 19:46 Uhr - 5430 Clicks - Nr. 574

Aus für das Konkurrenzprojekt zur Phänomenta:

Erleichterung und Zufriedenheit bei der SPD

„Manchmal kann ein zweiter Sieger auch der wahre Gewinner sein“- diese Prophezeiung des damaligen Flensburger Bürgermeisters Helmut Trost aus dem Jahr 2004 ist jetzt in Erfüllung gegangen. Damals ging es um den Wettbewerb der Städte Kiel und Flensburg um die Errichtung eines neuen Science-Centers oder um die Erweiterung eines vorhandenen, nämlich der Flensburger Phänomenta.

Flensburg blieb damals der zweite Platz: Das Kieler Wirtschaftsministerium legte sich auf die Landeshauptstadt als Standort für ein neues Großprojekt fest. Zuletzt waren Fördermittel in Höhe von 17,8 Millionen Euro im Gespräch.



Diese Entscheidung wurde in Flensburg mit großer Sorge betrachtet, denn zu Recht wurde ein

mit Landesmitteln geförderte neue Konkurrenz zur Flensburger Einrichtung befürchtet. Es gab in der Stadt eine breite Welle der Unterstützung für die Phänomena. Mit Hilfe des Bürgermeisters wurden Fördermittel locker gemacht, um die Flensburger Phänomena weiter zu entwickeln und den Standort zu sichern. Doch eine Sorge blieb: Eine mit Millionenaufwand aus Steuergeldern finanzierte Konkurrenz, die ähnliche Zielgruppen wie die Phänomena anzieht. Die SPD ist froh, dass diese Sorge jetzt vom Tisch ist.

Die Förderung eines Science-Centers soll auf Landesebene nicht weiter verfolgt werden. Darauf haben sich die Landtagsfraktionen der großen Koalition verständigt. Eine entsprechende Empfehlung geht an das Wirtschaftsministerium. Die Bereitstellung von fast 18 Millionen Euro für ein so risikobehaftetes Projekt sei nicht vertretbar, heißt es aus Kiel. Die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen machten eine Risikoabschätzung besonders wichtig, gerade angesichts der in Folge der Finanzkrise dramatisch eingebrochenen Steuereinnahmen.

„Mit Erleichterung und Zufriedenheit nehmen wir das Aus für das Kieler Konkurrenzprojekt zur Kenntnis – nicht nur aus Solidarität mit unserer Phänomena, sondern auch wegen des verantwortungsvollen Umganges mit Steuermitteln“, so Helmut Trost. „Die Phänomena ist für Flensburg unverzichtbar – als touristischer Besuchermagnet, aber auch wegen ihrer inhaltlichen Arbeit und Ausrichtung. Sie hat sich im Markt behauptet, trotz eines Danfoss Universe in Dänemark, eines Sturmflutzentrums oder eines ausgebauten Multimar Wattforums an der Westküste. Ein mit Millionenaufwand gefördertes Projekt in Kiel wäre jedoch eine echte Bedrohung geworden.“

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 28.05.2009, 08:43 Uhr - 2374 Clicks - Nr. 575

Zu dem Leserbrief „Ungenügend“ vom 26.05.09

Handeln statt reden!

Andere reden, die SPD handelt. Anstatt vorschnell Schulnoten zu verteilen, sollte man deshalb bei der Diskussion über die Schülerbeförderungskosten etwas genauer hinschauen.

Die SPD war die erste und einzige Fraktion, die einen konkreten öffentlichen Vorstoß unternommen hat. Die Mitglieder der Elterninitiative sollten nicht auf die vielen Ankündigungspolitiker hereinfallen, die viele Nettigkeiten formuliert, aber nichts Handfestes unternommen haben. Auch der Initiative dürfte doch nicht entgangen sein, dass seit Monaten nur geredet und geprüft wird, aber nichts passiert. Und als die SPD deshalb zum letzten Bildungsausschuss einen ersten Entlastungsvorschlag präsentierte, wurde sie dafür heftig getadelt – und zwar von denjenigen, die gegenüber den Wünschen der Initiative angeblich „weitaus aufgeschlossener“ sind.

Es bleibt dabei: Die SPD steht für eine nachhaltige Entlastung der Eltern. Und wenn nicht alles auf einen Schlag finanzierbar ist, müssen Stufenmodelle her. Wir meinen: Es ist besser erste Schritte zu gehen, als gar nichts zu tun und es bei wohlklingenden Worten zu belassen. Wir sind gespannt, wer uns bei den nächsten Schritten folgt.



Jochen Haut
Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Sport

Helmut Trost
Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 28.05.2009, 13:04 Uhr - 7078 Clicks - Nr. 576

Dänische Schule Süderbrarup zu Besuch im Bundestag

Gerade von Süderbrarup in Berlin angekommen, galt der erste Besuch der Schulklasse dem Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg, der im Paul-Löbe-Haus seine Arbeit als Politiker vorstellte. Wodarg diskutierte mit den Schülerinnen und Schülern an anschaulichen Beispielen wichtige Felder aktueller Bundespolitik. Sie stellten Fragen zu Umweltschutz und Energiewende, zu Bioethik und Diskriminierungsschutz bei Gen-Tests, zur Finanzkrise und zu Möglichkeiten für neue Arbeitsplätze.



Wodarg machte bei seinen Antworten deutlich, dass Politik für den gesellschaftlichen Interessensausgleich zuständig ist und zeigte an mehreren Beispielen, wie das in Parteien, Fraktionen und im Parlament insgesamt organisiert wird und abläuft.

Auch die wichtige Funktion des Geldes wurde den Schülerinnen und Schülern deutlich, als es um internationalen Handel, Sparen und um das Vertrauen in eine Währung ging, die den gesellschaftlichen Austausch vermitteln soll.

Nach der Diskussion begab sich die Klasse mit dem Abgeordneten in die große Halle des Paul-Löbe-Hauses zu einem Gruppenfoto, um dann auf eine Führung in die Reichstagskuppel zu warten.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 28.05.2009, 16:50 Uhr - 10646 Clicks - Nr. 577

Wählerwille bestätigt

Das Verwaltungsgericht Schleswig hat das Ergebnis der Landratswahl im Kreis Segeberg bestätigt.

„Das Urteil hat den Wählerwillen zur Landratswahl bestätigt“, begrüßt SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran die heutige Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig. Die Kläger seien mit dem Versuch gescheitert, eine demokratische Entscheidung auf den Kopf zu stellen. Der Kreisvorsitzende freut sich vor allem, dass Landrätin Jutta Hartweg nun ihre Arbeit für den Kreis Segeberg mit voller Kraft fortsetzen kann.

Andreas Beran erwartet nun ein Ende der Streitigkeiten. Auch die Sticheleien einiger CDU-Kreistagsabgeordneter sollten jetzt aufhören. Alle sollten jetzt zu konstruktiver Arbeit zurückkehren und ihre Kräfte für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Kreis einsetzen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 28.05.2009, 18:57 Uhr - 7970 Clicks - Nr. 578

Neugebauer: Fahrkartenkauf im DB-Reisezentrum Rendsburg wird zum Glücksspiel

„Die Bahn fährt Sie nicht nur von einem Ort zum anderen, sondern bietet sowohl am Bahnhof als auch an Bord der Züge einen umfassenden Service. Damit Sie sich jederzeit bei uns wohlfühlen!“ So steht es auf der Internetseite der DB.

„Umso mehr verärgert waren ich und andere Reisende am 22.05.09, als wir das Reisezentrum im Rendsburger Bahnhof verschlossen vorfanden, obwohl ein Aushang an der Glaswand darauf verwies, dass am Freitag nach Himmelfahrt der Schalter geöffnet sei“, so der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer. Eine Nachfrage im Bahnhofskiosk ergab, dass dies kein Einzelfall wäre. Die Tür wird einfach abgeschlossen, auch während der angegebenen Öffnungszeiten. Ein Gespräch mit der Auskunft in Kiel ergab kein Ergebnis, da der sehr freundliche Herr nicht zuständig war.

Neugebauer sieht im Verhalten der Bahn einen eklatanten Verstoß gegen das Dienstleistungsgebot der DB AG.

Er hat sich mit einer schriftlichen Beschwerde an den Vorstandsvorsitzenden der DB gewandt und Aufklärung gefordert.

„Falls die Bahn nicht reagiert und die Praxis ändert, muss es zukünftig bei der Vergabe von Bahnstrecken in Schleswig-Holstein Konsequenzen geben“, schließt der verärgerte Parlamentarier. Dann muss der Finanzausschuss als Vergabeausschuss des Landtages Sanktionen einfordern.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Peter Robin, Wahlkreismitarbeiter

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 28.05.2009, 19:06 Uhr - 7979 Clicks - Nr. 579

Gemeinsamer Aufruf von AG 60 plus und Ulrike Rodust - Europawahl 07.06.09:Wählen

Die Kreiskonferenz der SPD-AG 60 plus in Rendsburg endete mit einem gemeinsamen Appell der Teilnehmer und der SPD-Kandidatin Ulrike Rodust. Sie forderten die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger auf, am 07.06.09 von ihrem Wahlrecht gebrauch zu machen. Der Kreisvorsitzende Hans Peter Robin und Ulrike Rodust weisen daraufhin, dass zwischen 60 und 80 % aller politischen Entscheidungen, die in den Mitgliedsstaaten der EU getroffen werden, direktem oder indirektem Einfluss der europäischen... Gesetzgebung unterliegen.

„Wollen wir ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, sozialverträgliche Arbeitszeiten, Mindestlöhne, Begrenzung des CO 2 – Ausstoßes, dann ist eine Unterstützung der Sozialdemokraten besonders wichtig. Nur so ist es möglich, den Marktradikalen Einhalt zu gebieten,“ so die Europaabgeordnete.

Die AG 60 plus spricht sich aus für ein soziales Europa der Vielfalt mit starken Kommunen und Regionen, bürgernaher Politik und einen wirksamen europäischen Schutz für Dienstleistungen und Daseinsvorsorge – gegen einen Ausverkauf kommunalen Eigentums.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 28.05.2009, 21:41 Uhr - 9846 Clicks - Nr. 580

Kreisverband gründet Arbeitsgemeinschaft 60plus

Arbeitsgemeinschaft 60plus aktiv für Generationensolidarität

Die Arbeitsgemeinschaft 60plus ist die jüngste Arbeitsgemeinschaft der SPD mit dem größten Erfahrungsschatz. So war es an der Zeit, dass auch der SPD-Kreisverband Pinneberg eine eigene AG 60plus gründet.

An der Gründungsversammlung in Uetersen nahm auch die Landesvorsitzende der AG 60plus, Gertrud Ehrenreich, teil.

Die Versammlung wählte Jürgen Wallbaum aus Elmshorn zu ihrem ersten Vorsitzenden. Weiter wurden 8 gleichberechtigte Beisitzer in den Vorstand gewählt.

Diese sind:

Brigitte Krogmann, Elmshorn

Erika Wallbaum, Elmshorn

Hans-Jürgen Andersen, Halstenbek

Fritz Beckmann, Rellingen

Eike Eulen, Wedel

Klaus Fischer, Elmshorn

Axel Rath, Pinneberg

Leo Wolfram, Halstenbek

Der neue Vorstand hat sich viel vorgenommen. Die Ziele sollen sein, die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten, das Engagement der Älteren zu fördern, Menschen für die sozialdemokratische Programmatik zu gewinnen. Im Interesse einer Öffnung nach außen will die Arbeitsgemeinschaft mit Verbänden, Organisationen und Initiativen der Älteren bzw. der Altenarbeit kooperieren.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 29.05.2009, 10:47 Uhr - 55535 Clicks - Nr. 581

Stegner und Beran zur Gültigkeit der Landratswahl in Segeberg

Zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Schleswig über die Gültigkeit der Landratswahl im Kreis Segeberg erklären Andreas Beran, SPD-Kreisvorsitzender im Kreis Segeberg, und Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender:

„Wir begrüßen die Urteile des Verwaltungsgerichtes. Sie geben die nötige Rechtssicherheit, die Jutta Hartwig als Landrätin braucht. Wir freuen uns, dass sie mit Abschluss des Verfahrens

nun ihre volle Kraft auf ihre engagierte Arbeit für den Kreis verwenden kann“ so Ralf Stegner in Reaktion auf das Urteil. Andreas Beran ergänzt aus Sicht des Kreisvorsitzenden der SPD-Segeberg: „Es freut mich, dass die Wählerinnen und Wähler des Kreises Segeberg weiterhin auf die Landrätin Jutta Hartweg bauen können. Der Versuch, durch die Hintertür das Ergebnis der Wahl noch mal umzudrehen, ist misslungen.“

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.05.2009, 12:15 Uhr - 7593 Clicks - Nr. 582

Danfoss: Was droht noch?

Zur Schließung der Flensburger Produktion und dem damit verbundenen Verlust von 450 Arbeitsplätzen der Firma Danfoss nimmt der Vorsitzende der Flensburger SPD, Helmut Trost, wie folgt Stellung:



Die Nachrichten sind desaströs – für die Beschäftigten bei Danfoss, ihre Familien, die Stadt Flensburg und die gesamte Region, die arbeitsmarktpolitisch ohnehin schon schwer gebeutelt ist.

Es liest sich wie in Stufenplan: Großer Personalabbau im Jahr 2005, wegen der Produktionsverlagerung in die Slowakei. Dann wurde im Spätsommer 2009 „wegen einer deutlichen Konjunkturschwäche und einem damit einhergehenden Rückgang der Nachfrage“ 74 Mitarbeitern gekündigt. Und im November 2008 wurde in den Medien die Entlassung von 120 Mitarbeiter verkündet, wegen einer „nicht erwartete Kaufzurückhaltung im Bereich der Kühl- und Gefriertechnik“, so damals der Danfoss-Pressesprecher.

Die Gefahr ist groß, dass weiteres droht: Die Aussagen, wonach „Produkt- und Technologieentwicklung, Vertrieb sowie einige globale Supportfunktionen“ in Flensburg bleiben sollen, erinnern fatal an frühere Aussagen der Firma Motorola. Auch dort gab es zunächst ganz ähnliche Versprechungen, die sich dann sehr bald in Luft aufgelöst haben. Ich hoffe, dass nicht bald der Totalverlust des Arbeitgebers Danfoss für Flensburg droht. Noch steht auf der Homepage der Firma: Die Produktionseinstellung „bedeutet nicht die Schließung des Standorts.“

Wie ein Hohn muss es den hochqualifizierten Flensburger Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorkommen, wenn es sich daran erinnern, was Danfoss im Januar im Internet verkündigte: „Wenn es hart auf hart kommt, überleben die Stärksten“, so eine alte Weisheit. Es mag ein Klischee sein, doch eines, das sich in vielen Fällen als wahr erwies.

Mit einer 75-jährigen Erfolgsgeschichte stetigen Wachstums ... ist Danfoss mit Sicherheit einer der „starken Spieler“ im Markt. Das Unternehmen hat auch unter schwierigen Marktbedingungen niemals aufgehört, weiter zu wachsen und sich positiv zu entwickeln. Gründe dafür liegen in der Umsicht bei finanziellen Transaktionen und einem strategisch klugen Investitionsverhalten.“

Vor diesem Hintergrund sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, sich als sozialer Arbeitgeber zu zeigen und den Vorschlägen von Betriebsrat und IG Metall zu folgen, nämlich unter Ausnutzung der gegenwärtigen Auftragslage und mit Hilfe von Kurzarbeit, die bald bis zu 24

Monaten möglich ist, fast drei Jahre zu überbrücken. Und vielleicht auf neue Produkte umzusteigen: Denn wie heißt es beispielsweise auf der Homepage von Danfoss Österreich: Trotz der weltweiten Finanzkrise setzt Danfoss Drives weiter auf eines der größten Investitionsprogramme in der Firmengeschichte. Rasant steigende Energiepreise und die Sorge um die globale Klimaerwärmung haben Industrie und Handel wachgerüttelt.

Das hätte beispielsweise Botschaften sein können, die Herr Biel der Geschäftsleitung hätte überbringen können. Das Verhalten des neuen Wirtschaftsministers, der nach einer Stippvisite bei der Geschäftsleitung wieder entschwand, ohne mit dem Betriebsrat auch nur Kontakt aufzunehmen, ist unglaublich und disqualifiziert ihn vollständig. Die mehrfachen Personalrotationen im Wirtschaftsministerium haben dort leider nur zu einer Verschlimmbesserung geführt.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.05.2009, 12:45 Uhr - 2900 Clicks - Nr. 583

„Kein Durchgangsverkehr über die Ringstraße!“

Die SPD-Ratsfraktion ist mit der von der Verwaltung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umwelt vorgestellten Planung eines Anschlusses der K 8 an die Ringstraße so nicht einverstanden und fordert eine Bürgerversammlung. Am 12.05.09 war von der Verwaltung die Planung des 2. Bauabschnittes der Kreisstraße K 8 vorgestellt worden, die, ginge es nach der Verwaltung, an die Ringstraße angeschlossen werden soll.

„Mit diesen Planungsabsichten sind wir ganz und gar nicht einverstanden.“, sagt Simone Lange, Ratsfrau und Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Adelby. Entsprechend der politischen Beschlüsse der Vergangenheit wurde die Funktion der Ringstraße als

Hauptzufahrtsstraße von und nach Tarup und Engelsby aufgegeben.

Derzeit herrscht auf der Ringstraße ein sehr geringes Verkehrsaufkommen von 1000 Fahrzeugen innerhalb von 24 Stunden. Das Hauptverkehrsaufkommen wird über die Osttangente abgeführt. „Die Ringstraße konnte somit beruhigt werden und nimmt ihrem gut ausgebauten Radweg entlang an den dortigen Grünflächen und der naturnahen Spielfläche fast schon den Charakter eines Naherholungsgebietes ein“, so Simone Lange.



„Bei den Planungen für die jetzige Osttangente und für die neuen Siedlungsgebiete im Südosten der Stadt ist bisher immer davon ausgegangen worden, dass die Ringstraße beruhigt wird. Der Kehrtwende können wir nicht einfach so zustimmen. Wir brauchen Verlässlichkeit und wollen, dass Versprechungen eingehalten werden“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost.

Mit einem Anschluss der K 8 an die Ringstrasse würde, die derzeit geschlossene Straße wieder vollständig geöffnet und neben der K 8 und der Osttangente ein weiterer Hauptzufahrtsweg nach Tarup und Engelsby eröffnet. „Die K 8 soll als Entlastungsstraße dienen, um die Verkehre von Tarup, Sünderup und Hochfeld abzuleiten, wozu dann die erneute Öffnung der Ringstraße?“, fragt Simone Lange: „Das würde doch nur wieder dazu führen, dass die Hauptverkehre von und nach Hochfeld, Sünderup oder Tarup über die Ringstraße abgehen.“

Das Verkehrsaufkommen in der Ringstraße würde erneut stark ansteigen. Dies hätte zur Folge, dass die dortigen Wohngebietsbereiche erneut durch hohes Verkehrsaufkommen beeinträchtigt würden. Weiterhin würde es zu Einbußen der Naherholungsqualität sowie der Sicherheit der Radwege und des dortigen Schulweges kommen.

„Der aus Süden (Richtung Tastrup) über den Himmelberg kommende Verkehr könnte – so eine Überlegung der SPD – bis zur neuen K 8 fließen und sich dann über diese neue Straße verteilen. Den Durchstich nach Norden und einen Durchgangsverkehr über die Ringstraße bis nach Tarup hinein lehnen wir jedoch ab“, so der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. Die Tastruper wären dann genauso gut wie die Bewohner der neuen Siedlungsgebiete an das Flensburger Straßennetz angeschlossen. Als Verbindung nach Tarup gibt es für sie zusätzlich die Kreisstraße Tastruper Weg.

„Die Verwaltung soll in einer Bürgerversammlung über die bestehenden Planungsabsichten informieren und die Anregungen und Argumente der Bürgerinnen und Bürger einbeziehen,“ fordern Simone Lange und Helmut Trost.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 29.05.2009, 12:49 Uhr - 2758 Clicks - Nr. 584

SPD-Engelsby: Neue Ausgabe Stadtteilzeitung

Sehr geehrte Pussloch-Freunde.

dat Pussloch - Ausgabe Juni - ist soeben erschienen.

E-Mail Abonnenten haben Ihr Exemplar bereits zu Hause auf dem Rechner.

Die Briefkastenverteilung beginnt am Wochenende durch unsere Mitglieder.

Und diese Themen erwarten Sie:

- Geht 's eigentlich auch ohne?
- Was man weiss - was man wissen sollte
- Tag der offenen Tür beim TBZ
- Weltwirtschaftskrise - Finanzkrise
- Bürgerpark Twedt: SPD-Pflanzaktion 2009
- Rad fahren - Aber sicher!
- Aktuelle Schaubude auf Sommertour
- Neues vom Schottweg-Hochhaus

..... und vieles mehr.



Keine Kommentare

Maritimes Science Center: Erneuter Appell an die Fraktionen des Schleswig-Holste

Zu den Entscheidungen der Landtagsfraktionen von SPD und CDU, das MSC nicht zu fördern, erklären die Ratsfraktion von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, der CDU und der FDP in einem offenen Brief:

Sehr geehrte Damen und Herren Landtagsabgeordnete,

Das Maritime Science Center wäre das Leuchtturmprojekt der maritimen Wirtschaft und Wissenschaft in Schleswig-Holstein, es gilt zugleich als eines der PPP-Vorzeigeprojekte deutschlandweit. Seine herausragende Bedeutung wird zudem durch mehrere Gutachten unterstrichen.

Die Kieler Politik vertraut in die Tragfähigkeit eines Science Center Projektes in Kiel. Es ist der ideale Standort für erlebnisorientierte Wissensvermittlung im maritimen Sektor. Ein solches Projekt stellt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes unter Beweis.

Die Ablehnung dieses Projekts ist daher eine falsche Entscheidung, wie auch die Reaktionen aus Wirtschaft und Wissenschaft, aus der Kieler Politik und der Kieler Bevölkerung eindrucksvoll bestätigen.

Beweisen Sie Mut zur Zukunft, zeigen Sie urbane und wirtschaftliche Kompetenz, zeigen Sie, dass Sie es ernst meinen mit der Stärkung der Landeshauptstadt Kiel und der Stärkung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft und Wissenschaft. Bleiben Sie verlässlich!

Nutzen Sie die Fraktionssitzungen am 2. Juni 2009, um Ihre Entscheidung zu überdenken, und stimmen Sie am 4. Juni 2009 im Ausschuss so ab, dass der Wirtschaftsminister im Sinne des Projektes, im Sinne der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger Schleswig-Holsteins entscheiden kann

Kommentar von [Günther](#) vom 29.05.2009, 20:09 Uhr:

RE: Maritimes Science Center: Erneuter Appell an die Fraktio

Ich möchte mich dem Appell im oben genannten Brief anschliessen. Auch ich halte die Entscheidung für falsch dass Science Center nicht fördern zu wollen. Wir wollen unsere Stadt auch gerne voran bringen und ein weiteres Highlight in Kiel haben. Das Science-Center würde viele Tausende Menschen nach Kiel locken und ein Publikumsmagnet werden. Ich hoffe dass Herr Biel Mut beweist und sich für den Bau des Science-Centers entscheidet.

Erklärung von Dr. Wolfgang Wodarg zur Abstimmung über "Schuldenbremse" im GG

Die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern sollen mit den vorgelegten Gesetzentwürfen modernisiert werden. Diesem Anspruch werden sie nicht gerecht. Vielmehr ist zu befürchten, dass die gesamtstaatliche finanz- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit durch das geplante Gesetzeswerk erheblich eingeschränkt und der deutsche Föderalismus zukünftig kraft Verfassung Schaden nehmen wird. Diese Erklärung wurde von Ortwin Runde formuliert und von beiden Abgeordneten gemeinsam abgegeben.



Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten

**Ortwin Runde, Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg a. D.,
Dr. Wolfgang Wodarg, Flensburg-Schleswig**

zu den Entwürfen 1. eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d) sowie 2. eines Begleitgesetzes zur zweiten Föderalismusreform (Tagesordnungspunkt 35 zur 225. Sitzung des 16. Deutschen Bundestages am 29.05.2009; Bundestagsdrucksachen 16/ 12410 und 16/ 12400)

Die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern sollen mit den vorgelegten Gesetzentwürfen modernisiert werden. Diesem Anspruch werden sie nicht gerecht. Vielmehr ist zu befürchten, dass die gesamtsstaatliche finanz- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit durch das geplante Gesetzeswerk erheblich eingeschränkt und der deutsche Föderalismus zukünftig kraft Verfassung Schaden nehmen wird. Das Grundgesetz heißt so, weil es Grundsatzcharakter hat. Dies soll und muss auch für die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern (und auch Kommunen) sowie ihre Finanzierungsspielräume gelten. Aber schon seit zehn Jahren gibt es durch Verfassungsänderungen den Trend, zunehmend Details im Grundgesetz zu verankern. Dies gilt auch für die von der Föderalismusreformkommission II gemachten Vorschläge. Dies zu kritisieren, ist dabei keine rein verfassungsästhetische Frage. Ausschweifende Verfassungsregelungen können dazu führen, dass sie zunehmend die demokratische Substanz, die das Grundgesetz neben den Grundrechten ganz elementar schützen soll, aushöhlen.

1. Das Grundgesetz ist schließlich keine Verwaltungsvereinbarung und auch kein Notarvertrag. Eine solche Entwicklung würde auch die Legitimation unserer Verfassung und die demokratische Kultur beschädigen. Hierauf hat bereits der ehemalige Verfassungsrichter Dieter Grimm hingewiesen: Wer in das Grundgesetz Dinge schreibt, die eigentlich in einfache Gesetze oder nur in ihre Durchführungsverordnungen gehören, der macht neuen politischen Mehrheiten das Leben schwer. Diese müssten nämlich dann, wenn sie politisch etwas ändern wollten, die Verfassung ändern. Je mehr also durch die Verfassung im Detail festgeschrieben wird, um so schmäler ist der Raum für neue Mehrheitsentscheidungen. Die Verfassung, grundsätzlich zum Schutz des demokratischen Diskurses berufen, könnte in solchen Konstellationen zu dessen Falle werden. Demokratische Machtverschiebungen dürfen aber nicht folgenlos werden. Ansonsten würde das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie durch den reinen Glauben an eine Verfassung, die es schon richten werde, demontiert. In einer Zeitenwende kommt es aber besonders auf verantwortliche Richtungsentscheidungen der Wählerinnen und Wähler an.

2. Die Befürworter der in das Grundgesetz aufzunehmenden Schuldenbremse argumentieren, mit der neuen Konstruktion verbinde sich eine nötige Bekräftigung des staatlichen Konsolidierungswillens. Anderenfalls sei es um die Glaubwürdigkeit des Staates und damit auch seine finanzielle Bonität schnell geschehen. Die Vergangenheit lehre, wohin ein nicht eng genug geschnürtes Korsett für die staatlichen Finanzen führe. Das Argument von der nötigen Handlungsfähigkeit des Staates ist von beachtlichem Gewicht. Die SPD hat in der zurückliegenden Legislatur der Großen Koalition immer auf diesen Grundsatz gepocht und etwa auf die Gegenfinanzierung bei Steuersenkungen geachtet. Wer jedoch mit Blick auf die Staatsverschuldungspraxis zurückblickt, wird feststellen müssen, dass diese vor allem zwei Ursachen hatte: Zum einen wurden die Defizite aus schlechten Zeiten in guten Zeiten nicht ausgeglichen. Zum anderen wurde eine Konsolidierung oft durch Steuersenkungen konterkariert; die nötige Einnahmesicherung missachtet. Ohne Einnahmesicherung in Zeiten

konjunkturellen Aufschwungs können dauerhaft keine soliden Staatsfinanzen erreicht werden. Steuerstaat und solide Demokratie sind eng miteinander verbunden. Nicht ohne Grund ist von mehreren Sachverständigen in der Anhörung zur Umsetzung der neuen Staatsschuldenverfassung erklärt worden, ein Erfolg auch der neuen Regeln, also das Erreichen solider Staatsfinanzen in der Zukunft, hänge letzten Endes von der politischen Praxis ab. 3. Die neue Schuldenregelung wurde und wird von ihren Befürwortern als Reaktion auf die Globalisierung begriffen. Gemeint war damit die veränderte Rolle der Staaten in einer durch die Finanzmärkte gesteuerten Welt. Staaten kamen darin bestenfalls wie Unternehmen vor, nicht als Gestalter nach demokratischen Spielregeln. Im Bewusstsein lag dabei zumeist nur jene Seite der Globalisierung, die durch Entgrenzung der Märkte Zuwächse bringt. Das tut sie - aber eben nicht nur.

In Finanzfragen ist gewiss: Eine Münze hat immer zwei Seiten. Und die Globalisierung hat in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise ihre andere Seite gezeigt. Insofern ist der Hinweis von Sachverständigen beachtlich, mit dem Schuldenbremsenkonzept würden lediglich Schlachten der 80er- und 90er-Jahre geschlagen. In Zukunft werde man sich sehr viel mehr Gedanken über globale Krisen angesichts einer globalisierten Wirtschaft machen müssen und erst recht, wie man im international verwobenen Kontext mit solchen Krisen umzugehen gedenke. Dies setzt eine größere Flexibilität voraus.

Dementsprechend erscheinen auch die Maastrichter Regeln in einem neuen Licht. Die darin für die Euro-Staaten vorgesehenen Verschuldungsgrenzen haben das Vorbild für die neue grundgesetzliche Schuldenregel gegeben, genauer: in einer verschärften Form. Aber gehört eine Regelung in das Grundgesetz, die enger gefasst ist, als das Maastrichter Regelwerk? Ist dieses Konstrukt angesichts der unbekannten weiteren Entwicklung noch tragfähig, wenn wir jetzt schon wissen, dass 2009 dreizehn von 16 Euro-Staaten einschließlich Deutschlands die Maastrichter Kriterien verfehlen werden und auf Jahre das Erreichen des Dreiprozentkriteriums ungewiss sein kann? Welchen Wert besitzen grundgesetzliche Regelungen, die offensichtlich nicht eingehalten werden können? Was gebietet insofern der Respekt vor dem neuen Deutschen Bundestag, der am 27. September gewählt werden wird? Meine Antwort lautet darauf: Jedenfalls nicht die zur Entscheidung vorgelegte vermeintliche Schuldenbremse.

4. In der Verfassung soll viel Neues gemessen am Bruttoinlandsprodukt festgelegt werden. Kein Satz findet sich jedoch dazu, dass eine bestimmte, am Bruttoinlandsprodukt (BIP) festlegbare Steuerquote nötig ist, um einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können. Als unter der Großen Koalition 2007 und 2008 der Haushaltsausgleich über alle Gebietskörperschaften nach langer Zeit annähernd erreicht worden ist, gab es in der Bundesrepublik eine Steuerquote von etwa 23 Prozent des BIP. Sie genügte nur (!) für den Haushaltsausgleich in 2008, noch nicht zum nachhaltigen Abbau bestehender Staatsschulden. Wird ohne ihre verfassungsrechtliche oder zumindest verfassungsnahe Verankerung - die Union hat sich in der Föderalismusreformkommission II gegen eine solche Festlegung gestemmt - eine Schuldenbremse und für die Länder sogar ein Schuldenverbot festgelegt, so muss die Sorge bestehen, dass die Haushaltskonsolidierung vorrangig über Ausgabenkürzungen künftig erreicht werden wird. Dies wird besonders Zukunftsinvestitionen wie Bildung und Wissenschaft und den Sozialetat treffen. Zudem können gerade viele Kommunen als letztes Glied der Kette - aber am nächsten an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger - ihre Handlungsfähigkeit verlieren, wenn die Landeshaushalte sich zu ihren Lasten konsolidieren.

Dem wird entgegengehalten, die neue Schuldenbremse wirke in ihrer Ausgestaltung doch faktisch wie ein Steuersenkungsverbot. Dementsprechend hat sich in der Sachverständigenanhörung jedoch nur der Wirtschaftswissenschaftler Clemens Fuest geäußert, aber kein Jurist. Er hat auch ausdrücklich nur von einer faktischen Wirkung gesprochen. Einen rechtlichen, geschweige denn einen verfassungsrechtlichen Konnex gibt es insoweit nicht. Eine

Schuldenbremse, die das BIP zum Maßstab wählt, kann also immer nur auf jener Ebene verankert werden, wie die der zur Sicherung der Einnahmen verbundenen Regelungswerke. Dies sind gegenwärtig die Steuergesetze. Sie sind, aus guten Gründen, durch Demokratie offen gestaltbares einfaches Gesetzesrecht.

Damit bleibt es bei der Befürchtung: In oder nach einer Krise würden bei diesem engen Haushaltskonsolidierungsgebot in der Verfassung vor allem die nur einfachgesetzlich gesicherten Staatsausgaben für Soziales, und damit zugleich wichtige volkswirtschaftliche Stabilisatoren, zur Disposition gestellt werden. Dies gilt erst recht, wenn die Steuergesetze zusätzlich unter den Druck eines regionalen Steuerdumpings zwischen den Bundesländern geraten sollten. Eine Haushaltskonsolidierung kann auch im Urteil der Bevölkerung aber nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn sie sozial verträglich und mit volkswirtschaftlicher Vernunft stattfindet.

5. Besonders deutlich wird die mit der neuen Schuldenregel verbundene Herausforderung für den nächsten Deutschen Bundestag, wenn man sich den derzeit für die Übergangszeit angelegten Korridor anschaut. Dabei handelt es sich um eine starre mechanistische Regel allein für den Bund, die unabhängig von der weiteren konjunkturellen Entwicklung dazu zwingen wird, das strukturelle Defizit zwischen 2011 und 2016 in mehrstelliger Milliardenhöhe abbauen zu müssen, um dann verfassungsgemäß ein strukturelles Defizit von 0,35 Prozent des BIP zu erreichen (Art. 143d Abs. 1 Satz 5 und 6 GG-neu; Art. 2 § 9 Abs. 2 Begleitgesetz zur zweiten Föderalismusreform).

Was bedeutet diese Regelung konkret? Als die Kommission über diesen Übergangspfad diskutierte, hatte das Bundesfinanzministerium (BMF) ein strukturelles Defizit für 2009 in Höhe von 1,5 Prozent des BIP angenommen, also etwa von 37 Mrd. Euro. Das BMF hatte ferner ins Auge gefasst, dies in Schritten von jeweils 0,25 Prozent des BIP bis 2016 schließlich auf 0,35 Prozent, also auf rund 8 Mrd. Euro, zu reduzieren. Jährlich hätte dieser Korridor von 29 Mrd. Euro jeweils eine Absenkung, sprich zusätzlich nötige Einsparungen von gut sechs bis sieben Mrd. Euro bedeutet. In der Zwischenzeit hat sich die Situation noch einmal extrem verschärft. Einerseits bedingt durch teilweise verfassungsrechtlich bedingte Steuerrechtsänderungen, wie zur Pendlerpauschale, der steuerlichen Absetzbarkeit von Krankenversicherungsbeiträgen und durch die steuerlichen Verabredungen zum Konjunkturpaket II, andererseits durch die dramatischen Einbrüche bei der wirtschaftlichen Entwicklung von minus 6 Prozent des BIP samt der damit ausgelösten Folgen für staatliche Einnahmen und Ausgaben dürfte das strukturelle Defizit des Bundes gegenwärtig bei ca. 3 Prozent liegen.

Drei Prozent des BIP machen 75 Mrd. Euro aus. Verfassungsrechtlich festgeschrieben wären damit nötige Einsparungen über einen Korridor von 66 Mrd. Euro, also deutlich über 20 Prozent des gegenwärtigen Bundeshaushalts. Wie dies mit Garantien für die sozialen Sicherungssysteme von der Renten- bis zur Arbeitslosenversicherung oder Steuersenkungsvorstellungen von Union und FDP in der absehbaren wirtschaftlichen Situation umgesetzt werden soll, ist unergründlich.

Neben diese konkret bevorstehende Anstrengung für den nächsten Deutschen Bundestag tritt die Perspektive für den Bund, ab 2019 voraussichtlich mehr Verantwortung für die Länder übernehmen zu müssen. Für die Länder ist, verpflichtend ab 2020, eine strukturelle Nettoneuverschuldung von Null in der Föderalismusreformkommission II verabredet worden. Dieses scheinbar großzügige Angebot der Ministerpräsidenten der finanzstarken Länder, auch die finanzschwachen Länder auf eine strukturelle Null-Neuverschuldung zu verpflichten, dürfte sich für den Bund noch als Danaergeschenk erweisen.

Zum einen kann die Verdrängung der Länder aus der strukturellen Kreditaufnahmemöglichkeit dazu führen, dass sie zu vermehrt konjunkturell begründeter Verschuldung übergehen, kurz: die diesbezüglichen Kriterien weicher für sich definieren werden. Zum anderen übernimmt der

Bund eine verfassungspolitisch höchst brisante Verantwortung mit Blick auf die Finanzausstattung finanzschwacher Länder, wenn die Regelungen zum Länderfinanzausgleich 2019 auslaufen. Die "strukturelle Null" könnte dann argumentativ gegen den Bund in der Weise gewendet werden, dass der Bund - ihre nicht auszuschließende Nicht-Einhaltung durch bestimmte Länder zu diesem Zeitpunkt angenommen - für fehlende laufende Einkünfte der Länder durch Ausgleich aus "seinem" Steueraufkommen geradezustehen habe.

Beide Befürchtungen sind in der Sachverständigenanhörung am 4. Mai 2009 zur Föderalismusreform II geäußert worden. Sollte der Bund erfreulicherweise die Anstrengung bestanden haben, 2016 seine strukturelle Verschuldung auf 0,35 Prozent des BIP zu begrenzen, so warten im Vorfeld der Neuregelung des Länderfinanzausgleichs weitere Forderungen auf ihn.

6. Hochproblematisch ist, dass die Handlungsfähigkeit des Staates mit Blick auf Zukunftsfelder nicht nachhaltig verbessert werden konnte. Dies gilt insbesondere für das Aufgabenfeld "Bildung und Forschung". In der öffentlichen Debatte ist es Konsens, dass wesentlich mehr in Bildung und Forschung zu investieren ist, auch aus öffentlichen Haushalten. In der Praxis führt dies zu Friktionen und Umgehungslösungen: Die Bundesfinanzierung zum Ausbau der Kinderbetreuung durch ein Gesetz der Großen Koalition wurde über eine Stiftung geführt. Weitere Belege zu den bestehenden Problemen ergeben sich mit Blick auf das Konjunkturpaket II und den Bildungsgipfel. Die Kanzlerin stand in den eigenen Reihen aufgrund ihrer Forderungen auf dem Bildungsgipfel in der Kritik, weil die Erhöhung des Bundesanteils an Bildungsausgaben vom gegenwärtigen Art. 104b Grundgesetz (GG) verschlossen wird. Bisher führt dies im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II zum Beispiel etwa für die Kommunen zu der nahezu absurden Situation, Schulsanierungen nur dann angehen zu können, wenn sie sich sicher sind, dass sich diese zu mindestens 51 Prozent auf energetische Gebäudesanierung beziehen. Dieser Nachweis kann in der Regel jedoch erst nach Abschluss einer Baumaßnahme geführt werden.

Mit der vorgeschlagenen Neufassung des Art. 104b GG sollen diese Widersprüchlichkeiten jetzt vorgeblich geheilt werden. Aber in welcher Form? Bildung kann danach nur dann vom Bund gefördert werden, wenn es sich um Maßnahmen im Zusammenhang "von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen oder die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen" handelt. Bildungsk Kooperation findet demnach dann statt, wenn in der Nordsee ein Tsunami ausbricht oder die Deutsche Bank einen Crash erleidet, aber zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft im Bundesgebiet oder zur Förderung des wirtschaftlichen Wachstums ausdrücklich nicht.

Das verstehe wer will - es hat jedenfalls mit Rationalität nichts mehr zu tun. Diese Paradoxien werfen verfassungspolitisch deutlich die Frage auf, wer davon mehr Schaden an seinem Ansehen nimmt, die Realität oder das Grundgesetz?

Ich stimme den Gesetzesvorlagen daher nicht zu.

Ortwin Runde

Dr. Wolfgang Wodarg

Keine Kommentare

TESA-Werk in Harrislee arbeitet sehr erfolgreich!

Sie dichten unsere Fenster und Türen, halten unsere Bilder an der Wand und lassen Kleiderhaken ohne Nagel fest sitzen: Die Frauen und Männer des TESA-Werkes Harrislee liefern gefragte Produkte und schreiben schwarze Zahlen für ihren Konzern, der seinen Hauptsitz in Hamburg hat. Nachdem durch Rationalisierungsüberlegungen der Hamburger Zentrale und einen Zeitungsartikel der stabile Betrieb verunsichert worden war, nahm Dr. Wolfgang Wodarg die Gelegenheit wahr und besuchte den Betriebsrat.

BILD: v.l.n.r: Uwe Blunck, Joachim Thomsen, Wolfgang Wodarg, Frank Thomasky

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg besuchte den Betrieb am Grönfahrtweg in Harrislee, um sich ein Bild von der Firma und den Sorgen der MitarbeiterInnen zu machen.



Die 52 MitarbeiterInnen sind voll beschäftigt, merken nichts von der Wirtschaftsflaute und werden sogar noch gelegentlich von Kolleginnen und Kollegen einer Leiharbeitsfirma unterstützt.

Sie arbeiten nach einem Modell der Vertrauensarbeitszeit: "Das Werk setzt damit statt auf das bloße Erbringen von Zeit auf ergebnisorientiertes Arbeiten. Die Mitarbeiter handeln eigenverantwortlich, organisieren selbst ihre Arbeitsabläufe und treiben so Veränderungen voran," heißt es auf der Tesa-Homepage.

Der Betriebsratsvorsitzende, Uwe Blunck stellt stolz fest: "Das gesamte Werk ist prima in Schuss und ausbaufähig!" Er meint weiterhin: "Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit der Belegschaft beträgt ca. 20 Jahre. Das ist vor allem der Grund, weshalb wir so produktiv und innovativ sind".

"Es sind eben nicht nur die Maschinen, die in Harrislee stehen und genauso woanders stehen könnten, es ist das Know-How und die starke Identifikation der Mitarbeiter mit der Firma! Sie begründen das Geheimnis des betrieblichen Erfolges von TESA-Harrislee," stellten die VertreterInnen des Betriebsrats unter heftigem Kopfnicken der anwesenden Belegschaft fest.

"Wir hoffen, dass der Konzern die Vorteile des Standortes Harrislee und der Region wahrnimmt und nutzt", meinten der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg und der stellvertr. SPD-Fraktionsvorsitzende der Gemeinde Harrislee Frank Thomasky, der den Abgeordneten bei seinem Werksbesuch begleitete.

Keine Kommentare

FESTUNG EUROPA EINREISSEN!

„Fast täglich sterben Menschen an den Grenzen Europas. Die überlebenden Flüchtlinge werden in Lagern untergebracht, in denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Dies muss ein Ende haben!“

, erklären Svenja Tillmann und Jannis Gilde vom Juso-Kreisvorstand.

„Wir fordern die Bekämpfung von Fluchtursachen durch

gezielte Entwicklungshilfe, nicht die Bekämpfung der Flüchtlinge selbst. Diesen Menschen muss eine sichere Einreise in die EU und ein faires Asylverfahren ermöglicht werden. Außerdem ist es unumgänglich, dass Flüchtlinge während ihres Aufenthalts in der EU menschenwürdig behandelt werden und eben nicht wie Menschen zweiter Klasse, wie es täglich passiert“, so Tillmann und Gilde weiter.



Um für ihre Positionen zu werben und auf die Europawahl am 7.Juni aufmerksam zu machen, errichteten die Jusos Segeberg in der Bad Segeberger Innenstadt eine Mauer, um die Abgrenzungspolitik Europas zu versinnbildlichen.

„Vielen Menschen ist nicht bewusst, was an den Grenzen z.B. Spaniens oder Italiens unaufhörlich passiert. Aber nur wer zur Wahl geht und die Positionen der SPD unterstützt, kann dazu beitragen, dass diesem bald ein Ende gesetzt wird“, so Alexander Wagner, Sprecher des Juso-Kreisvorstands. „Unsere Kandidatin für das Europäische Parlament, Ulrike Rodust, unterstützt uns in den Forderungen und wird sich mit der SPE (Sozialdemokratische Partei Europas) für ein offenes Europa einsetzen.“

Keine Kommentare

Windkraft im Kreis Segeberg

Energie muss bezahlbar und umweltfreundlich sein.“

Der SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Beran zum Thema Windkraft im Kreis Segeberg

Klimaschutz muss im Mittelpunkt einer modernen Energiepolitik stehen. Wer weiter wie bisher auf Atomenergie setzt, macht sich abhängig von Uran-Importen und hinterlässt ungelöste Entsorgungsfragen. Alternativ stehen zahlreiche wieder erneuerbare Energien zur Verfügung, in Schleswig Holstein unter anderem über zweieinhalb Tausend Windkraftanlagen. Ob es noch mehr werden, liegt an der Bereitschaft von Städten und Gemeinden, Flächen für die Aufstellung der Windräder zur Verfügung zu stellen. Im ländlichen Raum lehnen viele Bürgerinnen und Bürger weitere Windkraftanlagen in Siedlungsnähe ab. Was tun? Wieder auf Atomkraft setzen wie Finnland und Schweden und neue Atomkraftwerke bauen? – Das kann

nicht die Lösung sein, denn auch weitere Atomkraftwerke in Siedlungsnähe sind nicht erwünscht.

Eine wichtige Strategie für die kommenden Jahre ist daher die Energieeinsparung. Gebäude, Geräte, Fahrzeuge, Kraftwerke und Industrieanlagen müssen so gebaut oder saniert werden, dass sie möglichst wenig Energie verschwenden. Das Ziel der SPD ist es, die Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln. Die Förderung von wirksamen Minderungsmaßnahmen im Gebäudebestand ist dabei ein wichtiger Eckpfeiler.

Das neue Energiewirtschaftsgesetz von 2003 hat den Markt geöffnet und den regulierten Zugang Dritter zu den Versorgungsnetzen gewährleistet. Zuständig für die Preisfestlegung der Netzentgelte und Durchleitungsgebühren Drittanbieter für die Nutzung von Strom- und Gasleitungen ist die Bundesnetzagentur. Die SPD wird sie darin unterstützen, ihre kartellrechtlichen Möglichkeiten vollständig auszuschöpfen.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 02.06.2009, 16:53 Uhr - 3006 Clicks - Nr. 590

SPD-Engelsby: Großer Familientag des TBZ

Technik, Infos, Musik, Spaß, Grill und gute Laune: Am Samstag, dem 6. Juni von 10 bis 16 Uhr stellt das Technische Betriebszentrum – kurz TBZ – sich und seine Aufgaben bei einem Tag der offenen Tür vor.

„In Kürze wird der Bauhof für die Straßenunterhaltung seinen Betrieb vom Munketoft zum Zentralstandort verlagern. Damit schließen wir eine lange und arbeitsreiche Phase der steten Entwicklung und Umstrukturierung ab. In den vergangenen 14 Jahren

hat sich das Unternehmen zu einer starken städtischen Gesellschaft gemausert und sein Aufgabenprofil ständig erweitert“, erläutert Uwe Hahn, Geschäftsführer des TBZ, den Hintergrund des Aktionstages.



„2009 haben wir nun endlich alle Betriebsteile an einem Ort, den politischen Auftrag umgesetzt und erzielen die größtmöglichen Synergien. Diesen erfolgreichen Abschluss wollen wir mit den Flensburgern mit einem fröhlichen Aktionstag feiern. Und wir wollen uns mit all unseren Leistungen, mit allem Drum und Dran einmal vorstellen, schließlich ist nahezu jeder Flensburger Gebührenzahler und Kunde von uns.“

Das Kommunalunternehmen mit Sitz in der Schleswiger Straße 76 unweit des Fördeparks nimmt eine Vielzahl städtischer Aufgaben eigenverantwortlich wahr. Neben der Müllabfuhr, der Straßenreinigung, der Entwässerung (Klärwerk) sowie der Reinigung städtischer Gebäude gehören auch der Straßen- und Kanalbau dazu. Aber auch alle kommunalen Grünflächen einschließlich Marienhölzung und Strände werden vom TBZ betreut.

„Diese Aufgabenfülle wird sich bei unserem Tag der offenen Tür widerspiegeln“, kündigt TBZ-Geschäftsführer Uwe Hahn an. „Wir möchten den Flensburgern ebenso anschaulich wie unterhaltsam zeigen, was mit ihren Gebühren geschieht.“

Gerade auch für die kleinen Besucherinnen und Besucher wird eine Menge geboten,

angefangen bei einer großen Hüpfburg über einen Verkaufsstand mit Zuckerwatte, Liebesäpfeln und Mandeln bis hin zum Rasenmäherrennen. Das Team des Spielmobils wird eine Rollbahn-Rutsche sowie eine Schminkstation für Kinder aufbauen und darüber hinaus Kettcars verleihen, mit denen die Jüngeren auf eigene Faust das Gelände erkunden können.

Für Stimmung, Spaß und gute Laune sorgt den ganzen Tag über die Gruppe „policia do samba“. Die Mischung aus traditionellen brasilianischen Rhythmen und eigenen Arrangements von Bandleader Tim Kliem sowie eine mitreißende Atmosphäre halten Bauch und Beine in Atem. Die „Sondereinsatztruppe zur Förderung von Rhythmus, Bewegung und guter Stimmung“ wird auch beim Tag der offenen Tür des TBZ alles geben.

„Verhungern und verdursten wird dabei natürlich auch keiner“, verspricht der TBZ-Chef.

Bei all dem bunten Rahmenprogramm wird die Information sowie das Angucken und Ausprobieren der TBZ-Technik nicht zu kurz kommen. Fahrzeuge aller Art zum Anfassen und Hineinsetzen, eine Geschicklichkeitsfahrt mit einer Gebäudereinigungsmaschine, Baumfällungen live und hautnah, dazu verschiedene Vorführungen, Mitmachaktionen und Infostände aller Bereiche – da dürfte wirklich jeder auf seine Kosten kommen. Die Umweltpolizei sowie die Flensburger Friedhöfe AöR werden als Partner des TBZ ebenfalls präsent sein.

Parken wird übrigens auch kein Problem sein. Direkt am TBZ, neben unserem Recyclinghof, werden wir einen großen Parkplatz zur Verfügung stellen“.

Eine Info zum Schluss: Der besagte Recyclinghof Schleswiger Straße wird anlässlich des Tages der offenen Tür länger geöffnet sein. Sperrmüll, Grünabfälle, Schadstoffe etc. können hier am 06.06. bis 16 Uhr angeliefert werden.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 03.06.2009, 10:04 Uhr - 8478 Clicks - Nr. 591

MdB Sönke Rix zum Kinderschutzgesetz: Gut gemeint, schlecht gemacht

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung hat für uns einen hohen Stellenwert. In den vergangenen Jahren haben wir viel erreicht. Z. B. mit der Kinderschutzinitiative des Bundes in 2005, mit der Erleichterung von familiengerichtlichen Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls, mit der neuen Früherkennungsuntersuchung U7a oder der Verbesserung der Kinderrichtlinien für Ärzte.



Der von Frau von Leyen vorgelegte Gesetzentwurf zum Kinderschutz kann jedoch in dieser Form nicht weiter verfolgt werden. Bereits im Februar hat die SPD-Bundestagfraktion - wie auch z.B. der Kinderschutzbund - den Entwurf kritisiert und eine Expertenanhörung gefordert. Diese hat jetzt stattgefunden und unsere Vorbehalte eindeutig bestätigt.

Viele Sachverständige, darunter Wissenschaftler, Mitarbeiter von Kinderschutzzentren, Ärzte und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände haben deutlich gemacht, dass der Entwurf den fachlichen Anforderungen an einen effektiven Kinderschutz nicht gerecht wird. Zahlreiche

Sachverständige warnten sogar vor problematischen Folgen für Kinder und Jugendliche. Statt präventiver Ansätze enthält der Entwurf für die Praxis untaugliche Regelungen. Die Balance zwischen Hilfe und Kontrolle müsse gewahrt bleiben, wenn man den Zugang Problem-Familien nicht verbauen wolle.

Die Handlungsfähigkeit der Jugendämter muss gestärkt werden. Natürlich müssen sie auch Kontrollen durchführen. Wir dürfen Jugendämter aber nicht zu reinen „Melde-, Kontroll- und Eingriffsbehörden“ umfunktionieren. Die Jugendämter müssen weiterhin die wichtige Aufgabe ausfüllen, Familien bei der Erziehung ihrer Kinder zu beraten und zu unterstützen. Vieles in dem Entwurf ist vielleicht gut gemeint, ist aber schlecht gemacht und wirkt möglicherweise anders als gewünscht. Diese Gefahr sehen zahlreiche Sachverständige. Sie warnen: Neue Kontrollpflichten können dazu führen, dass weniger Hilfe und Unterstützung bei den Betroffenen ankommt.

Um den Kinderschutz weiter zu verbessern, kommt es auf eine gute Vernetzung der Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitswesen, auf eine hohe Fachlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort sowie auf ein funktionierendes Fehlermanagement an. Von alledem findet sich nichts in dem vorliegenden Gesetzentwurf. Vorbild könnte hier Schleswig-Holstein sein, wo Landesprogramme zur Vernetzung von Jugendhilfe und Gesundheitswesen wie "Schutzengel für Schleswig-Holstein" und "Willkommen im Leben" verankert wurden, um soziale und gesundheitliche Frühwarnsysteme weiterzuentwickeln.

Die SPD-Bundestagsfraktion will ein Gesetz, das den Namen Kinderschutzgesetz verdient. Doch dafür bedarf es sinnvoller und gut durchdachter Regelungen.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 03.06.2009, 12:26 Uhr - 2402 Clicks - Nr. 592

Anti-Kleingartenallianz von WiF, Grünen und CDU

Einen Teilerfolg konnte die SPD bei der Diskussion über die Zukunft der Kleingartenkolonie 68a an der Kanzleistrasse erzielen. Zwar scheiterten ihre Vertreter im Hauptausschuss knapp (5:6 Stimmen) an WiF, Grünen und CDU, als sie vorschlug, grundsätzlich keine Vermarktung der Kleingärten vorzunehmen. Gleichwohl wird jetzt mit den Kleingärtnern gesprochen, um eventuell eine einvernehmliche Lösung zu erreichen.

Die Zukunft der Kolonie beschäftigt die städtischen Gremien schon länger: Im Mai fasste der Rat seinen Beschluss über das Kleingartenkonzept, ein Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes am 12.05.2009 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Planung abgelehnt worden. Der Hauptausschuss hatte am 21.04.2009 beschlossen, dass von der Verwaltung Gespräche mit den Kleingärtnern geführt werden sollten.



Harsche Kritik übte deshalb der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost daran, dass trotz dieses politischen Auftrages aus dem Hauptausschuss kein Kontakt mit den Kleingärtnern aufgenommen wurde: „Wir stehen zu den Kleingärtnern, wollen keine Hängepartie, aber einen fairen Umgang mit den Betroffenen.“

Immerhin wird jetzt mit den Kleingärtnern verhandelt: Kurzfristig soll die Pachtsituation in der Kolonie und die Erwartungshaltung der Kleingärtner geklärt werden. Ziel ist es, eine einvernehmliche Lösung über die Pachtdauer zu erzielen.

Letztlich wird es der Hauptausschuss sein, der entscheidet. „Vor der Aufnahme von Vermarktungsaktivitäten ist der Hauptausschuss über die Gesprächsergebnisse zu informieren und ein entsprechender Freigabebeschluss des Hauptausschusses einzuholen“, heißt es in dem Beschluss, der auf Vorschlag von Helmut Trost gefasst wurde.

Tief enttäuscht und verwundert zeigte sich die SPD-Fraktion besonders über das Abstimmungsverhalten der CDU, die sogar die Gespräche mit den Kleingärtnern rundweg ablehnte.

Keine Kommentare

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 03.06.2009, 14:49 Uhr - 3309 Clicks - Nr. 593

SPD stimmt einer PUA-Einsetzung zu

Zur Vorstellung des Antrags zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses durch die Oppositionsparteien erklärt der designierte Ob-mann der SPD-Landtagsfraktion für den PUA, Jürgen Weber:

Der Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur HSH Nordbank werden wir selbstverständlich zustimmen.

Wir werden den Antrag sehr sorgfältig prüfen und dann entscheiden, ob wir Ergänzungen im Rahmen der Möglichkeiten des PUA-Gesetzes beantragen.

Wir begrüßen die Absichtserklärung der Oppositionsfraktionen, die Arbeit zügig voranzubringen und im Dezember abzuschließen. Auch wir haben ein klares Aufklärungsinteresse. Denn es wird Zeit, dass in der Debatte um die HSH Nordbank Erkenntnisse und Fakten an die Stelle von Vermutungen und Unterstellungen gesetzt werden.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 03.06.2009, 16:03 Uhr - 4283 Clicks - Nr. 594

Warum der 7. Juni für Europa so wichtig ist

Liebe Stormarnerinnen und Stormarner,

am Sonntag ist Europawahl. Es wird dort über dieselben Themen zu entscheiden, die auch für Deutschland von Bedeutung sind: gerechte Bildung, soziale Gerechtigkeit, Mindestlöhne für die Beschäftigten, klare Regeln für die Finanzmärkte. Europa ist in einer Entscheidungssituation. Europas Einheit darf nicht beim Binnenmarkt stehen bleiben. Europa ist mehr als ein Markt. Europa steht für unsere Werte, für Frieden, Fairness und Gerechtigkeit. Wir



müssen jetzt den Schritt zu einem sozialen Europa gehen. Die EU muss eine gemeinsame Ordnung aufbauen, mit klaren Regeln für die Märkte und starken sozialen Rechten für die Menschen. Globale Märkte müssen globale Regeln bekommen, ohne Schlupflöcher und Steueroasen. Ein starkes und soziales Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung und auf die Wirtschafts- und Finanzkrise sein.

Die SPD will eine neue europäische Bildungsoffensive mit Investitionen in Bildung und Weiterbildung, Innovation, Forschung und Entwicklung und den freien Zugang zu Bildung als einem Menschenrecht von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule.

Die SPD will einen starken europäischen Klimaschutz und eine ökologische Industriepolitik, die in erneuerbare Energien investiert und Wirtschaft, Arbeit und Umwelt zusammenbringt – gegen Atomkraft und ein Zurück in die energiepolitische Steinzeit.

Die SPD will ein Europa, das für Frieden, Abrüstung, Entwicklung und soziale Gerechtigkeit weltweit eintritt.

Das ist unser Weg. Dafür brauchen wir eine starke Sozialdemokratie und mehr SPD für Europa.

Daher meine Bitte: gehen Sie am 7. Juni zur Wahl. Ulrike Rodust soll Schleswig-Holstein weiter im EU-Parlament vertreten, Martin Schulz soll EU-Kommissar werden und Europa soll sozialer werden.

Herzliche Grüße,
Martin Habersaat
SPD Stormarn
Kreisvorsitzender

Link-Tipp für Unentschlossene:

www.wahl-o-mat.de

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 03.06.2009, 23:10 Uhr - 5225 Clicks - Nr. 595

Wir setzen Signale - SPD legt Revolutionsbroschüre vor!

Heute hat der SPD-Kreisvorstand eine Dokumentation des SPD-Kongresses aus dem November 2008 anl. des 90. Jahrestages der Kieler Revolution 1918 vorgelegt. Dazu erklärt Rolf Fischer, SPD-Kreisvorsitzender und Herausgeber der Broschüre:

"Wir haben im vergangenen Jahr festgelegt, die Kieler Revolution von 1918 stärker im öffentlichen Bewusstsein unserer Stadt zu verankern. Noch immer hat das welthistorische Ereignis nicht den entsprechenden öffentlichen Stellenwert.



Ein erster Schritt auf diesem Weg war der gut besuchte Kongress an der Christian-Albrecht-Universität, den wir im November letzten Jahres veranstalten konnten.

Im Zentrum stand ein umfassender Vortrag von Prof. Dr. Peter Brandt zum Thema „Der historische Ort der deutschen Revolution von 1918/19“. Diesen Vortrag haben wir nun dokumentiert und mit konkreten Vorschlägen zur besseren Akzeptanz der historischen Ereignisse, die ja am Beginn der Demokratie in Deutschland standen, versehen.

Diese Broschüre kann kostenlos über das SPD-Kreisbüro (90 60 612) bezogen werden. Sie ist Teil eines Gesamtkonzeptes. Es hat sich nämlich in Kiel mittlerweile ein Kreis interessierter Bürger/innen gefunden, der die Bedeutung der Ereignisse aufarbeiten und verstärken will. Diesem Kreis gehören u.a. Historiker und Bildungsfachleute an.

Wir werden in diesem Jahr neue Initiativen erarbeiten und damit die Rathausaktivitäten zum Gedenken an 1918 begleiten und verstärken. Es wird nicht reichen, nur der Stadt die Arbeit zu überlassen. Gedenken ist öffentlich, aber es muss auch privat unterstützt werden. Wir benötigen eine vielfältige Bewegung „von unten“, damit wir unser Ziel erreichen. Dazu gehören weitere Kongresse, die Vertiefung der Kontakte zur Revolutions-Partnerstadt Wilhelmshaven oder auch die Veränderung der Situation der Revolutionsgräber auf dem Eichhof-Friedhof. Wir setzen Signale!"

Kommentar von [Martin Habersaat](#) vom 04.06.2009, 21:49 Uhr:

RE: Wir setzen Signale - SPD legt Revolutionsbroschüre vor!

Ein tolles Projekt! Urgroßvater Habersaat war übrigens 1918 Werftarbeiter in Kiel.

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 04.06.2009, 10:25 Uhr - 2751 Clicks - Nr. 596

Ulrike Rodust kümmert sich um die Belange der Fischer in der Schlei-Region

Im Rahmen ihres Mammutprogramms mit Besuchen in ganz Schleswig-Holstein nahm sich die Europaabgeordnete Ulrike Rodust am Freitag vor Pfingsten einen ganzen Nachmittag und Abend Zeit, die Region in Angeln an der Schlei zu besuchen.

Ein besonderes Anliegen war für sie, sich in Kappeln die Sorgen und Nöte der Fischer aus Schleswig und Kappeln anzuhören und sie versprach, sich für ihre Angelegenheiten in der EU einzusetzen. Begleitet wurde Ulrike Rodust von den Landtagskandidaten des Wahlkreises 6 Ralf Wrobel und des Wahlkreises 7 Birte Pauls.

Die Fischer berichteten, dass die Arbeit in der Fischereiwirtschaft besonders in der Schlei und in der westlichen Ostsee durch die Vielzahl von Kormoranen erschwert werde, die seit etwa 20 Jahren den Bestand von z. B. Aalen ausräubern. Hier wird auf eine einheitliche europäische Regelung mit einem vernünftigen Managementplan gesetzt, womit der EU-Abgeordnete Heinz Kindermann bereits mit einer wirtschaftlichen Untersuchung den Anstoß gegeben hat.

Ein weiteres Problem bedeutet der Preisverfall von 70% beim Dorsch, der neben den Fangquotenkürzungen für die Fischerei zur Existenzbedrohung wird. Das wird darauf zurück geführt, dass der Markt mit illegal oder halbillegal gefangenem Fisch überschwemmt wird. Hier sagt Ulrike Rodust zu, eine Recherche dazu vorzunehmen.

Die Fischer berichteten außerdem, dass sie große Schwierigkeiten bei der Nachwuchsgewinnung haben. Unter den gegebenen Bedingungen wandert die Jugend ab und sucht sich lukrativere Betätigungsfelder. Besonders hart ist es, wenn es Nachwuchs in den Familienbetrieben mit Interesse am Beruf gibt, dieser dann aber sie nach Beendigung der Lehre seine Wehrpflicht antreten muss. Dies hinterlässt eine große Lücke, die nicht zu schließen ist. Ulrike Rodust verspricht, den Kontakt zu den Fischern in der Region über die beiden

Landtagskandidaten Birte Pauls und Ralf Wrobel zu pflegen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 04.06.2009, 14:33 Uhr - 12949 Clicks - Nr. 597

"Forum im Schloss" am 3. Juni: MdB-Runde beim Seniorenbeirat

Einmal im Monat lädt der Seniorenbeirat von Bad Bramstedt Bürgerinnen und Bürger jeden Alters zur Veranstaltungsreihe „Forum im Schloss“ ein. Diesmal auf dem Podium: Jörn Thießen und seine MdB-Kollegen von CDU und FDP.

Unter der Leitung des Seniorenbeiratsmitglieds Hans-Werner Park nahmen die Abgeordneten Jörn Thießen, SPD, Dr. Rolf Koschorrek, CDU, und Jürgen Koppelin, FDP, im Juni Stellung zur Renten-, Finanz- und Gesundheitspolitik der Bundesregierung.



„Wir alle erleben heute etwas ganz Neues, für das auch erfahrene Politiker keine fertigen Lösungen parat haben.“ So Jörn Thießen zur derzeitigen, weltweiten Wirtschaftskrise. Es müsse darüber diskutiert werden, wo der Staat stark sein oder sich zurückziehen sollte. Es könne nicht sein, jeden maroden Betrieb zu übernehmen. Im Parlament ließe sich auch keine Mehrheit dafür finden, noch mehr Steuergelder für Verstaatlichungen einzusetzen. Für Jörn Thießen sind wachsende Solidarität und Politik nah bei den Menschen ein wichtiger Anknüpfungspunkt, gemeinsam einen Weg aus der Krise zu finden.

Jürgen Koppelin sieht nur in der Steuersenkung eine Möglichkeit der Wirtschaftskrise Herr zu werden. Der FDP-Abgeordnete will Altersarmut und Schwarzarbeit bekämpfe. Denn es gäbe genug Arbeit in Deutschland, nur sei sie zu teuer. Daran müsse sich etwas ändern.

Rolf Koschorrek forderte erhöhte Transparenz des Geldflusses ärztlicher Selbstverwaltung. Die Kassenärztlichen Vereinigungen arbeiteten völlig intransparent. Die Politik erführe nicht, wo die 3,9 Milliarden Beitragsgelder eingesetzt werden. Die Patienten könnten mehr Selbstverantwortung übernehmen, wenn sie wüssten, welche Kosten ihre Behandlungen im Einzelnen verursachen. Auch hier mangle es deutlich an Transparenz.

Jörn Thießen setzte sich für eine Bürgerversicherung ein, in die unterschiedslos eingezahlt wird, eine Versicherung für alle, sonst sei Gerechtigkeit unvorstellbar.

Auch die Forums-Gäste beschäftigte vor allem die gerechte Verteilung der Mittel. Sie forderten die drei Bundestagsabgeordneten auf, sich in Berlin verstärkt für eine vernünftige und nachvollziehbare Politik einzusetzen.

Keine Kommentare

[Andreas Beran](#) - veröffentlicht am 04.06.2009, 17:32 Uhr - 6346 Clicks - Nr. 598

Sozialer Tag am 18. Juni 2009

Welche Schülerinnen, welche Schüler,

sucht noch einen Arbeitsplatz für den Sozialen Tag am 18. Juni 2009?

Ich biete ihr/ihm die Möglichkeit in meinem Bürgerbüro in Bad Bramstedt an diesem Tag zu arbeiten.

Interessierte melden sich bitte so schnell wie möglich

unter Telefon: 04192/8899777 oder E-mail: buergerbuero@andreas-beran.de. Eine

Mitfahrgelegenheit von Kaltenkirchen oder Henstedt-Ulzburg nach Bad Bramstedt wäre nach Absprache möglich.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 05.06.2009, 08:43 Uhr - 1639 Clicks - Nr. 599

Science Center: Landtagsfraktionen von CDU und SPD treten die Stadt Kiel

Zu dem negativen Votum des Finanzausschusses des Landtages erklären die stv.

Fraktionsvorsitzende der SPD, Gesa Langfeldt und der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 /DIE GRÜNEN, Lutz Oschmann:

"Die CDU- und SPD-Mitglieder des Finanzausschuss des Landtags empfehlen dem Wirtschaftsminister das Maritime Science Center nicht weiter zu verfolgen. Damit wird eine große Entwicklungschance für Kiel und seine maritime Wissenschaft und Wirtschaft zerschlagen. Die maritime Verbundwirtschaft ist von der Wirtschaftskrise stark betroffen und anstatt ihr zu helfen wird ein maritimes Schlüsselprojekt ohne sachliche Begründung beerdigt. Auch die Landesinitiative „Zukunft Meer“ liegt damit auf dem Trockenen.

Es ist schon bemerkenswert, dass der glühende Verfechter des MSC Wirtschaftsminister Dr. Biel nicht selbst im Finanzausschuss für das Projekt gekämpft hat und sich vom Staatssekretär vertreten lies. Das nennen wir Feigheit, damit ist Dr. Biel inhaltlich schon zurückgetreten. Wir haben wenig Hoffnung, dass der Wirtschaftsminister die Kraft hat, seine bekundete Förderbereitschaft auch umzusetzen.

Wenn jetzt über mögliche Kieler Kompensationsprojekte diskutiert wird bleibt festzuhalten: es zeichnet sich kein vergleichbares Projekt ab, das solch eine überregionale Strahlkraft entwickeln könnte wie das MSC und dazu noch ohne Betriebszuschüsse der Stadt auskommt."

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 05.06.2009, 11:04 Uhr - 7121 Clicks - Nr. 600

Stoppt die Ausverkaufspläne des CDU-Landrats:

Stoppt die Ausverkaufspläne des CDU-Landrats:

Die Kliniken gehören den Bürgern – Gesundheit ist keine Ware!

Beschluss der Mitgliederversammlung des Ortsvereins Uetersen vom 03. Juni 2009

Die Kliniken des Kreises Pinneberg sind über Jahrzehnte von den Bürgern aufgebaut worden. Sie bieten eine wohnortnahe Versorgung und ein erhebliches Spektrum an medizinischen Leistungen. Das Bürgereigentum und die öffentliche Kontrolle über die Kliniken haben stets dazu beigetragen, dass sich die Krankenhäuser an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger orientiert haben und nicht an den Profitinteressen von privaten Klinikbetreibern. So soll es bleiben.

Der von der CDU gestellte Landrat des Kreises betreibt die kalte Enteignung der Bürgerinnen und Bürger. Nachdem die Regio-Kliniken – auch durch die Leistung der Beschäftigten – fast saniert waren und bereits nahezu schwarze Zahlen schrieben, ist nun plötzlich von Millionendefiziten die Rede. Die Verantwortung dafür kommt Aufsichtsratschef Wolfgang Grimme und der Geschäftsführung der Kliniken gleichermaßen zu. Uetersen hatte mit der Schließung seines Krankenhauses ein besonders großes Opfer bei der Sanierung des Gesamtunternehmens gebracht – umso empörter sind wir, dass von der CDU nun der Verkauf aller Häuser an private Betreiber erwogen wird. Auch die zweifellos schwierigen Rahmenbedingungen des Gesundheitswesens dürfen verantwortliche Politiker nicht dazu bringen, Gesundheit als Ware zu behandeln. Wir befürchten erhebliche Verschlechterungen für die Patienten.

Die Mitgliederversammlung beschließt daher:

1. Eine Privatisierung der Kreiskliniken lehnen wir ab. Offerten wie die des Regio-Managements, die Kliniken für einen Euro oder mehr zu übernehmen, sind ein Schlag ins Gesicht der Bürger. Hinzunehmen sind nur Lösungen und Sanierungskonzepte, die einen 100prozentigen Verbleib der Krankenhäuser in öffentlichem Eigentum beinhalten.
2. Die Kreisfraktion wird aufgefordert, einen Verkauf der Kliniken an das Klinikmanagement oder private Konzerne wie Asklepios im Kreistag abzulehnen. Sie soll initiativ werden, um auch andere Fraktionen von dieser Position zu überzeugen.
3. Wir fordern die Landesregierung auf, die unseriösen Verkaufsvorbereitungen zu unterbinden und das Eigentum der Bürger zu schützen. Ein überforderter Landrat darf keine freie Hand bekommen, um ein für die öffentliche Daseinsfürsorge zentral wichtiges Unternehmen zu verhökern.
4. Der Kreisvorstand wird aufgefordert, eine breite Kampagne unter dem Motto „Die Kliniken gehören den Bürgern – Gesundheit ist keine Ware“ vorzubereiten. Sie soll in den laufenden Bundestags- und Landtagswahlkampf integriert werden.
5. Sollte der Landrat nicht von seinen absurden Ausverkaufsplänen ablassen, sollten weitere rechtliche Möglichkeiten geprüft werden. Der Kreisvorstand wird aufgefordert, auch zu klären, ob zu den Terminen der Bundestags- und Landtagswahl ggf. ein Bürgerbegehren und Volksentscheid stattfinden kann.

Keine Kommentare

Dithmarschen Tour mit Ulrike Rodust

Schleswig-Holsteins Europaabgeordnete Ulrike Rodust besuchte auf ihrer Westküstentour auch den Westhof in Friedrichsgabekoog sowie den "Blanken Hans" in Büsum. Auf dem Westhof, schilderte der Firmeninhaber Rainer Carstens seinen persönlichen und den Werdegang seines Betriebes.

Schleswig-Holsteins Europaabgeordnete Ulrike Rodust besuchte auf ihrer Westküstentour auch den Westhof in Friedrichsgabekoog sowie den "Blanken Hans" in Büsum. Auf dem Westhof, schilderte der Firmeninhaber Rainer Carstens seinen persönlichen und den Werdegang seines Betriebes. Er gab

Einblicke in die Struktur des Firmengeflechts und über die Zahl der Dauer- und Saisonarbeitsplätze. Als Visionär bezeichnete sich Carstens, als er davon sprach, die Verantwortung für seine Produkte vom Feld bis auf den Teller zu übernehmen. Beeindruckt zeigte sich Ulrike Rodust von der Größe des Betriebes und Mengen an Produkten, die über das Jahr in Friedrichsgabekoog und Wöhrden be- und verarbeitet werden.

Im zweiten Teil der Dithmarschen Tour besuchte sie den "Blanken Hans" und wurde dort von Bürgermeister Maik Schwartau begrüßt. Nach einer Reise durch die Vergangenheit und der Besichtigung der anschließenden Ausstellung, wurden im Gespräch die Hilfsmöglichkeiten der Kandidatin in Straßburg erörtert.



Keine Kommentare

Frei und links

Rückblick auf eine gelungene Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Neumünster

vom 12. Mai bis 30. Mai 2009

von Alexandra Mallon



Drei Wochen demokratische Geschichte. Drei Wochen neu verstehen lernen, dass Demokratie zu keiner Zeit unserer Geschichte ein Selbstgänger war, war für viele Besucher ein beeindruckendes Erlebnis. Dass hier Männer und Frauen an vorderster Spitze für diese Demokratie, zum Wohle aller Menschen, gekämpft haben, dafür verfolgt, durch die Straßen gehetzt, eingesperrt und ermordet wurden, rief tiefe Betroffenheit hervor und zollte jedem Einzelnen dafür Achtung und Respekt.

Doch trotz aller "Blutspuren" und Niederlagen hat am Ende - zum Glück - die Demokratie gesiegt (wie diese Ausstellung eindeutig belegt), die uns seither ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ermöglicht. Die Grundwerte und Ziele der Sozialdemokratie sind damit, auch wenn die Politik sich immer wieder erneuern und den Gesetzen der Zeit und seinen Herausforderungen anpassen muss, unverrückbar.

So hat ein Wahlplakat von 1959 " geh mit der Zeit, geh mit der SPD" bis heute an Aktualität nichts verloren.

Zielorientiertes, verantwortungsbewusstes Denken und Handeln sollten bei den heutigen Volksvertretern, vor allem aber bei der SPD, genau so Gültigkeit haben, wie damals bei unseren politischen Vorbildern und Vordenkern. Viele haben danach an der demokratischen Ordnung für unser Land mitgewirkt und tragfähige und entscheidende Akzente gesetzt. Sie haben sich der Verantwortung für dieses demokratische Erbe gestellt und es nach bestem Wissen, Gewissen und Können fortgeführt. Führend für uns Willy Brandt und Helmut Schmidt, die aus tiefster Überzeugung mehr Demokratie gewagt haben, als heute erkennbar ist.

Wie wichtig dabei Parteiprogramme sind, spiegelt die Ausstellung ebenso eindrucksvoll wieder, wie die immerwährende Kompromissfähigkeit. Ohne gültiges Parteiprogramm ist eine Partei insgesamt orientierungslos (Eisenacher Programm von 1869, Gothaer Programm von 1875, Erfurter Programm von 1891, Mannheimer Abkommen von 1906, Görlitzer Programm von 1921, Heidelberger Programm von 1925, SPD Aktionsprogramm 1945, Godesberger Programm 1959, Irseer Programm/Berliner Programm 1984, 1989, Leipziger Programm der SPD der DDR 1990, Hamburger Programm 2007). Es ist wichtig, Ziele vor Augen zu haben, für die es lohnt, mit anderen etablierten Gruppierungen mutig zu streiten und sich von ihnen abzuheben. Ziele, die nah bei den Menschen sind und sie erkennen lassen, wohin der Weg der SPD führt.

Kompromisse einzugehen ist mitunter eine Abkehr von den eigenen Vorstellungen, ein Ziel zu erreichen. Ist ein Einlassen auf Gedanken und Ideen, die einem selbst bis dahin fremd waren. Die politischen Zeittafeln der Ausstellung wären nicht so vielfältig und aussagefähig, wäre nicht gerade auch diese Fähigkeit darauf dokumentiert. Nicht etwa die so genannten "faulen Kompromisse" zur Erhaltung von Macht und Einfluß sind gemeint, sondern die Kompromisse, die den Menschen noch bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen versprochen. Man denke hier z.B. an die SPD und die Gewerkschaften im Mannheimer Abkommen. Eine Politik ohne gesunde und wohlüberlegte Kompromissfähigkeit kann also nur zur Erstarrung führen und zum Desaster für Land und Leute werden.

Realitäten anzuerkennen, ohne sich mit den Verhältnissen abzufinden, aber dennoch die eigene Identität zu wahren, war immer der Weg und sind die starken Wurzeln der deutschen Sozialdemokratie. Willy Brandt hat das gelebt.

Fazit: Eine parteigeschichtliche Ausstellung von hohem Wert für jeden an Demokratie interessierten Menschen. Und wenn die Politik darüber debattiert, das Wahlalter der Jungwähler herabzusetzen, dann sollte sie zu allererst darüber debattieren, Politik im Rahmen der politischen Bildung in den Schulen einzuführen. Demokratische Wahlen sind Bürgerrecht und Bürgerpflicht zugleich. Und gerade weil das Leben in unserer Demokratie zum Alltagsdasein gehört, wäre es mehr als wichtig, junge Menschen über den steinigen Weg zur Demokratie, in der sie behütet leben, zu unterrichten. Einen Wahlzettel auszufüllen sollte nicht nur "cool" sein und "nach mir die Sintflut" zum Inhalt haben, sondern als Akt hoher politischer Verantwortung, auch für sich selbst, verstanden sein.

Wo immer die Ausstellung "Frei und links" der Friedrich-Ebert-Stiftung gezeigt wird, ist zu empfehlen, sie zu besuchen, sich auf ihre Geschichte einzulassen und sich für einen Moment auf die Wurzeln der deutschen Sozialdemokratie zu besinnen.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 05.06.2009, 12:19 Uhr - 3361 Clicks - Nr. 603

Ofelder Seifenkisten Cup 2009

Nun ist es soweit: die Homepage für das Seifenkistenrennen in Osterrönnfeld ist online. Der SPD-Ortsverein und der Osterrönnfelder Turn- und Sportverein (OTSV) sind Veranstalter des 1. Ofelder Seifenkisten Cup 2009.

Weitere Infos zum Seifenkistenrennen und Anmeldemöglichkeiten unter www.ofelder-seifenkiste.de

--

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 05.06.2009, 12:24 Uhr - 5838 Clicks - Nr. 604

Ulrike Rodust und Dr. Wolfgang Wodarg standen in Kappeln Rede und Antwort

Wie arbeiten Volksvertreter in Brüssel, Straßburg und Berlin? Endlich konnte man einmal direkt nachfragen, wie die Arbeit des Europaparlamentes eigentlich organisiert ist, welche Entscheidungen die Kommission, der Rat, das Parlament auf europäischer Ebene fällen können und welchen Einfluss der Bundestag auf nationaler Ebene in der Europapolitik nehmen kann.



Die Gäste in Kappeln hatten reichlich Gelegenheit einen Crashkurs in Europapolitik zu absolvieren. Neben Ulrike Rodust, MdEP saß Dr. Wolfgang Wodarg mit am Tisch, der als erfahrener Europapolitiker im Deutschen Bundestag die Veranstaltung moderierte und für die Schnittstelle zwischen nationaler und europäischer Politik sachkundig Auskunft gab.

Es wurde allen Gästen sehr deutlich, dass die Frage nicht mehr heißt: Europäische Union, "Ja" oder "Nein", sondern Europäische Union "Ja!" - aber wie?

Im Anschluß gab es ein buntes europäisches Buffet mit Leckereien und Wein aus vielen europäischen Staaten.

Musikalisch umrahmt wurde die Diskussion durch das aus Kappeln stammende Trio "Vielsaitig", welches seinem Namen zur Freude der Diskussionsrunde alle Ehre machte.

PRESSE-ECHO:

aus den Kappeler Nachrichten:

SPD bot europäische Leckerbissen zur EU-Politik Kappeln/rz

"... Kappelns stellvertretende SPD-Ortsvereinsvorsitzende Marina Eidrich stellte den Besuchern mit Ulrike Rodust, Bürgermeisterin von Holzdorf, die SPD-Spitzenkandidatin in Schleswig-Holstein für die am 7. Juni anstehende Wahl zum Europaparlament vor. Und der SPD-Ortsverein selbst hatte sich viel Mühe gegeben, diese Veranstaltung unter dem Motto "Soziales Europa" attraktiv zu gestalten. Auf die Besucher warteten Käsehäppchen mit Sorten aus ganz Europa. Und die angebotenen Weine warben ebenfalls für ihre Herkunftsländer.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg führte in die Europapolitik ein. In seiner Rede betonte er, dass "viele Menschen von dem Europa der Konzerne enttäuscht" seien. Daher sei es wichtig, den Menschen zu erklären "wofür es ein Europa gibt". Als Lehrbeauftragter der Uni Flensburg für "European Studies" habe er festgestellt, dass speziell die jungen Menschen heute Europa als Möglichkeit mit großen Berufschancen begreifen. Ganz Europa sei heute ein Raum. Europa müsse sich zusammenschließen, um konkurrenzfähig zu bleiben. Daher sei es notwendig, Menschen für die Wahl zu motivieren.

Ulrike Rodust sah den schwachen Besucherzuspruch in Kappeln nicht dramatisch. Wie sie erklärte, hat sie bei ihren bisherigen Veranstaltungen "einen starken Zuspruch" festgestellt. Sie erinnerte daran, dass sie seit Juli 2008 aufgrund eines Todesfalls in das EU-Parlament nachgerückt ist. Seit September arbeite sie aktiv als Mitglied der sozialistischen Fraktion mit. Und damit habe sich ihr Leben radikal geändert. Montags bis donnerstags sei sie in Brüssel zur Ausschussarbeit oder im Straßburger EU-Parlament. Lediglich alle sechs bis acht Wochen könne sie sich um ihren Wahlkreis kümmern.

Die SPD-Europa-Abgeordnete bestätigte, dass die meisten der in Deutschland geltenden Gesetze in Europa gemacht werden. Das gelte jedoch noch nicht für den Agrarbereich. Sollte der Lissabon-Vertrag in allen EU-Staaten ratifiziert sein, könnte sich das aber ändern. Rodust erwartet, dass das noch in diesem Jahr erreicht werden könnte. Sie sei überzeugt von der "europäischen Idee von Frieden, Stabilität und sozialer Gerechtigkeit". Allerdings wendeten sich immer mehr Menschen von Europa ab, "weil es in eine soziale Schieflage geraten ist". Als Sozialdemokratin werbe sie "für das soziale Europa, das große Integrationsprojekt der kommenden Jahre". Dieses Europa brauche "faire, gerechte Zustände und klare Regeln für die Märkte".

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 05.06.2009, 14:31 Uhr - 2408 Clicks - Nr. 605

Pakt für Wachstum und Beschäftigung

Eine Chance für Flensburg und die Region

Vor dem Hintergrund des heutigen Besuches von Arbeitsminister Uwe Döring und der Danfoss-Demonstration vor dem Rathaus erklärt Helmut Trost, Kreisvorsitzender der Flensburger SPD:

„Ein Pakt für Wachstum und Beschäftigung ist eine Chance für die arbeitsmarktpolitisch arg gebeutelte Stadt Flensburg und die Region. Wir müssen jetzt nach vorne schauen und alle Möglichkeiten ausloten, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen unsere Zukunft zu gestalten.“



Wir stehen in der Pflicht zu handeln. Alle Akteure - Verwaltung, Politik, die Beschäftigten, Gewerkschaften und die Unternehmen - müssen gemeinsam aktiv werden und den Pakt für Wachstum und Beschäftigung verwirklichen. Sie müssen alles in ihren Kräften Stehende tun, um heute Perspektiven für morgen zu schaffen. Resignation und Rückzug wären die falschen Antworten. Aktives Gegensteuern ist gefragt. Wir dürfen und werden nicht tatenlos zusehen, wie Arbeitslosigkeit, Armut und Angst den Alltag in unserer Stadt prägen.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien dürfen nicht die Leidtragenden einer Krise sein, die sie nicht verursacht haben. Mit vollem Einsatz müssen wir deshalb um jeden Arbeitsplatz und jedes Unternehmen in Flensburg und der Region kämpfen. Wir müssen Existenzen sichern. Wir müssen an den zweifellos vorhandenen Stärken der Region anknüpfen, diese nutzen, um ihre Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Stadt und Region haben schon viele Rückschläge überwunden und erstaunlich gut weggesteckt – dank des Engagements und der Qualifikation der Arbeitnehmer, die ein großes Kapital sind. Sicher haben wir die schwerste Wirtschafts-, Finanz- und Beschäftigungskrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Doch es sind auch regionale Faktoren, die die Situation bei uns besonders schwer machen. Die Auswirkungen der Krise werden die exportorientierte Flensburger Wirtschaft besonders stark treffen. Wenn dann – wie im Fall Danfoss – auch noch örtliche Fehlentscheidungen und grundsätzlich falsche Weichenstellungen hinzukommen, wird Flensburg doppelt belastet. Diese Krise ist ein tiefer Einschnitt. Die Kette der Hiobsbotschaften muss deshalb unterbrochen werden. Wir brauchen auch Signale des Aufbruchs, brauchen Perspektiven.“

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 05.06.2009, 15:51 Uhr - 2843 Clicks - Nr. 606

SPD-Engelsby: Geh-und Radwegbrücke eingeweiht

Heute um 13.30 Uhr war es endlich soweit. Flensburgs Bürgermeister Henning Brüggemann und stellvertretender TBZ- Leiter Gunther Leiser, durchtrennten das blaugelb gestreifte Band und gaben die Brücke zur Nutzung frei.

Damit endet die beinahe zweijährige Geschichte von dem Abriss der alten Holzbrücke am 26. Juni 2008 und die damit durchtrennte Wegeverbindung zwischen den



Stadtteilen Fruerlund/Engelsby und Mürwik.

Die hochmoderne Drei-Feld Schrägseilbrücke ist 46,50 m lang und 24 Tonnen schwer. Gehalten wird die Konstruktion von 16 Doppelzugseilen mit einem Durchmesser von je 24 mm. Die 3 Meter breite und 30 cm starke Betonschicht wird von zwei Hauptrundrohren, 25 Mittelquerträgern und zwei Endträgern getragen.

Mit der heutigen Fertigstellung der Brücke wurde gleichzeitig auch die Sperrung des darunter liegenden Wanderweges aufgehoben. Die ebenfalls neu angelegte Treppe verbindet jetzt Fruerlundmühle mit dem Wanderweg unter der Brücke durch das Lautrupsbachtal. Ein vielfach geäußelter Wunsch aus der Bevölkerung wurde damit realisiert.

Keine Kommentare

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 05.06.2009, 17:51 Uhr - 3121 Clicks - Nr. 607

SPD Glücksburg wählt neuen Vorsitzenden

In der zum 4. Juni 2009 einberufenen Mitgliederversammlung des Ortsvereins Glücksburg wurde Hermann Jobben zum Ortsvereinsvorsitzenden und Michael Schulz zum Stellvertretenden Ortsvereinsvorsitzenden gewählt.

Dr. Uwe Kötschau gehört dem Vorstand als Beisitzer an.

Der neue Vorsitzende dankte dem scheidenden Vorsitzenden Uwe Kötschau für die in den zurückliegenden zehn Jahren

geleistete Arbeit in den kommunalpolitischen Gremien der Stadt Glücksburg.

Als Beisitzer wird Uwe Kötschau weiterhin dem Vorstand angehören und mit seinem Rat die politische Arbeit des Vorstandes vor Ort begleiten.

Michael Schulz ist im Ortsverein " groß " geworden und hat lange Jahre sowohl vor Ort, als auch in politischen Gremien der Stadt Glücksburg mitgewirkt.

Hermann Jobben gab der Hoffnung Ausdruck, da die Vorstandsarbeit in einem Ortsverein nur in einem Team zu leisten ist, dass alle gewählten Vorstandsmitglieder die anstehenden Aufgaben als Team erfolgreich bewältigen werden.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 05.06.2009, 18:53 Uhr - 4704 Clicks - Nr. 608

In Kiel ist Platz für ein Science Center!

Zur aktuellen Debatte über das Kieler Science Center erklärte SPD-Kreisvorsitzender

Rolf Fischer:

"Es sei daran erinnert, dass das erste Konzept für ein Science Center in Kiel sozialdemokratisch initiiert war: In den Verhandlungen 2001/02, von den Stadträten Klein-Knott und Rethage getragen, setzte sich Kiel gegen Flensburg durch und erhielt den Zuschlag. Ab 2003 haben wir dann als Opposition im Rat dieses Projekt weiter unterstützt.



Auch in der SPD ist die Enttäuschung groß. Deshalb gilt heute für uns: In Kiel ist Platz für ein Science Center! Maritime Wissenschaft und Technik müssen eine Plattform in der Landeshauptstadt erhalten. Wenn sich der aktuelle Vorschlag aber nicht durchsetzt, wie es die Ausschussentscheidung und die Reaktion des Wirtschaftsministers Biel (CDU) zeigen, dann sollten wir schnell eine Alternative anbieten, damit Kiel von den in Aussicht gestellten Mitteln profitieren kann. Nun liegt wohl bisher kein "Plan B" vor, den aber benötigen wir. Ein neues - auch maritimes - Projekt, verknüpft mit attraktiven Bildungsinhalten, dürfte inhaltlich und konzeptionell kein unlösbares Problem sein. "Wissen ans Wasser" - diesem Motto sehen wir uns weiterhin und nun besonders verpflichtet."

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 05.06.2009, 20:36 Uhr:

RE: In Kiel ist Platz für ein Science Center!

Ich bin sehr verärgert über das Aus für das Science-Center in Kiel. Kiel ist ein Forschung und Technologiestandort mit einer Universität, dem Institut Geomar, Forschungsanstalt der Bundeswehr für Wasserschall und Geophysik und einige andere. Da ist auch noch Platz für das maritime Science-Center. Kiel braucht eine Attraktion um seine Stärken auch nach Aussen zu präsentieren, auch im Hinblick auf Schüler, Touristen und Kreuzfahrer. Deshalb halte ich diese Entscheidung für falsch. Und wo war der Wirtschaftsminister Herr Biel? Er war in den betreffenden Ausschüssen nicht vertreten und ist abgetaucht. Dieses Verhalten kann man nur als feige bezeichnen. Ich hoffe im nächsten Jahr, da sind Landtagswahlen in Schleswig Holstein. Ich wünsche mir dass eine mögliche SPD/Grüne Landesregierung das MSC Kiel wieder vorantreibt, wennes nicht schon zu spät ist und andere Städte diese Idee Aufgreifen. Übrigens: Wie soll es sich mit der geplanten SRB Kiel verhalten? Oder den Karstadt/Leik-Bereich, die Konzepte für die Kieler Innenstadt? Ich frage mich, Soll hier alles wegen der Finanzkrise den Bach runtergehen?

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 06.06.2009, 13:42 Uhr - 3851 Clicks - Nr. 609

750 Jahre Schönberg – Lothar Hay würdigt „Hauptstadt der Probstei“

als Dienstleistungsstandort und Motor für den Tourismus

Erscheinungsdatum:

05.06.2009

Innenminister Lothar Hay hat die Gemeinde Schönberg im Kreis Plön als Dienstleistungsstandort und Motor für die touristische Entwicklung in der Region gewürdigt. „Schönberg ist gleichsam die Hauptstadt der Probstei“, sagte Hay am Freitag (5. Juni) auf der 750-Jahr-Feier der Gemeinde. Er sprach sich dafür aus, die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen durch die Bündelung von Aufgaben und Kooperationen weiter zu erhöhen. Ein positives Beispiel sei die seit einigen Jahren bestehende Zusammenarbeit von Schönberg und anderen Gemeinden des Amtes Probstei im Tourismus.

„Kleinteiliges Denken entlang kommunaler Grenzen kann sich niemand mehr leisten“, sagte der Minister.

Das Amt Probstei erfüllt nach den Worten von Hay die Voraussetzungen, einzelne Kreisaufgaben wie die Bauaufsicht zu übernehmen. Auch Aufgaben der Verkehrsaufsicht oder des Naturschutzes kämen in Betracht. Das dafür erforderliche Gesetzgebungsverfahren sei auf dem parlamentarischen Weg. „Die innerkommunale Funktionalreform wird die Verwaltung noch näher an die Bürger heranbringen“, sagte Hay. Nach der Eingliederung in das Amt Probstei am 1. Januar 2008 ist Schönberg mit seinen 6.000 Einwohnern Amtssitz geworden. Die Amtsverwaltung betreut über 22.000 Einwohner in 20 amtsangehörigen Gemeinden.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 06.06.2009, 20:19 Uhr - 2662 Clicks - Nr. 610

Ulrike Rodust motiviert zur Teilnahme an der Europawahl

Ulrike Rodust kam am Freitag vor Pfingsten zu einer europäischen Veranstaltung der Ortsvereine im Amt Süderbrarup nach Ekenis. Bei Käse und französischem Baguette beantwortete Ulrike die vielen Fragen.

Die Veranstaltung im Gasthaus Callsen in Ekenis war sehr gut besucht und Ulrike gab auf die vielen Fragen zu Europa als auch zu arbeitnehmerbezogen Themen professionelle Antworten. Dies motivierte und begeisterte alle Anwesende. Ulrike nahm viele Ideen und Eindrücke mit. Die Ortsvereine im Amt Süderbrarup wünschen sich eine hohe Wahlbeteiligung und freuen sich, dass mit Ulrike Rodust die sozialdemokratischen Schwerpunkte in Europa einfließen werden!

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 07.06.2009, 13:58 Uhr - 6338 Clicks - Nr. 611

EUROPA wählt!

Im Wahllokal 24 in Flensburg auf dem Sandberg wird in zwei Schichten "gesessen". Ehrenamtliche sorgen dafür, dass alle Stimmberechtigten nach dem WählerInnenverzeichnis ihren Wahlzettel bekommen und in die Urne werfen können. Hinter dem Sichtschutz ist jede/jeder mit seinem Gewissen allein. Im Wahllokal traf ich heute zwei junge Flensburger Studenten und kam mit ihnen ins Gespräch, auch weil ich einen jungen Menschen fotografieren wollte, der von seinem Wahlrecht aktiv Gebrauch macht.

"Wir schimpfen so gern über Politik, und wer schimpft, der muss mindestens wählen gehen!" meinten sie.



Auch das anschließende Gespräch zeigte, dass es ein dummes Vorurteil ist, zu glauben, die Jugend sei an Politik nicht interessiert.

Vielleicht nur nicht an der Politik, die ihnen täglich vor Augen geführt wird?

Danke allen, die sich um Politik kümmern, allen, die uns als HelferInnen die Wahl ermöglichen und erst Recht allen, die wählen gehen - auch wenn sie über Politik schimpfen.

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Ich möchte Sie bitten, wählen zu gehen. Die Frage ist nicht, ob wir Europa wollen, sondern welches Europa wir wollen.

[EU-Info. Deutschland](#)

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 08.06.2009, 06:59 Uhr - 5618 Clicks - Nr. 612

Niedrige Wahlbeteiligung ist Alarmsignal für die Demokratie!

Zum Flensburger Ergebnis bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 7. Juni 2009 erklärt am Wahlabend Helmut Trost, Vorsitzender der Flensburger SPD:

Die Flensburger SPD ist bei den Europawahlen um 1,9 Prozent hinter ihrem Wahlergebnis von 2004 (damals 28,3 %) zurückgeblieben. Das heutige Ergebnis von 26,4 Prozent liegt unter unseren Erwartungen und ist zweifellos nicht das, was wir uns erhofft haben.

Wir verstehen es jedoch als Aufforderung der Wählerinnen und Wähler, sie durch harte und intensive Arbeit zu überzeugen. Wir wollen und werden verdeutlichen, dass wir für ein sozial gerechtes Flensburg stehen und dafür erfolgreich auf allen politischen Ebenen arbeiten. Das Wahlergebnis ist für uns insofern Herausforderung und Verpflichtung zugleich. Wir wollen uns an unseren Taten messen lassen, bei den nächsten Wahlgängen zum Bundes- und zum Landtag. Denn diese sind noch längst nicht entschieden.

Das heutige Wahlergebnis ist enttäuschend. Es hilft uns dabei nicht, auf die erheblichen Verluste der örtlichen CDU von 7,2 % (2004: 38,4 %, 2009: 31,2 %) zu schauen. Die Linken sind mit ihren 5,6 % sicherlich Nutznießer der Flensburger Beschäftigungskrise gewesen. Die Zukunft wird jedoch zeigen, dass es auf konkrete Arbeitsergebnisse ankommt und nicht auf Versprechungen und populistische Aussagen.

Auch in Flensburg ist es der SPD leider nicht gelungen, ihr Wählerpotential in dem Maß zu aktivieren, wie es angesichts der Bedeutung Europas für uns nötig gewesen wäre.

Die erschreckend niedrige Wahlbeteiligung von nur 32,5 Prozent kann überhaupt nicht



zufriedenstellen. Sie liegt nur unwesentlich über auf dem niedrigen Niveau von 2004 (damals 29,7 %). Es ist alarmierend, dass die Wahlbeteiligung in immerhin zehn Stimmbezirken unter 25 Prozent blieb, dort also über Dreiviertel der Wählerinnen und Wähler zuhause blieben. In den Wahlbezirken Ramsharde, Waldschule 1 und Comenius-Schule lag die Beteiligung sogar unter 20 Prozent.

Wenn durchschnittlich nicht einmal jeder Dritte zur Wahl geht, muss das Anlass für alle Parteien sein, ihr eigenes Handeln gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu hinterfragen. Wird vom Wahlrecht nicht Gebrauch gemacht, ist dies ein Alarmsignal für die Demokratie. Es ist uns bei der Wahl offensichtlich nicht gelungen, die grundsätzliche Bedeutung europäischer Entscheidungsprozesse, aber auch für die konkrete Stadtentwicklung vor Ort zu verdeutlichen. Dabei kann man sie in Flensburg im wahrsten Sinne des Wortes mit den Händen greifen: Schon bei einem kurzen Rundgang um die Hafenspitze begegnen einem mit Phänomena, Museumswerft, Historischem Hafen, dem Spielplatz an der Hafenpitze oder dem Anleger für Kreuzfahrer reihenweise Projekte, die ohne europäische Unterstützung so nicht entstanden wären.

Die geringe Akzeptanz zeigt aber auch, dass sich in der politischen Kultur etwas ändern muss. Offensichtlich sind politische Entscheidungsprozesse für die Bürgerinnen und Bürger inzwischen so undurchsichtig, dass diese der Wahlurne zu großen Teilen gleich ganz fernbleiben. Hier muss Vertrauen zurückgewonnen werden. Dies geht nur durch konkrete Arbeit vor Ort, durch intensiven Kontakt und durch direkten Dialog. Das gilt für politische Entscheidungsträger aller Ebenen - vom ehrenamtlichen Ratsmitglied bis zum Abgeordneten. Sie alle müssen verstärkt als „Kümmerer“ wahrgenommen werden, als gewählte Vertreter, die sich ehrlich und intensiv um die Dinge, die an sie herangetragen werden. Das ist eine Aufgabe und Herausforderung für alle Parteien.

Die Flensburger SPD freut sich, dass mit Ulrike Rodust eine schleswig-holsteinische Abgeordnete in das Europaparlament einzieht, die eine gute Vertreterin für unser Land und für unsere Stadt ist. Erst seit wenigen Monaten Europaabgeordnete, war sie in dieser kurzen Zeit vielfach in und für Flensburg aktiv – beispielsweise auf der Werft, bei der Alexandra, in Gesprächen mit Vereinen und Organisationen der dänischen Minderheit. Sie war Gast im Gewerkschaftshaus, hatte eine Veranstaltung in der Diako und im Regionskontor in Padborg. Schon Ende Februar hatte sie auch dem krisengeschüttelten Unternehmen Danfoss über die Flensburger SPD einen Besuch und Unterstützung angeboten – unverständlich, dass die Geschäftsleitung damals einen Firmenbesuch ablehnte. Für ihr beeindruckendes Engagement und ihr Versprechen, sich jederzeit für die Belange Flensburgs einzusetzen, dankt ihr der Flensburger SPD-Kreisverband ausdrücklich.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 08.06.2009, 10:35 Uhr - 47861 Clicks - Nr. 613

Schuldenbremse: Keine Hoppla-Hopp-Aktion!

Zur Vorstellung einer Änderung der Landesverfassung durch Bündnis 90/Die Grünen erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Dr. Ralf Stegner

Auch die SPD-Landtagsfraktion hat großes Interesse an einer wirksamen Begrenzung der Neuverschuldung. Zunächst gilt es, die Position der Landesregierung gegen den Eingriff des Bundes in das Haushaltsrecht des Landes zu stärken. Außerdem muss jetzt die

Verfassungsklage vorbereitet werden.

Eine Änderung der Landesverfassung darf keinesfalls im Handumdrehen herbeigeführt werden. Sie muss extrem sorgfältig ausgearbeitet und vorbereitet werden, da sie weitreichende Folgen hat und nur mit Zweidrittel-Mehrheit durchgesetzt bzw. korrigiert werden kann. Deshalb sind Hoppla-Hopp-Aktionen nicht geeignet, vielmehr muss intensiv beraten werden.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 08.06.2009, 10:35 Uhr - 54153 Clicks - Nr. 614

Verlierer ist die Demokratie

Zum Ergebnis der Europawahl erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner:

Der Ausgang der Europawahl in Deutschland ist für die SPD ohne Zweifel enttäuschend. Die Mobilisierung der SPD-Anhängerschaft für europäische Themen ist nicht so gelungen, wie wir es uns vorgestellt haben. Verlierer dieser Wahl ist die Demokratie. Da tröstet es uns nicht, dass wir nicht an die Linkspartei verloren haben und die Union am meisten Stimmen verloren hat. Das Gleiche gilt für das Landesergebnis, bei dem die Union 8,4 Prozentpunkte verloren hat, wir nur 0,7. Dennoch bleibt es unbefriedigend und das Landtagswahlergebnis im Mai 2010 wird anders aussehen.

Wir in Schleswig-Holstein freuen uns, dass unsere Europa-Abgeordnete Ulrike Rodust in das Europäische Parlament eingezogen ist. Sie hat einen sehr engagierten Wahlkampf geführt und wird unser Land kompetent im EU-Parlament vertreten.

Angesichts der sehr niedrigen Wahlbeteiligung lassen sich keine Rückschlüsse auf die bevorstehende Bundestagswahl und die Landtagswahl ziehen. Ich bin überzeugt, dass die SPD für die Bundestagswahl und die Landtagswahl eine gute Chance hat, führende Regierungspartei zu werden, wenn wir konsequent, unverwechselbar und leidenschaftlich für eine sozial gerechte Bewältigung der Finanzkrise eintreten und auf die Themen gute Arbeit, Aufstieg durch Bildung und Energiewende setzen.

Kommentar von [G. Di Magno](#) vom 15.06.2009, 15:00 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Warum soll man überhaupt irgendjemanden wählen???? Darauf gibt es nur EINE Antwort. Nicht zwei nicht drei ... nur EINE. Ich wähle jemanden, weil ich überzeugt bin, dass er/sie meine Interessen erhlich, offen, hart und effektiv vertritt !!! Das kann ich leider von keiner politischen Kraft in Deutschland und Europa behaupten. Politik ist nur noch ein Selbstzweck geworden. Abgeordnete schmücken sich mit dem Engagement in sozialen Projekten... und es sind so viele, das ich mich Frage, warum es in Deutschland noch Armut und soziales Elend gibt. Aber glücklicherweise weiß ich ja die Antwort. Die Bundesregierung beschließt in Rekordzeit einen 500 Milliarden Euro Fond für die Banken. Wo bitte ist die Verantwortung der Eigentümer? Wo bitte sind die Verzichtserklärungen der Manager? Im Gegenteil! Man besteht auch noch auf millionenschwere Bonuszahlungen. HIER muss die Politik überlegt eingreifen, und nicht wie ein aufgeschrecktes Huhn hin und herlaufen. Die quasi Enteignung der HRE Bank ist der erste Lichtblick, indem profilgierigen, unverbesserlichen Egoisten der Hahn abgedreht wird. Politik ist nicht das was sie sein sollte und leider auch nicht auf dem Wege dahin.

Kommentar von [Friedel Voigt](#) vom 11.06.2009, 16:24 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Tja so is dat...hätte mein Urgrossvater gesagt (übrigens ein Sozialdemokrat erster Stunde!), verlieren könnt ihr, aber warum habt ihr veroren???Na?? Weil kein Mensch weis, warum er euch wählen soll. Was nützen euch ein paar Wahlstände, ein paar Veranstaltungen, auf denen Pauschalaussagen immer und immer wiederholt werden? Mietet euch Zeitungsseiten und schreibt da klipp und klar auf, für welche Politik ihr steht. Macht meinetwegen 5 Spalten (mit den Wahlaussagen jeder Partei), und dann werdet ihr sehen und hören, was den Wählern gefällt oder eben nicht zusagt. Dann könnt ihr auf euren Veranstaltungen sagen: Ich habe vom Volk gehört, was gewollt wird. (Dann braucht ihr euch nicht die Köpfe nach Themen zu zerbrechen,oder...???) Tja, mein Opa war schon ein pfffiger Mann. mit solidarischen Grüßen ein nochnichtverzagender Anhänger

Kommentar von [Thomas Wendland](#) vom 10.06.2009, 18:22 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Solange die SPD ihre neoliberale Führungsclique nicht in die Wüste schickt, sich nicht von ihrer asozialen Politik (Hartz IV, Agenda 2010, Rente mit 67)verabschiedet und sich bei den arbeitenden Menschen in diesen Lande entschuldigt, wird sie zu Recht in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Mit Recht!! Dass das Wahlergebnis bei der Europawahl auf Grund der geringen Wahlbeteiligung so schlecht für die SPD ausgefallen ist, dürfte Ihrem Wunschdenken entsprechen und hört sich nach Pfeifen im Walde an. Mit freundlichen Grüßen ein ehemaliger SPD Wähler Thomas Wendland

Kommentar von [Karl-Heinz Brand](#) vom 09.06.2009, 19:47 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Nicht beantworten von Schreiben-aber Wahlpflicht ? Im Jahre 2006 habe ich an Frau Bundeskanzler Angela Merkel sowie alle Parteivorsitzenden der CDU, CSU, SPD (so z. B. auch an Herrn Müntefering, Herrn Sigmar Gabriel und Herrn Kurt Beck), FDP und den Linken im Rahmen der AGFaphoto-Insolvens ein sehr ausführliches Schreiben zum Thema Harz IV trotz 'Vorruhestand in der Insolvens' gesendet. Ich habe bis heute noch nicht einmal -trotz beachtlicher Administration- eine Eingangsbestädigung -geschweige eine Antwort- erhalten ! Seit meinem 18. Lebensjahr bin ich immer wählen gegangen. Nach diesem ingnoranten Verhalten habe ich mich (mitlerweile 59 Jahre) für die Zukunft entschlossen, dass ich keine Partei wählen kann, die meine mehrseitige, mühevoll erarbeitete schriftliche Anfragen unbeantwortet gelassen haben. Ich bin politikerverdrossen - nicht politikverdrossen : reicht das ?

Kommentar von [HSB](#) vom 09.06.2009, 16:07 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Sofern diese Äußerung wirklich in dieser Form gefallen sein soll, hat lediglich mal wieder einer aus dem Heer der gesichtslosen Hinterbänkler den peinlichen Versuch unternommen, sich ins Rampenlicht zu katapultieren. Damit ist er nicht der Erste gewesen und wird leider auch nicht Letzte bleiben.

Kommentar von [Carsten Kockjey](#) vom 09.06.2009, 15:48 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Sehr geehrter Günther, ich bezog mich in meinem Beitrag höchst sachlich auf ein Interview das Herr Thießen der Bildzeitung gab. Ob es sich dabei um die Meinung der Partei oder um seine eigene handelt war nicht Gegenstand der Kritik. Abgesehen befinden wir uns hier auf der Internetseite von Herrn Thieße und nicht auf einer offiziellen SPD-Seite. Und da wird der gute

Mann damit leben müssen das man ihn mit vom ihm gesagten konfrontiert. Sachlich, höflich, aber bestimmt. Wie es sich gehört. Mit freundlichem Gruß Carsten Kockjey

Kommentar von [Günther](#) vom 09.06.2009, 14:58 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Es ist hier mit keinem Wort erwähnt worden, dass Nichtwähler mit Bußgeld belegt werden sollen! Das ist auch nicht Parteiprogramm der SPD. Ich bitte die betreffenden Kommentatoren, die das in ihren Kommentaren erwähnt haben um etwas mehr Sachlichkeit. Wir müssen den Wählern Europapolitik besser vermitteln und Strategien entwickeln um die Wähler wieder an die Urnen zu bringen.

Kommentar von [Ewald Ernst](#) vom 09.06.2009, 14:26 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Ich kann mich meinen Vorrednern nur anschließen. Aber so ein Vorschlag ist nicht nur inhaltlich, sondern auch noch technisch dummes Zeug. Wer will denn kontrollieren, dass ich keine ungültige Stimme abgebe um das Bußgeld einzusparen, bzw. einen leeren Wahlzettel abzugeben. Oder wollen Sie den Wähler bis an die Urne kontrollieren? Es wundert mich, wie von einem Bundestagsabgeordneten derart schlecht durchdachte Ideen kommen können. Man fragt sich, wie manche Leute in ihre Positionen gelangen. Ich denke, viele dieser Spezies hätten in der Wirtschaft unter normalen Konkurrenzbedingungen keine Chance. Der Zwang zur Wahl hieße, sich hier zwischen Pest und Cholera zu entscheiden.

Kommentar von [Sven L.](#) vom 09.06.2009, 13:19 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Hallo, ich finde es geradezu witzig, daß sich viele jetzt über die geringe Wahlbeteiligung wundern. Wozu soll man denn einen Apparat wählen, der zuläßt, daß Banken die ganze Welt in eine Krise stürzen und währenddessen lieber die Größe oder Farbe von Bananen und Gurken normiert?! Wie soll eine Europawahl, die von nationalen Themen dominiert wird, die Bürger ansprechen? Bei Landtagswahlen geht es um die Richtung des Bundeslandes, bei Bundestagswahlen um die Richtung Deutschlands... aber bei der Europawahl geht es kaum um Europa. Und nun die Bürger zwingen zu wollen, zur Wahl zu gehen, spricht auch nicht für eine Auseinandersetzung mit dem (hausgemachten) Problem Wahlbeteiligung. Ohne das Gefühl, bei einer Wahl wirklich etwas bewegen zu können, ist Wählen uninteressant. Alles, was man mit Abgabe seiner Stimme heute noch bewegen kann, ist die Verteilung von einigen Plätzen in den hinteren Reihen im Parlament, auf denen dann Leute sitzen die eh keiner kennt. Die Gesichter in den ersten Reihen und damit auch das inhaltslose Geschwafel, dass inzwischen jeder auswendig kann, dieser Herrschaften, dass inzwischen jeder auswendig mitsprechen kann, bleiben immer gleich. Verlierer ist nicht die Demokratie, Verlierer sind wir alle. Wie wäre es spasseshalber mal damit, wenn alle Mitglieder von Bundestag und Bundesrat in den Sommerferien mal mit jemand aus der "normalen Welt" tauschen würden? 2 Monate lang eine Frau Merkel im Kindergarten, ein Münte am Band bei Opel, ein Steinmeier auf dem Bau... Das Gesicht beim Aushändigen der Lohnabrechnung würde ich gerne mal sehen, danach können wir uns gerne darüber unterhalten, wer die wirklichen Verlierer sind....

Kommentar von [Jürgen](#) vom 09.06.2009, 12:48 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Sehr geehrter Herr Thießen, ich will gar nicht so recht glauben, dass ein Politiker aus dem Bundestag einen so skurrilen Vorschlag machen kann, Nichtwähler mit Bußgeld belegen zu wollen. Wenn dem tatsächlich so ist, so sollte auf die Abwrackprämie auch auf unsinnige Vorschläge von Politiker ausgeweitet werden. Die Nichtteilnahme an den Wahlen sollten doch

gerade unseren Politikern zu denken geben. Da werden eben nicht alle Schichten der Bevölkerung erreicht und insofern liegt der Fehler nicht bei den Nichtwählern sondern bei den Politikern selber. Damit sieht man einmal mehr wie abgehoben unsere Abgeordneten sind. Hauptsache von sich reden machen und sei es noch so ein Unsinn. Es wäre besser gewesen, sie hätten geschwiegen. Mfg J. Niestroj

Kommentar von [J.M.](#) vom 09.06.2009, 12:23 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Ich hätte eine Frage: Was ist dran an der angeblichen Idee, Nichtwähler 50 Euro Strafe zahlen zu lassen?

Kommentar von [D. Deichmann](#) vom 09.06.2009, 11:59 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Sehr geehrter Herr Thießen! Ich kann mich den Kommentaren hier nur anschließen. Eine Nicht-Aktivierung der Menschen heißt immer, dass man sie nicht "abholt". Die Demokratie hat erst dann verloren, wenn die MitbürgerInnen von den PolitikerInnen nicht mehr erreicht wird! Die Ursachen für fehlende Wahlbeteiligung sind vielfältig, sie liegen beispielsweise auch darin, daß sich die MitbürgerInnen nicht genügend aufgeklärt bzw. informiert fühlen. Auch Wahlversprechen, die später nicht eingehalten werden bzw. offensichtlich nicht eingehalten werden können (!), sorgen für Unmut, der sich über eine Nichtabgabe der Stimme(n) ein Ventil sucht. Wie bereits erwähnt, auch das "Nichtwählen" gehört zur Demokratie. Ein Zwang führt sicherlich zu einer höheren Wahlbeteiligung, aber bestimmt nicht zu einer höheren Aussagekraft für das Land bzw. Europa. Frustrierte WählerInnen können dann die Stimme(n) ungültig machen und der Nutzen ist damit gleich null... oder sollte der Vorschlag einer Geldstrafe (unter der Voraussetzung, dass dies keine Zeitungsente war) vielleicht ein erster Schritt zur Rückfinanzierung des riesigen Schuldenberges sein? Mit freundlichem Gruß Dirk Deichmann

Kommentar von [Carsten Kockjey](#) vom 09.06.2009, 10:38 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Sehr geehrter Herr Thießen, in einem Artikel auf heute.de werden sie aus der (von mir nicht gelesenen) Bildzeitung mit dem Vorschlag zitiert den Wähler zur Wahl durch die Verhängung eines Bußgeldes zu zwingen. Ich kann nur hoffen das es sich dabei um eine der typischen Bild-Enten handelt. Andernfalls sollte man ihnen erklären das es Gründe dafür gibt das Menschen wie ich nicht zur Wahl gehen. Ich bin nicht bereit das "kleinere Übel" zu wählen. Außerdem sehe ich inzwischen kaum signifikante Unterschiede bei den Volksparteien während ich mit der Radikalität der Flügelparteien wenig anzufangen weiß. Aus diesen (und einigen anderen Gründen die hier den Rahmen sprengen würden) beanspruche ich und viele andere das Recht auf Stimmenthaltung. Denn auch das gehört zu einer Demokratie. Dies sollten sie nicht nur respektieren sondern es sollte ihnen zu denken geben und ein Ansporn sein anstatt den Versuch zu starten Menschen an die Urne zu zwingen. Denn es sollte klar sein das sie niemanden zur Stimmabgabe zwingen können .. schon garnicht in ihrem Sinne. Mit freundlichem Gruß Carsten Kockjey

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 08.06.2009, 12:13 Uhr:

RE: Verlierer ist die Demokratie

Das Problem ist nicht nur die Mobilisierung unserer Wähler, sondern auch die mangelnde Aufklärung unter der Bevölkerung. Wenn "die in Brüssel" etwas entscheiden, fühlen sich die wenigsten betroffen. Dieses Problem hatten wir auch beim letzten Mal 2004. 42% Wahlbeteiligung, in dem Wahllokal, in welchem ich war, keine 34 %. Den

*Bundestagswahlkampf müssen wir fürher und intensiver starten. Stände reichen nicht, wir müssen den Bürger für Politik und vor allem für die Sozialdemokratie begeistern! rote Grüße
Patrick*

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 08.06.2009, 20:04 Uhr - 12118 Clicks - Nr. 615

Europa-Wahl

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
das Wahlergebnis der SPD bei der Europawahl ist eindeutig nicht als positiv zu bewerten. Daran gibt es nichts zu deuteln. Die Wahlbeteiligung in Dithmarschen ist entgegen dem Landestrend gefallen.



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
das Wahlergebnis der SPD bei der Europawahl ist eindeutig nicht als positiv zu bewerten. Daran gibt es nichts zu deuteln. Die Wahlbeteiligung in Dithmarschen ist entgegen dem Landestrend gefallen. Das ist außerordentlich bedauerlich, gerade weil dieses demokratische Mittel der Mitentscheidung doch lange Zeit nicht selbstverständlich war. Ebenso war den Wähler und Wählerinnen in Dithmarschen nicht zu vermitteln, dass in Brüssel und in Straßburg die vielen grundsätzlichen Entscheidungen getroffen werden. Das ist den beiden großen Volksparteien offensichtlich nicht gelungen.

Dass nun aber der eigentliche Stimmenverlierer, die CDU, sich mit Chef Carstensen hinstellt und das Ergebnis der CDU als Gewinn verkauft, ist schon ein beachtliches Stück, denn Verlust ist und bleibt Verlust.

Aber wir wollen nicht von unseren Ergebnissen ablenken. Unsere Kandidatin, Ulrike Rodust, hat einen sehr engagierten Wahlkampf hingelegt. Als neue, fast unbekannte Europaabgeordnete, ausgestattet mit einem kleinen Wahlkampfetat, hat sie alles an persönlichen Einsatz herausgeholt, was denn nun möglich war. Sie hätte Besseres verdient. So wird sie sich auch weiterhin als Europaabgeordnete für Schleswig-Holstein und für den ländlichen Raum einsetzen. Wie wir es von ihr gewohnt sind.

Für uns heißt es jetzt um so mehr, nicht den Kopf hängen zu lassen, sondern ganz genau die Wahlergebnisse anschauen und für die Bundestagswahl und Jörn Thiessen im Süden so wie Hanno Fecke im Norden ab sofort voll durchzustarten.

Wir sind Sozialdemokraten und schon mit ganz anderen Herausforderungen fertig geworden!
Wir werden die Bundestagswahlen, wir werden die Landtagswahlen erfolgreich abschließen.

Eure Angelika Hansen

Eurer Detlef Buder

Kommentar von [Karl](#) vom 10.06.2009, 18:34 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Wer eine solche Forderung aufstellt hat nichts begriffen und in der Politik nichts verloren. Dort sind schon genügend geistige Tiefflieger aktiv.

Kommentar von [norbertK](#) vom 10.06.2009, 18:11 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Und alle die die SPD gewählt haben, müssten 150,-€ Strafe zahlen. Ich war SPD Wähler, aber schon seit Jahren habe ich kein Verständnis für deren Politik. Wenn dann noch solche Politiker wie Sie in der Partei sind, dann Gnade Gott.

Kommentar von [N. Gordon](#) vom 09.06.2009, 19:20 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Eine tolle Idee, Herr Professor Thießen! Eine geringe Wahlbeteiligung und besonders das schlechte Abschneiden der SPD, was Sie gewiss auf die geringe Mobilisierung Ihres angeblichen Wählerpotenzials schieben, ist natürlich ein triftiger Grund, die bundesdeutsche Verfassung zu ändern. Damit beeilen Sie sich aber besser mit ihrem CSU-Kollegen Stephan Mayer, denn Ihre Parteien werden besonders nach solchen Vorschlägen nach der Wahl im September nicht mehr die nötige Mehrheit zur Grundgesetzänderung haben. Und wenn Sie schon so Ihre Einstellung zu unserer Verfassung geäußert haben, finden Sie gewiss noch einige andere Grundrechte, die man mit halbseidenen Gründen abschaffen könnte. Dass 60 Jahre lang die Demokratie durch ebensolche Freiheiten garantiert wurde, zählt ja offensichtlich für Sie nicht... Mit freundlichen Grüßen Nash Gordon

Kommentar von [Markus Haupt](#) vom 09.06.2009, 19:06 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Herr Thießen, wunderbare Idee 50 Euro Strafe für Nichtwähler. Bei einer Wahlbeteiligung von 43% sind das dann 57% Nichtwähler. Ich plädiere hier dann aber für eine Auszahlung der Gesamtsumme anteilig auf die Wähler. In dem aktuellen Fall wären dies ca. 66,27 Euro. In diesem Fall, würde ich so eine undemokratische Maßnahme begrüßen und mich über eine steigende Anzahl Nichtwähler freuen, da ich nämlich wählen gehe. Aber eines können Sie sich sicher sein - nicht die SPD. Und das Dank Menschen wie Ihnen. Anstatt Politik zu machen, die mitreißt, begeistert und bewegt liefert man ein Trauerspiel ab. Wie es so nun mal ist, man sucht nicht den Fehler bei sich, sondern bei anderen. Und in diesem Fall beim Nichtwähler. Aber mal unter uns ein Tipp: Meinen Sie, wenn Sie nun die Nichtwähler mittels Geldstrafe dazu verdonnern zu wählen ... meinen Sie da wirklich, die wählen dann SPD?

Kommentar von [hph53](#) vom 09.06.2009, 17:29 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Was kommt als nächstes? Werden SPD Größen beim weiteren Absturz ihrer Partei in der Wählergunst vielleicht Einheitslisten fordern? Dann würde sich auch das ganze Verbiegen von wegen Koalitionsaussagen mit der SED ergeben, und gleichzeitig könnte man sich von denen dann schon mal Tipps geben lassen, wie man Wahlergebnisse von 99.9 % erhält. Oder werden Wahlen ganz abgeschafft? Man könnte jede Menge Geld sparen, dass man dann in Projekte gegen Rechts stecken könnte. Viel dämlicher geht´s nimmer. Ein hübsches Beispiel, welch intellektuelles Potential die SPD noch aufzubieten vermag. Haltet schön weiter Kurs und die 18 % sind durchaus erreichbar.

Kommentar von [Georg Fr.Gerchen](#) vom 09.06.2009, 16:23 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Lieber Jörn T., "Wir sind Sozialdemokraten und schon mit ganz anderen Herausforderungen fertig geworden!" heisst es in der Erklärung zur Europawahl. Doch da gibt es auch den 50-Euro-Vorschlag, der doch eine gewisse Unsicherheit und mangelndes Vertrauen in uns Wähler verrät. Art. 38 GG spricht in Abs. 2: "Wahlberechtigt ist, wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat..." Wahlberechtigt - nicht Wahlpflichtig steht da. Es ist mein Recht auf dem Stimmzettel zu wählen oder aber nicht zu wählen. Und wenn das GG geändert werden sollte und der Staat von uns 50,-€ eintreiben will, dann wählen wir eben ungültig! Für den Fall, dass der Staat auch das noch gebührenpflichtig machen oder als Ordnungswidrigkeit ahnden will, muss eben das Wahlgeheimnis aufgehoben werden. Mein Vorschlag für die nächste Wahl, falls es wieder keine echte Alternative gibt: alle ankreuzen ausser der SPD.

Kommentar von [Joachim Plank](#) vom 09.06.2009, 14:22 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Sehr geehrter Herr Thießen Erstmal herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Forum. Ich hoffe Sie nehmen sich auch die Zeit, ab und an mal die Kommentare zu lesen, auch wenn sie zu eher heikleren Themen geschrieben wurden. Es ist immer wieder erstaunlich anzusehen, wie Politiker mit allen Mitteln versuchen auf sich aufmerksam zu machen. Dabei spielt gerade Deutschlands beliebtestes Ramschblatt eine wichtige Rolle - klar, man möchte ja seine Wählerklientel ansprechen. Aber sind Sie wirklich so naiv zu glauben, dass mit einer derartigen Forderung nach Geldbußen für Nichtwähler auch nur im Entferntesten Stimmzuwächse bei der nächsten Wahl zu verzeichnen sind? Vielleicht gehen dann ja wirklich wieder mehr Leute wählen, die Frage ist nur ob sie sich dann wirklich bei jemanden wie Ihnen bedanken würden, der ihnen die ganze Geschichte erst eingebrockt hat. Oder denken Sie bei solchen Aussagen auch mal an die Partei, in deren Namen Sie, zumindest ein kleines Stück weit, sprechen? Ob Ihr Schachzug, sich in der BILD Zeitung so inkompetent zu geben am Ende aufgeht und sich jemand dadurch zu Ihrer Wahl verleiten lässt möge ich bezweifeln. Ach vielleicht doch, hatten wir nicht schon mal eine quasi Wahlpflicht in Deutschland? Vielleicht lassen sich ja doch einige Sympathisanten im rechten Lager dafür finden. Laut Bild Zeitung sind Sie der Meinung, dass "Politiker (...) im Parlament abstimmen [müssen] - das kann man auch von den Wählern bei einer Wahl verlangen." Dass dies nicht zutrifft wurde ja bereits von anderen Kommentatoren in mehreren Zitaten aus dem Grundgesetz widerlegt. Wenn ich richtig informiert bin, bekommen Politiker für Ihren Dienst fürs Volk so genannte „Aufwandsentschädigungen“, zumindest wenn sie im Parlament sitzen. Was halten Sie denn von folgendem Vorschlag: Jeder Bürger der zur Wahl geht bekommt 50€ dafür dass er wählt, jeder der die SPD ankreuzt von Ihnen eine Bonuszahlung von 100€. Vielleicht bekommen Sie ja so Wählerstimmen dazu. Meine Stimme werden Sie so oder so nicht bekommen, da ich mich erstens nicht kaufen, aber auch nicht bestrafen lassen werde, wenn aufgrund mangelnden Angebotes mal keine wählbare Parteien zur Auswahl stehen und zweitens Ihre Politik, aber auch die Ihrer Partei, momentan sicherlich nicht ernst zu nehmen ist. Vielleicht überrascht es Sie, dass ich trotz meiner Haltung gewählt habe, obwohl es in unserem Bundesland sowieso klar ist, welche Partei man wählt. Durch dieses einfache System bleiben mir Ihre Blamagen und die Ihrer Parteikollegen weitgehend erspart. Grüße aus Bayern, Joachim Plank

Kommentar von [Viola Tegethoff](#) vom 09.06.2009, 13:56 Uhr:

Strafe für Nichtwähler - Gegenvorschlag!

Sehr geehrter Herr Thießen, es wäre vielleicht endlich einmal an der Zeit, dass sich die Abgeordneten Gedanken darüber machen, WARUM es eine so hohe Zahl von Nichtwählern gibt. Nur vorab: ich gehe zu jeder Wahl, aber inzwischen auch mehr nach dem Motto "das geringere Übel wählen". Zur Europawahl läßt sich schlicht und einfach sagen, dass die Parteien und ihre Abgeordneten es verpasst haben, die Bürger darüber zu informieren, was ihre Leistung in der letzten Legislaturperiode war und v.a., WOFÜR sie sich einsetzen. Den Bürger zu strafen, der von seinem WahlRECHT nicht Gebrauch macht, halte ich für den falschen Weg. In Spanien, übrigens, existiert seit Beginn der Demokratie die Möglichkeit des "votar en blanco", also einen leeren Stimmzettel abzugeben, der als solches auch gewertet wird. Damit bekommt derjenige Bürger, der von seinem Wahlrecht gerne Gebrauch machen würde, aber nicht einverstanden ist mit der Politik aller Parteien, wenigstens eine Möglichkeit, seinen Unmut zu äußern. Dann können sich auch die Politiker nicht mehr in der Öffentlichkeit hinstellen und sich die miserablen Ergebnisse schön reden. Ich hätte einen anderen Vorschlag zu machen, der die Abgeordneten mehr in die Pflicht nimmt, sich stärker mit den Bürgern, oder - wie es heute so schön im Politikerjargon heißt - "den Menschen auf der Straße" (= echte Bürgernähe), auseinanderzusetzen: Die Anzahl der Sitze in den Parlamenten sollte in Abhängigkeit zur Wahlbeteiligung stehen. Da es ja eher unwahrscheinlich ist, dass alle Bürger

zur Wahl gehen, würde ich hier ein gestuftes Modell vorschlagen, in dem z.B. bei einer Wahlbeteiligung bis zu 75% alle möglichen Sitze belegt werden können; bei einer Wahlbeteiligung von 50-75% könnten 60% der Sitze belegt werden; bei einer Wahlbeteiligung von 40-50% noch 50% der Sitze.... etc. Das fände ich ein faires Verfahren, denn warum sollten man bei Ihnen, den Politikern, nicht auch so etwas wie leistungsbezogene Gehaltselemente einführen? Denn als solches würde ich das Nichtwählen-Gehen der meisten Nichtwähler bezeichnen: Als "rote Karte" für die Arbeit der Politiker - und zwar ALLER Parteien. Mit freundlichen Grüßen Viola Tegethoff

Kommentar von [Anarchie2011](#) vom 09.06.2009, 13:44 Uhr:

Europa-Wahl

Geehrter "Volksvertreter", was halten Sie dann davon, Geldstrafen zu erheben wegen - Nichteinhaltung von Wahlversprechen = Wahlbetrug, - Abwesenheit bei Arbeitssitzungen und Abstimmungen im Bundestag = Arbeitsverweigerung, - Gesetzesverabschiedungen gegen den Willen des Volkes = Machtmissbrauch, - Falsche Verwendung der vom Volk erarbeiteten Steuern = Veruntreuung... usw. usw. Und in diesem Zusammenhang: Warum unterschlagen Sie Ihren Auftraggebern und Geldgebern eigentlich das Recht auf Volksabstimmung zum sogenannten EU-Vertrag und verlangen gleichzeitig eine Wahlpflicht?? Wie widersprüchlich kann eigentlich die Denke der Politikerkaste noch sein? Auch wenn ich jetzt einige Fragen gestellt habe, ersparen Sie mir Ihre Antworten, dieses Geschwafel kenne ich zur Genüge. Trotzdem einen schönen Tag noch, Gruß Anarchie2011

Kommentar von [Tronde](#) vom 09.06.2009, 13:26 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Sehr geehrter Herr Thiessen, ich fordere Sie hiermit auf das Grundgesetz zur Hand zu nehmen und dort den Artikel 38 aufzuschlagen. Dort heisst es: „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.“ Also überlegen Sie sich vielleicht das nächste Mal bevor Sie Worte wie Demokratie in den Mund nehmen ob das, was Sie vorhaben zu sagen, überhaupt mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Trotzdem Glückwunsch für Ihre 15 Minuten Ruhm. Davor hat man Sie nicht gekannt und in einer Woche wird man Sie wieder vergessen haben. Zumindest bleibt dies zu hoffen, ansonsten bleiben das nächste Mal noch mehr Leute der Wahlurne fern.

Kommentar von [Erwin](#) vom 09.06.2009, 13:26 Uhr:

RE: Strafe für Nichtwähler

Sehr geehrter Herr Thiessen, Bei der von Ihnen angedachten Strafe für Nichtwähler brauchen Sie nicht nach Belgien zu verweisen, das gab es auch in der DDR. Ich persönlich möchte weder ganz noch teilweise dahin zurück. Sie mögen berücksichtigen, daß Ihr Vorschlag in einigen Teilen Deutschlands ganz erhebliches Befremden und sehr ungute Erinnerungen auslöst. Mit freundlichen Grüßen Erwin p.S. Ich war wählen.

Kommentar von [wislang](#) vom 09.06.2009, 13:24 Uhr:

RE: Wahlpflicht

Guten Tag Ich bin aus verschiedenen Gründen auch nicht wählen gewesen, ebenso wie der überwiegende Teil der Bevölkerung. Glauben Sie ernsthaft, das sich damit die Prozentzahlen der SPD verbessert hätten? Ich jedenfalls hätte nie für eine Partei gestimmt, die Menschen per Hartz-Gesetze in die Armut befördert, denen alles nimmt, was sie im Leben erschaffen haben. Es ist ein sehr dünnes Eis, auf dem Sie sich bewegen, denn so wie ich denken sicher viele. Mit freundlichen Grüßen

Kommentar von [Threer](#) vom 09.06.2009, 12:39 Uhr:

RE: Europa-Wahl / 50 Euro Nicht-Wähler-Strafe

Sehr geehrter Herr Thießen, wann wird eigentlich die "Politiker-sollen-keinen-Blödsinn-reden-und-erst-das Gehirn-einschalten" Strafe eingeführt? Wie kann es nur angehen, dass ein Politiker mit Ihrer Vita sich zu solchen Aussagen hinreißen lässt? Vielleicht sollten Sie sich mal überlegen, warum nur 43% der Deutschen zur Europawahl gegangen sind? Der Grund liegt bei solchen Politikern wie Ihnen, die nicht nachdenken und sich zu Aussagen hinreißen lassen, bei denen man wirklich nur mit dem Kopf schütteln kann und sich fragt, wenn im Bundestag oder in den Ausschüssen auch so argumentiert wird, ist es wohl kein Wunder, dass nur noch 43% der Bürger zur Wahl gehen, oder? Denn die Bürger haben die gestrichen Nase voll von solchen unqualifizierten Bemerkungen, wie Sie sie getätigt haben. Also, lieber Herr Thießen, zukünftig erst denken und dann reden und keine Statements abgeben, die zu nur noch mehr Politikverdrossenheit führen und sich in den Wahlergebnissen der SPD widerspiegeln!!! Mit freundlichem Gruß P.S.: Ich erwarte nicht wirklich eine Antwort von Ihnen, wäre aber freudig überrascht, wenn ich eine Rückmeldung, die nicht aus einer Standardantwort mit vorgefertigten Textbausteinen besteht, erhalten würde. Ich bin gespannt!

Kommentar von [Ahrends](#) vom 09.06.2009, 12:28 Uhr:

50 EUR Strafe bzw. Wahlpflicht

Sehr geehrter Herr Thießen, die von ihnen geforderte Wahlpflicht in Verbindung einer Strafe zeigt in meinen Augen den Mißerfolg der grossen Volksparteien. Die niedrige Wahlbeteiligung zeigt doch eindeutig auf, was viele Bürger und Bürgerin von der Politik in Brüssel halten. So niedrig wie die Wahlbeteiligung, so niedrig ist auch die Zustimmung von einigen Gesetzen und Verordnungen, welche uns das vereinte Europa bzw. Brüssel aufdrückt. Der Wahlkampf der Volksparteien zeigte in meinen Augen auch nicht die Notwendigkeit zur Europawahl zu gehen. Es wurde mit deutschen Politikgrößen geworben, die im Europaparlament nicht mal sitzen. Was macht das für einen Sinn frage ich Sie?

Kommentar von [r.a.mueller](#) vom 09.06.2009, 12:14 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Bravo, Herr Thießen. Wenn ich mir die bisherigen Kommentare hier so durchlese, sollte es doch schön langsam auch dem letzten Hinterbänkler klar werden was in diesem Lande schief läuft. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Politiker jedweder Couleur nach Ihrer Berufung (oder ähnlicher Rituale) sofort einer Gerhirnwäsche unterzogen werden um auf Nummer sicher zu gehen, dass auch ganz bestimmt der letzte Rest vom sog, gesunden Menschenverstand weggeblasen ist. Als Bayer hätte ich auch noch eine andere Formulierung parat, die ich mir an dieser Stelle jedoch lieber verkneife. Als Pastor dürfte es Ihnen doch nicht schwer fallen einmal in sich zu gehen; ich vermute Sie würden sehr schnell erkennen was schief läuft in diesem Lande; vorausgesetzt Sie setzen den von Gott in der Grundausstattung gegebenen normalen Menschenverstand, vielleicht ein bisschen verfeinert durch Intelligenz, ein und unterliegen nicht dem Dogma von irgendwelchen irdischen Investoren oder Globalplayern als einzig und allein seligmachend. Das Wort Politiker habe ich in diesem Kommentar übrigens ganz bewusst außen vor gelassen, da diese Klientel offensichtlich am aller unfähigsten ist unsere Probleme zu lösen. Grüsse aus Bayern Robert Müller

Kommentar von [PWI](#) vom 09.06.2009, 12:03 Uhr:

Wahlbeteiligung

Stell Dir vor es ist Wahl und keiner geht hin. Wer nicht wählt sollte sich nicht über die über das Verhalten der Volksvertreter aufregen und besser die Klappe halten. Ich bin zur Wahl gegangen. Ich stelle fest, die Fisch stinkt am Kopf zuerst! Es gibt keine Wahlpflicht für

Bundestagsabgeordnete, der Rest der Aussage über eine Wahlpflicht und Bußgelder etc. ist genauso unsinnig. Wahlabstinenz, selbst im Bundestag geht das, bei der Entscheidung über die Bahnprivatisierung im Mai 2008 fehlten 96 der 612 Volksvertreter (15,7 Prozent). (Quelle: abgeordnetenwatch.de) Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages § 31 Erklärung zur Abstimmung (2) Jedes Mitglied des Bundestages kann vor der Abstimmung erklären, daß es nicht an der Abstimmung teilnehme. §45 Feststellung der Beschlußfähigkeit, Folgen der Beschlußunfähigkeit (1) Der Bundestag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder im Sitzungssaal anwesend ist. Solche Sprüche, wie die in der Bild sind einfach nur peinlich und verstärken das Klische vom weltfremden Abgeordneten. Gruß

Kommentar von [Ray](#) vom 09.06.2009, 11:56 Uhr:

RE: Europa-Wahl

Bei allem Respekt, man kann sich nen faulen Apfel auch schmackhaft reden, was anderes ist der Text zum Ergebnis der Europawahl nicht. Es gibt Menschen die lernen es nie, aber dies wird die Bundes und die Landtagswahl der SPD schon zeigen, aber ich weiß schon, wenns wieder nicht hinhaut, verweist man eben wieder auf die nächsten Wahlen. Kein Wunder, das es soweit kommen konnte mit Deutschland, wenn die Politik mit solchen Denkweisen angegangen wird. Aber egal... es geht weiter... nur definitiv nicht mit der SPD! Ich freue mich über das Wahlergebnis, freue mich aber nicht, daß die Botschaft einfach nicht ankommt.

Kommentar von [Steve Chandler](#) vom 09.06.2009, 11:45 Uhr:

50 EUR penalty

Vielen Dank, dass Sie Ihre Maske haben fallen lassen und uns einen Einblick in ihr Demokratieverstaendnis gegeben haben. Ich wuerde an Ihrer Stelle versuchen heraus zu finden, warum Ihr Angebot an die Waehler nicht marktfaeig ist. Aber es ist natuerlich bequemer, vom eigenen Unvermoegen der politischen Kaste abzulenken als etwas zu veraendern.

Kommentar von [Helmut Fuchs](#) vom 09.06.2009, 11:13 Uhr:

Euroa-Wahl?

Sollte das nicht Europa heißen? Oder ist das als ein Schmerzensschrei zu deuten? Wie auch immer: Das Geheule der "Volksparteien" ist unerträglich. Die SPD blinkt links und biegt rechts ab, wie soll man das noch wählen? (Frau Ypsilanti wurde mit einem linken Programm gewählt und dann aus den eigenen Reihen gefällt!) Die Plakate für die Europawahl waren an Peinlichkeit kaum zu überbieten. Ein Beispiel: Die FDP als Haie darzustellen und gleichzeitig völlig kopflose Bahnprivatisierung fordern? Wie soll der Wähler das anders interpretieren als eine Verhöhnung? Das ist einfach nur bodenlos dumm. Die CDU ist ebenso durch und durch unglaublich. Und beide Parteien zeichnen sich weniger durch inhaltliche Debatten als parteitaktische Spielchen aus. Die kleinen Parteien hingegen vermögen nichts anderes, als beständig Lärm zu machen. Die Krise der Demokratie ist von den Parteien gemacht. Nicht von den Wählern! P.S. Wenn die SPD permanent von Bürgerbeteiligung schwafelt, aber wenn es Ernst wird, stets so tut, als ob der Bürger nichts gesagt hätte: Ist eine Abwendung dann so verwunderlich?

Kommentar von [Norman Oelker](#) vom 09.06.2009, 11:12 Uhr:

RE: Euroa-Wahl

Sehr geehrter Herr Thießen, in der Welt -Online vom 09.06.2009 bin ich auf eine Ihnen zugeschriebene Aussage über eine Wahlpflicht bzw. dazugehöriges Strafgeld gestoßen. Ich habe mir daraufhin zwecks näherer Information Ihren Internetauftritt zu Gemüte geführt und zu meinem Bedauern festgestellt, daß gewisse Vorurteile von mir wieder einmal zur Gänze

bestätigt sind. Ich verstehe natürlich voll und ganz, daß es bedeutend einfacher ist, mal wieder das "unmündige Stimmvieh" welches einmal mehr nichts verstanden hat vorzuführen, aber vielleicht sollten Sie und Ihresgleichen sich endlich einmal Gedanken darüber machen, warum Ihre Geldgeber "keine Meinung" haben, zu einer Wahl zu gehen. Es ist ja beileibe nicht nur die Europawahl. Auch auf Länderebene ist die "stärkste politische Kraft" inzwischen der Nichtwähler. Ob es vielleicht daran liegt, daß eine gewisse "Berufsgruppe" bei Dietrich Durchschnitt und Lieschen Müller schon lange nicht mehr "ankommt"? Vielleicht liegt es auch daran, daß ein Gutteil der deutschen Michel unter Demokratie so langsam etwas mehr versteht als nur einmal alle schlapp halben Jahrzehnte ein Kreuz irgendwohin zu malen und danach in Treu und Redlichkeit den Schnabel zu halten? An dieser Stelle ließen sich noch einige ähnliche Fagen stellen, aber darin sehe ich nicht den Zweck dieses Schreibens. Diesen sehe ich vielmehr darin, Sie einmal zum Nachdenken in andere Richtungen anzuregen. Vielleicht sollten Sie einfach einmal damit beginnen, daß Wort "Politiker" auf Ihrer Web-Site durch "Volksvertreter" zu ersetzen? Ich sehe natürlich ein, daß diese Vokabel durch ihre höhere Verständlichkeit beim Wähler mehr Erwartungen weckt, aber irgendwo ist das doch der Zweck der Übung, oder? Mit freundlichen Grüßen Norman Oelker p.s.: Ich bin nicht nur nicht wählen gegangen, ich habe auch meine Wahlbenachrichtigung an den Absender zurückgehen lassen. Interessenten bin ich auch gerne bereit die Gründe darzulegen.

Kommentar von [Chris Willanders](#) vom 09.06.2009, 11:09 Uhr:

RE: Euroa-Wahl

... ach, einen Vorschlag hätte ich noch - neben den berechtigterweise geforderten 50 € : plakatieren Sie doch das nächste Mal auf Türkisch, wie es Ihre geschätzte Kollegin XY in... glaube ich Ludwigshafen getan hat. So kommen Sie doch an die ein paar Stimmen vor Ihrem endgültigen Abgang. Und nebenbei können Sie "etwas für die Minderheiten tun", wie Sie es gerade in Ihrer Videobotschaft verkündet haben. Für die deutsche Mehrheit tun Sie schon lange nichts. Und deshalb Herr Thießen... - kommen Sie jetzt ganz dicht ans Gerät, ich will Ihnen ein Geheimnis verraten: ... und genau deshalb wählen die Leute Sie nicht mehr. Psss! Nicht weiter verraten.

Kommentar von [Lohmann](#) vom 09.06.2009, 11:00 Uhr:

50 Euro Strafe für Nichtwähler...

Sehr geehrter Herr Thießen, ich möchte Sie um Ihre Bankdaten bitten, damit ich Ihnen die 50 Euro "Strafe" überweisen kann, die Sie ja für Nichtwähler fordern. Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, warum Menschen in diesem Land nicht wählen gehen? Ich habe mich bewußt dagegen entschieden, es gibt einfach keine wählbare Partei für mich. Mich für das kleinste Übel zu entscheiden widerspricht meinem Demokratieverständnis. Des weiteren interessiert mich Europa nur insofern, als daß man da hin und wieder mal einen schönen Urlaub verbringen kann. MfG, Lohmann

Kommentar von [Hans Meyer](#) vom 09.06.2009, 10:57 Uhr:

RE: Euroa-Wahl

Sehr geehrter Herr Thießen, Bürger fragen sich manchmal, wer eigentlich auf den hinteren Bänken des Bundestages sitzt. Gelegentlich verschafft sich dann doch einmal jemand von den Hinterbänkeln seine 15 Minuten des Ruhms. Mit Ihrem Vorschlag, Bürger dafür zu bestrafen, daß sie nicht zu einer Wahl gehen, die nur als Farce zu begreifen ist, sind Sie mir immerhin bekannt geworden. Umverteilen, Steuern erhöhen, verbieten, bestrafen: Mehr fällt der deutschen Sozialdemokratie nicht mehr ein. Ich freue mich darüber, daß die Zeit dieser Partei zu Ende geht.

Kommentar von [Joos](#) vom 09.06.2009, 10:24 Uhr:

RE: Euroa-Wahl

Sehr geehrter Herr Thießen, was nehmen Sie sich eigentlich heraus? Ich habe als volljähriger und mündiger Bürger das Recht zu wählen. Die Pflicht, notfalls mit Zwang, zu wählen, sehe ich für mich insofern nicht gegeben, als das Angebot an Parteien und Personen es nicht Wert ist gewählt zu werden! Ich schiebe Sie jetzt einfach mal in den großen Topf der Parteien und Personen, die mich in keinem Fall überzeugen sie zu wählen. Glauben Sie den allen Ernstes, das Ihre Partei bei einer höheren Wahlbeteiligung besser abgeschnitten hätte? Wenn es einem, mal abgesehen von den Rechten, leicht fällt eine Partei wegen fehlender Authentizität (und das ist nur ein Vorwurf) nicht zu wählen, dann ist das die SPD. Praktisches Beispiel wie man vermeindliche Kompetenz zugunsten der bald anstehenden Bundestagswahl, komplett über Bord wirft, ist die Aussage von unter anderem Herrn Steinmeier, dass eine kontrollierte Insolvenz von Opel und dessen Folgen, auf keinen Fall in Frage kommt. Wenn ein so fähiger Mann wie unser Wirtschaftsminister auch nur wenige Eisen im Feuer als Verhandlungsbasis hatte, so wurde Ihm durch diese Aussage ein sehr wichtiges Instrument genommen. Nun hier weiter zu schreiben, würde den Rahmen sprengen. Anstatt sich hier als Retter der Nation aufzuspielen und somit den Medien wieder "Futter" zu geben, sollten Sie sich mal mit Ihren Parteifreunden auf den Hosenboden setzen und schauen, warum die SPD seit Schröder sugesive an Stimmen verliert. Nicht das mich das stört, nein ich komme aus einem Bundesland, indem die Werte und die Ansichten der SPD traditionell nicht mit Wählerstimmen gewürdigt werden. Ihnen einen schönen Tag. mfg

Kommentar von [Chris Willanders](#) vom 09.06.2009, 10:10 Uhr:

RE: Euroa-Wahl

Ich zitiere: "So wird sie sich auch weiterhin als Europaabgeordnete für Schleswig-Holstein und für den ländlichen Raum einsetzen. Wie wir es von ihr gewohnt sind. " Ich hoffe dies aufrichtig! Und möge Frau Sowieso und Ihre Partei auf diese Art und Weise irgendwann im einstelligen Bereich landen, unter 5 Prozent wären ein Traum.... ja leider nur ein Traum. Was bin ich froh, inzwischen 11.000 km von Ihnen und Ihresgleichen entfernt zu leben. Als ehemaliger Hamburger schämt man sich nur für solche Gestalten in der Politik. Bitte fahren Sie fort "wie wir es von Ihnen gewohnt sind, bitte!

Kommentar von [BUNDESPOPEL](#) vom 09.06.2009, 09:41 Uhr:

RE: Euroa-Wahl

Liebe GenossInnen, das Ergebnis ist nicht nur enttäuschend, sondern beschissen. Denkt mal nach, warum. An der Kuh kann es nicht liegen. Freundschaft ! pepe.

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 08.06.2009, 20:33 Uhr - 5233 Clicks - Nr. 616

Europapolitik muss wichtiger werden!

Zum Ergebnis der Europa-Wahl in der Landeshauptstadt erklärt SPD-Kreischef Rolf Fischer:

"Gut ist, dass die Kieler SPD als einziger Kreisverband in Schleswig-Holstein "seine" Europa-Wahl gewinnen konnte und auf 29,0% Stimmenanteil zugelegt hat. Mit fast 49% hat sich die Rot-Grüne-Kooperation insgesamt behauptet.



Unser Konzept als moderne Großstadtpartei, die von Anfang an die europapolitische Linie betont, ist aufgegangen und die positive Stimmung aus der OB-Wahl hält an. Veranstaltungen, die neben der sozialen Kompetenz auch Fragen wie EU-Verkehrspolitik, Migrationspolitik oder die Rolle Kiels in Europa zum Inhalt hatten, konnten Zulauf verzeichnen, der sich im Ergebnis auch niederschlug. Trotzdem hätten wir uns mehr Stimmen für die SPD und für Europa gewünscht; es bleibt untern Strich eine gewisse Enttäuschung.

Selbstkritisch sei angemerkt: Die SPD allgemein muss die Europa~olltik ernster nehmen als bisher. Wir müssen einen höheren Motivations- und Mitmachaufwand betreiben. Es ist absehbar, dass Europa nach dieser Wahl noch konservativer wird, was wir auch in Kiel und in Schleswig-Holstein spüren werden. Denn wir haben längst ein politisches Vier-Ebenen-System, in dem Europa ebenso entscheidet wie die Kommune, das Land oder der Bund."

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 09.06.2009, 08:27 Uhr - 2320 Clicks - Nr. 617

Solidarität mit den Karstadt-Mitarbeitern.

„Wir stehen an der Seite der 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie deren Familien, und fordern die Bundesregierung auf, alles zur Rettung von Karstadt zu unternehmen“, so der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Flensburg-Stadtmitte, Stephan Menschel.

Karstadt ist nicht nur in Flensburg ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Innenstadt.

Ohne die Tradition klassischer Kaufhäuser in den Innenstädten veröden diese.

Auch in Flensburg ist Karstadt ein Frequenzbringer, der Geschäftsführer Karl-Heinz Schmidt ein Motor der IG-Innenstadt.

Dass die derzeitige Wirtschaft- und Finanzkrise zwar vom Wirtschaftsliberalismus verantwortet wird, aber nicht mit deren Mitteln gelöst werden kann und darf, erfordert hier ein energisches Handeln der Bundesregierung.

Die Bundesregierung und insbesondere der CDU-Wirtschaftsminister dürfen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Karstadt, sowie die betroffenen Städte nicht in Stich lassen.

Handeln ist erforderlich!!

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 09.06.2009, 08:34 Uhr - 4090 Clicks - Nr. 618

Idstedt-Löwe auch in Schleswig-Holstein willkommen

Zu den Plänen, den [Idstedt-Löwe](#) wieder in Flensburg aufzustellen, erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer (Sternbild Löwe): Ich begrüße es außerordentlich, wenn es in dieser Frage zu einer Einigung käme. Der Idstedt-Löwe kann zu einem Symbol der Aussöhnung in der Grenzregion im Besonderen und auch zwischen Deutschen und Dänen im Allgemeinen werden. Seine Bedeutung liegt heute im Geist der Verständigung und der europäischen Zusammenarbeit und damit könnte er mehr sein als ein regionales Symbol.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.06.2009, 08:54 Uhr - 1636 Clicks - Nr. 619

Jugenddorf: Kein Geld aus dem Konjunkturpaket II

Zum Bericht „Jugenddorf: Kein Geld aus dem Konjunkturpaket II“ (Kieler Nachrichten vom 4. Juni 2009) erklären die Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Ralph Müller-Beck, und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Lutz Oschmann:

"Wir halten das Jugenddorf Falckenstein für eines der landesweit herausragenden Projekte im Bereich der Weiterbildungsarbeit vor allem für Kinder, teilweise aus sozialschwachen Familien. Insofern können wir uns gar nicht vorstellen, dass das Jugenddorf Falckenstein nicht realisiert werden kann. Aus der Kieler Stadtverwaltung haben wir ebenfalls keinerlei Hinweise erhalten, dass dieses Projekt im Sinne der Förderrichtlinien problematisch sein könnte.

Orte für Bildung aus dem Konjunkturpaket herauszunehmen, die von Schulen, Kindergärten und Trägern der Jugendbildung für die Bildung intensiv genutzt werden ist nicht nachvollziehbar. Bildung braucht Orte, an denen Kinder und Jugendliche Lernerfahrungen eigenverantwortlich machen können. Falckenstein ist ein Ort, der einem modernen Verständnis von Bildung entspricht.

Die Absage des Projektes Jugenddorf Falkenstein im Förderbescheid entspricht nicht dem Willen der Kooperation. Wir werden uns vehement dafür einsetzen, dass der Bescheid an dieser Stelle abgeändert wird. Dabei muss gewährleistet werden, dass die Baumaßnahmen – insbesondere in den Schulen, die für die Sommerferien geplant sind – nicht gefährdet werden.

Wenn alle unsere Bemühungen scheitern, das Projekt Jugenddorf Falkenstein umzusetzen, werden wir alles dafür tun, dass die freiwerdenden Mittel in voller Höhe den Kindertageseinrichtungen der freien Träger zufließen."

Keine Kommentare

[Andreas Beran](#) - veröffentlicht am 10.06.2009, 11:05 Uhr - 6150 Clicks - Nr. 620

2. Bürgerfrühstück

AKN Taktverdichtung Kaltenkirchen Bad Bramstedt

2.Politisches Frühstück im neuen SPD-Bürgerbüro in Bad Bramstedt

Der Landtagsabgeordnete Andreas Beran und der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen laden ein, mit ihnen über die AKN Taktverdichtung zwischen Kaltenkirchen und Bad Bramstedt zu diskutieren. Bei einem gemeinsamen Frühstück gibt es Gelegenheit, sich mit den beiden Volksvertretern im kleinen Rahmen zu unterhalten und ihnen mit Anerkennung und Kritik direkt zu begegnen.

Das Frühstück findet statt am Samstag dem
11. Juli 2009 von 10 Uhr bis 13 Uhr
in Bad Bramstedt, Butendoor 2.
Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Erscheinen.

Anmeldung ist möglich aber nicht notwendig:
Tel.: 04192 8899777 oder
per E-Mail: buergerbuero@andres-beran.de

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 10.06.2009, 15:07 Uhr - 11633 Clicks - Nr. 621

Verkehrskonzept für den Norden

Verkehrsplanung kann auch spannend sein. Das bewies die Vortragsreihe der SPD-Bundestagsfraktion „Fraktion vor Ort“ kürzlich in Bad Bramstedt. Die Expertenrunde dieses Mal: Bundestagsabgeordneter und Bundesverkehrsminister a.D. Kurt Bodewig, der Verkehrsexperte Christian Carstensen, und Jörn Thießen, der seit einem Jahr die Interessen seines Wahlkreises auch im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vertritt.

Die Diskussionsrunde mit zahlreichen Gästen aus Bad Bramstedt und den umliegenden Dörfern und Gemeinden wünscht sich ein Verkehrskonzept für Schleswig-Holstein, das zugleich umwelt- und klimafreundlich, sozial verantwortlich und ökonomisch sinnvoll gestaltet ist.

Die SPD-Bundestagsfraktion werde ihren Einfluss zur Verbesserung des Bundesverkehrswegeplans geltend machen. Die Abgeordneten versicherten dafür zu sorgen, dass die Mehreinnahmen aus der LKW-Maut und die Mittel aus den Konjunkturprogrammen wirtschaftlich sinnvoll und nachhaltig eingesetzt werden. Mit zahlreichen Argumenten pro und contra wurde u.a. auch über die Elbquerung diskutiert. Die Frage nach der Finanzierung und nach notwendigen Baumaßnahmen wie der Ausbau der A22 etwa standen dabei im Mittelpunkt.

Alles in allem keine leichte Aufgabe, betonte Jörn Thießen in seinem Schlusswort. Der Abgeordnete forderte die Anwesenden auf, Ideen und Vorschläge zum Verkehrskonzept im Norden einzubringen, gern auch schriftlich. Als Volksvertreter sei er an gemeinsamen Lösungen zur Umsetzung einer verantwortungsvollen Verkehrspolitik interessiert, um den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger sinnvoll zu begegnen und zugleich Regierungsansprüchen gerecht zu werden.

Keine Kommentare

Generationswechsel bei der SPD Glinde

Bürgerhaus Glinde – Bei den Vorstandswahlen des Ortsvereins Glinde haben die Sozialdemokraten einen Generationswechsel vollzogen: Die Vorsitzende Marietta Exner und ihr Stellvertreter Heiko Reimer traten nicht mehr an, neuer Vorsitzender wurde der Angestellte in einer Steuerberatungspraxis Frank Lauterbach (48), Stellvertreter der Justizvollzugsbeamte Oliver Sendzig (38).

Zum Schatzmeister wählten die Mitglieder eine langbewährte Kraft:

Hein Thomsen besetzt dieses Amt auch in den kommenden zwei Jahren. Als Beisitzer im Vorstand wurden Peter-Michael Geierhaas und Marietta Exner gewählt, die sich künftig noch um „ihren“ Diskussionstreff 60+ und die Mitgliederbetreuung kümmern möchte.



Norbert Schicketanz bedankte sich im Namen aller Mitglieder bei Marietta Exner und Heiko Reimer für ihre langjährige Arbeit für den Ortsverein und schenkte Marietta Exner einen Vorabdruck der eigentlich noch in Vorbereitung befindlichen zweiten Auflage seiner „parteiischen Chronik“ der SPD Glinde.

Frank Lauterbach wünschte sich eine Wahrnehmung der Vorstandsaufgaben im Team und hat sich vorgenommen, mit dem Ortsverein eine aktive Rolle in der Glinder Stadtpolitik zu spielen. Martin Habersaat hatte in seinen Eigenschaften als Kreisvorsitzender und Landtagskandidat an der Versammlung teilgenommen. Er überreichte dem OV-Vorsitzenden als Präsent einen großen roten SPD-Würfel, „noch leer, um mit vielen guten Ideen gefüllt zu werden.“

Keine Kommentare

Solidarität mit der Danfoss-Belegschaft

Niemand der vollständig versammelten Danfoss-Belegschaft in der überfüllten Betriebskantine bezweifelte heute, dass die Kompressorproduktion in Flensburg demnächst beendet würde. Es geht nicht um Bestandsrettung sondern um die Brücke in eine neue betriebliche, beziehungsweise berufliche Zukunft. Auch durch Kurzarbeit kann nach Ansicht der Belegschaft Zeit für einen Neuanfang gewonnen werden. Hierfür erwartet die Danfoss Belegschaft mit Recht ganzen Einsatz bei Konzern und Politik.

Danfoss-Belegschaft braucht Zeit und Hilfe, um neue Aufgaben zu suchen:



Vor dem Werkstor hatten die KollegInnen von Danfoss einen Stand aufgebaut, bei dem Listen auslagen, in denen jede Beschäftigte, jeder Beschäftigte eintragen sollte, wieviel Menschen von seinem Job leben und damit durch die Folgen eines Arbeitsplatzverlustes bedroht wären. Es zittern derzeit weit über 1500 Menschen in der Region in und um Flensburg um den Erhalt der Arbeitsplätze bei Danfoss.

Zittern reicht aber nicht und deshalb kämpft die Belegschaft mit großer Einigkeit, solidarisch gestützt durch viele Kolleginnen und Kollegen aus der Region sowie durch Politik und Öffentlichkeit, um ihre Jobs und um ihr Werk.

Meinhard Geiken von der IG-Metall machte in der überfüllten Werkskantine deutlich, dass es inzwischen klare Fronten gäbe, dass sich Betriebsrat und Gewerkschaft mit der Betriebsleitung auf erste Verfahrensschritte und Prüfaufträge geeinigt hätten und dass klare Termine vereinbart worden seien.

Bis zum 24. Juni sollen die Unternehmensdaten durch einen unabhängigen Gutachter geprüft sein und bis dahin will auch der Konzern die Forderung der IGM nach Kurzarbeit plus 25% Lohnzuschlag (das wären zusammen 85% des bisherigen Lohnes) für sich prüfen.

Die IG Metall blieb hart: "Wenn nicht am 24. Juni für unsere Vorschläge grünes Licht von Danfoss kommt, werden wir eine Urabstimmung unserer Mitglieder zu Arbeitskampfmassnahmen einleiten", drohte Meinhard Geiken unmissverständlich. Hier handele es sich nicht um eine Notlage des Konzerns. Die Produktionsverlagerung für Kompressoren nach China diene vielmehr in erster Linie den Gewinninteressen des Konzerns und sei deshalb mit erheblich größeren Verpflichtungen gegenüber jener Belegschaft in Flensburg verbunden, die den Erfolg der Firma erst erarbeitet habe.

Im Anschluss an die Betriebsversammlung ging es vor das Werkstor, wo eine Solidaritätswand am Werkszaun befestigt worden war, auf der die Kollegen jene zahlreich eingetroffenen Solidaritätsbekundigungen befestigten, die aus der ganzen Region inzwischen eingegangen waren.

Als erstes Dokument wurde jener Brief mit Bundesadler angeheftet, in dem der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg, der auch schon bei Betriebsratssitzungen dabei gewesen war, sofort nach Bekanntwerden der Schließungsentscheidung seine Solidarität mit den KollegInnen bekundet hatte.

Die Aktion endete mit einer Pressekonferenz durch IG Metall und Betriebsratsvertreter vor dem Werkstor.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

Neu im INFODIENST: Verkehrskonzept für den Norden

Mobilität wirtschaftlich und nachhaltig gestalten - unter diesem Motto erarbeitet die SPD in Schleswig-Holstein aktuell ein Verkehrskonzept für den Norden. Jörn Thießen lädt alle Bürgerinnen und Bürger ein mit zu diskutieren.

Im [INFODIENST](#) stehen daher ab heute die Präsentation der Diskussionsveranstaltung "Verkehrskonzept für den Norden" und ein Arbeitspapier, das die aktuellen Verkehrsprojekte erörtert, zum Abruf bereit.



Keine Kommentare

Bundesparteitag – SPD Stormarn mit drei Delegierten

Drei der 19 Delegierten der SPD Schleswig-Holstein auf dem kommenden Bundesparteitag kommen aus Stormarn. Wenn am 14. Juni im Berliner Estrel das Regierungsprogramm 2009 – 2013 beschlossen wird, werden die Bundestagskandidatin Gesa Tralau aus Hamberge, der Landtagsabgeordnete Konrad Nabel aus Ahrensburg und der ehemalige Bundestagsabgeordnete Eckart Kuhlwein aus Ammersbek mit dabei sein.



Der Parteitag wird mit einer Rede des Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier beginnen. Im Rahmen der Antragsberatungen wird auch ein Antrag aus Stormarn behandelt, dem der Landesparteitag der Sozialdemokraten bereits mit großer Mehrheit folgte: Ein Recht auf den Hauptschulabschluss, mehr Zeit für die Schulen und Bildung ohne Kostenbarrieren – das sind nur drei von vielen Inhalten, die die SPD Stormarn dem Landesparteitag zur Beschlussfassung vorgeschlagen hatte und die nach dessen Zustimmung nun auf Wunsch der SPD Schleswig-Holstein ins Bundestagswahlprogramm aufgenommen werden sollen.

Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender in Stormarn: „Bildung ist der Weg, über den soziale Sicherheit und Teilhabe an der Gesellschaft für alle Menschen in einer der reichsten Industrienationen der Welt gewährleistet werden kann. Und zwar nicht nur aus ökonomischen Gründen, sondern auch im Interesse einer aufgeklärten Bürgergesellschaft und für das Wohl jedes Einzelnen.“

Kommentar von [Friedel Voigt](#) vom 11.06.2009, 16:04 Uhr:

RE: Bundesparteitag – SPD Stormarn mit drei Delegierten

Hochverehre Delegierte, 4 Stunden habe ich mich durch die "Vorschläge" der einzelnen Parteien zu einer erneuten??? Gesundheitsreform "durchgewühlt". Und leider muss ich sagen,

dass mir kein "Vorschlag" gefällt. Auch nicht der, der von der SPD ins Programm aufgenommen werden soll. So ein bisschen verstehe ich von der Materie. Aber eine "Bürgerversicherung"? Vorsichtig! Dieses "Programm" läuft schon in den Staaten, die auf dieses Modell umgestiegen sind total aus dem Ruder. Wenn es denn sein muss nehmt Änderungen am jetzigen System vor!! Sooooo schlecht hat Ulla nicht gearbeitet..... Gruss von einem Unterstützer

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 11.06.2009, 15:28 Uhr - 5262 Clicks - Nr. 626

6,1 Millionen Euro für Flensburger Schulen und Kitas sind bewilligt

Wolfgang Wodarg und Helmut Trost zum Konjunkturpaket II:

Mit über 6,1 Millionen Euro werden Flensburger Schulen und Kindertagesstätten aus dem Konjunkturpaket II gefördert. Darüber freuen sich der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg und der SPD-Vorsitzende Helmut Trost: „Das ist in dreifacher Hinsicht eine gute Nachricht.

Denn sie hilft den Flensburger Schülerinnen und Schülern, den Kindertageseinrichtungen, aber auch den Handwerksbetrieben und Bauunternehmen. Ohne das Konjunkturpaket wäre für diese dringend notwendigen Maßnahmen kein Geld vorhanden gewesen.“

Für acht Projekte in Flensburg hat das Kieler Bildungsministerium jetzt die Zusagen herausgegeben, wie die beiden Sozialdemokraten berichten. Die größte Maßnahme ist die energetische Sanierung der Gebäude der Fridtjof-Nansen-Schule (IGS), für die es 3,44 Millionen Euro Förderung gibt. Die Sanierung der umlaufenden Fassade, verschiedene Energiesparmaßnahmen und der Ersatzbau für den Gebäudetrakt IV bei der Schule Engelsby schlagen mit über 1,65 Millionen Euro Fördergeldern zu Buche.

Sechs Maßnahmen werden bei Kindertageseinrichtungen gefördert. Dazu gehören, wie aus einer Übersicht des Ministeriums hervorgeht, die Kita Süderlücke (Dachsanierung, Förderbetrag 108.000 Euro), die Kita Engelsby (energetische Sanierung, 487.500 Euro) und die Kinderinsel (84.375 Euro).

Beim Waldorf-Kindergarten wird der Anbau von zwei neuen Regelgruppen mit 108.000 Euro gefördert. Für das Ev. Kindertagesstättenwerk (energetische Sanierungen beim Paulus-Kindergarten und der Kita St. Michael) sind 151.200 Euro, für Dansk Skoleforeningen (Dachsanierung) 104.625 Euro Fördergelder vorgesehen.

„Die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten – Bund, Land und der Stadt Flensburg – hat gut geklappt“, unterstreichen Wodarg und Trost. Beide hoffen, dass die Umsetzung jetzt schnell erfolgt: „Dann wird aus dem Konjunkturpaket eine Erfolgsgeschichte für Flensburger Schulen und Kitas.“

„Die Handwerksbetriebe können hoffentlich schon in den Sommerferien mit ihren Arbeiten beginnen, denn nun sind alle Weichen gestellt“, hofft Helmut Trost und ist optimistisch, dass schon bald die notwendigen Vergaben erfolgen. „Das Konjunkturpaket greift. Wir hoffen, dass möglichst alle Aufträge in der Region bleiben und helfen, vor Ort Arbeitsplätze zu sichern“, so Trost. Das Ministerium habe schnell gearbeitet, denn bereits vier Wochen nach der Abgabefrist für die Maßnahmenlisten wisse man in Flensburg nun Bescheid, welche Zuschussbeträge jeweils reserviert sind und könnte die Projekte zügig in die Tat umsetzen.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 11.06.2009, 18:21 Uhr - 7549 Clicks - Nr. 627

Neugebauer appelliert an BGM Breitner: Himmelslaternen in RD verbieten

Der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer hat an Bürgermeister Breitner appelliert, die Nutzung von sogenannten brennenden Himmelslaternen bzw. fliegenden Lampions in Rendsburg zu verbieten

Anlass für die Initiative des Parlamentariers ist ein Brand, der vor einigen Tagen in Eutin durch ein solches Himmelsobjekt ausgelöst worden ist. Brennende Himmelslaternen werden häufig bei Familienfesten in die Luft abgelassen, ohne dass sich die Nutzer Gedanken über mögliche Gefahren für ihre Umwelt machen.

Nach Auskunft von Neugebauer plant der Innenminister des Landes ein Verbot für den Herbst, das auch vom Landesfeuerwehrverband unterstützt wird.

Neugebauer: Damit bis zu einem landesweiten Verbot nicht noch Schaden für Menschen und Gebäude in Rendsburg angerichtet werden, sollte die Stadt im Interesse der öffentlichen Sicherheit die Himmelslaternen schon jetzt verbieten.

Neugebauer bittet den Bürgermeister auch, auf seine Amtskollegen im Wirtschaftsraum Rendsburg einzuwirken, denn die brennenden Lampions machen nicht an Gemeindegrenzen Halt.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 12.06.2009, 12:10 Uhr - 8731 Clicks - Nr. 628

Hervorragendes Wahlergebnis für Thomas Hölck

Der Landtagsabgeordnete Thomas Hölck wurde von einer Wahlkreisversammlung erneut für den Landtag nominiert.

Die Delegierten des Landtagswahlkreises Pinneberg-Elbmarschen stehen geschlossen hinter Thomas Hölck. 100 Prozent gaben ihrem Landtagsabgeordneten aus Haseldorf auf der Delegiertenversammlung am 11. Juni im Theaterfoyer in Wedel ihre Stimme.

Zu den Befürwortern seiner Kandidatur zählten neben Helmut Plüschau, seinem Vorgänger im Wahlkreis, Manfred Eichhorn (Wedel), Dietmar Voswinkel (Holm) und Gerd Mettjes (Neuendeich), die seinen unermüdlichen Einsatz für den Wahlkreis heraushoben und ihm für die geleistete Arbeit der vergangenen Jahre dankten.

Der 46 Jahre alte Bauingenieur ließ in seinem Resümee seiner bisherigen Arbeit bei den Genossinnen und Genossen keinen Zweifel daran aufkommen, dass er der richtige Mann ist für den Posten in Kiel. Bei der Landtagswahl im Mai 2010 gilt es, die Wählerinnen und Wähler in Wedel, Uetersen, den Marsch- und Geestgemeinden ebenfalls davon zu überzeugen und den Wahlkreis erneut direkt zu gewinnen.

Thomas Hölck gehört dem schleswig-holsteinischen Landtag seit 2005 an.

Keine Kommentare

Konstruktive Vorschläge des Landesrechnungshofes

*Zu den Bemerkungen 2009 des Landesrechnungshofes erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Birgit Herdejürgen**:*

Wir danken dem Landesrechnungshof für seine konstruktiven Vorschläge. Darunter sind sicherlich Anregungen, die sich möglicherweise umsetzen lassen, vor allem da, wo es um organisatorische Maßnahmen innerhalb der Verwaltung oder beispielsweise um Energieeinsparmöglichkeiten geht.

Insbesondere Maßnahmen, bei denen durch effektiven Personaleinsatz und effiziente Organisation mehr Einnahmen erreicht werden können, unterstützen wir vorbehaltlos. Dazu gehört z. B. die Stärkung der Steuerverwaltung, die durch Betriebsprüfungen und Aufdeckung von Steuerbetrug für Einnahmen sorgt. Durch eine konsequente Verwaltungsstrukturreform und durch den Abbau von Bürokratie können bedeutende Summen eingespart werden.

Bildung und Sicherheit für die Bevölkerung sind wichtige Aufgaben. An ihre Erfüllung stellen wir auch qualitative Anforderungen. Deshalb müssen wir dafür Sorge tragen, dass Bildungseinrichtungen, Polizei und Justiz mit ausreichend Personal ausgestattet sind. Inwieweit mittelfristig Stellen eingespart werden können, muss geprüft werden; das bleibt eine ständige Aufgabe.

Die Anhebung der Pensionsgrenze für Vollzugsbeamte bei Polizei, Feuerwehr und Justiz sehen wir kritisch, weil diese z. B. durch Wechselschichtdienst besonderen Belastungen ausgesetzt sind und die effektive Auswirkung einer höheren Pensionsgrenze deshalb ohnehin fragwürdig wäre.

Das FÖJ ist uns wichtig, weil es soziale Verantwortung, Selbstständigkeit und die Bereitschaft für bürgerliches Engagement bei Jugendlichen stärkt und das Bewusstsein zum Schutz von Natur und Umwelt schärft – Aufgaben, die auch in der Krise nicht vernachlässigt werden dürfen.

Kommentar von [Klaus Albrecht](#) vom 12.06.2009, 17:08 Uhr:

Konstruktive Vorschläge?

Zitat aus der Pressemitteilung des Landesrechnungshofes: "Das wird nur möglich sein, wenn das Land auf Dauer weniger Menschen beschäftigt. Derzeit hat das Land knapp 56.000 Stellen. Bis 2020 treten etwa 20.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand. Diese Chance müssen Landtag und Landesregierung nutzen, sozialverträglich mindestens 5.600 Vollzeitstellen in der Landesverwaltung abzubauen." Das heißt ja wohl im Klartext, dass 10 Prozent der Arbeitsplätze beim Land vernichtet werden sollen. Daran kann ich weder etwas Konstruktives noch Innovatives erkennen - ganz zu schweigen von "Sozialverträglichkeit". Wenn wir denn schon davon reden, dass wir an die nachfolgenden Generationen denken müssen (Schuldenbremse im Grundgesetz), dann doch bitte auch bei der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Kreisvorsitzenden im Norden sprechen sich gegen CO2-Einlagerung aus!

In einem gemeinsamen [Brief](#) an den SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck sprechen sich die drei Kreisvorsitzenden Dirk Peddinghaus (Schleswig-Flensburg), Helmut Trost (Flensburg) und Horst Deyerling (Nordfriesland), gegen die Einlagerung von CO₂ im Norden Schleswig-Holsteins aus.

Die Kreisvorsitzenden fordern dabei im Auftrag der SPD-Kreisverbände Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Flensburg die SPD-

Bundestagsfraktion auf, eine Beschlussfassung über die Nutzung der CCS-Technologie noch in

dieser Legislaturperiode zu verhindern und sich gegen die industrielle Nutzung dieser Technik ohne weitreichende Forschung und Nachhaltigkeitsabschätzungen auszusprechen.



Begründen wird die Ablehnung mit drei Hauptargumenten:

1. Ein Einlagerung in der vorgesehen Größenordnung ist eine Gefahr für die Menschen und die Umwelt in den betroffenen Regionen. Obwohl die langfristigen Auswirkungen der Technologie noch nicht hinreichend erforscht sind, soll CO₂ in großem Ausmaß eingelagert und damit für Generationen unumkehrbare Fakten geschaffen werden. Dabei sollen die Verursacher nur bis zu einer Zeitspanne von 30 Jahren für Schäden und Unglücksfälle haften. Ein unkalkulierbares Risiko, welches der Allgemeinheit aufgelastet werden soll und den nachfolgenden Generationen in unseren Kreisen ein unkalkulierbares Risiko aufbürden würde.

2. Die Risiken für die Qualität unseres Trinkwassers sind unkalkulierbar. Wichtig ist zu wissen, dass in unseren Kreisen Trinkwasser bis zu einer Tiefe von 300 Metern gefördert wird. Auf die Qualität dieses Wassers sind wir zu Recht stolz! Unterhalb einer Tiefe von 300 Metern wird das Wasser allerdings salzhaltig. Die begründete Befürchtung ist nun, dass ein Einpressen von CO₂ zu Verdrängung des salzhaltigen Wassers und damit zu einer Vermischung mit dem Trinkwasser kommt. Die daraus resultierenden Folgen für die Versorgung unserer Bevölkerung sind nicht kalkulierbar und damit nicht zu verantworten.

3. Die CCS-Technik steht in direkter Konkurrenz zum Ausbau der alternativen Technologien. Bereits heute können die drei Kreise ihren Energiebedarf theoretisch aus erneuerbaren Energien (Windenergie, Biomasse, Solarenergie) decken. Was zu einer 100%-Deckung fehlt, sind ausgebaut Netze und die Möglichkeit der Energiespeicherung. Gerade hier tritt die CCS-Technik als Konkurrent auf. Bereits heute ermöglicht die unterirdische Druckspeicherung eine Verstetigung der Energieversorgung. Durch das hier geplanten Projekt kommt es zu einer Blockierung dieser Speichermöglichkeit. Eine solche Verschwendung der Lagermöglichkeiten durch die CCS-Technik widerspricht unseren langfristigen energiepolitischen Zielen.

4. Die CCS-Technik ist zum heutigen Zeitpunkt unwirtschaftliche und ökologisch bedenklich. Durch die Nutzung dieser Technik verschlechtert sich der ohnehin geringe Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke noch einmal erheblich, oder mit anderen Worten, es muss noch mehr CO₂ „erzeugt“ werden um das vorhandene CO₂ einzulagern. Da die CCS-Technik nicht unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit vorhandenen Kraftwerken genutzt werden kann, wäre der

Neubau entsprechender Kraftwerke erforderlich. Die Nutzung der CCS-Technik mit diesen neuen Kraftwerken wird aber erst in etwa 20 Jahren möglich sein, einer Zeit also, in der wir die energiepolitische Wende zu alternativen Energien längst geschafft haben müssen. Jeder in dieser Zeit für die Forschung, Bereitstellung und Anwendung der CCS-Technik ausgegebene Euro, verzögert damit den Ausbau der regenerativen Energien.

[Brief an Struck](#)

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 12.06.2009, 21:19 Uhr - 8316 Clicks - Nr. 631

Volle Unterstützung für Siegrid Tenor-Alschausky

Die Landtagsabgeordnete aus Elmshorn wurde von der Wahlkreisversammlung am 12. Juni in Tornesch einstimmig für die Landtagswahl 2010 nominiert.

In Ihrer Vorstellungsrede zog die Abgeordnete eine positive Bilanz ihrer Wahlkreisarbeit. Von der großen Koalition in Kiel entwarf sie ein differenziertes Bild. Der Koalitionsvertrag zeige eine klare sozialdemokratische Handschrift. Dennoch gebe es Projekte, die mit dem konservativen Koalitionspartner nicht zu realisieren seien.

Einen Schwerpunkt ihrer Darstellung, wie auch ihrer parlamentarischen Arbeit bildete die Sozialpolitik. Siegrid Tenor-Alschausky ist Vorsitzende des Sozialausschusses des Landtages. Seit neun Jahren vertritt sie den Wahlkreis Elmshorn im Parlament. Zu dem Wahlkreis gehören neben der Stadt Elmshorn auch Appen, Tornesch und die Gemeinden des Amtes Elmshorn-Land.

Die Delegierten belohnten das Referat ihrer Wahlkreisabgeordneten nicht nur mit großem Applaus. Bei der anschließenden Wahl waren sich die Vertreterinnen und Vertreter der Ortsvereine aus dem Wahlkreis Elmshorn einig: Alle votierten in geheimer Abstimmung dafür, dass die 55-jährige Pädagogin wieder für die Sozialdemokraten ins Rennen gehen soll.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 13.06.2009, 09:29 Uhr - 6075 Clicks - Nr. 632

Osterrönfeld bekommt eine Albert-Betz-Straße

Die voranschreitenden Baumaßnahmen rund um das neue REpower-Gelände in Osterrönfeld und der Bau des neuen Hafens am Nord-Ostsee-Kanal beschäftigten die Osterrönfelder Gemeindevertreter in ihrer Sitzung im Juni 2009.

Albert-Betz-Straße

geb. 1885, gest. 1968, deut. Physiker,
Pionier der Windenergietechnik

Um das neue Areal zu erschließen, ist der Bau einer neuen Straße auf dem Gelände zwischen REpower und neuem Hafen notwendig. Im Zuge der Diskussion um eine sinnvolle Benennung dieser Straße beschloss die Gemeindevertretung Osterrönfeld nun einstimmig, sie nach dem erfolgreichen Windenergiepionier und -erfinder, Albert Betz, zu benennen. Damit folgten die Gemeindevertreter einem Vorschlag der SPD-Fraktion, die bereits Mitte März diesen Namen ins

Spiel gebracht hatte.

Der Name, Albert Betz, stieß nicht nur bei den übrigen Gemeindevertretern auf große Zustimmung, sondern auch bei Experten der Windenergiebranche. Hintergrund sind die wegweisenden Erfindungen und Forschungen von Albert Betz. Er legte die Grundlagen für heutige Entwicklungen in der Windenergietechnik. Das nach ihm benannte „Betzsche Gesetz“ besagt etwa, dass maximal 59% des Windes an einem Ort in mechanische Leistung umgewandelt werden kann. Die Forschungsergebnisse von Albert Betz fließen noch heute in Planungen von Windkraftanlagen ein und begründen den hohen Bekanntheitsgrad des Forschers in der Windenergiebranche.

Osterrönfeld schafft sich durch die Albert-Betz-Straße einen einprägsamen Widererkennungswert über Gemeindegrenzen hinweg und würdigt die Verdienste des Wissenschaftlers, Albert Betz.

Mehr zum Thema REpower finden Sie [\[hier\]](#)

--

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 13.06.2009, 13:17 Uhr - 6005 Clicks - Nr. 633

Ein energiepolitischer Irrweg - sicherheitstechnisch nicht verantwortbar

*Gemeinsame Aktionen der SPD-Kreisverbände
Flensburg, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg:
Gegen ein CO 2-Endlager in der Region:*

Die drei SPD-Kreisverbände im Norden Schleswig-Holsteins bündeln ihre Kräfte und kämpfen gemeinsam gegen die Errichtung eines CO 2-Endlagers in der Region.



„Wir meinen, dass dies Vorhaben energiepolitisch ein Irrweg ist, sicherheitstechnisch ein hohes Risiko darstellt und obendrein wichtige Zukunftsoptionen verbaut“, so Helmut Trost, Vorsitzender der Flensburger SPD. „Die Risiken enden nicht an einer Kreisgrenze, sondern wir sind alle betroffen“, meint er zusammen mit Horst Deyerling (Vorsitzender im Kreis Nordfriesland) und Dirk Peddinghaus (Vorsitzender im Kreis Schleswig-Flensburg).

Die Flensburger SPD hatte örtliche Politiker und Fachexperten aus der Nordregion eingeladen. Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg berichtete am Beispiel Schafflund über den Widerstand vor Ort. Er machte dabei deutlich, dass die Planungen nicht nur unter umwelt-, sondern auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten keinen Sinn machen. Wodarg will auf Bundesebene gegen das geplante CCS-Gesetz angehen. Die CCS-Technologie soll es ermöglichen, bei der Stromerzeugung im Kraftwerk Kohlendioxid abzuscheiden und zu speichern. Über hunderte von Kilometern soll es dann nach Schleswig-Holstein geleitet und dort unterirdisch eingelagert werden (CCS – Carbon Dioxide Capture and Storage), unter anderem vor den Toren der Fördestadt Flensburg.

Der nordfriesische Kreistagsabgeordnete Carsten F. Sörensen stellt klar: „Wir stehen für ein deutliches Nein zur geplanten Einlagerung und den vorgesehenen seismischen Messungen. Es ist nicht in Ordnung, wie hier vorgegangen wird.“ Für Horst Deyerling ist das Vorhaben ein Feldzug gegen die regenerativen Energien: „Mit der Einlagerung von verflüssigtem CO₂ wird regional z.B. eine sinnvolle Nutzung von Erdwärme ebenso wie eine moderne Energiespeicherung für Druckluftspeicherkraftwerke verhindert.“ Dirk Peddinghaus dazu: „Mit der geplanten CO₂-Einlagerung wird die Möglichkeit vernichtet, die örtliche Gegebenheiten für regenerative Energien zu nutzen.“

Das ist aus Sicht der SPD verheerend: „Gerade solche Möglichkeiten werden benötigt, um regenerative Energien verstärkt zu nutzen“, so die drei Kreisvorsitzenden. Sie sind sich einig, dass es energiepolitischer Unsinn ist, CO₂-Pipelines durch ganz Deutschland nach Schleswig-Holstein zu führen. „Abspaltung, Transport und Einlagerung kosten wiederum Energie – das ist energetisch ineffizient und umweltpolitisch ein Rückschritt“, meinen sie. Dirk Peddinghaus erläutert: „Somit ist jeder in die CCS-Technik investierte Euro eine Konkurrenz für die schnelle Weiterentwicklung der regenerativen Energien und damit auch für die vielen Arbeitsplätze, die in diesem Bereich in Schleswig-Holstein geschaffen wurden.“

„Die CCS-Technologie ist eine Technologie, mit der auf die verfehlte Energiepolitik von gestern gesetzt wird. Wir können und dürfen nicht weiter auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe setzen. Und genau das wird mit dem Vorhaben beabsichtigt. Eine Technologie von gestern wird verlängert, in der Gegenwart werden unkalkulierbare Risiken geschaffen, Chancen für morgen werden verbaut“, unterstreicht Helmut Trost.

Viele Experten zweifeln daran, dass CO₂ auf Dauer sicher vor dem Entweichen in die Atmosphäre abgelagert werden kann. Sie befürchten ein langsames Ausgasen der Lagerstätten, so dass statt einer echten CO₂-Reduktion nur eine ungewisse Zeitverzögerung des Anstiegs der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre erreicht wird. „Und was geschieht, wenn das das geruchlose, unsichtbare Gas austritt, sich in Senken sammelt?“ fragen die Sozialdemokraten besorgt.

Die drei Kreisverbände werden deshalb die örtlichen Initiativen gegen das Endlager unterstützen, gegenüber der SPD-Bundestagsfraktion aktiv werden und ihre Positionen in der Landes-SPD vertreten. Den bisherigen Aktivitäten in kommunalen Gremien sollen weitere folgen, auch Aktionen in der Öffentlichkeit werden geplant. Das Fazit der drei SPD-Kreisverbände: „Aus dem Norden kommt ein klares Nein zu den Plänen – sie sind energiepolitisch falsch und ökonomisch unsinnig. Die Nutzung erneuerbarer Energien und eine verbesserte Energieeffizienz sind der richtige Weg. Dann wird weder unsere Gesundheit noch die unserer Kinder bedroht. Und auch die Natur wird keinen unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt“, so Gastgeber Helmut Trost.

--

Im Norden gemeinsam gegen die CO₂-Einlagerung:

Foto: „Die Gefahr endet nicht an einer Kreisgrenze!“

Helmut Trost (SPD-Flensburg), Wolfgang Wodarg (Bundestagsabgeordneter), Horst Deyerling (SPD Nordfriesland), Dirk Peddinghaus (SPD Schleswig-Flensburg), Carsten F. Sörensen (Kreistagsabgeordneter) – v.l.n.r. -

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 14.06.2009, 10:07 Uhr - 5875 Clicks - Nr. 634

Arbeitsplätze bei Karstadt erhalten!

Wie Tausende von Flensburgerinnen und Flensburger, die sich für den Erhalt des Karstadt-Kaufhauses am Flensburger Holm mit ihrer Unterschrift eingesetzt haben, solidarisierte sich auch der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und stattete dem Karstadt-Betriebsrat in Flensburg einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit forderte er vom Mutterkonzern, alle Reserven zu mobilisieren, um der Verantwortung für die Arbeitsplätze gerecht zu werden.



Karstadt ist ein Stück Flensburg!

Seit über 40 Jahren ist das Warenhaus am Holm ein Kundenmagnet für die gesamte Innenstadt. Auf ca. 11000 Quadratmetern Einkaufsfläche finden über 2 Millionen Kunden jährlich alle Waren, die sie für das tägliche Leben brauchen. Selbst Zwirn, Knöpfe, Stoffe und viele weitere Produkte, die man in Supermärkten nicht mehr findet, werden dort durch etwa 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten, welche fachkundig, meist schon über viele Jahre ihre Kunden beraten und bedienen.

Karstadt ist ein Magnet für Flensburgs Innenstadt und hat nicht nur Bedeutung für die, die dort Arbeit gefunden haben. Auch viele kleinere Geschäfte in der Fußgängerzone und zahlreiche Zulieferer und andere Unternehmen leben von und mit Karstadt.

Der Mutterkonzern ist in der Finanzkrise in Schwierigkeiten geraten und muss jetzt alle Mittel mobilisieren, um seiner Verantwortung gegenüber der Belegschaft und seinen Kunden gerecht zu werden. "Wer über Jahre Milliarden verdient, muss auch in der Krise bereit sein, Millionen einzusetzen, um jenen gerecht zu werden, die diesen Verdienst hart erarbeitet haben. Wir Flensburger stehen zu Karstadt und seiner Belegschaft und fordern Entsprechendes von Anteilseignern und Management," meinte der Flensburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg anlässlich seines Besuches beim Betriebsrat vor Ort.

Am 26. Juni wird der Abgeordnete in der Karstadt-Filiale am Holm in Flensburg ein eintägiges Solidaritäts-Praktikum absolvieren, um die Lage der Beschäftigten hautnah nachvollziehen zu können und gleichzeitig einen Einblick in die Arbeitswelt im Kaufhaus zu erhalten.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 14.06.2009, 12:37 Uhr - 2845 Clicks - Nr. 635

SPD Reinfeld begrüßt Förderzusage für Kita und Grundschule

„Wir sind froh, dass wir mit den beiden Maßnahmen in die Förderung gekommen sind. Besonders die Zusage von € 451.600,- für die Gebäudesanierung an der Grundschule bringt

uns deutlich voran.“ sagt Gerd Herrmann, SPD-Stadtverordneter.

„ Der Betrag für die Kita-Maßnahme (€ 83.820,-) ist zwar nicht riesig in der Relation zu den Gesamtkosten, hilft uns aber bei der Ausweitung der Kinderbetreuung weiter.“

Bei der Sanierung der Grundschule muss nach Ansicht der Sozialdemokraten unbedingt eine Photovoltaik-Anlage aufs Dach. „Mit unserer Arbeitsgruppe zur Nachhaltigkeit in Reinfeld haben wir uns das Dach auf dem Ursprungsbau aus den 50ern angesehen. Seine Ausrichtung nach Süden und die zur Verfügung stehende Fläche machen es dafür geeignet.“ so Gerd Herrmann weiter. Man will die Option, einen Teil des eigenen Strombedarfs selbst zu produzieren, auf alle Fälle wahrnehmen.

„Unsere Fraktion begleitet die örtliche Entwicklung auf dem Energiesektor mit großer Aufmerksamkeit. Wir arbeiten daran, Reinfelds Energieversorgung wieder in eigene Hände zu bekommen.“ bestätigt Rolf-Jürgen Hanf, Fraktions-sprecher. „Wir suchen nach vernünftigen Möglichkeiten, die Verfügungsgewalt über Strom- und Gasnetze zu bekommen.“ In dieses Konzept passen dezentrale Möglichkeiten der Stromerzeugung wie z.B. Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden ganz genau.

Man ist auch froh, auf der neuen Sporthalle an der MCS eine solche Anlage zu bekommen. Diese Chance sei bei der KGS bedauerlicherweise nicht genutzt worden. „Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wir wollen uns die statischen Gegebenheiten und erforderliche Kosten sehr genau ansehen.“ macht Gerd Herrmann Mut, auch bei der KGS am Ball zu bleiben.

Gerd Herrmann

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 14.06.2009, 17:32 Uhr - 4241 Clicks - Nr. 636

Großfeuer im Kieler Nordhafen

Innenminister Lothar Hay dankt Rettungskräften: Gefahr für Bevölkerung mit vorbildlichem Einsatz abgewendet

Erscheinungsdatum: 12.06.2009

Innenminister Lothar Hay hat den Einsatzkräften von Polizei und Feuerwehr für ihren erfolgreichen Einsatz zur Bekämpfung des Großfeuers im Kieler Nordhafen gedankt. „Nur durch Ihr schnelles und beherztes Handeln ist es gelungen, die von dem Feuer ausgehenden Gefahren für Leib und Leben

der Bevölkerung sowie große Sachwerte abzuwenden“, schrieb Hay heute (12. Juni) in einem Dankesbrief an die eingesetzten Beamtinnen und Beamten von Polizei und Feuerwehr. Der Einsatz habe einmal mehr und in beeindruckender Weise deutlich gemacht, dass die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Rettungskräften ausgezeichnet sei, so der Minister. Die eingesetzten Kräfte hätten ungeachtet der Gefahren für ihr eigenes Leben und ihre Gesundheit vorbildlich gehandelt. „Dafür spreche ich Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung aus“, so Hay.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Ove Rahlf

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3009, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 14.06.2009, 17:35 Uhr - 4042 Clicks - Nr. 637

Integrations-Cup in Flensburg

Lothar Hay: Fußball ist universell und fördert die Integration

Erscheinungsdatum:

13.06.2009

Innenminister Lothar Hay hat die Rolle des Fußballs als Förderer von Integration herausgestellt. „Dieser Sport ist universell und auch die Sprache ist kein Hindernis“, sagte Hay am Samstag (13. Juni) bei der Eröffnung des Landesfinales im Sparda-Bank Integrations-Cup in Flensburg.

Überall auf der Welt würde nach denselben Regeln Fußball gespielt. Vom Fußballspielen sei es nur ein kurzer Weg, anderen Kulturen näher zu kommen, Deutsch zu lernen, persönliche Freundschaften zu schließen und sich sozial zu integrieren.

Wie der Minister weiter sagte, bietet der Sport darüber hinaus Selbstbestätigung, Anerkennung und Aufstiegsmöglichkeiten über die sportliche Leistung. „Das ist besonders für junge Menschen aus Migrantenfamilien von großer Bedeutung“, sagte Hay. Diese Erfahrungen seien auch für junge Mädchen und Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis wichtig. Aus vielen wissenschaftlichen Untersuchungen wisse man, dass der Sport zweifelsfrei positiv für die Integration von Migranten sei.

Informationen zum Sparda-Bank Integrations-Cup gibt es unter www.shfv-kiel.de

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 14.06.2009, 20:24 Uhr - 7211 Clicks - Nr. 638

CO2-Einlagerung: Aus dem Norden kommt ein klares Nein!

Gemeinsame Aktionen der SPD-Kreisverbände Flensburg, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg

CO 2-Einlagerung: Aus dem Norden kommt ein klares Nein!

„Ein energiepolitischer Irrweg - sicherheitstechnisch nicht verantwortbar!“

Die drei SPD-Kreisverbände im Norden Schleswig-Holsteins bündeln ihre Kräfte und kämpfen gemeinsam gegen die Errichtung eines CO 2-Endlagers in der Region.

„Wir meinen, dass dies Vorhaben energiepolitisch ein Irrweg ist, sicherheitstechnisch ein hohes

Risiko darstellt und obendrein wichtige Zukunftsoptionen verbaut“, so Helmut Trost, Vorsitzender der Flensburger SPD.

„Die Risiken enden nicht an einer Kreisgrenze, sondern wir sind alle betroffen“, meint er zusammen mit Horst Deyerling (Vorsitzender im Kreis Nordfriesland) und Dirk Peddinghaus (Vorsitzender im Kreis Schleswig-Flensburg).

Die Flensburger SPD hatte örtliche Politiker und Fachexperten aus der Nordregion eingeladen. Der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg berichtete am Beispiel Schafflund über den Widerstand vor Ort. Er machte dabei deutlich, dass die Planungen nicht nur unter umwelt-, sondern auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten keinen Sinn machen. Wodarg will auf Bundesebene gegen das geplante CCS-Gesetz angehen. Die CCS-Technologie soll es ermöglichen, bei der Stromerzeugung im Kraftwerk Kohlendioxid abzuscheiden und zu speichern. Über hunderte von Kilometern soll es dann nach Schleswig-Holstein geleitet und dort unterirdisch eingelagert werden (CCS – Carbon Dioxide Capture and Storage), unter anderem vor den Toren der Fördestadt Flensburg.

Der nordfriesische Kreistagsabgeordnete Carsten F. Sörensen stellt klar: „Wir stehen für ein deutliches Nein zur geplanten Einlagerung und den vorgesehenen seismischen Messungen. Es ist nicht in Ordnung, wie hier vorgegangen wird.“ Für Horst Deyerling ist das Vorhaben ein Feldzug gegen die regenerativen Energien: „Mit der Einlagerung von verflüssigtem CO₂ wird regional z.B. eine sinnvolle Nutzung von Erdwärme ebenso wie eine moderne Energiespeicherung für Druckluftspeicherkraftwerke verhindert.“ Dirk Peddinghaus dazu: „Mit der geplanten CO₂-Einlagerung wird die Möglichkeit vernichtet, die örtliche Gegebenheiten für regenerative Energien zu nutzen.“

Das ist aus Sicht der SPD verheerend: „Gerade solche Möglichkeiten werden benötigt, um regenerative Energien verstärkt zu nutzen“, so die drei Kreisvorsitzenden. Sie sind sich einig, dass es energiepolitischer Unsinn ist, CO₂-Pipelines durch ganz Deutschland nach Schleswig-Holstein zu führen. „Abspaltung, Transport und Einlagerung kosten wiederum Energie – das ist energetisch ineffizient und umweltpolitisch ein Rückschritt“, meinen sie. Dirk Peddinghaus erläutert: „Somit ist jeder in die CCS-Technik investierte Euro eine Konkurrenz für die schnelle Weiterentwicklung der regenerativen Energien und damit auch für die vielen Arbeitsplätze, die in diesem Bereich in Schleswig-Holstein geschaffen wurden.“

„Die CCS-Technologie ist eine Technologie, mit der auf die verfehlte Energiepolitik von gestern gesetzt wird. Wir können und dürfen nicht weiter auf die Verbrennung fossiler Brennstoffe setzen. Und genau das wird mit dem Vorhaben beabsichtigt. Eine Technologie von gestern wird verlängert, in der Gegenwart werden unkalkulierbare Risiken geschaffen, Chancen für morgen werden verbaut“, unterstreicht Helmut Trost.

Viele Experten zweifeln daran, dass CO₂ auf Dauer sicher vor dem Entweichen in die Atmosphäre abgelagert werden kann. Sie befürchten ein langsames Ausgasen der Lagerstätten, so dass statt einer echten CO₂-Reduktion nur eine ungewisse Zeitverzögerung des Anstiegs der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre erreicht wird. „Und was geschieht, wenn das das geruchlose, unsichtbare Gas austritt, sich in Senken sammelt?“ fragen die Sozialdemokraten besorgt.

Die drei Kreisverbände werden deshalb die örtlichen Initiativen gegen das Endlager unterstützen, gegenüber der SPD-Bundestagsfraktion aktiv werden und ihre Positionen in der Landes-SPD vertreten. Den bisherigen Aktivitäten in kommunalen Gremien sollen weitere

folgen, auch Aktionen in der Öffentlichkeit werden geplant. Das Fazit der drei SPD-Kreisverbände: „Aus dem Norden kommt ein klares Nein zu den Plänen – sie sind energiepolitisch falsch und ökonomisch unsinnig. Die Nutzung erneuerbarer Energien und eine verbesserte Energieeffizienz sind der richtige Weg. Dann wird weder unsere Gesundheit noch die unserer Kinder bedroht. Und auch die Natur wird keinen unkalkulierbaren Risiken ausgesetzt“, so Gastgeber Helmut Trost.

Foto: Im Norden gemeinsam gegen die CO 2-Einlagerung:
Helmut Trost (SPD-Flensburg), Wolfgang Wodarg (Bundestagsabgeordneter),
Horst Deyerling (SPD Nordfriesland), Dirk Peddinghaus (SPD Schleswig-Flensburg), Carsten F. Sörensen (Kreistagsabgeordneter) – von links -

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 15.06.2009, 09:28 Uhr - 3959 Clicks - Nr. 639

S4 - bald Wirklichkeit oder Traum?

Sigrid Kuhlwein – Kolumne für das Stormarner Tageblatt:

Alle diejenigen, die eine S-Bahnanbindung S4 nach Hamburg wünschen, dürfen jetzt auf baldige Realisierung hoffen. Den Eindruck jedenfalls hinterließen die Vertreter der S-Bahn Hamburg GmbH bei ihrem Besuch in der letzten Verkehrsausschuss-Sitzung. Wegen der geplanten festen Fehmarnbelt-Querung, die ja, wenn alles nach Plan geht, bis 2018 fertig sein soll, ist Eile geboten.

Prognostiziert ist, dass der Schienengüterverkehr aus dem skandinavischen Raum nach dem Bau der festen Beltquerung drastisch zunehmen wird. Weil zwischen Lübeck und Hamburg aber nur zwei Gleise vorhanden sind und bereits heute Engpässe bestehen, die zu Verspätungen im Personenverkehr führen, rechnet die S-Bahn Hamburg GmbH dann mit zusätzlichen Behinderungen im Personennahverkehr.



Sie schlägt in einer überarbeiteten Studie - die erste wurde 2002 vorgestellt - eine zweigleisige S-Bahn-Strecke zwischen Hasselbrook und Rahlstedt und bis Ahrensburg mindestens eingleisig vor. Ab Ahrensburg bis Bad Oldesloe soll auf vorhandenen Gleisen gefahren werden. Auf Hamburger Gebiet sind zusätzliche S-Bahnhöfe geplant, die sich an der Siedlungsdichte orientieren. Es sind Zweistromfahrzeuge vorgesehen, die auf Hamburger Gebiet auf S-Bahngleisen fahren können. Für die Anschaffung dieser Fahrzeuge sind 150 Mill. Euro erforderlich, insgesamt gibt es einen Finanzbedarf von rd. 400 Mill. Euro für die gesamte Maßnahme.

Natürlich sind zunächst alle begeistert, dass sich in Sachen S4 endlich etwas bewegt und offensichtlich auch die Finanzierung möglich ist. Wirklich? So wie es aussieht, gibt es Druck, den Ausbau zu realisieren nur, wenn die feste Beltquerung gebaut wird. Was aber, wenn diese Baumaßnahme nicht oder nicht so schnell realisiert wird? Denn eigentlich ist der Ausbau zur S4 bereits seit 2003 im Bundesverkehrswegeplan enthalten im vordringlichen Bedarf. Getan hat

sich nur nichts.

Für den Hamburger Senat war die Flughafen-Bahn oder der umstrittene U-Bahnbau in die Hafencity bisher wichtiger als eine attraktive S-Bahnanbindung ins Umland. Fahrgasterhebungen beweisen, dass mit deutlicher Taktverdichtung und guter Vernetzung mehr Menschen Bahn fahren. Vor allem die Schleswig-Holsteiner und erst recht wir Stormarner lassen nicht locker, weil es nicht sein kann, dass eine Wachstumsregion wie Stormarn bahnverkehrlich angebunden ist wie Anno Dazumal. Deshalb begrüßen wir die Initiative der S-Bahn Hamburg GmbH, den S-Bahn-Bau mit Zahlen zu unterfüttern und auf Finanzierungswege hinzuweisen. Vielleicht beflügelt die bevorstehende Bundestagswahl den einen oder anderen Kandidaten, sich zu engagieren?

Anfang 2010 soll eine Machbarkeitsstudie vorgelegt werden. Bis dahin wird ja wohl geklärt sein, ob es eine feste Beltquerung gibt und damit als Folgemaßnahme das Schienennetz ausgebaut wird oder ob der Bund vorher finanzielle Mittel bereit stellt für den Bau eines S-Bahnnetzes Hamburg-Bad Oldesloe. Vielleicht in Form eines Konjunkturprogramms Bahn?

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 15.06.2009, 10:29 Uhr - 7241 Clicks - Nr. 640

MdB Sönke Rix zur Situation bei Sauer und Sohn

Ich bedauere das Scheitern der Verhandlungen über einen vertretbaren Stellenabbau bei Sauer und Sohn. Dass sich die Geschäftsleitung erneut nicht mit dem Betriebsrat auf eine Abfindungshöhe und Kündigungsliste einigen konnte, ist kein gutes Zeichen.



Die Geschäftsleitung ist wohl nicht Willens sich mit dem Betriebsrat auf eine sozial verträgliche Lösung zu einigen. Anders kann ich es nicht deuten, wenn von Seiten der Geschäftsführung nun nicht mehr Abfindungen verhandelt werden sollen.

Ich hoffe, dass man bei der Einigungsstelle eine tragfähige und soziale Entscheidung zugunsten des Standorts Eckernförde findet. Ich appellierte erneut an die Inhaber, den Eckernförder Traditionsbetrieb nicht auszuverkaufen und Teile des Betriebs nach Isny ins Allgäu zu verlagern.

Der Standort Eckernförde hat der Firma Sauer Jahrzehnte gut getan und zum Erfolg verholfen. Es kann nicht angehen, dass nun die Rosinen herausgepickt und verlagert werden sollen.

Ich wundere mich, dass es nicht zu Gesprächen mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Schleswig-Holstein gekommen ist. Sowohl Ministerpräsident Carstensen als auch der SPD-Landesvorsitzende Stegner hatten auf diese Möglichkeit hingewiesen.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 15.06.2009, 14:57 Uhr - 51972 Clicks - Nr. 641

CO² wiederverwerten statt endlagern!

Auf intensives Betreiben des SPD-Landesverbandes hat der Bundesparteitag in Berlin für das

Regierungsprogramm durchgesetzt, dass zwar die CO² Abscheidetechnik entwickelt werden kann, aber das abgeschiedene CO² dann wiederverwertet werden soll.

„Bevor wir nur viel Geld in die Forschung von Speichermöglichkeiten fließen lassen, will die SPD vornehmlich die Wiederverwertung des abgeschiedenen CO² fördern“ so der Sprecher für Umwelt und Energie der SPD Schleswig-Holstein Stefan Bolln.

„Der Wiederverwertungsvorrang vor Endlagerung des CO² ist ein großer Erfolg unserer Initiative.“ Den Kompromiss hatte der Bundestagsabgeordnete Herrmann Scheer, Träger des alternativen Nobelpreises und Präsident von Eurosolar ausgearbeitet.

In intensiven Verhandlungen am Wochenende ist es der 19-köpfigen Schleswig-Holsteinischen Delegation auf dem Bundesparteitag auch gelungen, die umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Genehmigung von Lagermöglichkeiten im Wahlprogramm festzuschreiben.

Mit der Programmaussage, dass bis 2030 mindestens 50% der Stromerzeugung auf der Basis erneuerbarer Energien erreicht werden sollen und dem Vorrang der Einspeisung der erneuerbaren Energien ins Netz, sind wir bundesweit auf einem guten Weg. „Wir als SPD Schleswig-Holstein werden auch in Zukunft Antreiber der Energiewende sein“, so Stefan Bolln.

Neben den Verhandlungen um das Parteiprogramm wurden von der schleswig-holsteinischen Delegation auch die Auswirkungen auf das in Beratung befindliche CCS -Gesetz, das der Bundestag in dieser Woche beschließen will, diskutiert. „Es ist uns gelungen, dass auch ins CCS-Gesetz eine umfangreiche Bürgerbeteiligung aufgenommen werden soll. Die Verhandlungen darüber werden gleich morgen beginnen. Nun ist die CDU am Zug, die Bürgerbeteiligung zuzulassen“, so Bolln.

Die Schleswig-Holsteinische Delegation hat auf dem Bundesparteitag angekündigt, dass sie die Bürgerinitiativen bei ihrem Widerstand gegen CCS-Pipelines und CCS-Lagerstätten voll unterstützen werde.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 15.06.2009, 15:00 Uhr - 61426 Clicks - Nr. 642

Im Kreis Segeberg gibt es wieder eine AsF!

Für Freitag, den 12. Juni, hatten die SPD-Frauen des Kreises Segeberg eine Einladung nach Mözen erhalten – und erfreulich viele waren zu dem Treffen erschienen.

Es ging darum, auf Kreisebene wieder eine eigene AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) zu begründen, um den Frauen ein Diskussionsforum zu geben und die Forderung nach Gleichstellung besser in die politische Arbeit transportieren zu können.

Dabei war von Anfang an klar: Frauen- und Gleichstellungspolitik sind Querschnittsaufgaben, und die Teilnehmerinnen würden sich mit verschiedensten politischen Bereichen auseinandersetzen müssen – von Bildung und Betreuung über Arbeitsmarkt und Steuerklassen, Infrastruktur- und Verkehrspolitik, Wirtschaft und Finanzen bis hin zu Globalisierung und Interkulturalität.

Entsprechend lebhaft war die Diskussion über mögliche Aktivitäten des neuen Vorstandes, und es wurden zahlreiche Themenvorschläge unterbreitet. Einig waren sich die Frauen aber darin, dass der Schwerpunkt auf den Erfahrungen und Notwendigkeiten „vor Ort“ liegen sollte; denn im Kreis Segeberg gebe es für engagierte SPD-Frauen genug zu tun! Dazu gehöre – ganz wichtig – auch die Motivierung und Unterstützung weiterer Frauen für politische Ämter und Positionen.

Einig waren sich die Frauen auch darin, dass sie bei diesem ersten Treffen unter sich sein wollten. Für Grußworte, Glückwünsche und Diskussionsbeiträge männlicher Genossen gebe es ja in Zukunft noch Raum genug!

Große Einigkeit herrschte auch bei den nachfolgenden Vorstandswahlen:
Erste Vorsitzende der neuen Kreis-AsF wurde Traute Schiffgen, zweite Vorsitzende Diane Brügmann, und als Beisitzerinnen wurden Carina Böttcher, Silke Brandt, und Ulla Lange gewählt – alle mit einstimmigen Ergebnissen.

Die AsF-Landesvorsitzende Cornelia Östreich hielt bei der Sitzung einen Einführungsvortrag, begleitete die Wahlen und überbrachte Informationen aus den Nachbarkreisen, der Landes- und Bundespolitik. Damit sollte ein Anfang für die weitere „Vernetzung“ gemacht sein, die gerade für die politische Arbeit von Frauen so wichtig ist.

Der Segeberger AsF-Vorstand wird umgehend seine Tätigkeit aufnehmen. Die Sitzungen werden offen für alle interessierten SPD-Frauen sein.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 15.06.2009, 15:21 Uhr - 13466 Clicks - Nr. 643

Im Kreis Segeberg gibt es wieder eine AsF!

Am Freitag, den 12.Juni, trafen sich 16 SPD-Frauen des Kreises Segeberg in Mözen, um auf Kreisebene wieder eine eigene AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) zu gründen.

Am Freitag, den 12.Juni, trafen sich 16 SPD-Frauen des Kreises Segeberg in Mözen, um auf Kreisebene wieder eine eigene AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) zu gründen. Ziel ist es, Frauen ein Diskussionsforum zu stellen und der Forderung nach gesellschaftlicher Gleichstellung beider Geschlechter in den verschiedensten Bereichen (Wirtschaft, Verkehr, Globalisierung) mehr Nachdruck zu geben. Einig waren sich die Frauen darin, dass der Schwerpunkt auf Erfahrungen und Notwendigkeiten „vor Ort“ liegen sollte, denn im Kreis Segeberg gäbe es für engagierte SPD-Frauen genug zu tun. Dazu gehöre auch die Motivierung und Unterstützung weiterer Frauen für politische Ämter und Positionen.

Große Einigkeit herrschte bei den nachfolgenden Vorstandswahlen:
Erste Vorsitzende der neuen Kreis- AsF wurde Traute Schiffgen, zweite Vorsitzende Diane Brügmann. Als Beisitzerinnen wurden Carina Böttcher, Silke Brandt und Ulla Lange gewählt – alle mit einstimmigen Ergebnissen.

Die AsF-Landesvorsitzende Cornelia Östreich hielt bei der Sitzung einen Einführungsvortrag, begleitete die Wahlen und gab Informationen aus den Nachbarkreisen, der Landes- und Bundespolitik weiter. Damit sollte ein Anfang für die weitere „Vernetzung“ gemacht sein, die gerade für die politische Arbeit von Frauen wichtig ist.

Der Segeberger AsF- Vorstand wird umgehend seine Tätigkeit aufnehmen.
Die Sitzungen werden offen für alle interessierten SPD-Frauen sowie Sympathisantinnen sein.

Keine Kommentare

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 15.06.2009, 17:15 Uhr - 9004 Clicks - Nr. 644

Aufruf zur Montags-Demos in allen Orten

Der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Horst Deyerling ruft alle Bürgerinnen und Bürger auf, an den Montags-Demonstrationen gegen die geplante CO₂-Einlagerung in ganz Schleswig-Holstein teilzunehmen. An die SPD-Ortsvereine im Kreis Nordfriesland geht die Bitte in ihren Orten diese Demonstrationen, soweit sie nicht schon stattfinden, zu organisieren.

Auch wenn die SPD-Landesgruppe in Berlin ihre uneingeschränkte Solidarität mit den Bürgerinitiativen im nördlichen Schleswig-Holstein erklärt hat und das CCS-Gesetz nun eine Bürgerbeteiligung erhalten soll, ist nicht klar, wie diese aussehen soll. In jedem Fall widerspricht sich das geplante Duldungsrecht und das zugesagte Beteiligungsrecht im Kern.

Vorrangiges Ziel muss bleiben, dieses Gesetz in seiner Gänze vom Tisch zu bekommen.
Deshalb der Aufruf: Hin zu den Montags-Demos! Zeigt diesem Gesetz und der damit verbundenen CO₂-Einlagerung die Rote Karte.

Schleswig-Holstein bleibt das Land der erneuerbaren Energien und wird keine Deponie für ganz Europa.

Ziel soll sein: In jedem Ort, jeden Montag um 18:00 Uhr demonstriert Schleswig-Holstein gegen die CO₂-Einlagerung!

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 15.06.2009, 20:30 Uhr - 4532 Clicks - Nr. 645

Lothar Hay fordert neue Perspektiven im Wohnungsbau

Erste Wohnbörse in Flensburg-Mürwik eröffnet

Erscheinungsdatum:
13.06.2009

Innenminister Lothar Hay hat neue Perspektiven im Wohnungsbau gefordert. „Wir brauchen Wohnformen, in denen mehrere Generationen nachbarschaftlich miteinander leben“, sagte Hay am Samstag (13. Juni) zur Eröffnung der ersten Mürwiker Wohnbörse in Flensburg. Dieses Informationsforum soll einen Überblick über die Vielfalt der Möglichkeiten zum Wohnen geben: Vom Einfamilienhaus über traditionelles Wohnen in Genossenschaften und selbst bestimmte gemeinschaftliche Wohnprojekte bis zum hochwertigen Altenwohnen mit Betreuung und Pflege. Überall in Deutschland werde nach Wegen gesucht, wie gewachsene Wohnquartiere in den Städten mit preisgünstigen Angeboten im Umland mithalten könnten. „Junge Familien wandern oft ins Umland ab, weil Grundstücke und Einfamilienhäuser dort preisgünstig sind“, sagte Hay. Ältere Menschen blieben zurück. Die Übertragung von Eigenheimen an nachfolgende Generationen werde immer schwieriger.

Im Rahmen der Wohnbörse können nach Ansicht des Ministers Antworten auf eine Reihe von Fragen gegeben werden, die sich im Zusammenhang mit der Suche nach neuen Wohnformen stellen: Möchten Sie in Ihrem Haus wohnen bleiben oder es fit fürs Alter machen? Möchten Sie lieber Ihr Haus aufgeben und gleichzeitig die finanzielle Sicherheit eines Eigenheimes behalten? Können die jüngeren Generationen im Stadtquartier gehalten oder zurückgeholt werden? Wenn ja, mit welchen Wohnangeboten? Was leisten die großen Wohnungsbaugenossenschaften? Wie können gewachsene Wohnquartiere in den Städten mit den preisgünstigen Angeboten im Umland mithalten? Welche Rolle müssten dabei die Kommunen übernehmen?

Hay sagte, dass diese Fragen in Flensburg wegen der bereits vorhandenen generationsübergreifenden Infrastruktur auf besonders fruchtbaren Boden fielen. Ein Beispiel sei das von der Bevölkerung gut angenommene Mehrgenerationenhaus in Mürwik.

Mehr Informationen erhalten Sie auf der Seite:
Mehrgenerationenhaus Süderlücke in Flensburg

Verantwortlich für diesen Presstext:
Thomas Giebeler
Innenministerium
Düsternbrooker Weg 92
24105 Kiel
Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 15.06.2009, 20:38 Uhr - 4986 Clicks - Nr. 646

125 Jahre Freiwillige Feuerwehr Ottendorf

125 Jahre Freiwillige Feuerwehr Ottendorf
Lothar Hay: Aktive Feuerwehrleute brauchen
Unterstützung in der Familie

Erscheinungsdatum:
12.06.2009

Gedenkstein zum 100-jährigen Bestehen (1889 - 1989) der Freiwilligen Feuerwehr Ottendorf
Gedenkstein zum 100-jährigen Bestehen (1889 - 1989) der
Freiwilligen Feuerwehr Ottendorf



Innenminister Lothar Hay hat den Familienangehörigen der freiwilligen Feuerwehrleute für deren Unterstützung gedankt. „Der Dienst der aktiven Männer und Frauen braucht ein Fundament aus Verständnis und Rückhalt des jeweiligen Partners und der gesamten Familie“, sagte Hay am Freitag (12. Juni) während der 125-Jahr-Feier der Freiwilligen Feuerwehr Ottendorf (Kreis Rendsburg Eckernförde). Die ehrenamtlichen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren opferten für den Dienst an der Allgemeinheit Feierabende, Wochenenden und notgedrungen auch Nächte. Dieses Engagement sei unbezahlbar und verdiene höchsten

Respekt.

Hay rief die Bürgerinnen und Bürger auf, die Freiwilligen Feuerwehren nach Kräften zu unterstützen. „"Werden Sie selbst Mitglied oder helfen Sie materiell und ideell"", sagte der Minister. Ohne Rückhalt in der örtlichen Bevölkerung würde das Feuerwehrwesen in der Fläche des Landes schon bald nicht mehr existieren. Jeder müsse begreifen, dass der Brandschutz und die schnelle und kompetente Hilfe bei Unglücken und Unfällen insbesondere auf dem Lande eine Bürgerpflicht sei. „"Unsere Freiwilligen Feuerwehren sind eine große Bürgerbewegung"", sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3007, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 15.06.2009, 21:44 Uhr - 12427 Clicks - Nr. 647

Ehrungen in Hemmingstedt

Langjährige Mitglieder des OV Hemmingstedt wurden durch den Vorsitzenden für ihre Mitgliedschaft in der SPD geehrt.

Die Kreisvorsitzende Angelika Hansen, der Landtagsabgeordnete Detlef Buder und der Ortsvereinsvorsitzende Heinz Bittrich ehrten Gunnar Reichwald für 10 Jahre, Ursula Karstens für 40 Jahre und Gustav Dieckmann für 50 Jahre Mitgliedschaft.

Beim Frühstück im Cafe "Fünf Linden" wurde ein würdevoller Rahmen gefunden um die Treue der Mitglieder zur Partei zu würdigen.



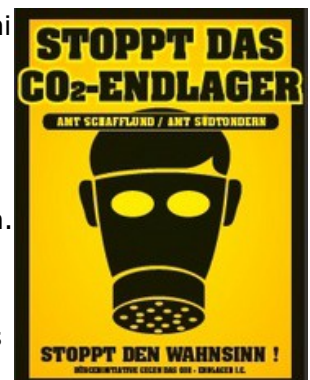
Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 16.06.2009, 09:34 Uhr - 7263 Clicks - Nr. 648

Kein CO2 unter die Geest!

Mehr als 200 interessierte Bürgerinnen und Bürger hatten sich am 9. Juni auf Einladung des SPD-Ortsvereins Schafflund im Gasthof Utspann eingefunden, um mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg und mit dem energiepolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Olaf Schulz über die vom Energieriesen RWE geplante Einlagerung von CO2 in unterirdischen Lagerstätten (CCS) zu diskutieren.

Als Vertreter der neu gegründeten Bürgerinitiative führte Wulf Titz in das Thema des Abends ein. Er umriss die mit der geplanten Technologie



verbundene Problemlage und stellte dabei die quasi Umkehrung der bisherigen Entwicklung hin zu den Formen der regenerativen Energiegewinnung in den Vordergrund. Er schilderte ausführlich, wie sich der Widerstand in der lokalen Bevölkerung aufgebaut hat und wie es dann zur Gründung der Bürgerinitiative gegen die geplante CCS -Technologie kam. Auf verschiedene Aspekte der Lagerung von CO₂ unter der Erde ging Olaf Schulz in seinem Einführungsreferat ein. Er stellte fest, dass die hierfür erforderliche Technologie noch gar nicht zur Verfügung steht und es für die Strom erzeugenden Unternehmen einen Vorwand darstellt, um den Einsatz von Kohle zur Stromerzeugung weiterhin rechtfertigen zu können. Unter Hinweis auf die Verschlechterung des Wirkungsgrades von Kohlekraftwerken beim Einsatz von CCS-Technologie, die nötigen aufwendigen Lösungen für den Transport und die bisher nicht bekannte Kapazität der Lagerstätten, konstatierte er, dass die Planungen nicht nur unter Umwelt- sondern auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht sinnvoll seien.

Dr. Wodarg, der seinen Vortrag mit einer klaren Ablehnung der geplanten CCS-Technologie verband, ergänzte die Ausführungen seiner Vorredner um die Darstellung der energiepolitischen Alternativen, die je nach geophysikalischen Gegebenheiten in der Energiegewinnung aus Wind, Sonne, Erdwärme oder Wasserkraft bestehen können. Auch der Einsatz von CO₂ vermeidenden Technologien zum Beispiel im Verkehr durch den Einsatz von Elektroautos, sei eine Möglichkeit, um der heraufziehenden Klimakatastrophe zu begegnen. Einig waren sich die beiden Abgeordneten darin, dass es bei der Diskussion um die geplante Lagerung von CO₂ im Boden nicht nur um den Einsatz einer von den Energiekonzernen gern als "Klimaretter" dargestellten Technologie, sondern vor allem um grundsätzliche energiepolitische Entscheidungen geht. Daher: Die Gewinnung von regenerativer Energie ist die richtige Lösung für die Zukunft und sie muss in den Vordergrund gestellt werden. Im Anschluss an die Referate entwickelte sich eine lebhafte und sehr sachliche Diskussion, in der die ablehnende Haltung der Anwesenden zur geplanten Lagerung von CO₂ unter der Geest offenbar wurde. Fragen nach dem Weg der Gesetzgebung und des Genehmigungsverfahrens konnten von den Abgeordneten geklärt werden. In zahlreichen Wortbeiträgen wurde nicht nur die Entschlossenheit der Projektgegner deutlich, sondern es wurde auch sichtbar, mit wie viel kreativem Geist der Widerstand organisiert wird. Jens Maßlo aus Harrislee, der für die SPD im Kreistag Schleswig-Flensburg sitzt, beschrieb die sich verändernde Diskussionslage in diesem Gremium. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass ein gemeinsamer Antrag von SPD, SSW und Grünen gegen den Einsatz der CCS-Technologie jetzt eine Mehrheit finden könnte, und führte das auf den stetig gewachsenen Widerstand in der Bevölkerung zurück. Unter großem Beifall der Anwesenden übergab er dem Vertreter der Bürgerinitiative weit über 100 Unterschriften aus Harrislee gegen das geplante CO₂-Lager-Projekt. Im Hinblick darauf, dass RWE für den Fall der Ablehnung der CO₂-Einlagerung unter dem nördlichen Schleswig-Holstein ähnliche Planungen in Ostholstein umsetzen könnte, waren sich die Anwesenden einig "Kein CO₂ unter die Geest und auch nicht anderswo!"

Die von mehreren Rednern geäußerten Bedenken, der Genehmigungsweg könne schon zu weit beschritten sein, begegnete Dr. Wodarg mit dem Hinweis, dass es sich hier nicht nur um rechtliche Verfahrensfragen handelt sondern vor allem um politische Entscheidungen: "Ich gehe davon aus und ich setze mich dafür ein, dass es auf dem Bundesparteitag der SPD am kommenden Wochenende klare ablehnende Beschlüsse zur CCS-Technologie geben wird und dass sich auch in der Bundestagsfraktion eine entsprechende Haltung durchsetzt". Er rief die Anwesenden dazu auf, in ihrem Widerstand nicht nachzulassen und sagte seine weitere Unterstützung zu.

Keine Kommentare

Gabriel begrüßt Unternehmerinitiative zu solarthermischen Kraftwerken in Afrika

Jetzt bewegt sich etwas in Bezug auf Solarthermie! Nach dem der Versuch, uns durch das CCS-Versprechen die Kohle als Energiequelle noch für viele Jahre schmackhaft zu machen und ans Bein zu binden, nicht so glatt durchzugehen scheint, wie es die großen Stromkonzerne gehofft hatten, scheinen sie jetzt - durch den erheblichen Widerstand aus der Bevölkerung, einen Kurswechsel vorzubereiten.



"Endlich!" meint MdB Dr. Wolfgang Wodarg, der genau diese Alternative seit langem fordert.

Berlin, 16.06.2009

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat die Unternehmensinitiative zum Bau von solarthermischen Kraftwerken in Wüstenregionen begrüßt. Gabriel: "In Afrika und Ländern des Mittleren Ostens bergen die erneuerbaren Energien ein enormes Potenzial. Dieses Potenzial kann mittels solarthermischer Kraftwerke erschlossen werden. Die Errichtung solcher Kraftwerke in Verbindung mit einem Stromverbund im Mittelmeerraum liegt im europäischen Interesse. Noch sind die solarthermischen Kraftwerke und der Stromverbund eine Vision. Die Realisierung dieses Vorhabens ist sehr ambitioniert und bedarf erheblicher finanzieller Anstrengungen."

Solarthermische Kraftwerke sind in erster Linie für den Einsatz in Ländern des Sonnengürtels geeignet. Denn sie sind auf direkte Sonnenstrahlung angewiesen. Deren Anteil ist in Deutschland zu gering. Doch in sonnenreichen Ländern sind die verschiedenen Technologien solarthermischer Stromerzeugung auf dem Vormarsch.

In den vergangenen Jahren hatte das Bundesumweltministerium in drei Studien untersuchen lassen, welche Perspektiven die erneuerbaren Energien in Nordafrika haben. Das Ergebnis ist deutlich: Allein mit Solarenergie kann man in Nordafrika soviel Strom produzieren, dass der Eigenbedarf gedeckt werden kann und zusätzlich erhebliche Mengen exportiert werden können. Vor allem solarthermische Kraftwerke haben hier ein enormes Potenzial. Dies betont die Bundesregierung auch in dem Solarplan im Rahmen der Union für das Mittelmeer.

Gabriel wies darauf hin, dass die entscheidenden Weichen zur Gründung eines Stromverbundes auf europäischer Ebene bzw. im Rahmen der Union für das Mittelmeer gestellt werden müssen. Das gilt für die technischen ebenso wie für die rechtlichen Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Durchleitung des Stroms. Gabriel: "Deshalb treiben wir die Entwicklung und Umsetzung des Solarplans im Rahmen der Union für das Mittelmeer voran." Auf dem Treffen der 16 größten Industrie- und Schwellenländer Ende Mai in Paris wurde von deutscher Seite ein Vorschlag zur verstärkten Technologieentwicklung und zum weltweiten Ausbau solarthermischer Kraftwerke eingebracht.

Keine Kommentare

Den Ministerpräsidenten ein zweites Mal vor einem Irrweg gerettet.

Unser Ministerpräsident hat sich durch den Protest der betroffenen Bevölkerung ein zweites Mal (nach der Elterbeteiligung bei der Schülerbeförderung) von einem Irrweg abbringen lassen.

Carstensen: CO2-Einlagerung ja, wenn wir Geld dafür bekommen oder wenn das Kraftwerk in Brunsbüttel steht. Noch am Freitag, 13.06.2009 war zu lesen: "Carstensen: Wir brauchen CO2-Lager!

Am 15.06.2009 auf dem Stollberg bei Bredstedt vage weiter in Richtung CO2-Lager und CCS-Gesetz.

Und jetzt der totale Umfaller. Ein Ministerpräsident, der zum zweiten Mal auf den Weg der Tatsachen zurück geholt werden muss..

Ein Erfolg aller Bürgerinnen und Bürger in unserer Region.

Die politischen Aktivitäten des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland in den letzten Wochen - Kreistagsfraktion mit Anträgen und Resolutionen für den Kreistag - der Kreisverband mit Kontakten zu allen politischen Gremien auf Landes- und Bundesebene - haben zu diesem Teilerfolg beigetragen. Unterstützung erhielt der Kreisverband in der Zusammenarbeit mit den SPD-Kreisverbänden Flensburg und Schleswig-Flensburg.

Auch ist es den drei Kreisverbänden zuzuschreiben, dass die SPD-Landesdelegierten auf dem Bundesparteitag eine Änderung im Regierungsprogramm der SPD durchgesetzt haben, dass die Wiederverwertung von den Rohstoffen nach einer CO2-Spaltung vorrang vor einer Einlagerung haben soll. Ebenso ist die umfangreiche Bürgerbeteiligung im CCS-Gesetz vorgesehen.

Wie gesagt, es nur ein Teilerfolg.

Ziel muss es bleiben, dass dieses Gesetz in dieser Legislaturperiode von der Tagesordnung genommen wird. Dieses Gesetz ist in seiner Vorlage mit vielen offenen Fragen und Problemen durchzogen. Der Gesetzentwurf ist ein Torso. Alle wesentlichen sicherheitstechnischen und verfahrensmäßigen Belange sind nicht Bestandteil des Gesetzentwurfes, sondern sollen durch Verordnungen der Bundesregierung ohne parlamentarische Beteiligung geregelt werden.

Der politische Druck darf nicht nachlassen. **Also kämpfen und demonstrieren wir weiter!**

Horst Deyerling

1.Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Nordfriesland

Keine Kommentare

Holteinstadion

Zur Einigung in Sachen Holteinstadion / Trainingszentrum Projensdorf erklären die Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Ralph Müller-Beck, der CDU-Ratsfraktion, Michaela Pries, der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Lutz Oschmann, der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Nach äußerst schwierigen Verhandlungen gestern und heute haben wir mit Holstein Kiel eine Lösung erreicht, die möglich geworden ist, weil sich alle Beteiligten entschieden aufeinander zubewegt haben. Im Einzelnen werden die offenen Posten in Höhe von insgesamt 2.050.000 Euro für das Projekt Holsteinstadion / Trainingszentrum Projensdorf wie folgt aufgeteilt:

1. Die Landeshauptstadt Kiel beteiligt sich mit den bereits beschlossenen 610.000 Euro.
2. Darüber hinaus bringt die Landeshauptstadt Kiel in 2011 und in 2012 jeweils 125.000 Euro auf.
3. Das Land Schleswig-Holstein stellt aus Mitteln des Konjunkturpaketes II 1.058.900 Euro zur Verfügung.
4. Holstein Kiel trägt den verbleibenden Anteil in Höhe von 131.100 Euro.

In dem Gesamtprojekt, das eine Größenordnung von 4.000.000 € hat, trägt Holstein Kiel damit über 2.000.000 Euro.

Damit haben wir sichergestellt, dass die Baumaßnahmen unverzüglich beginnen können und das Stadion, ebenso wie sicherlich die Mannschaft, rechtzeitig fit für die 3. Liga sein wird. Wir wünschen Holstein Kiel für die neue Saison bereits heute alles Gute und danken Allen, die daran beteiligt waren, diesen Kompromiss zu erreichen. Der Präsident von Holstein Kiel, Herr Roland Reime, hat zugesichert, dass es zukünftig keine weiteren Forderungen seitens Holstein Kiels für Baumaßnahmen im Holstein-Stadion geben wird.“

Kommentar von [Sascha Kauder](#) vom 22.06.2009, 16:05 Uhr:

RE: Holsteinstadion

Eine Frechheit! Man muss mal auf all die anderen Drittligen schauen denen jetzt ohne Probleme ein Neubau ermöglicht wird. Nur in Kiel wird das wieder nix und dies führe ich ganz stark auf die SPD und die Grünen und der dargestellten Blockadehaltung! Das Stadion gehört der Stadt Kiel und als Besitzer ist man für den ordnungsgemäßen Zustand zuständig! Desweiteren finde ich es frech auf ihrer HP zu veröffentlichen das Herr Reime keinerlei Forderungen an die Stadt mehr stellen wird. Damit ist der schwarze Peter schon wieder beim Verein, den es ist doch klar das bei weiteren Erfolgen das Stadion weiter saniert werden muss! Und das nur weil man das Stadion scheibchenweise instandsetzt. Dann ist auf der HP der Grünen genau der gleiche Text, ist dies in Symbiose entstanden? Ich hoffe inständig das sie bald wieder abgewählt sind! Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 35% sich als Sieger zu fühlen? Ich danke ihnen für nix!!! Sie blockieren den Leistungssport und schmücken sich mit fremden Federn! Zum Glück hat die Europawahl gezeigt in welche Richtung es mit der SPD geht, rapide nach unten!!! Und das ist auch gut so!!! Vernünftige Politik macht nur die CDU/CSU in Koalition mit der FDP!!! Niemals war die SPD eine führende Partei!!! Das das Stadion drittligatauglich ist, ist ganz allein der Verdienst von Holstein und der Landespartei CDU, die SPD hat ausser Blockade nix getan!!! Schämen sie sich für solche Lügenpolitik!!!!!!

Kommentar von [Bernd Vogelsang](#) vom 17.06.2009, 14:48 Uhr:

RE: Holsteinstadion

Grundsätzlich bin ich für die Unterstützung des Profifußballs in Kiel. Bedeutet es doch eine Stärkung des Sports in Schleswig-Holstein. Kiel wird dadurch seinem Status als Oberzentrum gerecht. Wo bleibt allerdings die Kompensation für die vielen ehrenamtlich geführten Sportvereine in Kiel? Seit Jahren gibt es kaum Förderung des Breitensports. Ganz zu schweigen von den sanierungsbedürftigen Sportstätten für Schulen und Vereine. Bernd Vogelsang

MdB Sönke Rix zum Bundestagswahlprogramm

Das Programm, das wir auf unserem Bundesparteitag verabschiedet haben, zeigt klar und deutlich: Wir Sozialdemokraten stellen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik.



Unsere zentralen Themen: Arbeit und Bildung. Wir wollen, dass Arbeitsplätze gesichert werden und Kinder und Jugendliche gut ausgebildet werden. Für uns ist – im Gegensatz zur Union – Arbeit kein "Unterthema" von Ökonomie, wie es CDU-Generalsekretär Pofalla zynisch formuliert. Ihm ist es anscheinend egal, wenn Wirtschaft keine Rücksicht auf den Erhalt von Arbeitsplätzen nimmt. Wo das hinführt, erleben wir gerade.

Dass die Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland nicht so tiefe Spuren wie in anderen europäischen Ländern hinterlässt, daran hat die SPD gearbeitet. Der Kinderbonus, die Abwrackprämie, die Erweiterung des Kurzarbeitergelds, die Investitionen in Schulen, Kindergärten, Infrastruktur: Dies alles sind Ideen, die die SPD in das Konjunkturpaket eingebracht hat!

Und die CDU-Vorsitzende? Die wartet bekanntlich gerne, bis sie genau weiß, aus welcher Richtung der Wind weht, bevor sie sich für eine Position entscheidet. Doch in der Finanzkrise scheitert diese Taktik: Merkel wird zwischen dem Populisten Seehofer, unzufriedenen CDU-Ministerpräsidenten und der Bundestagsfraktion wie ein Blatt im Sturm hin und her getrieben. Das wäre an sich nicht weiter schlimm, stünde Deutschland nicht vor ernststen Herausforderungen.

Mit unserem Wahlprogramm haben wir das Heft des Handelns in die Hand genommen. Wir kämpfen für einen gesetzlichen Mindestlohn und für die Begrenzung der Managergehälter. Denn es kann nicht angehen, dass Managergehälter ins Unendliche steigen, während andere, die nicht weniger hart arbeiten aber schlechter bezahlt werden, feststellen, dass ein Job allein zum Leben nicht reicht.

Wir setzen uns für eine gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule ein. Denn Bildung bedeutet Chancen und Teilhabe. Und Bildung ist ein Menschenrecht. Ich will nicht, dass die Startchancen eines Kindes vom Geldbeutel der Eltern abhängig sind.

Doch auch in anderen Punkten, die mir persönlich sehr wichtig sind, beziehen wir in unserem Programm deutlich Position: Wir bleiben bei unserem Beschluss zum Atomausstieg. Außerdem wollen wir eine Grundsicherung für jedes Kind, um Kinderarmut effektiv zu bekämpfen. Und: Wir stehen ein für die Tarifautonomie und für mehr Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In Zeiten wie diesen zeigt sich, wie wichtig ein gemeinsames Auftreten von Vorständen und Betriebsräten ist. Das dürfen wir auch nach der Krise nicht vergessen.

Das SPD-Wahlprogramm zeigt klare Perspektiven auf – während die Union bislang noch nicht einmal einen Entwurf vorgelegt hat. Auch das ist bezeichnend.

Keine Kommentare

Presseerklärung der Jusos Dithmarschen zum Schülerstreik

Ein breites Bündnis von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Vereinen, Parteien und

Verbänden ruft im Juni zu einem bundesweiten Bildungsstreik auf. Der Vorstand der Jusos Dithmarschen hat beschlossen, die Kampagne und den Aufruf dazu mit zu unterstützen.

In diesem Rahmen werden die Jusos sich auch bei der „Projektgruppe Bildungsstreik Dithmarschen“ Gruppe mit einbringen.

Ziel des Bildungsstreiks 2009 ist es, eine Diskussion zur Zukunft des Bildungssystems anzuregen. Es sollen Möglichkeiten einer fortschrittlichen und emanzipatorischen Bildungs- und Gesellschaftspolitik aufgezeigt und durchgesetzt werden.

Dem Einfluss der maßgeblichen politischen und ökonomischen Interessen im Bildungsbereich werden Alternativen entgegen gesetzt, deren Kernpunkte sind:
selbstbestimmtes Lernen und Leben, freier Bildungszugang und Abschaffung von sämtlichen Bildungsgebühren, öffentliche Finanzierung des Bildungssystems ohne Einflussnahme der Wirtschaft sowie die Demokratisierung und Stärkung der Mit- und Selbstverwaltung in den Bildungseinrichtungen.

Die Forderungen der SchülerInnen und Studierenden zum Bildungsstreik entsprechen in sehr vielen Punkten dem, was auch wir Jusos in unseren Grundsätzen und Beschlüssen fordern. Die Koalition mit der CDU im Bund sowie viele Unionsgeführte Landesregierungen haben große Rückschritte in der Bildungspolitik gebracht, Studiengebühren sind hier nur ein Beispiel. Ein demokratisches und offenes Bildungssystem ist dringend nötig und möglich! Aus genau diesen Gründen beteiligen wir uns beim Bildungsstreik 2009.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 17.06.2009, 13:57 Uhr - 7573 Clicks - Nr. 654

Bildungskolloquium: Mehr Geld in die Köpfe!

Vor kurzem trafen sich auf Einladung der MdBs Dr. Wolfgang Wodarg und Dr. Ernst Dieter Rossmann, Bildungspolitischer Sprecher der SPD Bundestagsfraktion, zahlreiche namhafte Vertreter der Flensburger



und Schleswig-Flensburger Bildungseinrichtungen zu einem Kolloquium, um über mögliche Bildungsförderung durch den Bund und über mehr Synergie bei Bildungsanstrengungen vor Ort zu diskutieren.

Neben Herrn Maume vom RBZ kamen Prof. Dr. Dunckel, Rektor der Uni Flensburg und Herr Markmann von der IHK. Auch die Fridtjof-Nansen-Schule und die Gemeinschaftsschule Handewitt, das BBZ Schleswig, die VHS Flensburg, HLA, der AStA der Uni Flensburg und die Handwerkskammer waren vertreten. Von kommunalpolitischer Seite waren Jochen Haut, Vorsitzender des Bildungsausschusses (SPD), und Helmut Trost, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion, anwesend.

In dem gut zweistündigen Arbeitstreffen standen die finanzielle Ausstattung der verschiedenen Bildungsbereiche sowie die Schaffung und inhaltliche Ausgestaltung von Schnittstellen und Kooperationen im Vordergrund. Die beiden Bundestagsabgeordneten bedauerten, dass durch die Föderalismus-Reform die Zuständigkeit der Bundesländer für Kultur und Bildung noch mehr zementiert worden sei und dass deshalb der Bund nur sehr indirekt bildungsfördernde Maßnahmen finanzieren könne.

Für die Region Flensburg-Schleswig wurden von den Anwesenden mehrere, zum Teil bereits sehr gut funktionierende Partnerschaften vorgestellt. Daneben war die Flensburger Hochschule ein zentraler Gesprächsgegenstand, als etwa die eklatante Unterfinanzierung, fehlende Studienplätze und das mangelnde Bekenntnis der Landespolitik zum Bildungsstandort Flensburg kritisiert wurden.

Wegen des demografischen Wandels und des dadurch notwendigen "lebenslangen Lernens" wurde auch die Notwendigkeit einer Verzahnung von beruflicher und allgemeiner Bildung behandelt. "Hier hat der Bund die Bildungsarbeit weitgehend zu finanzieren und sollte die Kooperation mit örtlichen Bildungsträgern weit mehr als bisher fördern," regte der örtliche Abgeordnete Dr. Wodarg an.

Auch über die mögliche Einführung eines "bachelor professional" zur Aufwertung von betrieblichen Ausbildungsabschlüssen wurde diskutiert, allerdings durchaus kontrovers. Als ein Hauptthema stellte sich erwartungsgemäß die Frage nach einer krisenfesten Finanzierung des Bildungssektors heraus. Dr. Ernst Dieter Rossmann forderte die Einführung eines Bildungssolis, um die Zielsetzung des Lissabon-Prozesses, wonach mindestens 10% des Bruttosozialproduktes in Forschung und Bildung investiert werden sollen, zu erreichen. Finanziert werden könne dies beispielsweise über die Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer. Dr. Wolfgang Wodarg machte deutlich, dass die gerade im Bundestag verabschiedete Schuldenbremse nicht zu einem Investitionsrückgang im Bildungswesen führen dürfe.

Zudem wurde darauf verwiesen, dass das BAföG grundlegend überarbeitet werden müsse, was unter anderem die Wiedereinführung des Schüler-BaföGs, die Abschaffung der Altersgrenze von derzeit 30 Jahren sowie die Anerkennung eines Master-Studienganges als Bestandteil des Erststudiums beinhalten müsse.

Deutliche Kritik gab es von mehreren Seiten an der Arbeit des Flensburger Bildungsbüros. Flensburg werde seinem selbst gesetzten Anspruch, Bildungsstadt zu sein, nur bedingt gerecht. Vielmehr müsse eine Bildungskommission geschaffen bzw. mit Kraft und Leben gefüllt werden, um vorhandene Ressourcen besser zu nutzen und Steuerungswissen besser einzusetzen, so Jochen Arlt, Leiter der Fridtjof-Nansen-Schule.

Fazit: Es gibt vieles vor Ort, das bereits gut funktioniert. Besonders die Kooperationen zwischen allgemeinbildenden, berufsbildenden Schulen und der Wirtschaft sind teilweise vorbildlich. Allerdings muss noch mehr an Aufmerksamkeit, Anerkennung und Geld in Forschung und Bildung investiert werden, um allen Bevölkerungsschichten Zugang zu Bildung und Arbeit zu ermöglichen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 17.06.2009, 14:31 Uhr - 12902 Clicks - Nr. 655

Reaktionen auf Wahlpflicht

Vor einer Woche forderte der Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen die Einführung einer Wahlpflicht in Deutschland. Die Reaktionen darauf waren nicht nur zahlreich, über 1.400 Antworten per E-Mail, Brief und Telefonanrufe aus ganz Deutschland, sondern auch aufschlussreich.

Der Großteil lehnt eine Verpflichtung zum Urnengang ab, andere gaben Anregungen, die Beteiligung durch das Zusammenlegen von Wahlen zu erhöhen und das politische Interesse an den Schulen zu fördern. Viele Antworten enthielten persönliche Erfahrungen und Ansichten über die politische Situation in Deutschland.

Aus aktuellem Anlass hat sich Jörn Thießen dazu entschlossen, die häufigsten genannten Punkte aufzugreifen und darauf einzugehen. Seinen Brief können Sie [hier](#) nachlesen.

Kommentar von [Freidenker](#) vom 06.08.2012, 18:12 Uhr:

RE: Reaktionen auf Wahlpflicht

Klar muss einer, der davon lebt, die Leute zwingen, die die Frage "Welcher Partei/Politiker trauen sie (am ehesten) die Lösung der Probleme des Landes zu?" mit "KEINER!" beantworten, den Status Quo ihrer Entmündigung weiter zu erhalten. Wie wäre es denn dann mal mit 500€ Strafe für jede Nichtteilnahme an den Sitzungen (weil man gerade mit Lobbying beschäftigt ist), und 6 Monatsdiäten Strafe plus einem Monat Gefängnis (ohne Bewährung) für jedes grundgesetzwidrige Gesetz, dem zugestimmt wurde? Ihr beruft Euch mit eurer Parteiendiktatur auf die Griechen und deren athische Demokratie? Die haben SELBST über Sachfragen entschieden und wer da als Politiker Vertretungsrechte ausgeübt, und die missbraucht hat, der konnte per Scherbengericht seines Besitzes enthoben und VERBANNT werden. "Verantwortung übernehmen" heisst nicht "Entscheidungen treffen", sondern "für diese Entscheidungen die Konsequenzen tragen, die diejenigen beschliessen, in deren Namen man entschieden hat", aber dagegen habt Ihr Euch ja gut abgesichert. Wenn Ihr den Arsch in der Hose hättet, fragt doch mal den Bürger, wen von Euch er mal für ein Jahr in Sibirien sehen möchte. Ihr seid ja schon zu feige, ein grundgesetzkonformes Wahlrecht zu beschliessen. "Wahlpflicht", das hat sich noch nicht mal die SED getraut, selbst Hitler nicht.

Kommentar von [Gerfried Sander](#) vom 28.06.2009, 22:34 Uhr:

RE: Reaktionen auf Wahlpflicht

Der Vorschlag trifft den Nerv: Es geht nicht an, den Bundestag voll zu besetzen, wenn nicht alle Wahlpflichtigen gewählt haben. Entweder wird der Bundestag nur prozentual entsprechend der Wahlbeteiligung besetzt oder die dann leeren Sitze werden durch einen Ombudsman (Volkstribun?) für die Nichtwähler vertreten. Nur so spiegelt die Zusammensetzung des Bundestags das Wahlverhalten gerecht wieder!

[Astrid Höfs](#) - veröffentlicht am 17.06.2009, 15:06 Uhr - 6107 Clicks - Nr. 656

Sozialstaffelregelung für Kindertageseinrichtungen, Rede beitrug Landtag 17.06.0

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten hat in ihrem Tätigkeitsbericht 2008, der für uns alle eine wichtige Arbeitsgrundlage ist, auf die Folgen der so genannten 85-Prozent-Regelung im Kindertagesstättengesetz hingewiesen.

In § 25 sind die Grundlagen für die bisher noch gültigen Elternbeiträge festgelegt. Danach können die Kreise

mit den Standortgemeinden Vereinbarungen über eine kreisweit geltende Staffelung der Gebühren abschließen.

Wenn es diese Vereinbarung nicht gibt, erlässt der Kreis bzw. die kreisfreie Stadt eine Sozialstaffelregelung.

Grundsätzlich sind dabei die Bedarfsgrenzen nach SGB XII zu berücksichtigen.

Abweichend haben jedoch die Kreise die Möglichkeit, nur 85 % der Regelsätze zu berücksichtigen.

Diese Regelung wurde 2005 auf ausdrückliches Verlangen des Landkreistages eingeführt, um die Kreise und kreisfreien Städte von den Folgen des neuen Sozialhilferechts zu entlasten,

die eine Mehrbelastung von über 10 Millionen € befürchteten.

Allerdings hatten die finanziell schwachen Familien durch die gesetzliche Neuregelung bekanntlich nicht mehr Geld in der Tasche als vorher, sondern müssen aus dem 2004 angehobenen Regelbedarf Rücklagen bilden, um Dinge zu finanzieren, die vorher gesondert beantragt werden konnten.

Das hat u.a. in einem von Frau Wille-Handels zitierten Fall dazu geführt, dass ein Ehepaar mit drei Kindern unter 14 Jahren einen Monatsbeitrag von 136 € entrichten soll, was natürlich in keinem Verhältnis zum tatsächlichen finanziellen Spielraum der Familie steht.

Die 85-%-Klausel wird, wie gesagt, nur von drei Kreisen angewendet, während andere Kreise sich an 100 Prozent der Regelsätze nach SGB XII orientieren oder eigene Regelungen entwickelt haben.

In der Regelsatzbemessung nach SGB XII sind allerdings überhaupt keine Aufwendungen für Kinderbetreuung vorgesehen.

Eine solche Regelung spricht natürlich unseren gemeinsamen Bemühungen Hohn, möglichst viele Kinder und ganz besonders diejenigen aus sozialschwächeren Familien, in die Kindertagesstätten zu bekommen und ihnen Zugang zur vorschulischen Bildung und zur Sprachförderung zu ermöglichen.

Die 2004 beschlossene Revisionsklausel hat zu einer Berichterstattung des Bildungsministeriums an die Ausschüsse geführt, nicht jedoch zu einer Änderung des Gesetzes.

Der Antrag von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordert Gespräche der Landesregierung mit den Kreisen und kreisfreien Städten, um die Regelsätze zu 100 % bei der Bemessung der Einkommensgrenzen anzusetzen, daraus entstehende Mehrkosten durch die frei werdenden Mittel aus den Sozialstaffeln für das gebührenfreie letzte KiTa-Jahr zu decken und ab 2010 eine landeseinheitliche Sozialstaffelregelung durchzusetzen.

Ich begrüße es sehr, dass die antragstellende Fraktion nicht einfach einen Antrag zur Gesetzesänderung eingebracht hat, der unweigerlich Konnexität ausgelöst hätte.

Regelmäßige und intensive Gespräche zwischen allen, die Verantwortung für den quantitativen Ausbau und die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung unter drei Jahren und derer im Kindergartenalter tragen, sind notwendig und finden auch statt.

Hinsichtlich der Erfolgsaussichten einer solchen Konsensfindung ist nun allerdings zu berücksichtigen, dass die 85-Prozent-Regelung gerade auf Wunsch eines kommunalen Spitzenverbandes ins KiTa-Gesetz aufgenommen wurde.

Die Bereitschaft zu einer grundsätzlichen Neuordnung wird daher äußerst gering sein.

Es scheint mir auch eine irrige Annahme zu sein, dass die Neuregelungen zur Beitragsfreiheit des letzten Kindergartenjahres zu verminderten Kosten der Kreise bei der Ausgestaltung der Sozialstaffel führen.

Was wir uneingeschränkt teilen,
ist der Wunsch nach einheitlichen und transparenten Sozialstaffeln.
Diese werden wir auch in Zukunft brauchen, auch dann, wenn wir Mehrheiten für unseren Wunsch nach Kostenfreiheit aller drei Jahre erhalten haben,
weil für die Betreuungszeit über fünf Stunden pro Tag hinaus auch künftig Beiträge erhoben werden.

Das Grundanliegen des Antrages der GRÜNEN teilen wir. Wir sind nicht davon überzeugt, dass der von Ihnen aufgezeigte Weg der richtige ist. Ich schlage deswegen vor, dass wir uns darüber im Bildungsausschuss und mitberatend im Sozialausschuss näher befassen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und
beantrage Überweisung in den Bildungsausschuss und Sozialausschuss.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 17.06.2009, 18:28 Uhr - 7343 Clicks - Nr. 657

Studentensportpreis 2009 für Studierende aus Tarp, Flensburg und Dreisdorf

Innenminister Lothar Hay: Großer Einsatz begeistert auch junge Menschen

Erscheinungsdatum:
17.06.2009

Den Sportpreis für Studentinnen und Studenten erhalten in diesem Jahr Katharina Zink vom TSV Tarp, Sven Fredrich von der SG Flensburg-Handewitt sowie Benjamin Peters vom TSV Dreisdorf-Ahrenshöft-Bohmstedt. Innenminister Lothar Hay übergab den mit jeweils 1.000 Euro dotierten Preis heute (17. Juni)

Die Preisträger, die ihre Studiengänge an der Universität beziehungsweise der Fachhochschule Flensburg absolvieren, wurden von einer Fachjury unter 16 Vorschlägen und Bewerbungen ausgewählt. Die Auszeichnung belohnt das außerordentliche ehrenamtliche Engagement für den Vereins- und insbesondere Jugendsport, das die Ausgezeichneten neben ihrem Studium

erbringen. Hay hob hervor, dass gerade auch Kinder und junge Menschen von dem großen Einsatz der Preisträger begeistert würden. „Sie haben damit ein Beispiel gegeben, dem sich hoffentlich viele engagierte Menschen in Schleswig-Holstein anschließen werden“, sagte der Minister in seiner Laudatio.

Katharina Zink vom TSV Tarp studiert an der Universität Flensburg Vermittlungskompetenzen mit den Fächern Sport, Mathematik und Dänisch. Neben dem Studium arbeitete sie in jeden Semesterferien ehrenamtlich an der Grund- und Hauptschule sowie an der Realschule in Tarp. In Tarp hat sie seit Beginn der Ganztagschule ehrenamtlich verschiedene Kurse im Sportbereich angeboten. Die Kursteilnehmer und -teilnehmerinnen sind von der freundlichen und aufgeschlossenen Art von Katharina Zink begeistert und werden dadurch hervorragend motiviert. Sie bringt sich stets mit neuen Ideen in das Kurssystem ein und sorgt damit für die Weiterentwicklung und Attraktivität des offenen Angebotes. Zudem betreut sie ehrenamtlich Klassenfahrten, Lauftage und Bundesjugendspiele. Katharina Zink ist selbst eine erfolgreiche Judoka, außerdem turnt und tanzt sie gerne. Sie bringt sich aktiv in das Vereinsleben des TSV Tarp ein, trainiert Interessierte für den Erwerb des Sportabzeichens und nimmt selbst die Prüfung ab. Als Trainerin kann Katharina Zink den Kindern sehr gut den Spaß am Sport vermitteln und sie dazu anregen, Neues zu erlernen. So hat sie erfolgreich eine gut besuchte Eltern und Kind-Gruppe (3 bis 6 Jahre) in der Judosparte aufgebaut.

Sven Fredrich von der SG Flensburg-Handewitt studiert an der Universität Flensburg Lehramt an Berufsbildenden Schulen mit den Fächern Metall-/Systemtechnik und Sport. Als leidenschaftlicher Handballer ist er seit Juli 2000 auch Trainer, zunächst beim TSV Büsum. Nachdem er kurze Zeit die Leitung des kompletten Damen- und Herren-Trainings der Handballabteilung des TSV Schülp übernommen hatte, ist er seit 2005 engagierter Trainer der F-Jugend bei der SG Flensburg-Handewitt. Sein Ehrenamt ist Teil eines sehr anspruchsvollen Projektes bei der SG für die Handball-Jugendausbildung, die von dem Förderverein „Get in Touch – Jugend spielt Handball“ tatkräftig unterstützt wird. Der Förderverein erwartet dabei ein hohes Maß an fachlicher Qualität und beansprucht ein hohes zeitliches Engagement von den Trainern. Sven Fredrich legt mit seiner Trainerarbeit in der F-Jugend grundlegende und professionelle Bausteine in der gesamten Jugendkoordination. Das Engagement von „Svenne“, wie ihn die Kinder liebevoll nennen, geht weit über die klassische Trainerarbeit hinaus. Er organisiert diverse Turniere, interne Mannschaftsveranstaltungen, macht die Begleitung zu Punktspielen und Feldturnieren. Zudem betreut er das Handball-Internat von Handballnachwuchssportlern und unterstützt den Nachwuchs somit tagtäglich. In der Zeit seiner Trainertätigkeit hat Herr Fredrich bei Kindern, Spielern, Eltern und Funktionsträgern schon jetzt viele positive Spuren hinterlassen.

Benjamin Peters vom TSV Drelsdorf-Ahrenshöft-Bohmstedt studiert an der FH Flensburg Wirtschaftsinformatik. Herr Peters ist neben seinem Engagement im Sport auch noch beim Katastrophenschutz und in der Freiwilligen Feuerwehr aktiv. Er ist Jugendfußballtrainer, Jugendwart und selbst Fußballspieler beim TSV DAB. Seit bereits zehn Jahren kümmert sich Benjamin Peters zudem als Platzwart des Vereins um die zwei Fußballplätze und die zwei Trainingsplätze: Zu allen Spielen kalkt er die Plätze, bessert den Rasen aus, mäht und sät neu an. Seit zehn Jahren trainiert er Jugendmannschaften. Fehlt bei anderen Jugendmannschaften des Vereins ein Trainer, Betreuer oder Schiedsrichter, springt er ein, sofern es seine eigenen Mannschaften zulassen. Benjamin Peters ist Kapitän der zweiten Männermannschaft und führt diese ebenfalls erfolgreich. „Benni“, wie er im Verein genannt wird, hat im Sommer 2006 sowie

im Sommer 2008 auf dem Sportplatz während der WM beziehungsweise der EM auf eigene Kosten ein großes Zelt, Fernseher und Beamer aufgestellt und mehrere Stunden am Tag alle Spiele gezeigt. 2005 hat er mit großem Einsatz die Erneuerung des Trainingsplatzes in Gang gebracht. Auf seine Initiative hin wurde der alte Geräteschuppen durch einen modernen Neubau ersetzt. Weiter hat er sich ebenfalls in Eigenleistung um den Bau einer überdachten Tribüne gekümmert. Für seine Arbeit hat er schon verschiedene Auszeichnungen des DFB erhalten.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Ove Rahlf

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3009, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 17.06.2009, 19:50 Uhr - 5179 Clicks - Nr. 658

Kieler SPD beschließt umfangreiches kommunales Arbeitsprogramm

Auf der Klausursitzung des neuen SPD-Kreisvorstandes am 15. Juni 2009 wurde ein umfassendes kommunalpolitisches Arbeitsprogramm beschlossen. Dazu erklärt SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer: "Ziel der Klausur war es, für die Arbeitsschwerpunkte für 2009 festzulegen. Dies geschieht vor dem Hintergrund der Amtsübernahme des neuen OB Torsten Albig. Damit beginnt für die Kreispartei ein neuer kommunalpolitischer Abschnitt, der eine erneuerte Akzentsetzung nach sich zieht.

Diese neue Akzentsetzung sieht folgende Prioritäten vor:



"Stadt der konsequenten Entscheidung":

1. Wir werden die Diskussion über die Entwicklung der Innenstadt intensivieren. Nach der Vorlage der Ergebnisse des Werkstattverfahrens setzt die Kieler SPD eine "Projektgruppe Innenstadtentwicklung" ein, die bezogen auf die Frage der Einkaufszentren bis zur Sommerpause einen Grundsatzbeschluss vorbereitet.
2. Wir setzen eine "Projektgruppe Kieler Wirtschaft" ein, die sich um eine neue Dynamik in der Wirtschaftsentwicklung der Stadt bemüht. Ebenfalls bis zur Jahresmitte soll ein Grundsatzpapier dazu vorgelegt werden.
3. Wir bilden eine Projektgruppe "Strategische Ziele der Stadt/Neue Stärke", die nach der Sommerpause unser Parteiprogramm der aktuellen politischen Situation anpasst und die beschlossenen strategischen Ziele der Stadt in unserem Sinne weiterentwickelt.

"Aufstieg durch Bildung":

Die Kieler SPD wird die angekündigte Bildungs-Offensive von Torsten Albig unterstützen;

wir sehen in diesem Politikfeld auch einen zentralen Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut. Die Bekämpfung der Kinderarmut muss noch stärker als bisher das Profil der Kieler SPD prägen.

"Moderne Stadtpartei":

1. Bis zur Sommerpause wird der KV ein Konzept "Großstadtpartei SPO" für ein neues Selbstverständnis und die gewandelten Aufgaben der Parteien vorlegen und zur Diskussion stellen. Damit wollen wir auch der Wahlmüdigkeit und der Politikverdrossenheit entgegenwirken. Wir sprechen uns für mehr direkte kommunale Demokratie aus.

2. Wir starten eine "Ortsbeirats-Initiative", mit Besuchen in den Stadtteilen, werden Spielplätze, Schulwege und Kreuzungen begutachten, uns Wohnprojekte ansehen und Betriebsbesichtigungen bei Kleinstbetrieben.

3. Wir werden eine Initiative gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit organisieren. Es schadet dem Ruf unseres Kiels bundesweit, wenn unsere Stadt durch wachsenden Rechtsextremismus bekannt würde.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 18.06.2009, 12:29 Uhr - 6575 Clicks - Nr. 659

37.000 Stimmen gegen CO2-Verpressung

37.000 Unterschriften und eine symbolische CO2-Bombe übergaben gestern am Brandenburger Tor in Berlin die Bürgerinitiativen aus Schleswig-Holstein und Brandenburg an die Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg (SPD) und Renate Künast (Grüne).

PRESSE-ECHO: 37.000 Stimmen gegen CO2-Verpressung



In Schleswig-Holstein und Brandenburg machen Bürgerinitiativen mobil gegen die unterirdische Verpressung von Kohlendioxid. 37.000 Unterschriften wurden innerhalb kurzer Zeit gegen die CO2-Endlagerung gesammelt und am Mittwoch symbolisch an den Bundestag übergeben.

In Brandenburg wehren sich Bürgerinitiativen gegen die CCS-Pläne Vattenfalls, zur Einlagerung von Kohlendioxid aus Braunkohlekraftwerken. In Schleswig-Holstein richtet sich der Protest gegen RWE: Der 'Stromkonzern will Kohlendioxid aus dem Braunkohlekraftwerk in Hürth bei Köln über eine Pipeline quer durchs Land bis an die Küste transportieren.

Die Bundesregierung diskutiert derzeit einen Gesetzesentwurf, der höchst umstritten ist. Umweltschützer kritisieren etwa, dass die Haftung bereits nach 30 Jahre von den Konzernen in die öffentliche Hand übergehen soll. Das CCS-Gesetz sollte nach langem hin und her eigentlich am Freitag im Bundestag verabschiedet werden - Querelen zwischen SPD und Union hatten allerdings am Dienstag erneut für eine Verschiebung gesorgt.

Keine Kommentare

Gemeinsam gegen das CO²-Lager vor den Toren Flensburgs!

Die vielen Aktivitäten der Bürgerinitiativen und der SPD im Norden zeigen Wirkung. Auch auf dem Bundesparteitag der SPD wurde das Engagement gegen die energiepolitisch unsinnigen und sicherheitstechnisch riskanten Projekte fortgesetzt. Der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer, Träger des alternativen Nobelpreises und Präsident von Eurosolar, argumentierte, dass man sich ein Jahrtausendproblem schaffe: Man könne geomorphologischen Gutachten nicht über Tausende von Jahren vertrauen.

Auf Betreiben der hiesigen SPD hat der Bundesparteitag in Berlin für das CO² den Vorrang der Wiederverwertung im Regierungsprogramm durchgesetzt. „Bevor wir nur viel Geld in die Forschung von Speichermöglichkeiten fließen lassen, will die SPD vornehmlich die Wiederverwertung des abgeschiedenen CO² fördern“ so Stefan Bolln. „Der Wiederverwertungsvorrang vor Endlagerung des CO² ist ein großer Erfolg unserer Initiative.“ Diesen Kompromiss hatte Hermann Scheer ausgearbeitet. In intensiven Verhandlungen ist es den Schleswig-Holsteinern auch gelungen, die umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Genehmigung von Lagermöglichkeiten im Wahlprogramm festzuschreiben. "Bürgerbeteiligung statt Bergrecht - das ist der richtige Weg", meint Helmut Trost zu diesem Teilerfolg. Das Ziel der Nord-SPD ist klar definiert: Schon im März wurde beschlossen: "Die SPD lehnt das geplante Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid ab (Beschluss E 3 des Landesparteitages in Elmshorn)."

Die SPD steht für die Energiewende. Dies macht das Regierungsprogramm deutlich: "Mit der Aussage, dass bis 2030 mindestens 50% der Stromerzeugung auf der Basis erneuerbarer Energien erreicht werden sollen und dem Vorrang der Einspeisung der erneuerbaren Energien ins Netz, sind wir bundesweit auf einem guten Weg. Die SPD Schleswig-Holstein werden auch in Zukunft Antreiber der Energiewende sein."

Die drei SPD-Kreisverbände im Norden haben zugesagt, die Bürgerinitiativen bei ihrem Widerstand gegen Pipelines und Lagerstätten weiter voll zu unterstützen. Denn auch nach der Entscheidung, den CCS-Gesetzesentwurf jetzt von der Tagesordnung des Bundesrates zu nehmen, ist das Projekt noch lange nicht beerdigt.

--

Foto:

(v.l.n.r.) Flensburger SPD-Vorsitzender Helmut Trost, der Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer und Stefan Bolln, der umweltpolitische Sprecher der Landes-SPD in Berlin.

Keine Kommentare

MdB Sönke Rix zur Situation bei Hertie

Ich unterstütze die Bemühungen zum Erhalt des Hertie-Kaufhauses in Rendsburg. Ich habe den britischen Hertie-Besitzer Dawnay Day schriftlich aufgefordert, sich Verhandlungen über die überhöhten Mietpreise nicht zu verschließen.

Wenn Hertie schließen muss, sind nicht nur die Arbeitsplätze weg, es würde auch die Rendsburger Innenstadt leiden.



Ich bedanke mich ausdrücklich bei Bürgermeister Andreas Breitner für seinen Kampf um das Kaufhaus. Die Beschäftigten können sich auch meiner Solidarität sicher sein.

Für eine Rettung der Arbeitsplätze müssen alle Möglichkeiten geprüft werden. Dafür kommt nach meiner Auffassung nicht der Einsatz von Steuergeldern infrage, denn die Situation ist eindeutig durch Management-Fehler verursacht.

Dennoch sind staatliche Institutionen wie das Landwirtschaftsministerium, aber auch die IHK und die Agentur für Arbeit in der Pflicht, einen Beitrag für einem "warmen Übergang" zu leisten.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 18.06.2009, 14:04 Uhr - 10892 Clicks - Nr. 662

Nominierung der Landtagskandidaten

Die SPD Rendsburg-Eckernförde nominiert ihre Kandidaten/Kandidatinnen für die Landtagswahl 2010.

Die Nominierungskonferenz im Wahlkreis 10 / Eckernförde findet statt am

Montag, den 22. Juni
Hotel Schützenhof
Groß Wittensee
Beginn 19.30 Uhr

Kandidaten:
Frederic Hammer (Brodersby)
Klaus Kaschke (Kochendorf)
Martin Klimach-Dreger (Eckernförde)
Marc-Oliver Nissen (Eckernförde)
Eckard Reese (Schacht-Audorf)

Die Nominierungskonferenz im Wahlkreis 12 / Rendsburg-Süd findet statt am

Dienstag, 23. Juni
Hotel Alter Landkrug
Nortorf
Große Mühlenstraße 13
Beginn 19.30 Uhr

Kandidat:
Dr. Ralf Stegner, MdL

Im Wahlkreis 11 / Rendsburg gibt es auf Antrag der Ortsvereine eine Mitgliederversammlung. Sie findet statt am

Donnerstag, 25. Juni
Möhls Gasthof

Jevenstedt
Dorfstraße 12
Beginn 19.30 Uhr

Kandidaten:
Dr. Kai Dolgner (Osterrönnfeld)
Guido Schröder (Bovenau)

Die Nominierungskonferenz im Wahlkreis 13 / Rendsburg-Ost findet statt am

Montag, den 29. Juni
Kreys Gasthof
Bredenbek
Kieler Straße 18
Beginn 19.30 Uhr

Kandidaten:
Ulf Daude (Molfsee)
Gustav Otto Jonas (Schwedeneck)
Dr. Thiemo Lueße (Molfsee)
Andreas Malzahn (Felde)
Claudia Sieg (Strande)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 19.06.2009, 08:14 Uhr - 1593 Clicks - Nr. 663

Privater Hausmüll gehört in die städtische Tonne!

Zum heutigen „Altpapier-Urteil“ des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG 7 C 16.08) erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der abfallpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„SPD, GRÜNE und SSW begrüßen die Entscheidung des höchsten deutschen Verwaltungsgerichts: Mit ihr wird der Bedeutung der städtischen Daseinsvorsorge der gebührende Rang eingeräumt.

Planungssicherheit für die Stadt bei der Organisation und Gebührenberechnung ist nicht nur bei der Altpapiersammlung von hoher Bedeutung. Es gilt für die gesamte Müllabfuhr: Privater Hausmüll gehört in die städtische Tonne!

Eine funktionierende öffentliche Abfallsammlung als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge wäre gefährdet, wenn neben dem städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb gewerbliche Entsorger in für sie attraktiven Gebieten die öffentliche Entsorgung zurückdrängen und so die von allen Gebührenzahlerinnen und -zahlern zu tragenden anteiligen Kosten der öffentlichen Abfallentsorgung erhöhen würden. Diese Gefahr ist nun gebannt: Mit diesem Urteil wurde eine gute Entscheidung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger getroffen.“

Keine Kommentare

Kandidaten gewählt

Auf der Wahlkreiskonferenz haben die Delegierten des Kreises Dithmarschen Detlef Buder (Nord) und Angelika Hansen (Süd) als Kandidaten für die Landtagswahl 2010 gewählt.

Mit 84,1 % (Detlef Buder) bzw. 89 % (Angelika Hansen) wurden beide Kandidaten mit einem starkem Votum bestätigt. Der Fraktionsvorsitzende der Kreis-SPD, Klaus-Jürgen Esch, fordert im Anschluss den Landesvorsitzenden auf, diese starke Zustimmung auch auf dem Listenparteitag deutlich werden zu lassen.



Kommentar von [Matthias Ilgen](#) vom 19.06.2009, 12:58 Uhr:

RE: Kandidaten gewählt

Ein starkes Team für Dithmarschen! Herzliche Glückwünsche aus Husum!

Schuldenbegrenzung braucht solide Grundlage

In der Landtagsdebatte zum „Einbau einer Schuldenbremse in die Verfassung des Landes Schleswig-Holstein“ führt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen, aus:

Unabhängig davon, dass es sinnvoll ist, die öffentlichen Ausgaben verantwortungsvoll zu begrenzen, müssen wir den Konsolidierungspfad gegenüber dem aus Bund und Ländern gebildeten Stabilitätsrat darlegen, um deren Konsolidierungshilfen in Anspruch zu nehmen.

In wie weit die im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen gemachten Annahmen hinreichend sind im Hinblick auf die Anforderungen des Bundes, muss überprüft werden. Wir sollten uns dies im Ausschuss erläutern lassen und der Verwaltung die Arbeit insofern erleichtern, dass nicht zwei Konzepte mit unterschiedlichen Voraussetzungen erarbeitet werden.

Klar ist, dass wir mit der Grundgesetz-Änderung von einem Neuverschuldungsverbot ab spätestens 2020 auszugehen haben. Davon völlig unbenommen ist unsere Auffassung hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Gültigkeit. Es gab bis heute Einigkeit im Parlament, eine Beschneidung der verfassungsmäßigen Rechte nicht ohne weiteres hinzunehmen. Wir haben zu den Beratungen über die Föderalismusreform immer betont, dass eine Schuldenbegrenzung in die Landesverfassung gehört und uns nicht vom Bund diktiert werden kann.

Wir haben ebenfalls Wert gelegt auf eine Altschuldenregelung, die uns eine reelle Chance gibt, unser strukturelles Defizit abzubauen. Die Höhe der jetzt vereinbarten Konsolidierungshilfen birgt die Gefahr, dass Schleswig-Holstein im Jahr 2020 gegenüber anderen Bundesländern weiter ins Hintertreffen gerät.

Das kann uns nicht zufriedenstellen. Ein Wettbewerb der Länder kann nur funktionieren, wenn alle gemeinsam an einer Startlinie loslaufen. Dies war in der Vergangenheit aufgrund sehr

unterschiedlicher Strukturen und Belastungen in Nachkriegsdeutschland nicht der Fall. Es wurde durch den Länderfinanzausgleich nur begrenzt erreicht. Es wird bei den jetzigen Regelungen 2020 auch nicht der Fall sein. Die 80 Mio. Euro jährlich für Schleswig-Holstein sind eine Erleichterung, aber sicher nicht ausreichend, um Leistungen auf einem Niveau zu halten, wie dies in anderen Ländern der Fall ist.

Trotzdem: Wir wollen den Schuldenabbau. Wir haben eine Regelung im Grundgesetz, die nach derzeitigem Stand ab 2020 verbindlich ist. Wir müssen die kommenden 10 Jahre hart daran arbeiten, das vorgegebene Ziel zu erreichen. Dieser Konsolidierungspfad ist jetzt unser vordringliches Problem. Die SPD wird sich nicht verschließen, harte Einschnitte vorzunehmen und diese auch öffentlich zu vertreten. Ein Bestandteil kann eine umfassende Verwaltungsstrukturreform sein. Es ist bekannt, dass unsere Fraktion bereit ist, an dieser Stelle weiter zu gehen.

Mit dem Bildungspakt, der mittelfristig erhebliche Reduzierungen beim Lehrpersonal bedeutet, sind wir bereits einen großen Schritt gemeinsam gegangen. Das ist verantwortbar, weil es die demografische Entwicklung flexibel aufgreift und Lehrkapazitäten den Schülerzahlen anpasst.

An der einen Stelle (hier) das Hohe Lied der Haushaltskonsolidierung zu singen und an anderer Stelle vollmundige Versprechungen zu machen – das passt nicht zusammen. Schuldenbremse heißt auch, sich von populistischen Steuersenkungsfantasien zu verabschieden.

Wenn wir uns auf Kürzungen, auf Personalabbau verständigen, muss dies sehr verantwortungsvoll im Einklang mit den Aufgaben passieren. Dies zu vermitteln ist eine gemeinsame Anstrengung des gesamten Parlaments.

Die Menschen in Schleswig-Holstein wollen eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Sie wollen aber auch Arbeit, Bildung und Sicherheit. Dies gilt gerade in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Zukunftsvorsorge bedeutet Stabilisierung des Schuldenstandes. Zukunftsvorsorge ist aber auch staatliche Aufgabenerfüllung in den beschriebenen Bereichen.

Mit der Schuldenbremse des Bundes sind zukünftige Generationen in ihrer Gestaltungsfähigkeit sehr rigide festgelegt. Unsere Fraktion würde sich wünschen, für Schleswig-Holstein zu einer flexibleren Regelung zu kommen. Mehr Flexibilität bedeutet nicht den Abschied vom Ziel des ausgeglichenen Haushalts. Sie ermöglicht uns jedoch, die notwendigen Maßnahmen sachorientiert und nachhaltig zu planen. Wir glauben, dass eine entsprechende Vereinbarung eine breite Mehrheit innerhalb dieses Parlaments bräuchte, da sie lange in die Zukunft reicht und weitreichende Folgen hat.

Viele Konjunktive, da wir uns noch in der Abstimmung mit dem Koalitionspartner befinden. Aber unabhängig davon, ob wir eine eigene Regelung für Schleswig-Holstein finden oder die Bundesregelung uns Maßstab ist: Wir wollen weg von der Neuverschuldung. Wir sind bereit, die nötigen Schritte zu gehen.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 19.06.2009, 11:20 Uhr - 9410 Clicks - Nr. 666

MDB Sönke Rix zur Abstimmung über die Fehmarnbelt-Querung

Ich sehe in dem Ausbau der Fehmarnbelt-Querung eine Chance für einen weiteren Fortschritt in der Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Skandinavien.

Durch den Ausbau kann und wird nicht nur ein regerer Verkehrsfluss entstehen – auch die wirtschaftlichen und wissenschafts-politischen Vorteile liegen auf der Hand: Güter werden in Zukunft schneller transportiert werden können und auch Fachkräfte aus den Metropolregionen Norddeutschlands und Skandinaviens können so bald schneller zusammenkommen.

Ich warne jedoch davor, die Haushaltsmittel, die in die Hinterlandanbindung gehen sollen, bei anderen wichtigen Verkehrsprojekten zu kürzen.

Ich halte es weiterhin für notwendig, mittelfristig eine weitere Querung über den Nord-Ostsee-Kanal zu schaffen. Der Norden Schleswig-Holsteins darf durch die Verkehrsführung über den Fehmarnbelt verkehrspolitisch nicht ins Abseits geraten. Um das zu gewährleisten, benötigen wir eine weitere Kanalquerung.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 19.06.2009, 12:11 Uhr - 2491 Clicks - Nr. 667

Wir werden uns nicht aus der Krise heraus sparen können Gegen Denkverbote und politische Kastration!

Zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf den Flensburger Haushalt und im Vorfeld der Haushaltsberatungen 2010 erklärt Helmut Trost, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion:

Die Flensburger Finanzkrise ist nicht hausgemacht. Sie entspringt nicht fehlender Ausgabedisziplin, sondern ist Folge eines fatalen Wegbrechens der Einnahmesituation.

Deshalb werden wir uns in Flensburg nicht aus der Krise heraus sparen können – trotz größter Einsparbemühungen und verantwortungsvoller Ausgabepolitik. Im Gegenteil: Die Krise wird uns doppelt treffen, nämlich bei den fehlenden Einnahmen und den wachsenden Verpflichtungen im Sozialbudget. Dort ist es unsere Aufgabe, den Flensburgerinnen und Flensburgern, die von den Auswirkungen der Krise besonders getroffen sind, so weit wie möglich zu helfen.



Erste Schätzungen der Verwaltung haben ergeben, dass dem Flensburger Haushalt im nächsten Jahr in großem Umfang Einnahmen fehlen werden. Dem ersten Eckwerteentwurf der Verwaltung zufolge wird die Summe aller Einnahmen von 133,9 Millionen Euro auf 123,7 Millionen sinken (im Vergleich zum Planansatz 2009). Besonders schmerzlich sind die Einbrüche bei der Gewerbesteuer (geschätzt minus 10 Millionen) und beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (minus 3 Millionen). Demgegenüber wachsen die Verpflichtungen im Fachbereich Soziales. Dies betrifft vor allem den Bereich Erziehungshilfen und deutliche

Fallzahlensteigerungen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, aber auch bei der Hilfe zum Lebensunterhalt. Hier müssen wir der wirtschaftlichen Entwicklung Tribut zollen, hier müssen Rat und Verwaltung deshalb ihre Verantwortung wahrnehmen.

Keine Lösung ist es, den Mitgliedern der Ratsfraktionen Denkverbote aufzuerlegen. Es ist nichts anderes als der Versuch einer politischen Kastration, wenn die Verwaltung pauschal vorschlägt, von vornherein auf alle Maßnahmen zu verzichten, die noch nicht entschieden sind. Niemand will Wunschkonzerte finanzieren, aber wir müssen das Notwendige machbar und das Unverzichtbare finanzierbar machen. Vor allem im Bereich Bildung und Soziales - notfalls in kleinen Schritten, gleichzeitig immer auf der Suche nach Gegenfinanzierungen und Einnahmeverbesserungen.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 19.06.2009, 16:43 Uhr - 4920 Clicks - Nr. 668

SPD Neumünster: Kleinflecken ist für alle da

Presseerklärung der Rathausfraktion zur Umgestaltung des historischen Platzes

Am Montag dieser Woche konnte die SPD in Ihrer Fraktionssitzung den Sprecher der Marktbeschicker, Stefan Wegener, begrüßen. Wegener war der Einladung der SPD-Mitglieder im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss gefolgt, um die kontroverse Meinung der Marktbeschicker zu dem von der Stadtverwaltung am 27.5.2009 im Stadtteilbeirat Stadtmitte vorgelegten Plan zur Umgestaltung des Kleinfleckens vorzustellen.

"Außerdem wollten wir aus erster Hand erfahren, ob die Marktbeschicker die Meinung der Ausschussvorsitzenden im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss, Helga Bühse (CDU), teilen, den Markt generell auf den Großflecken zu verlegen", so Ratsmitglied Oliver Sundermann (SPD). Dies hatte Bühse in der letzten Ausschuss- Sitzung angedeutet.

Nach Vorstellung der Pläne durch Stefan Wegener steht für die SPD-Fraktion fest, dass der erste Planungsentwurf der Bauverwaltung noch einmal überarbeitet werden muss.

"Die Umgestaltung des Kleinfleckens darf weder zu einer zu großen Beeinträchtigung des Marktes oder des innerstädtischen Parkraumes führen, noch darf das Anliegen der Anwohner am Kleinflecken, ein lebenswertes Wohnumfeld zu bekommen, ignoriert werden", erläutert Sundermann nach der Sitzung. "Hierzu gehört, dass der Wochenmarkt auch zukünftig kompakt aufgebaut werden kann."

"Wir freuen uns daher sehr, dass die Marktbeschicker und der Einzelhandelsverband an einer für beide Seiten tragfähigen Lösung arbeiten." ergänzt Fraktionsvorsitzender Andreas Hering. So soll zum Beispiel die Fläche auf dem Kleinflecken durch Hecken begrünt werden, die jedoch einen Marktaufbau sowie das Beparken des Platzes zum Teil noch ermöglichen. Auf der Seite des Textilmuseums könnte nach den Überlegungen der Marktbeschicker sogar eine kleine Parkanlage mit Spielplatz entstehen.

"Der Standort Kleinflecken ist für uns existenzwichtig!" erklärt Wegener das Engagement der

Marktbetreiber in dieser Sache.

Da die Vorstellungen noch nicht vollständig mit einem Architekturbüro und der Stadtverwaltung durchgeplant wurden, hofft die SPD-Fraktion, dass die Stadtplanung schnellstmöglich den Kompromissvorschlag konkretisiert, um dann beide Seiten noch einmal an den Tisch zu holen. Nur so können eine termingerechte Umsetzung und die damit verbundenen Fördergelder gesichert werden.

"Eines ist jedoch für uns klar", so Sundermann abschließend, "weder eine reine Parklösung noch ein reiner Markt- / Parkplatz wird der Bedeutung des Kleinfleckens als innerstädtischer Platz gerecht. Der Kleinflecken ist für alle da!"

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 19.06.2009, 17:43 Uhr - 2279 Clicks - Nr. 669

Boulenachmittag in Reinfeld

Wir vom SPD-Ortsverein möchten Sie hiermit herzlich zu einem Boule-Schnuppernachmittag am Sonntag, den 05. Juli ab 15:00 Uhr auf der Boulebahn am Marktplatz einladen. In zwangloser Atmosphäre werden Interessierte in die Geheimnisse des Boulespielens durch erfahrene Boulespieler eingeführt. Zur Stärkung stehen kostenlos Kaffee und Kuchen zur Verfügung.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich – wer Lust hat, kommt einfach vorbei.

Wir freuen uns auf einen schönen Nachmittag mit Ihnen.

Ihre SPD Reinfeld

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 19.06.2009, 17:47 Uhr - 5568 Clicks - Nr. 670

Neue Gefahr für die Phänomenta Grünen-Antrag soll Kieler Konkurrenzprojekt wiederbeleben

Ein bereits klinisches totes Konkurrenzprojekt zur Flensburger Phänomenta soll, wenn es nach den Grünen geht, wiederbelebt werden und würde dann die erfolgreiche Flensburger Einrichtung gefährden. Für diese Initiative hat die Flensburger SPD überhaupt kein Verständnis.

„Dieser Vorstoß ist ökonomischer Unsinn und für die Region fatal“, so der SPD-Vorsitzende Helmut Trost: „Inzwischen hat sich doch landesweit die Erkenntnis durchgesetzt, dass das Projekt eines neuen Kieler Science-Center wirtschaftlich nicht tragfähig ist und gleichzeitig eine Gefahr für viele andere Einrichtungen im Land darstellt.“



Hintergrund für die Empörung des Flensburgers ist, dass die Grünen über ihre Landtagsfraktion beantragt haben, das Kieler Vorhaben jetzt doch zu fördern. Wie berichtet hatten sich CDU und SPD in der großen Koalition darauf verständigt, dieses eben nicht zu tun und das Projekt damit eigentlich beerdigen wollen. Auch der Finanzausschuss hatte ein entsprechendes Votum abgegeben. Wenn es nach den Grünen geht, soll Wirtschaftsminister Biel – der das Kieler Vorhaben früher heftig gefordert hat – den Förderbescheid trotzdem übergeben.

„Es ist finanzpolitischer Wahnsinn, in Zeiten der Finanzkrise ein solches Projekt in Kiel mit geplanten 26 Millionen Euro zu fördern und mit Steuermitteln weiter am Leben zu halten. Wer dann gleichzeitig behauptet, diess habe überhaupt keine Auswirkungen auf das nur eine Autostunde entfernt liegende Science Center Phänomena, der täuscht die Wählerinnen und Wähler“, so Helmut Trost.

Hintergrund:

Die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat einen Antrag an den schleswig-holsteinischen Landtag gestellt. Dieser trägt den Titel „Grünes Licht für den Förderbescheid für das Maritime Science-Center Schleswig-Holstein“. Darin wird Wirtschaftsminister Jörn Biel aufgefordert, der „Landeshauptstadt Kiel umgehend den Förderbescheid zum Bau des Maritimen Science-Centers an der Kieler Hörn zu überreichen“ (Zitat aus der Drucksache 16/2712). Pikanterweise hatte Biel als Hauptgeschäftsführer der IHK Kiel das Projekt ursprünglich selbst mit aus der Taufe gehoben und nachdrücklich unterstützt.

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 19.06.2009, 22:15 Uhr - 4399 Clicks - Nr. 671

Lothar Hay: Deutliche Einsparungen auch unter SPD-Regierung unvermeidlich

Erscheinungsdatum:

19.06.2009

Deutliche Einsparungen im Landeshaushalt wären in der kommenden Legislaturperiode auch für eine von der SPD geführte Landesregierung nicht zu vermeiden. Diese Auffassung unterstrich Innenminister Lothar heute (19. Juni) in seiner Antwort auf ein Schreiben des Landesvorstands der Gewerkschaft der Polizei. „Ich befinde mich in diesem Punkt in voller Übereinstimmung mit den sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern und dem Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner“,

Die Gewerkschaft hatte den Minister um Klarstellung des ihm in der heutigen Ausgabe der Schleswig-Holsteinischen Landezeitung zugeschriebenen Zitats zu Stellenstreichungen unter anderem bei der Polizei gebeten. „Dieses Zitat ist falsch“, so Hay. „Einsparungen im Polizeihaushalt dürfen nie zu Lasten der Sicherheit und der Gesundheit von Polizeibeamtinnen und –beamten gehen. Hier wird es keine Kompromisse geben.“ Vielmehr hätten die Ergebnisse der Polizeireform III deutlich gemacht, dass die Landespolizei auch künftig über die Kapazitätsgrenze hinaus belastet sein werde. Gestiegene Anforderungen und neue Aufgaben lösten einen erheblichen zusätzlichen Personalaufwand aus, dem angesichts der Haushaltslage des Landes jedoch nicht mit neuen Planstellen begegnet werden könne, so Hay.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Ove Rahlf

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431-988-3009, Telefax: 0431-988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 20.06.2009, 13:49 Uhr - 9292 Clicks - Nr. 672

Wolfgang Kruse komplettiert Kandidaten-Quartet

Die Wahlkreisversammlung am 19. Juni stattete den Hasloer mit einem starken Vertrauensvotum aus.

Mit Wolfgang Kruse ist das Kandidaten-Quartet des SPD-Kreisverbands Pinneberg für die Landtagswahl 2010 vollständig. Die Delegierten im Wahlkreis Pinneberg-Nord nominierten den 54-Jährigen am 19. Juni in den Bönningstedter Bürgerstuben. Das Ergebnis fiel mit 25 zu 1 klar aus. Sein Gegenkandidat Claus-Peter Jessen aus Barmstedt nahm die Niederlage sportlich und sicherte dem gewählten Kandidaten seine Unterstützung im Wahlkampf zu. Die Arbeitsgebietsvorsitzende Elke Schreiber gratulierte Wolfgang Kruse und dankte Claus-Peter Jessen für seine Kandidatur.

Wolfgang Kruse ist Gemeindevertreter in Hasloh und als bürgerliches Mitglied des Kreistages in den Ausschüssen für Schule, Sport und Kultur sowie für Finanzen. Seinen politischen Schwerpunkt sieht er im Bereich der Bildungspolitik.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 20.06.2009, 21:24 Uhr - 5941 Clicks - Nr. 673

Die Welt denkt an ihre Flüchtlinge

Weltweit waren 2008 über 42 Millionen Menschen auf der Flucht. 80 Prozent der Flüchtlinge leben in Entwicklungsländern.

Drei von vier Flüchtlingen sind Frauen und Kinder! Der heutige Weltflüchtlingstag ist den Flüchtlingen auf der ganzen Welt gewidmet, um ihre Hoffnungen und Sehnsüchte nach einem besseren Leben zu würdigen - und um ihnen zu zeigen, dass wir sie nicht vergessen.

Vor allem die Situation in Pakistan und Sri Lanka hat sich in den letzten Monaten zugespitzt. Die Menschen leiden unter den Folgen der Gewalt in Pakistan und den Folgen des Bürgerkriegs in Sri Lanka, sie haben ihr Zuhause verloren. Viele leben unter erbärmlichen Bedingungen in den Flüchtlingslagern oder Slums. Diese Menschen brauchen unsere Solidarität und unsere Unterstützung.

"Der Kampf um knappe Ressourcen verstärkt sich und aus der Not entsteht immer häufiger Wut und Gewalt. In armen Ländern fliehen bereits viele Menschen vor Hunger, Durst und Chaos und lösen so auch Konflikte in Nachbarregionen aus. Selbst einige reiche europäische Staaten werden durch Flüchtlingsströme politisch verändert, weil die Furcht vor den Fremden

politisch geschürt und genutzt wird. Verstärkte Abwehr an den Grenzen, umzäunte Lager, Ghettos und Xenophobie entstehen und nicht die Not wird bekämpft, sondern deren Opfer", meint Dr. Wolfgang Wodarg.

"Heute haben wir leider mehr Soldaten in alle Welt geschickt als Entwicklungshelfer. Doch mit Waffen löst man keine Hunger -, Gesundheits- und selbst keine Ordnungsprobleme. Wir müssen deshalb den Schwerpunkt der politischen Aktivität auf die zivile Krisenprävention verlagern. Schon heute wissen wir beispielsweise, wo der Klimawandel die Süßwasserressourcen bedroht, und wo dies, zusammen mit immer fragiler werdenden Staaten schon bald zu gewaltsam ausgetragenen Konflikten führen kann. Was wir in Darfur und im Tschad erleben, ist erst ein Anfang. Wir wissen längst, dass der afrikanische Staatengürtel vom Sudan bis zum Senegal ein "Klimakrisenpulverfass" darstellt. Der Präventionsbedarf für diesen Teil der Welt wird inzwischen allgemein auf der höchsten Alarmstufe angesiedelt", betont der Bundestagsabgeordnete Wodarg, der im Entwicklungsausschuss u.a. für Zentralafrika zuständig ist.

Wodarg weiter: "Bei Gewalt und Not in aller Welt dürfen wir nicht vergessen, dass unsere Lebensweise, unsere Konsumgewohnheiten und unsere Ansprüche ursächlich mit der Not in den armen Ländern verknüpft sind. Unser Beispiel ist maßgebend und deshalb enorm wichtig. Ein radikales Umdenken in der Energie-, Agrar- und Klimapolitik der Industriestaaten ist dafür notwendig, genauso wie eine verstärkte Armutsbekämpfung weltweit. Nur wenn es gelingt, den Klimawandel, die soziale Spaltung bei uns und die Massenarmut in den Entwicklungsländern zu bremsen, die globalisierte Finanzindustrie zu "bändigen" und die fossilen und nuklearen Ressourcen durch erneuerbare Energiequellen zu ersetzen, könnte die Weltgesellschaft doch noch auf eine friedliche Zukunft hoffen."

Die UN-Vollversammlung hat den 20. Juni zum zentralen internationalen Gedenktag für Flüchtlinge ausgerufen.

Das Motto des Weltflüchtlingstages 2009 'Real people, real needs' möchte den Mut und die Leistung würdigen, mit dem Flüchtlinge ihren ungewissen Alltag und die Perspektivlosigkeit bewältigen.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 21.06.2009, 10:37 Uhr - 2701 Clicks - Nr. 674

SPD-vor-Ort am Harksheider Weg

Nahversorgungszentrum Harksheider Weg:

Die Ladenzeile muss leben !

Nahversorgungszentrum Harksheider Weg

SPD-vor-Ort: Die Ladenzeile muss leben

Die mehrjährige Bautätigkeit in der Innenstadt hat nicht nur bei diesen Läden schwere Umsatzeinbußen und Geschäftsaufgaben hinterlassen, sondern auch die Läden in der Ladenzeile am Harksheider Weg haben den Verlust von Kunden zu verzeichnen. Bis zu 50 % Umsatzrückgang wurde uns berichtet. Auch dort haben einige Geschäft aufgegeben.

Langsam scheint sich die Situation zu verbessern. Nach dem Umzug des Magnetbringers Edeka

ins Forum eröffnete der Nahkauf (jetzt auch mit Lotto und Postdiensten), mit der Neueröffnung des Fischgeschäftes Wolf gibt es wieder täglich frischen Fisch, Salate sowie einen Mittagstisch, das Eisparadies stillt den Appetit auf Kaltes und Süßes und Sandwichs und der Pizzadienst liefert nicht nur ins Haus, sondern bedient auch Selbstabholer. Zusammen mit den bisherigen Geschäften wie der Goethe-Apothke, der Stadtkonditorei + Feinbäckerei mit dem Stehcafe, dem Blumenladen und dem Biomarkt Ratz & Rübe ist schon heute ein interessanter Branchenmix vorhanden. Dennoch gibt es einen Leerstand. Und am schwierigsten ist es, verlorene Kunden zurückzugewinnen und neue Kunden zu werben.

Das Nahversorgungszentrum ist jedoch eine wichtige Einkaufsquelle für große Gebiete Quickborns. Um auf den Mix an Einkaufsmöglichkeiten der Ladenzeile aufmerksam zu machen und einen Beitrag für die Attraktivitätssteigerung zu leisten, werden Fraktionsvorsitzender Jens-Olaf Nuckel (SPD) und sein Vize Jürgen Radowitz am Samstag, dem 27. Juni 2009, von 10:30 bis 12.00 Uhr mit einem Stand vertreten sein und unter den Besuchern eine Umfrage starten:

- was gefällt mir gut an der Ladenzeile?
- welche Wünsche habe ich?

Die gleichen Fragen werden wir auch an die Ladenbetreiber richten.

Wir hoffen, damit neue Erkenntnisse zu gewinnen und den QuickbornerInnen und Ladenbetreibern für eine bessere Zukunft zu unterstützen.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 21.06.2009, 12:30 Uhr - 5413 Clicks - Nr. 675

Phänomenta: Aufatmen in Flensburg - Grünen-Initiative abgewehrt

Aufatmen in Flensburg: Die 17,8-Millionen-Euro-Förderung für das in Kiel geplante Konkurrenzprojekt zur Phänomenta ist jetzt endgültig vom Tisch. Die Grünen hatten über ihre Landtagsfraktion beantragt, der Stadt Kiel doch noch einen entsprechenden Förderbescheid für das vom Wirtschaftsminister unterstützte Vorhaben zu überreichen.



Wie jetzt der Flensburger SPD-Vorsitzende Helmut Trost berichtet, wurde der Grünen-Antrag im Landtag von SPD, SSW und CDU abgelehnt. „Wir sind erleichtert“, so Trost, „dass dieses Vorhaben nunmehr eingestampft wird. Eine 75-prozentige Landesförderung an dem 26-Millionen-Projekt wäre wirtschaftlich unverantwortlich gewesen. Mit Steuermitteln wären Konkurrenzprojekte zu erfolgreich arbeitenden Einrichtungen wie der Flensburger Phänomenta oder dem Multimar-Wattforum in Tönning geschaffen worden.“

Nicht nur aus Flensburger, sondern auch aus überregionaler Sicht könne man für die Grünen-Initiative überhaupt kein Verständnis haben. In der Fachwelt habe es, so Trost, überall starke Zweifel an den prognostizierten Besucherzahlen von 300.000 Gästen pro Jahr und damit an der Wirtschaftlichkeit des gesamten Projekts gegeben. In der Landtagsdebatte machte Birgit

Herdejürgen (SPD) deutlich: „Viele kritische Punkte wurden durch die Stadt und den Betreiber nicht zur Zufriedenheit geklärt.“ Außerdem habe auch das „Hin und Her“ im Kieler Rathaus zum Scheitern beigetragen, ergänzte der Kieler SPD-Parlamentarier Jürgen Weber.

Der inzwischen in die CDU eingetretene Wirtschaftsminister Jörn Biel hatte das Erlebniscenter bereits in seiner vorherigen Funktion als Hauptgeschäftsführer der IHK Kiel lange unterstützt.. Jetzt machte er den Kritikern des Projekts aus den Reihen seiner eigenen Koalition schwere Vorwürfe. Er meinte, es habe zahlreiche Gutachten gegeben, die die Wirtschaftlichkeit des Projekts untermauert hätten. Ohne den Millionenzuschuss hat das Projekt jetzt keine Chance mehr auf Verwirklichung. „Damit hat Flensburg“, so Helmut Trost, „im Wettbewerb der Standorte letztlich den längeren Atem gehabt.“

Die Phänomenta ist und bleibt das erfolgreiche Science-Center in Schleswig-Holstein.“

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 21.06.2009, 15:16 Uhr - 3328 Clicks - Nr. 676

Kulturwerk am See – Kostenentwicklung macht fassungslos

Mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen beim Bau des Kulturwerks am See wirft der Norderstedter SPD-Vorsitzende Heiner Köncke Oberbürgermeister Grote ein „katastrophales Projekt- und Risikomanagement“ vor.

„Herr Grote hat ein über die Grenzen Norderstedts hinaus beachtetes Kulturprojekt lächerlich gemacht. Er riskiert mit immer neuen Veränderungsmeldungen die Unterstützung von Öffentlichkeit, Wirtschaft und Politik“, sagt Köncke.

„Diese Unterstützung ist aber notwendig, wenn Oberbürgermeister Grote den Bau nicht noch mehr als bisher über die Taschen der Steuerzahler finanzieren lassen will.“ Zudem wirft er Grote eine dilettantische Informationspolitik vor, mit der er die öffentliche Unterstützung für das Kulturwerk riskiere.

Hatte OB Grote vor wenigen Wochen noch mit viel persönlichem Einsatz ein Konzept zum Bau einer Erlebnisgastronomie zur Landesgartenschau präsentiert und vorgeschlagen, einen Restaurant-Rohbau für 3 Mio. € zu erstellen, der durch Kreditaufnahme bei einer städtischen Gesellschaft (Stadtwerke, EGNO oder MENO) finanziert werden sollte, bezeichnet er heute seine Vorschläge als rechtlich zweifelhaft und hält einen Restaurantbetrieb nicht mehr für eine Aufgabe der Stadt.

„Die Variante Glaskubus ans Kulturwerk mit Musikschule und dann ein Gastronom als Untermieter kostet angeblich „nur noch“ 2 Millionen Euro. Von rechtlichen Bedenken keine Spur mehr, bei 3 Millionen Euro hatte der Verwaltungschef aber plötzlich welche. Angesichts solcher Argumente muss die Frage erlaubt sein, wen Herr Grote damit für dumm verkaufen will!

Für uns bleibt es dabei: Mit der SPD Norderstedt gibt es keinen Automatismus, in dem Zusatzkosten den Steuerzahlern aufgebürdet werden. Ein mit öffentlichen Geldern

subventionierter Restaurant-Betrieb kommt für uns nicht in Frage. Für die kränkelnde Gastronomiefläche im Rathaus-Komplex hat die Stadt schon genug teures Lehrgeld bezahlen müssen.“

Köncke erinnert an die politische Verantwortung des Oberbürgermeisters. „Herr Grote hat sich im Glanz der Kulturwerk-Planung gesonnt. Jetzt – wo in immer schnellerem Takt schlechte Nachrichten bezüglich der Haushaltslage der Stadt an die Öffentlichkeit kommen – lässt er seinen wirren Planspielen freien Lauf.

Grote habe den Bau des Kulturwerks wiederholt zur Chefsache erklärt und die Zustimmung der SPD auch mit dem Hinweis auf einen festgesetzten Kostenrahmen erhalten.

„Je länger das Projekt läuft, desto klarer wird, dass die Zusagen Grotes nichts wert sind. Was soll man ihm noch glauben, wenn er heute etwas verspricht, von dem er morgen nichts mehr weiß und übermorgen das Gegenteil behauptet?“, sagt Köncke.

Das Kulturwerk sei längst zu einem „Musterbeispiel für desaströses Projekt- und Risikomanagement“ geworden. „Ich fürchte, dass die öffentliche Unterstützung für das Projekt weiter bröckeln wird. Ohne diese Unterstützung – auch durch Sponsoren – gerät das Kulturwerk aber immer mehr in Schieflage.“, so der SPD-Vorsitzende.

Kommentar von [Klaus Everts](#) vom 22.06.2009, 14:10 Uhr:

RE: Kulturwerk am See – Kostenentwicklung macht fassungslos

Ja, so kennen wir unseren Herrn OB! Das Fähnlein im Wind, heute so - morgen so... Gut, dass die SPD ihre Linie konsequent vertritt und diesen Zirkus nicht mitmacht. Wer aus der Pleiteserie des Rathaus-Restaurants nichts gelernt hat, dem ist wohl nicht mehr zu helfen. Aber mit der Unterstützung von Frau Basarici wird die Altherren-Riege der CDU das Ding schon durchdrücken. Koste es was es wolle!

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 22.06.2009, 06:16 Uhr - 3114 Clicks - Nr. 677

SPD-Finanzexperte zur Haushaltskrise Quickborns

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD Quickborn, Dr. Christian Dornis: Ursachen genau analysieren, intelligent sparen, die Zukunft gestalten, die Bürger Quickborns einbeziehen



Zur aktuellen Haushaltskrise Quickborns, der vom Bürgermeister verhängten Haushaltssperre und zu den Beschlüssen des Finanzausschusses vom 16.06.2009 erklärt der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Christian Dornis:

Immer wieder ist zu lesen: Die allgemeine Finanzkrise hat Quickborn erreicht. Am Montag meinte sogar eine Zeitung, Quickborn sei jahrelang ein Vorbild für den verantwortungsvollen Umgang mit Finanzen gewesen. Das Gegenteil ist richtig: Die Notlage des Quickborner Haushalts ist zu großen Teilen durch die jahrelange Haushaltspolitik der CDU/FDP-Mehrheit selbst verschuldet:

Über Jahre hat die Quickborner Politik und Verwaltung die Pflege der städtischen Gebäude, insbesondere der Schulen und Turnhallen extrem vernachlässigt. Viele Gebäude, die jetzt extrem teuer saniert werden müssen oder gar dem Abriss zum Opfer fallen, hätten gerettet werden können, wenn man frühzeitig in eine werterhaltende Pflege investiert hätte. Die Mittel

hierfür hätten problemlos durch eine moderate Erhöhung der städtischen Steuern erwirtschaftet werden können. Auch gab es früher noch eine Schulbauförderung von 60 Prozent und darüber. Aber die politischen Mehrheiten in der Stadt sonnten sich in ihrer „Sparsamkeit“ und den niedrigen Gewerbe- und Grundsteuersätzen. Dabei geizten sie mit jeder Mark für die städtischen Liegenschaften. Die Folge ist, dass nun zur Finanzierung des Investitionsprogramms die Grundsteuer extrem heraufgesetzt wurde. Für viele Einwohner Quickborns eine extreme Belastung. Der alte Spruch „wer billig lebt, lebt teuer“ oder „man kann sich auch totsparen“ hat sich in Quickborn in exemplarischer Weise bewahrheitet. Die Einwohner zahlen die Zeche.

Infolge der Finanzkrise kommen neue Einnahmeausfälle bei der Einkommenssteuerzuweisung und der Gewerbesteuer hinzu. Über Jahre hatte Quickborn das enorme Glück von außerordentlich hohen Gewerbesteuererträgen. Viele haben wohl gehofft, dass sich dieses Glück weiter fortsetzt. Dies wäre jedoch auch ohne eine Wirtschaftskrise diesen Ausmaßes kaum zu erwarten gewesen. So kommt alles noch schlimmer.

Die zu erwartende Erhöhung der Kreisumlage wird den Haushalt ebenfalls in Millionenhöhe belasten.

Schulbauprogramm und die Neubauten der Turnhallen sind jedoch alternativlos. Wer diese Projekte infrage stellt, handelt verantwortungslos. Denn aus den Fehlern der Vergangenheit lernen, heißt, diese Fehler nicht wiederholen. Wir dürfen nicht erneut so geizig werden, dass wir sparen egal was es kostet. Deshalb kommen für die SPD substantielle Kürzungen am Investitionsprogramm oder an den Unterhaltungsaufwendungen für städtische Gebäude nicht in Betracht.

Mittelfristiges finanzpolitisches Ziel muss die Generierung neuer Einnahmen ohne zusätzliche Belastung der Bürger werden. Dies geht nur über die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe und die Gewinnung neuer Einwohner. Hierfür müssen wir die städtische Infrastruktur ständig verbessern und alle Schularten, inklusive der Gemeinschaftsschule anbieten. Darauf werden wir weiterhin dringen.

Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative des Bürgermeisters, die Einwohner über den städtischen Haushalt zu befragen. Hiermit setzt der Bürgermeister eine alte Forderung der Quickborner SPD nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung um. Dies haben wir lange vergeblich gefordert - es war auch immer Bestandteil unserer Wahlprogramme. Um so mehr freut es uns, dass dieser Weg nun auch vom Bürgermeister (wenn auch „aus der Not geboren“) gegangen wird. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse der Bürgerveranstaltung am 07.07.2009.

Kommentar von [Sven](#) vom 09.10.2009, 09:41 Uhr:

RE: SPD-Finanzexperte zur Haushaltskrise Quickborns

Im vorletzten Absatz fehlt das "s" in Infra(s)struktur.

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 22.06.2009, 09:46 Uhr - 49548 Clicks - Nr. 678

Verantwortung und Augenmaß

Zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner

Die Koalitionspartner haben sich auf die bisher umfassendsten Maßnahmen zur Beseitigung des strukturellen Defizits im Landeshaushalt und zur Bewältigung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise für den Landeshaushalt geeinigt. Für die SPD stand und steht dabei die Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze im Vordergrund. Alle öffentlichen Förderprogramme müssen auf die Sicherung von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein konzentriert werden. Wir haben uns insbesondere dafür eingesetzt, wirksame Maßnahmen für die von Kurzarbeit betroffenen und von Arbeitsplatzverlust bedrohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durchzusetzen. Dazu dient der von uns eingebrachte Vorschlag eines Paktes für Beschäftigung, Qualifizierung und Wachstum, den wir mit den wichtigsten wirtschaftspolitischen Akteuren im Lande umsetzen wollen.

Die vereinbarten Einschnitte im Personalhaushalt sind die bisher weitreichendsten. Wir haben dabei sichergestellt, dass die Einsparungen bei Polizei und Justiz nicht den Vollzug betreffen und die innere Sicherheit herabsetzen und dass im Bildungsbereich der Schulunterricht von Kürzungen ausgenommen wird. Wir haben betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen und bei den vorgesehenen Entlastungen der Kommunen dafür gesorgt, dass die Standards der Kindertagesstätten, die Mitbestimmung und die Gleichstellung unberührt bleiben.

Die CDU war nicht bereit, auch das zweite und erste Kita-Jahr stufenweise gebührenfrei zu stellen; dies wird deshalb für die SPD eine Aufgabe für die nächste Legislaturperiode sein, während Union und FDP Steuersenkungen versprechen. Wir werden weiter daran arbeiten, mit deutlichen Investitionen in das Bildungssystem, über Gemeinschaftsschulen, Ganztagschulen und die Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Hochschule unseren Kindern bestmögliche Chancen zu geben.

Insgesamt hat die heutige Einigung unter Beweis gestellt, dass wir unserer Verantwortung für unser Land gerecht werden und dabei soziales Augenmaß bewahren.

Kommentar von [Friedel Voigt](#) vom 24.06.2009, 14:41 Uhr:

RE: Verantwortung und Augenmaß

Guten Tag, (einen kleinen Moment bitte, ich muss den Artikel erneut lesen, damit ich auch feststellen kann, dass ich bei der richtigen Partei gelandet bin!).. richtig, ich lese die Antwort der SPD (oder nur die der Funktionsträger??).. Sonntag habe ich gespannt am Fernseher gesessen, um mir dann die süffisanten Kommentare des "Schwarz/Gelben-Senders"NDR anzuhören:"Die SPD hat sich ergeben!",so der Tenor. Ich war und bin geschockt.Hat die SPD sich tatsächlich dem Diktat der Schwarzen unterworfen? Keine Widerrede? Warum habt Ihr den "Anderen" nicht gesagt: BIS HIERHER UND NICHT WEITER?? Oder ist Euch die Oppositionsbank zu hart? Da könnte man wenigstens wieder klare sozialdemokratische Gedanken fassen. Ihr bräuchtet Euch nicht von allen Seiten gehetzt zu fühlen, weder von den Schwarzen, den Gelben, den Grünen und den Linken Ich verstehe einfach nicht, warum es die SPD als Partei der "Gewöhnlichen,Kleinen Leute" nicht mehr geben soll. Denkt an die Urprünge der Partei und nicht an das JUpPi-Gefasel der Neoliberalen. Musste ich mal los werden.. Mit geballter Faust in der Tasche Ein Enttäuschter

Genfrei Gehen II -zu Fuß gegen Monsanto & Co.

Vor dem Charlottenburger Schloss in Berlin hatten sich am 18. Juni über tausend Menschen versammelt, die sehr energisch und friedlich klar machten, dass eine Welt ohne gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere gerechter, sicherer und schöner ist. Diese Botschaft wollen die Genfrei-Geher auf ihrem Weg nach Brüssel fröhlich und klar in Europa verbreiten.



Auf dem Bild: Die ganze "Zwergenwiese" war da! Chefin Susanne Schöning ließ für 1 Tag die Produktion ruhen & reiste mit ihrer Belegschaft nach Berlin. Hier demonstriert Dr. Wolfgang Wodarg mit den Beschäftigten der Lebensmittelfirma vorm Charlottenburger Schloss.

[MEHR BILDER](#)

So bunt war es vor dem Schloss im Berliner Westen wohl noch nie zugegangen: Hunderte von gelben, roten und grünen Luftballons, knallrote Zwergenmützen, Sonnenblumen und deutliche Worte für eine Welt ohne gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere, ohne Patente auf Leben, ohne Agrar-Monopole und ohne Biopiraterie.

Ganze Belegschaften von ökologisch arbeitenden Lebensmittelfirmen, Biolandwirte, Öko-Verbände und Mitglieder von Netzwerken für eine Welt ohne gentechnisch manipulierte Organismen (GMOs) jubelten dem Initiator der Aktion Genfrei Gehen, Joseph Wilhelm zu. Sie waren nach Berlin gekommen, um ihn ein Stück des Weges nach Brüssel zu begleiten.

"Über 800 Lobbyisten von Monsanto tummeln sich in der Brüsseler Szene, um mit allen Tricks die Kommission, Beamte und Politik für ihre Geschäfte zu gewinnen," berichtete Joseph Wilhelm unter lautem Pfeifkonzert der empörten Versammlung.

Es waren zahlreiche prominente UnterstützerInnen erschienen, die Ihre Grüße. Den Höhepunkt stellte jedoch die Rede der Trägerin des alternativen Nobelpreises Vandana Shiva aus Indien dar. Sie berichtete von den einfältigen Bemühungen der Gen-Bioindustrie durch Computersimulationen das Erbgut von Pflanzen zu verändern und "weltfremde" patentierte Grün-Konstrukte anstelle bewährter robuster Pflanzensorten den Bauern in aller Welt anzudrehen, um diese von ihren Saatgutmonopolen abhängig zu machen.

Vertreter der Ökolandwirtschaft, des Naturkosthandels und befreundeter Organisationen aus Nachbarländern überbrachten unter großem Applaus solidarische Botschaften. Für die politischen Parteien waren die ehemalige Landwirtschaftsministerin Renate Kühnast (B90/Grüne) und der Gentechnik-Experte der SPD-Fraktion Dr. Wolfgang Wodarg erschienen. In der Beurteilung von Monsanto und Co. gab es zwischen Rot und Grün große Übereinstimmung.

Wodarg berichtete, mit welch perfiden Methoden der Gen-Konzern in ahnungslosen

Entwicklungsländern oder in den ehemaligen GUS-Staaten Tatsachen schaffe und Felder und Natur mit ihren gefährlichen Kunstprodukten kontaminieren. Großen Beifall gab es bei den Forderungen der Politiker, dass keine weiteren GMOs patentiert oder gar als Nutzpflanzen zugelassen werden dürften.

Vor dem Abmarsch nach Brüssel ließen Vandana Shiva und viele Freunde einen großen Schwarm weißer Tauben mit der Botschaft fliegen, dass die Welt kein genverändertes Saatgut brauche.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 22.06.2009, 15:43 Uhr - 3676 Clicks - Nr. 680

Norddeutsche Kooperation für Nordseezusammenarbeit

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Landtages, in eine koordinierte Nordseezusammenarbeit einzusteigen, erklären die beiden SPD-Europapolitiker aus Schleswig-Holstein und Hamburg, Rolf Fischer und Günter Frank:

Rolf Fischer:

„Wir sehen in einer ausgebauten Nordseekooperation große Chancen für unsere Region. Schon jetzt bestehen umfassende ökonomische Beziehungen insbesondere zu den Niederlanden und Großbritannien und enge Kontakte auf dem Feld der Wattenmeerpolitik sowie der maritimen Politik. Diese Beziehungen müssen um die politische Dimension ergänzt werden, so dass wir uns für eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Nordseekooperation zwischen den norddeutschen Bundesländern aussprechen. Wir werden mit unseren Fraktionen länderübergreifend konkrete Inhalte beschließen und zur Diskussion stellen.“

Günter Frank:

„Ich bin mir sicher, dass die Hamburgische Bürgerschaft dieser Initiative beitreten wird. Für mich ist selbstverständlich, dass Schleswig-Holstein als Initiator für eine enge Kooperation im Nordseebereich die betroffenen Länder bzw. Staaten einladen wird, um die weiteren Schritte zu beraten.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 23.06.2009, 09:39 Uhr - 4702 Clicks - Nr. 681

Martin Habersaat läuft für das AKKU

„10.000m unter 60 Minuten“ – dieses Ziel hatte Martin Habersaat sich für den 12. Volkslauf des Barsbüttler Sportvereins vorgenommen. Im Anschluss an eine Fraktionssitzung erzählte er den Parteikollegen davon und der Fraktionsvorsitzende Hermann Hanser schlug eine Wette für einen guten Zweck vor: Wenn die Zeit gelänge, wollte er dem AKKU 50 Euro spenden, wenn nicht, wäre Martin Habersaat dran gewesen.



Martin Habersaat lief – und brauchte für die zehn Kilometer genau 55 Minuten und 53 Sekunden. Wette gewonnen. „Die Arbeit des AKKU ist es aber immer wert, unterstützt zu werden, deshalb hatten wir uns vorgenommen, unseren jeweiligen Einsatz in jedem Fall zu spenden“, verrieten beide ein Geheimnis und konnten Matthias Lenzmeier, dem Leiter der Einrichtung, nun 100 Euro überreichen.

Das AKKU ist das Jugendzentrum der Gemeinde Barsbüttel, eine Freizeiteinrichtung mit vielen Angeboten für Barsbütteler Jugendliche. Die aktuelle Spende soll, zusammen mit weiteren, der Ausstattung eines neuen Sprinters für die Jugendlichen zugute kommen.

Bericht zum Volkslauf: [hier](#).

Keine Kommentare

[Andreas Beran](#) - veröffentlicht am 23.06.2009, 11:15 Uhr - 6501 Clicks - Nr. 682

Jugendschutz

Das „Geschäft“ mit unseren Kindern – Es geht nur um Einschaltquoten

Der Landtagsabgeordnete Andreas Beran fordert Eltern, Jugendämter und Aufsichtsbehörden, so wie die Landesmedienanstalten auf den Kinderschutz dringend zu verstärken.

Bei der RTL Sendung „Erwachsen auf Probe“ können wir alle einmal mehr miterleben, wie das Kindeswohl im höchsten Maße gefährdet wird. Es geht nur um hohe Einschaltquoten, wobei kein Thema mehr tabu ist. Erwachsene können sich selbst wehren, unsere Kinder aber müssen wir im verstärkten Maße schützen.

Nicht genug, dass für diverse Sendungen immer mehr Jugendliche Schule, Beruf und Ausbildung hinten anstellen lassen, um „ein Star, ein Modell oder dergleichen“ zu werden. Wer kümmert sich um deren Wohl, wenn sie anschließend erfolglos nach Hause gehen?

Wir dürfen nicht zulassen, dass nun auch noch unsere kleinen Kinder und Säuglinge, die sich selbst nicht wehren können, hier an die Medien für Gagen verkauft werden. In seiner Eigenschaft als Familienpolitischer Sprecher der SPD Landtagsfraktion und als Mitglied des Kinderschutzbundes fordert Andreas Beran, dass in das Jugendarbeitsschutzgesetz geeignete Regeln aufgenommen werden, um solchen Missbrauch zu verhindern. Andreas Beran wird den Kinderschutzbund bei dessen Forderungen unterstützen. Jeder, der sich dem ebenfalls anschließen will, hat die Möglichkeit sich an der Unterschriftenaktion des Deutschen Kinderschutzbundes zu beteiligen. (www.stoppt-baby-auf-probe-de). Ein Appell an die Medien, dem Kindeswohl bei der Gestaltung ihrer Sendungen mehr Bedeutung zukommen zu lassen, reicht hier bei weitem nicht aus.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 23.06.2009, 11:47 Uhr - 12012 Clicks - Nr. 683

Stunde der Freiheit - 20 Jahre Wiedervereinigung

2009 jährt sich der Fall der Berliner Mauer zum zwanzigsten Mal. Für den SPD-Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen ein bedeutender Anlass, in seinem ehemaligen Gymnasium mit Schülerinnen und Schülern über die Wiedervereinigung Deutschlands zu

diskutieren.

Als Gastredner hatte Jörn Thießen den Staatssekretär a.D. Werner Ablaß mitgebracht. Werner E. Ablaß aus Mark Brandenburg war Spitzenkandidat der Partei des Demokratischen Aufbruchs für die Volkskammerwahl im März 1990, aus der die erste demokratisch legitimierte Regierung der DDR hervorging. Nach der Wiedervereinigung wurde Ablaß Leiter der Außenstelle des Bundesministeriums der Verteidigung in Strausberg. Seit 1997 ist er Beauftragter für Sonderaufgaben im Bereich der Bundeswehr in den Neuen Ländern.

Sein glücklichster Tag sei der 9. November 1989 gewesen, der Tag der SED-Bankrotterklärung. „Ohne den 9. November 1989 hätte es keinen 3. Oktober 1990 gegeben“, so Werner Ablaß im voll besetzten Festsaal der KKS. „Am 9. November war die Angst weg und man hatte das Gefühl von Freiheit.“

Der ehemalige Staatssekretär der letzten DDR-Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière erinnerte die Schülerinnen und Schüler auch an die friedlichen Demonstrationen und rekapitulierte: „Nacheinander sagten wir: Wir wollen raus! Wir bleiben hier! Wir sind das Volk! Und zuletzt: Wir sind ein Volk!“

Werner E. Ablaß wirkte als Stellvertreter und Staatssekretär des letzten Verteidigungsministers der DDR, Rainer Eppelmann, wesentlich bei den 2+4-Verhandlungen und dem Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt mit und war Verhandlungsführer der DDR für das Verteidigungsressort bei der Erarbeitung des Einigungsvertrags. Von heute auf morgen sei er vor 20 Jahren ohne große Vorbereitung von seiner Arbeit in einem Altenheim zu seinem politischen Amt gekommen. Eine der größten Herausforderungen sei es gewesen, die NVA (Nationale Volksarmee) mit 135.000 Soldaten aufzulösen, den Abzug der 380.000 russischen Soldaten zu überwachen und die 120.000 zivilen Rüstungsarbeiter in anderen Betrieben unterzubringen, so Ablaß zu den Aufgaben, die die Wiedervereinigung für sein Amt mit sich brachte.

Die Schülerinnen und Schüler interessierten sich hauptsächlich für die Frage, wie lange es wohl noch dauert, bis die Wiedervereinigung bei den Menschen in Ost und West richtig greift. Darauf meinte der ehemalige Staatssekretär abschließend, alles brauche Zeit.

Bilder zu der Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Kommentar von [Helmut Fuchs](#) vom 24.06.2009, 12:48 Uhr:

RE: Stunde der Freiheit - 20 Jahre Wiedervereinigung

Ein Grund zum Feiern! Jetzt möchte ich aber doch noch testen, ob die eMail-Adressen im Kommentarteil auch noch so frei verfügbar sind...

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 23.06.2009, 13:21 Uhr - 5991 Clicks - Nr. 684

Weißrussland gehört zu Europa - aber wie?

AKTUELL aus dem EUROPARAT : Auf der Startseite des Deutschen Bundestages (www.bundestag.de) wurde gestern aus aktuellem Anlass ein Interview mit Dr. Wolfgang Wodarg veröffentlicht, welches die Themen Weißrussland und Neuwahl eines Generalsekretärs des Europarates behandelt. Hier die Original-Berichterstattung des Bundestages:



"Vorsichtige Liberalisierung in Weißrussland" - Dr. Wolfgang Wodarg (SPD) zur Parlamentarierversammlung des Europarats

In einer Öffnung des Europarats gegenüber Weißrussland sieht der SPD-Abgeordnete Wolfgang Wodarg eine Chance, die demokratischen Kräfte in diesem Land zu stärken und rechtsstaatliche Standards dort zu verankern. Weißrussland ist wegen der autokratischen Herrschaft von Präsident Alexander Lukaschenko bislang nicht Mitglied des Europarats. Wodarg ist stellvertretender Leiter der Delegation des Bundestages zur Parlamentarischen Versammlung des Europarats, die vom 22. Juni 2009 an ihre Sommersession im Palais de l'Europe in Straßburg abhält. Die Parlamentarische Versammlung will als ersten Schritt der weißrussischen Volksvertretung einen Sondergast-Status einräumen.

1997 war der weißrussischen Volksvertretung der Sondergast-Status beim Europarats-Parlament aberkannt worden, jetzt soll er wieder eingeführt werden. Hat diese Geste mehr als eine symbolische Bedeutung?

Der Sondergast-Status ist der erste Schritt hin zu einer Annäherung zwischen unserem Staatenbund und diesem Land. Die weißrussischen Parlamentarier können den Europarat näher kennenlernen und sich in dessen Politik und Strukturen einfädeln, die Kontakte werden vertieft. Ein Rede- oder gar Mitbestimmungsrecht haben die Abgeordneten aus Minsk nicht. Und eine Vorentscheidung über eine Vollmitgliedschaft fällt damit auch nicht.

Weißrussland musste wegen der Missachtung politischer Grundfreiheiten und rechtstaatlicher Standards bislang vor den Toren des Palais de l'Europe bleiben. Ist der Fortschritt so erheblich, dass dies die neue Öffnung gegenüber Minsk rechtfertigt?

Seit Sommer 2008 ist eine vorsichtige Liberalisierung zu beobachten. Einige politische Gefangene kamen frei, zwei unabhängige Zeitungen wurden zugelassen, Nichtregierungsorganisationen haben mehr Spielraum, ein Dialog mit der Opposition wurde begonnen. In dieser Situation eröffnet eine Annäherung dem Europarat die Chance, vor Ort die Zivilgesellschaft zu ermutigen und zu stärken.

Was muss noch geschehen, bis Weißrussland die Mitgliedschaft in Straßburg erlangen kann?

Da ist noch sehr viel tun. Parlaments- und Präsidentschaftswahlen müssen international anerkannten demokratischen Standards entsprechen. Die oppositionellen Kräfte müssen sich uneingeschränkt entfalten können. Wir warten auf die Freilassung aller politischer Gefangener, die auch Anspruch auf einen korrekten Prozess haben. Im Übrigen verlangt der Europarat die Abschaffung der Todesstrafe, da muss Minsk wie Russland zumindest ein Moratorium bei der Vollstreckung von Todesurteilen verhängen. Es werden noch Jahre vergehen, bis Weißrussland in unseren Staatenbund aufgenommen werden kann.

Ist es nicht so, dass die Annäherung an Minsk das Land aus seiner engen Bindung an Russland lösen soll? Es scheint, der Europarat agiere in dieser Frage im Schlepptau der EU.

Das sehe ich nicht so. Wir brauchen auf dem Kontinent geordnete Beziehungen zwischen allen Staaten, dazu kann der Europarat als gesamteuropäische Institution einen Beitrag leisten.

Auch Weißrussland gehört dazu. Diesen Prozess sollte man zusammen mit Russland organisieren. In erster Linie aber hat der Staatenbund die Aufgabe, sich überall und damit auch in Weißrussland für freiheitlich-rechtsstaatliche Verhältnisse einzusetzen.

Schlagzeilen dürfte bei der Sitzungswoche vor allem der Streit um die Wahl des neuen Europarats-Generalsekretärs liefern. In der Gerüchteküche heißt es, die Parlamentarische Versammlung könne die Wahl tatsächlich platzen lassen - aus Protest gegen das Ministerkomitee, das den Abgeordneten als Kandidaten mit Włodzimierz Cimoszewicz (Polen) und Thorbjörn Jagland (Norwegen) nur zwei Ex-Regierungschefs und keine Parlamentarier vorschlagen will.

Nach meinem Eindruck wird es zu einem solchen Eklat nicht kommen. Das Vorgehen des Ministerkomitees ist zwar sehr ärgerlich, die Missachtung des Abgeordnetenhauses bei der Aufstellung der Bewerberliste widerspricht den ansonsten hochgehaltenen demokratischen Prinzipien des Europarats. Da ist Kritik berechtigt. Aber bei der politischen und persönlichen Statur der beiden Kandidaten sehe ich keine Probleme.

Worum geht es eigentlich? Tobt im Europarat ein Machtkampf zwischen Parlament und Ministerkomitee als diplomatischem Gremium?

Da ist auch Prinzipienreiterei mit im Spiel. Entscheidend ist doch dies: Wir benötigen an der Spitze einen Generalsekretär mit Gewicht, der den Staatenbund nach außen kraftvoll vertritt und ihm auf internationaler Ebene mehr Profil verschafft. Das Parlament hat es bislang nicht vermocht, Bewerber zu präsentieren, die diesen Anforderungen entsprechen. Ich rechne damit, dass der neue Generalsekretär Cimoszewicz oder Jagland heißen wird.

Neueste Nachrichten:

"Europarat wählt keinen neuen Generalsekretär. Demokratische Prinzipien haben über politische Ratio dominiert. Wahl jetzt Ende September.98 für Verschiebung, 90 für Wahl in dieser Woche, 6 Enthaltungen. Regierungen werden für Ihre Fehler von Parlamentariern abgestraft."

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 24.06.2009, 11:31 Uhr - 8426 Clicks - Nr. 685

Martin Klimach-Dreger ist Landtagskandidat im Wahlkreis 10

Der 53-jährige Martin Klimach-Dreger ist Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis 10, der neben der Stadt Eckernförde die Ämter Eiderkanal, Hüttener Berge und Schlei-Ostsee umfasst.

Martin Klimach-Dreger ist Betriebswirt und Leiter der Bürgerbegegnungsstätte in Eckernförde. Er ist Fraktionsvorsitzender der SPD in der Eckernförder Ratsversammlung und Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt.

In einer Delegiertenkonferenz in Groß Wittensee setzte sich Klimach-Dreger im zweiten Wahlgang gegen vier Mitbewerber durch.

Keine Kommentare

Ralf Stegner einstimmig zum Landtagskandidaten gewählt

Ralf Stegner ist Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis 12 (Rendsburg Süd). Auf einer Wahlkreiskonferenz in Nortorf erhielt Stegner das einstimmige Votum der Delegierten und viel Beifall für seine Bewerbungsrede.

Ralf Stegner ist Fraktionsvorsitzender der SPD im schleswig-holsteinischen Landtag und wurde bereits als Spitzenkandidat der SPD für die Landtagswahl im Mai 2010 nominiert. Die 90igprozentige Zustimmung der Landesparteitagsdelegierten wurde nun in Nortorf noch einmal überboten.



„Das ist auch keine Überraschung“, meinte der Kreisvorsitzende Sönke Rix. Es gebe kaum einen Spitzenpolitiker, der es schaffe, sich trotz hoher zeitlicher Belastung so um seinen Wahlkreis zu kümmern.

In seiner Rede hatte Stegner um breite Unterstützung geworben: „Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam einen Wahlkampf organisieren und durchführen, der der Bedeutung unserer SPD gerecht wird und der uns dann ein Ergebnis beschert, mit dem wir Regierungsverantwortung übernehmen können. Unsere Themen sind die richtigen! Wir kämpfen für längeres gemeinsames Lernen aller Kinder, für den Abbau von Bildungshindernissen, für einen gerechten Lohn für ordentliche Arbeit und gegen die Atomlobby.“

Weitere Informationen: <http://www.ralf-stegner.de/>

Keine Kommentare

Tovar und Günther: Lindenau-Mitarbeiter nicht im Regen stehen lassen!

„Mit großem Bedauern haben wir der heutigen Berichterstattung der Kieler Nachrichten entnommen, dass die Lindenau-Werft nach der geplatzten Übergabe des Übersee-Tankers durch German Tanker Shipping erneut vor großen finanziellen Problemen steht. Dies könnte das mögliche Aus für das bereits insolvente Unternehmen und die rund 300 Mitarbeiter bedeuten“, so Hans-Werner Tovar, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, und Katja Günther, stellv. Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion B90/Die Grünen.

Aus Sicht von Tovar und Günther muss umgehend eine konstruktive Lösung für alle Beteiligten gefunden werden. Wir appellieren in diesem Zusammenhang insbesondere an den langjährigen Geschäftspartner German Tanker Shipping, in dieser für die Lindenau-Werft kritischen Phase keine übertriebenen Ansprüche geltend zu machen. „Hier könnte der Eindruck entstehen, dass die Bremer Rederei auf Kosten eines bereits angeschlagenen Unternehmens zusätzlich Profit schlagen will“, so Tovar und Günther abschließend.

Keine Kommentare

Wodarg besuchte die Unternehmen AIRTEX und JÜRGENSEN in Sörup

Um sich selbst ein Bild von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise im Norden Schleswig-Holsteins zu machen, besuchte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg zwischen den Berliner Sitzungswochen die beiden in Sörup, Kreis Schleswig-Flensburg, ansässigen Firmen



Paustian AIRTEX und M.JÜRGENSEN und sprach dort jeweils mit Betriebsräten und Geschäftsleitung über die wirtschaftliche Lage und personelle Perspektiven.

Anlässlich seines Besuches der beiden Firmen erklärt Dr. Wolfgang Wodarg, MdB:

"Die Belegschaft bei AIRTEX ist eine erfahrene Stammbesellschaft, die sich immer wieder an die rasch wechselnden Auftragslagen ihres Betriebes anpasst und so den hohen Ansprüchen der internationalen Kundschaft gerecht werden kann. Der Betrieb bildet seinen Nachwuchs selbst aus und ist ein erfolgreicher und wichtiger Arbeitgeber in der Nordregion.

Die Firma Jürgensen ist weltbekannt für ihre hochwertigen Schleudergußprodukte. Hier werden Zylinderlaufbuchsen für Großmotoren hergestellt, die später in Schiffsdieseln, Lokomotiven oder Kraftwerken zuverlässig ihre Arbeit tun. In den letzten Jahren wurde die Produktion erweitert und modernisiert. Auch wurde erheblich mehr Personal eingestellt.

Zur Zeit ist die internationale Wirtschaftskrise wohl schon spürbar, man schafft es aber, mit Hilfe des Betriebsrates, die Produktion des Betriebes anzupassen, um sofort bei steigender Nachfrage wieder auf volle Touren kommen zu können."

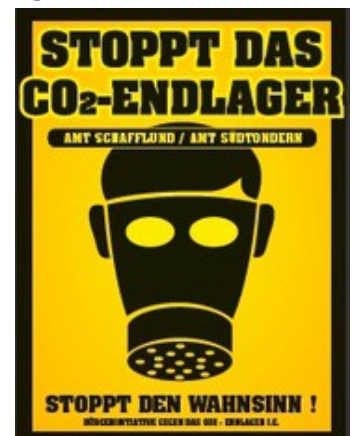
Dank an beide Betriebsräte für den Empfang und die vielen Informationen und herzliche Grüße an Belegschaft und Firmenleitung."

Keine Kommentare

Hurra, CDU zum Aufgeben gezwungen! Die Energiewende ist möglich!

Erst wollten sie das CO₂-Endlager in Schleswig-Holstein durchsetzen, dann haben sie sich von den Bürgerinitiativen zur Umkehr zwingen lassen und jetzt hoffen sie, nach der Wahl ohne SPD und Grüne ihre rückwärtsgerichtete Energiepolitik durchsetzen zu können. Da wird nichts draus! Wir kämpfen weiter für eine verantwortungsbewusste Energiewende ohne neue Kohlekraftwerke!

Als Koalitionspartner hat die SPD gegen die Endlagerung von CO₂ im Boden gekämpft, zur Verhinderung dieses Projektes hohe Hürden aufgebaut und die Beschränkung auf höchstens eine Versuchsanlage angeboten. Meiner Meinung nach war das schon zu viel Entgegenkommen von uns.



Ein klares NEIN zu neuen Kohlekraftwerken und ein JA hin zu möglichst dezentraler Energieversorgung aus regenerativen Quellen muss unser aller Ziel bleiben. Bestehende Kohlekraftwerke sollen auslaufen und so wenig wie möglich CO2 in die Luft blasen dürfen.

Heute habe ich in Straßburg mit einer Delegation aus dem Sonnenland Algerien gesprochen, die großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Deutschland im Bereich regenerative Energie bekundet hat. Ich habe vorgeschlagen, dass die Universitäten in Flensburg und in Algier zu diesem Thema Kontakt aufnehmen und ein gemeinsames Projekt zur Ausbildung von Ingenieuren und Fachkräften für Energietechnik in Angriff nehmen.

Das Echo war sehr positiv und ich werde weitere Gespräche führen und "am Ball" bleiben.

Es gibt so viel Energie, die uns jeden Tag kostenlos von der Sonne geliefert wird. Wir müssen sehr schnell aufhören, wertvolle fossile Materialien zu verschwenden.

Ich freue mich sehr, dass dieses wichtige Thema nicht zuletzt durch unsere regionale Betroffenheit ganz im Vordergrund des politischen Interesses auch bei jenen Menschen steht, die bisher noch keinen Zugang dazu fanden. Wir wollen die Energiewende - und wir schaffen das! Herzliche Grüße aus Straßburg vom Europarat!

Ihr/Euer
Wolfgang Wodarg

[Wodarg besuchte die Unternehmen AIRTEX und JÜRGENSEN in Sörup](#)

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 25.06.2009, 09:22 Uhr - 4395 Clicks - Nr. 690

Pressemitteilung der SPD – Fraktion

Gebührenbefreiung

Pressemitteilung der SPD – Fraktion

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Norderstedt wird am heutigen Donnerstag 25.6.2009 eine neue Kitasatzung beschließen.

Notwendig wurde diese neue Satzung weil der Jugendhilfeausschuss auf Antrag der SPD und der GaLin bereits im November 2008 die Herabsetzung des Verpflegungsgeldes zum 1.8.2009 von derzeit 69 € monatlich für jedes Kind auf 35 € monatlich gesenkt hat. Gleichzeitig wurde hierzu auch eine Sozialstaffel eingeführt. D.h. dass Eltern mit geringen Einkommen und Geschwisterkinder, ebenso wie bei den Kindergartengebühren, eine Ermäßigung auf die Regelkosten von 35 € monatlich erhalten.

Ebenso hat das Land Schleswig-Holstein das Kindertagesstättengesetz dahingehend geändert, dass im letzten Jahr vor Schuleintritt eines Kindes keine Gebühren für eine Betreuung von bis zu fünf Stunden am Tag zu erheben sind.

Hierüber gab es lange Diskussionen im Jugendhilfeausschuss, wie denn die Verrechnung des

Landesanteiles verwaltungstechnisch zu lösen ist und wie der Elternanteil bei einer Betreuung von über 5 Stunden zu berechnen ist.

Die SPD – Fraktion hat darüber beraten und ist zu einer politischen Entscheidung gekommen.

Sie wird in der morgigen Sitzung beantragen, dass

die Stadt Norderstedt auch für eine über 5 Stunden hinausgehende Betreuung von Kindern mit Wohnsitz in Norderstedt im letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt keine Gebühren erhebt.

Landein – und aus wird darüber diskutiert, dass die Bildung bereits im Kindergarten beginnt und alle Kinder mitgenommen werden müssen. Hier ist eine besondere Anstrengung zu unternehmen, gerade auch die Kinder aus einkommensarmen Familien, diese Teilnahme zu ermöglichen. Eine gebührenfreie Betreuung und Förderung von nur 5 Stunden aus finanzieller Sicht ist ein sehr fauler Kompromiss des Landes. Politisches Ziel muss es sein – mittelfristig den Kindergartenbesuch der Kinder, für die Eltern kostenfrei zu halten. Die SPD hofft auf eine breite Zustimmung ihres Antrages am 25.6. im Jugendhilfeausschuss. Sybille Hahn Tel. 524 22 30

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 25.06.2009, 12:33 Uhr - 3771 Clicks - Nr. 691

Auszeichnung der Fachhochschule Kiel für Mobilitätsförderung – Gratulation!

Die Fachhochschule Kiel erhält für ihr Engagement bei der Förderung der Mobilität ihrer Studierenden im Rahmen des Erasmus-Programms der EU erneut das Europäische Qualitätssiegel. Gleichzeitig hat die EU-Kommission entschieden, das Förderprogramm für Hochschulen „Erasmus-Mundus II“ von bisher 230 Mio. Euro auf 950 Mio. Euro bis 2013 aufzustocken. Dazu erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer:

Wir gratulieren der Fachhochschule Kiel zu dieser Auszeichnung. Die Mobilität von Studierenden und Lehrenden wird gerade vor dem Hintergrund der sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise immer wichtiger, um sich auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu qualifizieren. Die Entscheidung der Europäischen Kommission, das Förderprogramm weiter aufzustocken, enthält große Chancen für Schleswig-Holstein, denn der Fördertopf gehört zu den attraktivsten Unterstützungsmaßnahmen unseres Landes. 2007 rangierten die Studierenden der CAU Kiel hinsichtlich ihrer Mobilität auf Platz 23 von 280 deutschen Hochschulen. Auch als Entsendeland bei der Dozentenmobilität erreichte die Universität Kiel Platz 27 von 280 Hochschulen. 2008 erhielten die schleswig-holsteinischen Universitäten 807.023,00 Euro. Diese Summe ist steigerungsfähig.

Mit dem neuen Erasmus-Mundus-Programm werden Studierende, Doktoranden und DozentInnen gefördert, die bis zu zwei Jahre in einem speziellen Erasmus-Studiengang studieren, lehren oder forschen wollen. Schleswig-Holsteins Akademiker sind offensichtlich mobil, die Aufstockung des Programms bietet nun den Hochschulen eine erneute und größere Chance für wissenschaftlichen Austausch in Europa. Rund 77 Prozent der Studierenden, die ein Auslandssemester absolvieren, kommen von Universitäten, die größte Gruppe, 21 Prozent, studieren betriebswirtschaftliche Fächer. Gefördert werden gemeinsame Master- und Promotionsprogramme, Kooperationen zwischen Hochschuleinrichtungen sowie Projekte zur

Verbesserung des europäischen Hochschulraumes. Dazu gehört auch die gegenseitige Anerkennung von Studienleistungen und Qualifikationen.

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 25.06.2009, 13:08 Uhr - 13323 Clicks - Nr. 692

Sozialdemokratische Frauen zu Besuch bei pro familia

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen war im Rahmen ihrer monatlichen Treffen zu Besuch in den neuen Räumen der Beratungsstelle pro familia. Seit Anfang des Jahres arbeitet die für „Schwangerschaft, Sexualität und Partnerschaft“ zuständige Beratungsstelle in den neuen Räumen am Berliner Platz 1. Stolz präsentierte die Leiterin Kathrin Wohlthat den Frauen die hellen zentral gelegenen Büros und Sprechzimmer.



„Wir können jetzt viel ungestörter und diskreter mit den Menschen sprechen. Das schafft eine weitaus größere Vertrauensbasis“, so die Leiterin.

Die Beratungsstelle hilft in erster Linie schwangeren Frauen bei der Entscheidung für oder gegen ein Kind. Dies betrifft im Jahr auch ungefähr 20 bis 30 Teenager, obwohl die Pille und auch die Pille danach bis zum zwanzigsten Lebensjahr von den Krankenkassen bezahlt werden.

„Man hat den Eindruck, dass gerade im Medienzeitalter die grundlegende Aufklärung fehlt und Gefühle oftmals auf der Strecke bleiben“, fasste die AsF-Vorsitzende Birgit Herdejürgen als Gesprächsfazit zusammen. Damit die sexuelle Aufklärung bei den Jugendlichen wieder besser klappt, bietet die Beratungsstelle kostenpflichtige Informationstage für die Schulen an.

„Leider hat sich der Steinburger Kreistag, gegen die Stimmen der SPD, entschlossen die Zuschüsse für diese sinnvolle Einrichtung komplett zu streichen. Und das, obwohl in diesem Bereich eigentlich viel zu wenig getan wird, bedenkt man, dass der Kreis keine Beratungsstelle für Gewalt und Missbrauch vorhält“, kritisiert Herdejürgen. Abschließend sicherte die Steinburger AsF der Beratungsstelle weiterhin ihre Unterstützung zu.

Das Bild zeigt die AsF-Mitglieder mit Kathrin Wohlthat (3. von rechts)

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 25.06.2009, 13:48 Uhr - 56780 Clicks - Nr. 693

Geschenke für die Reichen auf Kosten der Armen

Zur Debatte in der CDU um die Erhöhung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes erklärt der SPD-Landesvorsitzende Dr. Ralf Stegner:

„Die Steuergeschenke, die die Union verspricht und von denen eher Gutverdiener profitieren, müssen ja irgendwie finanziert werden. Wenn dies über eine Erhöhung des ermäßigten

Mehrwertsteuersatzes für Grundbedürfnisse geschieht, trifft es in erster Linie Menschen, die ein geringes Einkommen haben, und Familien, denn der ermäßigte Mehrwertsteuersatz gilt für Lebensmittel und für viele Produkte für Kinder.

Eine solche Debatte in der CDU ist entlarvend: Sie verspricht den Reichen Geschenke auf Kosten der Armen. Wer soziale Gerechtigkeit will, muss sich an die SPD halten."

Kommentar von [Winkler](#) vom 30.06.2009, 18:33 Uhr:

RE: Geschenke für die Reichen auf Kosten der Armen

Die SPD in Neumünster macht Geschenke an "die Reichen" auf Kosten der Armen! Mit ihrer Zustimmung zum Gerischpark im Schwaletal fallen für die Stadt jährlich mindestens 170.000 Euro an Unterhaltskosten für die Wege an. Diese Entscheidung wird trotz desolater Haushaltslage und wirtschaftlicher Rezession getroffen. Zur Frage an welcher Stelle diese Summe eingespart werden soll erhält man auch von der SPD keine Antwort. Stellenabbau im Rathaus und damit Vernichtung von Arbeitsplätzen? Kürzung von Mitteln zur Sanierung maroder Schulen? Schließung von sinnvollen Einrichtungen wie z. B. das RUN (regionale Umweltzentrum in Neumünster)? Keine oder nicht ausreichende Unterstützung der Tafel? Die Linken reiben sich schon jetzt die Hände - zu recht!

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.06.2009, 14:10 Uhr - 8450 Clicks - Nr. 694

Wir wollen wissen wo der Schuh drückt!

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF) und die Jusos wollen die Situation für alleinerziehende SGB-II Empfängerinnen und Empfänger verbessern. In einer Pressekonferenz stellten sie heute zusammen mit dem SPD-Kreisvorsitzenden Helmut Trost, dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Wodarg und der Landtagsabgeordneten Ingrid Franzen eine Befragungsaktion vor.



Auf der Grundlage der ermittelten Informationen wollen sie die Kinderbetreuungssituation und die wirtschaftliche Situation der Betroffenen verbessern.

Die AsF-Vorsitzende Barbara Philpsen erläuterte das Vorhaben: "Anfang des Jahres haben sich die AsF und die Jusos während eines zweitägigen Workshops über die Situation von Menschen im SGB II-Bezug (Hartz IV) informiert. Ausgangspunkt waren weit verbreitete falsche Legendenbildungen über die Lebenssituation dieser Menschen. Die Fakten sind anders. AsF und Jusos haben sich je einen Themenbereich ausgesucht, den sie vorrangig angehen wollen - die Situation Alleinerziehender im Hartz IV-Bezug und die der unter 25jährigen. Es wurde ein Fragebogen entwickelt, durch den wir ermitteln wollen, wo es speziell in Flensburg hakt. Wir können nur dann etwas verändern, wenn wir wissen, was genau wir verändern müssen, um den Betroffenen zu helfen, aus der Hartz IV-Falle herauszukommen."

Am Samstag, dem **4. Juli 2009, beginnt ab 10.00 Uhr** die Befragungsaktion an der **Holmnixe**. "Dann wollen wir mit den Betroffenen über ihre Situation sprechen, wollen die Erfahrungen der Mütter und Väter kennenlernen und zur Grundlage unseres politischen Handelns machen", so der Kreisvorsitzende Helmut Trost.

--

Unser Bild zeigt von links Barbara Philipsen (AsF-Vorsitzende), Dirk Janßen (Jusos) und Edith Berg (stv. AsF-Vorsitzende).

Kommentar von [Dr. jur. von Campe](#) vom 28.06.2009, 19:01 Uhr:

RE: Wir wollen wissen wo der Schuh drückt!

1. Ich sage : weg mit der ARGE, auch in Flensburg. Deren einzige Aufgabe besteht darin, Menschen unter Druck zu setzen. Die haben keine Jobs, welche sie vermitteln können. Siehe auch : Institut des Katholiken Breuning. 2. Neben der Politik habe ich noch einige andere "Hobbys". Dazu gehört eine Neben-Beschäftigung bei einem Anwalt und beim DRK. Täglich kommen neue "bemerkenswerte Schreiben" der ARGE auf den Tisch. So werden Schwangere aus "zwingenden Gründen" vorgeladen, obwohl ärztliche Bescheinigung vorliegt über Arbeitsverbot. Nur mal als Beispiel. So werden Mieter vorgeladen, nachdem sie ausgezogen sind, die letzte Miete wegen offenkundiger Fehler in der Nebenkostenabrechnung auf ein Sparkonto legen, um sich von der ARGE den "Kopf waschen zu lassen", sich Vorträge über Moral / Gesetze anzuhören, die an der Realität vorbei gehen (diese Vorträge). 3. Reden wir mal "kurz und schmerzlos" über schwangere Frauen, sind ja Frauen :)) Auch von Seiten des Gesetzgeber ist gewollt, daß Frauen Kinder bekommen, daher hat der Gesetzgeber entsprechende Gesetze erlassen. Richtig ? So, dann brauchen wir uns doch nur noch daran halten. Oder ? Ist aber nicht so. Zumindest werden von Seiten der Behörden regelmäßig den Schwangeren Steine in den Weg geworfen. Jede Schwangerschaft verläuft anders. Manche laufen glatt durch. Dann gilt das gesetzliche Arbeitsverbot eben "erst" ab kurz vor der Geburt des Kindes. Welcher Arbeitgeber aber stellt eine Frau ein, die im 4ten, 5ten, 6ten oder 7ten Monat ist ?????? Der Druck der ARGE, und das ist tägliche Realität auch in Flensburg, wird auf diese Frauen ausgeübt. Bewerbungen müssen geschrieben werden bis zum letzten Tag. Das Gnadenlos. Insbesondere Hemmungslos. 4. Daher sage ich : weg mit der ARGE, weg mit der Arbeitsagentur. Weg mit dieser staatlichen "Geheimpolizei", die sich ja sogar darin gefiel, eigene Agenten zu beschäftigen. Geld auszahlen kann auch das Finanzamt. In Arbeit vermitteln sollen die, die ihr Handwerk verstehen und eben nicht "Verwalter".

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 25.06.2009, 16:53 Uhr - 5979 Clicks - Nr. 695

Schwebefähre in den Sommerferien außer Betrieb!

Fast hundert Jahre hat sie nun auf dem Buckel, die Osterrönnfelder Schwebefähre. Täglich setzen hunderte Fußgänger, Fahrradfahrer und Autofahrer mit der Fähre zwischen Rendsburg und Osterrönnfeld über den Nord-Ostsee-Kanal.

Die dauernde Belastung der "Alten Ladie" nimmt das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) nun zum Anlass, in den Sommerferien die Schwebefähre auf Herz und Niere zu prüfen. Vom 20. Juli an wird die Schwebefähre außer Betrieb sein und nach fünfwöchiger Pause wieder den regulierten Verkehr aufnehmen.

Wie das Wasser- und Schifffahrtsamt mitteilte, muss währenddessen auf den Fußgänger- bzw. Autotunnel oder die Fähre Nobiskrug ausgewichen werden. Einen Fähr- bzw. Busersatzverkehr wird es nicht geben, so das WSA. Dies hatten die Osterrönnfelder bereits bei vorangegangenen



Ausfällen der Schwebefähre gefordert, letztlich ohne Erfolg. Vor allem für die vielen Schüler und Pendler, die täglich nach Rendsburg müssen, ist dies eine Belastung.

Da die angekündigten Wartungsarbeiten jetzt aber in den Ferien stattfinden, bleibt zu hoffen, dass es zu keinerlei Problemen kommen wird. Allerdings wird dies auch kein Trost sein für alle Radfahrer und Fußgänger, die dennoch auf die andere Kanalseite müssen. Von den Touristen, die extra wegen der Schwebefähre nach Osterrönnfeld kommen, ganz zu schweigen.

Letztlich ist die Wartungsphase aber auch eine Chance, dass die Schwebefähre nicht ungewollt zum Erliegen kommt und außerhalb der Ferienzeit zu größeren Belastungen für die Osterrönnfelder wird.

--

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 25.06.2009, 17:00 Uhr - 60670 Clicks - Nr. 696

Erfolg der Juso-Hochschulgruppe bei den Wahlen an der CAU

Zum Erfolg der Juso-Hochschulgruppe bei den diesjährigen Uni-Wahlen an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel erklärt der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner:

"Ich gratuliere den Jusos an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ganz herzlich zu ihrem Erfolg bei den Uni-Wahlen. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass es bei den Studierenden eine linke Mehrheit gibt und eine wachsende Zustimmung für sozialdemokratische Werte und Politik.

Die Arbeit der Juso-Hochschulgruppe ist an dem Ziel der Chancengleichheit ausgerichtet. Sie will mit ihrer Politik jedem Menschen, unabhängig vom jeweiligen Einkommen, ein Studium ermöglichen.

Auch wir als SPD unterstützen diese Ziele, dazu gehört auch weiterhin die deutliche Ablehnung von Studiengebühren sowie eine Hochschulpolitik, die faire Studienbedingungen ermöglicht."

Links

[Juso Hochschulgruppe, Uni Kiel](#)

Kommentar von [Günther](#) vom 26.06.2009, 09:12 Uhr:

RE: Erfolg der Juso-Hochschulgruppe bei den Wahlen an der CA

Sehr gut! Nur müssen solche Erfolge der SPD und der Jusos auch in den Tageszeitungen veröffentlicht werden, damit wir bei der anstehenden Bundestagswahl vielleicht etwas Rückenwind für unsere Partei in unserer Region bekommen.

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.06.2009, 18:15 Uhr - 2441 Clicks - Nr. 697

Konjunkturprogramm: Neue Förderzusagen für Flensburg

Das Kieler Innenministerium hat, wie der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost berichtet, weitere Förderzusagen für Flensburg gegeben. Laut Trost hat das Innenministerium am heutigen Donnerstag (25. Juni) landesweit insgesamt 45,3 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II für kommunale Investitionen in den Städtebau frei gegeben. Die Mittel stehen für insgesamt 140 Projekte von Kreisen, Städten, Ämtern und Gemeinden zur



Verfügung.

Das Förderprogramm ist völlig überzeichnet. Die Summe der Projekte, die hätten gefördert werden können, überstieg die Summe der zu vergebenden Mittel um mehr als das Zweieinhalbfache. Deshalb habe, so Trost, eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern des Innenministeriums und der Kommunalen Landesverbände einen Schlüssel zur Verteilung der Gelder erarbeitet. Danach fließen von den 45,3 Millionen Euro, die Schleswig-Holstein aus dem Konjunkturpaket II für die Förderung des Städtebaus bekommen hat, 9,2 Millionen Euro in so genannte Leuchtturmprojekte, 8,1 Millionen Euro stehen für Projekte in Städtebauförderungsgebieten zur Verfügung, 26,5 Millionen Euro werden anteilig nach der Bevölkerung auf die Kreise und kreisfreien Städte verteilt (Kreiskontingente) und 1,4 Millionen Euro dienen als Reserve, falls Projekte doch ein wenig teurer werden sollten als zunächst berechnet.

Nach den bis jetzt vorliegenden Informationen wird in Flensburg die Erweiterung des Skaterparks am Schlachthofgelände mit 250.000 Euro gefördert. Für den Sportplatz Westerallee gibt es 300.000 Euro. Zu den sogenannten Leuchtturmprojekten, von denen es landesweit nur fünf gibt, gehören die Flensburger Museen (Sauermannhaus, Aufzug Christiansenhaus). Hier bekommt die Stadt Förderzusagen über insgesamt 1,95 Millionen Euro.

Über die Förderfähigkeit weiterer Flensburger Vorhaben liegen zur Zeit noch keine Informationen vor.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 25.06.2009, 20:15 Uhr - 7569 Clicks - Nr. 698

Regio-Kliniken – SPD fordert Bürgerentscheid

Über die Zukunft der Regio-Kliniken darf nicht an den Menschen vorbei entschieden werden, fordert Hannes Birke

Die Entscheidung des Kreistages mit der Mehrheit von CDU und FDP Anteile der im Besitz des Kreises befindlichen Regio-Klinken zu verkaufen „nimmt die SPD“ nicht hin. Sie fordert einen Bürgerentscheid über die Zukunft der Kliniken.

Der Kreistag hat durch Beschluss die Möglichkeit, über wichtige Selbstverwaltungsaufgaben die Bürger und Bürgerinnen selbst entscheiden zu lassen. Diesen Beschluss will die SPD durch einen entsprechenden Antrag auf der Kreistagssitzung am 15. Juli herbeiführen.

Die zukünftige Krankenhausversorgung im Kreis ist für die SPD von zentraler Bedeutung. Sie kann nicht an den Menschen vorbei, unter Ausschluss der Öffentlichkeit dem Landrat mit seinen offensichtlichen Privatisierungsabsichten überlassen werden, so SPD Fraktionsvorsitzender Hannes Birke.

Für die SPD sollen die Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden, ob die Kliniken weiter in kommunaler Verantwortung geführt werden oder ob der Kreis durch Verkauf von 74,9 % seiner Anteile den Einfluss auf die medizinische Krankenhausversorgung praktisch verliert.

Den Bürgerentscheid muss der Kreistag mit einer Zweidrittelmehrheit beschließen. Auch wenn

diese Hürde hoch ist fordert Birke CDU und FDP auf, sich mit ihrem Konzept dem Votum der Bürgerinnen und Bürgern zu stellen. „Wer von seinem Konzept überzeugt ist“ –so der SPD-Fraktionschef- „braucht keine Angst vor einem Bürgervotum zu haben“.

Außerdem erinnert Birke die CDU und FDP daran, dass Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene politisch gewollt sind. Wenn mehr Bürgerbeteiligung nicht zu Sonntagsreden verkommen soll, dann seien die beiden Fraktionen gefordert die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen Wahltagen an Entscheidungen zu beteiligen, die unmittelbar auf ihren Alltag Auswirkungen haben.

Der Bürgerentscheid könnte für Birke zeitgleich mit der Bundestagswahl am 27. September stattfinden. Damit wäre für ihn sichergestellt, dass es ein breites Bürgervotum für die Zukunft der Kliniken geben würde.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 26.06.2009, 11:23 Uhr - 10076 Clicks - Nr. 699

Auf Günter Neugebauer folgt Dr. Kai Dolgner

Dr. Kai Dolgner kandidiert für die SPD im Wahlkreis 11 (Rendsburg). Auf einer Mitgliederversammlung in Jevenstedt setzte sich der 39jährige mit 65 von 77 abgegeben Stimmen deutlich gegen seinen Mitbewerber Guido Schröder aus Bovenau durch. Dr. Kai Dolgner ist Leiter des Centrums für Materialanalytik der Universität. Er ist seit 1994 Kreistagsabgeordneter und seit der letzten Kommunalwahl Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Außerdem vertritt er die SPD Rendsburg-Eckernförde im Landesparteirat seiner Partei.



Kai Dolgner wird damit Nachfolger von Günter Neugebauer, der erst kürzlich für 30 Jahre Mitgliedschaft im schleswig-holsteinischen Landtag geehrt wurde und der den Wahlkreis acht Mal direkt gewinnen konnte.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 26.06.2009, 12:57 Uhr - 7554 Clicks - Nr. 700

Neugebauer aktuell aus Kiel: Kleine Konjunkturspritze für Rendsburg

Die Stadt Rendsburg erhält 107.500 Euro aus dem Konjunkturpaket II für kommunale Investitionen in den Städtebau (Zukunftsinvestitionsgesetz). Dies teilt der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer mit.

Diese Mittel sind für den Rundweg Grüne Mitte in Mastbrook bestimmt, der befestigt und mit entsprechender Beleuchtung versehen werden soll.

Das Innenministerium hat am Donnerstag, 25.06.09, für Projekte in Städtebauförderungsgebieten insgesamt 45,3 Millionen Euro frei gegeben. Die Mittel stehen für 140 Projekte von Kreisen, Städten, Ämtern und Gemeinden zur Verfügung.

„Damit wollen wir einerseits die Konjunktur beleben, denn Bau- und Handwerksbetriebe können die Aufträge gut gebrauchen. Andererseits tragen sie dazu bei, die städtebaulichen Aufgaben der Zukunft noch besser zu bewältigen“, so Neugebauer.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 26.06.2009, 13:26 Uhr - 6681 Clicks - Nr. 701

Wir brauchen keine Brücke über den Fehmarnbelt

Die Vorstellung, dass im Jahr 2020 ein Strom von LKWs über eine Fehmarnbeltbrücke brummt, ist angesichts ökologischer Notwendigkeiten ein Alptraum. Die feste Fehmarnbeltquerung ist für Menschen und Tiere an der Strecke eine große Belastung und würde wichtiges Kapital binden, welches für effizientere Projekte dringend erforderlich ist.



Der deutsche Bundestag hat am 18. Juni beschlossen, dass sich unser Land an dem Bauprojekt der sogenannten "festen Fehmarnbeltquerung" beteiligen wird. Die Parlamentarier ratifizierten mit großer Mehrheit den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark, der den Bau einer 19 km langen Brücke vorsieht, die auf 70 Betonpfeilern lasten soll.

Nicht wenige Gründe sprechen aber gegen die Annahme des Projektes, weshalb ich mit einigen Anderen aus unserer Fraktion dagegen gestimmt habe.

So wurde den Abgeordneten keine endgültige Kostenplanung vorgelegt und auch der Bundesrechnungshof erklärte, dass nicht alle notwendigen Kosteninformationen vorliegen, die eine ausreichende Entscheidungsgrundlage darstellen könnten. Die Dringlichkeit der Abstimmung wurde von der Bundesregierung damit begründet, dass der Vertragspartner Dänemark bereits eine parlamentarische Entscheidung getroffen habe und man sich deshalb in Deutschland keine Verzögerung leisten könne. Dies ist aber nicht richtig: In Kopenhagen wurde bisher lediglich ein Planungsgesetz verabschiedet - das Baugesetz wird erst dann vorgelegt werden, wenn alle Fakten und Zahlen bekannt sind. Der deutsche Bundestag aber soll nur ein Mal entscheiden und dann keine Nachbesserungsmöglichkeiten mehr haben.

Der Staatsvertrag verpflichtet Deutschland, die Hinterlandanbindung mit kalkulierten Gesamtkosten von 840 Mio. Euro zu bauen. Allerdings geht der Rechnungshof davon aus, dass diese Zahl unrealistisch ist und sich das Projekt um mindestens 60 Prozent verteuern wird.

Aber nicht nur der Kostenfaktor lässt die feste Fehmarnbeltquerung zweifelhaft erscheinen. Derzeit verkehrt über den Belt eine Art "mobile Brücke", also Fähren, die im 30-Minuten-Takt ablegen und die nur zu 40 Prozent ausgelastet sind. Selbst wenn sich der Verkehr von den

aktuellen 6000 Fahrzeugen in den kommenden 15 Jahren - so behaupten einige Prognosen - tatsächlich auf etwa 10.500 erhöhen sollte, hätten die Fähren immer noch genügend Kapazitäten, um der Nachfrage gerecht zu werden.

Eine feste Beltquerung würde in diesem Bereich circa 600 Arbeitsplätze gefährden. Aber auch der Umwelt zuliebe sollte man auf den Bau verzichten. Bisher kann niemand voraussagen, wie sich das riesige Bauwerk auf das Ökosystem Ostsee, zum Beispiel auf die letzten knapp 1000 Schweinswale auswirken könnte, die im Fehmarnbelt ihre Kinderstube haben.

Auch die Gefahren für den Schiffsverkehr und seine Sicherheit dürften um ein Vielfaches steigen; wenn man bedenkt, dass ein Großteil der Schiffe, die hier verkehren, Einhüllentanker sind, die Öl aus Kaliningrad transportieren, kann man sich die möglichen Umweltkatastrophen an den Ostseestränden leicht ausmalen.

Hinzu kommt, dass die jetzt beschlossene feste Fehmarnbeltquerung negative Folgen für den Norden Schleswig-Holsteins und den Süden Dänemarks haben wird. Diese Region wird noch weiter von den Verkehrs- und Personenströmen auf der Nord-Süd-Achse abgeschnitten werden. Gerade der Wirtschaftsraum Flensburg-Schleswig würde als Standort für Unternehmen an Attraktivität verlieren und die schon jetzt prekäre Lage auf dem Arbeitsmarkt würde sich notgedrungenerweise verschlechtern.

Für das nördliche Schleswig-Holstein und das dänische Festland sind ganz andere Projekte wichtig.

Notwendig ist in erster Linie der durchgehende Ausbau der bestehenden festen Eisenbahnverbindung zwischen Hamburg und Kopenhagen. Diese muss an Land überall mindestens dreigleisig und voll elektrifiziert sein; nur so wird es möglich, einen großen Teil des Güterverkehrs auf der Nord-Süd-Trasse tatsächlich auf die Schiene zu bringen. Das ist ökologisch und bald auch volkswirtschaftlich zwingend erforderlich.

Wir könnten in einer Stunde von Flensburg nach Hamburg fahren, wenn in diesem Rahmen endlich die schon längst überfällige Untertunnelung des Nord-Ost-See-Kanals in Angriff genommen wird. Jeder, der die Strecke auch nur einmal gefahren ist, weiß, dass die marode Eisenbahnbrücke eine permanente Baustelle und, wegen der Statik, nur begrenzt belastbar ist und damit ein Nadelöhr darstellt.

Die Vorstellung, dass im Jahr 2020 ein Strom von LKWs über eine Fehmarnbeltbrücke brummt, ist angesichts ökologischer Alternativen ein Alptraum. Die feste Fehmarnbeltquerung ist verkehrs-, umwelt- und finanzpolitisch eine große Belastung. Sie würde wichtiges Kapital binden, welches für nachhaltigere Projekte dringend benötigt wird.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 26.06.2009, 14:42 Uhr - 3563 Clicks - Nr. 702

Stellungnahme der SPD-Fraktion

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Vorwurf des OB Grote:
„Verbale Entgleisung der SPD“.

Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Vorwurf des OB Grote:

„Verbale Entgleisung der SPD“.

OB Grote scheint bei seinen nicht nachvollziehbaren Vorwürfen gegen die SPD wieder einmal der Überblick verloren gegangen zu sein.

Es war die SPD, die den Vorschlag Grotes einer 3 Mio. € Kreditaufnahme für eine Erlebnisgastronomie am Stadtpark mit der Begründung abgelehnt hat, dass dieses Finanzierungskonstrukt zu riskant in der heutigen Wirtschafts- und Finanzsituation ist.

Auch wenn der Investor, wie von Grote versprochen, alle Verpflichtungen des Kredites übernommen hätte, und damit nach Grotes Argumentation die Kosten in Höhe von 3 Mio. € für die Stadt nicht entstanden wären, war der SPD das Risiko zu groß.

Der Vorwurf Herrn Grotes, die SPD könne getroffene Entscheidungen nicht kritisch hinterfragen, ist es eine bewusste Verdrehung der Tatsachen.

Wenn Herr Grote jetzt diese vor kurzem noch von ihm geforderte städtische Investition als „unverantwortlich“ bezeichnet, muss die Frage gestattet sein, ob sein Handeln vor vier Wochen nicht unverantwortlich war?

Völlig unverständlich in diesem Zusammenhang ist sein Antrag, statt einer „Erlebnisgastronomie“ (Kosten 3 Mio. €), jetzt für 2,4 Mio. € einen Anbau für das Kulturwerk zu erstellen, wobei die Kosten zu 100% von der Stadt bzw. einer städtischen Gesellschaft zu tragen sind.

Wie hier die von Grote genannten wesentlichen Ersparnisse für die Stadt entstehen sollen, bleibt sein Geheimnis.

Im Gegensatz zu OB Grote diskutiert und hinterfragt die SPD vor einer Entscheidung die Problematik.

Herr Grote scheint sich erst immer nach einer Entscheidung mit den möglichen Problemen zu befassen.

Dieses ist auch ein Grund für seine permanent wechselnden Aussagen und Versprechungen den Bürgern und Parteien gegenüber.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Lange

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Norderstedt

Kommentar von [Martin Preuschhof](#) vom 28.06.2009, 11:53 Uhr:

RE: Stellungnahme der SPD-Fraktion

Tja, statt sich um die Führung der Verwaltung zu kümmern, was seine eigentlich seine Aufgabe wäre, interessiert Hr. Grote nur die politischen Vorgaben und Ziele in Norderstedt. Da haben wir also keinen Oberbürgermeister sondern viel mehr eine Oberstadtvertreter Grote. Was das für die Führung der Stadtverwaltung bedeutet ist ja hinlänglich bekannt. Wann kümmert sich Hr. Grote eigentlich endlich wieder um die Verwaltung statt der Stadtvertretung die Arbeit streitig machen zu wollen. Offenbar fehlen der CDU und der FDP die Zielvorgabe. Also wird Norderstedt wohl weiter unter dem Oberstadtvertreter Grote (sorry aber für mich ist er kein Oberbürgermeister - dagegen spricht der Mangel an Verwaltungsführung) leiden. Zornige Grüße, Martin Preuschhof.

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 26.06.2009, 16:02 Uhr - 10847 Clicks - Nr. 703

Thießen begrüßt Anerkennung des Wattenmeers zum Welterbe

Das UNESCO-Welterbekomitee hat das deutsch-niederländische Wattenmeer in seine Liste des Kultur- und Naturerbes aufgenommen. Das Komitee würdigte das Wattenmeer „als eines der größten küstennahen und gezeitenabhängigen Feuchtgebiete der Erde“.

Jörn Thießen freut sich über die hohe Auszeichnung für seinen Wahlkreis, zu dem Teile des Wattenmeers vor der Dithmarscher Nordseeküste zählen: „Das Wattenmeer ist einzigartig. Nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Familien, Touristen und Schulklassen sind fasziniert von diesem Naturphänomen.“ An kaum einem anderen Ort hätte man die Möglichkeit, die Kräfte der Natur und das Leben in einer der letzten ursprünglichen Naturlandschaften so genau zu beobachten und zu erleben wie im Wattenmeer.

Das Wattenmeer ist Lebensraum für Robben und Seehunde, Vögel, Fische, Muscheln, Krabben und Krebse, insgesamt rund 10.000 Tier- und Pflanzenarten. Das Gebiet umfasst eine Fläche von mehr als 9500 Quadratkilometern. Fast die Hälfte davon liegt in Schleswig-Holstein. Seit Anfang der 90er Jahre wurde über eine Anerkennung des Wattenmeers als Weltnaturerbe diskutiert.

„Die UNESCO stellt mit ihrer Entscheidung sicher, dass das Interesse zukünftiger Generationen am Erhalt des Wattenmeers bewahrt bleibt“, so Thießen. Zusätzlich erhofft sich Thießen positive Auswirkungen auf den Tourismus in der Region: „Das Wattenmeer genießt heute weltweite Aufmerksamkeit. Anstatt zum Great Barrier Reef oder zum Grand Canyon zu fahren entscheiden sich vielleicht künftig mehr Menschen, Dithmarschen und seiner einmaligen Wattlandschaft einen Besuch abzustatten.“

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 26.06.2009, 16:31 Uhr - 11849 Clicks - Nr. 704

Deutschland ratifiziert Übereinkommen zum Verbot von Streumunition

Streumunition ist eine der gefährlichsten Waffen der Welt. Insgesamt sind 95 Prozent der Opfer Zivilisten. Eine Verbreitung von Streumunition muss verhindert und bestehende Munition vernichtet werden. Auch die Bundesrepublik hat nun das Oslo-Übereinkommen zum Verbot von Streumunitionen ratifiziert. Deutschland und Norwegen hatten gemeinsam nach Berlin eingeladen, um die Vernichtung der Bestände von Streumunition voranzubringen.

Jörn Thießen begrüßt die Ergebnisse der Konferenz. „Deutschland setzt sich entschieden für ein weltweites Verbot von Streumunition ein“, betont der Abgeordnete. Auch Schleswig-Holstein leistet einen wichtigen Beitrag: „In Kiebitzreihe und Elmshorn produzieren mittelständische Unternehmen Anlagen zur Vernichtung der hochexplosiven Granaten“, ergänzt Thießen.

Im Dezember vergangenen Jahres wurde das Oslo-Übereinkommen über das Verbot von Streumunition gezeichnet und inzwischen von 98 Staaten unterschrieben. Allerdings müssen, darauf weist Thießen hin, mindestens 30 Staaten das Abkommen ratifiziert haben, damit es in Kraft tritt: „Deutschland ist erst der elfte Staat, der den Ratifikationsprozess beendet hat. Wir müssen uns gemeinsam mit unseren europäischen Partner dafür einsetzen, dass sich noch mehr Unterstützer für dieses Verbot finden“.

Bis 2015 sollen auch die deutschen Bestände vollständig vernichtet sein. „Mehr als 400.000 Streubomben-Behälter mit mehr als 50 Millionen als „Bomblets“ bezeichnete Minibomben – eine nicht zu unterschätzende Bedrohung“, verweist Thießen warnend auf die Zahlen vom Verteidigungsministerium. Bereits seit 2001 wird in Deutschland in größerem Maße abgerüstet. Die Bundesregierung stellt außerdem zwei Millionen Euro für die Entfernung von Streumunition in anderen Ländern und Hilfe für die Opfer bereit.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburger Mitte](#) - veröffentlicht am 27.06.2009, 00:26 Uhr - 2683 Clicks - Nr. 705

**Öffentliche Informationsveranstaltung zum "Masterplan Flensburger-Hafen".
Am Dienstag, den 07. Juli werden die Ergebnisse von 2. Workshops, der
Bürgerbefragung und einer Planungswerkstatt mit Kindern und Jugendlichen
öffentlich vorgestellt.**

Hierzu lädt der Fachbereich Umwelt und Planen alle Bürgerinnen und Bürger ab 19:00 Uhr in den Europaraum des Rathauses ein.

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 27.06.2009, 13:53 Uhr - 10883 Clicks - Nr. 706

Wahlkampfauftakt in Marne mit Jörn Thießen

„Rettet die Welt – vor Schwarz-Gelb“. Mit diesem Aufruf startete Jörn Thießen beim Wahlkampfauftakt in Marne seinen Wahlkampf. Auch wenn die heiße Phase erst am 30. August beginnt und bis zum 26. September dauert, so gilt es doch schon jetzt, die Getreuen um sich zu scharen und auf den Wahlkampf einzustimmen. Jörn stellte seine Strategie vor und war sich sicher, dass die Menschen durch das schlechte Abschneiden der SPD bei der Europawahl aufgerüttelt worden sind.

„Bildung – Arbeit – Energieversorgung“ sind die drei Hauptthemen, mit denen sich der Wahlkämpfer auseinander zu setzen hat. Da der Wahlkampf ein Lagerwahlkampf werden wird, ist es für den Wähler leichter, die unterschiedlichen Programmansätze zu vergleichen und herauszufinden, dass die SPD für den fortschrittlicheren Bereich steht. Seiner Meinung nach will die Bevölkerung die SPD nicht so weit unten sehen.

Ab dem 05. August steht Jörn bis zum September den Dithmarscher Ortsvereinen zur Verfügung. Sein zentrales Wahlkampfbüro befindet sich in Itzehoe und wird von sieben Personen betreut. Gleichzeitig werden „3 Engel für Jörn“ Hausbesuche durchführen und für ihn Werbung machen. Alle weißen Flecken werden mit Pappplakaten ausgestattet, damit er zumindest optisch immer präsent ist.

„Lasst uns nicht kleinreden, wir können kämpfen“, so schloss Jörn seinen engagierten Sachvortrag und ermunterte die Anwesenden für einen erfolgreichen Wahlkampf.

Keine Kommentare



[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 28.06.2009, 14:20 Uhr - 7929 Clicks - Nr. 707

**Auch nach der Bundestagswahl darf es kein CCS-Gesetz geben!
Der SPD-Kreisverband Nordfriesland bleibt bei seiner Forderung: Kein CCS-Gesetz -
Keine CO2-Einlagerung in Schleswig-Holstein!**

Auch wenn das umstrittene CCS-Gesetz vor der Bundestagswahl nicht mehr zur Verabschiedung kommt, ist es noch lange nicht gänzlich vom Tisch.

Wir können deshalb weiterhin nur von einem Teilerfolg sprechen.

Dieser Teilerfolg wurde letztendlich durch den öffentlichen Druck der Bürgerinitiativen und

Demonstrationen zusammen mit dem politischen Druck durch den SPD-Kreisverband Nordfriesland, der, in der Zusammenarbeit mit dem SPD-Landesverband und den SPD-Kreisverbänden Flensburg und Schleswig-Flensburg, ständig über die Landes- und Bundesebene ausgeübt und stetig erhöht wurde.

Dieser Teilerfolg ist Basisdemokratie in Reinkultur gegen ein "Lobby-Diktat" in Reinkultur.

Wer glaubt, diese Auseinandersetzung ist gewonnen, täuscht sich gewaltig.

Der "Kurswechsel" der CDU im Land geschah nicht aus Überzeugung. Man lässt vorerst das "Ich-hab-euch-lieb Fähnlein" im Wahlkampfwind flattern. Diese Landes-CDU wird sich den Vorgaben ihre Bundesvorsitzenden nicht widersetzen, die dieses Gesetz unter allen Umständen will. Die Kanzlerin hat sich in Flensburg schon abfällig gegen den Widerstand der Menschen in den betroffenen Giebüten geäußert. Die Landes-CDU betreibt vorsätzlichen Wählerbetrug. Der Ministerpräsident regt lediglich eine Aussetzung des Termins für die Verabschiedung des CCS-Gesetzes an, ohne sich eindeutig gegen die Inhalte des Gesetzes auszusprechen. Der Bundestagsabgeordnete der CDU für unsere Region scheint an Gedächtnisschwund zu leiden, sobald er den Nord-Ostsee-Kanal Richtung Berlin überquert. "Mr. Gespaltene-Zunge" begeht nicht zum ersten Mal Betrug am Wähler. Im Norden der "Verständnisvolle" - verrät er in Berlin als "Parteisoldat mit der Pflicht zum Gehorsam" die Menschen in seinem Wahlkreis. Als kleines Beispiel sei genannt: An der Seite einer Interessengemeinschaft aus Angehörigen einer Bundeswehrliegenschaft in Enge-Sande setzte er sich für den Erhalt - statt Schließung - dieser Liegenschaft ein. Scheiterte aber mit seinem Vorstoß in Berlin. Umgehend bemühte er sich an der Seite eines privaten Unternehmens, das Interesse an der Liegenschaft zeigte, für die vorzeitige Schließung der Bundeswehrliegenschaft. Erwartungsgemäß scheiterte er auch mit diesem Versuch.

Auch die FDP hat sich eindeutig für das CCS-Gesetz ausgesprochen. Sie steht nicht nur für die gescheiterte Politik der freien Kapital- und Wirtschaftsmärkte, sie ist und bleibt eine Lobby-Partei.

Das Gesetz in Gänze vom Tisch zu bekommen wird nach der Bundestagswahl zur Utopie wenn Schwarz-Gelb die Mehrheit im Bundestag erhält. Wer den drohenden sozialen Kahlschlag, die Fortführung der freien, unkontrollierten Märkte und dieses CCS-Gesetz ablehnt, muss auch eine Schwarz-Gelbe Mehrheit im Bundestag ablehnen. Nutzen wir die Basisdemokratie (das Wahlrecht), um die "Hüter" der Lobby-Gesellschaft in die Schranken zu weisen. Lasst uns eine sozialgerechte, solidarische und bürgernahe Volksvertretung schaffen.

Mit ihrem Vertrauen in die Direktkandidaten der SPD aus Schleswig-Holstein wird auch ihr Interesse in Berlin besser vertreten sein als durch einen "Partei- und Lobby-Soldaten".

Der öffentliche und politische Druck darf nicht nachlassen. Als SPD-Kreisverband werden wir alle politischen Mittel und Ebenen weiterhin nutzen, um dieses Gesetz in seiner derzeitigen Fassung nie wieder diskutieren zu müssen.

Keine Kommentare

ECOPOLICYADE-Silbermedallie für Kappeln beim Bundeswettbewerb im Vernetzt Denken

Vor kurzem waren die besten SchülerInnen aus allen Bundesländern nach Berlin eingeladen worden, um zu ermitteln, welches Team im Spiel um eine nachhaltige Steuerung komplexer Systeme Bundessieger werden würde. Hannah, Florian und Anne aus der Kappeler Klaus-Harms-Schule mit ihrem Lehrer Jochen Wilms haben die Bundesmeisterschaft nur sehr knapp verfehlt und errangen einen phantastischen zweiten Platz. Herzlichen Glückwunsch zur "Silbermedaille"!



BILD: Das Kappeler Team nach dem Spiel mit Lehrer Jochen Wilms und MdB Dr. Wodarg

"Vernetzt denken, Gegenwart meistern, Zukunft gestalten", so lautet zu Recht das Motto der "ecopolicyade", die Dank der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) seit 2008 bundesweit an den Schulen aller Schularten lief. Pädagogen und Schulen, die diesen innovativen Bundeswettbewerb mit ihren Schülerinnen und Schülern erfolgreich mitgestalten und gleichzeitig ihren Unterricht bereichern wollten, erhielten die großartige Gelegenheit, sich in bundesweit stattfindenden Schulungskursen dafür fit zu machen.

Mit "Ecopolicy" lernen Schülergruppen spielend Verantwortungsbewusstsein - die Fähigkeit zu logischem und strategischem Denken und vernetztem Handeln wird ebenso geschult wie die erfolgreiche Teamfähigkeit. Die Computer-Simulation "Ecopolicy" kann junge Menschen motivieren, sich mit sonst für sie schwer zugänglichen und komplexen Sachverhalten im Bereich Politik, Wirtschaft und Umwelt zu beschäftigen. Die Schülerinnen und Schüler begreifen durch das PC-Spiel fast spielerisch, wie Ökologie und Ökonomie in Wechselwirkung stehen und kurzfristige politische Fehlsteuerungen gravierende soziale Folgen für Gesellschaft und Staat verursachen können - ein Szenario, dass angesichts von Klimawandel, explodierenden Sprit-, Heiz- und Stromkosten sowie Sturm- und Hochwasserkatastrophen erkennbar nah an der weltweiten Realität liegt.

Zusätzlich motivieren die drei Spielvarianten vom Industrie-, Schwellen und Entwicklungsland dazu, sich mit den global unterschiedlichen Auswirkungen und Hintergründen von Umweltschäden, sozialer Not und politischer Stabilität zu beschäftigen. Ein ernstes Thema - das aber dennoch durch seine pfiffige graphische Darstellung und spielerische Aufbereitung den Spaß im Unterricht nicht zu kurz kommen lässt.

Seit 2004 gibt es das Projekt "ecopolicyade" in Schleswig-Holstein - gestartet wurde es von den engagierten Lehrern Hans-Werner Hansen und Wilfried D. John aus Bad Malente. Seitdem finden jährlich landesweit Wettbewerbe an fast allen Schulen von der Hauptschule bis zum Gymnasium statt, die nach Regionalentscheiden mit einem Abschlusswettbewerb auf Landesebene in Gegenwart von Politikern und Medien "gekrönt" werden - ein hoher Motivationsfaktor für alle Schülerteams.

Nach diesem Vorbild wird die "ecopolicyade" 2008 Dank der Initiative der "Bundeszentrale für politische Bildung" nun auch in allen anderen Bundesländern eingeführt - die Kosten für dieses innovative Projekt hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bewilligt. Mit der "ecopolicyade" können wir Schülerinnen und Schüler aller Schularten fördern - ganz besonders erfolgreich aber gerade diejenigen aus so genannten "bildungsfernen Schichten". Dank der Bundesförderung können teilnehmende Schulen die Wettbewerbslizenz des Spiels bei der Bundeszentrale für politische Bildung gegen eine Aufwandspauschale erhalten, während die Netzwerklizenz regulär über 100 Euro kosten würde - das ist auch deswegen bemerkenswert, weil das Spiel aufgrund seiner ständig steigenden Popularität derzeit restlos ausverkauft ist. Zusammen mit dem Fortbildungsangebot in allen sechzehn Bundesländern für Lehrerinnen und Lehrer hofft der Bundestag durch diese Initiativen die Erfolgsstory der "ecopolicyade" deutschlandweit zu befördern.

Erfahrungsgemäß ist es für die Schüler bereits eine große Lernmotivation, wenn sie sich mit den Schulen aus der regionalen Umgebung im Wettkampf messen können - die Möglichkeit, bei einer erfolgreichen Teilnahme sogar an einem Bundesentscheid mit den besten Teams in der Bundeshauptstadt Berlin teilzunehmen, hat deshalb alle Schülerinnen und Schüler ganz besonders angespornt.

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 28.06.2009, 21:02 Uhr - 10999 Clicks - Nr. 709

Wahlkampfauftakt in Nordfriesland

Stilecht zur Hafenstadt Husum hatte Hanno Fecke zu seinem Wahlkampfauftakt in die „Nordertor“ eingeladen. Bei einem zünftigen Brunch begrüßte er die anwesenden Ortsvereine und rief zu einem engagierten Wahlkampf auf.

Er forderte zur Wachsamkeit gegenüber Wirtschaft und Politik auf. Gerade das jüngste Gerede über die Erhöhung der Mehrwertsteuer, zeige dass der Bürger stets wachsam sein sollte. Auch dürfe der Wirtschaft nicht die Politik überlassen werden. Hanno bemängelte, dass das Konjunkturpaket nicht für den Bereich der erneuerbaren Energien eingesetzt werden könne. Deutlich wurde auch seine Einstellung zum Ausstieg aus der Atomenergie und zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

Keine Kommentare

[SPD-Wilster](#) - veröffentlicht am 28.06.2009, 23:22 Uhr - 4275 Clicks - Nr. 710

Interessanter politischer Frühschoppen in Wilster

Zu einem politischen Frühschoppen konnte die SPD-Ortsvorsitzende Natascha Böhnisch kürzlich viele Gäste begrüßen, darunter unseren Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen, sowie den Landtagskandidaten Stefan Bolln. Jörn Thießen verdeutlichte, dass die Rechte, die in jahrelangem Kampf errungen wurden, nie als selbstverständlich hingenommen werden dürfen, sondern dass sie weiterhin verteidigt werden müssten. So sei es auch mit der politischen Arbeit.



Politische Frühschoppen der SPD gibt es in ihrer Tradition seit 1863 und es ist weiterhin immer wichtig, dass man sich trifft und über die politischen Aspekte in der Partei diskutiert und neue Lösungswege sucht und auch findet.

Die SPD steht vor zwei schwierigen Wahlen. In der großen Koalition sei es ihr weder auf Bundes- noch auf Landesebene gelungen, ihre Handschrift deutlich zu zeigen. Das Vertrauen vieler Wählerinnen und Wähler in die SPD sei in seinen Grundfesten erschüttert. Dies Vertrauen muss wieder zurück erlangt werden, führte Jörn Thießen weiterhin aus.

In manchen Entscheidungen habe die Partei sicherlich Fehler begangen. Aber es sei nie zu spät diese einzusehen und Vorschläge zur Verbesserung zu erarbeiten. Beispielsweise ist der Grundgedanke der Hartz-IV Gesetzgebung gut, allerdings fußt er auf der Annahme falscher Grundvoraussetzungen und die Umsetzung ist alles andere als optimal verlaufen. Folgende Schritte sind jetzt zu tun, um diesen Weg wieder einigermaßen gangbar zu machen:

Mindestlöhne müssen eingeführt werden und Leiharbeiter müssen in Betrieben genauso viel verdienen wie fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es muss sich wieder lohnen zu arbeiten, dass heißt, Vollzeitarbeit muss so vergütet werden, ohne staatliche Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Hierfür, so Thießen, werde die SPD kämpfen. Daher lohne es sich, die SPD zu wählen.

In der lebhaften Diskussion, die sich den Ausführungen unseres Bundestagsabgeordneten anschloss, ergaben sich zahlreiche Anregungen, die Jörn Thießen mit nach Berlin nehmen wird.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.06.2009, 11:34 Uhr - 3814 Clicks - Nr. 711

SPD Stormarn: Kreisparteitag und Sommerfest

Zu einem Kreisparteitag mit anschließendem Sommerfest lädt die SPD Stormarn am 4. Juli ab 10.00 Uhr in das Bürgerhaus nach Elmenhorst. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Leitantrag „Eckpunkte 2010 – 2015“ des Kreisvorstandes, der sich mit dem Landtagswahlprogramm 2010 beschäftigt. Martin Habersaat, SPD-Kreisvorsitzender und Landtagskandidat, erläutert einige Kernpunkte, die in fünf Schwerpunkten gegliedert im Antrag stehen:



„Wir wollen, dass die soziale Herkunft nicht über Bildungschancen entscheidet. Deshalb muss Bildung von der Kita über die Schule bis zur Universität kostenlos sein.

Wir wollen die Metropolregion Hamburg als eine der führenden Wirtschaftsregionen Europas weiterentwickeln; Schleswig-Holstein soll das Land des modernen Mittelstands werden.“

Modernität fordern die Genossen auch in der Energiepolitik: Energie müsse für die Menschen bezahlbar bleiben, dazu sollen Alternativen zu Öl und Gas entwickelt und die Großkonzerne entmachtet, stattdessen Gründungs- und Technologiezentren im Bereich der regenerativen Energien und eine dezentrale Energieversorgung gefördert werden. In der Kinder- und Familienpolitik steht unter anderem die Forderung nach der Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz im Eckpunktepapier. Der Stormarner Beschluss wird dann an die Arbeitsgruppe auf Landesebene weitergeleitet, die nach der Bundestagswahl einen Entwurf des Wahlprogramms vorlegen will.

Aus Ammersbek liegen drei Anträge vor: Zu einer Reform des Bergrechts, das in seiner alten Form aktuell Grande durch großflächigen Kiesabbau bedroht, zur Ablehnung der CCS-

Technologie (Endlagerung von Kohlendioxid in Schleswig-Holstein und anderswo) und zu einer Konzeption zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Schleswig-Holstein.

Vor der Beratung der Anträge referiert Jürgen Große aus dem Berliner Willy-Brandt-Haus über das „Mitgliederwerbung in Wahlkampfzeiten“. Außerdem wählt der Kreisparteitag die Delegierten zum Landesparteitag am 21. und 22. November 2009 – hier werden die Liste zur Landtagswahl aufgestellt und das Landtagswahlprogramm beschlossen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 29.06.2009, 11:38 Uhr - 3798 Clicks - Nr. 712

Eckpunkte 2010 - 2015 - Leitantrag des Stormarner Kreisvorstandes

SPD Stormarn

Eckpunkte für das Regierungsprogramm 2010-2015

Fortschritt nur mit uns

Links, dickschädelig und frei, aber auch modern, verantwortungsbewusst und sozial: die SPD ist die Partei, die Schleswig-Holstein sicher in das zweite Jahrzehnt führen wird. Fortschritt nur mit uns.



1. Aufstieg durch Bildung

Alle Jugendlichen sollen einen Schulabschluss und Bildungsabschluss haben. Faire Bildungschancen für alle sind die Grundlage für soziale Gerechtigkeit überhaupt. Bildung ist Menschenrecht. Kein Kind darf von der Gesellschaft zurückgelassen werden.

Wir unterstützen das Konzept vom lebenslangen Lernen, einen vernetzten Bildungsauftrag von U3, Kita, Schule, Universität, Weiterbildung in Beruf und Freizeit.

Bildung von der U3-Gruppe bis zum Studium soll kostenlos sein und in regulären Einrichtungen stattfinden, qualifizierte Tagesmütter können dieses Angebot flexibel ergänzen.

Eltern-Kind-Zentren – als Regelangebot und an jedem Ort. Wir wollen die Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen. Sie bieten umfassende Hilfe und Beratung für Eltern.

Wo das kostenlose Angebot nicht reicht, bestehende Probleme zu lösen, wollen wir weitere Beratungsangebote entwickeln, möglicherweise verpflichtende Elemente einführen.

Die von uns gewollten weiterführenden Schulen sind Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, an denen alle Kinder nach 13 bzw. 12 Jahren die Chance auf das Abitur haben sollen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Nach Jahren der Erneuerung wollen wir unseren Schulen nun eine Phase der Konsolidierung gönnen, in denen die Reformen wirken können. Eine gute Ausstattung, personell und materiell, soll die Schulen in ihrer guten Arbeit unterstützen.

Betriebe sollen zur berufsorientierten Weiterbildung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet werden.

Die SPD sieht sich als Partner der Volkshochschulen. Mit diesen gemeinsam sind die

Möglichkeiten zur Aus- und Weiterbildung aller Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu konzipieren und zu realisieren.

2. Gute Arbeit / Starke Wirtschaft

Alle sollen Arbeit haben, gerecht entlohnt. Weil Arbeit eine so zentrale Rolle spielt, bleibt Vollbeschäftigung ein Ziel, das eine soziale Marktwirtschaft nicht aufgibt, weil sie ihren Bürgerinnen und Bürgern auch in schwierigen Zeiten die Perspektive auf persönliche Entfaltung und Wohlstand gibt. Dazu brauchen wir erfolgreiche Unternehmen und starke Belegschaften.

Die Wirtschaft ist für die Menschen da und nicht umgekehrt!
Schleswig Holstein schreitet weiter voran auf dem Weg zum „Land des modernen Mittelstands.“

Wir nutzen unsere Standortvorteile – als Land zwischen den Meeren, Brücke nach Skandinavien und die Metropolregion Hamburg.
Gemeinsam mit Hamburg entwickeln wir die Metropolregion zu einer der führenden Wirtschaftsregionen Europas.

Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitsplätze präventiv sichert und bei Arbeitslosigkeit Angebote zur Weiterbildung und zum Wiedereinstieg in den Beruf bietet. Wer Arbeit hat, muss von dieser auch leben können. Die SPD setzt sich daher für einen einheitlichen Mindestlohn ein, wie es ihn in der Mehrzahl der europäischen Staaten gibt.

3. Moderne Politik für Familien, Jugendliche und Kinder

Wir wollen Familien stärken. Sie sind die wichtigste soziale Einheit in unserer Gesellschaft. Wir wollen die Bedingungen so gestalten, dass der Zusammenhalt zwischen den Generationen tragfähig ist. Familien brauchen verlässliche Strukturen. Sie sollen sozial sicher sein, die Eltern sollen Beruf und Familie miteinander verbinden können. Die Kinder müssen geschützt sein. Die Lage der Alleinerziehenden wollen wir deutlich verbessern.

Wir setzen unsere Politik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf fort.
Wir wollen ausreichende Plätze in der Kinderbetreuung, auch im U3- und im Hortbereich. Die Gesellschaft wird älter, und das ist auch gut so. Wir wollen die Infrastruktur Schleswig-Holsteins dem demographischen Wandel anpassen.
Um Kindern eine stärkere Stimme in unserer Gesellschaft zu geben, wollen wir, dass die Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden.
Alleinerziehende müssen täglich mehr leisten als andere, um ihren Alltag zu organisieren. Bei dieser Aufgabe verdienen sie die besondere Unterstützung der Gesellschaft.

4. Zukunftsfähige Energie-, Umwelt- und Klimapolitik

Der Klimawandel fordert uns alle. Nachhaltig Leben und Wirtschaften ist keine bloße Utopie, sondern die Voraussetzung dafür, dass kommende Generationen auch in Zukunft gut leben können. Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung der Infrastruktur, der Gebäude, des Kapitalstocks in unserem Land voranbringen. Deutschland soll die Ideenschmiede der Welt in Sachen Klimaschutz werden – das schafft neue Jobs.

Die SPD will eine dezentrale Energieversorgung auf der Grundlage regenerativer Energien. Die Atomenergie landet als Fossil auf dem Müllhaufen gescheiterter Technologien. Das Risiko des Betriebs von Atomkraftwerken ist zu groß, der Verbleib des Strahlenmülls ungeklärt und die Brennstoffe sind auch hier endlich.

Energie muss für die Menschen bezahlbar bleiben, dazu müssen Alternativen zu Öl und Gas entwickelt und die Großkonzerne entmachtet werden.

Wir unterstützen Gründungs- und Technologiezentren im Bereich der regenerativen Energien.

Wir werden uns weiterhin für den Erhalt der einzigartigen Natur Schleswig-Holsteins einsetzen.

Die hohe Qualität von Landschaft, Wasser und Luft ist nicht nur ein Standortvorteil, sondern auch unverzichtbare Lebensgrundlage.

CCS (Carbon Capture and Storage) Technik (Kohlendioxidabscheidung und -lagerung) lehnen wir ab. Diese Technik führt in die falsche Richtung, weil sie langfristig auf Kohle als Energieträger setzt und Schleswig-Holstein Gefahr läuft, zur CO₂-Deponie der Republik zu werden.

5. Gut und sicher leben in Schleswig-Holstein

Starke Wirtschaft und gutes Leben schließen einander nicht aus. Wir entwickeln unser Land so, dass wir hier gut arbeiten und gut leben können.

Die Entwicklung von Siedlungsflächen wird auf Schwerpunkte konzentriert. Eine Zersiedelung der Landschaft Schleswig-Holsteins wird vermieden.

Eine zentrale Steuerung der Entwicklung Schleswig-Holsteins erfolgt über den Landesentwicklungsplan.

Unser Schleswig-Holstein der Zukunft ist frei von Atomkraft und frei von gentechnisch veränderten Pflanzen und Tieren.

Schleswig-Holstein lebt einen neuen Gesellschaftsvertrag: mehr Gemeinschaft, eine verantwortungsvolle Gesellschaft und soziale Netze.

Unsere Kulturpolitik überschreitet Grenzen und Sprachen.

Wir wollen den Landeshaushalt konsolidieren. Das erreichen wir mit Investitionen in Bildung, eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und eine Reform der Verwaltungsstruktur im Land.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.06.2009, 13:10 Uhr - 7691 Clicks - Nr. 713

SPD-Kreisvorstand informiert sich über Port Olpenitz

Zusammen mit dem SPD-Bürgermeisterbewerber Werner Schultz und dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Rainer Moll, informierte sich der SPD-Kreisvorstand bei einem Ortstermin in Kappeln über die Pläne der Port Olpenitz GmbH.

Vom Projektkoordinator Knut Ley und dem Vertriebsleiter Dr. Helmut Graunke wurden die Kreisvorstandsmitglieder in die aktuellen Planungen eingewiesen. Dabei ging Ley insbesondere auf die Änderungen nach dem Verwaltungsgerichtsurteil zum Thema ein. Beeindruckt zeigte sich der Kreisvorstand über die überarbeiteten Pläne, die nun im Einklang mit den Umweltverbänden gefunden wurde. „Das sieht ja besser aus als vorher,“ so ein Sitzungsteilnehmer.

„Ein wichtiges Projekt für die Region, dass nunmehr auf gutem Weg ist,“ so der

Kreisvorsitzende Dirk Peddinghaus als Fazit der Veranstaltung. Peddinghaus forderte für die weitere Umsetzung jetzt aber auch, dass die von der Landesregierung in Kiel und dem Ministerpräsidenten persönlich gemachten Förderzusagen eingehalten werden. „Es kann in diesem Zusammenhang nicht sein, dass sich der Ministerpräsident feiern lässt und die Stadt Kappeln die Zeche zahlen muss,“ so Peddinghaus. Vor dem Hintergrund der Haushaltslage von Stadt und Kreis seien zusätzlichen Belastungen für die entsprechenden Haushalte nicht mehr möglich, war sich der Kreisvorstand einig.

Große Impulse durch die Realisierung erhofft sich der Kreisvorstand für den Arbeitsmarkt in der durch den Bundeswehrazug stark belasteten Region. Auf Nachfrage der stellvertretenden Kreisvorsitzenden Birte Pauls erläuterte Knut Ley, dass das Konzept vorsieht möglichst viele ortsansässige Firmen bei der Realisierung zu beteiligen. Bei einer abschließenden Besichtigung des erstellten Musterhauses konnten sich die Kreisvorstandsmitglieder von der Umsetzung der Pläne überzeugen.

„Zwei Jahre bin ich hier als Wachoffizier mit Schnellbooten ein- und ausgelaufen, jetzt ist wieder Leben auf diesem schönen Areal zu erkennen – ein schönes Gefühl und eine Chance für die Region und den Kreis Schleswig-Flensburg,“ so der Kreisvorsitzende zum Abschluss.

Kommentar von [Wolfgang Wodarg](#) vom 27.07.2009, 18:13 Uhr:

RE: SPD-Kreisvorstand informiert sich über Port Olpenitz

Hallo Dirk, da wäre ich gern mitgegangen. Bitte informiere mich beim nächsten Besuch auch. Gruß Wolfgang PS Wenn Du irgendwo dabei sein willst: Frage bitte Christian nach den Terminen im WK. Er kann dir das volle Programm nennen. Gruß WW

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.06.2009, 13:45 Uhr - 2363 Clicks - Nr. 714

Konjunkturprogramm: Steuerung über den goldenen Zügel?

SPD hinterfragt Vergabe der Fördermittel

Bei den Sozialdemokraten will sich die rechte Freude über die Zuteilung der Konjunkturfördermittel noch nicht recht einstellen. Sicher ist Flensburg bei den Maßnahmen im Bereich Städtebau mit einer Gesamtsumme von insgesamt 2,5 Millionen Euro gut berücksichtigt worden. Doch bei der Auswahl der Projekte und dem Verteilungsverfahren hapert es nach Meinung der SPD.



Der SPD-Vorsitzende Helmut Trost: „Das Flensburger Konzept zur Umsetzung des Konjunkturprogrammes bestand darin, möglichst viele mittlere und kleine Maßnahmen durchzuführen. Die Mittel sollten breit gestreut werden, um größtmögliche Arbeitsplatzeffekte zu erzielen und möglichst viele Einrichtungen auch im Bereich Sport und Kultur zu fördern. Genau der gegenteilige Effekt ist jetzt eingetreten.“ Bei den jetzt vorliegenden Entscheidungen sei das Konzept der Stadt teilweise leider völlig auf den Kopf gestellt worden, meint die SPD.

„Warum fordert man erst eine Prioritätenliste, um sie dann nicht zu berücksichtigen und als sogenannte Orientierungshilfe abzutun? Warum zwingt man die Kommunalpolitiker zu schwierigen Diskussionen und Abwägungsprozessen, um sich dann genau konträr zu ihren Beschlüssen zu verhalten“, fragt Helmut Trost. „Wir haben uns die Beratungen im

Hauptausschuss nicht leicht gemacht und schwierige Abwägungsprozesse durchgeführt. Ich habe volles Verständnis für diejenigen, die im Vertrauen auf die abgesprochene Prioritätensetzung Zeit, Energie und Geld in die Planungen gesteckt haben und jetzt zu Recht verärgert sind.“ Der Flensburger Vorschlag war vom Hauptausschuss einstimmig verabschiedet worden.

Die SPD hofft, dass sich bei der Verteilung der noch nicht verplanten sogenannten „Reservemittel“ von landesweit 1,4 Millionen Euro noch Möglichkeiten für weitere Flensburger Projekte ergeben.

Was die Sozialdemokraten auch erstaunt ist, dass offensichtlich eine Reihe Flensburger Anträge in Kiel überhaupt nicht als förderfähig eingestuft wurden. Damit hatten sie überhaupt keine Chance, überhaupt in die letzte Entscheidungsrunde zu gelangen: „Wir sind von einer qualifizierten Antragstellung durch die Stadtverwaltung ausgegangen und davon, dass die notwendigen Abstimmungen mit dem Ministerium im Vorfeld erfolgen.“ Alle Anträge präzise auf die Anforderungen der Förderrichtlinien zuzuschneiden, das wäre nach Auffassung der SPD Pflicht der Verwaltung gewesen. Sie bedauert dies sehr: „Schade - hier wurden im Zusammenwirken von zwei Bürokratien Chancen vertan, es wurde mit dem goldenen Zügel gesteuert und der kommunale Wille übergangen.“

Hintergrund:

Wie berichtet wurde die Flensburger Maßnahmenliste zum Konjunkturpaket bei den Kieler Entscheidungen kaum berücksichtigt. Am 19. Mai hatte der Flensburger Hauptausschuss nach schwierigen Diskussionen einstimmig eine Prioritätenliste verabschiedet. Bei den Maßnahmen außerhalb von Städtebaufördergebieten führte das Christiansenhaus (Förderbetrag 550.00 Euro) die Liste an. Diese wurde auch berücksichtigt. Doch an weiteren Maßnahmen wurden dann lediglich die an Platz 3 (Sportplatz Westerallee, 300.000 Euro) und Platz 9 (Sauermannhaus) liegenden Vorschläge ausgewählt. Gerade die letzte Maßnahme kostet Millionen (Förderbetrag 1,4 Millionen Euro) und räumt so den Löwenanteil der Fördermittel ab. Genau dieses hatte Flensburg verhindern wollen und eine breitere Streuung der Mittel angestrebt. Bei den Maßnahmen innerhalb von Städtebauförderungsgebieten soll lediglich der Skaterpark mit 250.000 Euro gefördert werden.

Keine Kommentare

[SPD-Brande-Hörnerkirchen](#) - veröffentlicht am 29.06.2009, 21:42 Uhr - 2945 Clicks - Nr. 715

Verstoß gegen die Gemeindeordnung in Brande-Hörnerkirchen

Was ist passiert? Die SPD Hörnerkirchen hatte den Bürgermeister gebeten, einen Antrag der SPD „Resolution für den Erhalt der Regio-Kliniken in öffentlicher Hand“ auf die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung zu setzen (siehe auch Archiv/Anträge Gemeinderat) . Dies geschah am Morgen (08:15 Uhr) der Erstellung der Tagesordnung durch die Verwaltung. Bürgermeister Winter sagte dies auch mündlich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD zu.

Um so erstaunter war die SPD, als sie die Einladung zur Gemeinderatssitzung 2 Tage später in den Händen hielt.

Auf der Gemeinderatssitzung zur Rede gestellt, erklärte der Bürgermeister er habe am Abend vor der Erstellung der Tagesordnung durch die Verwaltung diese mit dem leitenden Verwaltungsbeamten abgesprochen und dann keine Dringlichkeit gesehen, diese am nächsten

Morgen trotz mündlicher Zusage zu erweitern. Er war davon ausgegangen, dass seine Fraktion den Antrag als Dringlichkeitsantrag "durchwinken" würde. Die CDU Fraktion ließ ihren Bürgermeister allerdings im Regen stehen.

Die von der CDU und ihrem Bürgermeister Winter immer wieder propagierte vertrauensvolle Zusammenarbeit sieht anders aus. Hier wurde sie mit Füßen getreten.

Es kommt aber noch besser:

Als die SPD-Fraktion gemäß § 34 Abs. 4 der Gemeindeordnung den Antrag stellt, wegen der Dringlichkeit den Tagesordnungspunkt doch noch aufzunehmen, wird dieses von der CDU mit ihrer Mehrheit abgelehnt. Gleichzeitig wirbt der Bürgermeister aber für eine gemeinsame Resolution auf Amtsebene gegen die Anhebung der Amtsumlage und gegen den Verkauf der Kliniken. Auch die CDU Hörnerkirchen sei gegen einen Verkauf der Kliniken, es müssten aber ein paar kleine Änderungen im Text der von der SPD Hörnerkirchen eingebrachten Resolution geändert werden.

Leider hatte dieser Vorschlag den Haken, dass die Amtsausschusssitzung einen Tag nach der entscheidenden Kreistagssitzung über den Verkauf der Regio-Kliniken stattfindet.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Auch brachte die SPD-Fraktion ihren Unmut über die Arbeit der Verwaltung zum Ausdruck, da zum wiederholten Mal den Gemeinderäten nicht alle Unterlagen zu einzelnen Tagesordnungspunkten vorlagen.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.06.2009, 22:03 Uhr - 2282 Clicks - Nr. 716

Kultureinrichtungen brauchen Planungssicherheit !

Kühlhaus, Volksbad, die Theaterwerkstatt Pilkentafel und folk BALTICA brauchen Planungssicherheit. „Nur wer heute weiß, welche Verpflichtungen er morgen eingehen kann, ist in der Lage attraktive Kulturveranstaltungen für das Jahr 2010 vorzubereiten“, meint der kulturpolitische Sprecher der SPD, Burkhard Lange-Seynsche. Die SPD beantragt deshalb, dass in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses die dafür erforderlichen Ziel- und Leistungsvereinbarungen beraten und beschlossen werden.

„Wir halten es für falsch, die seit Herbst 2008 vorbereiteten und mittlerweile vollständig ausgearbeiteten Vereinbarungen, wie von der Verwaltung geplant, in den Oktober zu verschieben. Dieses ist viel zu spät für eine solide Programmplanung 2010.“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. „Eine Hängepartie darf es nicht geben, sie gefährdet die Programmplanung und damit die Existenzgrundlage der Einrichtungen“, so Trost weiter. Die SPD vermutet, dass im Nachhinein noch Budgetkürzungen durchgesetzt werden sollen: „Dieses ist mit uns nicht zu machen!“

Hintergrund:

Die Förderung der vier Einrichtungen durch die Stadt soll zukünftig auf der Grundlage von Ziel- und Leistungsvereinbarungen erfolgen. Diese sind zwischenzeitlich vollständig ausgearbeitet worden. Die vier Institutionen sind auch bereit, diesen Vereinbarungen zuzustimmen, obwohl ihrer Meinung nach die Fördersummen den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen nicht entsprechen. Es war beabsichtigt, im nächsten Kulturausschuss (9.Juli) den Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen und entsprechend zu beschließen. Dort findet sich der Punkt nicht wieder, darum die Initiative der SPD.

Keine Kommentare

Neues Wohnraumförderungsgesetz tritt in Kraft

Lothar Hay: Start in eine moderne Wohnungs- und Städtebaupolitik

Erscheinungsdatum: 29.06.2009

An diesem Mittwoch (1. Juli) tritt das neue Wohnraumförderungsgesetz in Kraft. Schleswig-Holstein gehört damit zu den ersten Ländern, die in der Wohnungspolitik eigene Wege gehen. „Wir schaffen die Voraussetzungen für eine moderne Wohnungs- und Städtebaupolitik“, sagte Innenminister Lothar Hay am Montag (29. Juni) in Kiel.

Das neue Gesetz halte an den Prinzipien einer sozialen Wohnraumförderung fest. Die Mieter blieben geschützt. Für Investoren gebe es neue Anreize, wieder mehr Geld in die Modernisierung von Altbauten zu stecken oder für den Neubau von Wohnungen auszugeben. Mit einem eigenen Wohnraumförderungsgesetz reagiere das Land auf sinkende Einwohnerzahlen, mehr ältere Menschen, weniger Haushalte mit jungen Leuten und Kindern sowie auf die globalen Herausforderungen des Klimawandels, sagte Hay

Im Mittelpunkt der staatlichen Förderung stehen auch künftig Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können. Familien mit Kindern, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen sollen vorzugsweise in die öffentlich geförderten Miet- und Genossenschaftswohnungen einziehen. Das Gesetz bietet zugleich den Rahmen zur Schaffung sozial stabiler Stadtquartiere sowie für den Klimaschutz und die Energieeinsparung. Zugleich erhalten die Kommunen weitere Möglichkeiten, die Entwicklung ihrer Wohnquartiere und die Versorgung der Menschen mit Sozialwohnungen zu steuern.

Fördergelder vom Land gibt es künftig nicht mehr nur für den Bau und die Modernisierung von Wohnungen und Eigenheimen, auch Investitionen zur Verbesserung des Wohnumfelds und für die entsprechenden Entwicklungskonzepte können gefördert werden. „Wir verknüpfen damit Wohnraumförderung und Stadtentwicklung“, sagte Hay. Das helfe insbesondere den Kommunen beim sozialen Stadtumbau. Beispielsweise ist es jetzt möglich, das Mittel der Wohnraumförderung auch für die Arbeit eines Streetworkers oder die Herrichtung eines Jugendtreffs eingesetzt werden können.

Kommunale Wohnungsmarkt- und Quartiersentwicklungskonzepte sollen künftig der finanziellen Förderung zugrunde gelegt werden. Kooperationsverträge mit erweiterten Gestaltungsmöglichkeiten zwischen Kommunen und Wohnungswirtschaft rücken stärker in den Mittelpunkt.

Das Wohnraumförderungsgesetz des Landes macht Schluss mit dem veralteten Kostenmietrecht. „Wir machen damit den Weg frei für eine Qualitätsoffensive in den Altbeständen“, sagte Hay. Das Kostenmietrecht sei bürokratisch, starr und viel zu kompliziert. Es verhindere häufig private Investitionen in die Modernisierung teilweise schon sehr alter Wohnungen. An die Stelle der Kostenmiete tritt die ortsübliche Vergleichsmiete als Höchstgrenze, bis zu der die Miete angehoben werden darf.

Belegungsbindungen werden verkürzt. Wohnungen, die mit staatlichem Geld gefördert wurden, verlieren spätestens nach 35 Jahren ihre soziale Bindung. Diese Regelung gilt heute schon für öffentlich geförderte Wohnungen, die nach 1995 gebaut wurden; sie erstreckt sich nun auch

auf die Altbestände aus den Jahren 1956 bis einschließlich 1995. Kürzere Belegungsbindungen sind nach Ansicht des Ministers notwendig, um mit der Dynamik auf den Wohnungsmärkten Schritt zu halten. „Es wäre falsch, wollte man Wohnungsunternehmen über ein halbes Jahrhundert und länger vorschreiben, welches Mieterklientel in den Wohnungen leben soll“, sagte Hay. Gerade in den städtischen Quartieren sei eine ausgewogene soziale Mischung von Mietern Voraussetzung für Stabilität und Lebensqualität. Lange Belegungsbindungen verhinderten häufig notwendige Modernisierungen.

Überleitungsvorschriften sorgen dafür, dass keine drastischen Mieterhöhungen auf die Bewohner in den Altbeständen zukommen. So bleiben bis zum 30. Juni 2014 alle Sozialbindungen bestehen. In dieser Zeit sind auch keine Mieterhöhungen erlaubt, auch wenn die Miete unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen sollte. Allerdings gibt es eine Ausnahme: Hat der Vermieter den Rahmen des Kostenmietrechts nicht ausgeschöpft, darf er im Falle einer Neuvermietung die Miete entsprechend anheben.

Ab 1. Juli 2014 bis zum Ende der Mietbindung darf die Miete nur um neun Prozent verteilt auf drei Jahre erhöht werden. Die ortsübliche Vergleichsmiete bleibt in jedem Fall die Höchstgrenze. Von diesen Mietpreisregelungen kann im Einzelfall abgewichen werden, wenn in die Modernisierung von Wohnungsbeständen investiert wird.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 30.06.2009, 11:02 Uhr - 8264 Clicks - Nr. 718

Ulf Daude ist SPD-Landtagskandidat im Wahlkreis 13

Der 36-jährige Ulf Daude ist Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis 13 (Rendsburg-Ost). Im Beisein von Ute Erdsiek-Rave, die den Wahlkreis seit 22 Jahren im Landtag vertritt, setzte sich der 36-jährige in einer Delegiertenkonferenz Bredenbek im zweiten Wahlgang gegen eine Mitbewerberin und drei Mitbewerber durch.

Ulf Daude ist Lehrer in Kiel-Metthof. Er ist SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Molfsee, gehört dem SPD-Kreisvorstand an und ist Kreisvorsitzender der AfB, der Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen.

Weitere Informationen: <http://www.ulf-daude.de/>

Keine Kommentare

Martin Habersaat online

Martin Habersaat ist der Landtagskandidat der SPD für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek). Seit 2004 ist der 32jährige Studienrat zudem Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes Stormarn. Wer mehr über den Barsbütteler erfahren möchte, hat dazu jetzt im Internet die Gelegenheit. Auf seinen Webseiten, zu finden unter www.martinhabersaat.de, gibt es viele Informationen:

Zum Kandidaten selbst, zu seinen politischen Zielen und aktuelle Berichte über Aktionen und Veranstaltungen im Wahlkreis.



Martin Habersaat informiert auf seinen Seiten beispielsweise über seine drei politischen Schwerpunkte: Bildung, Energie und Metropolregion Hamburg. Er erklärt: „Das besondere dabei ist, dass ich nicht seitenlange Standardprogramme abbilde, sondern politische Entwicklungen und Meinungen in kurzen Berichten, beispielsweise über Veranstaltungen oder Initiativen, vorgestellt werden.“ Zur Auflockerung sollen auch zahlreiche Fotos beitragen, zudem finden sich zu vielen Themen weiterführende Links.

Es gibt ein Fotoalbum mit privaten und politischen Fotos und der Rubrik „Kunst“, neben seinem Lebenslauf, aufgegliedert in die Bereiche Privates, Berufliches und Politisches, stellt Habersaat seine persönlichen „TOP 5“ ebenso vor wie persönliche Literaturempfehlungen. Ein Zufallsgenerator präsentiert Fotos aus dem Wahlkreis von gestern und heute, eine Sitemap sorgt für eine gute Übersicht über das Angebot.

An der Interaktivität der Seite wird derzeit noch gearbeitet, geplant ist beispiele ein Blog, in dem Habersaat mit seinen virtuellen Gästen diskutieren möchte. Bis es so weit ist, steht dem Gast ein Kontaktformular zur Verfügung, um eigene Ideen und Kritik loszuwerden. Habersaat: „So eine Webseite ist sowieso nie wirklich fertig. Gute Seiten leben von ständiger Aktualisierung und immer neuen Ideen, die eingearbeitet werden.“

www.martinhabersaat.de

Keine Kommentare

Neugebauer: Unverständnis über Verhalten der Deutschen Bahn in Rendsburg

Der Rendsburger SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer hat am 23.05.09 dem Vorstand der Deutschen Bahn schriftlich Missstände bei den Serviceleistungen im Reisezentrum auf dem Rendsburger Bahnhof geschildert

„Bis zum heutigen Tag habe ich weder einen Eingangsbescheid noch eine Antwort erhalten“, so der Parlamentarier, „darüber bin ich sehr verärgert, zumal ich in der vergangenen Woche

abermals feststellen musste, dass sich vor dem Schalter lange Warteschlangen bildeten und einige Kunden unverrichteter Dinge den Bahnhof verließen, weil nur eine Bedienung vor Ort war. Am 22.05.09 war der Schalter sogar geschlossen, was zu meiner damaligen Eingabe führte.“ Er hat in einem erneuten Schreiben an die DB seine Verärgerung zum Ausdruck gebracht und den Bahnvorstand aufgefordert, unverzüglich auf das Schreiben vom 23.05.09 zu antworten und die Missstände im Reisezentrum Rendsburg abzustellen.

Neugebauer hat dieses Schreiben nachrichtlich an die LVS Schleswig-Holstein Landesweite Verkehrsservicegesellschaft mbH zur Kenntnis weitergeleitet

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 30.06.2009, 15:06 Uhr - 1458 Clicks - Nr. 721

Nachtragshaushalt setzt Bildungsinvestitionen um!

Zum 1. Nachtragshaushalt 2009 erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Mit dem 1. Nachtragshaushalt 2009 setzen SPD, GRÜNE und SSW das Konjunkturpaket II in unserer Stadt um.

Die Fördermittel werden für Bildungsinvestitionen verwendet: Für die Kieler Schulen werden Bauaufträge in Höhe von 11,6 Mio. Euro vergeben, für die städtischen Kindertageseinrichtungen sind Gelder in Höhe von 1,95 Mio. Euro vorgesehen. Die Kindertageseinrichtungen der freien Träger, die überhaupt erst auf Initiative von SPD, GRÜNEN und SSW an der Konjunkturförderung beteiligt worden sind, erhalten nun Fördermittel für Baumaßnahmen in Höhe von 2,64 Mio. Euro. An diesen Bildungsinvestitionen (insgesamt: 16, 25 Mio. Euro) beteiligt sich die Stadt mit 3 Mio. Euro. Schulen und Kindergärten werden energetisch saniert und umgebaut: SPD, GRÜNE und SSW halten damit stetig an ihrem Vorrang für Bildung fest.

Diesen Vorrang für Bildung haben wir bereits im Dezember 2008 beim Beschluss der Haushaltssatzung für das Jahr 2009 verankert, als wir schon damals eine Erhöhung der Schulbauinvestitionen um 2 Mio. Euro und die Schaffung zusätzlicher Stellen in der Schulsozialarbeit gegenüber den ursprünglichen Haushaltsansätzen, den vorgezogenen Sporthallenbau an der Grundschule am Heidenberger Teich im Stadtteil Mettenhof und den Einsatz städtischer Mitarbeiter in Stadtteilbüchereien gegen die Stimmen von CDU, FDP und DIE LINKE durchgesetzt haben.

Mit diesem Nachtragshaushalt, der zusätzlich Investitionsfördermittel für die Kieler Krankenhäuser in Höhe von 3,2 Mio. Euro vorsieht, werden öffentliche Aufträge vergeben, konjunkturelle Nachfrageimpulse gesetzt und so Arbeitsplätze in Unternehmen und Betrieben gesichert. Zugleich wird die Infrastruktur der Stadt, die allen Bürgerinnen und Bürgern gehört, aufgewertet. Außerdem wird der Klimaschutz durch energetische Sanierung unterstützt und die Stadtkasse entlastet, weil in Zukunft weniger Geld für Heizkosten ausgegeben werden muss.

Schließlich wird durch diesen Nachtragshaushalt der Bund an den Betriebskosten der Kindergärten und der Tagespflege von kleinen Kinder in besonderem Maße beteiligt: Insgesamt 830.000 Euro mehr als im ursprünglichen Haushalt veranschlagt zahlt der Bund nach dem

Kinderförderungsgesetz, in den folgenden Jahren steigen die Beträge sogar an. Damit unterstützt der Bund das Ziel der „Kinderfreundlichen Stadt Kiel“.

Der sich abzeichnende Anstieg des Haushaltsdefizits auf 100 Mio. Euro im Jahr 2012 mahnt SPD, GRÜNE und SSW zur Gegensteuerung, indem sie ihren finanzpolitischen Kurs fortsetzen: Nicht einseitig und unzureichend Einsparungen vorzunehmen, sondern eine aktive Zukunftsvorsorge durch öffentliche Investitionen zu betreiben und gleichzeitig die öffentliche Verschuldung so weit wie möglich zu begrenzen.

Die Menschen in unserer Stadt sind auf gute Schulen und Kindergärten, auf funktionierende öffentliche Einrichtungen und intakte Straßen und Infrastruktur angewiesen. Öffentliche Versprechungen von Steuersenkungen, wie sie CDU und FDP derzeit vornehmen, sind leichtsinnig und würden gerade die öffentlichen Einnahmen verringern, die zur Bezahlung von Schulbau, von Kindergärten, Straßenbau und Büchereien gebraucht würden. SPD, GRÜNE und SSW im Kieler Rathaus haben darum Forderungen z.B. der Kieler FDP nach einer Senkung der Gewerbesteuer, die die Stadt 3 Mio. Euro gekostet hätten, energisch zurückgewiesen und werden dies auch bei künftigen Haushaltsberatungen tun.

Solide Haushaltspolitik sieht anders aus: So konnten SPD, GRÜNE und SSW schon im Dezember 2008 durchsetzen, dass – anders als in der ursprünglichen Haushaltsplanung vorgesehen – nicht Kredite von über 43 Mio. Euro aufgenommen wurden. Stattdessen wurden nur Kredite in Höhe von 39,6 Mio. Euro aufgenommen, erfreulicherweise kann die Kreditaufnahme jetzt noch einmal um 1,3 Mio. Euro auf 38,3 Mio. Euro gesenkt werden.“

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 30.06.2009, 15:16 Uhr - 7895 Clicks - Nr. 722

Tag der offenen Moschee in Flensburg

Ende Mai veranstaltete der Verein Integration und Bildung e.V. den diesjährigen Tag der offenen Moschee in der Norderstraße 129. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg besuchte die islamische Gemeinde und informierte sich über das soziale und religiöse Leben der überwiegend türkischstämmigen Flensburger.

Auf dem Hof hinter der Moschee war richtig etwas los! Die Gastfreundschaft des Vereins für Integration und Bildung war grandios und viele Flensburger fanden den Weg vom Hafen mit der Rumregatta zur Moschee mit leckeren Mezeler und gegrilltem Lamm sowie anderen türkischen Leckereien. An den Tischen wurde gegessen, alkoholfreies getrunken und diskutiert.



Eine besondere Führung durch die Räume der Moschee für den Abgeordneten verbanden die Gemeindevertreter mit zahlreichen Informationen über die Gebräuche und Traditionen islamischer Moscheen, die auch in Flensburg ihren Raum gefunden haben.

Dr. Wodarg bedankte sich für die Gastfreundschaft und die offene Diskussion und machte sich anschließend auf den Weg nach Berlin zur Bundesversammlung, um noch rechtzeitig die abendlichen vorbereitenden Sitzungen zur BundespräsidentInnenwahl zu erreichen.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 30.06.2009, 16:29 Uhr - 2528 Clicks - Nr. 723

Kultureinrichtungen brauchen Planungssicherheit

Kühlhaus, Volksbad, die Theaterwerkstatt Pilkentafel und folk BALTICA brauchen Planungssicherheit. „Nur wer heute weiß, welche Verpflichtungen er morgen eingehen kann, ist in der Lage attraktive Kulturveranstaltungen für das Jahr 2010 vorzubereiten“, meint der kulturpolitische Sprecher der SPD, Burkhard Lange-Seynsche. Die SPD beantragt deshalb, dass in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses die dafür erforderlichen Ziel- und Leistungsvereinbarungen beraten und beschlossen werden.



„Wir halten es für falsch, die seit Herbst 2008 vorbereiteten und mittlerweile vollständig ausgearbeiteten Vereinbarungen, wie von der Verwaltung geplant, in den Oktober zu verschieben. Dieses ist viel zu spät für eine solide Programmplanung 2010.“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost. „Eine Hängepartie darf es nicht geben, sie gefährdet die Programmplanung und damit die Existenzgrundlage der Einrichtungen“, so Trost weiter. Die SPD vermutet, dass im Nachhinein noch Budgetkürzungen durchgesetzt werden sollen: „Dieses ist mit uns nicht zu machen!“

Hintergrund:

Die Förderung der vier Einrichtungen durch die Stadt soll zukünftig auf der Grundlage von Ziel- und Leistungsvereinbarungen erfolgen. Diese sind zwischenzeitlich vollständig ausgearbeitet worden. Die vier Institutionen sind auch bereit, diesen Vereinbarungen zuzustimmen, obwohl ihrer Meinung nach die Fördersummen den sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen nicht entsprechen.

Es war beabsichtigt, im nächsten Kulturausschuss (9.Juli) den Punkt auf die Tagesordnung zu nehmen und entsprechend zu beschließen. Dort findet sich der Punkt nicht wieder, darum die Initiative der SPD.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 01.07.2009, 09:34 Uhr - 3097 Clicks - Nr. 724

Ostseejugendstiftung wird konkret

Der Arbeitskreis Europa der SPD-Landtagsfraktion hat gestern Gespräche mit der Arbeitsgruppe Europa der SPD-Bundestagsfraktion geführt. Darin spielte die Unterstützung der

[Ostseejugendstiftung](#) eine wichtige Rolle. Dazu erklärt der europapolitische Sprecher Rolf Fischer:

Seit zwei Jahren schiebt die Bundesregierung ihre Entscheidung zur finanziellen Beteiligung an der Ostseejugendstiftung vor sich her. Deshalb haben wir für eine rasche Lösung geworben. Die SPD-Bundestagsfraktion hat nun zugesagt, sich dafür einzusetzen, dass die vom Deutschen Bundestag geforderte Prüfung einer finanziellen Unterstützung für die Ostseejugendstiftung umgehend positiv zum Abschluss gebracht wird. Spätestens 2010 soll die Finanzierung seitens des Bundes sichergestellt sein. Das begrüßen wir sehr. Der Jugendaustausch in der Ostseeregion trägt maßgeblich dazu bei, dass durch gemeinsame Erfahrungen und Erlebnisse auch eine gemeinsame Identität entsteht. So werden Toleranz und interkulturelle Kompetenz gefördert. Deshalb erwarten wir, dass sich die Bundesregierung finanziell an der Arbeit der Stiftung beteiligt.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 01.07.2009, 15:09 Uhr - 1967 Clicks - Nr. 725

Thomas Wehner neuer senioren- und behindertenpolitischer Sprecher!

Neuer senioren- und behindertenpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion gewählt. Thomas Wehner wurde in der gestrigen Fraktionssitzung einstimmig zum senioren- und behindertenpolitischen Sprecher der SPD-Ratsfraktion gewählt.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 01.07.2009, 15:15 Uhr - 50150 Clicks - Nr. 726

Beschluss der SPD-Landtagsfraktion zur HSH Nordbank

Die SPD-Landtagsfraktion hat heute das Thema HSH Nordbank erörtert. Sie hat folgenden Beschluss gefasst.

1. Die SPD-Landtagsfraktion bekräftigt ihre Überzeugung, dass das Land Schleswig-Holstein, das zusammen mit Hamburg über 80 % der Anteile der HSH Nordbank hält, im Aufsichtsrat der HSH Nordbank politisch vertreten sein sollte. Bislang waren 4 von 20 Aufsichtsratsmitgliedern Politiker/innen der beiden Bundesländer. Die Reduzierung der politischen Vertretung auf Null könnte als Problem lösende Antwort auf die Krise der HSH Nordbank missverstanden werden. Dabei stellt nur eine politisch verantwortliche Vertretung sicher, dass die Interessen des Landes vertreten werden. Auch die Wahrnehmung der politischen Verantwortung und die Information des Parlaments können über eine derartige Vertretung am besten realisiert werden.
2. Die Vertretung muss zuallererst durch den Finanzminister, dem die Beteiligungsverwaltung unterstellt ist, geleistet werden. Die SPD-Landtagsfraktion stellt fest, dass die SPD in der Vergangenheit immer bereit war, zusätzlich einen Landesminister aus ihren Reihen in den Aufsichtsrat zu entsenden.
3. Sollte trotzdem auf eine politische Vertretung verzichtet werden, so bleibt der

Finanzminister gegenüber dem Parlament für alle die HSH Nordbank betreffenden Fragen verantwortlich.

4. Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, für den Fall des Rückzugs der Politik aus dem Aufsichtsrat, über eine Änderung der Landeshaushaltsordnung sowie in der Satzung des Gesellschafterausschusses umfassende Informations- und Berichtspflichten gegenüber dem Parlament festzuschreiben.

5. Die SPD-Landtagsfraktion erwartet, dass die Beschlüsse des Landtages zu den Vorstandsbezügen eingehalten werden.

6. Die SPD-Landtagsfraktion arbeitet konstruktiv im PUA mit und lehnt jedwede Beschneidung der Oppositionsrechte in diesem Zusammenhang ab.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 01.07.2009, 16:00 Uhr - 7035 Clicks - Nr. 727

MdB Dr. Wodarg unterstützt Aktion der Traditionsschifffahrt zur Kieler Woche

Hier meine Pressemitteilung zur Black-Flag-Aktion, mit der ich die Anliegen unserer Traditionsschifffahrt unterstütze. Die Traditionsschiffe in unserer Region sind in Bedrängnis, weil an sie durch Behörden in Dänemark und in Deutschland Ansprüche gestellt werden, als wären sie moderne Handels- oder Ausflugsschiffe. Das sind sie zum Glück nicht, und wir wollen sie weiterhin und möglichst oft unter Dampf oder unter Segeln fahren sehen!



Wodarg: "Die Traditionsschifffahrt muss über nationale Grenzen hinweg erhalten und gefördert werden."

An Bord der "Pippilotta" in Kappeln informierte sich der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg bereits vor einigen Wochen über die aktuelle Problemlage der Traditionsschiffe. Zur Kieler Woche unterstützt Wodarg nun die Aktion "Blackflag", die auf die Uneinigkeit der europäischen Staaten und die Probleme bzgl. der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Vorschriften für die Traditionsschiffe aufmerksam machen möchte.

Auf über 100 historischen Wasserfahrzeugen weht eine schwarze Flagge mit einem weißen Fragezeichen - es werden Unterschriften gesammelt, Fragen beantwortet und in großem Maßstab auf vielen Schiffen über die Probleme informiert.

Wolfgang Wodarg hat während der Kieler Woche Kontakt mit der Crew des Jugendschulschiffes "Thor Heyerdahl" und mit Interessenvertretern der GSHW (Gemeinsame Kommission für historische Wasserfahrzeuge) aufgenommen, um sich über den Verlauf der Blackflag-Aktion und die grundlegende Problematik weiter zu informieren.

"Ob es sich um die Alexandra in Flensburg oder die Pippilotta in Kappeln handelt, bei uns an der Küste wird man als Politiker immer wieder auf die Probleme der Traditionsschifffahrt angesprochen. Ich verstehe das gut, denn es ist nicht hinnehmbar, dass Nachbarn auf beiden Seiten enger Förden und Belte in Bezug auf ihre gemeinsame maritime Tradition nicht fürsorglicher zusammenwirken.

Die Eigner, die mit einem großen persönlichen und ökonomischen Einsatz diese historischen Schiffe für zukünftige Generationen erhalten, leisten durch die Pflege des maritimen Brauchtums und durch ihre begeisterte Jugendarbeit an Bord auch einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. Sie brauchen eine verlässliche, internationale Rechtsgrundlage für den Betrieb der Schiffe, insbesondere über nationale Grenzen und Bürokratien hinweg.

Aus diesem Grunde unterstütze ich die Aktion "Blackflag" aus ganzem Herzen!" solidarisiert sich Dr. Wodarg, der wegen dieser Problematik bereits mehrfach Kontakt mit dem Bundesverkehrsminister aufgenommen hat.

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 02.07.2009, 08:13 Uhr - 8261 Clicks - Nr. 728

Berlin-Fahrt für jedermann mit dem SPD Kreisverband Rendsburg - Eckernförde

Weil Politik, die die Bürger betrifft, nicht nur in Kiel gemacht wird, organisiert der Kreisverband der SPD - zum ersten Mal speziell für den Südkreis - eine dreitägige Fahrt nach Berlin vom 16. bis 18. Oktober 2009.

In Berlin wird die langjährige Abgeordnete des Deutschen Bundestages für den Kreis RD-ECK, Ulrike Mehl, wesentliche Teile des Programms vermitteln.

Die Fahrt (mind. 40 Teilnehmer) beinhaltet neben dem Bustransfer von Bordesholm, Nortorf, Aukrug und Hohenwestedt nach Berlin und zurück: zwei Übernachtungen mit Frühstück im DZ, einen Besuch im Reichstag und der Reichstagskuppel, einen Rundgang durch die historische Mitte Berlins, eine intensive Stadtrundfahrt sowie eine Führung in Potsdam durch die Parkanlagen von Sanssouci. Neben dem Programm bleibt aber auch genügend Zeit zur eigenen Gestaltung bzw. zur Eigenerkundung von Berlin.

Der Kostenbeitrag beträgt € 185,-- pro Person im Doppelzimmer (EZ + € 50,--)

Für die Fahrt gibt es noch freie Plätze. Wer sich jetzt entscheidet, hat gute Chancen, mitzukommen.

Interessenten werden gebeten, sich bei:

Heidrun Isolt, Admiral-Scheer-Str. 6, 24340 Eckernförde, Tel: 04351 83226, E-Mail: isolt@gmx.net, anzumelden.

Keine Kommentare

SPD Initiative: Existenz des Frauennotrufes sichern!

Ohne zusätzliche Unterstützung ist die weitere Arbeit des Frauennotrufes nicht mehr gesichert. Dies war der Grund für eine erfolgreiche SPD-Initiative im Gleichstellungsausschuss. „Die Arbeit des Frauennotrufes ist für Flensburg unverzichtbar, wir müssen dieses Beratungsangebot aufrecht erhalten. Dazu ist es erforderlich ihm im Jahr 2010 mit zusätzlich 10.000 Euro zu unterstützen.“, begründete der SPD-Vorsitzende Helmut Trost den Antrag seiner Fraktion. Der „frauen.notruf Flensburg e.V.“ hält ein Beratungsangebot vor für Frauen, die sexualisierte Gewalt erfahren mussten. Diese Beratung kann in diesem Umfang und vor allen Dingen in dieser Qualität nicht von einem anderen Träger in Flensburg geleistet werden. Die Förderung durch das Land Schleswig-Holstein beträgt Euro 26.500,--.



Im Vergleich mit anderen Vereinen gleicher oder ähnlicher Art, ist dies eine unterdurchschnittliche Förderung. Die notwendige Anpassung der Förderungssumme ist nicht möglich, da das Land einen Doppelhaushalt 2009/2010 beschlossen hat, der nicht verändert werden kann.

Die SPD will, dass die unverzichtbare Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen fortgesetzt werden kann. „Wir wollen die Frauen nicht im Stich lassen“, so Inge Krämer, die den Antrag für die SPD im Gleichstellungsausschuss einbrachte: „Mit der bisherigen Finanzausstattung wäre die Fortsetzung der Arbeit nicht möglich.“ Die SPD-Initiative fiel im Gleichstellungsausschuss auf fruchtbaren Boden: Er wurde einstimmig beschlossen. Für die Zeit nach 2010 muss ein neues Finanzierungsmodell gefunden werden.

Keine Kommentare

Kräfte bündeln und vor Ort kompetent helfen -

Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus gegründet

Erscheinungsdatum: 02.07.2009

Ein Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus will Bürgern, staatlichen Stellen und gesellschaftlichen Organisationen helfen, auf rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen schnell und wirksam zu reagieren.

Dafür stehen Fachleute aus Verwaltung, Kommunen, der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit sowie der Polizei und der Justiz zur Verfügung. „Wir bündeln unsere Kräfte, um vor Ort kompetent und gezielt zu beraten“, sagte Innenminister Lothar Hay am Donnerstag (2. Juli) in Kiel. Zwei Mitarbeiter aus der freien Jugendhilfe, die Erfahrungen im Umgang mit rechtsextremistischer „Kundschaft“ haben, stehen als so genannte Erstberater in der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus beim Rat für Kriminalitätsverhütung im Innenministerium zur Verfügung. Sie recherchieren den Fall. Erstberater und Landeskoordinierungsstelle stimmen sich dann über das weitere Vorgehen ab und unterbreiten ein konkretes Beratungsangebot. Die Landeskoordinierungsstelle kann darüber hinaus ein mobiles Interventionsteam vor Ort schicken. Dieses Team besteht aus den Erstberatern und je

nach Bedarf ausgewählten Experten aus dem Beratungsnetzwerk.

Diese Teams können beispielsweise zum Einsatz kommen, wenn Rechtsextremisten versuchen sollten, gesellschaftliche Institutionen wie Vereine oder Verbände zu unterwandern oder selbst Bürgerinitiativen zu bilden oder auch wenn Jugendliche in ein rechtsextremes Milieu abzugleiten drohen und Eltern oder Lehrer fachkundige Unterstützung brauchen. Veranstaltungen mit rechtsextremistischem, fremdenfeindlichem und antisemitischem Hintergrund bilden ebenso das Aktionsfeld der mobilen Interventionsteams wie Versuche von Rechtsextremisten, Immobilien zu übernehmen, um sie für ihre Zwecke zu nutzen.

Die mobile Krisenintervention hat die Aufgabe, gemeinsam mit den Betroffenen oder örtlichen Ansprechpartnern wie den Räten für Kriminalitätsverhütung, der Polizei, Vertretern der Jugend- und Sozialarbeit, Schulen, Stadtteilarbeit, von Vereinen oder Religionsgemeinschaften die Situation zu analysieren und eine Lösung zu entwickeln. Dabei steht Hilfe zur Selbsthilfe und die Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen und Netzwerken im Vordergrund.

Hay bezeichnete das Beratungsnetzwerk als einen wichtigen Schritt, dem Konsens der Demokraten im Kampf gegen den Rechtsextremismus neue Impulse zu geben. „Wir müssen unsere Kräfte bündeln, wenn wir erfolgreich sein wollen“, sagte der Minister. Es gehe darum, den Widerstand so früh wie möglich zu organisieren. Rechtsextremisten dürften keine Chance haben, sich ungestört und unbeobachtet auszubreiten. „Von dem Beratungsnetzwerk geht die Botschaft aus, dass der Rechtsstaat gegen seine Feinde entschlossen vorgeht“, sagte Hay.

Das Beratungsnetzwerk Schleswig-Holstein ist Teil des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“, für das in diesem und im nächsten Jahr insgesamt zehn Millionen Euro zur Verfügung stehen, wovon 450.000 Euro nach Schleswig-Holstein fließen. Mitglieder des schleswig-holsteinischen Beratungsnetzwerkes sind das Ministerium für Soziales und Jugend, der Landesjugendhilfeausschuss, das Bildungs- und das Justizministerium, der Rat für Kriminalitätsverhütung, der Landesverfassungsschutz sowie der Staatsschutz des Landeskriminalamtes. Außerdem wirken der Städteverband Schleswig-Holstein, die Arbeiterwohlfahrt Kiel, das Haus der Kultur in Lübeck, das Christliche Jugenddorf Eutin, die Stadt Neustadt in Holstein als Koordinierungsstelle für das Programm „Vielfalt.Tut.Gut“ sowie die Aktion Kinder- und Jugendschutz mit. Ebenfalls dabei sind der DGB Nord, der Landessportverband, der Landesjugendring, Rhetoriktrainer, eine Mediatorin und ein Rechtsanwalt.

Die Zusammensetzung des Beratungsnetzwerkes zeigt nach Überzeugung von Hay, dass es gelungen ist, den Fachverstand aus allen Bereichen von Staat und Gesellschaft zusammenzuführen, die im Kampf gegen den Rechtsextremismus wertvolle Hilfe leisten können. Je nach Bedarf könnten wichtige Kompetenzen abgerufen werden, etwa Kenntnisse über rechtsextremistische Strategien und Strukturen, Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit, juristische Fachkenntnisse, praktische Erfahrungen aus der Arbeit in kommunalen und regionalen Netzwerken und in der interkulturellen Arbeit. Das Beratungsnetzwerk soll zunächst bis Ende 2010 arbeiten.

Beispiele für die Arbeit des Beratungsnetzwerkes:

Konflikte in der Schule

An einer Schule kommt es zu einer Schlägerei. Zwei Gruppen sind darin verwickelt, eine davon mit Migrationshintergrund. Die Befragung der beteiligten Schüler sowie weiterer Schüler durch

den Klassenlehrer und die Schulleitung klärt weder den Anlass, noch den Hintergrund und Ablauf des Vorfalls. Einige Schüler – darunter diejenigen ohne Migrationshintergrund – sehen die Ursache in einer Schubserie, die von einem Schüler mit Migrationshintergrund begonnen wurde. Genau umgekehrt sehen es andere, insbesondere diejenigen mit Migrationshintergrund. Sie stellen den Vorfall in einen Zusammenhang mit früheren Konflikten und erklären, dass die erste Rangelei durch massive persönliche und rassistische Beleidigungen sowie aggressive Provokationen der anderen Gruppe ausgelöst worden sei. Der Klassenlehrer wiederum hat den Eindruck, dieser Vorfall war nur die Spitze eines Eisberges von gezieltem Mobbing gegen Schüler/innen mit Migrationshintergrund. Er vermutet, dass besonders einflussreiche Schüler/innen mit zumindest latent rechtsextremer Orientierung die Verursacher sind, und bringt den Vorfall in der Gesamtkonferenz zur Sprache. Gleichzeitig wendet er sich mit der Bitte um Unterstützung an das Beratungsnetzwerk.

Wie kann eine anlassbezogene Intervention aussehen?

Die Anfrage des Lehrers nimmt ein Beratungsteam entgegen, das auf entsprechende Konflikte an Schulen spezialisiert ist. Es stellt sofort einen persönlichen Kontakt her und versichert sich danach der Zustimmung der Schulleitung. Denn ohne Erlaubnis können die externen Berater als schulfremde Personen nicht auf dem Schulgelände agieren.

Die ersten Schritte

Recherche:

Medien- und Literaturrecherche zur allgemeinen Orientierung im Sozialraum,

persönliche Befragung von relevanten Ansprechpartner/-innen aus dem Sozialraum von administrativen Akteuren zur Situation vor Ort – ohne konkrete Benennung des Falls.

Überprüfung der ersten Lageeinschätzung durch Gespräche mit Lehrer/innen, gegebenenfalls Schulsozialarbeiter/innen, Schüler/innen, Betroffenen, Zeugen sowie Schülervertreter/innen und gegebenenfalls Eltern.

Die Erstgespräche orientieren sich an den folgenden Fragstellungen:

Gibt es zusätzliche Informationen zum Vorfall und seinen Hintergründen?

Was wurde bisher unternommen und was ist geplant?

Wie wird die Situation an der Schule insgesamt eingeschätzt?

Gibt es Hinweise auf Gruppenkonflikte?

Wie wird an der Schule mit der Verschiedenheit ethnischer und soziokultureller Herkunft umgegangen? Gibt es rassistische oder ethnisierende Zuordnungen oder Zuschreibungen vonseiten der Lehrer/-innen oder in Unterrichtsinhalten? Was wird wie und wo thematisiert?

Welche sind die weiteren Themen, Problemlagen, Perspektiven und Umstände, die im Kollegium, unter den Schüler/innen und in ihrem familiären und sozialen Umfeld diskutiert werden?

Welche sozialen und soziokulturellen Unterschiede, Veränderungen und Herausforderungen wirken auf das Miteinander in der Schule ein – und wie wird damit umgegangen?

Welche Ressourcen gibt es? Gibt es eine aktive Schüler- und Elternvertretung, eine Schülerzeitung, Konfliktlotsen, besondere Projekte zur Auseinandersetzung mit Vorurteilen und Diskriminierung, zur Demokratie- und Menschenrechtsbildung oder zum Umgang mit Vielfalt und Verschiedenheit?

Wie ist die Schule mit ihrem Umfeld vernetzt? Mit welchen externen Partner/-innen arbeitet sie bisher zusammen?

Was für Anliegen und Anforderungen haben die am Schulleben Beteiligten hinsichtlich der Schulentwicklung, der Unterstützung durch das Schulamt und/oder externe Kooperationspartner? Und welche Rolle spielt dabei der Umgang mit Vielfalt und Verschiedenheit beziehungsweise die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit?

Wo und wie kann eine externe Beratung und moderierende Konfliktintervention unterstützen?

Beispiele für die Beratung von schulischen Akteuren und schulischen Gremien:

Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse beim Auftraggeber, dem Klassenlehrer, der Schulleitung, in den schulischen Gremien und/oder bei einzelnen Akteursgruppen wie Lehrer/-innen-, Schüler/-innen- und/oder Elterngruppen.

Erarbeitung und Diskussion von Handlungsempfehlungen, zum Beispiel:

fallbezogene Konfliktschlichtung gegebenenfalls unter Einbeziehung weiterer Kooperationspartner wie der Schulverwaltung und spezialisierter Dienststellen, Präventionsbeamten der Polizei, Fachberatungen oder Vermittler.

Anti-Gewalt-Trainings und/oder andere Workshops für Lehrer und Schüler, Konfliktlotsen- oder Peerleaderprojekte

Einrichtung besonderer Gremien, eines innerschulischen Meldesystems für

Diskriminierungsfälle, Schulprojekttag zum Thema Rassismus.

Beteiligung am Projekt „Schule OHNE Rassismus – Schule MIT COURAGE“,

Organisation eines partizipativ orientierten Prozesses zur Leitbild- und Schulentwicklung

Vermittlung von Kontakten zu den betreffenden Einrichtungen, Projekten und Initiativen.

Eine „Nationale Bibliothek“

Die erste Information

Eine Kleinstadt, 14.000 Einwohner, Gewerbe, Verwaltung mit einem regionalen Problem: NS-Kameradschaft, Vereinsleben, Sport, Wehrkunde, Subkulturen.

Ein Teppichhändler vor Ort geht in Konkurs. Die Abwicklung übernimmt die örtliche Sparkasse und versteigert das Ladengeschäft mit Wohnung im Stadtkern. Zudem soll eine Mieterin gleichen Hauses aus ihrer Wohnung vertrieben werden, „weil sie stört“, obwohl ein Mietvertrag existiert.

Die Käufer schließlich sind zwei stadtbekannte „Netzwerker-Nazis“. Dieser Hintergrund ist in der Stadtverwaltung bekannt. Zur gleichen Zeit wird die Stadtbibliothek geschlossen. Und es wird publik, dass Rechtsextremisten eine Bibliothek mit einem Veranstaltungsangebot in der ehemaligen Kaufhalle einrichten wollen.

Bewertung der Information

Ein kultureller und politischer Konflikt zwischen rechtsextremen Kräften und demokratischer Bürgerschaft bahnt sich an.

Eine Mieterin muss geschützt, ihr Recht gesichert werden.

Demokraten und Unternehmen sollten, wenn ihnen an einem demokratischen Klima liegt, handeln. Eine demokratische Kultur im Ort verbessert das Image der Stadt und sollte somit als wichtiger Standort- und Tourismusfaktor begriffen werden.

Was tun?

Kontakt zur Mieterin aufnehmen, Hilfen besprechen, juristische Möglichkeiten prüfen, erforderliche Partner und Verantwortliche bestimmen und kontaktieren.

Verwaltung und Politik ansprechen, deren politische Position feststellen, politisches Handeln

einfordern, Parteien und Wahlbündnisse aktivieren.

Mit Unternehmen, die von dem rechtsextremen Projekt betroffen werden, zum Beispiel wenn Kunden sich zurückziehen, Kontakt aufnehmen, Interessenlagen feststellen und Ideen sammeln, um das rechtsextreme Projekt abzuwenden.

Gemeinsam mit aktiven Bürgern nach Alternativen zur „Nationalen Bibliothek“ suchen und dabei die Öffentlichkeit einbeziehen.

„Sterben“ der Stadtbibliothek verhindern, neues Konzept entwickeln.

Abgeordnete als unmittelbare Bürgervertreter ansprechen und einbinden.

Professionelle Berater wie das Beratungsnetzwerk oder andere Organisationen wie Community Coaching ansprechen und einbinden.

Rechtliche Verantwortlichkeiten der Besitzer und ihre Erfüllung prüfen und gegebenenfalls bei Rechtsverletzungen Verfahren durch die zuständige Verwaltung anmahnen.

Ständige „Manöverkritik“ organisieren und gewährleisten.

Ein weiteres Beispiel:

Auf dem Sommerfest einer kleinen Gemeinde kommt es zu Handgreiflichkeiten zwischen den Besuchern, nachdem einige Jugendliche den Hitlergruß gezeigt und fremdenfeindliche Parolen gegrölt hat. In den folgenden Gesprächen zwischen der Bürgermeisterin, der Polizei und örtlichen Jugendeinrichtungen wird deutlich, dass vergleichbare Vorfälle schon öfter stattgefunden haben. Die Bürgermeisterin wendet sich mit der Bitte um Beratung an die Koordinierungsstelle ihres Bundeslandes.

Ausgehend von der konkreten Problemstellung stellt die Landeskoordinierungsstelle gemeinsam mit dem landesweiten Beratungsnetzwerk ein Team zusammen mit einer Mitarbeiterin des Jugendamtes, einem Polizisten, einer Expertin für Rechtsextremismus und einem Jugendarbeiter, der Erfahrungen mit Verbandsstrukturen im ländlichen Raum hat. Nach einem ersten Gespräch mit den örtlichen Jugendvereinen und der Gemeindevertretung stellt sich heraus, dass die örtlichen Jugendarbeiter seit geraumer Zeit beobachten, wie sich rechtsextreme Einflüsse über Musik, Kleidung und fremdenfeindliche Äußerungen verankern. Die Behörden sind mit dieser Entwicklung bislang überfordert. Ein Workshop informiert über rechtsextreme Symbolik und trainiert die örtlichen Jugendarbeiter in Argumentationstechniken. Zusätzlich erarbeiten die Vereine einen Ehrenkodex, in dem sie die Werte Demokratie und Toleranz herausstellen. Spezielle Bildungsveranstaltungen in der Folgezeit sollen die jungen Menschen vor Ort nachhaltig immun machen gegen die dumpfen Parolen rechtsextremistischer Ideologen.

Weitere Informationen gibt es auf kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus und auf der Seite des Beratungsnetzwerkes Schleswig-Holstein

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

Urteil zu Zeugen Jehovas kaum erträglich

Zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Leipzig, die Zeugen Jehovas als „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ anzuerkennen und damit die Klage des Landes Berlin abzuweisen, erklärt der kirchenpolitische Sprecher der SPD-Landtagfraktion, Rolf Fischer:

Die Entscheidung ist aus sozialen und politischen Gesichtspunkten kaum erträglich. Sie ist eine Abqualifizierung der Menschen, die den schweren Weg des Sektenausstiegs gewählt und auch öffentlich kritisch zu den „Zeugen Jehovas“ Stellung gültig.

Die weitgehende Vergleichbarkeit mit den großen Kirchen ist nun juristisch gegeben, die großen ethischen, moralischen, sozialen und theologischen Zweifel an der Sekte aber bleiben. Innerhalb der Organisation der Zeugen Jehovas wird Druck ausgeübt, die Mitglieder werden bewusst gesellschaftlich isoliert und Außenkontakte minimiert; es werden Wahlenthaltung und damit antidemokratisches Verhalten gepredigt, lebensrettende Bluttransfusionen abgelehnt. Für uns sind die Zeugen Jehovas nach wie vor eine Sekte. Diese muss weiterhin im Fokus der Sektenbeauftragten und kritischen Beobachter bleiben. Das Urteil ist keine Entwarnung!

Eine Hoffnung bleibt: Auch dieses Urteil wird aus einer Sekte keine Kirche machen!

In Schleswig-Holstein gehören nach eigenen Angaben der Zeugen Jehovas rund 7.500 Menschen der Gruppe an, rund 6.200 als Mitglieder, 1.300 Personen als sogenannte „ungetaufte Verkünder“. Ob diese Zahlen der Wahrheit entsprechen, ist nicht nachweisbar. Die Gruppe bietet aus Missionszwecken z.B. Seelsorge in Krankenhäusern und Gefängnissen an. (Daten aus: Antwort der Landesregierung auf meine Große Anfrage „Kirchen und Religionsgemeinschaften in Schleswig-Holstein“ vom Mai 08)

Kommentar von [Helga Gutttau](#) vom 29.09.2013, 16:07 Uhr:

RE: Urteil zu Zeugen Jehovas kaum erträglich

Sie sollten sich als Mitglied des Landtages schämen, Ihre persönliche Hass-Kampagne gegen eine staatl. anerkannte Religionsgemeinschaft öffentlich zu führen, die sich aus integren, ehrlichen und menschenfreundlichen, absolut sozial integrierten, Mitgliedern zusammensetzt.

Kommentar von [M. Löscher](#) vom 07.07.2009, 13:35 Uhr:

RE: Urteil zu Zeugen Jehovas kaum erträglich

Es ist schon sehr erstaunlich, dass am 02.07.2009 ein nunmehr schon 3 1/2 Jahre alter rechtskräftiger Beschluss des BVerwG Leipzig 01.02.2006 (Az.: 7 B 80.05 vom 01.02.2006) kommentiert und als "kaum erträglich" angeprangert wird. Noch erstaunlicher ist aus meiner Sicht, dies in einer Form zu tun, die mindestens 7.500 Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner als "gesellschaftlich isolierte" und um "Außenkontakte minimierte" "Sekten"anhänger stigmatisiert. Von einem Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages hätte ich mir eine sachlichere Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung des BVerwG und den daraus resultierenden Folgen gewünscht. Eine solche sachliche Betrachtungsweise hat dagegen die Landesregierung Schleswig-Holstein mit den dazu zählenden SPD-Vertreterinnen und Vertretern gefunden, die am 08.05.2009 dieser Glaubensgemeinschaft auch nach Schleswig-Holsteinischem Landesrecht den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Gebiet des Bundeslandes Schleswig-Holstein bestätigt hat. Es bleibt zu wünschen, dass auf dieser Basis künftig respektvoll(er) und sachlich(er) argumentiert wird, nachdem man zu immer wieder geäußerten Vorwürfen alle beteiligten Seiten und Meinungen kennengelernt und objektiv bewertet hat.

Kommentar von [schmid](#) vom 03.07.2009, 22:43 Uhr:

RE: Urteil zu Zeugen Jehovas kaum erträglich

Vielleicht wird dann mal bei den Großkirchen genauer hingeschaut. Glanz, Gloria und Kirchensteuer ade!

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 02.07.2009, 14:41 Uhr - 4659 Clicks - Nr. 732

Lothar Hay: Gewaltmonopol bleibt beim Staat

Kooperationen zwischen Polizei und privaten Sicherheitsunternehmen jedoch sinnvoll

Erscheinungsdatum: 02.07.2009

Die Landespolizei hat künftig 55 neue Kommissare. Die 22 Frauen und 33 Männer haben ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen. Sie werden in der Einsatzhundertschaft, im Streifendienst und in der Sachbearbeitung eingesetzt.

Auch sieben Sicherheitsfachwirte und ein Bachelor of Art – Sicherheitsmanagement - schlossen ihr Studium im Fachbereich Polizei der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung erfolgreich ab.

Innenminister Lothar Hay sprach sich während der Abschlussfeier am Donnerstag (2. Juli) in Kiel für eine enge Sicherheitspartnerschaft zwischen Polizei und privaten Sicherheitsunternehmen aus. „Private Sicherheitsdienstleister sind ein Teil der Sicherheitsarchitektur in Deutschland“, sagte der Minister. Das Gewaltmonopol bleibe dennoch weiterhin beim Staat. Es stehe nicht zur Disposition. Allerdings seien Kooperationen zwischen Polizei und privaten Sicherheitsdiensten im Interesse der öffentlichen Sicherheit aller Bürger sinnvoll.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 02.07.2009, 15:17 Uhr - 11746 Clicks - Nr. 733

Porträt eines Abgeordneten

Warum wird man Politiker? Was reizt einen Politiker an seinem Beruf und was frustriert ihn manchmal? Und wie funktioniert überhaupt Politik? Diese Fragen haben sich die Internationalen Parlamentsstipendiatinnen Andra Jakovica und Franziska Dasnoy gestellt.

Daraus entstanden ist ein Interview mit Jörn Thießen über seinen politischen Werdegang, seine Überzeugungen und seine persönliche Einschätzung der politischen Lage in den Heimatländern der Stipendiatinnen.

Das Interview finden Sie [hier](#).

Keine Kommentare

Sozialpass

Norderstedt bekommt einen Sozialpass

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Sozialausschuss auf seiner Sitzung am 18. Juni beschlossen, dass ein Sozialpass für die Stadt Norderstedt eingeführt wird.

Dieser über die Verwaltung auszustellende Pass soll als Legitimation zur Kostenreduzierung zum Beispiel in den Bereichen Kultur und Arriba-Erlebnisbad genutzt werden können. Bezugsberechtigt sind Personen, die Grundsicherung beziehen.

Ob es eine Ermäßigung gibt und wie hoch diese gegebenenfalls ausfällt, müssen die jeweiligen Träger selbst entscheiden. Für das Arriba wurde bereits vor gut einem Jahr ein Sozialtarif beschlossen, der nun umgesetzt werden kann.

„Nach gründlicher Diskussion im Ausschuss haben wir den Vorschlag, den berechtigten Personenkreis innerhalb der nächsten zwei Jahre durch die Verwaltung überprüfen und genauer definieren zu lassen, in unseren Antrag mit aufgenommen. Denn natürlich sollen auch Menschen berücksichtigt werden, die zwar wenig verdienen, aber keine staatlichen Leistungen beziehen. Mit dem aktuellen Beschluss ist ein guter Anfang gemacht“, so Stadtvertreter Sören Platten, der die entsprechenden Anträge sowohl in den Sozialausschuss als auch in den Stadtwerkeausschuss eingebracht hat.

Der Sozialpass wurde mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen. „Besonders freuen wir uns darüber, dass der Sozialpass mit den Stimmen beider großer Parteien beschlossen worden ist. So kann davon ausgegangen werden, dass dieses Projekt eine dauerhafte Perspektive in unserer Stadt besitzt.“, so Sören Platten abschließend.

Kommentar von [Heiner Köncke](#) vom 03.07.2009, 11:18 Uhr:

RE: Sozialpass

Es ist leider erschreckend bezeichnend, dass die "Linke" bei ihrer Herzensangelegenheit nicht zugestimmt hat. Profilneurose lässt grüßen.

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 02.07.2009, 23:21 Uhr:

RE: Sozialpass

Die CDU stimmt für einen Sozialpass? Sozialdemokratische Politik im konservativen Gewand, alle Achtung.... Soetwas wurde langsam Zeit und es freut mich, dass Norderstedt bürgerfreundlicher wird. Allerdings sollten sich die Stadtvertreter hierauf nicht ausruhen, sondern mehr tun. Daumen hoch! Sozialistische Grüße Patrick

Meister gegen Helden: ein spannendes Gastspiel des dt. Meisters in Flensburg

Der VFL Wolfsburg war zu Gast im Mürwiker Stadion von Flensburg 08 und spielte wahrlich meisterhaft. Die Elf von Flensburg 08 war dadurch keinesfalls entmutigt, sondern zeigte sich kämpferisch und ausdauernd bis zu den letzten fünf Minuten, in denen Rene Schuckat für den Gastgeber das Ehrentor schoss. Als Hobby-Fotograf hat Dr. Wolfgang Wodarg das Spiel dokumentiert.



Die großen Namen des deutschen Fußballmeisters VFL Wolfsburg hatten fast 4000 Zuschauer ins Flensburger Stadion gelockt. Das Team von Trainer Armin Veh aus der VW-Stadt gewann gegen den Schleswig-Holstein-Ligisten Flensburg 08 mit 9:1.

VFL-Torschützen wie Grafite, Costa, Caiuby, Esswein oder Radu wurden bejubelt und mussten nach dem Spiel zahllose Autogramme auf Zettel, T-shirts, Fussbälle, Unterarme und in Fan-Alben schreiben.

Den größten Jubel erntete jedoch Rene Schukat von Flensburg 08, als er in der 86. Minute das Ehrentor für die Flensburger schoss.

Weil die meisten Fotografen sich wegen der höheren Tor-Erwartung bei den Flensburger Pfosten platziert hatten, habe ich, weil ich dieses spannende Spiel als Hobby-Fotograf begleitet habe, mich optimistisch und solidarisch am Tor der Wolfsburger auf die Lauer gelegt. Ich wurde nicht enttäuscht und kann jetzt als einziger Foto-Zeuge das Bild des Flensburger Ehren-Treffers durch Rene Schukat hier präsentieren.

[HIER WEITERE BILDER](#)

Viel Spaß bei der Bilder-Show!

Euer/Ihr
Wolfgang Wodarg

Die Tore hier in der Spielreihenfolge:

0:1 -7.Min. -5 Ricardo Costa
0:2 -14. Min -11 Caiuby
0:3 -26. Min -27 Alexander Esswein
0:4 -27. Min -23 Grafite
0:5 -45. Min -5 Ricardo Costa
0:6 -63. Min -27 Alexander Esswein
0:7 -66. Min. -29 Sergiu Radu
0:8 -76. Min -34 Mahir Saglik
1:8 -86 Min. -3 René Schukat
1:9 -90. Min. -29 Sergiu Radu

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 04.07.2009, 15:51 Uhr - 7322 Clicks - Nr. 736

Regio-Kliniken - Bürgerinnen und Bürger sollen entscheiden

Über die Zukunft der Regio-Kliniken sollen alle Bürger und Bürgerinnen entscheiden fordert MdB Dr. Ernst-Dieter Rossmann
Die Chaos Strategie des Landrates zur Privatisierung müsse beendet werden. Die CDU ist aufgefordert, ihren Landrat endlich zur Vernunft zu bringen.

„Das ist schon einmal ein erstes Zeichen, dass auch in der CDU die vernünftigen Stimmen mehr Gewicht bekommen.“ Der



Bundestagsabgeordnete und Elmshorner SPD-Ortsvorsitzende Dr. Ernst Dieter Rossmann sieht in den jüngsten Beschlüssen des CDU-Kreisverbandsausschusses nicht nur ein beginnendes Umdenken gegen den „radikalen Privatisierungskurs“ bei den Regio-Kliniken, sondern auch eine „kräftige Ohrfeige“ für den CDU-Landrat Dr. Grimme.

Rossmann: „Der Landrat hat sich ja leider als ein echtes Unglück für den Kreis erwiesen, was die Chaos-Strategie in Bezug auf die Kliniken angeht.“ Es sei nur gut, wenn sich die CDU jetzt von dem „abenteuerlichen Konzept“ des Management buy out MBO durch die bisherigen Spitzenmanager verabschieden würde. Rossmann: „Das hat überall nur Kopfschütteln ausgelöst, egal mit welchen Menschen man ins Gespräch gekommen ist. Die Kliniken und die Gesundheit der Bürger sind ein viel zu kostbares Gut, um sie solchen abwegigen Experimenten auszusetzen.“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete fordert jetzt die CDU und FDP-Kreistagsfraktion auf, im Interesse Elmshorns aber auch der anderen Kliniken das „Phantasie-Model des MBO“ endgültig aufzugeben.

Auch die beschlossene „Vollbremsung“ für den CDU-Landrat, nicht ohne ein transparentes und ordnungsgemäßes Verfahren vorzugehen, findet ausdrücklich die Zustimmung der SPD-Elmshorn. Rossmann: „Was die CDU im Kreis hier beschließt, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Es muss im Kreis mit Landrat Dr. Grimme offensichtlich schon weit gekommen sein, das dieses ihm von der CDU auch noch extra ins Stammbuch geschrieben werden muss. Hier läuft bei der CDU im Kreis aber mittlerweile alles Mögliche schwer durcheinander.“

Rossmann: „Der Landrat und die CDU und FDP im Kreistag würden in der Tat gut daran tun, die Zukunft der Kliniken auf eine möglichst breite Basis zu stellen, nämlich einen Bürgerentscheid durch alle Bürgerinnen und Bürger des Kreises.“ Schließlich sei eine Sicherung der Daseinsvorsorge für die Gesundheit durch die Kliniken eine der wichtigsten Zukunftsfragen der Kreispolitik überhaupt. Rossmann: „Schon deshalb sollte die CDU sich der Initiative für einen Bürgerentscheid möglichst schnell anschließen.“

Kommentar von [Manneck](#) vom 06.07.2009, 21:53 Uhr:

RE: Regio-Kliniken - Bürgerinnen und Bürger sollen entscheid

Ich wäre bereit, im Rahmen eines Genossenschaftsmodells Geld bei den Regio-Kliniken einzubringen. Vielleicht gibt es noch mehr Menschen im Kreis, die auf diese Weise die Regiokliniken mit Kapital versorgen könnten. Möglicherweise kann den Genossen einer solchen Genossenschaft etwas anderes als eine üppige Dividende angeboten werden. Ich bin sehr dafür, dass das Problem der Regio-Kliniken nicht nur betriebswirtschaftlich sondern auch volkswirtschaftlich betrachtet wird. Ich befürchte, dass bei einer betriebswirtschaftlichen Lösung überwiegend die Gewinnerzielung im Vordergrund stehen wird. Was das bedeutet kann ich bei meinen Arztbesuchen miterleben, wenn ich als Privatpatient z. B. sehr kurzfristig Termine erhalte oder sehr aufwendig untersucht werde. Aus dem volkswirtschaftliche Blickwinkel heraus, könnte man auch die Kosten und den Zeitaufwand der Patienten betrachten, wenn sie z. B. ein entfernt liegendes Krankenhaus aufsuchen müssen, weil vielleicht das ortsnahe Krankenhaus geschlossen wurde. An den Bundestagsabgeordneten hätte ich noch eine Bitte zum Thema "Aufkauf von Arztpraxen". Bitte finden Sie eine Möglichkeit, wie der ungezügelter Aufkauf der Arztpraxen reguliert werden kann. Meines Erachtens führt die Möglichkeit des Aufkaufs von Arztpraxen dazu, dass in unserem Falle den Regio-Kliniken die Patienten weggefischt werden, in dem Arztpraxen anderer Kliniken die Patienten in die eigenen Kliniken einweisen. Mit freundlichem Gruß Manneck

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 04.07.2009, 16:02 Uhr - 5147 Clicks - Nr. 737

60 Jahre Selbsthilfe-Bauverein Flensburg

Lothar Hay: Wohnen hört nicht an der Haustür auf

Erscheinungsdatum:

04.07.2009

Innenminister Lothar Hay hat den Selbsthilfe-Bauverein Flensburg als Garanten für eine sozial stabile Weiterentwicklung von Wohnquartieren gewürdigt. „Der Selbsthilfe-Bauverein fühlt sich als Genossenschaft seinen Mitgliedern und der Stadt besonders verpflichtet“, sagte Hay während einer Veranstaltung anlässlich der 60. Wiederkehr der Vereinsgründung am Samstag (4. Juli) in Flensburg. Der Minister lobte das Engagement des Vereins für ein attraktives Wohnumfeld. „Der Selbsthilfe-Bauverein arbeitet nach dem Grundsatz, dass Wohnen nicht an der Haustür aufhört“, sagte der Minister.

Der Selbsthilfe-Bauverein ist nach Ansicht von Hay weit über die Landesgrenzen hinaus ein Vorbild für die Vereinbarkeit von Wirtschaftlichkeit, Modernität und gesellschaftlicher Verantwortung im Wohnungsbau. Der Minister erwähnte die Servicehäuser mit betreutem Wohnen für ältere Menschen, die ständige Pflege des Wohnungsbestandes, sozial verträgliche Mieten, Investitionen in eine generationsübergreifende Quartiersentwicklung sowie das Stadt-Umbau-Projekt Fruerlund. Der Selbsthilfe-Bauverein ist mit mehr als 7.000 Wohnungen der größte Wohnungsanbieter in Flensburg.

Öffentliche Gelder für die Wohnraumförderung sind nach Überzeugung von Hay beim Selbsthilfebauverein Flensburg gut angelegt. „Der Verein engagiert sich im Sinne starker Städte für starke Regionen und einer sozialen Stadtentwicklung“, sagte der Minister. Allein von 1998 bis 2008 hat der Selbsthilfebauverein fast 23 Millionen Euro in den Neubau und die Modernisierung von Wohnungen investiert.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 04.07.2009, 16:10 Uhr - 2690 Clicks - Nr. 738

Die Ladenzeile Harksheider Weg muss leben

Nahversorgungszentrum Harksheider Weg -

Aufruf an alle QuickbornerInnen

Am Samstag, den 27. Juni 2009 waren Fraktionsvorsitzender Jens-Olaf Nuckel und sein Vize Jürgen Radowitz vor dem SB-Markt Nahkauf und befragten die Geschäftsinhaber und die QuickbornerInnen, was sie von der Ladenzeile halten und welche Verbesserungen sie

wünschen. Die Befragung stieß auf großes Interesse. Viele Wünsche richten sich an die Ladeninhaber (zum Beispiel einheitliche Kernöffnungszeiten, mehr Sauberkeit), aber auch an die Vermieter (z.B. Gebäudesanierung). Die Ergebnisse werden wir den Geschäftsinhabern und den Vermietern präsentieren, veröffentlichen und prüfen, was die SPD tun und initiieren kann.

Doch vorher möchten wir auch den Quickbornern, die den Samstag keine Zeit hatten, Gelegenheit geben, sich ebenfalls zu Wort zu melden. Hier die Fragen:

- was gefällt mir gut an der Ladenzeile?
- welche Wünsche habe ich an die Ladenzeile?

Ihre Antworten geben Sie bitte bis zum 10. Juli 2009 an

- Jürgen Radowitz, Amselweg 20, 25451 Quickborn
- eMail: jue-radi@spd-quickborn.de
- Fax: 04106 - 999 80 24

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 04.07.2009, 16:49 Uhr - 4266 Clicks - Nr. 739

Neumünsters Ziele zum Klimawandel und zur Energiepolitik Die SPD in Neumünster beschließt ihr Energiepolitisches Konzept

Der Kreisparteitag der SPD Neumünster hat am 19.06.2009 auf Antrag von Bernd Delfs, Claus Johna, Torben Delfs folgenden Antrag beschlossen:

Die SPD Neumünster setzt sich für eine innovative Energiepolitik und ein schnelles Abmildern des Klimawandels ein. Ein „weiter so“ kann und darf es nicht geben. Wir wissen, welche Gefahren auf uns alle zukommen. Wir tragen Verantwortung für die kommenden Generationen. Ihnen gegenüber sind wir heute schon verantwortlich.

„Wir unterstützen die Umwelt- und Energiepolitik unserer Bundespartei, wonach die Zukunftsvision die dauerhafte Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verträglichkeit ist. Nur so wird Fortschritt möglich sein, nur so wird den Menschen auch in der Zukunft soziale und ökologische Sicherheit gegeben. Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind die inhaltlichen Klammern, die unseren Aktivitäten einen durchgehenden gesellschaftspolitischen Bezug geben.“

Dazu bedarf es eines schnell umzusetzenden, möglichst ganzheitlichen Konzeptes auf allen Ebenen. Da wir alle aber betroffen sind, müssen wir zügig handeln. Jeder ist in seinem Verantwortungsbereich aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um seinen Teil zum Klimaschutz beizutragen.

Die Industrie und die Gesellschaft müssen sich möglichst schnell –auch aus Gründen des Klimawandels- aus der Abhängigkeit der immer knapper werdenden fossilen Primärenergieträger lösen. Durch ständig steigenden Bedarf haben und werden sich die Rohstoff- und Energiepreise sonst weiter rasant erhöhen. Die negativen Folgen daraus haben wir alle zu tragen.

Dabei gilt es zu unterscheiden zwischen kurzfristig hilfreichen Dingen (z.B.: Verzicht auf den Bau weiterer Kohlekraftwerke, energetische Maßnahmen an Gebäuden, Besteuerung der Fahrzeuge nach CO²-Ausstoß) und langfristig zu erreichenden Zielen (z.B. Maximierung der Energieerzeugung mittels regenerativer Quellen).

Die SPD Neumünster lehnt die Kernenergie weiterhin als Alternative ab. Die daraus resultierenden Risiken aus dem Betrieb und der Entsorgung sind gefährlich und weiterhin ungeklärt.

In den Städten finden heute ca. 75 % der Energieverbräuche und ca. 80 % der CO²-Emissionen statt. Die Städte tragen daher eine besondere Verantwortung!

Die SPD Neumünster erkennt diese wichtige Rolle an und setzt sich dafür ein, dass die Stadt und die Stadtwerke Neumünster ihren Teil zur Abmilderung des nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandels beitragen.

Die SPD Neumünster setzt sich für folgende (kurzfristige) Ziele ein:

☐ Einsatz eines „Runden Tisches zum Klimaschutz“. Unter Leitung der Stadt sollen Maßnahmen zum Klimaschutz und Energiesparen initiiert und koordiniert werden. Teilnehmen sollen / können alle, die etwas zum Gelingen beitragen können.

Ziel ist es, ähnlich wie in Flensburg einen Klimapakt Neumünster zu gründen. Das durch den Flensburger Verein verfolgte Gesamtkonzept soll als Grundlage für die Aktivitäten in Neumünster dienen.

In diesem Zusammenhang setzt sich die SPD Neumünster für die folgenden weiteren Ziele ein:

☐ Die Stadtwerke Neumünster sollen als kundenorientiertes, regionales Dienstleistungsunternehmen mit eigener Erzeugung und eigenen Versorgungsnetzen als kommunales Unternehmen erhalten bleiben.
Es ist zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen ein Rückkauf der E.ON-Anteile möglich ist.

Den von den SWN versorgten Gemeinden soll auf Wunsch eine größere Teilhabe ermöglicht werden.

Interkommunale Kooperationen werden begrüßt.

☐ Die Eigenerzeugung der SWN durch KWK ist zu verbessern. Der Nutzungsgrad ist zu erhöhen, die Abwärme ist besser zu nutzen.

Für die Kraftwerkskessel der SWN, die in den nächsten Jahren modernisiert werden müssen, soll ein zukunftsweisendes Konzept erarbeitet werden.

☐ Zwischen der Stadt als Haupteigentümer und den Stadtwerken soll es eine Zielvereinbarung geben, wie sich die unterschiedlichen Erwartungen hinsichtlich ökologischen Verhaltens, kundenfreundlicher Tarife, Aufrechterhaltung des Querverbundes und Gewinnabführung vereinbaren lassen.

☐ Der Gesetzgeber hat für die Stadtwerke klare, verlässliche aber auch zukunftsfähige

Vorgaben zu machen. Immer neue Regulierungen und Knebelerlasse schaden –auch wenn sie primär den großen Energieversorgern gelten- kurzfristig besonders den Stadtwerken, mittelfristig der gesamten Wirtschaft.

☐ Verstärkte Investitionen in erneuerbare Energie; dabei intensiverer Bau von Solar-Anlagen an städtischen Gebäuden.

☐ Die Stadt soll zunächst in Neubaugebieten einen Anschluss- und Benutzungszwang festsetzen.

☐ Gezielte, verstärkte Aufklärung der Bevölkerung über umweltbewusstes Verbrauchsverhalten, z.B.: Aufklärung über energetische Sanierung von Gebäuden, regelmäßige Herausgabe von Energiespartipps.

☐ Verstärkte energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude und der Wohnungen der städtischen Wohnbau. Andere Wohnungsgesellschaften und Hausbesitzer sollen ermutigt werden ebenfalls noch stärker in diese Maßnahmen zu investieren.

☐ Schaffung und Förderung der umweltbewussten Erziehung in den Kindertagesstätten und Schulen.

☐ Sicherstellung eines ausreichenden ÖPNV. Die SWN sollen als Betreiber darauf hinwirken, nur noch Erdgasbetriebene Busse einzusetzen.

☐ Verstärkter Einsatz von Erdgasbetriebenen Fahrzeugen durch die Stadt.

☐ Bedarfsorientierter Ausbau des Radwegenetzes.

☐ Schaffung von mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in der Innenstadt.

☐ Verstärkter Austausch alter Straßenlampen durch energiesparende neue Lampen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 05.07.2009, 19:29 Uhr - 4924 Clicks - Nr. 740

Land soll sich um Küstenschutz in Schilksee kümmern!

Zur Debatte über im Ortsbeirat Schilksee aktuell angesprochene Frage, ob das Land oder die Stadt für den Küstenschutz in Schilksee zuständig sei, erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer, der als Nord-MdL eine entsprechende Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt hatte: "Küstenschutz hat für Schilksee hohe Priorität. Alles entsprechende Maßnahmen müssen deshalb frühzeitig und umfassend abgestimmt werden zwischen dem Stadtteil, der Stadt und dem Land.

Die Frage der Zuständigkeit darf nicht notwendige Maßnahmen verschleppen, deshalb die Kleine Anfrage. Der Antwort der Landesregierung ist zu entnehmen, dass zur Zeit (Stand Mai 09) keine Küstenschutzmaßnahmen durchgeführt werden oder zum jetzigen Zeitpunkt geplant sind. Die Frage der Zuständigkeit wurde dahingehend beantwortet, dass das Land für eine Instandsetzung der Parallelwerke (Querbuhnen) und des Deckwerks am Fuß des Steilufers zuständig ist, soweit diese für den bestehenden Küstenschutz notwendig sind.



Für Kiel besteht keine unmittelbare Zuständigkeit nach dem Landeswassergesetz zur Durchführung von Küstenschutzmaßnahmen.

Der aktuelle Antrag des Ortsbeirates, die Küstenschutzmaßnahmen zwischen dem Olympiazentrum und der ehemaligen Küstenfunkstation Kiel-Radio / dem Jugendheim Falkenhorst auf ihren Zustand und ihre Effektivität hin zu prüfen, wäre also ans Land zu richten. Eine entsprechende Anfrage liegt wohl noch nicht vor.

Dabei ist die Notwendigkeit überdeutlich: Als Ursache komme, so der Antrag im Orts'rat, die nachlassende Funktionsfähigkeit der Küstenschutzmaßnahmen (Querbuhen) in Verbindung mit veränderten Strömungsverhältnissen oder Wasserständen in Betracht. Die Erosion an den Steilküsten (insbesondere und durchgängig im Bereich des Steilküstensockels und unmittelbar im Anschluss an die südlichste Querbuhe) und den Hängen habe sich erheblich beschleunigt und die strandnahen Wege haben sich in Richtung Förde gesenkt.

Der Ortbeirat muss schnell über die Zuständigkeit informiert und die Prüfung vor Ort durch das Land umgehend begonnen werden. Schilksee braucht einen modernen Küstenschutz, der sowohl ökologischen als touristischen Maßstäben entspricht. Das Land muss sich um den Küstenschutz in Schilksee kümmern. Dafür werde ich mich stark machen."

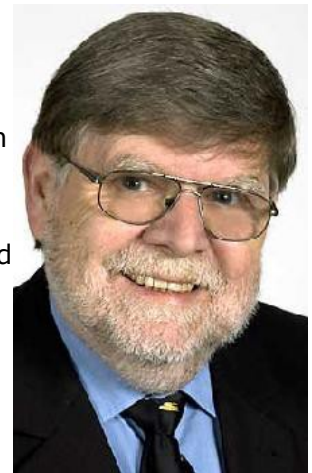
Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 05.07.2009, 20:10 Uhr - 7679 Clicks - Nr. 741

SPD schaltet Innenminister ein.

Regio-Kliniken – Hannes Birke: Landrat will Vertragsabschluss unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Ein transparentes Verfahren beim Verkauf von Anteilen der Regio-Klinken wird es nicht geben, befürchtet der Fraktionsvorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion. Die im Hauptausschuss am 1. Juli vom Landrat Dr. Grimme vorgeschlagene abschließende Terminierung der Beratungen sind für Birke ein sicheres Zeichen, dass der von ihm angekündigte Verfahrensweg nicht gewollt wird.



So wird es unter Ausschluss der Öffentlichkeit neben der langfristig terminierten Sitzung am 8. Juli zwei zusätzliche Sitzungen am 10. Juli und am 13. Juli 09 geben. Zwei Tage später soll dann der Kreistag abschließend entscheiden. Beraten und eventuell eine Beschlussempfehlung für den Kreistag geben, kann der Hauptausschuss nur auf den zusätzlichen Sitzungen, da die Antragsfrist für potentielle Käufer bis zum 8. Juli 24.00 Uhr läuft.

Zeitlich und inhaltlich werden für Birke die Beratungen zur reinen Farce. Er ist sich sicher, dass der Landrat keinen unterschriftsreifen Vertrag zu Beratung vorlegen kann. Einen testierten Jahresabschluss 2008 wird es nicht geben. Die Wirtschaftsprüfer haben bereits angekündigt, dass sie sich außer Stande sehen den Abschluss vorzulegen. „Der Landrat“ –so der Fraktionsvorsitzende- „wird sich vom Kreistag eine Art Generalvollmacht geben lassen, um dann in der Sommerpause unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne weitere Beteiligung des Kreistages den Vertrag auszuhandeln und abzuschließen.

Diese Strategie will die SPD mit allen Mitteln verhindern. Der Innenminister soll rechtlich prüfen, ob erst nach Vorlage des unterschriftsreifen Vertrages und der Bekanntgabe des Käufers eine rechtlich einwandfreie Beschlussfassung herbeigeführt werden kann. Sollte der Innenminister sich dieser Rechtsauffassung anschließen kann der Kreistag am 15. Juli nicht beschließen.

Mit ihrem Vorstoß beim Innenminister will die SPD erreichen, dass die „zweifelnde und nicht mehr durchschaubare Verkaufsstrategie“ des Landrates beendet wird und der Kreistag in Kenntnis aller Fakten und Umstände seine Verantwortung für die Zukunft der Krankenhausversorgung wahrnehmen kann.

Kommentar von [Heinze](#) vom 08.07.2009, 12:33 Uhr:

RE: SPD schaltet Innenminister ein.

Das ganze Verfahren ist mehr als dubios. Das Ganze sieht nach einer Langfriststrategie aus. Zuerst wurde das KKI-Utersen, das m.W. schwarze Zahlen schrieb, geschlossen und jetzt sollen die Regio-Kliniken -obwohl noch nicht einmal abgeschlossene und von (unabhängigen Prüfern) bestätigte Haushaltsdaten - an private Investoren veräußert werden, die natürlich dann seltsamerweise auf einmal Gewinne einfahren. Wie heißt dazu treffend? "Ein Schelm, der dabei nichts Böses denkt!!! Mfg

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.07.2009, 08:46 Uhr - 3269 Clicks - Nr. 742

AfA Schleswig-Flensburg protestiert gegen Stellenabbau

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD im Kreis Schleswig-Flensburg ist mit der Koalitionsvereinbarung, die in Kiel getroffen wurde, nicht einverstanden. Wir werden alle demokratischen Wege beschreiten, dieses zu ändern.

Das Sparkonzept der Großen Koalition kann nicht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. In den letzten Jahren hat es massive Einsparungen bei den Beschäftigten im Landesdienst gegeben. Dieses hat zu einer Verdichtung von Arbeit der Mitarbeiter geführt und ein hohes Maß an Flexibilität vorausgesetzt. Jetzt ist der Zeitpunkt erreicht, dass die Beschäftigten nicht mehr in der Lage sind, weitere Personaleinsparungen hinzunehmen. Klar ist uns, dass im Haushalt gespart werden muss, aber es kann nicht auf dem Rücken der Beschäftigten durchgeführt werden.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes arbeiten für das Wohlergehen unseres Landes und können nicht als Sparschweinchen des Landes angesehen werden. Gerade in dieser Zeit wäre es wichtig gewesen, wenn die Landesregierung ein klares Zeichen für ihre Beschäftigten gegeben hätte. Eine Landesregierung kann nicht von der freien Wirtschaft erwarten, dass diese Arbeitsplätze schafft und im eigenen Haus Arbeitsplatzabbau betreibt. Ein Trost ist, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben soll.

Wir werden weiter auf Landesebene massiv unseren Unmut über dieses Sparkonzept äußern.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.07.2009, 08:51 Uhr - 3198 Clicks - Nr. 743

AfA Schleswig-Flensburg fordert Erhalt von Arbeitsplätzen

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen innerhalb der SPD (AfA) im Kreis Schleswig-Flensburg erklärt sich mit den von Arbeitsplatzverlusten betroffenen Kolleginnen und Kollegen, insbesondere bei Karstadt, Danfoss, Tesa, Perry, Knorr und allem von Arbeitsplatzverlusten betroffenen Kolleginnen und Kollegen solidarisch.

Hinter jedem Arbeitsplatz steckt ein Existenz, hinter vielen stehen ganz viele Familien.

Wir fordern die Verantwortlichen auf, alles erdenklich Mögliche zu unternehmen, um Arbeitsplätze, insbesondere in dieser strukturschwachen Region, zu erhalten um so den betroffenen Kolleginnen und Kollegen die Existenz zu sichern.

Wir, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im Kreis Schleswig-Flensburg, werden in politischen Gesprächen für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Region kämpfen.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 06.07.2009, 10:50 Uhr - 3542 Clicks - Nr. 744

Neues Ratsmitglied bei der SPD? Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Planungsexperte Stephan Kienaß

Umstellen müssen sich Rat und Verwaltung, vor allem aber die Flensburgerinnen und Flensburger, wenn sie Kontakt zum Stadtentwicklungsexperten der SPD aufnehmen wollen: Ihr Ansprechpartner heißt jetzt Stephan Kienaß. Doch bei der SPD-Ratsfraktion hat es keinen Wechsel gegeben.



Das langjährige Ratsmitglied Stephan Menschel hat am Samstag seine Lebenspartnerin Cynthia Kienaß geheiratet und ihren Familiennamen angenommen. „Stephan Kienaß wird auch seinen neuen Namen schnell wieder zu einem politischen Markenzeichen machen“, meint Fraktionschef Helmut Trost in seinem Glückwunsch zu der Namensänderung seines Stellvertreters. Unser Foto zeigt Stephan Kienaß mit seiner Cynthia. Das Ja-Wort gab sich das Paar im Flensburger Nordertor.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 06.07.2009, 14:13 Uhr - 5844 Clicks - Nr. 745

Heute in der Diako: "Wir wollen unseren Landarzt - nicht nur im Fernsehen!"

Im Fernsehen ist er uns allen präsent: Seit 1986 flimmert der Landarzt in ganz Deutschland regelmäßig über die Bildschirme. Die Drehorte der Serie liegen bei uns im Norden zwischen Schlei und Förde. Was im Fernsehen so idyllisch dargestellt wird, ist in der Realität in Gefahr. Wie erhalten wir die hausärztliche Versorgung auch bei uns auf dem Lande? Zu einer Diskussion dieses Themas lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung heute, am 6. Juli, um 19 Uhr nach Flensburg in die Diako ein.



Vergessen haben wir sie noch nicht, die Tante-Emma-Läden in fast jedem Dorf. Auch ältere Menschen konnten dort selbständig das einkaufen, was sie so

täglich brauchten und gleich ein wenig Klönschnack dazu, als Beigabe sozusagen.

Die dörflichen Einzelhändler wurden verdrängt von den Supermärkten, den Ketten, die mit großen Parkplätzen in die nächste Stadt oder Kleinstadt locken. Wer kein Auto hat, muss sehen, wie er klarkommt.

Droht das Gleiche jetzt unseren Arztpraxen auf dem Lande?

Überlässt man das Gesundheitswesen -so wie es beim Einzelhandel gelaufen ist- dem Markt und dem Wettbewerb, so wird die Folge sein, dass viele kleine Arztpraxen schon bald verschwinden. Sie werden dann abgelöst von Klinik-Filialen und medizinischen Versorgungszentren unter der Regie einiger weniger Konzerne der Gesundheitsindustrie.

Doch unsere gesundheitliche Betreuung ist nicht das gleiche wie die Waren eines Supermarktes! Wir brauchen beständige, vertraute gesundheitliche Begleitung und -wenn nötig- Fürsorge. Wir wollen unseren Hausarzt/ unsere Hausärztin, die möglichst tags und -wenn es sein muss- auch nachts weiß, wo uns der Schuh drückt und ob und wie uns zu helfen ist.

Welche Möglichkeiten haben wir eine Industrialisierung und Anonymisierung der ärztlichen Betreuung, deren Rückzug aus der Fläche zu verhindern?

Wir wollen unseren Landarzt nicht nur im Fernsehen! Es gibt Chancen ihn zu erhalten. Darüber wollen wir mit kompetenten Fachleuten und Ihnen am 6. Juli 2009 um 19:00 im Fliednersaal der Diakonissenanstalt in Flensburg diskutieren.

Ich hoffe, wir sehen uns.

Ihr/Euer Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 06.07.2009, 15:35 Uhr - 12384 Clicks - Nr. 746

Sozialdemokraten im Kreis Segeberg trauern um Prof. Dr. Dietrich Wiebe

Die Sozialdemokraten im Kreis Segeberg sind tief erschüttert vom Unfalltod ihres früheren Landtags- und Kreistagsabgeordneten Prof. Dr. Dietrich Wiebe.

Er gehörte von 1988 bis 1996 dem Landesparlament an. Der Geographie-Professor brachte dort seine Fachkenntnisse besonders in der Umweltpolitik zur Geltung.

Von 1983 bis 1990 und von 2000 bis 2008 war er Mitglied des Kreistages. Seitdem wirkte er als sachkundiger Bürger weiter in der SPD-Kreistagsfraktion mit. Bis zuletzt gehörte er dem Vorstand der Kreistagsfraktion als Pressesprecher an.

In seiner Gemeinde Stocksee übte er von 1978 bis 1998 und von 2002 bis 2003 das Amt des Bürgermeisters aus. Dafür wurde er von der Gemeinde mit der Würde des Ehrenbürgermeisters ausgezeichnet. Er war Träger des Bundesverdienstkreuzes und der der Freiherr-vom-Stein-Medaille.

Geprägt durch seine Auslandsstudien als Geograph vermittelte er Verständnis für fremde Kulturen und Toleranz für alle Religionsgemeinschaften. Dabei stellte er nie seine akademischen Titel in den Vordergrund. Ihm lagen die Menschen am Herzen, die von der SPD Gerechtigkeit und Solidarität erwarteten.

„Wir verlieren mit Dietrich Wiebe einen Mitstreiter und Sympathieträger. Er verstand es, intellektuelle Schärfe und Bürgernähe in seiner Person zu vereinen“, würdigen SPD-Kreisvorsitzender Andreas Beran und der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Arnold Wilken den Verstorbenen. „Wir werden seine immer pointierten, aber nie verletzenden Beiträge zur politischen Diskussion vermissen.“ Dietrich Wiebe war bis zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des SPD-Kreisparteiausschusses eng in die Arbeit des Kreisverbandes eingebunden.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 06.07.2009, 17:01 Uhr - 2662 Clicks - Nr. 747

DAMPF RUNDUM - Rundum Dampf

Zum 9. mal findet am diesem Wochenende in Flensburg das größte Dampferspektakel Europas statt.

Vom 10. bis 12. Juli präsentieren sich kleine Dampfboote und Traditionsschiffe aller Art. An Land besteht dann die Möglichkeit dampfende Maschinen in Aktion zu begutachten. Auch in diesem Jahr wird wieder mit einem großen Besucheransturm aus Nah und Fern gerechnet.

Wieder schnaufen um den Flensburger Hafen schwere Dampfloks, Dampfwalzen und vieles mehr was schnauft und raucht.

Gelegenheiten zu traditionellen Rundfahrten gibt es reichlich.

Gastgeberin in diesem Jahr ist der 101 Jahre alte Salondampfer Alexandra - das maritime Wahrzeichen Flensburgs! -

Also nichts wie hin zum größten Dampfer-Spektakel Europas in Flensburg.

Hier geht´s direkt zur [Gastgeberin](#).

--

Plakat: Herbert Ohms

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 06.07.2009, 17:16 Uhr - 1392 Clicks - Nr. 748

Stadelmann und Sander: Brandschutzvorsorge beim Müllheizkraftwerk ist verbessert

Der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, und der umweltpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Björn Sander, erklären:

„Mit Umsicht und Gründlichkeit haben Geschäftsführung und Mannschaft der Müllverbrennung Kiel GmbH & Co. KG (MVK) die richtigen Schlüsse aus den Bränden im Kieler Müllheizkraftwerk kurz vor Weihnachten 2008 und Mitte Januar 2009 gezogen und neue Techniken zur Brandschutzvorsorge entwickelt.

Nun werden potentiell entzündliche Abfälle nicht mehr – wie der sonstige Abfall – vorab in der Rotorschere zerkleinert, sondern aussortiert und direkt in die Verbrennung aufgegeben. Eine Erhitzung der mechanisch zerkleinerten Abfälle an der Rotorschere kann so vermieden, die Gefahr der Selbstentzündung von Abfällen im Müllbunker des Werkes durch diese differenzierte Aufgabetechnik vermindert werden. Zusätzlich werden die Anlieferer und Erzeuger potentiell entzündlicher Abfälle verstärkt im Hinblick auf den Umgang mit den zu benutzenden Abfallbehältnissen geschult.

Nach den vergangenen Bränden haben SPD und GRÜNE auf technische Verbesserungen zur Brandvermeidung gedrungen. Wir danken der Geschäftsführung und der Mannschaft der Müllverbrennung Kiel GmbH & Co. KG (MVK) für ihr entschlossenes und bedachtes Handeln im Interesse einer geordneten Abfallbeseitigung und der öffentlichen Sicherheit der Kielerinnen und Kieler.“

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 07.07.2009, 07:24 Uhr - 2501 Clicks - Nr. 749

SPD-Engelsby: Kaum noch ein Durchkommen

Das Wetter bringt es mit sich. Überall in der Natur wächst und wuchert es. Ein Mitbürger informierte uns über einen nahezu überwucherten Wanderweg und bat uns, die zuständigen Stellen in der Verwaltung zu informieren.

Haben wir bereits getan! Doch leider ist an besagter Stelle noch keine Abhilfe geschaffen worden. Der direkt am Landschaftsschutzgebiet befindliche und gern genutzte Wanderweg am Haus Vogelsang ist zur Zeit fast unpassierbar.

Brennesseln und Dornen säumen den Weg an beiden Seiten.



Diese müssen umgehend beseitigt werden, damit der Weg wieder für Spaziergänger und Radfahrer nutzbar ist.

Keine Kommentare

[Andreas Beran](#) - veröffentlicht am 07.07.2009, 09:04 Uhr - 5245 Clicks - Nr. 750

SPD Landtagsfraktion wirbt in Irland für mehr Windkraft

Irland ist bekannt wegen seiner grünen Hügel und urigen Pubs. Ob sich der Inselstaat auch einen Namen in Sachen regenerative Energien macht, hängt von



den Ergebnissen bevorstehender politischer Entscheidungen ab. So wird in Irland überlegt, den Energiebedarf mit dem Bau eines ersten Atomkraftwerks zu decken.

Vor allem für Windkraft und Tidenenergie warb daher die Schleswig-Holsteiner SPD-Landtagsfraktion kürzlich bei ihrem Arbeitsbesuch in Irland. Der Landtagsabgeordnete Andreas Beran stellte fest, dass zum Schutz von Umwelt und Natur auf der grünen Insel noch wenig Interesse bestehe. Die Erfahrungen in Deutschland beim Ausbau der Windenergie seien aber in Gesprächen mit Parlamentariern des irischen Nationalparlaments mit großem Interesse aufgenommen worden und die Information, dass Schleswig-Holstein inzwischen 30% seines Energiebedarfes aus Windenergie deckt.

Die Schleswig-Holsteiner Delegation informierte ihre irischen Kollegen auch über die anhaltenden Diskussionen in Schleswig-Holstein, die bei der hiesigen Bevölkerung schon seit Jahren das Bewusstsein für Naturschutz und umweltfreundliche Technologien stärkten. Mit Interesse wurde auch wahrgenommen, dass gerade für landwirtschaftliche Betriebe Windenergie ein weiteres wirtschaftliches Standbein sein könnte.

2010 will die SPD-Landtagsfraktion dem irischen Landwirtschaftsausschuss und anderen interessierten irischen Parlamentariern die erfolgreichen Windenergieprojekte in Schleswig-Holstein vorstellen und für eine gemeinsame umweltschonende Energiezukunft werben. Für Andreas Beran wäre es ein großer Erfolg, würde Irland vom Bau eines Atomkraftwerks Abstand nehmen.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 07.07.2009, 14:02 Uhr - 2587 Clicks - Nr. 751

SPD-Förderantrag: „Verlässliche Paten für vergessene Kinder“

Die SPD Ratsfraktion unterstützt die seit einigen Jahren bestehende Initiativgruppe aus Fachkräften und Vertretern der Politik, die sich für Kinder psychisch kranker Eltern einsetzt und beantragt im Jugendhilfeausschuss finanzielle Unterstützung. „Diese ist dringend notwendig und soll zur Einrichtung einer Teilzeitstelle eingesetzt werden, um die bestehende ehrenamtliche Arbeit der Pateneltern stärker unterstützen zu können“, so Karin Schnittke, Mitglied der SPD Ratsfraktion.

Kinder psychisch kranker Eltern gelten als „vergessene Kinder“. Ihre Sorgen und Nöte waren bis vor wenigen Jahren selbst in der Fachwelt weitgehend unbekannt. Bislang erhalten betroffene Kinder und Jugendliche nur wenig Unterstützung, weshalb sich in Flensburg ein Arbeitskreis unter der Federführung des Frauenmantel e.V. gründete, der das Projekt „Pateneltern“ ins Leben rief und auch Mitglied im Bündnis für Familie in der Region Flensburg ist.



Patenkindern in Alltagssituationen zur Seite stehen

Vor zwei Jahren wurde durch das Haus der Familie und den Kinderschutzbund die Trägerschaft für das Projekt übernommen. Der Initiative und den Trägern ist es ein großes Anliegen, den betroffenen Familien zu helfen. Überwiegend sind es alleinerziehende Elternteile, die von „Frauenmantel e.V.“ und „Brücke gGmbH.“ betreut werden. Die Trägergemeinschaft stellt die professionelle Fachlichkeit der Arbeit für die Kinder sicher. Sie wirbt ehrenamtliche Paten an, bildet sie aus und begleitet die Anbahnung zwischen den Familien und die Vermittlung der Kinder. Außerdem stellt sie Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote für die Paten bereit.

Diese Paten sollen ihren Patenkindern in Alltagssituationen zur Seite stehen und sie einmal wöchentlich betreuen. Auch in Notfällen, d.h., wenn der betreuende Elternteil in Extremsituationen in eine Klinik muss, kümmert sich die Patenfamilie um das Kind. Als verlässliche und berechenbare Bezugsperson begleiten Pateneltern ihre Patenkinder und werden damit zum höchsten Schutzfaktor. Durch diese präventive Arbeit wird die soziale Kompetenz der Kinder/Jugendlichen gestärkt.

„Durch Prävention auf Sicht auch finanzielle Einsparungen“

„Auch Die Notwendigkeit einer dauerhaften Unterbringung eines Kindes/Jugendlichen in einer Einrichtung/Pflegefamilie kann deutlich verringert werden“, erläutert der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost und macht so deutlich, dass durch das zu fördernde Vorhaben auf Sicht auch finanzielle Einsparungen entstehen. Die Förderung soll nach Auffassung der SPD zunächst befristet auf drei Jahre erfolgen. Dann soll, so Trost, die Arbeit genau analysiert und anhand der Ergebnisse entschieden werden, wie anschließend weiter verfahren wird.

Wissenschaftliche Studien belegen den Nutzen

Wissenschaftliche Studien belegen diesen Nutzen: Trotz schwieriger Lebensumstände können sich Kinder gesund entwickeln, wenn sie eine solche Person an ihrer Seite haben. Es gilt aber auch der Umkehrschluss: Fehlt diese Person, ist eine gesunde emotionale Entwicklung der Kinder hochgradig gefährdet. Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche psychisch kranker Eltern. Voraussetzung ist, dass ein Elternteil institutionell im sozialpädagogischen / sozialpsychiatrischen Bereich eingebunden ist und die Bereitschaft vorhanden ist, am Patenschaftsmodell aktiv mitzuwirken.

Die ehrenamtlich tätigen Pateneltern benötigen ihrerseits professionelle Unterstützung und einen Austausch sowie einen geringen Betrag (50 Euro mtl.), um ihre eigenen Kosten, z.B. für Fahrgeld, zu begleichen. Um diese Unterstützung leisten zu können, müssen die Träger einen Mitarbeiter/eine Mitarbeiterin in Teilzeitbeschäftigung einstellen.

„Noch mehr Menschen für eine Patenschaft gewinnen“

Im Jahr 2007 wurden 11 Kinder und Jugendliche und im Jahr 2008 sogar 16 Kinder und Jugendliche aufgrund der psychischen Erkrankung der Eltern/des allein erziehenden Elternteils vollstationär im Rahmen der Hilfe zur Erziehung in Einrichtungen aufgenommen. Dies zeigt die Bedeutung und Notwendigkeit des Projektes. Die Kinder und Jugendlichen hätten in diesen schwierigen Situationen durch das Projekt Pateneltern unterstützt werden können.

„

„Es ist dringend erforderlich, diese Arbeit abzusichern und außerdem noch mehr Menschen für eine Patenschaft zu gewinnen, um dem bestehenden Bedarf zu entsprechen. Damit dies überhaupt möglich gemacht werden kann, muss das Projekt durch einen feste Mitarbeiter/Mitarbeiterin gestärkt werden“, sagt Simone Lange, Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses abschließend.

Keine Kommentare

Thomas Rother und Rolf Fischer zur Lindenau-Werft in Kiel

Zur Übergabe des Neubaus an die Reederei German Tanker erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Thomas Rother (schiffbaupolitischer Sprecher) und Rolf Fischer (Kieler Abgeordneter):

Die Übergabe des Neubaus der „Seapike“ ist ein gutes Zeichen und schafft eine neue Perspektive für die Kieler Lindenau-Werft. Die traditionsreiche und sehr innovative Werft hat damit die Möglichkeit neue Aufträge anzunehmen und Arbeitsplätze zu erhalten. Dank gilt insbesondere der Landesregierung, dem Arbeitsminister und dem Wirtschaftsminister, die sich durch großes Engagement, insbesondere im Bereich der Kreditvergabe, für die Werft eingesetzt haben.

Keine Kommentare

Nachtragshaushalt, zweiter Teil –Gaarden hat Priorität

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW) erklären:

„Im 1. Nachtragshaushalt 2009 geben SPD, GRÜNE und SSW dem Stadtteil Gaarden Priorität bei der Umsetzung der Konjunkturfördermaßnahmen:

Für 3,09 Mio. Euro werden für diesen Stadtteil öffentliche Aufträge im Bereich des Städtebaus vergeben, die Stadt beteiligt sich daran mit 394.800 Euro. Mit dieser Politik werten wir den Sozialraum Gaarden weiter auf. Damit schaffen wir eine städtische Infrastruktur, die Armut und sozialer Not so gut wie möglich entgegen wirkt.

Für den 1. Bauabschnitt des Sport- und Begegnungsparks werden Mittel zur Verfügung gestellt (500.000 Euro, städt. Anteil: 62.500 Euro), es wird Kunstrasen für den Fußballplatz beschafft (1 Mio. Euro, städt. Anteil: 125.000 Euro), und es werden Gelder für die Sportanlage Coventryhalle bereitgestellt (720.000 Euro, städt. Anteil: 90.000 Euro). Die Attraktivität des Ida-Hinz-Parks wird gesteigert (350.000 Euro, städt. Anteil: 43.750 Euro), und der Vineta-Platz wird umgestaltet (150.000 Euro, städt. Anteil: 18.750 Euro). Das Werftparktheater wird saniert (180.000 Euro, städt. Anteil: 22.500 Euro). Außerdem wird das Natursteinpflaster in der Röntgenstraße ausgetauscht, um den Lärmschutz zu verbessern (190.000 Euro, städt. Anteil: 32.300 Euro).

In der Innenstadt werden mit den Mitteln der städtebaulichen Konjunkturförderung stadteigene Immobilien für insgesamt 2,12 Mio. Euro auf Vordermann gebracht (städtischer Gesamtanteil: 265.000 Euro): Der Warleberger Hof wird barrierefreier (320.000 Euro, städt. Anteil: 40.000 Euro), der Altbau und der Anbau des Opernhauses (je 600.000 Euro, städt. Anteile: je 75.000 Euro) und das Gesundheitsamt (600.000 Euro, städt. Anteil: 75.000 Euro) werden saniert.

Auf dem Westufer werden Fördermittel in Höhe von 700.000 Euro eingesetzt (städtischer Gesamtanteil: 119.000 Euro): In der Esmarchstraße (400.000 Euro, städt. Anteil: 68.000 Euro) und in der Blücherstraße (300.000 Euro, städt. Anteil: 51.000 Euro) werden das Natursteinpflaster zur Verbesserung des Lärmschutzes ausgetauscht.“

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 09.07.2009, 17:00 Uhr:

RE: Nachtragshaushalt, zweiter Teil –Gaarden hat Priorität

Ich wohne auch nicht in Kiel-Gaarden, aber es wird höchste Zeit das dort etwas getan wird. Dieser Stadtteil ist völlig heruntergekommen: Dreckige öffentliche Plätze, marode Häuser, beschmierte Wände, hohe Kriminalität. Das selbe gilt auch für den Stadtteil Mettenhof, die Altstadt und vielleicht auch noch für andere Stadtteile. Wir brauchen eine soziale Stadt und keine Slums wie in der Bronx. Aber ich bin sicher dass unser neuer OB diese Probleme bald anpacken wird.

Kommentar von [Müller](#) vom 08.07.2009, 17:37 Uhr:

RE: Nachtragshaushalt, zweiter Teil –Gaarden hat Priorität

Gaarden, Gaarden, Gaarden... immer wieder Gaarden... Manchmal frage ich mich, ob mein Stadtteil nicht mehr zu Kiel gehört... Auch wir hätten mal ein bisschen Aufwertung nötig...

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 08.07.2009, 13:49 Uhr - 54253 Clicks - Nr. 754

Stilllegung von Krümmel ist die beste Lösung

Zur vom Betreiber Vattenfall angekündigten Erneuerung der beiden Maschinentransformatoren im AKW Krümmel sagt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Olaf Schulze: Es ist ein gutes Zeichen, dass der Betreiber Vattenfall in Krümmel nun die Forderung der für die Atomaufsicht zuständigen Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht. „Erneuern statt Reparieren!“ erfüllt und zwei neue Transformatoren errichten wird. Jederzeit höchste Standards in Sicherheit und Technik in allen AKW ist oberste Priorität und sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wieder einmal musste hier die Atomaufsicht eingreifen und die Vattenfall-Manager zur Einsicht bringen. Zweifel an der Zuverlässigkeit des Betreibers Vattenfall nicht nur für das AKW Krümmel bleiben bestehen, das belegen auch weitere bisher unberücksichtigte sicherheitsrelevante Vorgaben der Atomaufsicht. Das angekündigte Auswechseln des Kernkraftwerksleiters alleine genügt nicht.

Der Austausch der beiden Transformatoren ist jedoch nur die zweitbeste Lösung des Problems: Die beste wäre eine Stilllegung des AKW Krümmel und möglichst bald auch aller anderen AKW.

Kommentar von [Hans Pries](#) vom 10.07.2009, 17:56 Uhr:

RE: Stilllegung von Krümmel ist die beste Lösung

Ich frage mich wirklich, ob insbesondere die CDU als Partei, die das Christliche bereits in ihrem Namen trägt, wirklich glaubt, dass Menschen, die die Störfälle in Krümmel beobachten und inzwischen verständliche Angst entwickeln, an Sprüche wie "Die Atomkraftwerke sind sicher" glauben. Wenn es wirklich stimmt, dass die letzte Störung nicht von Mitarbeitern des Kraftwerkes entdeckt wurde, sondern von einem Angler, der die Temperaturdifferenz im Abwasser feststellte, und von Polizisten, die seinem Hinweis nachgingen, und wenn es wirklich stimmt, dass die Mitarbeiter erst auf einen Anruf hin diese Angelegenheit überprüften und den Störfall feststellten, wenn dies wirklich so ist, dann wäre der Beweis für eine sehr fragwürdige Steuerung des Atomkraftwerkes gegeben. Und dann wäre der Hinweis "Atomkraftwerke sind sicher" zumindest in Bezug auf Krümmel fatal widerlegt. Sollte diese Schilderung nicht richtig sein, wäre der Kraftwerksleitung sehr anzuraten, eine Richtigstellung zu machen und diese auch nachzuweisen. Die Bevölkerung, die sich völlig rechtens Sorgen macht, hat ein Anrecht

darauf, dass dieser "Schaden -Entdeckungsablauf" restlos und eindeutig aufgeklärt wird - und sie wartet darauf.

Kommentar von [Hans-Joachim Schneider](#) vom 09.07.2009, 21:24 Uhr:

RE: Stilllegung von Krümmel ist die beste Lösung

Spätestens wenn uns das erste AKW um die Ohren fliegt und Vattenfall (oder ein anderer Energieriese)uns dann erklärt, wie harmlos doch alles sei, werden CDU/CSU und FDP merken, wie "todsicher" und umweltfreundlich diese Zeitbomben sind. ABSCHALTEN !!!! - SO SCHNELL WIE MÖGLICH !!!!!

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 09.07.2009, 16:37 Uhr:

RE: Stilllegung von Krümmel ist die beste Lösung

Ich stimme Olaf Schulze voll zu, und es ist auch richtig dass wir dieses Thema auch entsprechend in der Öffentlichkeit diskutieren, aber wir sollten in der anstehenden Bundestagswahl nicht zu sehr in grünen Gewässern fischen, dass hat uns in vergangenen Wahlen eigentlich immer nur geschadet. Wir brauchen deutlich mehr als 25% Stimmen wenn Frank-Walter Steinmeier Bundeskanzler werden soll.

Kommentar von [hummel_4711](#) vom 09.07.2009, 14:36 Uhr:

RE: Stilllegung von Krümmel ist die beste Lösung

Wie immer hat die CDU recht!!!! Die Atomkraft ist "sauber", "umweltfreundlich" , "CO2 "gibt es auch nicht usw. usw. Oder hat schon jemand, der an einem Meiler vorbei gegangen ist, etwas "gerochen" oder " Schmutz gesehen" oder vielleicht "CO2" beobachtet??? Aber ist "sauber" gleich "sauber"??? Oder ist"umweltfreundlich" gleichzusetzen mit "was ich ich nicht sehe, spüre, rieche" kann nicht schädlich sein? Ich bitte einen der Herren von der CDU mir schriftlich zu bestätigen, dass NIE und Nimmer etwas mit unseren "besten Atomkraftwerken " passieren wird. Sobald diese Aussage bei mir eingeht, werde ich in eine Einsiedelei gehen und meine Zweifel an diesen "Teufelsdingern" (NEIN, ich meine keinen CDU-Politiker!!!) bitter bereuen. Ansonsten : ABSCHALTEN! mit freundlichen Grüßen ein ewig Gestriger (aber solche Leute wollt Ihr doch, liebe CDU?)

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 09.07.2009, 00:09 Uhr:

RE: Stilllegung von Krümmel ist die beste Lösung

"Atomkraft ist sicher und sauber" sprach die CDU... Bingo! Sichere Atomkraft ist es also, wenn AKWs fast schon regelmäig ausfallen... Wieder zeigt sich, dass nur erneuerbare Energien der Weg zur Lösung sein kann. Nun fragt man sich doch, ob es erst zu einem Zwischenfall wie in Tschernobyl kommen muss, damit wir die Atomkraft loswerden!

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 08.07.2009, 14:14 Uhr - 10014 Clicks - Nr. 755

SPD Rendsburg-Eckernförde: AKW Krümmel stillegen

Die Mitglieder des Kreisparteiausschusses der SPD im Kreis Rendsburg-Eckernförde verabschiedeten am 7. Juli 2009 in Groß Wittensee eine Entschlieung zu den neuerlichen Störfällen im Atomkraftwerk Krümmel.

Die erneuten Pannen im AKW Krümmel machen demnach klar, dass die von der SPD gemeinsam mit den Grünen erreichte gesetzliche Abwicklung der Atomenergie richtig ist. Eine absolute Sicherheit gibt es nicht. Eine Verlängerung von Laufzeiten, wie FDP und CDU erwägen, richtet sich gegen die Gesundheit und Sicherheit der Menschen. Sie gefährdet die

Zukunft unserer Kinder und nachfolgender Generationen. Bis heute gibt es weltweit kein sicheres Endlager für Atommüll.

Das AKW Krümmel muss stillgelegt werden. Der Bevölkerung in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg ist der Weiterbetrieb von Krümmel nicht mehr zuzumuten.

Es ist falsch, dass gesetzlich das Beweisrisiko für die Zuverlässigkeit eines Betreibers bei der Aufsichtsbehörde liegt. Vattenfall ist als Betreiber von Atomkraftwerken erkennbar ungeeignet und nicht in der Lage, zuverlässig zu kommunizieren und die technische Sicherheit der Anlage zu gewährleisten.

Der Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix dazu: „Krümmel muss stillgelegt werden. Wir werden den Ministerpräsidenten an seinen Ankündigungen messen.“

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 08.07.2009, 14:57 Uhr - 12047 Clicks - Nr. 756

Markige Worte statt inhaltlicher Substanz

Zu den Äußerungen des Vorsitzenden der CDU Schleswig-Holstein, Carstensen, in Bezug auf den störanfälligen Atommeiler Krümmel erklärt SPD-Landesvorstandsmitglied Jörn Thießen, MdB:

"Es nützt wenig, wenn sich der CDU-Vorsitzende heute 'stinksauer' zeigt und morgen wieder der Atomlobby nach dem Mund redet und in Untätigkeit verharrt.

Statt auf billige Showelemente zu setzen, sollte er eine fortschrittliche Energiepolitik unterstützen, die tatsächlich und konsequent die Energiewende und den Ausstieg aus der Atomenergie vorantreibt, wie es eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung befürwortet und trägt.

Verständlich ist, dass Herr Carstensen und seine Partei 'stinksauer' sind, dass die Atomwirtschaft es ihnen so schwer macht im Vorfeld von wichtigen Wahlen weiterhin für ihre rückwärtsgewandte Energiepolitik, die auf Atomkraft setzt, zu werben.

Es ist Carstensen's CDU, die den Atomkonsens bekämpft und nach der Bundestagswahl - wenn möglich - aufkündigen will. Es ist Carstensen's CDU, die alte Meiler noch länger laufen lassen will. Es ist Carstensen's CDU-Kreisverband Steinburg, der neue Atomkraftwerke bauen will. Es ist Carstensen's CDU, die nicht bereit ist, das Atomgesetz so zu ändern, dass wir eine bessere Handhabe für die schnelle Abschaltung alter Schrott-Meiler wie Krümmel haben. Wie passt diese Politik zu den Aussagen der letzten Tage? Gar nicht!

Statt markiger Worte erwarten die Menschen im Land eine Politik mit Substanz, Rückgrat und Glaubwürdigkeit. Politik nach Gutsherrenart hilft hier nicht weiter. Hier geht es um knallharte Profit-Interessen der Atomwirtschaft, denen mit messerscharfer gesetzlicher Härte begegnet werden muss. Doch zu Änderungen gesetzlicher Grundlagen ist die CDU - ist Herr Carstensen - nicht zu bewegen.

Gitta Trauernicht leistet als zuständige Ministerin mit wenig Mitteln und trotz enger gesetzlicher Spielräume eine hervorragende Arbeit in der Atomaufsicht. Sie in ihrem Wirken öffentlich zu unterstützen, fällt dem amtierenden Ministerpräsidenten anscheinend nur dann ein, wenn es

populär erscheint. Statt auf Effekthascherei zu setzen, sollte ein Ministerpräsident, der dem Schutz und Wohl der Bevölkerung verpflichtet ist, alles dafür tun, dass in Berlin die CDU den Weg der gesamten SPD unterstützt, das Atomgesetz zu ändern - damit das erfolgt, was nach den Worten des CDU-Landesvorsitzenden bei weiteren Störfällen geschehen sollte: die Abschaltung des Krümmel-Monsters."

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 08.07.2009, 17:24 Uhr - 3730 Clicks - Nr. 757

SPD Stormarn beschließt Eckpunkte für Landtagswahl 2010

Recht auf Bildung im Vordergrund

Elmenhorst. Das Recht auf Bildung und Ausbildung steht für die Stormarner SPD ganz klar im Vordergrund. Die Delegierten eines Kreisparteitags in Elmenhorst forderten am Sonnabend in einem "Eckpunkte"-Papier zur Landtagswahl 2010 "kostenlose Bildung von der Krippe bis zum Studium" und sprachen sich einstimmig gegen Studiengebühren an den Hochschulen aus. Die SPD müsse außerdem flächendeckend die Gemeinschaftsschule in Schleswig-Holstein anstreben.



Von der Wirtschaft erwartet die Stormarner SPD ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen.

Der Kreisparteitag wurde von der Bundestagskandidatin Gesa Tralau aus Hamberge mit dem Appell eröffnet, den aktuellen Rückstand gegenüber CDU/CSU bis zum Wahltag am 27. September aufzuholen. Die SPD habe ein "sehr gutes Programm für die Zukunft unseres Landes" und mit Frank-Walter Steinmeier einen hervorragenden Kanzlerkandidaten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Franz Thönnies aus Ammersbek, unterstrich die Leistungen des Bundes beim Ausbau der Ausbildungsplätze und der berufsvorbereitenden Maßnahmen.

In ihren "Eckpunkten" setzten sich die Stormarner Sozialdemokraten außerdem für eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs auf Schiene und Straße ein, der auch in Zukunft vom Bund ausreichend gefördert werden müsse. Auf Antrag von Uwe Teut von der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) legte die Partei auch ein Bekenntnis zum schleswig-holsteinischen Mitbestimmungsrecht ab, "dem besten in der Bundesrepublik".

Die Ausbildungssituation soll in einer Kreisveranstaltung noch vor der Bundestagswahl erneut zum Thema gemacht werden. Die SPD beschloss eine Absage an die Speicherung von Kohlendioxid und forderte die Bundes-SPD auf, den gescheiterten Gesetzentwurf in der nächsten Wahlperiode in Berlin nicht wieder aufzunehmen. Bundesregierung und Landesregierung sollen darüber berichten, wie sie das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie erreichen wollen, den Flächenverbrauch bis 2020 von heute über 100 ha täglich auf 30 ha zu reduzieren. Schließlich soll sich der nächste Bundesparteitag im November in Dresden mit dem Bergrecht beschäftigen, das aus dem Kaiserreich stamme und weder Bürgerbeteiligung noch

Umweltverträglichkeitsprüfungen vorsehe. Die Stormarner Sozialdemokraten halten es "für einen Skandal, wie in Grande bei einem geplanten Kiesabbau mit der kommunalen Selbstverwaltung umgegangen wird".

Zum Abschluss des Parteitags dankte die stellvertretende Kreisvorsitzende und Landtagskandidatin Susanne Danhier (Bargteheide) den Delegierten für die "konstruktiven" Debatten und leitete zum traditionellen Sommerfest über.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 08.07.2009, 17:32 Uhr - 4263 Clicks - Nr. 758

"Steinburger-Echo"-Fest

Viele Besucher und ein gut aufgelegter Ralf Stegner!

Nach einigen Jahren der Abstinenz feierte der Ortsverein in Eichede sein diesjähriges „Steinburger-Echo“-Fest.

Als Veranstaltungsort wurde die hergerichtete, alte Schulscheune gewählt, welche in unmittelbarer Nachbarschaft zur Feuerwehr und der Kirche steht.



Besonders erfreut waren wir auch darüber, dass sich aus Kiel der Landesvorsitzende Ralf Stegner nicht nur angekündigt hat, sondern auch schon früh eintraf und sich fast zwei Stunden den bohrenden Fragen stellte. Und das bei einem regenfreien Nachmittag, was Helfer wie Besucher gleichermaßen belohnte.

Es war viel vorzubereiten, um alles Besprochene auch umzusetzen. Hört sich ja immer so einfach an. Machen wir ein paar Spiele für die Kinder, dann brauchen wir noch ein paar Getränke in guter Auswahl, ein Kaffee- und Kuchengarten darf natürlich auch nicht fehlen. Eine Liste, die sich beliebig fortsetzen ließe, doch am Ende nicht wirklich interessiert. Der organisierte Kinderflohmarkt war übersichtlich und immer gut besucht. Dann schmückte ein Riesen-Indianer-Tippi das Fest und lud Kinder wie Erwachsene ein, sich hinein zu setzen und tollen Geschichten zu lauschen. Es gab auch viel Wissenswertes zum Volke der Rothäute zu erfahren. Eine Tauschbörse für Sammelkarten, die vor allem von den Jungs genutzt wurde, rundete das Angebot ab. Für die musikalische Unterhaltung sorgte aus Bad Oldesloe die Oldieband „Forty-Sixty-Four“. Und die waren wirklich Klasse. Eine tolle Musikauswahl und alles immer in einer Lautstärke, die bei den vielen Gesprächen nicht störte. Diese Band muss man sich wirklich merken. Großes Lob!

Als Fels in der Brandung muss sich Franz Thönnies gefühlt haben. Unser Parlamentarischer Staatssekretär aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales wurde insbesondere wegen der Hartz IV.-Gesetzgebung und seinen Auswirkungen mit massiven Fragen bedrängt. Doch der sympathische Bundespolitiker gab bereitwillig Auskunft und ließ in vielen Dingen auch keinen Zweifel daran, dass es an diversen Stellen noch der einen oder anderen Nachbesserung bedarf. Und auch die Kandidatin der SPD, für die im kommenden Jahr anstehenden Landtagswahlen, Susanne Danhier aus Bargteheide, war von Beginn an dabei und diskutierte fleißig mit den

zahlreich erschienenen Gästen, vornehmlich aus Eichede und Mollhagen. Der Ortsvereinsvorsitzende Heiko Busche war mit der Veranstaltung mehr als zufrieden. Alle Bedenken zuviel eingekauft zu haben, verflogen schnell. Besonderen Dank möchte er an dieser Stelle auch all denen sagen, die sich so zahlreich für dieses Fest engagiert haben. Auch der Termin scheint gut gewählt, so Busche. Und wenn nicht alle Stricke reißen wird es im kommenden Jahr am letzten Sonntag im Juni, dann in Mollhagen, zum nächsten Echofest kommen.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 09.07.2009, 08:39 Uhr - 53692 Clicks - Nr. 759

Ein richtiger erster Schritt – aber das kann natürlich noch nicht alles sein!

Schleswig-holsteinische SPD-Frauen erklären zur Strafgesetz-Verschärfung bei Genitalverstümmelung:

Die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) sowie das SPD-Familienforum Schleswig-Holstein begrüßen die aktuelle strafrechtliche Verschärfung im Fall weiblicher Genitalverstümmelung (international „FGM“ = Female Genital Mutilation). Mit dem Gesetz, das am 3. Juli mit den Stimmen der Großen Koalition den Bundestag passierte, wird der Beginn der Verjährungsfrist auf den 18. Geburtstag des Opfers heraufgesetzt. Dies lässt – bei einer Wertung als gefährliche Körperverletzung – zehn Jahre Zeit, um eine Klage vor Gericht einzureichen.



„Die Neuerung war dringend notwendig“, finden AsF-Vorsitzende Cornelia Östreich und Bundestags-Direktkandidatin Gesa Tralau. „Genitalverstümmelung wurde in letzter Zeit an immer jüngeren Mädchen, oft noch Kleinkindern vollzogen. So unglaublich es klingt – die Tat war nach altem Recht in aller Regel verjährt, wenn diese Mädchen erwachsen wurden und erstmals die Chance gehabt hätten, gegen das an ihnen begangene Verbrechen vorzugehen. Mit der Heraufsetzung der Altersgrenze wird der Spekulation der Täter mit dem Zeitfaktor ein Riegel vorgeschoben.“

Aber mit der neuen Verjährungsregelung allein sind Östreich und Tralau noch nicht zufrieden. „Zum letzten SPD-Landesparteitag haben AsF und Familienforum einen gemeinsamen Antrag eingebracht, der einen eigenen Straftatbestand ‚weibliche Genitalverstümmelung‘ forderte. Denn dies ist eine derart grausame, dabei weit verbreitete Menschenrechtsverletzung speziell gegenüber Frauen und Mädchen, dass man ihr mit dem Begriff ‚Körperverletzung‘ alleine nicht beikommt“, meinen die Nord-Sozialdemo-kratinnen. „Der Parteitag sah das übrigens ganz genauso – nun sollten sich auch unsere Abgeordneten auf Landes- und Bundesebene diesem überwältigenden Votum anschließen.“

In der ablaufenden Legislaturperiode war zwischen den Koalitionspartnern wohl nicht mehr herauszuholen, wie AsF-Vorstand und Familienforum bedauern. „Eigentlich bedürfte es auch einer Aufnahme von Genitalverstümmelung in den Katalog der Auslandsstraftaten, damit die üble Praxis der ‚Ferienbeschneidungen‘ nach einer Rückkehr nach Deutschland strafrechtlich verfolgt werden kann“, stellen Östreich und Tralau klar. „Dies war Gegenstand eines parteiübergreifenden Gruppenantrags, der im Bundestag leider keine Mehrheit fand. Wir hätten uns gewünscht, dass sich sozialdemokratische Abgeordnete wenigstens bei einer solch elementaren Menschenrechtsfrage aus der drückenden Koalitionsdisziplin hätten lösen können.“

Denn eins sei klar: Verschweigen und falsche Rücksichtnahme helfen im Fall der weiblichen Genitalverstümmelung nicht weiter. In Deutschland sind schätzungsweise 20.000 Frauen genital beschnitten; jedes Jahr droht Tausenden junger Mädchen in unserem Land das gleiche schreckliche Ritual mit der Folge lebenslanger Leiden, oft schwerer Krankheit – nicht selten Tod.

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 09.07.2009, 09:18 Uhr - 11730 Clicks - Nr. 760

Olaf Schulze: Stilllegung von Krümmel ist die beste Lösung

Zur vom Betreiber Vattenfall angekündigten Erneuerung der beiden Maschinentransformatoren im AKW Krümmel sagt der energiepolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Olaf Schulze: Es ist ein gutes Zeichen, dass der Betreiber Vattenfall in Krümmel nun die Forderung der für die Atomaufsicht zuständigen Sozialministerin Dr. Gitta Trauernicht. „Erneuern statt Reparieren!“ erfüllt und zwei neue Transformatoren errichten wird. Jederzeit höchste Standards in Sicherheit und Technik in allen AKW ist oberste Priorität und sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wieder einmal musste hier die Atomaufsicht eingreifen und die Vattenfall-Manager zur Einsicht bringen. Zweifel an der Zuverlässigkeit des Betreibers Vattenfall nicht nur für das AKW Krümmel bleiben bestehen, das belegen auch weitere bisher unberücksichtigte sicherheitsrelevante Vorgaben der Atomaufsicht. Das angekündigte Auswechseln des Kernkraftwerksleiters alleine genügt nicht.

Der Austausch der beiden Transformatoren ist jedoch nur die zweitbeste Lösung des Problems: Die beste wäre eine Stilllegung des AKW Krümmel und möglichst bald auch aller anderen AKW.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 09.07.2009, 10:16 Uhr - 6417 Clicks - Nr. 761

Eine Riesenhalle voller Widerstand und voller Mut zur Energiewende

"Dicke Luft" herrschte in der Mehrzweckhalle in Schafflund am Informationsabend zum Thema "CO₂ - Abscheidung und Speicherung". Einerseits ließ der heiße Sommerabend die Luft in der mit ca. 1400 interessierten Bürgerinnen und Bürgern bis auf den letzten Platz gefüllten Halle schnell stickig werden, vor allem trugen aber auch die erhitzten Gemüter der CCS-Gegner zur "dicken Luft" bei.

Trotz der mittlerweile aufgeschobenen Beschlüsse des Bundestages zum CCS-Gesetz wollte die Veranstaltung noch einmal ausführlich und umfassend über die physikalischen und technischen Grundlagen, über Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit und über die politische Einschätzung der CO₂ - Einlagerung informieren. Und natürlich sollten die BürgerInnen zu Wort kommen und mitdebattieren. Das taten sie auch und zum Teil lautstark.



Die Gesprächsleitung des Abends hatte Professor Dr. Ilja Tuschy von der Fachhochschule Flensburg übernommen, der im Anschluss an die Fachvorträge durch die zum Teil hitzige

Diskussion führte, in der auch Vertreter der Firma RWE-DEA, dem möglichen Betreiber einer CO₂-Lagerstätte, zu Wort kamen.

Zunächst jedoch stellten Vertreter des Instituts für Geowissenschaften der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel ausführlich die physikalischen und geologischen Bedingungen für die Endlagerung von CO₂ vor. Dabei wurde wieder einmal deutlich, dass es sich um eine Technologie handelt, die erstens nicht sofort und umfassend zur Verfügung steht und zweitens auch nicht frei von Risiken ist.

Besonders zur Verschlechterung des Klimas in der Halle trug Staatssekretär Jost der Jäger vom Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein bei, der die energiewirtschaftliche und klimapolitische Position der Landesregierung darzustellen hatte.

In seinem mehrfach von Buhrufen und Pfiffen begleiteten Vortrag machte er kein Hehl daraus, dass die Landesregierung den Beschluss zum CCS-Gesetz in Berlin nur als "aufgeschoben und nicht aufgehoben" betrachtet und sie die Umsetzung der CCS-Technologie als wesentliches Element zum Erreichen der geforderten Klimaziele für erforderlich hält. Dazu stellte einer der Anwesenden unüberhörbar im Saal fest: "Dann ist ja jetzt klar, dass uns Peter-Harry mit seinen Aussagen nur verar... hat."

Zwar kann es wissenschaftlich sinnvoll sein, die CCS-Technologie zu erforschen, aber zur Erreichung der Klimaziele ist sie überflüssig, stellte Olav Hohmeyer, Professor für Energie- und Umweltmanagement an der Universität Flensburg und Mitglied des Weltklimarates fest. Der richtige Weg ist seiner Meinung nach ein weiterer konsequenter Umstieg auf die Gewinnung regenerativer Energie aus Wind, Sonne und Biomasse. Der Einsatz der CCS-Technologie führe nur zur Verlängerung des Einsatzes von Kohle zur Energieerzeugung. "CCS-Technologie ist Kohletechnologie", so Hohmeyer.

In der anschließenden Diskussion mit den Anwesenden im Saal, wurde immer wieder betont, dass das ganze Verfahren bisher den Eindruck erweckt, hier solle etwas "durchgepeitscht" werden. Von Anfang an habe die nötige Transparenz und die Beteiligung der Menschen in der Region gefehlt. In einem Wortbeitrag wurde auf die Problematik der Beeinträchtigung des Grundwassers hingewiesen. Mehrfach wurde festgestellt, dass für CO₂-Lagerstätten und eine Pipeline zum Transport des Gases wohl Geld da sei, aber die Energieversorger nicht dazu gebracht werden könnten, Erdkabel zu verlegen, damit der in der Region erzeugte Windstrom in vollem Umfang eingespeist werden kann. Insgesamt wurde aus den Publikumsbeiträgen deutlich, dass die CCS-Technologie von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung nicht gewollt ist und dass der Widerstand dagegen "steht". Die schon gesammelten Unterschriften beweisen es.

"Es ist für mich keine Pflicht, sondern eine Ehre, euren Protest als Vertreter dieser Region in den Bundestag zu tragen", sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg, als ihm in fünf großen Aktenordnern 22 500 Unterschriften gegen die CO₂-Einlagerung an den Petitionsausschuss des Bundestages übergeben wurden. Weitere 25 000 hatte er bereits gemeinsam mit Renate Künast vor dem Brandenburger Tor entgegengenommen.

Dr. Wodarg, der schon seit langem die "Energiewende jetzt" fordert und sich darüber hinaus für energie- und umweltfreundliche Verkehrssysteme durch eine Verstärkung der Elektromobilität und den Ausbau öffentlicher Nahverkehrssysteme einsetzt, steht in der Ablehnung des Einsatzes CCS-Technologie uneingeschränkt auf der Seite der Protestinitiativen in der Region.

Die Vertreter der Bürgerinitiative gegen die CO2-Einlagerung, die an ihrem Infostand vor der Tür der Veranstaltungshalle Protest-T-Shirts, Plakate, Aufkleber und Buttons anboten, konnten nur wenig "Umsatz" machen. Die meisten der Besucherinnen und Besucher waren damit schon gut versorgt und trugen bereits das gelbe Logo mit der Gasmaske.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 09.07.2009, 11:01 Uhr - 1797 Clicks - Nr. 762

Michael Wagner neuer Vorsitzender des Siedlerbeirates!

Zur Wahl von Michael Wagner erklärt der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Ralph Müller-Beck:

"Ratsherr Michael Wagner ist einstimmig zum Vorsitzenden des Siedlerbeirates gewählt worden. Wir gratulieren ihm sehr und freuen uns über die breite Zustimmung, die er erfahren hat."

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 09.07.2009, 15:46 Uhr - 10787 Clicks - Nr. 763

Thießen begrüßt Verzicht auf "Bombodrom"

Es sollte der größte Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr werden, doch nun hat das Bundesverteidigungsministerium nach jahrelangem Rechtsstreit seine Pläne für den Ausbau der Kyritz-Ruppiner Heide zurückgezogen.

„Die SPD war schon lange für einen Verzicht und nun hat auch der Bundesverteidigungsminister die richtigen Schlüsse gezogen“, so Jörn Thießen, Verteidigungsexperte der SPD-Bundestagsfraktion. „Ein zeitnahes Ende der juristischen Verhandlungen war nicht in Sicht und somit der Verzicht unumgänglich.“

Ziel der Bundeswehr war, durch den Bau des Luft-Boden-Schießplatzes zwei kleinere Übungsgelände in Niedersachsen und Bayern zu entlasten. Seit Anfang der 90er Jahre hatten jedoch Anwohner gegen die militärische Nutzung des 14.000 Hektar großen Gebietes protestiert. Nicht zuletzt die Tourismusbranche befürchtete starke Einbuße. Mit der Entscheidung akzeptiert Verteidigungsminister Franz-Joseph Jung das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg. Demnach dürfen auf dem so genannten „Bombodrom“ auch künftig keine Tiefflieger trainieren. Der Bundestag war bereits am 2. Juli einem Antrag des Petitionsausschusses gefolgt und hatte sich gegen den Schießplatz ausgesprochen.

Die SPD hatte sich in ihrem Regierungsprogramm für eine Beendigung des Rechtsstreites und gegen die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner-Heide stark gemacht. „Das Scheitern von Wittstock bedeutet, dass nun auf einem anderen Weg die Übungsbedingungen für Soldaten und insbesondere für Piloten optimiert werden müssen“, so Thießen. „Eine Mehrbelastung anderer Übungsplätze ist keine Lösung. Vielmehr müssen wir uns mit einem europäischen Übungskonzept befassen.“ Letztendlich, so Thießen, gehe es um den bestmöglichen Schutz von Zivilisten und Soldaten. Voraussetzung dafür seien verlässliche und realistische Übungsbedingungen.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 09.07.2009, 22:38 Uhr - 4580 Clicks - Nr. 764

Den Metropol-Gedanken stärken

Um die Metropolregion Hamburg ging es bei der letzten Fraktionssitzung der SPD Kreistagsfraktion vor der Sommerpause.

Mit ihrem Gast Karl Schwinke, MdBü, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion, sprach man über mögliche Formen der Kooperation des Kreises Stormarn mit der Hansestadt Hamburg.

Es wurde deutlich, dass gerade im Bereich des Verkehrs Kooperationen gut und nützlich sind. So ist der Ausbau der S-Bahn Linie S4 bis nach Oldesloe eine der Prioritäten des Hamburger Verkehrseckpunktapiers der SPD-Bürgerschaftsfraktion. In diesem Bereich sei eine Zusammenarbeit sehr sinnvoll, wolle man zu raschen Ergebnissen kommen, so die verkehrspolitische Sprecherin der Hamburger SPD, Karin Timmermann, MdBü. SPD-Fraktionsvorsitzender Reinhard Mendel: „Hier können beide Seiten von einer schnellen und engeren Zusammenarbeit profitieren.“



Doch nicht nur in diesem Bereich kann eine gemeinsame Arbeit fruchtbar sein, so wurde auch über eine Kooperation von Behörden gesprochen. Eine elektronische Vernetzung der Rathäuser würde es vielen Bürgern ermöglichen, nicht nur ihre zuständige, sondern ihre nächstgelegene Behörde aufzusuchen. Vor allem Pendler könnten hier profitieren. Weitere Themen waren der neue Landesentwicklungsplan für Schleswig- Holstein und die Möglichkeiten für Stormarn, der Wirtschaftskrise entgegenzutreten.

Karl Schwinke fasste zusammen, was für alle nach der Sitzung feststand: „Wir können viel voneinander lernen und sollten in stetem Kontakt bleiben.“ Für die Zukunft plant die Kreistagsfraktion ein Treffen mit der SPD Fraktion in der Wandsbeker Bezirksversammlung. Da der Bezirk Wandsbek genau an unseren Kreis grenzt, sei ein reger Austausch gerade hier wichtig, so der Fraktionsvorsitzende Reinhard Mendel.

Keine Kommentare

Bewertung erst nach Einsicht in das Gutachten

Zur Berichterstattung des NDR über das so genannte „Schnellankaufverfahren“ bei der HSH Nordbank erklärt der Obmann der SPD-Landtagsfraktion im Parlamentarischen

Untersuchungsausschuss, Jürgen Weber:

Das KPMG-Gutachten, auf das sich der NDR bezieht, liegt uns noch nicht vor. Es wird aber ein wichtiger Bestandteil der Unterlagen sein, mit denen sich der PUA befasst, deshalb haben wir beschlossen, dass uns das Gutachten vorgelegt wird. Selbstverständlich werden wir dann im PUA die Vertreter der Bank und ihrer Aufsichtsgremien - und dazu gehört auch der Risikoausschuss - befragen. Es ist selbstverständlich, dass erst dann Bewertungen vorgenommen werden können.

Keine Kommentare

Werkstattverfahren zur Innenstadttrahmenplanung voller Erfolg

„Der Kreisausschuss der Kieler SPD und die Mitgliederversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen haben gestern (8.7.09) zukunftsweisende Eckpunkte zur Innenstadtentwicklung Kiels beschlossen:

1. Das Leitbild der Stadtentwicklung Innenstadt am Wasser soll daran ausgerichtet werden, die Innenstadt sozial und kulturell zu beleben, baulich interessant und kleinteiliger zu gestalten, mehr Aufenthaltsqualität zu erreichen und die Besonderheit der direkten Fördelage und ihre Bedeutung für die Anbindung des Ostufers zu unterstreichen.
2. Das Wohnen in der Innenstadt für alle Bevölkerungskreise soll unter den Gesichtspunkten soziale Verträglichkeit und Generationengerechtigkeit deutlich gestärkt werden. Bei Neu- und Umbauvorhaben im Einzelhandel ist ein Wohnanteil von 25% anzustreben.
3. Der Schlossbereich soll als Stadtumbaugebiet ausgewiesen und Nutzungen im Bereich Wohnen, Kultur und Freizeit zugeführt werden. Er soll sich in eine „Kulturachse“ der nördlichen Kultureinrichtungen einbinden. Der Konzertsaal soll ertüchtigt werden. Die Pläne für ein Einkaufszentrum in diesem Bereich sind damit vom Tisch.
4. Der Schwerpunkt der Innenstadtentwicklung in den Bereichen Einzelhandel und Gastronomie soll in der Altstadt liegen. Damit erhält der Karstadt/Leik - Komplex für die Entwicklung des Einzelhandels Priorität gegenüber der Rathausgalerie bis Ende Juni 2010. Es besteht die dringende Erwartung an die Investoren, die Entwicklung am priorisierten Standort umgehend bis dahin voranzubringen. Das Ziel der Belebung der mittleren Holstenstraße ist weiter zu verfolgen.
5. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt soll durch die Aufwertung der Fußgängerzone, eine Neugestaltung des Holstenplatzes, eine Aufwertung von Asmus-Bremer-Platz, Europaplatz und Rathausplatz, die Schaffung einer Wasserverbindung von Bootshafen zum Kleinen Kiel sowie durch eine Attraktivierung des Kleinen Kiels erreicht werden.
6. Das gleichberechtigte Nebeneinander der Verkehrsarten soll im Zuge der Realisierung der Stadtregionalbahn durch Umgestaltung des Holstenplatzes und der Andreas-Gayk-Straße gestärkt werden.

Wir sind uns sicher, dass mit diesen Eckpunkten die wichtigsten Ergebnisse des Werkstattverfahrens aufgegriffen und ein klarer Kurs vorgegeben wird. Investoren werden es so leichter haben, ihre Planungen auf die Vorstellungen der Stadt abzustimmen. Schließlich haben alle ein Interesse daran, ihre Planungen auf einem sicheren Fundament zu begründen.“

Dies terklären der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer, der Kreisvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, Willi Voigt, der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Dr. Hans-Friedrich Traulsen und der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Dirk Scheelje.

Keine Kommentare

[SPD-Gebietsverband Amt Leezen](#) - veröffentlicht am 10.07.2009, 23:43 Uhr - 2510 Clicks - Nr. 767

SPD im Amtsbereich Leezen gründet sich neu

Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Amtsbereich Leezen haben am 14.Juli 2009 einen neuen, größeren Ortsverein gegründet. Zuvor bestanden in Bark, Leezen und Umgebung, Todesfelde und Wittenborn vier Ortsvereine, die bisher in einem Gebietsverband zusammengearbeitet haben.



„Wir wollen noch mehr Kraft in die anstehenden Aufgaben wie Bundes- und Landtagswahl stecken. Dafür haben wir uns im Amtsbereich Leezen zusammengetan, um gemeinsam stärker und effektiver arbeiten zu können“, so Tobias Köpke, der auf der Versammlung im Bockhorner „Waidmann`s Heil“ einstimmig zum neuen Ortsvereinsvorsitzenden gewählt wurde. Als seine Stellvertreter wurden Holger Böhm (Todesfelde), Hans Kummer (Bockhorn) und Alexander Wagner (Bebensee) gewählt, Kassenwart wurde Ulrich Jordan (Högersdorf).

Die Genossinnen und Genossen, die im Anschluss an die Versammlung ihr traditionelles Haxen-Essen begingen, diskutierten mit Marc-André Ehlers, Landtagskandidat der SPD im Wahlkreis Segeberg-Ost, bereits über mögliche Aktionen und Veranstaltungen im Wahlkampf. „Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Ortsverein. Man spürt, dass der klare Wille da ist, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Darum bin ich guter Dinge, dass es am 27.September und 9.Mai klappt“, so Ehlers, der die Versammlung leitete.

Auf der ersten Sitzung des neuen Vorstands Anfang Juli werden die ersten Ideen für den Wahlkampf in Angriff genommen.

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 11.07.2009, 13:38 Uhr - 3757 Clicks - Nr. 768

Kleine Fachleute ganz groß – Kinder helfen Politik auf die Sprünge

Während der Sitzung des Verkehrs- und Werksausschusses der Gemeinde Osterrönnfeld am 07.07.09 stellten Kindergarten- und Schulkinder eigene Ideen vor, wie sie sich die Spielplätze in Osterrönnfeld vorstellen.

Kinder des AWO-Kindergartens, der evangelischen Kindertageseinrichtung "Bahndammzwerge" und der Grundschule Aukamp bewiesen einmal mehr, dass sie die richtigen Fachleute sind, wenn es um Spielplätze geht. Daher war es folgerichtig, die Kinder mit dieser Ideenwerkstatt frühzeitig an der Überplanung der Spielplätze zu beteiligen. Dabei bewiesen sie außerordentlichen Ehrgeiz und viel Kreativität bei der Planung und Zusammenstellung der Vorschläge. Die Wunschliste war vielfältig, aber nicht realitätsfern.

Die im Haushalt bereitgestellten Finanzmittel für Osterrönnfelder Spielplätze ermöglichen, dass bereits erste Wünsche zeitnah umgesetzt werden können. Größere Anschaffungen sind

allerdings erst möglich, wenn auch größere Summen im Haushalt dafür vorgesehen werden. Daher sind die Gemeindevertreter gefragt, den Anliegen der Kinder und Eltern Rechnung zu tragen, damit die Spielplätze weiterhin ausgiebig genutzt und zur Freizeitgestaltung beitragen können. Ein erster Schritt in diese Richtung ist nun getan.

Hintergrund für die Überplanung der Kinderspielplätze sind vielfach stillgelegte Spielgeräte, die wegen der Witterung oder anderer Einflüsse nicht mehr sicher genug sind und daher außer Betrieb genommen worden. Zudem sind bestimmte Bereiche Osterrönfelds unzureichend mit Kinderspielplätzen versorgt, worauf zahlreiche Eltern hingewiesen haben.

Im Frühjahr 2010 wurde mit den ersten Bauarbeiten für die Runderneuerung der Spielplätze begonnen [\[mehr\]](#)

--

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 11.07.2009, 15:26 Uhr - 4538 Clicks - Nr. 769

Werkstattverfahren zur Innenstadttrahmenplanung voller Erfolg Entwicklung von Karstadt/Leik hat Priorität

Der Kreisausschuss der Kieler SPD und die Mitgliederversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen haben am 08.07.2009 zukunftsweisende Eckpunkte zur Innenstadtentwicklung Kiels beschlossen. ...

1. Das Leitbild der Stadtentwicklung Innenstadt am Wasser soll daran ausgerichtet werden, die Innenstadt sozial und kulturell zu beleben, baulich interessant und kleinteiliger zu gestalten, mehr Aufenthaltsqualität zu erreichen

und die Besonderheit der direkten Fördelage und ihre Bedeutung für die Anbindung des Ostufers zu unterstreichen.

2. Das Wohnen in der Innenstadt für alle Bevölkerungskreise soll unter den Gesichtspunkten soziale Verträglichkeit und Generationengerechtigkeit deutlich gestärkt werden. Bei Neu- und Umbauvorhaben im Einzelhandel ist ein Wohnanteil von 25% anzustreben.

3. Der Schlossbereich soll als Stadtumbaugebiet ausgewiesen und Nutzungen im Bereich Wohnen, Kultur und Freizeit zugeführt werden. Er soll sich in eine "Kulturachse" der nördlichen Kultureinrichtungen einbinden. Der Konzertsaal soll ertüchtigt werden. Die Pläne für ein Einkaufszentrum in diesem Bereich sind damit vom Tisch.

4. Der Schwerpunkt der Innenstadtentwicklung in den Bereichen Einzelhandel und Gastronomie soll in der Altstadt liegen. Damit erhält der Karstadt/Leik - Komplex für die Entwicklung des Einzelhandels Priorität gegenüber der Rathausgalerie bis Ende Juni 2010. Es besteht die dringende Erwartung an die Investoren, die Entwicklung am priorisierten Standort umgehend bis dahin voranzubringen. Das Ziel der Belebung der mittleren Holstenstraße ist weiter zu verfolgen.

5. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt soll durch die Aufwertung der Fußgängerzone, eine Neugestaltung des Holstenplatzes, eine Aufwertung von Asmus-Bremer-Platz, Europaplatz und

Rathausplatz, die Schaffung einer Wasserverbindung von Bootshafen zum Kleinen Kiel sowie durch eine Attraktivierung des Kleinen Kiels erreicht werden.

6. Das gleichberechtigte Nebeneinander der Verkehrsarten soll im Zuge der Realisierung der Stadtregionalbahn durch Umgestaltung des Holstenplatzes und der Andreas-Gayk-Straße gestärkt werden.

Zu den Beschlüssen des Kreisausschusses der Kieler SPD und der Mitgliederversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen zur Innenstadtrahmenplanung erklären der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer, der Kreisvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, Willi Voigt, der baupolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Dr. Hans-Friedrich Traulsen und der baupolitische Sprecher der Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen, Dirk Scheelje:

"Wir sind uns sicher, dass mit diesen Eckpunkten die wichtigsten Ergebnisse des Werkstattverfahrens aufgegriffen und ein klarer Kurs vorgegeben wird. Investoren werden es so leichter haben, ihre Planungen auf die Vorstellungen der Stadt abzustimmen. Schließlich haben alle ein Interesse daran, ihre Planungen auf einem sicheren Fundament zu begründen"

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 12.07.2009, 12:32 Uhr - 3867 Clicks - Nr. 770

1.200 Jahre Gemeinde Beidenfleth

Lothar Hay: Keine Gemeindegebietsreform von oben

Erscheinungsdatum: 12.07.2009

Innenminister Lothar Hay lehnt eine Gemeindegebietsreform von oben ab. „Die Gemeinde bleibt die Keimzelle des demokratischen Gemeinwesens“, sagte Hay am Sonntag (12. Juli) auf der 1.200-Jahr-Feier der Gemeinde Beidenfleth (Kreis Steinburg).

Die ländlichen Gemeinden hätten sich insgesamt positiv entwickelt. Gerade in kleineren Gemeinden hänge das öffentliche Wohl in besonderem Maße von der ehrenamtlichen Arbeit der Bürger ab. „Wir brauchen selbstbewusste Frauen und Männer in den kommunalen Vertretungen“, sagte der Minister.

Leistungsfähige Ämter sind nach Ansicht von Hay die Garanten dafür, dass sich das ehrenamtliche Engagement in den Gemeinden wirkungsvoll entfalten kann. Die bewusste und eigenverantwortliche Entscheidung, Selbstverwaltungsaufgaben auf Ämter zu übertragen, sei Ausdruck gelebter Selbstverwaltung. Solche Entscheidungen würden von Gemeindevertretern getroffen, die selbst am besten beurteilen könnten, in welcher Form ihre örtlichen Angelegenheiten geregelt werden sollen. „Diese Entscheidungen sind demokratisch legitimiert“, sagte Hay.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

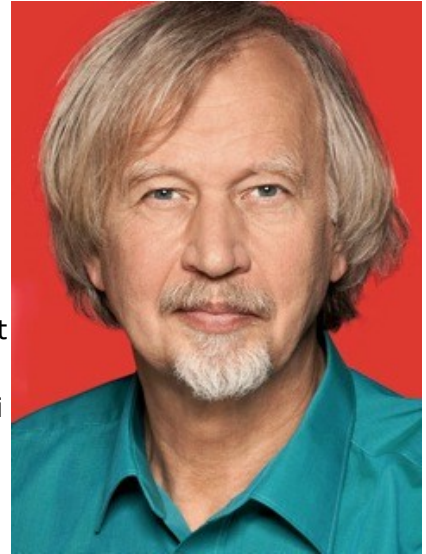
Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 12.07.2009, 15:57 Uhr - 5699 Clicks - Nr. 771

Wodarg: Die Verfassung steht über parteipolitischen Manövern der CDU/CSU

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg hat bei der namentlichen Abstimmung über die Änderung des Bundeswahlgesetzes für den Gesetzentwurf der Grünen gestimmt. Wahltaktische Spielchen der Union seien keine Rechtfertigung dafür, das Wahlrecht verfassungswidrig zu belassen, so Dr. Wodarg.



Am 3. Juli 2008 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das derzeitige Wahlrecht verfassungswidrig ist und geändert werden muss. Seit dem hat sich die SPD-Bundestagsfraktion darum bemüht, eine solche Änderung herbei zu führen, was die Union jedoch bis zuletzt blockierte. Möglich war dies, weil das Bundesverfassungsgericht eine Neuregelung erst zum 30.11.2011 zwingend vorgeschrieben hatte. Die Hoffnung der Union ist, auf der Basis des alten, verfassungswidrigen Wahlrechts eine Mehrheit gemeinsam mit der FDP zu erhalten. Berechnungen haben ergeben, dass das alte Wahlrecht die Union in vielen Bundesländern begünstigt.

Unter dem Druck, den Koalitionsvertrag einhalten zu wollen, hat sich letztlich auch die Spitze der SPD-Bundestagsfraktion dafür entschieden, eine Änderung des Wahlrechts abzulehnen. Dr. Wodarg wollte dies nicht akzeptieren und hat bei der namentlichen Abstimmung für die Änderung gestimmt.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 13.07.2009, 08:10 Uhr - 7683 Clicks - Nr. 772

Neugebauer: Erfreuliche Perspektiven bei der AWR

Im Rahmen der Aktion Ausbildung 2009 der IHK in Kiel informierten sich der SPD-Landtagsabgeordnete Günter Neugebauer und der Geschäftsführer der IHK-Zweigstelle Rendsburg Peter Dohm bei der Abfallwirtschaftsgesellschaft Rendsburg-Eckernförde mbH (AWR) in Borgstedt.

„Bei einem Mitarbeiterbestand von 21 Personen stellen wir konstant seit Jahren 3 bis 4 Ausbildungsplätze zur Verfügung, alle im kaufmännischen Bereich“, erklärte Geschäftsführer Ralph Hohenschurz-Schmidt, „eine Quote von annähernd 20 %.“ Sowohl Neugebauer als auch Dohm bezeichneten dies als beispielhaft.

Die AWR wird auch weiterhin die Sortierung der Verpackungsabfälle, die von den ca.120.000 Haushalten des Kreises Rendsburg-Eckernförde produziert werden, durchführen. Heute ist die Anlage technisch soweit umgerüstet, dass die Sortierung nach Fraktionen mechanisch abläuft. Nur noch wenige Sortierer stehen am Band, um noch nachzusortieren. Das bedeutet aber auch, dass etliche Arbeitsplätze mit geringer Qualifizierung weggefallen sind. Im Herbst erfolgt eine Neuausschreibung für den Gelben Sack, Hohenschurz-Schmidt befürchtet u. U., bei der

Ausschreibung nicht berücksichtigt zu werden.

Seit Jahren betreibt die AWR kreisweit ein flächendeckendes Netz von Recyclinghöfen, wo (fast) alles entsorgt werden kann, was nicht in die Mülltonne passt. Dort werden die Kunden von qualifizierten Fachkräften für Abfallkreislaufwirtschaft bedient und beraten.

Die Energieerzeugung aus den kommunalen Bio- und Pflanzenabfällen ist seit 2008 ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld der AWR. Daher ist die neue Bioabfallbehandlungsanlage unter Umweltaspekten von herausragender Bedeutung. Auf Grund einer flächendeckenden Einführung der Bioabfallsammlung wurde seinerzeit eine vollständig geschlossene Kompostierungsanlage errichtet, die Bioabfall zu zertifiziertem Qualitätskompost verarbeitet. Im Bioabfall steckt aber weit mehr als nur Kompost.

Seit Ende 2008 ist der Kompostierung eine Vergärungsanlage mit modernster Technik vorgeschaltet, mit der aus dem Bioabfall methanreiches Biogas gewonnen wird, daraus dann Strom und Wärme. Ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Die Gärreste werden zu Qualitätskompost verarbeitet. Erzeugte Wärme wird bereits an einen benachbarten Unternehmer über einen Wärmeaustauscher übergeben. Strom wird ins Netz speist, bei weiterer Steigerung der Strompreise wird sich auch eine direkte Abgabe von Strom an Betriebe sowohl für die AWR als auch für die Abnehmer lohnen. Das geplante Gewerbegebiet Borgstedtfelde hätte für die Abgabe von Energie große Bedeutung.

Eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 145 kW, die seit Anfang 2008 auf den Dächern der Lagerhallen montiert ist, rundet die Einrichtungen zur Erzeugung umweltfreundlicher Energie auf dem Abfallwirtschaftszentrum ab.

„Abfallwirtschaft der Zukunft – eine Aufgabe mit guter Perspektive und auch sichere Arbeitsplätze für die Region“, erklärten Neugebauer und Dohm zum Abschluss des Gespräches.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.07.2009, 08:42 Uhr - 2160 Clicks - Nr. 773

Rückenwind für Ganztagschulen: Stadt Kiel bringt Schulmittagessen auf den Tisch

Zu der Verwaltungsvorlage zum Schulmittagessen für den nächsten Schulausschuss erklären die schulpolitischen SprecherInnen der Ratsfraktionen Peter A. Kokocinski (SPD) und Anke Erdmann (Bündnis 90/ Die Grünen):

Rot-Grün freut sich über den Vorschlag der Verwaltung!

So wird die Landeshauptstadt Kiel nach den Sommerferien das Mittagessen in Ganztagschulen unterstützen, indem der Preis für die Schülerinnen und Schüler der Grundschulen und Förderzentren auf 2,40 Euro und der weiterführenden Schulen auf 2,80 Euro festgesetzt wird. Die Differenz zum Preis der Betreiber der Schulküchen übernimmt die Stadt mit dem Schuljahr 2009/10. Damit erhalten erstmalig alle Kieler Schülerinnen und Schüler eine Unterstützung bei der schulischen Mittagsverpflegung.

Für dieses Haushaltsjahr nimmt die Stadt dafür 32.500 Euro in die Hand. Es ist gut, dass die Verwaltung dafür aufgrund der Finanzlage einen Gegenfinanzierungsvorschlag gemacht hat.

Ein weiterer Punkt ist erfreulich: Nach Absprache mit der Familie Murmann kann der Preis für

Kinder aus sozialschwachen Familien von einen Euro auf nur 50 Cent pro Essen gesenkt werden. Uns ist wichtig, dass das Mittagessen an den Kieler Schulen zu Preisen angeboten werden kann, die sich die SchülerInnen und ihre Familien auch leisten können. So kann dafür gesorgt werden, dass weder Mensen noch Mägen leer bleiben müssen.

Eine schülerfreundliche und schnelle Lösung ist wichtig, denn ab dem kommenden Schuljahr werden zwei Drittel aller SchülerInnen die allgemeinbildenden Kieler Ganztagschulen besuchen - 29 offene Ganztagschulen werden es sein. Zudem kommen - wie von rot-grün und SSW im letzten Herbst beantragt - zwei weitere gebundene Schulen dazu: Die Gemeinschaftsschulen im Bildungszentrum Mettenhof und am Brook (bisher: Gustav-Friedrich-Meyer-Schule). Das ist nicht nur Rückenwind, das ist eine starke Brise, die unsere Ganztagschulen voran bringen wird.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 13.07.2009, 10:02 Uhr - 51389 Clicks - Nr. 774

Schleswig-holsteinische SPD-Frauen fordern das Aus für Reaktor Krümmel

Die Landesvorstandssitzung der AsF beschäftigte sich mit dem erneuten Störfall im AKW Krümmel.

In großer Besetzung fand am Mittwoch, dem 8. Juli, die Landesvorstandssitzung der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) statt – extern in den Räumen des Kieler „Frauennotrufs“. Von den neun Vorstandsfrauen waren fast alle anwesend; hinzu kamen zwei Genossinnen aus Ostholstein, welche dort wieder eine Kreis-AsF ins Leben rufen wollen, sowie Agnes Witte im Auftrag der frauenpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Sandra Redmann. Als Gastgeberin führte Ursula Schele durch die Räume und erklärte den Präventionsansatz der „Petze“ (gegen sexualisierte Gewalt und für den Schutz von Mädchen und Jungen).

Auf der Tagesordnung stand die Diskussion über den Programmteil „Frauen und Gleichstellungspolitik“ für die Landtagswahl 2010, und es galt Wahlkampfaktivitäten und mehrere Veranstaltungen zu planen.

Zentrales Thema war aber zunächst der erneute Störfall im AKW Krümmel. Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokratinnen sind sich einig: „Das muss das endgültige Ende für diesen Atomstandort und seinen Betreiber Vattenfall sein. Das Unternehmen hat in krasser Weise Sicherheitsauflagen und Informationspflichten missachtet und damit die Bevölkerung in weitem Umkreis gefährdet. Schluss mit Krümmel – und zwar jetzt!“ Der Standpunkt der für die Atomaufsicht zuständigen Ministerin Gitta Trauernicht, die ein Ausstiegsszenario als Option beibehalten will, ist den SPD-Frauen daher sehr viel näher als das Gerede von der „letzten Chance“ für den Gefahren-Meiler – wie es vor allem Ministerpräsident Carstensen praktiziert.

„Eine Standpauke für den Vorstandschef, ein paar personelle Veränderungen, und dann läuft alles geradewegs weiter bis zum nächsten, noch schwereren Störfall? Das kann keine verantwortungsbewusste Politik für unser Land sein“, betont AsF-Landesvorsitzende Cornelia Östreich. Genauso wenig verstehen die Nord-Frauen Carstensens Beharren auf dem, was er „einen vernünftigen Energiemix“ nennt – mit der Kernkraft als fester Größe. In den zwei Jahren, in denen Krümmel abgeschaltet war, habe niemand den dort produzierten Strom vermisst. Schleswig-Holstein sei wegweisend auf dem Gebiet erneuerbarer Energien, das

erlebe Österreich immer wieder bei Gesprächen auf Bundesebene: „Diese Stärke sollten wir entschieden nutzen und damit auch anderen Ländern zeigen, wie der Atomausstieg gelingen kann – ohne auf der anderen Seite vermehrt Treibhausgase zu produzieren. Die schleswig-holsteinische SPD hat das richtige Programm dafür – während CDU und FDP auch im Bund an der Nutzung der Kernkraft festhalten wollen. Diese Alternative muss allen Bürgerinnen und Bürgern bewusst sein!“

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 13.07.2009, 12:53 Uhr - 52429 Clicks - Nr. 775

Krümmel endgültig abschalten - Atomausstieg beschleunigen

Der Landesparteirat der schleswig-holsteinischen SPD hat am 9. Juli 2009 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. Nach der beispiellosen Pannenserie der vergangenen Jahre muss das Atomkraftwerk Krümmel endgültig vom Netz genommen werden.
2. Der Konzern Vattenfall hat alle Chancen verspielt, seine Eignung im Betrieb hochkomplexer Kraftwerksanlagen unter Beweis zu stellen. Vattenfall sollte daher selbst die Konsequenz daraus ziehen und auf alle weiteren Anläufe verzichten, einen Weiterbetrieb des Atomkraftwerks Krümmel zu versuchen.
3. Politisch ist die Unzuverlässigkeit von Vattenfall für einen Betrieb solcher Anlagen längst erwiesen, auch wenn das betreiberfreundliche Atomrecht für Reaktoraufsichtsbehörden extrem hohe juristische Hürden stellt, dieses rechtlich durchzusetzen.
4. Der Landesparteirat der SPD fordert die Landesregierung auf, für den Herbst eine Bundesratsinitiative vorzubereiten. Sie soll das Atomrecht so verschärfen, dass die Zuverlässigkeitsprüfung auf das Gemeinwohl und nicht die Betreiberinteressen gerichtet ist und die Reaktorsicherheitsbehörden das auch durchsetzen können.
5. Der Landesparteirat der SPD bekennt sich zum Atomkonsens, den die rotgrüne Bundesregierung vereinbart hat. Eine Änderung kann es allenfalls in die Richtung geben, dass der Ausstieg beschleunigt und die ältesten und stör anfälligsten Atomkraftwerke, die nach Ansicht der Bundesregierung nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik entsprechen, schneller vom Netz genommen werden.
6. Die Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel gehören zu den deutschen TOP 3 Atomkraftwerken in der Pannenstatistik, was Störfälle, mangelnde Öffentlichkeitsarbeit, Schlapereien und besorgniserregende Sicherheitsmängel angeht. Die Bevölkerung ist jetzt lange genug in Angst und Schrecken versetzt worden. Sicherheit geht vor Profit. Neben Krümmel muss auch Brunsbüttel abgeschaltet bleiben.
7. Die Entwicklung der letzten Wochen zeigt, dass der Atomausstieg derzeit rechtlich nicht erzwungen werden kann, sondern politisch durchgesetzt werden muss. Die schleswig-holsteinische SPD bekennt sich nachdrücklich zu einer konsequenten Energiewende, die so schnell wie möglich die Nutzung der gefährlichen und für Jahrtausende strahlenden Atommüll hinterlassenden Atomenergie beendet.

Keine Kommentare

Praktikum in Berlin - Bericht von Thies Henning Hansen

Vom 23. Juni bis zum 3. Juli machte Thies Henning Hansen aus Fahretoft ein Praktikum im Berliner Büro des Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg. Dies ist sein Bericht:



BILD: v.l. Thies Henning Hansen, Caltoumi Imorou, Dr. Wolfgang Wodarg und Andreas Audretsch

Hallo,

ich heiße Thies Henning und besuche das Gymnasium in Tondern.

Ich möchte euch gerne ein wenig über meine Arbeit bei dem Mitglied des Deutschen Bundestages Dr. Wolfgang Wodarg erzählen. Er ist der Vertreter seines Wahlkreises "Flensburg/Schleswig" in Berlin. Außerdem ist er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung im Europarat.

Ich bin zwei Wochen in Berlin gewesen, wo ich eine Menge erlebt habe!

In der ersten Woche habe ich ausschließlich im Büro gearbeitet. Andreas und die Französin Caltoumi, Wolfgangs Mitarbeiter, haben mir gezeigt, was im Hintergrund abläuft. Wenn man ein wenig darüber nachdenkt, ist es klar, dass ein Politiker nicht alles alleine machen kann - es ist notwendig, dass einige kompetente Mitarbeiter im Hintergrund arbeiten. Und so ist es auch bei Wolfgang: Andreas unterstützt Wolfgangs Arbeit im Gesundheitsausschuss und Caltoumi hilft ihm bei der Vorbereitung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Meine Arbeit war sehr abwechslungsreich. Manchmal musste ich jede Menge Dokumente ausdrucken, aber danach durfte ich sogar Briefe der Bürger beantworten, bzw. es versuchen. So kam es dazu, dass ich zum Beispiel eine Anfrage zu einem speziellen Paragraphen im Sozialgesetzbuch bearbeitet habe, was von mir erforderte, den "Juristentext" zu entschlüsseln.

In der zweiten Woche war die Arbeit anders, da eine sogenannte "Plenarwoche" abgehalten wurde. Das bedeutet, dass alle Ausschüsse, die Arbeitsgruppen der Parteien und die Fraktionen sich treffen. Am Ende der Woche stimmen die Abgeordneten dann über neue Gesetze oder einige Anfragen ab. Es war sehr spannend. So konnte ich sehen, wie die Politiker ganz konkret arbeiten, wenn sie bei den genannten Versammlungen sind.

Ich bin froh, dass ich die Möglichkeit bekommen habe, besser zu verstehen, was "Politik" eigentlich ist und was es bedeutet ein Politiker zu sein, bzw. in der Politik zu arbeiten.

Für die schöne Zeit möchte ich mich gerne bei Wolfgang und seinen Mitarbeitern bedanken!

Keine Kommentare

[Jusos Rendsburg](#) - veröffentlicht am 13.07.2009, 20:54 Uhr - 3587 Clicks - Nr. 777

Hilfe, Bürgermeister Breitner sitzt auf dem Trockenen!

Mit Wasser kennen sich die Rendsburger aus: Eider, Nord-Ostsee-Kanal und das jährlich stattfindende härteste Ruderrennen der Welt sind dafür nur drei Beweise. Was liegt da näher für den NDR, als seine Sommertour und traditionelle Stadtwette in Rendsburg zu veranstalten und das mit dem Element Wasser...

Am Samstag, 18. Juli ab 18 Uhr startet auf dem Schiffbrückenplatz die alljährliche Sommertour-Party von NDR1 Welle Nord und Schleswig-Holstein-Magazin. Neben einem vielfältigen Bühnen- und Showprogramm ist die Stadtwette besonderer Programmpunkt der Veranstaltung.

Hier sind alle Rendsburger, Umland-Bewohner und Touristen aufgerufen, tatkräftig anzupacken, damit die Wette gegen den NDR gewonnen wird.

"Neben der großen NDR Bühne auf dem Schiffbrückenplatz steht ein großes Becken, in dem der Bürgermeister von Rendsburg, Andreas Breitner, auf dem Trockenem in einem "Einer"-Boot sitzt. Und die NDR 1 Welle Nord und das Schleswig-Holstein Magazin wetten, dass es den Rendsburgern und ihren Urlaubsgästen nicht gelingen wird, innerhalb von 25 Minuten das Becken so aufzufüllen, dass der Bürgermeister eine Handbreit Wasser unterm Kiel hat. Dazu muss mit Hilfe einer "Eimerkette" das Wasser aus der etwa 700 Meter entfernten Eider herangeschafft werden. Keine leichte Aufgabe! Wir sind gespannt, ob Rendsburg es schaffen wird, genügend helfende Hände für die über 1.000 bereitgestellten Eimer zu finden." (Zitat: NDR1 Welle Nord; <http://www.wellenord.de/veranstaltungen/sotourrendsburg102.html>; 13.07.09)

Die Wette gegen den NDR hat Rendsburg gewonnen!

Keine Kommentare

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 14.07.2009, 09:49 Uhr - 4553 Clicks - Nr. 778

Zum Regierungsprogramm der CDU/CSU

Der Juso Kreisverband Dithmarschen erklärt zum veröffentlichten Regierungsprogramm "WIR HABEN DIE KRAFT – Gemeinsam für unser Land." der CDU/CSU:

Die CDU hat sich mit diesem Regierungsprogramm vollkommen in eine politische Parallelwelt zurückgezogen. Erfolge werden pauschal der Union zugerechnet und die SPD scheint an jeder erdenklichen Misslage der Bundesrepublik schuld zu sein. Die Selbstbeweihräucherung und Schönfärberei ist jedoch insbesondere bei den für die Jugend interessanten Themen enorm.

Es wird behauptet die Union würde Forschung und Bildung voranbringen, während dieselbe Partei, die in immerhin 12 Bundesländern die Ministerpräsidenten stellt, die Einsparungen in der Bildungspolitik betreibt. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Bundesbildungsministerin der CDU die Forderungen des Bundesweiten Bildungstreiks für "gestrig" hält.

Es folgen weitere Sätze die von der Realität lügen gestraft werden. Es wird gesagt: "Unser Land soll Bildungsrepublik werden" und, man höre und staune, "Bildung darf keine Frage des Einkommens der Eltern sein."

Es folgt allerdings kein Wort zu unsozialen Studiengebühren, zum Rückgang der Ausgaben im Bildungssystem und zur derzeitigen selektiven Auslese- und Verteilfunktion unseres Bildungssystems!

Die SPD hingegen hat in ihrem Programm klar gemacht wofür sie steht: „Wir bekennen uns zu Bildung als öffentlichem Gut und sehen Staat und Politik in der Verantwortung, mehr Bildung für alle von Anfang an und ein Leben lang zu organisieren...Bildung muss unserer Gesellschaft mehr wert sein.

Die SPD hat auch erklärt wie sie ihre Ziele erreichen will. Eine moderate Erhöhung der Reichensteuer zu Gunsten der Bildung zukünftiger Generationen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 14.07.2009, 10:08 Uhr - 1944 Clicks - Nr. 779

1 Jahr Dänenampel – eine Zwischenbilanz

Die Wahl von Oberbürgermeister Albig im ersten Wahlgang zeigt, dass unsere Themen, unsere Lösungsansätze und unsere politischen Entscheidungen in Kiel auf breite Zustimmung stoßen. Die wichtigsten Entscheidungen des ersten Jahres stellen wir mit dieser Übersicht vor:

Unser Grundverständnis von Politik: Mehr Teilhabe ermöglichen!

Kommunalpolitik lebt von der Nähe zu den Bürgerinnen und Bürger. Mit ihnen gemeinsam wollen wir unsere Lebenswelt gestalten und die konkreten Probleme lösen.

Das bedeutet nicht, dass wir uns hinter anderen verstecken, Entscheidungen werden nach wie vor in der Ratsversammlung getroffen. Doch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösung und Entscheidungsfindung ist für uns von entscheidender Bedeutung. Darum haben wir einerseits einen Kleingartenbeirat eingerichtet und sorgen andererseits dafür, dass etwa in der Sportentwicklungsplanung, der Schulreform oder in der Erarbeitung eines Kulturkonzeptes alle interessierten Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den Informationen und eine faire Chance einer Teilhabe haben.

Diese Art, Kommunalpolitik zu gestalten, zeigt sich auch im umfangreichen Werkstattverfahren bei der Innenstadttrahmenplanung, den Workshops mit den AnwohnerInnen im Saarviertel zur Lösung der Parkraumprobleme oder dem Beteiligungsverfahren zur Entscheidungsfindung, ob wir eine Uhlenkroogrampe brauchen oder nicht.

Wir stärken die Soziale Stadt Kiel:

Mit der künftigen Regelung der Mietobergrenzen werden Umzüge auf ein Mindestmaß beschränkt. Eine neue aktive kommunale Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung gemeinsam mit dem Jobcenter schafft zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze und verschafft kleinen Unternehmen und Existenzgründungen neue Zugänge zu günstigen Mikrokrediten. Mit einem Ermäßigungsausweis wollen wir die Teilhabe von Menschen mit niedrigem Einkommen am kulturellen Leben sichern, nicht zuletzt durch ein neues, verbilligtes Busticket. Deshalb haben wir in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister hierzu einen Prüfauftrag verabschiedet.

Wir erhalten und stärken die Erbpacht anstatt sie abzuschaffen.

Mit 30.000 Euro fördern wir konkrete Projekte gegen Rechtsextremismus

Mit der Aufstockung der Fördermittel des Mehrgenerationenhauses um jährlich 70.000 Euro sichern wir eine zentrale Anlaufstelle für die Bewohnerinnen und Bewohner von Gaarden.

Die Teilnahme der Stadt Kiel an der Kampagne Save Haven zeigt, dass in Kiel Flüchtlinge willkommen sind und fordern ein menschenwürdiges Bleiberecht

Eine Stadt für Kinder:

Wir nutzen das Konjunkturprogramm der Bundesregierung zu einer 16,2 Millionen schweren Sanierungsoffensive von Schulen und Kindertagesstätten.

Wir haben die Diskussion um einen Sportentwicklungsplan für die Landeshauptstadt Kiel angestoßen, die Erarbeitung eines Sportentwicklungsplans in Auftrag gegeben und als erste konkrete Maßnahme die Hallennutzungsgebühren abgeschafft.

Mit der breit getragenen Lösung um die Baumaßnahmen im Holteinstadion haben wir einen Prozess in Gang gesetzt, der Fußball neben Segeln und Handball zu einer dritten Säule des Breitensports in Kiel machen wird.

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung vor allem auch in Gaarden und Mettenhof.

Das Mädchenhaus Lotta bleibt eine sichere Zuflucht für Mädchen, die von psychischer, physischer und sexualisierter Gewalt bedroht oder betroffen sind.

Mit dem Bäderkonzept nehmen wir Kurs auf Prüfung eines ein Zentralbades an der Hörn in Kiel Gaarden.

Wir haben die hauptamtlichen Stellen im Bereich der Stadtteilbüchereien auf 2,5 Stellen erhöht.

Mehr Kinder- und Jugendbeteiligung: Von der konkreten Mitgestaltung im Stadtteil bis zu Veranstaltungen im Rathaus umfasst das neue Konzept der Landeshauptstadt Kiel viele attraktiven Möglichkeiten, sich einzumischen.

Bessere Schulen für Kiel:

Das größte Investitionsprojekt aller Zeiten: Der Bau der regionalen Bildungszentren mit einem Investitionsvolumen von 103,2 Mio. Euro schafft für 11000 BerufsschülerInnen pädagogisch optimale Lernvoraussetzungen.

Für ein umfangreiches Sanierungs- und Umbauprogramm der Kieler Schulen geben wir ca. 20. Mio. Euro aus.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit auf nunmehr elf Planstellen.

Die Umsetzung der Schulreform mit einem sehr komplexen Schulentwicklungsplan erfolgt zielstrebig, aber immer unter Beteiligung der Schulen, Eltern und Schülerinnen und Schüler.

Mehr Ganztagschulen, mehr Gemeinschaftsschulen mit einem guten Raumangebot sind unser Beitrag für eine neue Lernkultur in Kiel.

Klimaschutzstadt Kiel:

In Kiel setzt niemand mehr auf ein neues Kohlekraftwerk, die Dänenampel hat klare politische Vorgaben gemacht.

Die Gutachten für ein modernes ökologisches Energieversorgungskonzept wurde in Auftrag gegeben.

Die Stadtregionalbahn wurde in den Verkehrsentwicklungsplan aufgenommen, Gutachten werden die konkreten regionalwirtschaftlichen Effekte herausarbeiten, eine Planungsgesellschaft nimmt die Arbeit auf.

Die Rekommunalisierung der KVG sichert gute Arbeitsplätze und eine kundennahe Versorgung im Öffentlichen Nahverkehr.

Die Rekommunalisierung von Restmüll- und Papierentsorgung zeigt, dass der ABK die Konkurrenz mit anderen Entsorgern nicht zu scheuen braucht.

Kreative Stadt:

Alle Theater-Sparten bleiben erhalten.

Mit der Festung Friedrichsort und dem Flandernbunker bewirbt sich Kiel mit dem Projekt „Baltic Fort Route“ um EU-Mittel aus dem INTERREG IVb-Programm.

Wir pflegen eine starke Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Kiel und haben dazu die Stelle der Hochschulbeauftragte ausgebaut

Die Weichen zur Errichtung eines KünstlerInnenatelierhaus sind gestellt, Haushaltsmittel in Höhe von 350.000 Euro stehen bereit

Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung

Wir haben die strategischen Ziele der Landeshauptstadt Kiel neu gefasst und stellen damit die Soziale Stadt, die Kinderfreundliche Stadt, die Klimaschutzstadt, die Kreative Stadt und die Innovative Stadt in den Vordergrund. Diese Ziele sind unterlegt mit konkreten Maßnahmen, die sich im städtischen Haushalt widerspiegeln. So schaffen wir Transparenz.

Mit einem umfangreichen Reformkataster schaffen wir die Voraussetzung für mehr Effizienz und mehr Bürgernähe in der städtischen Verwaltung.

Wir haben den ersten doppischen Haushalt der Landeshauptstadt Kiel für 2009 vorgelegt und beschlossen." Dies erklärten die Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion und Bündnis 90/Die Grünen Ralph Müller-Beck und Lutz Oschmann sowie Antje Danker, SSW und die Kreisvorsitzenden der SPD, Rolf Fischer und von Bündnis 90/Die Grünen, Regina Rosin sowie Rüdiger Schulze (SSW).

Keine Kommentare

Führerschein für das Ehrenamt

Feuerwehrführerschein

Feuerwehrführerschein leicht gemacht

Der EU-Führerschein war den Freiwilligen Feuerwehren ein Dorn im Auge. Denn die neue EU-Fahrerlaubnis berechnete nur das Fahren bis 3,5t – Führerscheinklasse C1 – so dass die jungen Helfer eine kostenaufwendige Fahrerlaubnis von 3,5 bis 7,5 t erwerben mussten.

Die SPD fördert das Ehrenamt. Daher hat sie auf Bundesebene entschieden dazu beigetragen für Fahrzeuge bis 7,5t eine Sonderfahrberechtigung ohne theoretische und schriftliche Prüfung zu ermöglichen.

Mit den Fahrlehrerverbänden wurde zudem vereinbart, auch die Kosten für diese reduzierte Ausbildung gegenüber dem regulären Erwerb des Führerscheins C1 auf rund 600€ zu reduzieren. Das bedeutet für die jungen Helfer beim Erwerb des Feuerwehrführerscheins eine Preissenkung von 50 Prozent. Außerdem besteht für Fahrzeuge bis zu 4,75t künftig die Möglichkeit, mit einer organisationsinternen Ausbildung und Prüfung eine Sonderfahrberechtigung zu erlangen. Ausbilder und Prüfer kann ein erfahrendes Mitglied der Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdienste oder des Technischen Hilfswerks sein, sofern er/sie älter als 30 Jahre und seit fünf Jahren im Besitz eines Führerscheins der Klasse C1 ist. Dies ist ein Beispiel eines aktiven Einsatzes der Politik für das Ehrenamt.

Es war der SPD sehr wichtig, dass für den Feuerwehrführerschein keine zusätzlichen Kosten mehr entstehen. Die Kostenreduzierung wird vor allem den kleinen Feuerwehren zugute kommen, die nun keinen ausgebildeten Fahrlehrer mehr in Anspruch nehmen müssen, um die üblich genutzten Tragkraftspritzenfahrzeuge bis 4,75t fahren zu können.

Ein weiterer Vorteil: Nach 2 Jahren Mitgliedschaft bei Feuerwehren und technischen Hilfs- und Rettungsdiensten kann dieser Führerschein in einen regulären Führerschein C1 umgeschrieben werden. Der Landtagsabgeordnete Andreas Beran, einziger aktiver Feuerwehrmann im Kieler Parlament, ist überzeugt, dass dieses Angebot ein zusätzlicher Anreiz für junge Leute ist, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Da die Ausgestaltung der Ausbildung und Prüfung per Rechtsverordnung bei den Ländern liegt, wird sich Andreas Beran als Landtagsabgeordneter und aktiver Feuerwehrmann dafür einsetzen, eine praxisnahe und für das Ehrenamt akzeptable Regelung zu finden.

Keine Kommentare

EVAK - Weiter im Hauruck-Verfahren?

Nach der Hauptsatzung des Kreistages müssen Veräußerungen und Erwerbungen dieser Größenordnung, verbunden mit der unweigerlichen Kreditaufnahmen, vom Kreistag

entschieden werden.

Die demokratischen Spielregeln müssen eingehalten werden ...

forderte daher die SPD Kreistagsfraktion mit Antrag vom 7. 7. 2009 die anderen Fraktionen des Kreistages und die Landrätin auf, die demokratischen Spielregeln auch beim Verkauf der Bildungsstätte Mühle und dem Kauf der EVAK einzuhalten.

"Nach der Hauptsatzung des Kreistages muss die Veräußerung der Bildungsstätte Mühle bzw. der Erwerb der EVAK, verbunden mit der unweigerlichen Kreditaufnahme, vom Kreistag entschieden werden", so unmissverständlich der Fraktionsvorsitzende Arnold Wilken.

Der Hauptausschuss, der diese Entscheidungen am 21. 07. 2009 nur einen Tag nach der Öffnung der Kaufangebote treffen sollte, ist nicht zuständig, stellte die SPD fest.

Verwaltung und der Kreispräsident räumten jetzt ein, dass die SPD richtig liege und dass der Hauptausschuss daher nicht tagen müsse.

Trotzdem geht das Hauruckverfahren mit der Brechstange weiter!

Die SPD hatte die vierzehntägige Einreichungsfrist in dem Verfahren zur öffentlichen Ausschreibung des Verkaufs der Mühle heftig kritisiert. "Dies ist keine gängige Praxis, sie behindert seriöse Bieter bei der Angebotsabgabe und führt unter Umständen zu finanziellen Nachteilen für den Kreis Segeberg", so Wilken weiter, "vielleicht ist es sogar der Versuch, weitere Kaufinteressenten zu verhindern."

Nun steht fest, schon zwei Tage nach der Submission soll der Kreistag, nämlich am 23. Juli 2009, 18.00 Uhr die Entscheidungen treffen.

Der Kreis Segeberg ist kein Abenteuerspielplatz, es sei nicht nachzuvollziehen wie eine nachhaltige Finanzierung stattfinden können. zum mal die vorliegende Eröffnungsbilanz über das Vermögen des Kreises Segeberg eine Überschuldung bestätigt:

Die Schulden des Kreises Segeberg übersteigen schon jetzt die Vermögenswerte des Kreises.

Eine Verbesserung der Einnahmesituation ist in den kommenden Jahren nicht zu erwarten:

Die Einnahmen aus der Kreisumlage von den Kommunen werden in den kommenden Jahren sinken.

Das Land, ebenfalls erheblich überschuldet, hat schon angekündigt, die Geldzuweisungen an die Kreise kürzen zu müssen.

Der Kreis wird also seine Kreditschulden weiter anwachsen lassen. Aber vorher muss der Innenminister des Landes zunächst die Kreditsperre, die er für den Kreis Segeberg verhängt hat, aufheben.

Und bevor dies geschehen kann, muss die Immobilienverwaltung des Kreises (ISE) einen Nachtragswirtschaftsplan aufstellen.

Also es ist keine Eile geboten!

Vielmehr sollte die Verwaltung abklären, ob und in welcher Höhe die für die Mühle von der Stiftung Jugendmarke und anderen Zuschussgebern, z. B. das Land Schleswig – Holstein, zurückgezahlt werden müssen? Auch hier kann eine weitere Finanzlücke von mehreren Hunderttausend € entstehen.

Die CDU und FDP sollen auch den jährlichen Zuschussbedarf des Vereins für Jugend und Kulturarbeit nach dem Umzug in die EVAK öffentlich nennen. Bisher erhielt der Verein einen jährlichen Zuschuss von 95.300 €. Nach Einschätzung der SPD könnte hier leicht eine Verdoppelung notwendig sein - und dieses Geld muss dann anderweitig eingespart werden?

Wahrscheinlich muss der Kreis Segeberg allein die nicht gedeckten Kosten für den Betrieb in der EVAK dem Verein von der Hand halten. Diesen Blankoscheck will die SPD nicht unterschreiben

Es gibt noch viel zu tun.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 14.07.2009, 12:31 Uhr - 2495 Clicks - Nr. 782

Mobilität und Klimaschutz in der Nordregion

Gemeinsame Initiative von drei SPD-Fraktionen im Norden

Für Reaktivierung der Bahnstrecke Flensburg – Niebüll und weitere Verbesserungen

Die drei SPD-Fraktionen im nördlichen Landesteil ergreifen gemeinsam die Initiative, um deutliche Verbesserungen für den Bahnverkehr im Norden zu erreichen. „Mobilität und Klimaschutz gehören zusammen“, meinen Helmut Trost aus Flensburg, Carsten F. Sörensen aus Nordfriesland und Ingo Degner aus dem Kreis Schleswig-Flensburg.



Ziel ihres Vorstoßes ist die schnellstmögliche Reaktivierung der Strecke Flensburg – Niebüll (als Verlängerung der Strecke Kiel – Flensburg) und die Verbesserung der Hamburg-Anbindung durch eine „Flügelung“ der Züge in Neumünster, erläutern Helmut Trost und Ingo Degner. Carsten F. Sörensen macht deutlich, dass außerdem der Streckenabschnitt Niebüll-Westerland zweigleisig ausgebaut werden muss und weitere Maßnahmen für die Westküstenbahn notwendig sind.

Für die Sozialdemokraten ist die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur ein Kreis- und Stadtgrenzen überschreitendes Anliegen. „Hier kann die Kooperation und Zusammenarbeit konkret gelebt werden“, meinen sie. „Der Norden muss in der Frage der Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur und der Umsetzung des Klimaschutzes Geschlossenheit zeigen.“

Erste Vorschläge liegen auf dem Tisch. Im „Landesweiten Nahverkehrsplan“ (LNVP) wird die Perspektive entwickelt, die Strecke Flensburg-Niebüll wieder in Betrieb zu nehmen. Sie soll danach im Stundentakt bedient werden, eine noch zu definierende Anzahl von Zügen soll von Kiel bis Westerland durchgehend fahren. Dazu muss die 38 Kilometer lange Strecke Flensburg – Niebüll ertüchtigt werden. 5 Stationen sollen neu gebaut werden.

Als weitere Maßnahme wird die sogenannte „Flügelung“ von Zügen in Neumünster gefordert. Aus Hamburg kommende Züge sollen sich in Neumünster aufteilen – zur Weiterfahrt in die Richtungen Kiel und Flensburg. So könnte für Flensburg-Reisende das gegenwärtig alle zwei Stunden notwendige zeitraubende Umsteigen in Neumünster entfallen. Dazu sind im Bahnhof Neumünster jedoch noch Umbauarbeiten erforderlich. Auch für die Westküstenbahn gibt es konkrete Verbesserungsvorschläge

Ausdrücklich wird im LNVP darauf hingewiesen, dass die Finanzierung aller Maßnahmen nicht

sichergestellt ist. „Deshalb fordern wir alle Entscheidungsträger/innen auf, sich für die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel stark zu machen und hierfür einzusetzen“, so der Flensburger Helmut Trost.

„Mobilität und Klimaschutz miteinander zu vereinbaren ist unser Ziel und durch diese ganz konkreten Maßnahmen machbar“, begründen die Sozialdemokraten ihre gemeinsame Initiative.

Hintergrund:

Das Land Schleswig-Holstein hat im landesweiten Nahverkehrsplan (LNVP) für die Jahre 2008 bis 2012 ausdrücklich das Ziel formuliert, den „Nahverkehr in Schleswig-Holstein auf Basis des vergleichsweise hohen Niveaus weiter zu entwickeln. „Vorrangiges Ziel ist dabei..., mehr Menschen für Bus und Bahn zu gewinnen und den Marktanteil des Nahverkehrs auszubauen“, heißt es darin. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass es darum gehe, in der Zukunft klimafreundlichere Mobilität sicher zu stellen.

Im LNVP werden Maßnahmen angeführt, die bei einer Umsetzung eine erhebliche Verbesserung für die Verkehrsinfrastruktur der Nordregion bedeuten würden.

Die Sozialdemokraten sprechen sich nachdrücklich dafür aus, die im „Landesweiten Nahverkehrsplan“ (LNVP) 2008 – 2012 genannten Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur möglichst zeitnah umzusetzen. Einen entsprechenden Antrag haben sie für die Hauptausschüsse bereits auf den Weg gebracht.

Kommentar von [Friedhard Temme](#) vom 15.07.2009, 18:46 Uhr:

RE: Mobilität und Klimaschutz in der Nordregion

Prima Vorschlag, als Erweiterungsvorschlag und zur Entlastung der B199, sollte die Überlegung stehen, an der A7, Abfahrt Handewitt, einen Großparkplatz und einen Autozugbahnhof einzurichten.

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 15.07.2009, 07:13 Uhr - 6789 Clicks - Nr. 783

Viel Post aus dem Norden für Petitionsausschuss des Bundestages!

Am 19. Mai haben die ersten 14 Einwohner aus Nordfriesland und dem Amt Schafflund die Bürgerinitiative gegen das CO₂-Endlager gegründet. Die Initiative hat sich seither südlich der deutsch-dänischen Grenze sehr schnell ausgebreitet und die Menschen im Norden bis in den letzten Winkel bewegt. Jetzt hat sie Berge von Unterschriften gegen ein CO₂-Endlager per MdB Dr. Wolfgang Wodarg nach Berlin geschickt. Eine Ihrer Initiativen war es, beim Deutschen Bundestag eine Petition gegen die Errichtung eines CO₂-Endlagers einzubringen und hierfür Unterschriften zu sammeln. Durch unermüdlichen Fleiß, gute Organisation und riesige Unterstützung aus der gesamten Region gelang es die große Betroffenheit der Einwohner zu nutzen und innerhalb von etwas über sechs Wochen mehr als 52 000 Unterschriften mit Namen und Adressen der Petenten einzusammeln.



Die ersten 25 000 Unterschriften übergab eine Delegation der Bürgerinitiative am 17. Juni 2009 vor dem Brandenburger Tor in Berlin den Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg (SPD) und Renate Künast (Grüne/B90).

Weitere 22 500 Unterschriften nahm Dr. Wodarg am 1. Juli 2009 in der Mehrzweckhalle des Schulzentrums Schafflund entgegen, wo über 1400 Menschen versammelt waren, um gegen das CO2 Endlager zu demonstrieren und das weitere Vorgehen mit Vertretern der Landesregierung und des Betreiberkonzerns RWE zu diskutieren.

Die dicken blauen Ordner sammelte der Abgeordnete von den Fraktionsspitzen bei CDU und SPD -an welche sie wohl irrtümlicherweise vom Büro Künast weitergegeben worden waren- zusammen und lieferte sie mit jenen, die er selbst entgegengenommen hatte, persönlich beim Leiter Ausschussekretariats des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages ab. Obwohl derzeit wegen der Sitzungspause und den anstehenden Neuwahlen der Petitionsausschuss pausiert, werden dennoch alle eingehenden Petitionen gesammelt und für ihre Weiterbearbeitung durch das am 27. September neu zu wählende Parlament vorbereitet.

Der Ablauf der Bearbeitung ist normalerweise im Internet zu verfolgen. Wegen einer Softwareumstellung ist das jedoch derzeit leider auch nicht möglich.

Deshalb hier der kurze Sachstandsbericht aus dem Berliner Büro eines Abgeordneten, der mit großer Freude das umwelt- und energiepolitische Engagement der Menschen seines Wahlkreises beobachtet. "Ich hoffe, dass jetzt vielleicht doch noch rechtzeitig vor der Schmelze des Grönlandeises eine Energiewende möglich wird," freut sich Wodarg, "Denn irgendeiner muss ja mal anfangen, dieses von der Politik mit massivem Druck einzufordern. Sonst bedienen sich die Aktionäre von RWE, EON oder Vattenfall mit ihren Lobbyisten in allen Parteien, bis uns allen das Wasser bis zum Halse steht!"

Danke, „Bürgerinitiative gegen das CO2-Endlager“!

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 15.07.2009, 10:13 Uhr - 1480 Clicks - Nr. 784

Der Weg zur Klimaschutzstadt wird frei!

Mit großer Freude und entsprechender Zustimmung reagiert die rot-grüne Ratsmehrheit auf die Ankündigung der Stadtwerke Kiel, jetzt die Planungen für ein kohlebasiertes GKK-Nachfolgekraftwerk zu beenden und sich auf die Prüfung von Alternativen zur Kohle, den Neubau eines Gaskraftwerks zu konzentrieren.

„Es ist eine gute Nachricht für die Region, wenn unser kommunaler Energieversorger auch ökologische Überlegungen in den Fokus seiner Planungen stellt“, so Müller-Beck und Oschmann. „Für die Klimaschutzstadt Kiel ist die jetzt getroffene Entscheidung ohne Zweifel zukunftsweisend“, sind sich die beiden Fraktionsvorsitzenden einig. Insbesondere sei man in der Ratsmehrheit erfreut über die Tatsache, dass die Stadtwerke ihre eigenen Planungen mit denen der Stadt Kiel abstimmen wollten. „Es ist gut und richtig, dass sich unser Kieler Energieversorger jetzt die Zeit nehmen will, gemeinsam mit der Landeshauptstadt Kiel ein

nachhaltiges Energiekonzept zu entwickeln. Davon profitieren am Ende alle, Bürger, Umwelt und das Unternehmen Stadtwerke“, sagten Oschmann und Müller Beck. Denn mit diesem Konzept seien alle Ziele zu erreichen: „Der ökologische Effekt ist nachhaltig, die Versorgung bleibt sicher und wir schaffen die Grundlagen für sozial verträgliche Fernwärmepreise. All das stand für uns von Anfang an ganz vorne auf der Agenda. Mit dieser Entscheidung gibt es auch die Sicherheit für die vorhandenen und zukünftigen hochqualifizierten Arbeitsplätze über das Jahr 2020 hinaus“, so Müller-Beck und Oschmann.

Am vergangenen Dienstag hatten sich der Vorstand der Stadtwerke und die Geschäftsführung der e.on Kraftwerke GmbH zum Gespräch beim Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig getroffen. Albig hatte noch einmal erklärt, dass es unter seiner Ägide und bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen in Kiel kein neues Kohlekraftwerk geben werde. „Insofern ist die nun getroffene Entscheidung der Stadtwerke nur konsequent, insbesondere, da die Mehrheit in der Kieler Ratsversammlung gegen ein neues Kohlekraftwerk weit über die Kooperation hinausreicht“, sagt Müller-Beck und Oschmann. Jetzt habe man ausreichend Zeit, ein klimaverträgliches Energie- und Versorgungskonzept für Kiel zu entwickeln. Dazu soll im kommenden Frühjahr auch ein von der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten vorliegen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 15.07.2009, 11:35 Uhr - 14393 Clicks - Nr. 785

Bürgerfrühstück in Bad Bramstedt

Ist es möglich, die Züge der AKN Eisenbahn AG zwischen Kaltenkirchen und Bad Bramstedt öfter fahren zu lassen? -

Diese Frage stand im Mittelpunkt der Diskussion beim zweiten SPD-Bürgerfrühstück, zu dem die Abgeordneten Andreas Beran, MdL, und Jörn Thießen, MdB, nach Bad Bramstedt eingeladen hatten. Den Fragen der Bürgerinnen und Bürger stellte sich darüber hinaus auch Jörg Minga, Pressesprecher der AKN.



So nahm Jörg Minga zu häufig vorkommenden Bahnnutzerproblemen Stellung. Der AKN-Pressesprecher, der schon seit 15 Jahren für die AKN tätig ist, versicherte, dass in den letzten Jahren bereits sehr viel geschehen sei. So hätte die AKN beispielsweise für blendfreie Displays an den Kartenautomaten gesorgt. Die gewünschte Taktverdichtung, so Herr Minga, sei zwischen Eidelstedt und Bad Bramstedt durchaus möglich. Statt des bisherigen Sechzigminutentakts an Werktagen könne er sich auch einen Vierzigminutentakt vorstellen. Andreas Beran hielt dagegen eine verlässliche Regelmäßigkeit wie einen Dreißigminutentakt für sinnvoller. Herr Minga betonte, er könne nur von den betrieblichen Möglichkeiten sprechen. Letztlich sei alles eine Kostenfrage, die mit dem Land und den betroffenen Kreisen und Kommunen zu klären sei.

„Ich weiß nicht wann. Ich weiß nicht wie. Ich weiß nicht wohin. Das sind doch die Probleme bei der Nutzung der Fahrkartenautomaten“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen. Die Automaten seien zu kompliziert und wenig kundenfreundlich. Die Bereitschaft vom Auto auf den Schienenverkehr umzusteigen würde doch erst durch Schwellenniedrigkeit attraktiv.

Deshalb fordere er nicht nur unkomplizierte Automaten, sondern auch zusätzliche Standorte. Weshalb nicht auch Automaten auf Marktplätze stellen, so dass man sich schon rechtzeitig über Fahrzeiten informieren und in aller Ruhe seine Karte lösen könne? – Eine Idee, die Herr Minga mit auf den Weg bekam.

Zum Schluss bot Herr Minga an, bei der AKN einen Fahrkartenautomaten-Führerschein zu machen. Ein Angebot, das vor allem für unsere älteren Mitbürger hilfreich sein könnte.

Weitere Bilder der Veranslatung finden Sie [hier](#).

Auf dem Foto, mitte:

Jörg Minga, Pressesprecher der AKN, im Gespräch

Keine Kommentare

[SPD-Hasloh](#) - veröffentlicht am 15.07.2009, 14:28 Uhr - 3817 Clicks - Nr. 786

MdB Dr. Ernst-Dieter Rossmann zu Gast in Hasloh

Am 24. Juni 2009 präsentierte Rossmann anlässlich einer öffentlichen Ortsvereinsversammlung der Hasloher SPD das Bundestags-Wahlprogramm für den 27. September. Lebhaft diskutierte er außerdem mit den 20 Teilnehmern auch über aktuelle Themen.

„Wir haben in dieser inhaltlichen Plattform die zentralen Bereiche formuliert, in denen unsere Gesellschaft vor entscheidenden Weichenstellungen steht.“ leitete Rossmann den Talk über das Wahlprogramm der SPD ein.

„Dazu gehören das Ziel der Vollbeschäftigung und unser Bekenntnis für gerechte Löhne, die Bekämpfung des Klimawandels mit einer fortschrittlichen Energie- und Mobilitätspolitik, neue Anstrengungen in der Familien- und Generationenpolitik und das große Zukunftsthema Bildung.“



Als Bildungspolitiker freue er sich besonders über das klare Bekenntnis zu diesem Bereich im Programmwurf. „Unter der Überschrift ‚Bildung ist Menschenrecht‘ haben wir unter anderem die Forderung nach einem neuen Bildungskonsens, einer starken Ausbildungsförderung und Bildung für alle sowie gemeinsames Lernen und offene Hochschulen mit konkreten Ankündigungen unterfüttert.“ Zielvorgabe sei, bis 2015 mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung einzusetzen, wofür auf sehr hohe Einkommen ein Bildungszuschlag erhoben werden soll.

Auf Zustimmung der Hasloher stieß auch Rossmanns Plädoyer für bessere Qualität in der frühkindlichen Bildung und die schrittweise Umsetzung der vollständigen Gebührenfreiheit. „Klar ist, dass der Bund sich an den hier entstehenden Kosten beteiligen muss“, machte Rossmann in diesem Zusammenhang deutlich. Außerdem setzen die Sozialdemokraten auf den weiteren Ausbau der Ganztageseinrichtungen. „Unser Ziel ist ein gerechtes, leistungsstarkes und durchlässiges Schulsystem. Dafür wollen wir den Ausbau integrativer Schulformen und die Sozialarbeit an jeder Schule mit Bedarf verbindlich einführen“, berichtete der Abgeordnete.

Ortsvereinsvorsitzender Günther Ewert dankte Rossmann nach fast zweieinhalb Stunden regen Informations- und Meinungsaustausches für sein Kommen. „Das war eine tolle Veranstaltung.

Mir hat die Diskussion sehr viel Spaß gemacht“, so das Fazit von Norbert Schadendorf, der erst vor kurzem in die SPD eingetreten und bereits im Hasloher Umweltausschuss sehr aktiv ist.

Abschließend beglückwünschte Ewert noch den Hasloher Wolfgang Kruse, der erst kürzlich als SPD-Direktkandidat des Wahlkreises 26 (Pinneberg-Nord) für die Landtagswahl 2010 nominiert wurde.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 15.07.2009, 17:06 Uhr - 10151 Clicks - Nr. 787

Andreas Beran erneut SPD-Landesparteiratsvorsitzender

Am 09.07.2009 wurde der SPD-Kreisvorstandsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Andreas Beran in seinem Amt als Landesparteiratsvorsitzender bestätigt. Zu seiner Stellvertreterin wurde die Juso-Landesvorsitzende Anne-Christin Heinrich gewählt. „Wir haben uns für die kommenden zwei Jahre vorgenommen, den Landesparteirat noch mehr als politische Plattform zu nutzen“, so Beran.



In derselben Sitzung wurde der Beschluss gefasst, dass nach der beispiellosen Pannenserie der vergangenen Jahre das Atomkraftwerk Krümmel endgültig vom Netz genommen werden muss. Der Landesparteirat der SPD fordert die Landesregierung auf, für den Herbst eine Bundesratsinitiative vorzubereiten. Sie soll das Atomrecht so verschärfen, dass die Zuverlässigkeitsprüfung auf das Gemeinwohl und nicht die Betreiberinteressen gerichtet ist und die Reaktorsicherheitsbehörden das auch durchsetzen können.

Andreas Beran hierzu: „Wir fordern das endgültige Ende für diesen Atomstandort. Das Unternehmen hat Sicherheitsauflagen und Informationspflichten missachtet und damit die Bevölkerung in weitem Umkreis gefährdet. Die gesetzlichen Grundlagen müssen vorrangig das Gemeinwohl berücksichtigen und nicht die Gewinnmaximierung der Atomindustrie!“

Hintergrund:

Auf dem Landesparteitag am 12./13. April 2003 wurde der Landesparteirat als neues Gremium des Landesverbandes Schleswig-Holstein geschaffen. Er löste damit den bisherigen Landesausschuss als höchstes Beratungsorgan zwischen den Landesparteitagen ab. Der Parteirat mit je zwei VertreterInnen der 15 Kreisverbände besetzt und je einem Vertreter der vier größten Arbeitsgemeinschaften. Er kann bindende Beschlüsse fassen. Die selbstgewählte Aufgabe, ein innerparteiliches Diskussionsforum und ein Verbindungselement zwischen Landespolitik und Kreisverbänden zu sein, wurde in vollem Umfang erfüllt. Der Landesparteirat hat sich zu allen aktuellen Themen der Landespolitik eingebracht, und er hat sich zu einem wichtigen, konstruktiven Partner des Landesvorstandes entwickelt.

Keine Kommentare

Aufgaben und Leistungen des Landes gehören auf den Prüfstand

*In der Debatte eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 führte die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagfraktion, **Birgit Herdejürgen**, aus:*

Wie zu erwarten war, haben die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung die Vorlage eines weiteren Nachtrags nötig gemacht.

Die dramatischen Veränderungen der gesamtwirtschaftlichen Situation schlagen sich nun auch in drastischen **Mindereinnahmen** nieder, nachdem die letzte Steuerschätzung noch positive Ergebnisse vorweisen konnte. Schon damals war klar, dass uns die Krise zeitverzögert trifft. Dies findet sich unmittelbar im vorliegenden Entwurf wieder. Zusätzlich schlagen weitere Mindereinnahmen zu Buche: z.B. bei der Spielbankabgabe oder den Einnahmen aus der Oberflächenwasserabgabe.

Dazu kommen **unumgängliche Mehrausgaben** beim Wohngeld (u.a. auch als Ergebnis der Krise) oder durch eine Erhöhung der Medikamentenvorräte gegen die „neue Grippe“, auch wenn sich hier die Frage der Effektivität stellt. Es ist im Finanzausschuss bereits angekündigt worden, dass es hier zu einer Änderung kommen wird. An dieser Entscheidung kommen wir (leider) nicht vorbei. Grundlagen sind Entscheidungen der Weltgesundheitsorganisation WHO und ein Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz.

Auch wenn sich auf der anderen Seite Entlastungen ergeben (Digitalfunk), **erhöht sich die Netto-Kreditaufnahme** um 705 Mio. Euro (2009) und 1,3342 Mrd. Euro (2010). Der vorliegende Entwurf sieht sinnvollerweise vor, den zusätzlichen Zinsaufwand aus den Einzelplänen zu decken. Dies führt zu einer Erhöhung der Globalen Minderausgaben der Ressorts. Der Finanzausschuss hat in seiner vergangenen Sitzung die zeitnahe Auflösung dieser Globalen angemahnt.

Mit dem letzten Nachtrag haben wir die Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht, damals noch hälftig veranschlagt für die Jahre 2009/2010. Mit diesem Nachtrag kann entsprechend der fortgeschrittenen Planungen eine bedarfsgemäße Umschichtung vorgenommen werden. Und damit ist genau der Spagat beschrieben, der uns alle im Moment umtreibt:

- die Notwendigkeit zu **drastischen strukturellen Veränderungen** und Kürzungen auf Grund der wegbrechenden Steuereinnahmen auf der einen Seite, die antizyklisch einzusetzenden zusätzlichen Mittel der **Konjunkturprogramme** auf der anderen Seite.

Situation ist es **Aufgabe des Staates, die wirtschaftliche Entwicklung zu stabilisieren.**

Die Menschen in Schleswig-Holstein wollen Arbeit, Bildung und Sicherheit. Dies gilt gerade in Zeiten einer wirtschaftlichen Krise, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Es geht darum, Vertrauen zu erhalten und den Erwartungen an eine politische Führung gerecht zu werden, die Verantwortung zu übernehmen hat. Die Folgen der Störung werden sich weiter fortsetzen und auch in den folgenden Jahren Steuermindereinnahmen produzieren.

Umso wichtiger, dass eine unserer ersten Prioritäten darin besteht, den Beschäftigungsstand in Schleswig-Holstein hoch zu halten und möglichst weiter zu erhöhen. Deshalb sind die zuständigen Ressorts aufgefordert, **Förderprogramme auf ihre Beschäftigungswirkung zu prüfen.**

Weiter ist aufzuzeigen, welche Programme, deren Wirksamkeit nicht den Erwartungen

entspricht, umgesteuert oder eingestellt werden. Wir wollen die Kompetenzen nutzen und ausbauen, die wir in Schleswig-Holstein haben. Zeiten der Kurzarbeit müssen für Weiterbildung und Qualifizierung genutzt werden, um für die Anforderungen von morgen bereit zu sein. Eine der Grundlagen der politischen Entscheidungen muss die Orientierung daran sein, ob **Maßnahmen nachhaltig wirken**, in finanzieller, sozialer oder ökologischer Hinsicht.

Neben Kürzungen im aktuellen Haushalt sind dort, ich zitiere den Landesrechnungshof, „auch strukturelle Elemente enthalten“, die über den Zeitrahmen dieses Haushalts hinausgehen und nach 2011 greifen.

- Verwaltungsstrukturen müssen überprüft werden. Wir brauchen mehr Flexibilität, um zu **strafferen Verwaltungsabläufen** zu kommen.
- Wenn wir uns auf Kürzungen, auf **Personalabbau** verständigen, muss dies sehr verantwortungsvoll **im Einklang mit den Aufgaben** passieren. Mit dem **Bildungspakt**, der mittelfristig erhebliche Reduzierungen beim Lehrpersonal bedeutet, sind wir bereits einen großen Schritt gemeinsam gegangen. Das ist verantwortbar, weil es die demografische Entwicklung flexibel aufgreift und Lehrkapazitäten den Schülerzahlen anpasst, dabei aber auch neue Aufgaben berücksichtigt.

Eine wichtige Baustelle wird die Diskussion um die Abgrenzung struktureller und konjunktureller Einnahmen, Ausgaben und Kredite sein. Diese Diskussion wird natürlich in erster Linie auf Bundesebene und zwischen den Ländern geführt. Es macht Sinn, dass wir hier zu gemeinsam erarbeiteten, einheitlich gestalteten Kriterien kommen. Aufgaben und Leistungen des Landes gehören auf den Prüfstand, denn wir müssen uns darüber verständigen, **was der Staat künftig leisten und bezahlen kann**. Der Finanzausschuss wird sich z.B. nach der Sommerpause ausführlich mit dem Thema der einzelbetrieblichen Förderung beschäftigen, u.a. damit, wie die Zusätzlichkeit von Arbeitsplätzen bei diesen Maßnahmen verlässlich ermittelt werden kann.

Wir hätten uns als Fraktion gewünscht, dass die Beteiligungsrechte des Parlamentes über das hinausgehen, was im Entwurf dieses Nachtrags vorgesehen ist. Unser Koalitionspartner wollte dies nicht. Das ist schade. Aber wir werden die Diskussion aktiv begleiten und erwarten, dass wir zu einvernehmlichen Vorstellungen kommen. Wir bringen als Koalitionsfraktionen einen weiteren Antrag ein, der die Kontinuität der Arbeit der Bürgerbeauftragten verbessert. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 16.07.2009, 08:19 Uhr - 3611 Clicks - Nr. 789

Deutsch-dänisches SPD-Forum: Westküste und Tourismus stärken

Zum 6. Mal trafen sich dänische und schleswig-holsteinische Sozialdemokraten zu einem Austausch über die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das Forum kommt ein- bis zweimal im Jahr abwechselnd in Dänemark und Schleswig-Holstein zusammen. Es ist hochrangig besetzt; ihm gehören sozialdemokratische Folketingsabgeordnete, Landtagsabgeordnete sowie regionale und kommunale Vertreter aus der deutsch-dänischen Grenzregion an. Ort der Konferenz war diesmal die dänische Insel Mandø. Dazu erklärten Leif Hansen (Apenrade) und MdL Rolf Fischer (Kiel), die Initiatoren und Leiter

des deutsch-dänischen Forums:

„Wir freuen uns, dass wir zu einer Reihe von gemeinsamen Ergebnissen gekommen sind; die Themen Wattenmeerschut, grenzüberschreitender Naturschutz sowie Tourismusförderung standen im Mittelpunkt der Beratung und werden nun von uns in die Debatten im Landtag, im Regionalrat und in den beteiligten Kommunen eingebracht. Sowohl in den deutschen als auch in den dänischen Beiträgen wurde heftige Kritik am Bau der Fehmarnbelt-Querung laut; für die gesamte Westküste bringe dieses Projekt große Probleme, da die Region von den Verkehrsströmen abgehängt würde und an ökonomischer Qualität verliere. Dies wiederum habe negative Konsequenzen für den ohnehin schwierigen Arbeitsmarkt.“

In ihren Referaten forderten Westküsten-MdL Detlef Buder und Karsten Uno Petersen vom Regionalrat Süddänemark, auch die dänische Nordseeküste ins neue UNESCO-Weltnaturerbe „Wattenmeer“ aufzunehmen. Die ablehnende Haltung der dänischen Regierung gegenüber dieser Initiative wurde kritisiert, da der Erhalt dieses wertvollen Küstenstreifens für die Region ökologisch notwendig und eine gemeinsame Aufgabe für alle Nordseeanrainer sei: „Auch das dänische Wattenmeer gehört zum Weltnaturerbe!“ Naturschutz höre nicht an Grenzen auf, schon deshalb sei ein abgestimmtes Vorgehen notwendig. Beide Politiker regten zudem gemeinsame Tourismusangebote an, um die Westküste insgesamt für Touristen attraktiver zu machen.

Teilnehmer waren auch die sozialdemokratischen Bürgermeister-Kandidaten aus Esbjerg, John Snedker und aus Varde, Kjeld Anker Espersen, die sich den Äußerungen des Regionalratsmitglieds in Süddänemark, Karsten Uno Petersen, anschließen konnten, besonders auf den notwendigen Ausbau der Verkehrsachsen von Süden nach Norden hinzuweisen. Sowohl der Ausbau der A 23 (Schleswig-Holstein) als auch der A 11 (Dänemark) sind für die weitere Erschließung der Räume an der Westküste unbedingt notwendig. Auch die sehr unvollkommenen Ost-West-Verbindungen in Schleswig-Holstein als auch in Sønderjylland führten dazu, dass die Region ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfe. Beide Bürgermeister-Kandidaten setzten sich für den Ausbau der maritimen Wirtschaft wie Windmühlenbau, Offshore-Anlagen usw. ein und forderten grenzüberschreitende Konzepte.

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 16.07.2009, 09:44 Uhr - 8595 Clicks - Nr. 790

Koalitionskrach

Die Dithmarscher SPD-Kreisvorsitzende Angelika Hansen hat absolut kein Verständnis für das Vorgehen der CDU, der sie vorwirft, geradezu eine "Sollbruchstelle gesucht" zu haben. "Ich dachte, die CDU hätte mehr Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Bürgern". Das Land stehe vor Riesenproblemen, "und da erwarte ich von den hochbezahlten Politikern an der Spitze, dass sie die Nerven behalten." Es sei unsinnig, die Koalition ein gutes Dreivierteljahr vor der regulären Landtagswahl beenden zu wollen. "Wenn es kriselt, reißt man sich zusammen." Als ein Motiv für den Schritt der CDU vermutet Hansen Angst vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum HSH-Debakel.

Keine Kommentare

Schulklassen interessieren sich für Politik!

Politik macht Regeln, verbietet, erlaubt, fordert Steuern oder Beiträge und bestimmt, wer Anspruch auf Hilfe durch die Gesellschaft hat, ob Straßen oder Schulen gebaut werden und viele andere Dinge mehr. Die beiden Schulklassen aus Flensburg und Schleswig, die vorgestern mit ihrem Abgeordneten im Bundestag diskutierten, spürten ein wenig, wie Demokratie funktioniert und konnten dabei ihre eigenen Vorschläge und Fragen einbringen.



Sollen "Designer-Babies", kontrollierte

Menschenzucht und Gentests erlaubt sein? Darf man aus Zellen vom Menschen Medikamente herstellen? Wann dürfen Organe entnommen werden, die noch leben? Oder: Wer erhält Hilfe von der Gesellschaft und wer darf das mit welchem Recht entscheiden? Weshalb ist die Rente immer nur so sicher wie die Arbeitsplätze? Was ist Geld? Weshalb muss alle Macht von Volke ausgehen und weshalb geben wir Entwicklungshilfe in Staaten mit korrupten Regierungen?

Die Zeit ist immer viel zu kurz und die Fragen kommen meist erst nach einiger Zeit, wenn die Schülerinnen und Schüler gespürt haben, worum es geht und wie spannend Politik sein kann.

"Ich möchte unseren Nachwuchs politisieren!" meint der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg. "Es ist so wichtig, dass alle spüren, dass sie das Volk sind und dass eine Demokratie nur leben kann, wenn die Menschen im Land sich um ihre ureigenen Probleme kümmern und sich füreinander engagieren. Es gibt nichts Spannenderes."

Jetzt vor den Sommerferien ist nicht mehr viel los im Parlament. Deshalb war der Abgeordnete für einen Tag nach Berlin gereist, um persönlich für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung zu stehen.

Es konnten natürlich nicht alle Fragen ausdiskutiert werden, aber: "Wenn ihr weiter diskutieren wollt, komme ich gern in eure Klasse, denn mir ist es ein Herzensanliegen, das Verständnis für Demokratie gerade bei jungen Menschen zu fördern," bot Dr. Wodarg an.

Keine Kommentare

2. Bürgerfrühstück

AKN Taktverdichtung Kaltenkirchen-Bad Bramstedt

Ist es möglich, die Züge der AKN zwischen Kaltenkirchen und Bad Bramstedt öfter fahren zu lassen? -

Diese Frage stand im Mittelpunkt der Diskussion während des



zweiten SPD-Bürgerfrühstücks, zu dem die Abgeordneten Andreas Beran, MdL, und Jörn Thießen, MdB, nach Bad Bramstedt eingeladen hatten. Den Fragen der Bürgerinnen und Bürger stellte sich Jörg Minga, Pressesprecher der AKN.

Auch zu typischen Bahnnutzerproblemen nahm Jörg Menga Stellung. Der AKN-Pressesprecher, der schon 15 Jahre für die AKN arbeitet, versicherte, dass in den letzten Jahren schon sehr viel geschehen sei. Z.B. hätte die AKN für blendfreie Displays an den Kartenautomaten gesorgt. Die gewünschte Taktverdichtung, so Herr Minga, sei zwischen Eidelstedt und Bad Bramstedt durchaus möglich. Statt des bisherigen Sechzigminutentakts an Werktagen könne er sich auch einen Vierzigminutentakt vorstellen. Andreas Beran hielt dagegen eine verlässliche Regelmäßigkeit wie einen Dreißigminutentakt für sinnvoller. Herr Menga betonte, er könne nur von den betrieblichen Möglichkeiten sprechen. Letztlich sei alles eine Kostenfrage, die mit dem Land und den betroffenen Kreisen und Kommunen zu klären sei.

„Ich weiß nicht wann. Ich weiß nicht wie. Ich weiß nicht wohin. Das sind doch die Probleme bei der Nutzung der Fahrkartenautomaten.“ So der SPD-Bundestagsabgeordnete Jörn Thießen. Die Automaten seien zu kompliziert und wenig kundenfreundlich. Die Bereitschaft vom Auto auf den Schienenverkehr umzusteigen würde doch erst durch Schwellenniedrigkeit attraktiv. Deshalb fordere er nicht nur unkomplizierte Automaten, sondern auch zusätzliche Standorte. Weshalb nicht auch Automaten auf Marktplätze stellen, so dass man sich schon rechtzeitig über Fahrzeiten informieren und in aller Ruhe seine Karte lösen könne? – Eine Idee, die Herr Minga mit auf den Weg bekam.

Zum Schluss bot Herr Minga an, bei der AKN einen Fahrkartenautomaten-Führerschein zu machen. Ein Angebot, das vor allem ältere Menschen nutzten.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 16.07.2009, 18:39 Uhr - 3728 Clicks - Nr. 793

Martin Habersaat zu den Neuwahlplänen der CDU

Zu den Plänen der CDU, den Landtag vorzeitig aufzulösen, erklärt Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD Stormarn:

„Peter Harry Carstensen hofft, bei parallel stattfindenden Landtags- und Bundestagswahlen im Windschatten von Angela Merkel ins Ziel paddeln zu können. Ich finde es nicht richtig, Parlamente nach Belieben aufzulösen und leichtfertig Neuwahlen zu fordern. Wahltermine werden eigentlich von der Verfassung bestimmt, nicht von CDU-Wahlkampfstrategen.

Die SPD Stormarn ist auf ein „verkürztes Verfahren“ bei der Landtagswahl eingestellt. Es sind drei Kandidaten nominiert (Susanne Danhier, Jochen Proske, Martin Habersaat), auf einem Kreisparteitag am 4. Juli wurden die Delegierten für den Landesparteitag gewählt, der Programm und Liste bestimmen wird.



Von uns aus kann nun auch der Landtagswahlkampf losgehen. Atomkraftwerke abschalten, gleiche Bildungschancen für alle, Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen - wir sind klar in unseren Themen.“

Keine Kommentare

SPD Stormarn - Das Trio für die Landtagswahl steht bereit

Der Termin wankt, das Team, das für die Stormarner SPD ins Rennen gehen soll, steht fest. Zwei Männer und eine Frau, ein Kandidat unter 35: Auf drei Wahlkreiskonferenzen nominierten die Stormarner Sozialdemokraten im Wahlkreis 32 (Nordstormarn) Susanne Danhier aus Bargteheide, im Wahlkreis 33 (Stormarns Mitte) den Ahrensburger Jochen Proske und im Wahlkreis 34 (Südstormarn) ihren Kreisvorsitzenden, Martin Habersaat aus Barsbüttel.



Der sagt: „Ich bedanke mich bei allen Kandidatinnen und Kandidaten

für ihre Bewerbung und dafür, dass die Vorstellungsrunden in den Ortsvereinen so konstruktiv stattgefunden haben, mit oft spannenden Diskussionen in der Sache.“

Susanne Danhier (51) ist verheiratete Mutter zweier Kinder und lebt seit 1994 in Bargteheide, wo sie dem SPD-Ortsverein vorsteht und Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses ist. Als Diplom-Pädagogin ist sie Geschäftsführerin einer Familienberatungsstelle in Schleswig-Holstein. Als ihre Kernthemen im Landtag sieht sie Familienpolitik und die soziale Gerechtigkeit. Da die Ziele hier aber auch finanziert werden müssen, möchte sie auch in der Finanzpolitik einen großen Schwerpunkt setzen.

Jochen Proske ist 40 Jahre alt, verheiratet und Vater von drei Kindern im Alter von 11, 8 und 7 Jahren. Nach seinem Zivildienst studierte er Politik und Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg, seit 1997 arbeitet er als Geschäftsführer für einen Kinder- und Jugendverband in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Proske: „Es gibt ein Entweder und ein Oder in der Politik. Ich werbe für mehr Gemeinschaft, eine verantwortungsvolle Gesellschaft und ein soziales Netz - kurz: für einen neuen Gesellschaftsvertrag.“

Martin Habersaat (32) aus Barsbüttel möchte für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek) in den Landtag einziehen. Derzeit arbeitet er als Studienrat an einem Aufbaugymnasium in Hamburg, Fächer: Deutsch, Geschichte, PGW (Politik, Gesellschaft, Wirtschaft). Seit 2004 ist er Kreisvorsitzender der SPD Stormarn, seine Kernthemen sind die Bildungspolitik, Energiepolitik, und die Metropolregion Hamburg. Sein Internetangebot ist zu finden unter www.martinhabersaat.de.

Keine Kommentare

Rote Karte für schwarze Kohle!

Respekt vor der Entscheidung der Stadtwerke Kiel

Zur Absage der Kieler Stadtwerke an ein Kohlekraftwerk auf dem Kieler Ostufer.

Das "Nein" der Stadtwerke Kiel zu einem Kohlekraftwerk auf dem Ostufer ist nicht nur ein neues Aushängeschild für die Klimaschutzstadt Kiel, sondern vor allem ein Erfolg unserer modernen Energiepolitik: Umweltfreundlichkeit und sozial verträgliche Verbraucherpreise stehen dabei im Mittelpunkt.

Wir zeigen schwarzer Kohle die Rote Karte.

Dabei ist es nicht notwendig, einen Energie-Riesen wie E.ON im Rücken zu haben. Im Gegenteil: eine Zusammenarbeit mit lokalen Energieanbietern lohnt sich und sichert zudem Arbeitsplätze in der Region.

"Mit dieser Entscheidung der energie- und klimapolitischen Vernunft können die Stadtwerke ihr Gewicht als wesentlicher Partner einer nachhaltigen Energieversorgung der Region weiter stärken." erklären der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer und die Kreisvorsitzenden der Kieler Grünen, Willi Voigt und Regina Rosin.



Keine Kommentare

Delegation der Kropper Gemeindevertretung besucht Partnergemeinde Orzysz/POL Anlässlich der Orzysztag besuchte eine Delegation der Kropper Gemeindevertretung die Partnergemeinde. Hierbei wurden u. a. Gespräche über zukünftige Programme für die Partnerschaft geführt.

Vom 02.07.-06.07.09 hat eine Delegation, bestehend aus dem Bürgervorsteher Klaus Lorenzen, stv. Bürgervorsteher Uwe Baurhenne, Gemeindevertreter Holger Schwien und Jürgen Klink sowie unser ehemaliger Bürgervorsteher Klaus Liedtke, die Kropper Partnergemeinde Orzysz besucht. Dort hat die Delegation unter anderem an den Feierlichkeiten der Orzysztag teilgenommen.

In der Region leben etwa 10.300 Menschen, alleine in Orzysz ca. 6.300. Die Grenzen der Nachbarstaaten Rußland (Kaliningrad), Litauen und Weißrußland sind jeweils ca. 100 km entfernt.

In dieser geographischen Lage konzentriert sich die Gemeinde Orzysz auf ihre Rolle und die Chance im Bereich der Zusammenführung polnischer Firmen mit Partnern in den Nachbarstaaten. Doch der wertvollste Reichtum sind auch hier die herrlichen Naturbedingungen, 10% der Gemeindefläche ist mit Wasser bedeckt und sogar 40% mit Wäldern.

Da es in der Umgebung keine großen Industriezentren gibt, ist die Umwelt ökologisch in einem äußerst sauberen und funktionierenden Zustand - beste Voraussetzungen für die Entwicklung des Tourismus mit einer Vielzahl von Erholungs- und Sportmöglichkeiten.

Anlässlich dieses Freundschaftsbesuches konnten viele Kontakte im Bereich Kultur- und Jugendaustausch geknüpft werden.

Ein ausführlicher Bericht ist hier zu finden: [Besuch Kropper Delegation in Orzysz](#)

Keine Kommentare



Die SPD-Fraktion wird den Antrag der CDU geschlossen ablehnen

Ihr habt sicher die Diskussionen um die Große Koalition in den letzten Tagen in der Presse verfolgt. Ich habe heute im Landtag eine Rede gehalten in der ich mich zur aktuellen Situation äußere. Ich möchte Euch bitten, die Rede zu lesen und Euch selbst ein Bild zum machen.

Lassen Sie mich gleich zu Beginn feststellen: Der amtierende Ministerpräsident und die CDU-Landtagsfraktion haben mutwillig den Koalitionsvertrag gebrochen; es wird über kurz oder lang Neuwahlen in Schleswig-Holstein geben müssen, denn dieses Land braucht eine auf allen Positionen handlungsfähige Landesregierung und Regierungsfaktionen, die nicht ihr Parteiinteresse über das Wohl des Landes stellen. Diesem Ziel wird sich die SPD-Fraktion im Landtag in keiner Weise verweigern und mit uns wird es keine Lähmung in der Landespolitik geben! Im Weg allerdings sind wir ganz unterschiedlicher Auffassung.



Ein Antrag, der mit der angeblichen Unzuverlässigkeit der SPD in der Politik der Regierungskoalition begründet wird, kann und wird nicht unsere Zustimmung finden, denn für ein solches parteitaktisches Schauspiel wird sich die SPD in diesem Hause nicht hergeben.

Doch lassen Sie mich etwas zurückgehen: Erinnern Sie sich noch an die Vorkommnisse im Frühjahr dieses Jahres? Kurz nach dem famosen Sparkassenschirm für Schleswig-Holstein? Da gab es schon einmal ein inszeniertes Wochenendspektakel, bei dem der Landesvorsitzende der Union behauptete, die SPD würde Neuwahlen wollen und dem werde sich die CDU nicht verschließen. Da eine einfache telefonische Nachfrage offensichtlich nicht möglich war, brauchte es eine Zeit mit interessantem öffentlichem Medienecho, bis diese Frage geklärt war. Der Ministerpräsident ruderte zurück und behauptete, natürlich würde er auch viel lieber zum Wohle Schleswig-Holsteins weiter wirken. Er wolle eigentlich keine vorgezogenen Wahlen, die Minister würden alle eine gute Arbeit machen und eine unechte Vertrauensfrage würde er auch nicht stellen, das sei ja Trickserei.

Was ist danach geschehen? Inzwischen haben wir den dritten CDU-Wirtschaftsminister und einen neuen Regierungssprecher. Die Wirtschaftskrise hat sich verschärft. Immer mehr Firmen und Beschäftigte werden in den Sog hineingerissen.

Was macht diese Koalition? Sie einigt sich auf den von Uwe Döring und der SPD im Koalitionsausschuss vorgeschlagenen Pakt für Beschäftigung, Qualifizierung und Wachstum, in dem sie unter anderem ihre Förderpolitik auf diese Ziele neu ausrichten will – weil wir jetzt ganz aktuell etwas für die Beschäftigten tun müssen. Sie einigt sich, nachdem ein paar Ladenhüter aus alten Anträgen entfernt wurden, auf die Stützung von kleinen und mittleren Unternehmen, weil wir jetzt ganz aktuell uns um die Unternehmen kümmern müssen. Vor allem aber einigt sie sich auf einschneidende Sparmaßnahmen bei den Personalausgaben, die vorgestern im Nachtrag und in einem gemeinsamen Entschließungsantrag noch einmal bekräftigt werden sollten, sie einigt sich auch auf die lang erwartete Neuregelung der

Kreisordnung.

Wir haben den Antrag eingebracht, beraten und zugestimmt, wir haben den Nachtrag eingebracht und ihm zugestimmt, wir haben den Antrag zu kleinen und mittleren Unternehmen eingebracht und verabschiedet, die Kreisordnung hatte ihre erste Lesung, die SPD-geführten Ressorts bereiten die personellen und organisatorischen Veränderungen vor, sie haben weitere Vorschläge zu den Förderprogrammen eingereicht. Und ja, wir haben uns auch bei aller Kritik an einer Schuldenbremse Null im Grundgesetz und unzureichenden Hilfen für Schleswig-Holstein ausdrücklich dazu bekannt, dass wir alles dafür tun, diese nun mal geltende Verfassungsvorgabe einzuhalten.

Die Arbeit läuft also und doch – es scheint alles nicht zu reichen. Warum ist das so?

1. Die offizielle Begründung des amtierenden Ministerpräsidenten und des Fraktionsvorsitzenden Wadephul, die SPD wolle die Haushaltskonsolidierung nicht mittragen, erledigt sich für jeden neutralen Betrachter aufgrund des eben Genannten von selbst.

2. Die halboffizielle Begründung, dass es bei Herrn Carstensen und mir an der rechten Zuneigung fehle, hat weder Neuigkeitswert und ist unabhängig vom Wahrheitsgehalt nicht wirklich von Interesse. Politische Verantwortung für dieses Land und die Dinge, die wirklich wichtig sind, wird ja wohl erwartet werden können – und das bedeutet, dass persönliche Befindlichkeiten in den Hintergrund zu treten haben, hier geht es um Aufgaben, die zu erledigen sind und Mindeststandards von Professionalität.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich bekenne mich auch ausdrücklich dazu, dass ich bei der Arbeit der Regierungskoalition in den vergangenen Jahren selbst Fehler gemacht habe. Die Entstehung dieser Koalition nach der schmerzlichen Niederlage von Heide Simonis im März 2005 (und ich habe noch Ihre Gesichter vor Augen) hat mir weh getan und manchmal habe ich sicher auch sprachlich nicht immer den richtigen Ton gefunden. Das alles stimmt und Selbstkritik ist für jeden Menschen und erst Recht für Politiker in Führungsverantwortung wichtig und notwendig. Ihre politische Generalformel „Alles ist gut und es gibt auch gute Sozialdemokraten“, aber „Stegner ist an allem schuld“ – so wie zuletzt heute morgen im Deutschlandfunk – dies, Herr Ministerpräsident, mag auf Ihren Parteitag ankommen und für Geschlossenheit sorgen, bleibt aber ein Armutszeugnis ohne Niveau und kann mich nicht treffen.

3. Die dritte Begründung von der angeblichen Unzuverlässigkeit der SPD in der Regierungskoalition ist falsch. Im Kabinett ist es Uwe Döring, der für jeden Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein kämpft, während zugleich der Wirtschaftsminister bei Danfoss in Flensburg wie ein Unternehmenssprecher den Abbau von Arbeitsplätzen rechtfertigt. Und es ist dieser Justizminister, dessen Justizreform gerade von der Union blockiert wird. Es ist Gitta Trauernicht, auf deren strenge Atomaufsicht sich die Menschen trotz aller Vorfälle des Pannenmeilers Krümmel und des notorisch inkompetenten Betreibers Vattenfall verlassen können, während der erklärte Befürworter länger laufender Atomkraftwerke, der amtierende Regierungschef, per Interviews ankündigt, beim nächsten Mal persönlich – quasi über dem Gesetz – für die Stilllegung von Krümmel sorgen zu wollen. Es ist die Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave, die die Kinderbetreuung und den vereinbarten Schulumbau voranbringt, der immer wieder aus den Reihen der CDU-Landtagsfraktion in Frage gestellt wird.

Es ist der Innenminister, der nach erfolgreicher Ämterreform vom Koalitionspartner an einer konsequenten Verwaltungsstrukturreform gehindert wird – auf den Herrn Entbürokratisierungsstaatssekretär will ich höflicherweise hier nicht eingehen. Und es ist Lothar Hay, der dafür garantiert, dass verabredete Stellenkürzungen bei der Polizei eben nicht den von Überstunden geplagten Vollzug treffen. Auch wenn solche Absichten vom Koalitionspartner bestritten werden, dienen doch die Vorschläge dazu, genau dieses dem Innenminister abzuverlangen und damit in die Schuhe zu schieben. Es ist dieser Landtag, der das Tariftreuegesetz, das vorbildliche Kinderschutzgesetz und vieles andere beschlossen hat, was unsere Handschrift trägt und das Leben der Menschen hier verbessert hat. Und es ist die Landtagsfraktion der SPD, die Initiativen für 3 schwierige Anträge zur HSH Nordbank ergriffen und mit der CDU-Fraktion zusammen eingebracht hat, um die Interessen der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Schleswig-Holstein zu wahren, während das Krisenmanagement des Finanzministers und seines Hamburger Kollegen in dieser Angelegenheit immer katastrophaler ausfällt. Der Hamburger CDU-Mittelstand – heute im Abendblatt zu lesen – wirft dem Senat in der HSH Nordbank-Affäre Unfähigkeit vor.

Nein, von Unzuverlässigkeit bei der SPD kann nun wirklich nicht die Rede sein.

Lassen Sie mich zu den wahren Gründen für diesen mutwillig herbeigeführten Koalitionsbruch kommen, denn sie liegen auf der Hand:

1. Sie wollen schon seit Monaten gemeinsam mit der Bundestagswahl wählen, weil Sie – gestützt auf die Umfragewerte - auf schwarz-gelbe Mehrheiten hoffen, sich aber offenkundig den Sieg in einer Schleswig-Holstein-Wahl aus eigener Kraft nicht zutrauen. Deshalb wollen Sie kurz nach den Ferien und im Schatten der Kanzlerin mit möglichst wenig Krümmel und HSH wählen in der Hoffnung, dass es dann für das schwarz-gelbe Bündnis reicht.
2. Sie wollen davon ablenken, dass Sie bei der skandalösen Millionen-Sonderzahlung an HSH-Chef Nonnenmacher das Parlament wissentlich falsch informiert haben und wenn der Panorama-Bericht von gestern Abend zutrifft, dann soll der Landtag hier sogar weiter an der Nase herumgeführt werden.
3. Sie wollen aus begründeter Furcht vor den Ergebnissen den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss unbedingt vermeiden, nachdem Sie schon mit fragwürdigen Gutachten die Oppositionsrechte im PUA zu beschneiden versucht haben. Sie hoffen, dass eine vorzeitige Neuwahl Ihnen dieses lästige Problem vom Hals schafft.
4. Sie wollen davon ablenken, dass in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise des Landes der amtierende Ministerpräsident in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft drastisch an Ansehen verloren hat. In einer Umfrage des Unternehmensverbandes Nord Anfang des Monats bewerteten 52 % der befragten die Arbeit des Regierungschefs als verbesserungsbedürftig und 9 % als nicht gut. Nur noch 34 % Unternehmensführer gaben ihm eine gute Note, was ein Absturz von den 72 % des letzten Jahres bedeutete.
5. Sie wollen davon ablenken, dass Sie bei Atom und CO₂-Deponierung lediglich kurzfristig zur Beruhigung einer zu recht aufgebrachtten Bevölkerung gerade auch in Ihrer Heimatregion, Herr Ministerpräsident, Ihr Fähnchen in den Wind halten.

Dabei sind Sie es, die die uneingeschränkte Nutzung der Kohleenergie und die Verlängerung

von Laufzeiten bei der Atomenergie in Ihrem Kreisverband Steinburg sogar den Neubau von Atomkraftwerken wollen. Und mit der Bürgerbeteiligung bei den CCS-Projekten hat weder die Bundeskanzlerin noch ihre Partei hier wirklich etwas am Hut.

Was hat sich seit dem Koalitionsausschuss eigentlich geändert?

- Krümmel hatte schon wieder einen Störfall
- Herrn Nonnenmacher wurden 2,9 Mio € zugesichert und
- die Wirtschaft kritisiert Ihr Krisenmanagement.

Herr Ministerpräsident, Sie reden in diesen Tagen viel davon, für Sie komme zuerst das Land und dann erst die Koalition. Ihre Taten sprechen eine andere Sprache als diese Worte aus dem schönen nordfriesischen Märchen. Sie dokumentieren mit Ihrem Antrag und dessen fingierter Begründung, dass es Ihnen zuerst um Ihre Parteiinteressen und vermeintliche Wahlchancen geht und nicht um das Land.

Dabei bräuchte unser schönes Schleswig-Holstein gerade in dieser schwierigen Wirtschafts- und Finanzkrise mehr denn je einen kompetenten, tatkräftigen und durchsetzungsfähigen Regierungschef, der eine Landesregierung führt, die auf allen Positionen stark besetzt ist und dem nicht vom eigenen Fraktionschef öffentlich bescheinigt wird, dass er dem Parlament in Sachen HSH die Unwahrheit gesagt hat.

Nein, wir brauchen einen Neuanfang und es wird Neuwahlen geben müssen. Da bin ich mit dem von Ihnen so gern zitierten Kieler Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels einig. Aber dies werden Sie nicht mit einem Antrag erreichen, dem – jedenfalls bezogen auf den Antragsteller CDU – die Glaubwürdigkeit, die Begründung und der Anstand fehlt.

Dass Sie diesen Antrag vorgestern trotz meines Ihnen avisierten konstruktiven Antwortbriefs auf Ihren - mit Verlaub - von CDU-Parteitagsrhetorik geprägten Brief ohne jedewede Art der Rückmeldung einfach in die Trauerfeier der SPD-Fraktion für Heide Moser haben hineinreichen lassen, das alles spricht für sich. Dass der Antrag dann auch noch trotz der juristischen Koryphäen Kubicki und Wadephul rechtlich so schlampig ausgefallen ist, dass er nicht einmal – wie geplant – heute entschieden werden kann, sondern mit peinlichen Geschäftsordnungsmanövern auf Montag verschoben werden muss, nachdem Ihnen der Verfassungsminister Hay auf die Sprünge geholfen hat, verrät Ihren Mangel an Ernsthaftigkeit und Solidität.

Nein, für ein solches parteitaktisches Manöver wird die SPD-Fraktion nicht die Hand reichen.

Ich sage Ihnen auch, versuchen Sie erst gar nicht, unsere Reihen zu spalten, wie Sie das in Interviews tun und uns Druck übers Wochenende ankündigen, wobei Sie ganz nebenbei wieder einmal die Medien instrumentalisieren wollen. Das können Sie sich sparen, denn die SPD-Fraktion wird geschlossen abstimmen – darauf können Sie sich verlassen. Auch die Behauptung, wir hätten Angst vor Neuwahlen und klebten an unseren Stühlen, existiert nur in Ihrer Einbildung. Das Amt des Fraktionschefs der SPD-Fraktion ist wunderschön, aber ich will Regierungschef hier in Schleswig-Holstein werden.

Nein, die SPD-Fraktion ist regierungsfähig und regierungswillig und Neuwahlen brauchen wir

nicht zu fürchten. Wir sind zuversichtlich, dass die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner für faire Bildungschancen ohne Gebühren, eine Energiewende ohne Atom und gute Arbeit, von der man leben kann, ist. Und dass die schwarz-gelbe Atom-, Studiengebühren- und Anti-Mindestlohn-Politik von gestern nicht mehrheitsfähig ist. Wir haben auch Zukunftskonzepte, die Innovation und Gerechtigkeit verbinden und wir trauen uns sogar, bei der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung durchgreifende Verwaltungsreformen zu beschließen – auch wenn das Parteifunktionären nicht gefällt.

Der bequeme Weg, dass der Landtag sich selbst auflöst, wenn der Ministerpräsident gescheitert ist, den gibt es mit den Sozialdemokraten in diesem Hause nicht.

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation, in der es tausende Kurzarbeiter gibt, viele Menschen vor der Entlassung stehen, in der Unternehmen vor dem Aus stehen, die Steuereinnahmen einbrechen und die Sozialausgaben steigen, darf sich die Regierung nicht einfach vom Acker machen und aus der Verantwortung stehen.

Seit Björn Engholm und Heide Simonis haben wir Regierungsverantwortung immer anders verstanden und diesem Land und seinen Menschen gedient und das gilt auch in der erzwungenen Großen Koalition, wo wir mit Schulreform, Pflegereform, kostenfreiem Kita-Jahr und vielem anderen mehr Gutes bewirkt haben. Ja, ich sage auch, dass nach Jahrzehnten buchstäblicher Feindschaft zwischen den großen Parteien eine Große Koalition in Schleswig-Holstein durchaus auch ein Beitrag zur parlamentarischen Normalisierung hätte sein können.

Nun aber wollen Sie diesen Koalitionsbruch und ich sage Ihnen, der klarste Weg, Herr Ministerpräsident, wenn Sie nicht mehr können oder wollen, ist Ihr Rücktritt. Wenn Sie diesen Weg nicht gehen, was ich ja verstehen kann, dann sollten Sie sich der anderen Möglichkeiten bedienen, die zur Neuwahl führen, auch wenn dann der schöne Schein ein paar Kratzer mehr bekommt.

Ihr Antrag wird am Montag keine Mehrheit finden und es wird dann in der nächsten Woche rasch zu klären sein, wie der Weg zu vorgezogenen Neuwahlen erfolgen kann. Der Ball ist in Ihrem Spielfeld, die SPD hat diese Situation nicht herbeigeführt. Neuwahlen ja, aber bitte verschonen Sie uns mit solchen Anträgen und unredlichen Begründungen. Die noch so treuherzige Rhetorik des Ministerpräsidenten kann über die parteitaktische und längst kalt vorbereitete Inszenierung von heute nicht hinwegtäuschen. Die SPD-Fraktion wird Ihren Antrag geschlossen ablehnen.

Kommentar von [Frank](#) vom 18.07.2009, 12:33 Uhr:

RE: Die SPD-Fraktion wird den Antrag der CDU geschlossen ab

In Sachen HSH-Nordbank kommen immer nettere Infos ans Tageslicht:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,636841,00.html>

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 17.07.2009, 11:48 Uhr - 10351 Clicks - Nr. 798

CDU sucht den Fluchtweg

In Kiel kracht es an allen Enden, wer sich das mit etwas Abstand betrachtet, der kommt zur Erkenntnis, es handle sich um ein Melodram mit einseitig schlechter Besetzung.

Und Recht hat der Betrachter. Die CDU hat systematisch die Sollbruchstelle der Koalition gesucht und herbeigeredet, und nun hat sie es geschafft. Welch ein Armutszeugnis für eine Partei, die den Bürgern des Landes vorgaukelt verantwortungsbewusst zu handeln. 11 Monate

vor der terminierten Landtagswahl, gerade noch rechtzeitig um die Fristen zur Neuwahl zu wahren, verkündet die CDU den Ausstieg aus der Koalition. Welch ein Kalkül!! Ja , die CDU meint, die Zeit und die Zeichen seien günstig für sie.

Um es ganz klar und deutlich zu sagen, die SPD will den Erhalt der Koalition bis zum Zeitpunkt der Landtagswahl im Mai 2010. Es gibt nämlich in SH Probleme zu bewältigen, die angepackt werden müssen und die Wege sind auch eingeschlagen, nun müssen sie auch weitergegangen werden. Damit meine ich die beitragsfreien Kita Jahre, die Schuldenbewältigung, die neue Kommunalverfassung mit der Neuordnung der Landratswahl, der parlamentarische Untersuchungsausschuss HSH Bank. Oder kann es sein, dass die CDU bestimmte Dinge gar nicht umsetzen will? Die Landratswahlen in Pi und IZ noch weiter hinauszögern, weil Verluste drohen oder gar den Untersuchungsausschuss nicht fortsetzen, weil dann doch CDU Leute beschädigt werden könnten? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Ich persönlich bin der Meinung, dass solch hoch bezahlte Politiker, die den ganzen Tag nichts anderes machen als das Volk zu regieren auch dem Volk gegenüber Verantwortung zeigen müssen. Und das bedeutet unter sich ein klares Wort zu sprechen und sich für den Rest der Zeit zusammenzurufen. So handeln verantwortungsvolle Politiker!

Deshalb hat auch die gesamte SPD-Fraktion im Landtag einer Resolution zugestimmt, die die Ergebnisse der letzten Koalitionsrunde festschreibt und umsetzt. Wir stehen zu unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein. Das kann man von der CDU nicht behaupten.

Noch ein Wort in eigener Sache: ihr wisst, es gibt Zeiten in denen streitet man sich, auch mit dem Landesvorsitzenden und man kann ihn auch kritisieren. Diese Zeiten haben wir gehabt. Und es gibt Zeiten, da steht man zusammen, die haben wir jetzt.

Das wurde auch während der gemeinsamen Sitzung des Landesvorstandes, des Landespartei-rates, der Kreisvorsitzenden und der Landtagsfraktion deutlich.

Wir werden gemeinsam für einen überzeugenden Wahlsieg kämpfen, um die CDU in ihre Schranken zu verweisen. Der nächste Schritt dazu ist der Landesparteitag am 31. Juli und 1. August in Lübeck. Dort beschließen wir das Landeswahlprogramm und die Landesliste zur Landtagswahl.

Damit sind wir dann gerüstet für die Auseinandersetzung mit der koalitionsbrüchigen CDU

Die SPD-Landtagsfraktion wird dem Antrag der CDU zur vorzeitigen Auflösung des Landtages nicht zustimmen. Damit fehlt der CDU die Mehrheit für ihr Ansinnen im ersten Schritt. Natürlich wird sie dann versuchen, einen Weg ohne uns zu wählen. Es wird dann Sondersitzungen des Landtages geben, die eine neue Lage herbeiführen. Vielleicht tritt der Ministerpräsident ja zurück, das wäre die ehrlichste Lösung.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wünschen euch nun trotzdem einen schönen Sommer. Genießt die Sommerabende mit einem gut gekühlten Bier oder Prosecco auf der Terrasse oder dem Balkon. Dann kann man auch das Kieler Sommertheater ertragen.

Eure

Kreisvorsitzende Angelika

und euer Landtagsabgeordneter Detlef

Kommentar von [Gaby Lönne](#) vom 17.07.2009, 21:42 Uhr:

RE: CDU sucht den Fluchtweg

Liebe Angelika, Lieber Detlef, ich sehe das anders: "Ja , die CDU meint, die Zeit und die Zeichen seien günstig für sie." Wohl wahr! "Um es ganz klar und deutlich zu sagen, die SPD

will den Erhalt der Koalition bis zum Zeitpunkt der Landtagswahl im Mai 2010" Und warum? Weil die Zeit für uns eben jetzt ungünstig ist. Ist das keine Taktik? "Es gibt nämlich in SH Probleme zu bewältigen, die angepackt werden müssen.." Nur leider hat es sich gezeigt, dass große Koalitionen dazu nicht mehr taugen. Sie verfahren nur nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner – und das bedeutet Stillstand. "Und es gibt Zeiten, da steht man zusammen, die haben wir jetzt." Und es kommt auch mal der Punkt, Realitäten zu erkennen, zu analysieren und die Konsequenzen ziehen – da reicht es nicht, mal eben ein wenig zu "twittern".

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 17.07.2009, 15:09 Uhr - 2532 Clicks - Nr. 799

Mangelnder Sparwille? Bürgermeister ermahnt zum Sparen - QT vom 15.07.09

Nicht am falschen Ende sparen!

Der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzende Jürgen Radowitz weist Vorwurf des Bürgermeisters zurück.

Der Bürgermeister zweifelt den Sparwillen der Ratsversammlung an, weil sie mehrheitlich für 33.000 Euro für Matten als Schutzbelag bewilligte, damit die neue Sporthalle Mühlenberg auch für andere Veranstaltungen genutzt werden kann.

Schon in der Ratsversammlung habe ich diesen Vorwurf zurückgewiesen. Sparen ja - aber nur wenn es auch wirtschaftlich ist. Sparen um jeden Preis kann teuer werden. Nicht von ungefähr spricht der Volksmund auch davon, dass "am falschen Ende gespart wurde".

Die neue Halle kostet rund 3,8 Millionen Euro. Für nicht einmal 1 % Mehrkosten, nämlich für rund 33.000 Euro kann jetzt die Halle auch für andere Veranstaltungen genutzt werden. Darauf zu verzichten hat nichts mit Sparen zu tun.

Im Gegenteil, es wäre unwirtschaftlich, es wäre unvernünftig.

Die Ratsversammlung hat im gleichen Atemzug beschlossen, die beiden neuen Sporthallen Am Freibad und Mühlenberg im PASSIVHAUS-STANDARD zu bauen. Das kostet zunächst einmal je Halle rund 133.000 Euro mehr, amortisiert sich aber in ca. 5-6 Jahren und reduziert dauerhaft die jährlichen Betriebskosten. Zwar wird zunächst Geld in die Hand genommen, doch mittel- und langfristig wird dauerhaft gespart.

Das verstehen wir unter SPAREN.

Jürgen Radowitz

stv. Fraktionsvorsitzender SPD-Quickborn

Kommentar von [Thomas Köppl](#) vom 30.07.2009, 21:04 Uhr:

RE: Mangelnder Sparwille? Bürgermeister ermahnt zum Sparen -

Der Brief von Herrn Radowitz reißt meinen Beitrag schon ein wenig aus dem Zusammenhang . Fakt ist: Ebenso wie SPD Ratsherrn Mareck habe ich um eine Vertagung der Entscheidung gebeten. Die Mittel sollten bereitgestellt werden und der Ausschuss sollte dann nach fachlicher Diskussion abschließend entscheiden. Warum: unklar ist mir, für welche Veranstaltung der Belag überhaupt benötigt wird. Ein reiner Blick auf die Vergangenheit berücksichtigt nicht die Möglichkeiten nach Fertigstellung der großen Mensa an der Schule. Der Lauftreff und die

Einschulung der Grundschüler sind die zwei Veranstaltungen, die bisher in der Halle außerhalb des reinen Sports stattfanden. Nach Sanierung (Veranstaltungsstätte) des Infozentrums am DBG steht für Veranstaltungen wieder ein Raum für rund 700 Personen zur Verfügung in der Mensa finden nochmals 200 Personen Platz. Sportumkleiden und Nebenräume kommen noch dazu. Am letzten Lauf nahmen insgesamt 600 Personen teil. Da diese nicht alle gleichzeitig da sind, sollte das Raumangebot eher großzügig sein. Das Ausbringen der Matten mach eine Menge Arbeit, ob nicht andere Lösungen einfacher sind sollte zumindest einmal durchdacht werden. Für die Einschulung stehen zukünftig 420 Plätze auf der Tribüne zur Verfügung. Das sollte doch eigentlich für die Einschulung unserer Grundschüler reichen, eine Bahnreihe Matten für die Kleinen wäre vielleicht sinnvoll.. Warum so schnell: Das kann wohl Niemand sagen, Zeit die Matten zu bestellen haben wir auch noch, wenn wir eine Veranstaltung haben, für die die Matten wirklich gebraucht werden.. Meine Meinung: Ich habe meine Meinung noch nicht abschließend gebildet, aber 30 T€ mal ebenso auf gut Glück, mal sehen was kommt, auszugeben finde ich nicht verantwortungsvoll. Ursprünglich war ich uneingeschränkt für die Anschaffung der Matten, aber wenn man dann nochmal so nachdenkt.

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 17.07.2009, 19:23 Uhr - 5647 Clicks - Nr. 800

SPD-Forum auf dänischer Insel Mandø: Grenzüberschreitender Tourismuseinsatz und Fehmarnbelt-Kritik

Zum 6. Mal trafen sich dänische und schleswig-holsteinische Sozialdemokraten zu einem Austausch über die Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Das Forum kommt ein- bis zweimal im Jahr abwechselnd in Dänemark und Schleswig-Holstein zusammen.



Es ist hochrangig besetzt; ihm gehören sozialdemokratische Folketingsabgeordnete, Landtagsabgeordnete sowie regionale und kommunale Vertreter aus der deutsch-dänischen Grenzregion an. Für Flensburg nahm **Helmut Trost, Vorsitzender des SPD-Kreisverbandes**, an der der Konferenz teil. Sie fand diesmal auf der dänischen Insel Mandø statt.

Dazu erklärten **Leif Hansen (Apenrade)** und **MdL Rolf Fischer (Kiel)**, die Initiatoren und Leiter des deutsch-dänischen Forums: „Wir freuen uns, dass wir zu einer Reihe von gemeinsamen Ergebnissen gekommen sind; die Themen Wattenmeerschut, grenzüberschreitender Naturschutz sowie Tourismusförderung standen im Mittelpunkt der Beratung und werden nun von uns in die Debatten im Landtag, im Regionalrat und in den beteiligten Kommunen eingebracht. Sowohl in den deutschen als auch in den dänischen Beiträgen wurde heftige Kritik am Bau der Fehmarnbelt-Querung laut; für die gesamte Westküste bringe dieses Projekt große Probleme, da die Region von den Verkehrsströmen abgehängt würde und an ökonomischer Qualität verliere. Dies wiederum habe negative Konsequenzen für den ohnehin schwierigen Arbeitsmarkt.“ Das gleiche gelte auch für Flensburg, so Helmut Trost.

In ihren Referaten forderten Westküsten-**MdL Detlef Buder** und **Karsten Uno Petersen** vom Regionalrat Süddänemark, auch die dänische Nordseeküste ins neue UNESCO-Weltnaturerbe „Wattenmeer“ aufzunehmen. Die ablehnende Haltung der dänischen Regierung gegenüber

dieser Initiative wurde kritisiert, da der Erhalt dieses wertvollen Küstenstreifens für die Region ökologisch notwendig und eine gemeinsame Aufgabe für alle Nordseeanrainer ist. „Auch das dänische Wattenmeer gehört zum Weltnaturerbe!“ Naturschutz höre nicht an Grenzen auf, schon deshalb sei ein abgestimmtes Vorgehen notwendig. Beide Politiker regten zudem gemeinsame Tourismusangebote an, um die Westküste insgesamt für Touristen attraktiver zu machen.

Teilnehmer waren auch die sozialdemokratischen Bürgermeister-Kandidaten **aus Esbjerg, John Snedker** und **aus Varde, Kjeld Anker Espersen**, die sich den Äußerungen von Regionalratsmitglied in Süddänemark Karsten Uno Petersen anschließen konnten, besonders auf den notwendigen Ausbau der Verkehrsachsen von Süden nach Norden hinzuwiesen. Sowohl der Ausbau der A 23 (Schleswig-Holstein) als auch der A 11 (Dänemark) sind für die weitere Erschließung der Räume an der Westküste unbedingt notwendig. Auch die sehr unvollkommenen Ost-West-Verbindungen in Schleswig-Holstein als auch in Sønderjylland führen dazu, dass die Region ihre Möglichkeiten nicht ausschöpfe. Die SPD-Kreisverbände im Norden setzen sich deshalb für die Reaktivierung der Bahnstrecke Flensburg - Niebüll ein.

Die Mitglieder einigten sich darauf, die Werftindustrie auf dem Herbst-Treffen in Kiel und die grenzüberschreitende Gesundheitspolitik einschließlich des Ausbildungssektors für das nächste Treffen in Dänemark zum Thema zu machen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 18.07.2009, 10:49 Uhr - 6136 Clicks - Nr. 801

Erste deutsche Wasserdemo in Flensburg

Mit einer ungewöhnlichen Protestaktion haben die Gewerkschaften auf den dramatischen Arbeitsplatzverlust im Flensburger Raum aufmerksam gemacht. In den nächsten Monaten sind über tausend Personen bedroht. Mit im Wasser waren u.A. der IG-Metallbevollmächtigte Meinhard Gehrken, der Danfoss Betriebsrat Bernd Andresen, der Vertrauensmann Ralph Schäfer und als einziger Politiker der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg.



Angeführt von DGB-Nord-Chef Helmut Hartmann versammelten sich die Mitglieder der Metallgewerkschaft, der Baugewerkschaft und von Verdi an der Flensburger Förde unter dem Motto "Uns steht das Wasser bis zum Hals." Und um dies den vielen Flensburger Bürgern, die sich eingefunden hatten, zu demonstrieren, stiegen die Gewerkschafter ins Wasser.

Vom historischen Hafen schwammen sie über die Förde bis zum Bellevue und zogen ein Spruchband aus Styroporplatten hinter sich her, das sich über die ganze Breite des Wassers legte. "Wir lassen uns nicht unterkriegen - Karstadt - Danfoss - Ullrich - Perry & Knorr - Krones - Robbe & Berking - Tesa - Quelle." Begleitet wurden sie von einem Kanu der Verdi-Jugend mit dem Namen "Future", deren Insassen aufpassten, dass auch die Älteren unter den schwimmenden Teilnehmern sicher ans andere Ufer gelangten. Mit im Wasser waren der IG-Metallbevollmächtigte Meinhard Gehrken, der Danfoss Betriebsrat Bernd Andresen, der Vertrauensmann Ralph Schäfer und als einziger Politiker der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr.

Wolfgang Wodarg. Untermalt wurde die Schwimm-Demo mit alten Arbeiterliedern und moderner Pop-Musik.

"Wir fordern die Geschäftsleitungen der Unternehmen - von Danfoss bis Karstadt - auf, die Existenzprobleme der Menschen hier ernst zu nehmen. Sie können sich nicht einfach aus der Verantwortung stehlen. Doch wenn die alten Industrien langsam alle aus Flensburg abziehen, dann müssen wir neue, zukunftsgerichtete Unternehmen ansiedeln. Wir brauchen Arbeit und da ist Fantasie verlangt. Hier muss Neues aufgebaut werden - etwa im alternativen Energiesektor und im Gesundheitswesen", sagte Meinhard Gehrken von der IGM.

Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg betonte, dass alle, die in Wirtschaft und Politik in Flensburg Verantwortung tragen, unermüdlich nach neuen Wachstumsmöglichkeiten, Infrastrukturverbesserungen und Beschäftigungsfeldern suchen müssten, um zu verhindern, dass Flensburg "absäuft".

Flensburg muss sich in der Region verankern und die Region kann sich nicht neben Flensburg entwickeln. Es ist höchste Eisenbahn, dass Stadt und Kreis enger zusammenwirken. "Das muss doch nicht überall so kommen wie bei der Flensburger Sparkasse," drängte Wodarg.

"Als Stadt des Klimapaktes und als durch das CCS-Projekt aufgeschreckte Region haben wir die Verpflichtung, die Energiewende aktiv zu betreiben. 60% der Energie für Heizung und 30% für Mobilität: Wir haben im Kreis noch nicht einmal die Gelder des Konjunkturprogrammes abgerufen, um unsere öffentlichen Gebäude und Schulen warm einzupacken. Wir brauchen zum Beispiel auch Regio-Trams und eine Ausweitung des dänischen "Better Place"-Projektes nach Norddeutschland, um in Zukunft ohne die immer teurer werdenden fossilen Treibstoffe mobil zu bleiben", forderte Wodarg weiter, während er sich das etwas faulige Fördewasser der Hafenspitze abtrocknete.

Bild: "Ich lasse Euch nicht absaufen!" Wodarg als politischer Rettungsschwimmer im Wasser der Fördespitze

Keine Kommentare

[Jusos Rendsburg](#) - veröffentlicht am 18.07.2009, 12:49 Uhr - 4052 Clicks - Nr. 802

Spiegel-Online: "Unwahre Aussagen über Bonuszahlung belasten Carstensen"

Sowohl Spiegel-Online, als auch das Online-Portal der Kieler Nachrichten berichten von Falschaussagen des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit den Millionen-Zahlungen an den HSH-Chef Nonnenmacher...

[Hier gehts zum Artikel auf Spiegel-Online.de...](#)

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 19.07.2009, 11:48 Uhr - 3939 Clicks - Nr. 803

Dr. Bergner sollte Position zur FUEV und Amtsauffassung überprüfen!

Zum Umgang des Minderheitenbeauftragten der Bundesregierung mit der FUEV und dem ECMI erklärt der minderheitenpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Rolf Fischer: Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) ist eine Nicht-Regierungsorganisation

(NGO), die sich seit 60 Jahren erfolgreich für die Belange der nationalen Minderheiten in Europa einsetzt.

Ausgerechnet in ihrem Jubiläumsjahr ist das Weiterbestehen der Organisation aufgrund von Kürzungen der Zuwendungen seitens Ausgerechnet in ihrem Jubiläumsjahr ist das Weiterbestehen der Organisation aufgrund von Kürzungen der Zuwendungen seitens des Bundes und anderer Förderer ernsthaft gefährdet.

Der Europaausschuss des Landtages hat sich übereinstimmend für eine finanzielle Unterstützung der FUEV mit Sitz in Flensburg ausgesprochen. Damit hat Schleswig-Holstein einen Anstoß für die Lösung des Finanzproblems der FUEV gegeben. Zudem haben wir sowohl im Ausschuss als auch in einer Landtagsdebatte die nationale Verantwortung der Bundesregierung für die Lösung der finanziellen Probleme der FUEV eingefordert.

Insbesondere haben wir vom Minderbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Christoph Bergner, erwartet, dass er sich für die Interessen der von ihm betreuten Minderheiten ergebnisorientiert einsetzt. Seine nun vorliegende ablehnende Antwort provoziert unseren Widerspruch, weil er sachfremd und mit fragwürdigen Begründungen jede Unterstützung ablehnt. Fragwürdig ist seine Gleichstellung zwischen FUEV und dem Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN). Beide Einrichtungen existieren unabhängig voneinander. Den Bund Deutscher Nordschleswiger in Finanzhaftung für die FUEV zu nehmen und dem BDN sogar unsolidarisches Verhalten zu unterstellen, ist völlig inakzeptabel.

Seine Äußerung lässt den Schluss zu, dass hier gezielt der BDN beschädigt werden soll. Schon die überaus fragwürdige Einmischung von Dr. Bergner in die Arbeit des unabhängigen und überparteilichen Europäischen Zentrums für Minderfragen (ECMI) in Flensburg, dessen Finanzierung er mit Forschungsarbeiten für andere deutsche Minderheiten verband, zeigte diese fragwürdige Amtsauffassung.

Wir erwarten nach wie vor, dass der Bund und auch Herr Dr. Bergner zur Lösung der Situation der FUEV finanziell und ideell beiträgt. Ansonsten hat er seine Funktion als Minderheitenbeauftragter verfehlt.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 19.07.2009, 15:21 Uhr - 6433 Clicks - Nr. 804

Einigkeit über neue Modelle der hausärztlichen Versorgung auf dem Land

Gerne folgten die Podiumsgäste der Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema "Wir wollen unseren Landarzt - nicht nur im Fernsehen" in den Fliedernsaal der Diako in Flensburg. Neben dem Gesundheitsexperten Dr. med. Wolfgang Wodarg nahmen als Gäste auch der Vorstandsvorsitzende der AOK Schleswig-Holstein, Dr. Paffrath, für den schleswig-holsteinischen Landesverband des Sozialverbands Deutschland dessen Sprecher Torsten Rosenkranz und der Allgemeinmediziner Thomas-Jens Hansen teil.



BILD: Der Landarzt kommt zum Hausbesuch

Nach einem kurzen Impulsreferat, in dem der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg die

entscheidenden Entwicklungen des Gesundheitssystems der letzten Jahre darstellte und einen Ausblick im Hinblick auf den demographischen Wandel und das zunehmende Stadt-Land-Gefälle gab, entwickelte sich schnell eine lebhaft Diskussions.

Viele Kommunalpolitiker waren zu der Veranstaltung angereist - der Fliedernsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Bürgermeister und Gemeindevertreter machten deutlich, dass es bereits heute Versorgungsprobleme im Bereich der hausärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen gibt und zudem auch ein deutliches "Nachwuchsdefizit" für den klassischen "Landarzt" zu verzeichnen sei.

Auf Skepsis bei vielen Gästen stießen die Vorschläge von Herrn Dr. Paffrath, der darauf verwies, dass man durch Honoraranreize solcher Mangelversorgungen gut Herr werden könne. "Das allein wird wohl nicht reichen", fasste Dr. Wodarg die Meinung des Auditoriums realistischerweise zusammen. "Wir müssen uns alternative Versorgungsstrukturen überlegen und dafür sorgen, dass wir die Verantwortung für Versorgung und Budget auf eine gemeinsame, regionale Ebene holen."

Nicht nur von den anwesenden Gästen ertete Wodarg für diesen Vorschlag viel Zuspruch, auch Torsten Rosenkranz vom Sozialverband Deutschland stimmte ihm zu. "Die Menschen, gerade die Älteren, haben Angst, irgendwann ohne ausreichende ärztliche Versorgung dazustehen", beschrieb er die Situation. Außerdem setze sich der Sozialverband für die möglichst konsequente Einführung einer Bürgerversicherung ein, zu der alle Menschen in Deutschland gehören müssten.

Angesichts dieser Einigkeit der versammelten KommunalpolitikerInnen und ihrer Landärzte machte Herr Dr. Paffrath einen konstruktiven Vorschlag: "Lassen Sie uns gemeinsam, das heißt alle Kassen, Versicherte, Ärzte und Kassenärztliche Vereinigung ein Pilotprojekt starten und Herrn Dr. Wodarg's Vorschlag einer regionalen Koordinierung der ärztlichen und pflegerischen Versorgung testen."

Hochzufrieden zeigten sich die Gäste und Diskussionsteilnehmer mit diesem Ansatz. "Wir müssen dafür sorgen, dass der Kassenwettbewerb zugunsten einer solidarischen und qualitativ hochwertigen Versorgung neutralisiert wird", so Wodarg. "Der Vorschlag der AOK zeigt, dass wir gemeinsam etwas bewegen können und müssen, damit uns unser Landarzt auch in Zukunft erhalten bleibt - nicht nur im Fernsehen!"

Keine Kommentare

[Jusos Rendsburg](#) - veröffentlicht am 19.07.2009, 21:16 Uhr - 3766 Clicks - Nr. 805

Spiegel-Online: "Carstensen gesteht unwahre Angaben über Boni"

Jetzt ist es raus: Carstensen hat das Parlament im Zusammenhang mit den Zahlungen an HSH-Chef Nonnenmacher belogen. Dies gab er nun erstmals öffentlich zu, wie Spiegel-Online.de, SHZ.de und KN-Online.de einstimmig berichten. Zudem wird Carstensen vom ehem. CDU-Wirtschaftsminister scharf kritisiert, der ihm eine Verschleierungstaktik durch die Neuwahlen vorwirft...

[Den Bericht auf Spiegel-Online finden Sie hier...](#)

--

Keine Kommentare

Die SPD Landtagsfraktion wird der Auflösung nicht zustimmen

Zur heutigen Abstimmung über die Auflösung des Landtages hat die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Koalitionsausschuss von CDU und SPD hat in einem schwierigen Kompromiss und auf der Basis von Vorschlägen von Union und SPD ein umfassendes Konzept für Haushaltskonsolidierungen und Beschäftigungssicherung in Schleswig-Holstein vereinbart.
2. Diese Einigung ist am vergangenen Mittwoch in einem Landtagsbeschluss von beiden Regierungsfractionen 1 : 1 umgesetzt worden.
3. Die CDU-Fraktion hat noch am gleichen Tag einen Auflösungsantrag für den Landtag eingebracht, der von Ministerpräsident Carstensen und dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Wadephul mit angeblich mangelnder Zuverlässigkeit des Regierungspartners SPD in Sachen Haushaltskonsolidierung begründet worden ist.
4. Der Ministerpräsident hat fast eine Woche benötigt, um zuzugeben, dass er in Sachen Millionenzahlung für HSH Nordbank-Chef Nonnenmacher dem Parlament und der Öffentlichkeit die Unwahrheit gesagt hat.
5. Die SPD-Fraktion hat eine vorgezogene Neuwahl mitten in der schwierigsten Finanz- und Wirtschaftskrise unseres Landes nicht angestrebt. Da Union und FDP den Koalitionsbruch – getrieben durch positive Umfrageergebnisse – gezielt und gemeinsam betrieben haben, ist er nicht zu vermeiden und die Koalition definitiv am Ende.
6. Die SPD-Fraktion wird vorgezogene Neuwahlen nicht blockieren. Die Menschen wollen nunmehr keinen Dauerstreit sondern eine schnelle Lösung. Der angemessene Weg dahin muss allerdings im Rahmen der Möglichkeiten der Landesverfassung vom amtierenden Ministerpräsidenten selbst verantwortet und eingeleitet werden. Dies kann noch in dieser Woche zügig geschehen.

Keine Kommentare

100% Berechnung – 0% Verantwortung

Zum Zerschlagen der Großen Koalition in Kiel erklärt die AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) Lübeck und Schleswig-Holstein:

„Mit dem Entschluss, die Große Koalition gerade in diesem Moment platzen zu lassen, zeigt der schleswig-holsteinische Ministerpräsident in erster Linie Kalkül und Opportunismus – hingegen nichts von der Verantwortung für dieses Land, die er immer so gerne für sich reklamiert. Eigene schwere Fehler sind – beispielsweise in der Energiepolitik – zutage getreten, die SPD bleibt ein unbequemer Partner, die Umfragen scheinen eine Mehrheit für Schwarz-Gelb anzudeuten, die Frist für vorgezogene Neuwahlen läuft ab: Da heißt es zuschlagen, einen Vorwand suchen, um aus einer lästigen Bindung auszusteigen und rasch den eigenen Vorteil zu sichern“ – so interpretieren die SPD-Frauen das Verhalten von CDU- und Regierungsspitze in Kiel.

Dass der Anlass – einige Klarstellungen der SPD und übrigens auch der CDU-Fraktion, was die

Abläufe im Präsidialausschuss der HSH Nordbank angeht – in Politik und Medien derart aufgegriffen und zum „triftigen Grund“ für ein Ende der Koalition aufgebauscht wird, kann die AsF dabei weder in Lübeck noch in Kiel verstehen. Dazu die Kreis- und Landesvorsitzende Cornelia Östreich: „Der eigentliche Skandal ist doch, vor dem Hintergrund der Finanzlage des Landes und der hohen Bürgschaft für die HSH Nordbank, die Genehmigung einer derartigen, millionenschweren Sonderzahlung an ihren Vorsitzenden Nonnenmacher.“ Diese Sonderzahlung war in Schleswig-Holstein von höchster Stelle gewollt und durchgesetzt worden – ohne Beteiligung der Regierungsfractionen, also auch nicht der CDU. „So eine Zahlung ist weder parlamentarisch noch sonst öffentlich zu vermitteln oder zu rechtfertigen“, weiß sich die Arbeitsgemeinschaft mit ihrem Parteivorsitzenden Ralf Stegner einig. „Also war es doch klar, dass die SPD dies nicht unwidersprochen hinnehmen würde. Grund genug für Carstensen, die Koalition und damit seine eigene Verantwortung aufzukündigen?“

Dabei hätten SPD und CDU in Schleswig-Holstein, aus Sicht der AsF, noch reichlich Aufgaben zu lösen gehabt. „Das Festhalten der CDU an den alten Atommeilern hätte, nach dem erneuten Vorfall in Krümmel, als Fehler erkannt und der Ausstieg beschleunigt werden müssen. Voreilige Begeisterung für die CCS-Technologie muss wieder kassiert und der Bevölkerung Sicherheit gegeben werden, dass sie nicht leichtfertig Experimenten mit unterirdischem CO2 ausgesetzt wird. Drei beitragsfreie Kita-Jahre müssen kommen; die erfolgreich angelaufene Schulreform gilt es überall fest zu etablieren; Studiengebühren müssen tabu bleiben, damit jungen Menschen in unserem Land nicht ihre Chancen verbaut werden. Die Haushaltskonsolidierung muss auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise gelingen; die SPD war bereit dies selbst unter großen Opfern mitzutragen“, erinnern sich die AG-Frauen noch lebhaft an die Vorgänge der letzten Wochen.

Sie sehen daher die Verantwortlichkeiten deutlich anders, als dies nun teilweise in der Öffentlichkeit dargestellt wird. „Nicht die SPD hat die Kieler Koalition platzen lassen, sondern die CDU. Und, wie wir finden, aus fadenscheinigen Gründen.“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.07.2009, 15:30 Uhr - 6282 Clicks - Nr. 808

Familiensommer 2009

Tausende von Besuchern konnte die SPD Schleswig-Holstein zu ihrem Familiensommer 2009 im Erlebniswald Trappenkamp begrüßen. Bereits zum dritten Mal hatte das Forum Familie um Gesa Tralau dieses Fest für die ganze Familie auf die Beine gestellt. Die üblichen Attraktionen des Parks wurden dabei von den Kreisverbänden der SPD ergänzt, auch die Bundestagsfraktion, mit einem Wurfspiel, und die Landtagsfraktion, mit einem Bierkistenrennen, waren dabei.

Die SPD Stormarn hatte einen „heißen Draht“ mitgebracht, der besonders von den jüngsten viel Konzentration und Geschicklichkeit erforderte.



Stormarn hatte auch für das Bühnenprogramm eine bewährte Kraft beige-steuert: Hektor, der Gaukler aus Grönwohld, führte durch das Programm und unterhielt Groß und Klein mit seinen Gaukeleien. Während er Hektor zusah, konnte auch der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner

einen Moment entspannen und herzlich lachen, konnte man doch in der übrigen Zeit seinen Standort immer am Pulk der Fotografen und Kameraleute erkennen, die sich angesichts der jüngsten Kiel Ereignisse um ihn drängten. Gerade diese Ereignisse führten denn auch zu einem großen Moment der Geschlossenheit, als sich alle Bundes- und Landtagskandidaten demonstrativ zum gemeinsamen Gruppenfoto versammelten.

Den Stormarner Stand mit dem heißen Draht betreuten Ute Welter-Agatz, Susanne Danhier und Martin Habersaat vom Kreisvorstand. Sie waren am Ende der Veranstaltung mit dem Tag sehr zufrieden: „Es ist schön, mit der SPD auch einmal einfach nur ein schönes Sommerfest zu erleben“, fanden sie. Unabhängig davon wurde natürlich auch die Möglichkeit genutzt, mit zahlreichen Sozialdemokraten aus ganz Schleswig-Holstein zu fachsimpeln.

Kommentar von [hummel 4711](#) vom 20.07.2009, 15:45 Uhr:

RE: Familiensommer 2009

Einfach schön, dass man in solchen "Zeiten" noch gute Nachrichten über die SPD lesen kann. Da bleibt eigentlich nur eine Frage offen: Wurde auch über einen neuen ...? geredet????

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 20.07.2009, 16:58 Uhr - 6351 Clicks - Nr. 809

Wege aus der Finanzmarktkrise: Ortwin Runde und Dr. Wodarg fordern sozialen Mut

"Wir stehen am Ende einer Epoche. Ob das neue Zeitalter, das vor uns liegt, besser wird, hängt vor allem von uns ab." Mit diesen Worten leitete Ortwin Runde, Finanzexperte der SPD-Bundestagsfraktion und ehemaliger Hamburger Oberbürgermeister, sein Referat über "Wege aus der Finanzkrise" ein. Zu der Veranstaltung mit eben diesem Thema hatte sein Fraktionskollege Dr. Wolfgang Wodarg nach Schleswig eingeladen.



Der Saal im Hotel Hohenzollern war dicht gefüllt mit sachkundigen und kritischen Zuhörern. In seiner Begrüßung wies Dr. Wolfgang Wodarg darauf hin, dass die Finanzmarktkrise uns weiter vor große Herausforderungen stellt und wir weiter mit ihren Folgen zu kämpfen haben. "Klar ist, dass es kein Zurück zum Marktradikalismus und zum Neoliberalismus geben kann. Dieses Modell hat auf der ganzen Linie versagt und sogar die Probleme verstärkt, die es zu lösen behauptet hatte. Doch wenn wir nicht aufpassen, werden Frau Merkel und Herr Westerwelle - falls sie die Wahlen im Herbst gewinnen, wovor Gott uns behüten möge - dort weitermachen, wo sie vor der Krise aufgehört haben. Das wäre eine Katastrophe für die Menschen in Deutschland."

In seinem Eingangsstatement, das mit viel Applaus bedacht wurde, zeigte Helmut Hartmann, DGB-Vorsitzender von Schleswig-Holstein Nord, am Beispiel der Firma Danfoss auf, wie die Unternehmer die Krise ausnutzen, um längst beschlossene Standortverlagerungen und massenhafte Entlassungen vorzunehmen. "Vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt aus ist dies nicht gerechtfertigt. Es muss beispielsweise in Flensburg sogar mehr produziert werden, als die Belegschaft gegenwärtig leisten kann. Dennoch wird den Arbeitern zum Jahresende gekündigt. Unsere Gespräche mit der Firmenleitung in Dänemark, um sie zum Umdenken zu bewegen, sind vorläufig gescheitert.", sagte Helmut Hartmann. Momentan fiel ihm aus Sicht der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer zur Charakterisierung der Lage nur ein bitterer Witz ein, den er den Zuhörern nicht vorenthalten wolle. "Was ist der Unterschied

zwischen Sozialismus und Kapitalismus? Im Sozialismus wird die Wirtschaft zuerst verstaatlicht und dann an die Wand gefahren. Im Kapitalismus wird die Wirtschaft zuerst in den Ruin getrieben und dann verstaatlicht."

In klaren Worten analysierte Ortwin Runde die heutige Krisensituation nicht nur auf den Finanzmärkten sondern auch in der Realwirtschaft. Und er ging vor allem darauf ein, wie es dazu kommen konnte. Wie in den letzten drei Jahrzehnten - beginnend mit der Ära Thatcher/Reagan - die Ideologie des Neoliberalismus immer mehr Eingang in die Praxis fand; wie der Staat und die Solidargemeinschaft verteufelt wurde und die Privatwirtschaft zum Retter aus jedwedem Übel hochgejubelt wurde. Und an diesem Spiel haben sich leider auch Sozialisten und Sozialdemokraten - wie der ehemalige britische Premierminister Tony Blair - beteiligt, sagte Runde. Am Ende stand dann die größte Finanzkrise in der Geschichte der Menschheit. Zeitgleich erfasste sie alle Kontinente und machte mit ihren verheerenden Folgen auch vor den gesunden Volkswirtschaften nicht Halt. "Die Kosten müssen jetzt vor allem die Ärmsten dieser Erde mit Hunger, Krankheit und Elend bezahlen. Und in den reichen Ländern sind es die Schwachen, die mit Arbeitslosigkeit und sinkendem Realeinkommen die Folgen der Krise zu tragen haben," bestätigte Wodarg als jemand der die Not der Entwicklungsländer aus seiner Arbeit im zuständigen Bundestagsausschuss nur zu gut kennt.

Diese Krise - und das unterstrich Ortwin Runde - ist nicht nur auf das Fehlverhalten und die Gier von Bankern und Finanzjongleuren beziehungsweise auf das nachlässige Kontrollverhalten seitens einiger Politiker zurückzuführen; diese Krise ist in erster Linie ein Versagen des Kapitalismus angloamerikanischer Prägung. Die Dynamik dieses Wirtschaftsmodells mit seinem Dreiklang von Deregulierung, Privatisierung und Fixierung auf den Shareholder Value sollte als Vorbild für den gesamten Globus dienen. Die aller leidigen Fesseln entledigte "freie Marktwirtschaft" sollte mit ihren freien Finanz- und Gütermärkten der globalisierten Welt noch nie dagewesene Wohlstandszuwächse bescheren. "Was dabei herausgekommen ist, liegt offen vor aller Augen", sagte Runde. "Was unsere Hauptaufgabe für die Zukunft ist, was es zu tun gilt, heißt: Wir müssen das Gemeinwesen, den Staat, stärken."

Es muss ein neues Verhältnis zwischen Staat und Markt geschaffen werden. Ohne einen starken Staat, der den Unternehmen Regeln vorgibt, wie sie in unserer Gesellschaft wirtschaften können und sollen, ist die nächste Krise vorprogrammiert. Und in diesem Zusammenhang wies Ortwin Runde auf Altkanzler Helmut Schmidt hin, der nicht nur die jetzige Krise vor Jahren vorausgesagt hatte, sondern in sechs Punkten die notwendigen Regelungen für die Finanzmärkte zusammengefasst hat, um künftige Krisen zu verhindern. Diese reichen vom Austrocknen der Steueroasen, über das Verbot für Banken und Finanzinstitute, außerhalb ihrer Bilanzen Geschäfte zu betreiben bis hin zur Forderung, dass bei Androhung schwerer Strafen nur die Finanzprodukte gehandelt werden dürfen, die öffentlich genehmigt und kontrolliert sind.

Nach der anschließenden lebhaften Diskussion wies Dr. Wodarg in seinem Schlusswort daraufhin, dass der "Markt" uns gezeigt hat, dass er eben nicht alles kann. Deshalb darf es nicht länger sein, dass man mit dem Hinweis auf Arbeitsplatzverluste Staatsgelder erpresst. Es darf nicht mehr möglich sein, dass Sozialsysteme ausgekernt werden und die Folgen den Kranken, Arbeitslosen und Rentnern überantwortet werden. "Der Selbstbedienungsmentalität unverantwortlicher Finanz- und Wirtschaftseliten muss ein Riegel vorgeschoben werden", sagte Wodarg.

Der Markt ist nicht in der Lage, eine gerechte Reichumsverteilung vorzunehmen oder für

Bildung zu sorgen, an der Alle partizipieren. Das größte Marktversagen liegt jedoch im Bereich der Umwelt. "Mit der CO2-Einlagerung bei uns im Norden Schleswig-Holsteins und neuen Kohlekraftwerken wollen sie damit weitermachen. Die Geldgier der Energiemonopole kann nicht nur finanziellen Schaden anrichten, sie würde auch durch eine Klimakatastrophe die Existenz von Millionen Menschen in aller Welt zunichte machen. Das werden wir verhindern!" Und mit Blick auf Ortwin Runde und Helmut Hartmann meinte Wolfgang Wodarg: "Wir werden in der SPD, mit den Gewerkschaften und darüber hinaus dafür kämpfen, dass in unserem Land eine soziale Marktwirtschaft etabliert wird, wie sie unsere Verfassung vorsieht. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität sind keine Schlagworte, sie sind aus Vernunft und bitterer Erfahrung gewonnene Prinzipien erfolgreicher Gesellschaften."

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD-Wedel](#) - veröffentlicht am 20.07.2009, 20:01 Uhr - 2663 Clicks - Nr. 810

Stegner kommt - Donnerstag 23.07.

Wedel, Veranschaltungsschiff Batavia, Schulauer Straße, 19.30 Uhr,
Sommer-Talk mit Landesvorsitzenden Ralf Stegner, MdB Ernst Dieter Rossmann, MdL Thomas Hölck, Andreas Schnieber OV Wedel; kabarettistische Begleitung mit Jens von Häfen
Eine kurzweilige und interessante Veranstaltung für alle Gäste.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.07.2009, 22:10 Uhr - 4592 Clicks - Nr. 811

Sommerfest in Barsbüttel

Morgens hatte es noch nach Unwetter ausgesehen, aber dann hatten die Barsbüttlerinnen und Barsbüttler Glück: Das Sommerfest 2009 fand im Trockenen statt und war ein Sommerfest, das seinen Namen verdiente: Zahlreiche Besucherinnen und Besucher ließen sich von der Jugendfeuerwehr mit der Aussichtsplattform in luftige Höhen transportieren, informierten sich bei den Imkern über die Herstellung von Honig, genossen beim DRK Kaffee und Kuchen oder suchten sich aus dem Angebot etwas Deftigeres heraus.

Erstmals dabei waren auch die neuen

Behördenlotsen: Sechs Freiwillige haben sich bereits gemeldet, um Anderen durch den „Paragraphendschungel“ zu helfen, weitere Helfer sind herzlich willkommen.



Die SPD Barsbüttel war in diesem Jahr mit zwei Angeboten für Kinder präsent: Inga und Peter Bodenburg sowie Edda Brabandt waren mit den Jüngsten künstlerisch tätig: Es konnte gemalt werden, aber auch mit Servietten und Kleister entstanden dekorative Bilder. Andrea Johann, Oliver Seelig, Anika Habersaat und Jörg Kiencke boten nebenan die Möglichkeit, individuelle

Lebkuchenherzen zu gestalten.

Auch der SPD-Landtagskandidat Martin Habersaat war zum Sommerfest gekommen. Zum „Standdienst“ indes kam er nicht, dafür zu zahlreichen spannenden Gesprächen: „Eigentlich gab es nur zwei Themen: Die bevorstehende Auflösung des Landtages und die vorgezogenen Neuwahlen auf der einen, und die verhinderte Auflösung des Seniorenbeirates Barsbüttel auf der anderen Seite. Während sich beim zweiten Thema alle einig waren, dass die Zukunft des Seniorenbeirates nicht hinter dessen Rücken entschieden werden darf, sorgte Kiel für sehr unterschiedliche Meinungen; die Einen hielten Carstensen für einen netten, aber unpolitischen Ministerpräsidenten, die anderen Ralf Stegner für einen intelligenten, aber nicht immer ausreichend netten Spitzenkandidaten. Habersaat: „Ich persönlich bevorzuge Menschen in hohen Regierungsämtern, die sich für Politik interessieren und für unser Land ehrgeizige Ziele erreichen wollen.“

Keine Kommentare

[Lothar Hay](#) - veröffentlicht am 21.07.2009, 08:58 Uhr - 4592 Clicks - Nr. 812

Konzept für Helgolands Zukunft

Innenministerium hilft mit 135.000 Euro

Erscheinungsdatum: 20.07.2009

Über die weitere Zukunft von Deutschlands einziger Hochseeinsel soll auf der Grundlage eines Entwicklungskonzeptes entschieden werden. Der Kreis Pinneberg und die Gemeinde Helgoland haben dazu einen entsprechenden Auftrag an ein Planungsbüro erteilt.

Das Innenministerium unterstützt die Erarbeitung des Konzeptes mit 135.000 Euro an Landes- und EU-Mitteln aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft. Das Gutachten soll Auskunft darüber geben, wie die wirtschaftliche und touristische Entwicklung sowie die Infrastruktur der Insel erhalten und weiter verbessert werden können.

Das integrierte Entwicklungskonzept führt bestehende Planungen, Projekte und Szenarien zusammen und betrachtet in einer Gesamtschau alle wichtigen Themen wie Verkehr, Wirtschaft, Tourismus, Denkmalschutz, Städtebau und Wohnraumentwicklung, die Energieversorgung, den Natur- und Landschaftsschutz sowie die demographische Entwicklung

Das Innenministerium begrüßt die Anstrengungen von Kreis und Gemeinde, in mindestens vier Szenarien Helgolands Chancen auszuloten. Dabei werden auch die Folgen aufgezeigt, die entstehen können, wenn das Großprojekt einer Landverbindung zwischen der Hauptinsel und der Düne verwirklicht wird, und was passieren könnte, falls man auf dieses Projekt verzichten sollte.

Nach Ansicht des Innenministeriums ist es erforderlich, das möglichst schnell Klarheit über die weitere Entwicklung der Insel entsteht. Mit einer Förderquote von 90 Prozent an der Finanzierung des Entwicklungskonzeptes berücksichtigt die Landesregierung Helgolands besondere Struktur und Finanzschwäche.

In das Zukunftsprogramm Wirtschaft fließen im Zeitraum 2007 bis 2013 rund 720 Millionen Euro für die wirtschafts- und regionalpolitische Förderung in Schleswig-Holstein, davon rund

374 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), rund 173 Millionen Euro aus der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sowie rund 175 Millionen Euro aus ergänzenden Landesmitteln. In der Förderperiode 2007-2013 bildet das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein das Dach für die Zukunftsprogramme Wirtschaft, Arbeit, ländlicher Raum und Fischerei. Das Zukunftsprogramm Schleswig-Holstein mit seinem Fördervolumen von 1,4 Milliarden Euro steht für mehr Wirtschaft und Beschäftigung, für mehr Innovationen und Lebensqualität in Schleswig-Holstein.

Informationen im Internet auf www.zukunftsprogramm.schleswig-holstein.de

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler

Innenministerium

Düsternbrooker Weg 92

24105 Kiel

Telefon: 0431 988-3007, Telefax: 0431 988-3003

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 21.07.2009, 12:23 Uhr - 42274 Clicks - Nr. 813

Ulrike Rodust in Landwirtschafts- und Fischereiausschuss berufen Arbeitsaufnahme in den Ausschüssen

Brüssel: Sechs Wochen nach der Europawahl hat das Europäische Parlament seine inhaltliche Arbeit wieder aufgenommen. Nach der Konstituierung und der ersten parlamentarischen Sitzung in Straßburg in der vergangenen Woche sind jetzt die Ausschüsse erstmals zusammengetreten.

Die schleswig-holsteinische Europaabgeordnete Ulrike Rodust vertritt die SPD gleich in zwei Ausschüssen: Sie ist Vollmitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung und übernimmt zudem für ihre Fraktion die Rolle der Interims-Koordinatorin im Fischereiausschuss.

Rodust, die viele Jahre in ländlich geprägten Regionen kommunalpolitisch aktiv war und vor der Übernahme ihres Mandats im Europäischen Parlament zuletzt agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag war, freut sich auf ihre neuen Aufgaben: „Die Arbeit beider Ausschüsse ist für mich als Schleswig-Holsteinerin ausgesprochen interessant. Hier werden Entscheidungen getroffen, die direkte Auswirkungen auf die heimische Landwirtschaft und Fischerei haben.“

So steht etwa im Agrarausschuss die Stabilisierung des Milchmarktes ganz oben auf der Tagesordnung. „Ich kenne die schwierige Situation unserer Landwirte“, betont Rodust „und suche so oft wie möglich das direkte Gespräch mit ihnen. Wer mich kennt, weiß, dass ich das auch immer dann gerne tue, wenn es gerade unpopuläre Entscheidungen aus Brüssel zu erklären gibt.“

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 21.07.2009, 14:39 Uhr - 3851 Clicks - Nr. 814

Ralf Stegner trifft Kirsten Bruhn

Was haben eine Weltklassemchwimmerin und ein Spitzenkandidat gemeinsam?



Können beide Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Hintergründiges und Kurioses, Interessen und Meinungen austauschen, wenn sich eine professionelle „Quasselstrippe“ der beiden annimmt? Finden Sie es selbst heraus - wir freuen uns auf Sie am Mittwoch, dem 22.07.2009 ab 19.00 Uhr im Festsaal des Reinbeker Schlosses.

Dr. Ralf Stegner, Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der SPD Schleswig-Holstein, trifft auf Kirsten Bruhn, mehrfache Sportlerin des Jahres und Goldmedaillengewinnerin im Schwimmen. Durch den Abend führt Carsten Kock, Moderator und Urgestein des Rundfunks in Schleswig-Holstein.

Ebenfalls anwesend sein werden Gesa Tralau und Martin Habersaat, die Reinbek künftig in Berlin bzw. Kiel vertreten wollen.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 21.07.2009, 14:46 Uhr - 2748 Clicks - Nr. 815

Von der Mühle in unsere Dörfer - Fahrradtour

Die SPD Reinbek lädt ein zu einer Fahrradtour durch Ohe und Schönningstedt. Alle, die Lust haben, in unserer schönen Natur Bekanntes wiederzusehen und Neues zu entdecken, sind dazu am 8. August herzlich eingeladen. Treffen ist um 10.00 Uhr an der Schönningstedter Mühle.

Für eine fachkundige Führung sorgt Hermann Becker, der in Ohe aufgewachsen ist und vor vielen Jahren geholfen hat, die Hügelgräber vor dem Kiesabbau zu schützen. Gegen 13.00 Uhr ist eine Einkehr in den Kleinen Rasthof Schönningstedt geplant.

Keine Kommentare

[SPD-Norderstedt](#) - veröffentlicht am 21.07.2009, 22:48 Uhr - 3745 Clicks - Nr. 816

Kulturwerk am See: Chaos bei Planung und Finanzierung

In der Debatte über die beschlossenen Mehrkosten beim Bau des Kulturwerks am See hat Norderstedts SPD-Chef Heiner Köncke erneut scharfe Kritik am Projektmanagement des Oberbürgermeisters geübt. Die aktuelle Entwicklung – Mehrkosten in Höhe von 2,4 Millionen Euro und Planungschaos – seien ein „Musterbeispiel für schlechtes Management“ und das Resultat von überforderten Verantwortlichen.

Bei der veränderten Planung zum Bau des Kulturwerks habe offenbar auch das Ziel der Polit-PR für die CDU eine wichtige Rolle gespielt, sagte Köncke.

„Weiterhin will Herr Grote der Öffentlichkeit weismachen, bei den 7,5 Millionen Euro handele es

sich um einen Festpreis. In Wahrheit kann es kein Festpreis sein, weil der Preis auf der Rohbauplanung basiert. Es kommt damit locker noch einmal ein hoher sechsstelliger Betrag für den Innenausbau dazu.“, so Köncke.

Er sprach mit Blick auf die Kostenentwicklung von einem Dilemma, in das die Stadt durch den Fraktionswechsel von Naime Basarici von der SPD zur CDU gerutscht sei. „Für eine Kosten senkende Umplanung wie sie auch von Frau Basarici bereits beschlossen war, ist es nun zu spät. Jetzt ist die Stadt gezwungen, nachträglich viel Geld in ein schlecht vorbereitetes Projekt zu pumpen. Der Umfang der Kostensteigerungen spiegelt das Ausmaß der Fehlplanungen und der Managementfehler wider. Und ich fürchte, dass das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist.“, sagte Köncke.

Besonders kritisierte er OB Grotes Vorgehen bei den erst vor wenigen Wochen medienwirksam von ihm selbst vorgestellten Planungen für ein Garstedter Stadtteilzentrum in der Dunantstraße. An einem Standort hätten Volkshochschule, Musikschule, Jugendfreizeitheim und Stadtbücherei in optimaler Lage mit hervorragender Anbindung an Bus und Bahn sesshaft werden können, der finanzielle Aufwand für notwendige Sanierungsarbeiten hätte deutlich unterhalb der Millionen-Euro-Grenze gelegen – und jetzt sollen die vorhandenen Gebäude einfach abgerissen und das Gelände verkauft werden.

„Erst verspricht er den Anwohnern das Blaue vom Himmel und stiehlt sich dann einfach davon. Das macht in erster Linie die Naivität Grotes deutlich. Die Verantwortlichkeit für die Vernichtung von Steuergeldern im Zusammenhang mit dem Kulturwerk am See muss offen genannt werden“, forderte der SPD-Chef.

Es sei bezeichnend, dass der Öffentlichkeit und großen Teilen der Stadtvertretung die Fakten vorenthalten wurden, die zum plötzlichen Meinungsumschwung der CDU, die die von der SPD vorgeschlagene abgespeckte Variante des Kulturwerks (ohne Musikschulanbau) mit beschlossen hatte, geführt haben. Völlige Unklarheit bestehe auch bei der Frage, wie die Mehrkosten finanziert werden sollen.

Köncke verwies darauf, dass die Frage einer verstärkten Förderung durch Spenden und Sponsoren offenbar überhaupt keine Rolle mehr spiele.

„Es wird enorm schwer, angesichts des Missmanagements noch Menschen zu finden, die sich finanziell für das Kulturwerk am See engagieren wollen. Die jetzt im Raum stehende Summe von mehr als 8 Millionen Euro ist gleichzeitig fernab von realistischer und verantwortungsvoller Finanzierung über den Haushalt, der in der Finanzkrise ohnehin enormem Druck ausgesetzt ist.“

Köncke kritisierte, es gebe bisher nur nebulöse Aussagen darüber, wie CDU, FDP und Die Linke die von ihnen beschlossenen Mehrkosten decken wollen.

„Dass CDU und FDP dieser für sie unangenehmen Debatte ausweichen wollen erstaunt mich nicht, dass die Partei Die Linke dabei mitmacht allerdings schon. Erst Geld ausgeben, das die Stadt nicht hat und sich hinterher beschweren, dass für soziale Projekte das Geld fehlt. Das macht nur noch fassungslos!“

„Die CDU hat erklärt, sie wolle Vertrauen in das Projekt zurückgewinnen. Das ist ihr mit diesem Vorgehen nicht gelungen.“, betonte Köncke abschließend.

Keine Kommentare

Ulrike RODUST: Reaktion der EU auf Milchkrise geht in Ordnung Festhalten am Strukturwandel im Agrarsektor richtig

Die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament begrüßt den am Mittwoch von der Europäischen Kommission vorgelegten Bericht zur Marktanalyse des krisengeschüttelten Milchsektors.



"Der Vorschlag der Kommission ist richtig und sendet die nötigen Signale an den Sektor", erklärt Ulrike RODUST. Im Kern stelle die Kommission in ihrem Bericht fest, dass sie an der geplanten Ausweitung der Milchquote und ab 2015 am Ausstieg festhalte. Die Kommission will mit ihrem Maßnahmenkatalog weiter auf Instrumente wie Interventionsankäufe, Beihilfen für private Lagerhaltung sowie Ausfuhrerstattungen setzen, um den Markt zu stabilisieren.

Entgegen vieler Stimmen, der Vorschlag gehe nicht weit genug, stellt RODUST klar: "Der beschlossene Strukturwandel im Milchsektor ist richtig. Es ist wichtig, dass die Politik in Krisenzeiten reagiert, aber der eingeschlagene Kurs zum Ausstieg aus der Milchquote muss beibehalten werden." Die Forderung der CDU/CSU jetzt die beschlossene Erhöhung der Milchquote kurzfristig auszusetzen, sei Politik, die ihr Fähnchen nach dem Winde drehe, kritisiert RODUST.

Es wäre völlig falsch, wenn wir nun neue Illusionen wecken: Der Staat – Deutschland oder die EU - kann mit marktregulierenden Maßnahmen nur punktuell helfen. Die Politik der vergangenen Jahrzehnte mit Marktintervention, staatlich subventioniertem Absatz im Inland und Exporterstattungen im Ausland habe gezeigt, dass damit Märkte gestört wurden, ohne dass der Erzeugerpreis für Milch nachhaltig hätte gestützt werden können. „Es war richtig, diesen Weg mit den Agrarreformen ab 2003 zu verlassen“, bekräftigt RODUST.

Hintergrund:

Die Milchquote war 1984 eingeführt worden, um die Preise zu stabilisieren und die Überproduktion einzudämmen. Im vergangenen Jahr beschloss die EU, die Quote in den nächsten Jahren um jeweils ein Prozent aufzustocken und 2015 komplett auslaufen zu lassen. Mit dem Bericht reagiert die Kommission auf den massiven Preisverfall in diesem Jahr und die Proteste von Milchbauern. Deutschland hatte zuletzt zusammen mit Frankreich gefordert zu prüfen, ob die Milchquote im kommenden Jahr doch nicht erhöht wird. Zahlreiche europäische Milchbauern hatten gegen eine Quotenerhöhung protestiert und ein Absenken der Quote um fünf Prozent gefordert.

Keine Kommentare

Der vergessliche Kreistag

Der letzte Kreistag bot ein seltsames Schauspiel, bei dem Politiker einiger Fraktionen sich darin überboten, die eigene Vergesslichkeit hervorzuheben. Was war geschehen?

Der Verkehrsausschuss hatte sich einstimmig für die Beschäftigung von Busbegleitern in den Bussen der Schülerbeförderung ausgesprochen, der Finanzausschuss hat danach mit den Stimmen der CDU die Bereitstellung der



erforderlichen Mittel, ca. EUR 30.000 abgelehnt.

Nachdem aus der Elternschaft der Hinweis kam, dass im vergangenen Jahr der Kreistag beschlossen hatte, die einbehaltenen Mittel aus Elternbeiträgen der Schülerbeförderung zu deren Verbesserung einzusetzen, hat sich dann im Kreistag die Mehrheit der CDU-Fraktion besonnen und ist der Empfehlung des Verkehrsausschusses gefolgt.

Nachdem Sigrid Kuhlwein als Verkehrsausschussvorsitzende im Kreistag den Antrag eingebracht hatte, versuchten dann CDU-Abgeordnete ihr Abstimmungsverhalten damit zu rechtfertigen, dass sie den Kreistagsbeschluss des letzten Jahres vergessen hätten. Das kann man ihnen gerne glauben, aber ist das wirklich wichtig? Wichtig ist die Sicherheit der Kinder, und daher wollte die SPD-Fraktion die notwendigen Mittel für die Busbegleiter aus dem Haushalt zur Verfügung stellen, unabhängig von dem Kreistagsbeschluss des letzten Jahres. 30.000,00 EURO für die Verbesserung der Sicherheit der Kinder, wie kann man da über den Haushalt feilschen?

Es war wahrlich kein Ruhmesblatt für unseren Kreistag, was dort an Redebeiträgen und Erklärungsversuchen für das wechselhafte Abstimmungsverhalten geboten wurde. Nachdem der verkehrspolitische Sprecher der CDU im Verkehrsausschuss für den Antrag gestimmt hatte, hat er anschließend selbst diesen Antrag im Finanzausschuss abgelehnt. Seine vergeblichen Erklärungsversuche und weitere Wortbeiträge gleicher Qualität führten dann zu einem Antrag aus der FDP-Fraktion, die Debatte zu beenden. Das war angesichts der Redebeiträge zwar verständlich, allerdings auch zutiefst undemokratisch. Nachdem die Ausschussvorsitzende die Empfehlung des Verkehrsausschusses eingebracht hatte, haben wir zwar vieles über die Vergesslichkeit von Kreistagsabgeordneten gehört, jedoch nicht jede Fraktion hatte zu diesem Zeitpunkt ihre Meinung zu diesem Antrag äußern können. Das hinderte jedoch weder CDU- und FDP-Fraktion noch die Kreispräsidentin und einige weitere Abgeordnete, die Debatte abrupt zu beenden. Das war weder demokratisch, noch entsprach es den Spielregeln der bislang im Stormarner Kreistag ordentlich zusammen arbeitenden Fraktionen. Immerhin, vielleicht blieben so weitere Redebeiträge der schon gehörten Art den Zuhörern erspart.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 22.07.2009, 13:37 Uhr - 6797 Clicks - Nr. 819

Praktikum bei der Bahnhofsmision: "Denn er hat seinen Engeln befohlen, dass ...

...sie dich behüten auf allen deinen Wegen." (Psalm 91,11) Dieser Bibelspruch beschreibt mit wenigen Worten, was hinter der Arbeit der Bahnhofsmision steckt. Seit über 110 Jahren helfen Bahnhofsmissionen als Einrichtungen der katholischen und evangelischen Kirche den Menschen unterwegs. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg absolvierte bei der Bahnhofsmision Flensburg ein lehrreiches Kurzpraktikum. Hier der Bericht:



Gerade am sozialen Knotenpunkt Bahnhof bündeln sich ganz unterschiedliche Herausforderungen. Diesen begegnet die Bahnhofsmision mit verschiedenen Leistungen: sie ist ansprechbar für kleine und große Anliegen, leistet Ein-, Aus- und Umsteigehilfe, sie bietet Ruhe- und Aufenthaltsräume, hilft in Notlagen und besonderen Schwierigkeiten und sie

vermittelt Beratungs- und Fachstellen sowie andere soziale Einrichtungen vor Ort.

Wie und unter welchen Bedingungen diese Arbeit in Flensburg geleistet wird, wollte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg gern erfahren und half einen Tag tatkräftig mit. In Flensburg steht das kleine Servicegebäude der Bahnhofsmision auf dem Bahnsteig 1|2. Dieses Gebäude wird von der Bahn zur Verfügung gestellt, die auch die Nebenkosten trägt. Über ein Diensttelefon der Bahn kann mit den anderen Stützpunkten der Bahnhofsmision kommuniziert werden, so dass auf diesem Wege auch Hilfeleistungen für Reisende koordiniert werden können.

Es war ein ganz normaler Tag, den Wodarg auf dem Flensburger Bahnhof erlebte. So half er Reisenden mit schwerem Gepäck beim Ein- und Aussteigen und trug den einen oder anderen Koffer die Treppe zur Unterführung hinunter, weil das Transportband, das für diese Aufgabe zur Verfügung stehen sollte, wegen Unfallgefahr nicht mehr benutzt werden darf.

Als ein kleines Abenteuer erwies sich die Umsteigehilfe für einen Rollstuhlfahrer, der auf dem Bahnsteig 4|5 aus Sörup ankam und gern vom Bahnsteig 1|2 weiterfahren wollte. Da auf dem Bahnsteig 4|5 der Fahrstuhl schon seit ewigen Zeiten defekt ist, musste der gehbehinderte Mann mitsamt Rollstuhl von den Mitarbeiterinnen der Bahnhofsmision und des Servicedienstes der Bahn die Treppen zur Unterführung hinunterbugsiert werden. Anschließend wurde er in seinem Rollstuhl durch die Bahnhofshalle und eine Nebentür in die "Katakomben" des Flensburger Bahnhofs rangiert. Staub, Schmutz, Gerüstteile, die die Decke stützen, abplatzender Putz und bescheidene Lichtverhältnisse kennzeichnen diesen Weg. Mit dem altersschwachen, aber zum Glück noch funktionstüchtigen Aufzug konnte dann schließlich der Bahnsteig 1|2 erreicht werden.

"Es soll ja mit der seit langem angekündigten Sanierung des Bahnhofs nun bald losgehen. Wenn diese abgeschlossen ist, wird der Flensburger Bahnhof nicht nur für die Reisenden schöner und bequemer, auch uns wird die Arbeit dann sehr erleichtert," hofft Lisa Ristow, die mit ihrem kleinen Team die Arbeit auf dem Bahnhof leistet. "Dieser beklagenswerte Zustand und die zum Teil unwürdigen Bedingungen müssen schnell ein Ende finden", bekräftigt Wodarg, der in Sachen Bahnhofssanierung schon mehrfach bei der Deutschen Bahn und im Verkehrsministerium vorstellig geworden ist.

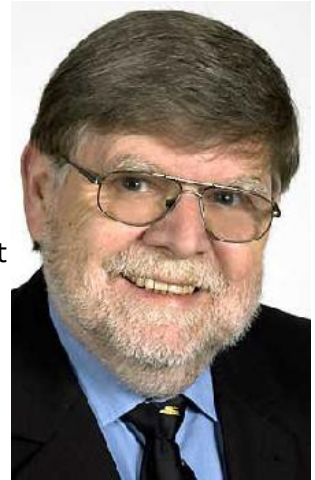
Zwischen den "Einsätzen" blieb immer ein wenig Zeit für Gespräche, in denen Wodarg viel über die Arbeit der Bahnhofsmision erfuhr. Früher erhielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch eine kleine Aufwandsentschädigung, aber seit die Kirche auch finanziell nicht mehr so gut dasteht, wurde das eingespart. "Wir arbeiten hier alle ausschließlich ehrenamtlich", sagt Frau Ristow, die sehr froh wäre, wenn sich weitere Aktive zur Verstärkung ihrer kleinen Mannschaft bereitfinden würden.

"Hier wird großartige ehrenamtliche Arbeit geleistet", fasst der Bundestagsabgeordnete seine Erlebnisse bei der Bahnhofsmision zusammen. "Unsere Gesellschaft wäre um vieles ärmer, wenn es solche Menschen wie sie und ihre Kolleginnen und Kollegen nicht gäbe", so Dr. Wolfgang Wodarg zum Abschied von Frau Ristow und ihrem Team von der Flensburger Bahnhofsmision.

Keine Kommentare

Entlassung der SPD-Minister schäbig und würdelos.

Entlassung der SPD-Minister schäbig und würdelos. Für Hannes Birke handelt Carstensen als verantwortungsloser Machtpolitiker. Die vom amtierenden Ministerpräsidenten Carstensen betriebene Entlassung der SPD-Minister ist für den SPD-Kreisvorsitzenden Hannes Birke unbegründet, schäbig und würdelos. Die Entlassung der Minister und Ministerinnen sind für ihn Teil der Kampagne mit der Carstensen als eiskalter Machtpolitiker den Bruch der Koalition betreibt. „Carstensen hat sich als Parteifunktionär entlarvt, der die Interessen der CDU vor die Verantwortung für das Land stellt.



Sachlich ist für Birke der Koalitionsbruch nicht gerechtfertigt. Trotz grundlegender politischer Meinungsverschiedenheiten von SPD und CDU in Sachfragen sei die Regierung bis unmittelbar vor dem Bruch der Koalition handlungsfähig gewesen. Insbesondere bei der schwierigen Bewältigung der Finanzkrise des Landes seien gemeinsam getragene Lösungen gefunden worden.

Eine verantwortliche Landespolitik in schwieriger Zeit hat die CDU für Birke lange aufgegeben. Mit allen parteipolitischen Tricks versucht sie ihren politischen Machtanspruch im Lande zu erhalten. Die Absicht, vorgezogene Landtagwahlen zeitgleich mit der Bundestagswahl stattfinden zu lassen, ist für ihn der eindeutige Beleg.

Im „Schatten“ der Bundestagswahl setze Carstensen darauf, dass seine Politik der verlängerten Laufzeiten von Kernkraftwerken, sein Widerstand gegen eine zukunftsweisende Bildungspolitik und seine Zustimmung zu Bonuszahlung an unfähige Manager der HSH-Nordbank „verblassen“.

„Es waren nicht Sachfragen die zum Bruch geführt haben, sondern eiskalte Machtpolitik“. Carstensen und der CDU –so der SPD Parteichef- haben Angst vor einer ausschließlich mit landespolitischen Themen geführten Wahlauseinandersetzung aus eigener Kraft eine Mehrheit für ihre Politik zu gewinnen.

Keine Kommentare

Baltic Bay - "Zweiter Anlauf für Großyachten"

Zu dem KN-Artikel "Zweiter Anlauf für Großyachten" vom 21.7.09 erklären die Fraktionsvorsitzenden der SPD-Ratsfraktion, Ralph Müller-Beck, und von Bündnis90/DIE GRÜNEN, Lutz Oschmann:

"Dass im kommunalen Kieler Sommerloch wieder ein Yachthafen am nördlichen Hindenburg-Ufer auftaucht, sollte uns nicht schrecken. Die Verwaltung arbeitet an einem Förder-Rahmenplan, der den gesamten Wasserbereich abdeckt.

Erst wenn der Rahmenplan vorliegt kann beurteilt werden, wo überhaupt eine wasserseitige Bebauung des Kieler Ufers möglich ist.

Bereits in der Dezember-Bauausschusssitzung 2008 haben SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Zustimmung der FDP eine klare Verfahrenslinie beschlossen, die die umfassende Prüfung der städtebaulichen, naturschutzrechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte eines Yachthafens am Hindenburgufer vorsieht und eine umfassende Bürgerbeteiligung absichert. Das sind Vorgaben, die der potenzielle Investor kennt und nach denen er sich zu richten hat. Naturschutzgebiete dürfen weder zerstört noch sonst erheblich oder nachhaltig beeinträchtigt werden."

Zur Erinnerung die Beschlusslage des Bauausschusses vom 4.12.2008:

"Die Vorhabensträgerin hat vor einer abschließenden Entscheidung über den Standort Hindenburgufer Nord folgende Schritte durchzuführen

- Die Vorhabenträgerin soll bis Februar 2009 eine Machbarkeitsstudie einschließlich eines Testentwurfs für den Standort Hindenburgufer Nord dem Bauausschuss vorstellen, um zu belegen, dass der Standort aus Sicht der durch die Vorhabenträgerin gewonnenen Investoren marktfähig bzw. entwickelbar ist.
- Die Eckpunkte der Machbarkeitsstudie sind von der Verwaltung als Auslobungsbedingungen für das konkurrierende Verfahren aufzubereiten und mit den Ortsbeiräten und den Bürgern im Rahmen einer öffentlichen Werkstatt zu diskutieren und ggf. zu ergänzen. Die Ergebnisse sind von der Verwaltung in eine Rahmenplanung zu überführen.
- Die Auslobung des konkurrierenden Verfahrens hat aufgrund der Bedeutung des Projektes für die Stadtentwicklung durch die Stadt zu erfolgen, um jederzeit Herr des Verfahrens zu sein und eine enge Rückkopplung mit der Bürgerschaft zu gewährleisten.

Hierbei sollen folgende Inhalte bearbeitet werden:

- Struktur- und Nutzungskonzept für den ausgewählten Standort im Untersuchungsbereich
- Städtebaulicher Entwurf unter Berücksichtigung des Betriebskonzeptes (einschl. Sonderveranstaltungen) · Aktualisiertes Nutzungsprogramm für die Liegeplätze und die baulichen Nebenanlagen · Auswirkungen der äußeren und inneren Erschließung · Stadt- und Landschaftsbild-Verträglichkeit einschließlich wichtiger Blickbeziehungen · Nachbarverträglichkeit des Hafens, auf die vorhandene Wohnnutzung ist besondere Rücksicht zu nehmen · Wichtige bau-, naturschutz- und wasserrechtliche Grundlagen (z. B. Flachwasserbereiche, wasserrechtliche Genehmigung) · Sonstige Restriktionen (z. B. die historische Seebadeanstalt darf nicht in ihrer Nutzungsqualität durch eine unmittelbare Nachbarschaft der Baltic Bay beeinträchtigt werden und der alte Olympiahafen muss am vorhandenen Standort erhalten bleiben)"

Keine Kommentare

[Jusos Rendsburg](#) - veröffentlicht am 22.07.2009, 16:18 Uhr - 3767 Clicks - Nr. 822

"Party-König Carstensen"

"Och, der Carstensen. Er ist doch ein soo netter Mann. Neulich hat er mir sogar die Hand geschüttelt. So einer muss doch ein guter Ministerpräsident sein"...

Wenn man einen "guten Ministerpräsidenten" an seinen Auftritten auf Volksfesten und Eröffnungen erkennt, dann ist Peter-Harry Carstensen (PHC) sicherlich die uneingeschränkte Nr. 1.

Doch muss sich jeder einmal fragen, was einen guten Ministerpräsidenten auszeichnet und was

dieser leisten sollte! Dann wird man bei der Wahl selbst entscheiden können, wer zukünftig das Land für die Zukunft fit macht.

Spiegel-TV hat den Ministerpräsidenten beobachtet...

[Hier gehts zum Video...](#)

Thematische Informationen auf www.ralf-stegner.de

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 22.07.2009, 20:46 Uhr - 5686 Clicks - Nr. 823

SPD Kiel für Neuwahlen gerüstet - HSH-Nordbank Affäre aufklären

Die Kieler SPD erwartet, dass die SPD-Landtagsabgeordneten den Ministerpräsidenten das Vertrauen verweigern. Wer die Öffentlichkeit und den Landtag belügt, kann auf unser Vertrauen nicht setzen. Wir erwarten, dass die Affäre um die Millionenzahlungen an die HSH-Bänker aufgeklärt wird. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu wissen, wie hoch die tatsächlichen Vergütungen der Vorstandsmitglieder sind und wer noch weitere Zahlungen erhalten hat.

Wer als Bank öffentliche Mittel erhält, um am Leben zu bleiben, ist zur Transparenz verpflichtet. Wir fordern den Ministerpräsidenten und den Finanzminister auf ihre Blockadehaltung aufzugeben und ihre bisher schützende Hand über den Millionen-Bankern zurückzuziehen.



Dazu erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

"Die SPD Kiel ist für Neuwahlen gerüstet, Die Kampagne steht und die Motivation der Mitglieder ist sehr hoch. Wir werden unter dem Motto - Vier für Kiel - antreten und unser Ziel ist es den Bundestagswahlkreis sowie die drei Landtagswahlkreise wieder direkt zu gewinnen.

Der Kreisvorstand hat ein umfangreiches Paket an Aktionen, Veranstaltungen und Stadtteilaktivitäten einstimmig beschlossen".

Auf der Kreisvorstandssitzung am 21.07.09 diskutierte die SPD Kiel die aktuelle politische Situation und bereitete sich auf die anstehenden Wahlkämpfe vor.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 23.07.2009, 11:33 Uhr - 49388 Clicks - Nr. 824

Zur Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Carstensen

Zur Zeit (23. Juli 2009) findet im Landtag in Kiel die Debatte um die Vertrauensfrage statt. Zu diesem Thema hat Ralf Stegner folgende Rede gehalten.

"Am 20. Februar 2005 haben die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner einen Landtag gewählt, dessen Mehrheitsverhältnisse nicht einfach waren. Da die größte inhaltliche Schnittmenge zwischen Grünen, SSW und SPD bestand, haben wir versucht, mit diesen drei Parteien eine Regierung zu bilden. Diese ist leider an einer individuellen Charakterlosigkeit gescheitert. Es war eine beschämende parlamentarische Stunde, die am Anfang dieser großen

Koalition stand.

Aber, die Wählerinnen und Wähler hatten gewählt. Schon 2005 war ich der Meinung: Wir können nicht solange wählen lassen, bis uns die Ergebnisse gefallen. Dieser Meinung bin ich auch weiterhin, das gilt auch noch heute.

Deswegen haben wir in Verantwortung für unser Land gehandelt und sind in eine große Koalition gegangen. Deswegen wollten wir Sozialdemokraten auch als einzige Fraktion in diesem Landtag stets am in der Verfassung vorgegebenen Wahltermin festhalten und deshalb gilt auch für die kommende Wahl: Parteien werben für ihre Inhalte und Ziele, Wählerinnen und Wähler entscheiden, nicht Demoskopen, Redakteure oder Lobbyisten. Und nach der Wahl müssen alle demokratischen Parteien im Prinzip miteinander koalitionsfähig sein. Dies gilt gerade auch in Schleswig-Holstein, wo die großen Volksparteien eine jahrzehntelange Tradition der Feindschaft miteinander haben.

Gemeinsames Regieren ist keine Frage von persönlicher Sympathie – auch wenn diese sicher hilfreich sein kann. Es gibt auch keinen politischen Zwang zu behaupten, politisch notwendige Kompromisse seien mehr als Kompromisse – nämlich das, was man schon immer gewollt habe. Dieses Ritual jener Koalitionsmehrheit, alles zu kritisieren, was man noch bis vor kurzem richtig fand, und das zu beklatschen, was man stets bekämpft hat, dies trägt nicht zur Glaubwürdigkeit und Besserung der demokratischen Akzeptanz bei.

Das haben dementsprechend auch beide Koalitionspartner in diesem Hause nicht getan – und so gibt es wohl kaum einen CDU-Landtagsabgeordneten, der im Landtag oder in entsprechenden Veranstaltungen Gutes über Gemeinschaftsschulen sagte. Herr Austermann, wenn Sie sich noch erinnern, der Vorvorgänger von Herrn Biel, hat stets offensiv für eine Aufkündigung des Atomkonsenses und für mehr Atomenergie geworben.

Wir Sozialdemokraten haben dagegen immer deutlich gemacht, dass wir uns Tariftreue und Mindestlöhne wünschen, dass wir die Bürgerbeauftragte nicht mehr als ein Jahr auf ihre Wahl hätten warten lassen müssen. Wir haben aber auch gesagt, dass solche Wünsche in Koalitionen manchmal nicht zu realisieren sind, weil der Partner nicht mitzieht. All dies geschah regelmäßig unter beißender Kritik der Oppositionsfraktionen, entweder mit dem Argument, wir seien opportunistisch und mutlos, den eigenen Überzeugungen zu folgen oder aber – wenn wir unseren Dissens haben erkennen lassen – besonders heftig mit dem Gegenargument, das Erscheinungsbild der Koalition sei furchtbar.

Nein, die große Koalition war wirklich nicht unsere Wunschkonstellation und ich bleibe bei dem, was ich 2005 gesagt habe, nämlich dass die SPD in dieser Koalition, in der die Union den Ministerpräsidenten gestellt hat, Partner und Gegengewicht zum konservativen Teil der Regierungskoalition sein muss. Selbst hier waren aber gelegentlich Korrekturen möglich – über den Weg des Koalitionsausschusses. Wir haben so auf Wunsch der SPD die unsoziale Mehrbelastung der Eltern mit höheren Schülerbeförderungskosten wieder eingesammelt, wofür ich auch persönlich die Verantwortung übernommen habe. Auf der anderen Seite mussten wir leider aufgrund des CDU-internen Widerstands eine umfassende und viel Geld sparende Verwaltungsreform aufgeben, nachdem die Union in dieser Frage mehrmals die Richtung gewechselt hat.

Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger auch bei Koalitionsregierungen ein Anrecht darauf haben, zu erfahren, was die eigentlichen Positionen auch der Koalitionspartner sind und was

notwendige Kompromisse sind. Die auch in der Politik notwendigen Kompromisse muss man doch erklären – der eigenen Fraktion und Partei und erst recht den Bürgerinnen und Bürgern. Diese Koalition hat ein neues Schulgesetz beschlossen, ein bundesweit vorbildliches Kinderschutzgesetz, eine Reform der Amtsverwaltung, das beitragsfreie Kita-Jahr und vieles mehr, was die Situation der Menschen in Schleswig-Holstein verbessert hat.

Andere Entscheidungen sind uns schwer gefallen:

Das gilt sicher auch für Einsparungen und Umstrukturierungen, die aus finanziellen Gründen erfolgen müssen. Da muss ich doch nicht behaupten, es sei überhaupt kein Problem und 150 Stellen bei der Polizei waren schon immer überflüssig – ich stehe aber dazu, und so finden Sie das auch nirgendwo anders: die Einsparung dieser 150 Stellen sind vertretbar, schwierig, aber vertretbar. Was ich nicht vertretbar finde, war das gezielt von Unionsabgeordneten bei der GdP verbreitete Gerücht, die SPD hätte diese Kürzungen überhaupt erst ins Spiel gebracht. Fakt ist, dass wir die Vorschläge, die der CDU Finanzminister ins Kabinett eingebracht hat und die uns am Sonntag des Koalitionsausschusses nach intensiver Diskussion noch einmal unverändert überreicht wurden, sorgfältig geprüft haben und sie deutlich reduziert haben – eben auf ein vertretbares Maß, damit eben nicht der Polizeivollzug, der Justizvollzug oder die Unterrichtsqualität davon tangiert würden, was nur wir Sozialdemokraten faktisch – also nicht nur in öffentlichen Reden – ausschließen wollten. Jene Vorschläge, auf die Sie so stolz waren, mussten auf das verantwortbare Maß korrigiert werden. Ihre ständig kolportierten Behauptungen, Herr Ministerpräsident, wie z. B. heute im Tagesspiegel, die SPD sei nicht vorbereitet gewesen und habe keine Vorschläge gemacht, sind falsch, sind absurd und das wissen Sie selbst, was soll also dieses kleine parteipolitische Karo?

Die SPD-Fraktion, die SPD und auch ich stehen zu den ausgehandelten Einsparvorschlägen, die dringend nötig sind, die aber auch hart an der Grenze des Möglichen liegen. Ich hätte mir gewünscht – dass die Regierung Zeit gehabt hätte, die notwendigen Umstrukturierungen einzuleiten sowie mit Augenmaß und mit Kenntnis ihrer Ministerien voranzutreiben.

Wir werden in der nächsten Legislaturperiode allerdings den ein oder anderen Akzent sicher anders setzen – dies gilt vor allem für den Bildungsbereich, für die Kinderbetreuung, für eine konsequente Verwaltungsstrukturereform und wir wollen weiterhin für mehr Steuereinnahmen durch ein gerechteres Steuersystem sorgen. Ich glaube, Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der Union, dass Ihre Koalitionsbruch- und Neuwahlpläne auch die Flucht vor der Umsetzung dieser Sparvorgaben sind; wissen Sie doch nur zu gut, dass nach den Stellenkürzungen in den personalintensiven Ressorts Sie nun bei den millionenschweren Förderprogrammen im Landwirtschafts- und Wirtschaftsressort hätten Farbe bekennen müssen.

Ich möchte aber auch an den von Uwe Döring und der SPD vorgeschlagenen Beschäftigungspakt erinnern, da wir in der Sicherung und Schaffung von Beschäftigung die aktuell dringendste Aufgabe der Regierung sehen – hier hätten wir uns die volle Handlungsfähigkeit einer Regierung gewünscht, statt dieser monatelangen Dauerbeschäftigung mit dem Austüfteln parteitaktisch günstig erscheinender Wahltermine. Es hätte Ihnen mehr um die Arbeitsplätze der Menschen in Schleswig-Holstein und weniger um Ihren eigenen Arbeitsplatz gehen dürfen, Herr Ministerpräsident.

Die Bürgerinnen und Bürger hätten es wirklich verdient, dass wir uns um die Beschäftigten und Unternehmen hier in Schleswig-Holstein kümmern, die Beschäftigten hier im Land hätten es

verdient, dass der geplante, notwendige und einzigartige Personalabbau so vernünftig geplant wird, dass er nicht zu ihren Lasten geht. Das wäre Verantwortung zum Wohle unseres Landes, auf die ein Ministerpräsident und die Regierung verpflichtet, ja sogar vereidigt sind.

Die Bürgerinnen und Bürger wissen zudem, dass es die Sozialdemokraten waren, die im Koalitionskompromiss dafür gesorgt haben, dass Mitbestimmung, Gleichstellung, Kita-Standards und der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen Bestand haben. Dies ist nun alles in Gefahr und ich sage den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern: Nur bei einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung wird es bei diesen Zusagen bleiben.

Herr Wadephul hat mich am letzten Freitag in seiner Rede vor diesem hohen Haus unter Verweis auf den Roman von Max Frisch als Brandstifter bezeichnet. Damit wollte er wohl dem amtierenden Ministerpräsidenten die Rolle des Biedermannes zuweisen. Dazu erlaube ich mir ein Zitat aus der wohl am weitesten verbreiteten Interpretation dieses Stücks: „Herr Biedermann ist ein ehrgeiziger Geschäftsmann, der nach mehr Ansehen und Beliebtheit strebt, und dabei über Leichen geht. Er denkt bei allen Katastrophen zuerst daran, wie er sich selbst damit einen Vorteil verschaffen könnte, später will er nichts mehr damit zu tun haben. Er ist im Angesicht unliebsamer und schmerzlicher Erkenntnisse ein Meister der Verdrängung und des Vergessens.“ So weit die gängige Lesart des Stückes von Max Frisch, Herr Kollege Wadephul, die Sie als beleserter Mensch sicherlich im Kopf gehabt haben werden. Das spricht doch für sich.

Die Debatten der letzten zwei Wochen waren geprägt von dem beschriebenen Schein und Sein wie bei Max Frischs Biedermann. Und Georg Kreißler hat einmal gesagt: „Zerstören Sie einem Menschen seinen Schein und Sie werden sehen, wie schnell auch das Sein zu Ende ist.“

Vieles war in den letzten Tagen in Kiel mehr Schein als Sein, lassen Sie mich das an 7 Punkten deutlich machen:

1. Herr Ministerpräsident Carstensen, Sie haben gesagt, die SPD habe Sie zu dieser Vertrauensfrage gezwungen. Schließlich hätte ich Ihnen in der Rede vom Freitag, dem 17., das Vertrauen entzogen. Das ist der Schein. Wahr ist aber doch, dass die Abgeordneten Carstensen, Wadephul und Fraktion mit ihrem Antrag auf Auflösung des Landtages die Koalition bereits am 15. Juli aufgekündigt hatten. Und wahr ist, dass sie dies seit Monaten vorbereitet und immer wieder auch haben durchblicken lassen, zuletzt bei der frei erfundenen Behauptung vor 3 Monaten, die SPD selbst wolle Neuwahlen, und mit ständig wiederholten schwarz-gelben Verlobungsfeierlichkeiten auf Schloss Gottorf und anderswo.
2. Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, haben mit dem Kollegen Dr. Wadephul diesen Antrag damit begründet, dass die SPD nicht mehr zu den Konsolidierungsbeschlüssen der Koalition stehen würde und daher unzuverlässig sei. Das ist der Schein. Wahr ist aber doch, dass wir noch am gleichen Morgen des 15. Juli die gemeinsamen Vereinbarungen eins zu eins in einem gemeinsamen Antrag hier im Landtag beschlossen haben, die ich im übrigen in meiner Rede ohne Wenn und Aber unterstützt habe.
3. Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, haben unverdrossen und im Chor mit den Kollegen Wadephul und Kubicki behauptet, die SPD habe die Neuwahlentscheidung bis in die Ferienwoche hinein verzögert, weil wir auch nach Ihrem Koalitionsbruch immer noch gegen Neuwahlen seien und an einer gemeinsamen Regierung mit Koalitionsbrechern festhalten wollten – von Zwangsehe war da die Rede. Dies ist der Schein. Wahr ist aber doch, dass der von Ihnen so lang geplante Antrag für die Auflösung des Landtages verfassungswidrig gewesen wäre und sie erst nach Hilfestellung durch den klugen Verfassungsminister Lothar Hay Ihre

Abstimmung auf den ersten Ferientag verschieben mussten.

Wahr ist auch, dass Sie diese Vertrauensfrage bereits letzte Woche hätten stellen können und wahr ist auch, dass ein Rücktritt ebenfalls in der letzten Woche möglich gewesen wäre – nur eben die Ihnen angenehmste Lösung nicht. Und wahr ist eben auch, dass ich für die SPD-Fraktion am Freitag erklärt habe, dass wir sehr wohl zu schellen Neuwahlen bereit sind, nachdem Sie diese Koalition gebrochen haben. Aber ich habe für die SPD-Fraktion hinzugefügt: Einem ehrlosen Antrag, der die Auflösungsentscheidung mit der angeblich mangelnden Zuverlässigkeit der SPD begründet, können und werden wir niemals zustimmen. Sie mögen einen machtpolitischen Sieg erringen, aber Sie werden diese sozialdemokratische Fraktion nicht dazu bringen, für Ministersessel unseren Stolz zu opfern. Und wahr ist schließlich, dass ich Ihnen prognostiziert habe, dass wir geschlossen abstimmen werden, was Sie immer bezweifelt haben, was aber genau so gekommen ist.

4. Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, werden nicht müde zu behaupten, dass die SPD-Fraktionsspitze und der SPD-Teil der Landesregierung der skandalösen Millionenzahlung an den HSH-Chef Nonnenmacher zugestimmt habe. Das ist der Schein. Wahr ist, dass Ihnen spätestens bei der deutlichen Kritik von Frau Erdsiek-Rave und mir in der Koalitionsrunde am 30.6. glasklar gewesen sein musste, dass wir diese Entscheidung nicht gutheißen, geschweige denn ihr unsere Zustimmung geben. Das hat Sie nicht daran gehindert, in einem Brief am 10.7. gegenüber dem Landtag die Unwahrheit zu behaupten, an der Sie dann noch eine Woche lang festgehalten haben.

5. Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, haben am Montag behauptet, Sie hätten nach unserem Misstrauensantrag keine andere Wahl gehabt, als die Ministerinnen und Minister der SPD zu entlassen. Das ist der Schein. Wahr ist aber doch, dass Sie die Koalition aufgekündigt und diese fingierte Vertrauensfrage gestellt haben und dass Sie das, was Sie kurz zuvor noch öffentlich und gegenüber Frau Erdsiek-Rave explizit ausgeschlossen hatten – in voller Kenntnis über das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion – eiskalt vollzogen haben.

6. Es wird immer wieder behauptet und medial kolportiert, hier gehe es um das persönliche Verhältnis zweier Männer. Das ist der Schein. Wahr ist, dass das Verhältnis für Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, nicht zufällig gerade dann nicht mehr tragbar schien, als der nach den Umfragen günstigste Wahltermin per Koalitionsbruch zu erreichen war. Im übrigen finde ich es auch mehr als merkwürdig, angesichts der Aufgaben und der Verantwortung, die wir in diesem Land haben, solche albernsten Fragen in den Vordergrund zu stellen. Die Menschen wenden sich von solchen Inszenierungen ab und ich bedauere den Anteil, den ich selbst dazu beigetragen habe. Schließlich geht es hier um etwas ganz anderes.

7. Heute handelt es sich scheinbar um eine ehrliche Vertrauensfrage, da Sie, Herr Ministerpräsident Herr Carstensen, in den letzten Tagen auch wirklich alles dafür getan haben, den letzten Rest von Vertrauen in Sie und Ihre Rumpfregierung vollständig zu zerstören. Wahr ist aber dennoch, dass es eine fingierte, unehrliche Vertrauensfrage bleibt, da sie mit der Absicht gestellt wird, sie nicht zu gewinnen, also das Gegenteil zu bewirken, was Sie in Ihrem Antrag formulieren. Aber was bedeuten schon die Absichten der Verfassungsgeber, wenn die Aussicht besteht, angesichts günstig erscheinender Umfrageergebnisse die Macht zu sichern. Sie Herr MP Carstensen, hatten eine solche unehrliche Vertrauensfrage für sich bisher stets als Trickserei bezeichnet und ausgeschlossen. Das ist sie übrigens auch, weil unsere Verfassung eine fingierte Vertrauensfrage nicht vorsieht – erst recht seit es das Selbstauflösungsrecht des Landtages gibt. Dieses allerdings dient eben nicht dem Zweck, parteitaktisch günstige Wahltermine zu ermöglichen, was ich noch einmal ausdrücklich an Ihre Adresse, Herr Kubicki und Herr Wadephul, sage. Vieles spricht also dafür, dass diese Vertrauensfrage nicht verfassungsgemäß ist.

Ihr Rücktritt, Herr Ministerpräsident Carstensen, wäre der wirklich ehrliche Weg, wenn Sie eine Koalitionsregierung nicht mehr führen können oder wollen. Selbst die Zeitung „Die Welt“, nicht eben ein sozialdemokratisch gesonnenes Blatt, spricht vom schlüpfrigen Weg einer getürkten Vertrauensabstimmung.

Nein, Herr Ministerpräsident, ich bin der festen Überzeugung, dass Ihre Angst, den 27.9. nicht zu erreichen, so groß war, dass Sie nicht die leiseste Chance offenlassen durften, dass die SPD sich der Vertrauensfrage womöglich noch hätte verweigern können, obwohl das schon eine abenteuerliche Vorstellung ist. Deshalb haben Sie die Leistungsträger dieses Kabinetts entlassen. Was für ein jämmerlicher Grund für einen jämmerlichen Akt!

Der Tenor, mit dem Herr Carstensen die unehrliche Vertrauensfrage, den stillen Rausschmiss der SPD-Ministerinnen und -Minister bedauert, erinnert mich an einen anderen Klassiker. An die Leonore in Goethes Torquato Tasso. Sie sagt dort:

"Wie jammert mich das edle, schöne Herz!
Welch traurig Los, das ihrer Hoheit fällt!
Ach sie verliert - und denkst du zu gewinnen?
Ist's denn so nötig, dass er sich entfernt?
Machst du es nötig, um allein für dich
Das Herz und die Talente zu besitzen,
Die du bisher mit einer andern teilst
Und ungleich teilst? Ist's redlich so zu handeln?
Bist du nicht reich genug? Was fehlt dir noch?"

Solche Spiele sind eines Ministerpräsidenten nicht würdig und das wissen Sie auch. Wir stecken mitten in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise unseres Landes und dies ohne den kompetenten, anerkannten Arbeitsminister Uwe Döring. Das nenne ich verantwortungslos.

Der Landtag hat der HSH Nordbank Mittel und Bürgschaften in einem nie gekannten Umfang gegeben, ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss hat gerade seine Arbeit aufgenommen. Und was passiert? Der Landtag wird aufgelöst. Das nenne ich verantwortungslos.

Es gab Anfang dieses Monats einen erneuten Störfall in Krümmel und es bedarf mehr denn je einer funktionierenden Atomaufsicht und einer kompetenten politischen Vertretung - die zuständige erfahrene Ministerin Gitta Trauernicht wird entlassen, der Nachfolger ist, wie er gestern selbst bei Facebook hat wissen lassen, alles andere als begeistert. Das nenne ich verantwortungslos.

Im Bildungsbereich sind nicht nur umfangreiche Investitionen zu koordinieren, sondern auch die neuen Schulformen, die geänderten ersten Grundschuljahre, der Ausbau der Kinderbetreuung, der Ausbau der Ganztagschulen zu begleiten - ohne die Ministerin Ute Erdsiek-Rave, die mit Kompetenz und Verantwortung die Vorstellungen beider Koalitionspartner konsequent umgesetzt hat. Das nenne ich verantwortungslos.

Die Kommunen werden einen massiven Einbruch ihrer Steuereinnahmen haben und doch schwerpunktmäßig für das entscheidende Konjunkturprogramm zuständig sein - ohne den kompetenten, sachorientierten Kommunalminister Lothar Hay. Das nenne ich verantwortungslos.

Und mit der angekündigten Entlassung der sozialdemokratischen Staatssekretäre fehlt auch in der 2. Reihe die 1. Klasse.

Ihrer Rest-Regierung, Herr Ministerpräsident, fehlt die Kompetenz und der Anstand. Sie sind vollständig gescheitert. Der gerade Weg wäre Ihr Rücktritt gewesen – aber dazu, Herr Ministerpräsident, hat Ihnen leider das Format gefehlt. Einen solchen Ministerpräsidenten, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann sich unser schönes Land Schleswig-Holstein nicht leisten.

Herr Carstensen sagte noch an diesem Montag, die SPD wolle sich aus der Regierungsverantwortung stehlen und wenige Stunden später entlässt dieser Ministerpräsident die SPD-Minister. Wer so verbissen wahltaktisch vorgezogene Neuwahlen betreibt, wie Sie, Herr Ministerpräsident, der stiehlt sich aus der Verantwortung.

In dieser Wirtschafts- und Finanzkrise müssen wir bis zum Wahltag unsere Verantwortung als Parlamentarierinnen und Parlamentarier wahrnehmen. Wir werden deswegen die Regierungserklärung zu Krümmel sorgfältig diskutieren, für uns wird die Kollegin Trauernicht sprechen und wir werden hoffentlich einen Antrag beschließen, der die Rumpfregierung zu wirksamen Maßnahmen für die Stilllegung zwingt.

Wir werden im September in den Ausschüssen arbeiten und wie im Finanzausschuss die tatsächlichen Vorstandvergütungen ebenso prüfen wie die tatsächliche wirtschaftliche Situation der HSH Nordbank, über die immer abenteuerlichere Nachrichten an die Öffentlichkeit gelangen.

Wir nehmen Verantwortung für unser Land wahr und werden in der Landtagssitzung im September versuchen, aufgeschobenen Entscheidungen und in den Ausschüssen schmorende Gesetze und Anträge zu beschließen, wir können den Datenschutzbeauftragten, Herrn Weichert, im Amt bestätigen, die Kreisordnung verabschieden, die unterirdische CO₂-Deponierung in Schleswig-Holstein endgültig beerdigen und z. B. eine faire Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge einfordern.

Wir hatten die Beschlüsse, die Kompetenz und von Seiten der SPD auch den Willen, die Konsolidierung des Landeshaushaltes endlich einzuleiten, und uns effektiv um die Unternehmen und Beschäftigten dieses Landes zu kümmern – die CDU-Landtagsfraktion hat all das aus wahltaktischem Kalkül beiseite geschoben und, Herr Ministerpräsident, es wird doch immer offenkundiger, dass das besorgniserregende Missmanagement bei der HSH Nordbank, das Ihnen schon vor Monaten Ihr eigener Wirtschaftsminister Marnette vorgeworfen hat, Sie jetzt dazu bringt, durch eine vorgezogene Neuwahl davon ablenken zu wollen: Verantwortung sieht anders aus.

Sie, Herr Ministerpräsident Carstensen, sagen so oft: „Erst kommt das Land, dann die Koalition und dann die Partei.“ Ihr Handeln dokumentiert genau das Gegenteil. Sie ziehen den mit der FDP verabredeten Koalitionsbruch eiskalt durch. Erst Ihre Partei, dann die schwarz-gelbe Traumpartnerschaft und ganz zuletzt unser Land Schleswig-Holstein. Mögen Sie diesen kurzzeitigen Machtwechsel auch als Tagessieg empfinden, ihm fehlt jede Legitimation und Moral und das, Herr Ministerpräsident, werden Ihnen die Menschen in Schleswig-Holstein nicht durchgehen lassen.

Ein Ministerpräsident, der das Vertrauen des Landtages verdient hat, sagt im Landtag die Wahrheit. Ich verweise hier auf den Kollegen Günter Neugebauer, der auf die Anfänge seiner parlamentarischen Tätigkeit hier in diesem Hause hingewiesen hat. Sie Herr Ministerpräsident Carstensen, haben die Menschen in Schleswig-Holstein und dieses Parlament belogen. Mit einem offenkundig falschen Schreiben. Die Vorstellung, Sie hätte entweder diesen 1 ½ Seiten langen Brief nicht gelesen oder nicht verstanden – das will ich Ihnen bei einer solch wichtigen Angelegenheit wirklich nicht unterstellen und das wäre im übrigen schon schlimm genug. Viel wahrscheinlicher ist: Sie haben vorsätzlich die Unwahrheit gesagt, Ihr Brief stammt von 10. Juli und spätestens seit dem 30. Juni konnten Sie keine Zweifel mehr an unserer Kritik haben.

Eine Woche lang habe ich die angebliche und von Ihnen behauptete Zustimmung der SPD-Landtagsfraktion zurückgewiesen und wurde in großen Zeitungsüberschriften dafür der Lüge verdächtigt, fünf Tage lang hat es Ihr eigener Fraktionsvorsitzender, der Kollege Wadephul, bestätigt. Nachdem in den Zeitungen hoch und runter spekuliert wurde, was denn nun stimme, fällt Ihnen am Sonntag ein, dass sie „vielleicht etwas flott darüber hinweggegangen seien“: Nein, Herr Ministerpräsident, an einen angeblichen Flüchtigkeitsfehler könnte man glauben, wenn Sie ihn zumindest dann eingeräumt hätten, als ihr Fraktionsvorsitzender dem widersprach. Aber nein – Sie haben eine Woche lang darauf gesetzt, dass man Ihrem Wort mehr vertrauen würde als meinem, und kolportiert, dass ich zumindest ja nicht nein gesagt hätte und das doch vielleicht doch so verstanden werden könne – das war schäbig und ich bin froh, dass Sie damit nicht durchgekommen sind.

Ganz anders übrigens die honorige Erklärung des Kollegen Lothar Hay, der von seiner Information am 23. Juni berichtet hat und von seiner Plausibilitätseinschätzung nach telefonischer Schilderung durch Herrn Wiegand, dass der gewählte Weg das Land Schleswig-Holstein weniger koste. Aber – und das lassen Sie immer weg: Weder Herr Hay noch sonst jemand von der SPD wusste von den Details der November-Entscheidung des Präsidialausschusses, niemand wusste von der Sitzung dieses Ausschusses am 26. Juni, niemand wusste, dass Herr Nonnenmacher bereits im Mai gekündigt hatte und niemand wusste von weiteren Zahlungen an das entlassene Vorstandmitglied Roth.

Sie sollten aufhören, Herrn Hay dafür in Anspruch zu nehmen, es habe angeblich doch die Zustimmung der SPD im Kabinett, im Aufsichtsrat oder bei den Fraktionsspitzen gegeben. Sie haben das zu verantworten und das ganz alleine. Es wäre auch glaubwürdiger, wenn nicht Ihr Finanzminister in derselben Woche noch die finanzpolitischen Spitzen der Landtagsfraktionen über die Zahlung an Herrn Nonnenmacher ebenfalls falsch informiert hätte – Nein: Sie wollten die Verantwortung für die Entscheidung unter den Teppich kehren. Aus dieser Verantwortung entlassen wir Sie nicht.

Ein Ministerpräsident, der das Vertrauen des Landtages verdient hat, der versieht sein Amt mit Stil und Würde. Sie Herr Ministerpräsident Carstensen, werfen die Ministerinnen und Minister beim ersten Anlauf sogar binnen Stundenfrist raus und haben nicht einmal den Mumm, es ihnen selbst zu sagen, sondern lassen es über Ihren Staatssekretär ausrichten. Das ist stilllos, das ist würdelos, das tut man nicht!

Die sozialdemokratische Fraktion in diesem Hause bedankt sich für die ausgezeichnete Arbeit von Ute Erdsiek-Rave, Gitta Trauernicht, Uwe Döring und Lothar Hay und Wolfgang Meyer-Hesemann, Hellmut Körner, Ulrich Lorenz und Eberhard Schmidt-Elsaesser. Ein solch unwürdiger Stil kann ihre Leistung nicht schmälern und sie nicht treffen. Wir werden auf ihre Erfahrung und Kompetenz bauen.

In dieser großen Wirtschaftskrise braucht Schleswig-Holstein einen Ministerpräsidenten, der sich für die Probleme des Landes wirklich interessiert, der für Bildungsgerechtigkeit ohne strukturelle und finanzielle Barrieren eintritt, der für gute und fair bezahlte Arbeit ist, der für eine Politik für Familien und Kinder und für den ökologischen Umbau, die Energiewende wirklich eintritt.

Die Schleswig-Holsteiner haben keinen Ministerpräsidenten verdient, der seine politischen Vorstellungen über Bord wirft und anderen nach dem Mund redet: Wer bei der Polizei in Eutin Unterstützung verspricht und dann fast 300 Polizeistellen einsparen will, wer kurz vor den Wahlen angeblich von den stets begeistert geforderten Studiengebühren Abstand nimmt, aber nicht sagt, wie er die Universitäten finanzieren will, – bei den Steuersenkungsplänen seiner Partei –, der ist nicht glaubwürdig.

Die Menschen in Schleswig-Holstein haben einen Ministerpräsidenten verdient, der führt und Orientierung bietet und nicht jedes Mal, wenn der Wind von vorne weht, umknickt. Ich stehe zu einer konsequenten Verwaltungsstrukturreform und zu einer Reichensteuer, die einen Teil der dringenden Bildungsausgaben finanzieren kann. Und die SPD Schleswig-Holstein wird auch nach der Wahl die Deponierung von CO₂ in Schleswig-Holstein verhindern. Wir werden gemeinsam mit den Grünen und dem SSW einen Antrag einbringen, der Maßnahmen einfordert, die es wirklich und auch rechtlich einwandfrei und nicht per ordre de mufti ermöglichen, Krümmel endgültig vom Netz zu nehmen und nicht nur in unzähligen Interviews dazu zu reden, Herr Ministerpräsident.

In dieser Krise braucht das Land einen Ministerpräsidenten mit Kompetenz, Gradlinigkeit und Durchsetzungsvermögen und einen, der solche grundsätzlichen Probleme wie bei der HSH oder dem Atommeiler Krümmel nicht versucht wegzuschieben oder zu vertuschen und den Kopf in den Sand steckt, wie Ihr ehemaliger Wirtschaftsminister, Herr Marnette, Ihnen gerade erst wieder öffentlich bescheinigt hat.

Nicht nur in dieser Krise braucht das Land einen Ministerpräsidenten, dessen Wort länger gilt als nur für einen Tag – ich denken da nur an Ihre Aussagen gegenüber Frau Erdsiek-Rave – und wenn Sie jetzt sagen, Herr Ministerpräsident, Sie wollten das gar nicht, aber Ihre Fraktion habe Sie dazu gezwungen, so macht das die Sache nicht etwa besser sondern schlimmer.

Lassen Sie mich zum Schluss auf Goethes schon zitierte Rede Leonores zurückkommen:

"Und dann, ich will mit meinem Freunde nicht
Von ihr und diesem Hofe mich verbannen;
Ich komme wieder, und ich bring' ihn wieder."

Ein Ministerpräsident, der das Vertrauen des Landtages verdient hat, stellt das Wohl des Landes, auf das er vereidigt ist, über das der Partei – das haben Sie nicht getan. Deswegen wird ihnen dieser Landtag zu Recht nicht das Vertrauen aussprechen.

Sie bekommen, was Sie sich wahltaktisch wünschen.

Jetzt haben die Bürgerinnen und Bürger das Wort. Sie werden merken, dass die Entscheidung über die zukünftige Regierung Schleswig-Holstein nicht in Ihren schwarzgelben Vorverhandlungen oder in Umfragen fällt, sondern am Wahltag.

Herr Ministerpräsident, Sie mögen heute kurzfristig mehr Macht gewonnen haben – das Vertrauen haben Sie nicht nur in diesem Hause verloren. Das ist kein guter Tag für Schleswig-Holstein.

Die Sozialdemokraten werden für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auch mit unseren Zukunftskonzepten werben und um jede einzelne Stimme kämpfen."

Kommentar von [Günther Flenker](#) vom 24.07.2009, 13:47 Uhr:

RE: Zur Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Carstensen

Ich meine, Ralf Stegner und die SPD-Führung muss in den nächsten Wochen mehr Kontakt zu den Wählern zu suchen (und nicht nur zum Wahlkampf). An seinem Auftreten und sein Profil muss Ralf Stegner auch noch feilen, dann hat er eine gerechte Chance. Ich bin sicher dass seine Wahlkampfstrategen auch daran arbeiten werden. Wir Genossen stehen jedenfalls vorbehaltlos hinter ihm. Der jetzige Ministerpräsident hat sei Vertrauen verspielt, Er hat den Landtag belogen und er ist aus taktischen Gründen aus der Koalition ausgestiegen. Ich hoffe beim parlamentarischen Untersuchungsausschuss werden vor der Wahl noch so einige Details über die HSH-Nordbank herauskommen. Jedenfalls gehört P. H. Carstensen jetzt erst mal in die Opposition. Das Vertrauen der Wähler hat er jedenfalls verspielt.

Kommentar von [Hans Peter Robin](#) vom 24.07.2009, 09:41 Uhr:

RE: Zur Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Carstensen

Das Parlament hat mit dem Misstrauen für PHC den Anfang gemacht. Nun sind alle Schleswig-Holsteiner am 27.09. aufgerufen, dass Misstrauen zu vollenden.

Kommentar von [Ralf Ibs](#) vom 24.07.2009, 09:40 Uhr:

RE: Zur Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Carstensen

O.k. Ralf Stegner ist nicht Heide Simonis oder Björn Engholm. Aber immerhin hat er einen klugen Kopf und weiß, was er will. Dies kann man vom jetzigen Ministerpräsidenten nicht sagen, der seiner eigenen Fraktion in den Rücken fällt, wenn "seine" Nordfriesen es wollen (auch wenn dies teilweise gut für die SPD war). Und zu seinem derzeitigen Verhalten kann man sich jeden Kommentar ersparen. Dies sind die Alternativen, die am 27. 9. u. a. zur Wahl stehen. Heide Simonis kann man sich nicht zurückwünschen und nebenbei gesagt: eine Integrations- oder Leitfigur war sie anfangs auch nicht. Dies ist sie erst im Laufe der Zeit geworden.

Kommentar von [Bernhard Lauterbach](#) vom 24.07.2009, 00:44 Uhr:

RE: Zur Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Carstensen

Ralf Stegner ist zwar ein kluger Kopf, aber keine Integrationsfigur - das ist aber weiterhin Heide Simonis! Die Führungsriege der SPD muss endlich aus ihrem Raumschiff aussteigen und wieder Bodenkontakt zu den Bürgern und dem Volksgefühl bekommen: Wenn die SPD in S-H eine Chance haben will, dann darf sie nicht den gleichen Fehler, wie die BundesSPD mit ihrem abgehobenen Kandidaten Steinmeier machen (wegen dem und den anderen Schröderianern ich übrigens aus der SPD ausgetreten bin): Heide Simonis muss wieder her! Sie wäre nicht nur ein Grund, wieder in die SPD einzutreten, sondern ist auch ehrlich und kompetent und übrigens deutlich jünger als z.B. Müntefering!

Kommentar von [Natascha Böhnisch](#) vom 23.07.2009, 22:57 Uhr:

RE: Zur Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Carstensen

Ich wurde von vielen gefragt: "Darf den der Carstensen jetzt bis zur Neuwahl weiter machen, obwohl ihm das Misstrauen ausgesprochen wurde?" Ich denke, dass ist ein gutes Zeichen, dass sich die CDU verrechnet hat, was die "guten Umfrageergebnisse" anbelangt. Wir haben in der Vergangenheit schon gesehen, dass diese Ergebnisse nicht immer zutreffend sind. Also lasst uns kämpfen und nicht klein begeben!!!! Natascha Böhnisch (OV-Vorsitzende Wilster)

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 23.07.2009, 21:54 Uhr:

RE: Zur Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Carstensen

Ich habe die Rede bei Phönix live gesehen. Sehr gut. Wir werden die Neuwahl packen. Schwaz-Gelb wird den fingierten Wahltermin bereuen!

Kommentar von [Harald Helmer](#) vom 23.07.2009, 21:17 Uhr:

RE: Zur Vertrauensfrage des Ministerpräsidenten Carstensen

Eine der besten Reden, die mir in meiner Zeit als politischer Beobachter untergekommen ist. Ich stimme ihnen inhaltlich voll zu!

[Jürgen Weber, MdL](#) - veröffentlicht am 23.07.2009, 13:12 Uhr - 5045 Clicks - Nr. 825

Sanierungskonzept umsetzen, aber keine Privatisierung des UKSH

Zum offenen Brief der Personalräte des UK S-H an die Landtagsabgeordneten erklären der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wolfgang Baasch, und der hochschulpolitische Sprecher Jürgen Weber:

Der offene Brief der Personalvertretungen des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein mit der Forderung nach Umsetzung des baulichen Masterplans findet unsere volle Unterstützung. Bauliche Investitionen sind dringend notwendig, um eine qualitativ hohe medizinische Versorgung weiterhin sicherzustellen. Für diese wichtige Investition hat die SPD-Landtagsfraktion sich eingesetzt; sie darf trotz veränderter politischer Rahmenbedingungen nicht zurückgestellt werden.

Dem Sanierungskonzept hat die SPD-Landtagsfraktion grundsätzlich zugestimmt, um das UK S-H als alleinigen Träger der medizinischen Maximalversorgung im Land Schleswig-Holstein wieder wirtschaftlich zukunftsfähig zu machen. Dabei lehnen wir Privatisierungen ab, weil die strategischen Ziele nur dann umgesetzt werden können, wenn das Land die Verantwortung für das Universitätsklinikum nicht in fremde Hände abgibt. Das UK S-H muss in die Lage versetzt werden, mit allen Anstrengungen weiter an der wirtschaftlichen Sanierung zu wirken. Dazu gehört auch die Einbindung und Erschließung des Know-Hows Dritter. Dabei darf die Sanierung nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen, die in der Vergangenheit schon erhebliches beigetragen haben für die Zukunft des UK S-H und zur Sicherung ihrer Arbeitsplätze.

Keine Kommentare

[SPD-Nordfriesland](#) - veröffentlicht am 23.07.2009, 17:48 Uhr - 8303 Clicks - Nr. 826

CDU - Moral und Verantwortung für Parteiinteressen verraten

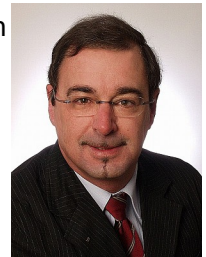
Die CDU hat endgültig die Begriffe Moral, Verantwortung und Zuverlässigkeit abgeschafft. Anders sind die Machenschaften des „Biertischstrategen aus Nordstrand“ nicht zu bewerten. Mit Lügen und durchsichtigen Erklärungen aus ideologischen, wahltaktischen Gründen den Landtag aufzulösen, auch um das eigene Versagen zu vertuschen, entspricht nicht den

Wertevorstellungen, die das Amt eines Ministerpräsidenten auszeichnen sollten.

Die Entlassung der SPD-Minister ist verachtungswürdig, unterstreicht aber die Wertevorstellung dieses Unionsvorsitzenden, samt seiner Partei. Mit der Verteilung der Ministerien an die CDU-Minister hat er nun vollends die Böcke zum Gärtner gemacht. Krümmel und HSH-Nordbank brauchen vorerst nicht befürchten, dass weitere Missstände vor der Wahl ans Tageslicht kommen.

Diese Nordstrander beschädigt nicht nur das Amt des Ministerpräsidenten, sondern auch das Ansehen des Landes Schleswig-Holstein. Er erschüttert den Glauben und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik im Allgemeinen.

Diese Strategie verfolgte die CDU schon einmal. Der Versuch, zusammen mit den liberalen Trittbrettfahrern, die Wählerinnen und Wähler mit dieser Schmierkomödie zu täuschen wird wieder scheitern. Die Wählerinnen und Wähler werden sich überlegen, einem Regierungschef erneut das Vertrauen auszusprechen, der kläglich gescheitert ist. Spätestens jetzt sollte auch dem letzten Zweifler bewusst sein, was das Land erwartet, wenn diese Partei mit diesem Mann wieder den Regierungsauftrag erhält.



Was jetzt als Lügen zugelassen wird, erleichtert das Belügen in Zukunft deutlich. Getreu seinem Handeln der vergangenen Tage - Was schert mich das Versprechen von gestern, wenn ich mich nicht daran halten muss - wird er die Menschen und dieses Land mit Hilfe der Liberalen für seine politischen Interessen verkaufen.

Der "Nordstrander" hat auf der Leiter zum Erfolg, auf der er nur drei Stufen erklimmen hat (dritte Wahl in Berlin, Parteivorsitzender und MP), nach vierjähriger Pause die Stufe der Inkompetenz erreicht.

Die Grünen und der SSW spielten bei dieser Schmierkomödie mit. Das Entsetzen der Grünen, dass die SPD-Minister entlassen wurden und nun die Schwarzen die Atomaufsicht unter sich haben, zeugt von nicht durchdachter Strategie und deren Folgen.

Die SPD in Nordfriesland dankt allen, Gitta, Ute, Lothar und Uwe, für die ausgezeichnete Arbeit, die ihr in euren Verantwortungsbereichen geleistet habt.

Keine Kommentare

[SPD-Ellerau](#) - veröffentlicht am 23.07.2009, 18:04 Uhr - 3038 Clicks - Nr. 827

Antrag zur Einrichtung einer Nachmittagsbetreuung für Grundschulkinder

SPD – Fraktion Ellerau Heinrich Reising

Berliner Damm 13 Birkeneck 49

25479 Ellerau 25479 Ellerau Tel.: 04106/73334

An die Damen und Herren der Gemeindevertretung Ellerau

16.06.2009

Antrag zur Sitzung der Gemeindevertretung am 16.07.2009

- Einrichtung einer Nachmittagsbetreuung für Grundschulkinder

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Urban,
sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion stellt hiermit den Antrag, schnellstmöglich eine durchgehende, verlässliche Nachmittagsbetreuung für die Kinder der Ellerauer Grundschule an den Wochentagen (Montags bis Freitags) bis 17.30 Uhr ggf. auch bis 18.00 Uhr einzurichten.

Begründung:

Die Nachfrage nach einer Nachmittagsbetreuung steigt allgemein kontinuierlich an, was in erster Linie auf die zunehmend erforderliche Berufstätigkeit beider Elternteile zurückzuführen ist. Der Verein für Ellerauer Kinder (Betreute Halbtagschule) kann schon länger der Nachfrage aus Kapazitätsgründen nicht gerecht werden, darüber hinaus endet das dortige Betreuungsangebot in der Regel um 15.00 Uhr am Nachmittag. Weiterhin ist das Kursangebot der Volkshochschule und sonstiger Vereine im Rahmen der offenen Ganztagschule nicht so weit gehend, dass eine durchgehende Betreuung am Nachmittag für Grundschulkinder gewährleistet werden kann.

Die Nachmittagsbetreuung muss auch eine Hausaufgabenbetreuung umfassen.

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Die aktuelle Nachfrage in allen Klassen der Grundschule zu ermitteln,
2. Die Personalkosten für eine Nachmittagsbetreuung für eine Gruppe zu errechnen,
3. Auf der Grundlage der vorgenannten Daten einen Vorschlag für einen angemessenen Elternbeitrag zu erarbeiten.

Um Zustimmung wird gebeten.

Mit freundlichen Grüßen

SPD - Fraktion
Heinrich Reising

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 23.07.2009, 19:34 Uhr - 5545 Clicks - Nr. 828

Ralf Stegner traf Kirsten Bruhn

Spannendes Zusammentreffen im Festsaal des Reinbeker Schlosses: Ralf Stegner, SPD-Landeschef und Spitzenkandidat der SPD Schleswig-Holstein bei den anstehenden Landtagswahlen, traf während seiner Sommerreise die Schwimmerin Kirsten Bruhn, die mehrfache Sportlerin des Jahres und Goldmedaillengewinnerin bei den Paralympics. Unter der Moderation von Carsten Kock stellten die knapp 100 Gäste schnell fest: beide haben viel zu sagen.



Zunächst stiegen Carsten Kock und Ralf Stegner mit einer Zweierunde in den Abend ein. Thematisiert wurden der Bruch der Großen Koalition in Kiel durch die CDU, die unwürdige Entlassung der SPD-Ministerinnen und Minister durch den Ministerpräsidenten und die Motive der CDU, Neuwahlen am 27. September 2009 anzustreben. Stegner: „Nach dem Ende der Koalition bin ich nun Oppositionsführer im Landtag – aber auch an diesem Stuhl klebe ich nicht: Ich möchte Ministerpräsident Schleswig-Holsteins werden.“

Dann kam Kirsten Bruhn hinzu und es gelang Carsten Kock immer wieder, Parallelen von Sportlerin und Politiker herzustellen und beiden ganz persönliche Statements zu entlocken. Ehrgeizig, das zeigte sich, sind sie beide. Kirsten Bruhn geht nicht nur ins Wasser, um zu schwimmen und auch Ralf Stegner gestand: „Ich habe Ehrgeiz für bestimmte Ziele. Jeder, der in die Politik geht, will aus Idealismus etwas erreichen – ich auch.“

Auch im Umgang mit Rückschlägen ähnelten sich Stegner und Bruhn: „Man sich hinsetzen und gemeinsam jammern – aber das bringt nichts.“ Interessant der Umgang mit Kritik: Carsten Kock berichtete, seiner Frau im Kritikfall entgegenzuhalten, seine Erziehung sei abgeschlossen. Ralf Stegner nahm für sich in Anspruch, zwar lebenslang lernen zu wollen, aber „ein bisschen müssen die Menschen mich auch so nehmen, wie ich bin – zum Beispiel mit Fliege, wenn es der Anlass erfordert.“

Für die musikalische Untermalung des Abends sorgte die Band Beatshock. Bei Wein und Snacks gingen die Gespräche auch nach Abschluss der Veranstaltung noch lange weiter und viele Besucherinnen und Besucher nutzten die Gelegenheit, mit Ralf Stegner und Kirsten Bruhn ins Gespräch zu kommen, aber auch mit der Bundestagkandidatin Gesa Tralau und dem Landtagskandidaten Martin Habersaat. Vom Publikum gefragt, welche drei Gründe bei der Wahl für die SPD sprechen, nannte Ralf Stegner die Wende zu erneuerbaren Energien, ein gerechtes Bildungssystem ohne Gebühren und den Einsatz der SPD für die Arbeitsplätze im Land.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 23.07.2009, 22:07 Uhr - 4412 Clicks - Nr. 829

SPD nominiert Günter Humpe-Waßmuth zur Wiederwahl als Stadtrat

Der SPD-Kreisvorstand Neumünster hat auf seiner Sitzung am Mittwoch die Einigung der Kreisvorsitzenden von CDU und SPD begrüßt, dass bei der anstehenden Wahl von 2 Stadträten beide großen Fraktionen je eine Person vorschlagen sollen.

Außerdem hat der Kreisvorstand in der Sitzung beschlossen, Günter Humpe-Waßmuth als Vorschlag der SPD zur Wiederwahl als Stadtrat zu nominieren. Der Kreisvorstand folgt damit einem entsprechenden Wunsch der Rathausfraktion, der auch in der Partei eine einhellige Unterstützung erfahren hat.



Günter Humpe-Waßmuth (58), in Hamm geboren, war lange Jahre bei der Stadt Duisburg als Leiter des Jugendamtes mit über 1000 Mitarbeitern tätig. 1996 wurde er in Neumünster auf Vorschlag der SPD-Fraktion von der Ratsversammlung einstimmig zum Stadtrat für die Bereiche Jugend, Soziales und Gesundheit gewählt. Zu seinem Sachgebiet kamen später u. a. auch die Bereiche Schule, Kultur und Sport hinzu. Über Parteigrenzen

hinweg genießt er hohe Wertschätzung und Anerkennung. Bei den Bürgerinnen und Bürgern und den Vertretern von Verbänden und freien Trägern gilt Günter Humpe-Waßmuth als verlässlicher und fairer Gesprächspartner, der sich durch seine menschliche und offene Art die Sympathie der Neumünsteranerinnen und Neumünsteraner erworben hat. Günter Humpe-Waßmuth gilt als anerkannter Fachmann in seinem Fachgebiet. So hat er vor allen im Bereich der Bildungspolitik mit dem in 2008 beschlossenen Schulentwicklungsplan das neue Schulgesetz des Landes als erste Stadt in Schleswig-Holstein umgesetzt und Lehrern, Eltern und Schülern damit Planungssicherheit für die kommenden Jahren ermöglicht.

In der Familienpolitik hat er in den vergangenen Jahren den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für 3 bis 6jährige umgesetzt. Für die Betreuung von unter 3jährigen wurden die Plätze bereits verdoppelt und in Zukunft weiter ausgebaut.

Im Kulturbereich hat Günter Humpe-Waßmuth den Kunstflecken nach Beschluss durch die Ratsversammlung erfolgreich auf den Weg gebracht und das kulturelle Profil Neumünsters insgesamt gemeinsam mit den Akteuren aus Kunst und Kultur entscheidend mitgeprägt. Seine Vision ist dabei: Kulturpolitik und Wirtschaftspolitik sind keine Bereiche, die man voneinander trennen kann. Sie ergänzen sich vielmehr. „Das kulturelle Angebot einer Stadt und gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind wichtige Standortfaktoren für erfolgreiche Unternehmensansiedelungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze, die wir auch in Neumünster dringend brauchen,“ erklärt der SPD-Kreisverband Andreas Hering.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 23.07.2009, 23:45 Uhr - 4461 Clicks - Nr. 830

Martin Habersaat: Gedanken zu Max Frischs "Biedermann und die Brandstifter"

Im März 1958 wurde das Schauspiel „Biedermann und die Brandstifter“ von Max Frisch uraufgeführt, in Zürich. Zuerst notiert hat Frisch die Geschichte 1948 in seinem Tagebuch in der Du-Form. Im Juli 2009 bemühte nun der CDU-Fraktionsvorsitzende im Kieler Landtag dieses Lehrstück, um Ralf Stegner als Brandstifter zu charakterisieren. Dass er damit dem Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen die Rolle des Biedermanns zuordnete, sagt viel aus über die aktuelle Lage in der CDU.



All dies ist Grund genug für einen neuen Blick auf einen alten Text. Typisch für Frisch ist übrigens, dass ein Text in verschiedenen Varianten vorliegt, der vorliegende wurde beispielsweise 1953 zunächst zu einem Hörspiel verarbeitet. In der Rezeption ist das Schauspiel die meistbesprochene, ich habe mir die Rezeption und die Burleske angesehen.

Ein Mann, ab der Hörspielfassung mit dem Namen Biedermann, lässt einen Fremden auf seinem Dachboden wohnen. Ungern zwar, denn man hörte von Brandstiftungen in jüngster Zeit, aber „nein“ zu sagen wäre ihm unangenehm. Generell geht er gern den Weg des geringsten Widerstands. Auch einen zweiten Fremden lässt er hinzu, obwohl dieser ein vorbestrafter Brandstifter ist. Eigentlich wäre Biedermann beide gerne los, aber er scheut den Konflikt – sogar dann noch, als sie Benzinfässer nach oben tragen. „Dann wünschen sie nur noch eines: Streichhölzer. Nichts wäre verfehlter, als wenn du jetzt wieder zusammenzucktest; auf Verdacht ist keine Freundschaft aufzubauen.“ Es kommt, wie es kommen muss...

Hier geht es [weiter...](#)

Keine Kommentare

[SPD-Hohenlockstedt](#) - veröffentlicht am 24.07.2009, 12:26 Uhr - 3253 Clicks - Nr. 831

Quo vadis Schleswig-Holstein?

Nun hat Herr Carstensen sein Ziel erreicht. Er kann alleine durchregieren. Ob er bedenkt, dass er eventuell auch allein für die Misere im Land verantwortlich gemacht werden könnte? Seltsam finde ich das Gebaren, nur die SPD an ihrem Verhalten gegenüber der CDU zu messen. So geschehen in der Presse vor einigen Wochen, als es um die Beurteilung des Arbeitsklimas der Großen Koalition in Berlin ging. Ein guter Ton habe geherrscht, die SPD hätte sich sachlich verhalten. Frage: Warum wurde die CDU nicht an ihrem Verhalten gegenüber der SPD gemessen?

Herr Carstensen leitete die Große Koalition in Kiel ganz in dem Stil: Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. Die SPD-Minister konnten noch so loyal und gut arbeiten, es war nie gut genug. Denn böse ist, wer den Übeltäter kritisiert. Führungsstärke sieht anders aus.

Rositta Krämer

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 24.07.2009, 13:22 Uhr - 5036 Clicks - Nr. 832

Statement Andreas Hering

Zu den Aussagen des CDU-Landtagsabgeordneten Torsten Geerds am Donnerstag, 23. Juli 2009 im Holsteinischer Courier erklärt der SPD-Kreis- und Fraktionsvorsitzende Andreas Hering, gleichzeitig auch Landtagskandidat: „Herr Geerds ist anscheinend mit dem Carstensen-Unwahrheit-Virus infiziert. Seine Aussagen im Holsteinischen Courier entsprechen nicht der Wahrheit.



Vielmehr hat Herr Geerds mir gegenüber süffisant gesagt, dass es Zeit für mich sei, mein Wahlplakat zu drucken. Dass die CDU den Koalitionsbruch vorsätzlich – auch unter direkter Mitwirkung des Parlamentarischen Geschäftsführers Geerds – vorbereitet hat, ist ein Fakt. Ich fordere Herrn Geerds auf, dies richtig zu stellen.“

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 24.07.2009, 16:45 Uhr - 2566 Clicks - Nr. 833

Flensburger Konjunkturprogramm „Sport und Kultur“ beantragt SPD: Kommunalpolitik muss verlässlich und verantwortlich handeln!

Kommunales Handeln muss verlässlich sein, Kommunalpolitiker und Verwaltung müssen verantwortungsbewusst handeln. Darum haben die Sozialdemokraten jetzt die Initiative ergriffen und einen konkreten Vorschlag mit Finanzierungsvorschlag auf den Tisch gelegt. Sie beantragen ein „Flensburger Konjunkturprogramm



Sport und Kultur“.

„Hintergrund ist unser Wunsch, Konjunkturfördermittel breiter zu streuen und auch die Einrichtungen und Vereine zu fördern, die bei den letzten Programmdiskussionen leer ausgegangen sind“, erläutert der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost.

„Bei einer Beschlussfassung entsprechend unserem Vorschlag wird zum einen sichergestellt, dass der Gedanke der Konjunkturbelebung durch Förderprogramme nicht durch Haushaltskonsolidierung konterkariert wird, zum anderen wird die im politischen Dialog gefundene Prioritätenliste realisiert“, meint Trost und macht deutlich, dass diese Maßnahmen ohne zusätzliche Neuverschuldung finanzierbar sind.

Durch die vorgezogene Sanierung des Sauermannhauses aus Mitteln des Konjunkturpaketes II werden Mittel frei, wodurch weitere Projekte, die von der Landesregierung als nicht förderfähig eingestuft wurden, realisierbar werden. Die hierdurch bedingte Haushaltsentlastung von 1,225 Mio. € der nächsten Haushaltsjahre kann nach SPD-Auffassung zur Umsetzung der bisher nicht berücksichtigten Projekte verwendet werden.

Infolge der Rückzahlung der Stillen Einlage durch die Nospa werden weitere finanzielle Gestaltungsspielräume eröffnet, die teilweise für Realisierung der im breiten politischen Konsens gewünschten Maßnahmen genutzt werden können.

Wenn die anderen Fraktionen dem SPD-Vorstoß folgern, werden folgende Sportanlagen und Kultureinrichtungen doch noch zum Zuge kommen und können ihre anerkannt dringenden Sanierungsmaßnahmen und Umbauten durchführen:

- Sportanlagen ETSV Weiche (rund 200.000 €)
- Sportplatz Schützenhof (rund 300.000 €)
- Eckener Sportplatz (rund 90.000 €)
- Stadion (rund 100.000 €)
- Kulturwerkstatt Pilkentafel (rund 250.000 €) und
- Kühlhaus (bis zu rund 500.000 €)

Außerdem beantragt die SPD, für die Sanierung des Sauermannhauses eine sogenannte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1,4 Mio. Euro im Wirtschaftsplan der Kommunalen Immobilien aufzunehmen, damit diese Sanierungsmaßnahme bald starten kann.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 24.07.2009, 22:07 Uhr - 4402 Clicks - Nr. 834

SPD bereitet sich auf die Landtagswahl vor

Landesparteitag vorgezogen - Fotos im Kasten: Eigentlich war der nächste Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein für November 2009 geplant. Wegen des Koalitionsbruchs durch die CDU musste diese Veranstaltung nun vorgezogen werden: Am 31. Juli und 1. August treffen sich die Sozialdemokraten in Lübeck, um ihr Programm zu beschließen und ihre Liste aufzustellen. Auch die Fotos der 40 Wahlkreiskandidaten sind im Kasten, derzeit werden Plakate und Flyer erarbeitet.



Martin Habersaat, Kreisvorsitzender der SPD Stormarn und Landtagskandidat: „Ich hätte mir gewünscht, dass die ‚Kieler‘ sich bis zum Ende der Legislaturperiode zusammenreißen und der Ministerpräsident nicht Parteitaktik vor die Interessen des Landes stellt – aber jetzt ist es, wie es ist, wir sind personell und inhaltlich gut aufgestellt.“

Am 31.7. beginnt der Parteitag um 17.30 Uhr. Auf dem Programm stehen die Konstituierung des Parteitages, Grußworte, anschließend eine Rede des Landesvorsitzenden Ralf Stegner und seine Nominierung für den Listenplatz 1.

Am Samstag geht es früh weiter: Um 8.00 Uhr trifft sich die Antragskommission zu Beratungen über das Landtagswahlprogramm, ab 8.30 Uhr stellt Ralf Stegner dem Landesparteirat, dem die Stormarner Martin Habersaat und Reinhard Mendel angehören, den Entwurf des Landesvorstandes für die Landesliste vor, bevor ab 10.30 Uhr der Landesparteitag fortgesetzt wird und über Programm und Liste abschließend entscheidet.

Aus Stormarn nehmen acht Delegierte an diesem Parteitag teil: Ute Agatz aus Trittau, Susanne Danhier aus Bargteheide, Gesa Tralau aus Hamberge, Margot Sinning, Konrad Nabel und Jochen Proske aus Ahrensburg, Tobias von Pein aus Lütjensee und Martin Habersaat aus Barsbüttel. Die SPD Stormarn geht mit den Bundestagskandidaten Bettina Hagedorn, Franz Thönnies und Gesa Tralau sowie den Landtagskandidaten Jochen Proske, Susanne Danhier und Martin Habersaat in den Doppelwahlkampf.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 25.07.2009, 12:03 Uhr - 6798 Clicks - Nr. 835

Praktikum in der Notaufnahme im Schlei-Klinikum Schleswig

Im Rahmen seiner Informationsbesuche und Praktika in der Sommerpause des Bundestages hat der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg im Schlei-Klinikum Schleswig die pflegerische und ärztliche Arbeit intensiv begleiten dürfen. Wodarg: "Dank an alle, die mir wieder einmal gezeigt haben, wie anstrengend und aufopfernd diese Arbeit ist!" Der folgende Artikel über sein Praktikum erschien am Donnerstag auf der S. 16 der Schleswiger Nachrichten:

BILD: Dr. Wodarg beim "Emergency-Team" im Schlei-Klinikum Schleswig (copyright: Wodarg)

PRESSE-ECHO: Wolfgang Wodarg: Sieben Stunden Praktikum in der MLK-Notaufnahme Schleswig / mki 23.07.2009, SN, S. 16

Blutungen, Atemnot, Herzschmerzen - für einen halben Tag mischte sich der Flensburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg gestern unter das Personal in der Notaufnahme des Martin-Luther-Krankenhauses. Der studierte Mediziner wollte "eine Innenansicht des Krankenhauses sehen". Die Wirklichkeit lasse sich eben besser erfahren, "wenn man selbst mitmacht".

Und so wurde der "Praktikant" in der Schicht von 7 bis 14 Uhr auch voll in den Betrieb eingebunden, half bei der Aufnahme von Notfallpatienten, nahm an den Besprechungen teil und ging mit dem Stationsarzt zur Visite. Dabei musste er auch einige schwere Fälle aufnehmen und "ernste Gespräche" mit den Eingelieferten führen.

"Die Station befindet sich derzeit im Umbruch", erfuhr Wodarg. Es solle eine zentrale Aufnahme-Station eingerichtet werden, in der alle Patienten ankommen und untersucht werden. Für diese sei die Situation derzeit etwas verwirrend, meinte Wodarg, das Personal sei jedoch trotz der zusätzlichen Belastung durch die Umstellung engagiert.

Seit er 1994 in den Bundestag eingezogen ist, besucht Wodarg immer wieder Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen, um sich über Entwicklungen zu informieren.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 26.07.2009, 12:13 Uhr - 6753 Clicks - Nr. 836

Eckpunkte für ein Patientenrechtegesetz: Patienten schützen, ihre Rechte stärken

17 000 Tote durch Behandlungsfehler pro Jahr, das sind 17 000 zu viel! Das Krankenhaus ist heute der gefährlichste Ort in der Republik. Infektionen, unnötige oder fehlerhafte Eingriffe schädigen jährlich Tausende von oft ahnungslosen Patienten. Was muss geschehen, damit das aufhört? Hierüber berichtete Helga Kühn-Mengel, die Patientenbeauftragte der Bundesregierung dem Bundestag und trug die Ergebnisse einer Arbeitsgruppe vor, die zu diesem Thema ein Gesetz vorschlägt.



BILD: v.l. Helga Kühn-Mengel, die Patientenbeauftragte der Bundesregierung und Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Der Gesetzgeber hat in den letzten zehn Jahren verstärkt Patientenrechte und Patientenbeteiligung im Gesundheitssystem verankert. Patientinnen und Patienten fühlen sich trotzdem gegenüber Leistungserbringern und Kostenträgern im Gesundheitswesen im Konfliktfall häufig unterlegen. Aufsichtsbehörden, Schlichtungsstellen und Gerichte werden oft als nicht hilfreich erlebt. Patientinnen und Patienten empfinden das bestehende Recht in solchen Situationen als ungerecht und wenig patientenorientiert.

Patientenrechte sind im geltenden Recht an unterschiedlichen Stellen verankert. Vielen Regelungen fehlt es zudem an Klarheit. Ein Patientenrechtegesetz, das die Rechte und Pflichten ausdrücklich regelt und zusammenfasst, wird die bestehenden Umsetzungsdefizite vermindern.

Darüber hinaus ist das bestehende Kräfteungleichgewicht zwischen Patientinnen und Patienten auf der einen und Leistungserbringern und Kostenträgern auf der anderen Seite auszugleichen. Hier reicht es nicht aus, das geltende Recht zusammenzuführen. Vielmehr sind Regelungen zu treffen, die einen fairen Ausgleich der jeweiligen Interessen sicherstellen.

Die Arbeitsgruppe schlägt folgende Eckpunkte für ein Patientenrechtegesetz vor:

1. Behandlungsvertrag

Grundlage der beruflichen Leistungen der Angehörigen der Heilberufe und der

Gesundheitsfachberufe ist ein ausdrücklicher oder zumindest stillschweigend geschlossener Behandlungsvertrag mit dem Patienten oder der Patientin. Als Rechte und Pflichten aus dem Behandlungsvertrag sollten ausdrücklich normiert werden:

- ☐ Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Patientinnen und Patienten. Die Fähigkeit, in eine medizinische Behandlung einzuwilligen, ist an-hand der konkreten Einsichtsfähigkeit im Einzelfall zu bestimmen. Minderjährigkeit oder eine psychische Erkrankung schließen z. B. die Einsichtsfähigkeit nicht grundsätzlich aus.
- ☐ Recht des Patienten und der Patientin auf fachgerechte Behandlung nach dem wissenschaftlich anerkannten und gesicherten Qualitätsstandard für die jeweiligen Heilberufe/Gesundheitsfachberufe.
- ☐ Recht des Patienten und der Patientin auf rechtzeitige, umfassende und verständliche Aufklärung über alle für die Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts und die medizinische Behandlung wesentlichen Punkte einschließlich Behandlungsalternativen und Recht auf Nichtwissen.
- ☐ Recht des Patienten und der Patientin auf Dokumentation, auf Einsicht in die Dokumentation und gegen Erstattung angemessener Kosten auf Kopien der Dokumentation. Zu prüfen ist, ob Patientinnen und Patienten bei Differenzen über die inhaltliche Richtigkeit der Dokumentation das Recht eingeräumt werden sollte, eine Gegenvorstellung zu den Akten zu geben. Ebenfalls zu prüfen ist, ob die Voraussetzungen, unter welchen Erben und/oder Angehörige nach dem Tod eines Patienten oder einer Patientin ein Recht auf Einsicht in die Dokumentation haben, geregelt werden sollten.
- ☐ Pflicht der Behandler und Behandlerinnen zur Verschwiegenheit über das, was ihnen im Rahmen des Behandlungsverhältnisses anvertraut oder bekannt geworden ist. Zu prüfen ist eine Regelung zu den Voraussetzungen, unter denen Behandler oder Behandlerinnen nach dem Tod eines Patienten oder einer Patientin gegenüber deren Erben und/oder Angehörigen von der Schweigepflicht entbunden sind.
- ☐ Koordinierung der vertraglichen Rechte und Pflichten mit den Regelungen des Sozialrechts.

2. Risiko- und Fehlermanagement

Im Rahmen der Qualitätssicherung sind im stationären Bereich flächendeckend Risikomanagement- und Fehlermeldesysteme zu implementieren, die folgenden Anforderungen genügen:

- ☐ Kritische Überprüfung alltäglicher Arbeitsabläufe und Erfassung sowohl von Fehlern, die einen Schaden zur Folge hatten, als auch solchen, die folgenlos geblieben sind, sowie von Beinahe-Fehlern.
- ☐ Einbeziehung und regelmäßige eingehende Information/Schulung aller beteiligten Berufsgruppen.
- ☐ Institutionsinterner Ausschluss von Sanktionen für Meldungen eigener und fremder Fehler.
- ☐ Darüber hinaus ist zu prüfen, in wie weit ein Verwertungsverbot der im Rahmen der

Fehlermeldesysteme erhobenen Daten notwendig ist. Zusätzlich sind Möglichkeiten, flachere Hierarchien, eindeutigere Regelungen von Verantwortlichkeiten und eine klarere Strukturierung von Behandlungsabläufen im Klinikalltag zu verwirklichen, zu prüfen. Auch im ambulanten Bereich sollte ein Fehlermanagement eingeführt werden.

3. Behandlungsfehler

Folgende Maßnahmen sind zur Stärkung der Opfer von Behandlungsfehlern zu prüfen:

- ☐ Stärkung der Möglichkeiten der gesetzlichen Krankenkassen, ihre Versicherten beim Verdacht eines Behandlungsfehlers zu unterstützen.
- ☐ Pflicht des Behandlers oder der Behandlerin, den Patienten oder die Patientin unverzüglich auf einen Fehler oder einen möglichen Behandlungsfehler hinzuweisen.
- ☐ Weitere Beweiserleichterungen über die Rechtsprechung zum groben Behandlungsfehler hinaus. Zu prüfen sind eine Absenkung des Beweismaßes auf die überwiegende Wahrscheinlichkeit und die Einführung einer Proportionalhaftung.
- ☐ Kodifizierung von Beweiserleichterungen bei Dokumentationsmängeln bis hin zur Beweislastumkehr, wenn die Dokumentation nicht oder nicht vollständig herausgegeben wird.
- ☐ Grundsätzliche Zuweisung von Arzthaftungssachen an Spezialkammern.
- ☐ Beschleunigung der gerichtlichen Verfahren durch enge Fristsetzung für Gutachten und Sanktionierung von Fristversäumnissen.
- ☐ Verbesserung der Qualität medizinischer Sachverständigengutachten.
- ☐ Verbesserung der Stellung der Privatgutachter im Prozess.
- ☐ Erhöhung der Qualität und Transparenz der Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen bei den Ärzte- und Zahnärztekammern.
- ☐ Aufnahme von Patientenvertretern und -vertreterinnen in die Spruchkörper der Gutachterkommissionen und Schlichtungsstellen bei den Ärzte- und Zahnärztekammern.
- ☐ Einsetzung von Patientenfürsprechern und Patientenfürsprecherinnen in allen stationären Einrichtungen.
- ☐ Kontrolle der bestehenden Verpflichtung eine angemessene Berufshaftpflichtversicherung zu unterhalten bei den Angehörigen der Heilberufe und der Gesundheitsfachberufe, verbunden mit einer Sanktionierung von Verstößen.
- ☐ Alternative Entschädigungssysteme wie etwa ein Entschädigungsfonds oder eine verschuldensunabhängige Entschädigung.

4. Ärztliche Leichenschau

Zur Optimierung der Leichenschau sind folgende Maßnahmen notwendig:

- ☐ Vornahme der Leichenschau nicht durch den behandelnden Arzt, sondern durch einen speziell fortgebildeten, unabhängigen Leichenschauarzt.

☐ Bundeseinheitlicher Leichenschauschein.

☐ Aufnahme einer Rubrik "unerwarteter Tod im Zusammenhang mit ärztlichen Maßnahmen" in den Leichenschauschein.

☐ Pflicht zur Sektion bei unerwartet tödlichem Verlauf einer ärztlichen Behandlung.

5. Kollektive Patientenrechte

Kollektive Beteiligungsrechte der Patienten und Patientinnen im Gesundheitswesen über Verbände und fachkundige Organisationen sollten durch Gesetz auf Bundes- wie auf Landesebene gestärkt und die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

☐ Inhaltlicher Ausbau der Mitberatungsrechte sowie Erweiterung einzelner bereits bestehender Mitberatungsrechte zu Mitbestimmungsrechten.

☐ Prüfung der Möglichkeiten einer beratenden Tätigkeit der Patientenorganisationen auf Vertragsebene.

6. Rechte gegenüber Sozialleistungsträgern und Leistungserbringern

Folgende Maßnahmen sind zur Stärkung der Patientenrechte zu prüfen:

☐ Ausbau der Kooperation und Koordination der unterschiedlichen Leistungen und Leistungsträger, z. B. in Form eines Fallmanagements oder durch integrierte Behandlungspläne.

☐ Herstellung von Transparenz, insbesondere im Bereich Individueller Gesundheitsleistungen (IGeL).

☐ Erhöhung der Sicherheit von Medizinprodukten.

☐ Sanktionen bei Verletzung von Verfahrensvorschriften, wie z. B. des § 14 SGB IX.

☐ Ermöglichung der Untätigkeitsklage bereits nach Ablauf kürzerer Fristen.

☐ Beschleunigung von Bewilligungsverfahren, z. B. zur Vermeidung finanzieller Problemlagen.

☐ Weiterentwicklung der institutionellen Förderung der Selbsthilfe.

☐ Überführung der Modellvorhaben der unabhängigen Patientenberatung in die Regelleistung.

Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 26.07.2009, 12:59 Uhr - 7387 Clicks - Nr. 837

Mindestlohntour in Glückstadt

Die Mindestlohntour 2009 des Deutschen Gewerkschaftsbundes machte in Glückstadt Station. Stefan Bolln, örtlicher



Landtagskandidat, ließ es sich nicht nehmen, die Tourteilnehmerinnen und -teilnehmer zu begrüßen.

In seinem Grußwort erklärte Stefan Bolln seine Solidarität mit den Gewerkschaften und sah die SPD und die Gewerkschaften bei der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn auf einer Linie. "Um die Gerechtigkeitslücke in unserer Gesellschaft ein kleines Stück zu verkleinern, ist ein Lohn von dem man leben kann zwingend erforderlich", sagte Stefan Bolln.

Das Bild zeigt Stefan Bolln mit einigen Teilnehmern der Mindestlohntour.

Weitere Informationen zur Mindestlohntour gibt es [HIER](#).

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 27.07.2009, 12:49 Uhr - 8149 Clicks - Nr. 838

European Studies sind Brückenpfeiler für Flensburg als Hochschulstandort!

Bei einer Podiumsdiskussion über die Zukunft Flensburgs als Hochschulstandort, die im AudiMax auf dem Campus Politiker aus Stadt, Land, und Bund mit Studenten, "technischem" und wissenschaftlichem Personal der Hochschulen zusammenbrachte, wurde ALARM geschlagen: Ein wichtiger Studiengang ist in Gefahr! Flensburg muss für den Erhalt der European Studies kämpfen! Hier die Resolution mit der Bitte um Unterstützung:



BILD: Dr. Wodarg mit einigen StudentInnen (aus aller Welt) seines Seminars Ethics and Science (European Studies) an der Uni Flensburg, Juli 2009

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Jörn Biel, sehr geehrter Herr Prof. Dr. Dunkel, sehr geehrter Herr Kupfer,

hiermit möchten wir unser Bedauern über die Entscheidung der Universität Flensburg ausdrücken, die Recht-Professur nicht auszuschreiben und damit Frau PD Dr. Charlotte Gaitanides keine berufliche Zukunft an dieser Universität zu ermöglichen.

Die Ausgangssituation Der Studiengang ‚European Studies‘ ist der einzige seiner Art in ganz Schleswig Holstein. Ähnliche Studiengänge sind europaweit verbreitet und international beliebt.

Er erhöht die Attraktivität des Standortes ungemein, denn durch ihn kommen Menschen aus aller Welt nach Flensburg.

Im aktuellen Jahrgang stammen 70% der Studierenden aus Drittländern. Fehlende Kontinuität in Organisation und Lehre durch wechselnde Zuständigkeiten führten bisher zu

Verunsicherung, Unzufriedenheit und Verschwendung von Ressourcen. Letzteres verhindert den Aufbau eines fundierten Studienprogramms. Daher brauchen wir einen dauerhaften Verantwortlichen!

Wir fordern, dass Frau PD Dr. Gaitanides bleibt! Mit Frau PD Dr. Gaitanides ist das erste Mal eine Routine eingetreten. Ihre Kompetenz, Motivation und das auf allen Seiten spürbare Engagement halten unseren Studiengang zusammen. Wir werden durch sie gefördert und motiviert.

Wir und die gesamte Universität verdanken ihr nicht nur die Entstehung der Vortragsreihe "Cross-Border Lectures Flensburg/Sonderburg", sie konnte auch herausragende Redner für Flensburg gewinnen. Zudem holte sie das umfangreiche Drittmittelprojekt "Vielfalt in Europa" an die Universität und schaffte damit neue wissenschaftliche Mitarbeiterstellen.

Mit allen Kräften trieb und treibt sie noch immer weitere Drittmittelprojekte voran, in die sie uns einbindet und von denen alle profitieren. Mit den Studierenden der SDU organisierte sie eine Exkursion nach Brüssel, ähnliches war auch hier in Arbeit. Durch Lehre sowohl an der SDU als auch an der Uni Flensburg ist sie ein Bindeglied der grenzüberschreitenden Kooperation und auch zwischen den Studierenden beider Seiten.

Mit dem Entschluss, die Recht-Professur nicht auszuschreiben, wird die inzwischen mit Frau PD Dr. Charlotte Gaitanides mühsam aufgebaute Infrastruktur erneut zerstört. Kontinuität in Organisation und Lehre gehen verloren und erarbeitete Standards werden untergraben. Vorhandene Ressourcen können wieder nicht zum Vorteil der Studierenden eingesetzt werden (geplant waren u.a. eine Praktikantenbörse, ein Alumni-Netzwerk, Exkursionen (Brüssel, Straßburg, Luxemburg), Veranstaltungen zur politischen Bildung (z.B. Vortragsreihen), Kooperationsveranstaltungen mit der SDU, Stipendienprogramme und Drittmittelanwerbung).

Dazu kommt, dass die Studierenden ihre Masterarbeiten womöglich bei fremden Dozenten schreiben müssen, deren Kurse sie nicht besucht haben. Frau PD Dr. Gaitanides hat in gerade einmal neun Monaten mit unzähligen Projekten die Sichtbarkeit und Reputation der Universität Flensburg und des Internationalen Instituts für Management vorangetrieben. Ihre Kontakte und Erfahrungen sind für alle von hohem Wert.

Es ist schade, dass gerade diejenigen, die sich einsetzen, engagiert und motiviert sind, veranlasst werden, die Universität wieder zu verlassen. Ohne Frau PD Dr. Gaitanides nimmt die Sisyphosarbeit kein Ende und der Studiengang European Studies ist ernsthaft in Gefahr! Wir, Studierende, Mitarbeiter und Professoren der Universität Flensburg, bitten Sie eindringlich, dem IIM die Mittel zur Verfügung zu stellen um die Recht-Professur auszuschreiben!

English version:

Dear Minister Dr. Jörn Biel, Dear Prof. Dr. Dunckel, Dear Mr. Kupfer,
Flensburg, June 16, 2009

With this letter we would like to express our sincere regret about your decision to reject the establishment of the Law Chair and with it to repulse Mrs. PD Dr. Charlotte Gaitanides from the University of Flensburg.

Point of Departure

The study programme "European Studies" at the University of Flensburg is the only one of its kind in Schleswig-Holstein. This programme is offered throughout the world and enjoys great popularity.

Having European Studies in Flensburg is a great chance for the region since it attracts students from all over the world. This year, more than 70% of the students enrolled in the programme come from third countries. So far, the programme has suffered a severe lack in continuity, both in organization and teaching. This has mostly been due to constant changes in staff and responsibilities and has led to uncertainty, dissatisfaction and a waste of resources.

The latter has constantly kept the programme from developing a solid foundation and a clear focus. This is why we demand a constant position for a responsible person and we regard Mrs. Gaitanides as the perfect fit for it!

We want Mrs. PD Dr. Gaitanides to stay! Mrs. PD Dr. Gaitanides was the first to establish a routine in the organization of European Studies. Her competence, motivation and her overall commitment has kept our study programme together and encourages, supports and motivates everyone, students as well as staff.

Besides, through teaching at both universities (Uni FL/SDU) she links the students on both sides as well as the institutions in general. In less than a year Mrs. PD Dr. Gaitanides has succeeded in enhancing the programme significantly: Not only did she establish the lecture series "Cross-Border Lectures", but she has also been able to win renowned guestspeakers for the University of Flensburg. It was also she who retrieved third-party funding for the project "Diversity in Europe" now established at the University of Flensburg. Thereby she has also created new positions for research assistants.

She continues to stay involved, supporting efforts to acquire new third-party funding. Besides, she will go on a trip to Brussels with students from the SDU.

The decision to not open the vacancy for a Law Chair will destroy this arduously achieved infrastructure once more. Continuity in organisation and teaching will be hampered anew, leading to an erosion of acquired standards. Existing resources will repeatedly not be used to the advantage of the students (planned projects were a pool for internships, an alumninetwork, excursions to Brussels, Strasbourg, or Luxembourg, events for further political education (e.g. lectures), events for further co-operation with SDU, applications for thirdparty funding and scholarships).

Additionally, students will probably have to write their master thesis with unfamiliar professors. In only nine months and through innumerable projects Mrs. PD Dr. Gaitanides has been able to increase and foster the reputation and visibility of the University of Flensburg and the International Institute of Management. Her contacts and experiences are of high value for all of us. It is a shame that exactly those who get involved, are motivated and who show commitment are forced to leave our university.

Without Mrs. PD Dr. Gaitanides the work to establish a solid programme will never come to an end and our study programme European Studies is seriously in danger!

We, students, staff members and professors demand the provision of sufficient financial

resources to the IIM to enable the establishment of the Law Chair!

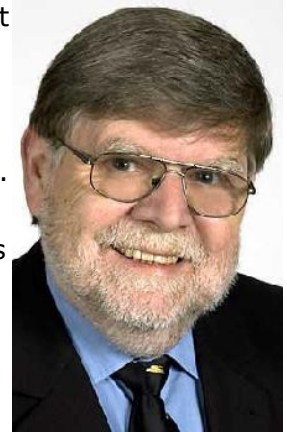
Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 27.07.2009, 12:53 Uhr - 7939 Clicks - Nr. 839

Dr. Nolte will Bürgerbegehren verhindern. Irreführung der Öffentlichkeit

Dr. Nolte will Bürgerbegehren verhindern. Als Irreführung der Öffentlichkeit kritisiert Hannes Birke die Äußerungen des ehemaligen Chefarztes zur Privatisierung.

Als reine Irreführung der Öffentlichkeit kritisiert der SPD-Fraktionsvorsitzende Hannes Birke die Äußerungen von Professor Dr. Nolte. Der ehemalige Chefarzt des Klinikums Pinneberg hatte den Initiatoren des Bürgerbegehrens vorgeworfen, dass bei einem Erfolg des Bürgerbegehrens gegen die Privatisierung Regio-Kliniken Entlassungen und die Schließung von Klinikstandorten drohe.



Als Mitglied des vom Landrat handverlesenen Expertengremiums, das ausschließlich mit Privatisierungsbefürwortern besetzt war, habe Nolte –so Birke- unkritisch die „Zahlenspielerereien“ des Landrates übernommen, statt sich für die Fortführung der Kliniken in kommunaler Verantwortung einzusetzen.

Dr. Nolte muss sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er nicht darauf gedrängt hat, die Finanzsituation von unabhängigen Gutachtern wie dem Landesrechnungshof überprüfen zu lassen. Der hatte bereits angekündigt, nach Abschluss seiner Prüfung eigene Vorschläge zur Sanierung vorzuschlagen.

Das die Kliniken für einen mehr als fragwürdigen Verkaufspreis in Höhe von 2,5 Mio € an die Sana GmbH verkauft werden sollen, ist - so Birke weiter- für Dr. Nolte offensichtlich kein Grund die Privatisierung kritisch zu hinterfragen. Auch die Ankündigung der Sana, dass die angekündigten Investitionen erst abschließend in den nächsten 10 Jahren erfolgen sollen, sind für ihn kein Anlass, den Verkauf in Frage zu stellen.

Für Birke hat sich Dr. Nolte als unkritischer Privatisierungsbefürworter „geoutet“. Alternativen, wie die realistischen Möglichkeiten mit Mitteln des Kreises die Kliniken zu sanieren u. a. durch eine Bürgschaft des Kreises von 10,0 € bis 15,0 € zur Stärkung des Eigenkapitals oder die Regio-Kliniken mit einer Minderheitsbeteiligung eines kommunal geführten Krankenhausträgers in der Verantwortung des Kreises zu belassen, hat Dr. Nolte offensichtlich nie ernsthaft in Erwägung gezogen.

Die angeblichen Sorgen von Dr. Nolte um die Kliniken sind für den SPD-Fraktionschef nur ein Vorwand. Sein Ziel sei es, mit Drohungen, wie der Schließung von Standorten und den Verlust von Arbeitsplätzen, einzuschüchtern. Die Menschen sollen in ihrem Protest gegen die Privatisierung verunsichert werden, um ein erfolgreiches Bürgerbegehren zu verhindern.

Keine Kommentare

Sommerfest auf Alsen

Zum Wahlkampfauftakt und zur Motivation der WahlkämpferInnen sind alle Aktivisten der SPD in Steinburg, Dithmarschen und Segeberg eingeladen worden, ...

die im Wahlkreis von Jörn Thiessen für ein gutes Wahlergebnis sorgen wollen. 70 hatten sich angemeldet 120 sind gekommen. Bei der Vorbereitung war noch nicht damit gerechnet worden, dass gleichzeitig zum Bundestag und zum Landtag gewählt werden würde.

Die Taktiererei der CDU im Lande hat die GenossInnen nicht erschreckt. Zu dem Zorn über die verlogene Art mit der die Koalition beendet wurde, um günstige Prognosen zu nutzen kommt die Erleichterung über das Ende

der in der Koalition immer wieder notwendigen Kompromissfindung. Diese Kompromisse haben die Sozialdemokraten manches Mal stark gefordert.

Wenn es nun in den Wahlkampf geht, werden die Sozis das mit gutem Mut angehen. Dazu waren alle Anwesenden entschlossen. Bei gutem Wetter schmeckten Bier, Bratwurst, Brause und Grillfleisch besonders gut. Das Wiedersehen mit alten Bekannten und die Vorstellung aller Kandidaten aus Steinburg und Dithmarschen sorgte für den politischen Gesprächsstoff und für Verabredungen von Wahlkampfaktionen.

Mitgebrachte Kinder und Hunde sorgten für die familiäre Atmosphäre und machten die ganze Aktion zu einem gelungenen Sommerfest, das mehrfach den Wunsch nach Wiederholung laut werden ließ.

[Weitere Bilder](#)



Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 28.07.2009, 11:12 Uhr - 8634 Clicks - Nr. 841

Aufschwung bei Ärztehonoren

Als Beweis für richtige Politik sieht Stefan Bolln die jetzt vorgelegten Zahlen zur Entwicklung der Ärztehonore im ersten Quartal 2009. Damit würden die Proteste der Ärzte ad absurdum geführt.

Wörtlich sagte der Landtagskandidat:

„Nun haben wir es schwarz auf weiß: Der Aufschwung kommt, zumindest bei unseren Ärzten!

Seit vielen Monaten hören wir von unseren Ärztefunktionären Horrormeldungen, die Honorarreform bringe die Arztpraxen in Existenznot. Jetzt muss sogar die Kassenärztliche Bundesvereinigung trotz der üblichen Relativierungen unterm Strich einräumen: Es kommt bei den Ärzten mehr Geld an als prognostiziert. Im Durchschnitt bekommen sie 7,8 % mehr im Verhältnis zum Vorjahr, eine Steigerung, von der eine Krankenschwester nur träumen kann! Zwar sollen die aktuellen Zahlen für Schleswig-Holstein



noch nicht vorliegen, aber wer rechnet hier schon noch mit drastisch anderen Werten?

Unsere Politik hat sich wieder einmal trotz aller Unkenrufe als richtig erwiesen."

Keine Kommentare

[SPD-Herzhorn](#) - veröffentlicht am 28.07.2009, 22:50 Uhr - 4447 Clicks - Nr. 842

Stefan Bolln auf dem Kringelmarkt Herzhorn

Am Montag dem 27.7.09 fand der traditionelle Kringelmarkt in Herzhorn statt. Stefan Bolln war einer Einladung des SPD-Ortsvorsitzenden Klaus-Dieter Fox gefolgt und konnte sich so bei strahlendem Sonnenschein auf dem beliebten Dorffest ein Bild machen, über die Schwierigkeiten der kleinen Gemeinden, die Grundversorgung ihrer Einwohner aufrechtzuerhalten



Obgleich Herzhorn noch recht gut da steht, schließlich gibt es noch einen Kaufmann einen Bäcker, ein Ärztezentrum, einen Friseur, einen Kindergarten, eine Grundschule, einen Pastor und eine Sparkassenfiliale.

Aber der Abbau hat schon begonnen. Die Post hat für die Herzhorner praktisch alle ihre Dienstleistungen eingestellt. Die Sparkasse Westholstein hat die Schließung der Filiale Herzhorn bereits beschlossen. Pastor, Kindergarten und Grundschule stehen ständig auf dem Prüfstand. Und der Entwurf des Landesentwicklungsplans sieht für Herzhorn und die anderen kleinen Gemeinden in der Umgebung keinerlei Förderungswürdigkeit.

Hier ist es richtig, dass unser Kandidat für den nächsten Landtag, Stefan Bolln, sich vor Ort über die Situation der kleinen Gemeinden im ländlichen Raum informiert, schließlich besteht sein Wahlkreis zum größten Teil aus solchen kleinen Gemeinden.

In Herzhorn wird Stefan Bolln zusammen mit Jörn Thießen, unserem MdB und Kandidaten für den nächsten Bundestag, am Montag den 7.9.09 in der Gaststätte "Zur Linde" um 19.30Uhr mit den Einwohnern über die weitere Entwicklung und die Erhaltung der Lebensqualität im ländlichen Raum diskutieren.

Zum Schluss dieses Nachmittags nahm Stefan Bolln noch einen Kringel mit. Wir denken, dass er damit für den Wahlkampf die richtige Stärkung erfährt

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 29.07.2009, 09:19 Uhr - 5534 Clicks - Nr. 843

Antwort der Landesregierung zum Großbrand nur befriedigend!

Zum Großbrand an der Kieler Schleuse hat der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer eine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Die Antwort liegt vor. Dazu erklärt Rolf Fischer, SPD-Kreischef und Abgeordneter für Kiel-Nord:

Die Antwort ist insgesamt zwar befriedigend ausgefallen, lässt aber an einigen wichtigen Punkten weitere Fragen offen. ...

Dass die Kieler Förde zu den sichersten Revieren Deutschlands zählt, da sich die Unfallquote im

Promillebereich bewegt, ist nachvollziehbar; gleiches gilt für die Überwachung der Schiffsbewegungen konsequent durch Radar und Lotsen.

Kritisch aber bleibt, dass Gefahrgütertransporte relativ leicht die Förde und die Schleuse passieren können, der Verweis auf ein Befahrensverbot bei Sicht unter 1000 m ist aber nicht wirklich beruhigend. Es kann nicht nur um Sichtweiten gehen, sondern auch um z.B. den Zustand der Schiffe, die Kenntnis der tatsächlichen Ladung, die damit verbundenen Gefahrenpotenziale für Schiff, Schleuse, Kanal und Bevölkerung.

Überdacht werden sollte als Konsequenz des Brandes auch, ob es nicht doch spezielle, ausschließlich auf den Schleusenbereich konzipierte Notfallpläne geben sollte. Dies gilt auch in Kombination mit der Evakuierung der umliegenden Wohngebiete. Angesichts der Dramatik des Großbrandes, der bei etwas ungünstigeren Umständen noch schlimmer hätte ausgehen können, scheint mir ein solcher besonderer Notfallplan notwendig. Dies muss auch einen externen Notfallplan für die auf der Schleuse befindlichen Heizöltank-Lager einbeziehen.



Generell brauchen wir eine öffentliche und sachliche Debatte über die Sicherheit an der Schleuse und am Kanal. Diese Diskussion muss weitergeführt werden. Insbesondere wären, da die Pläne aus nachvollziehbaren Gründen nicht einsehbar sind, regelmäßige Notfallübungen unter Einbeziehung der Bevölkerung notwendig. Das Risiko kann weiter minimiert werden.

Anlage: [Kleine Anfrage im Landtag](#)

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 30.07.2009, 11:40 Uhr - 9369 Clicks - Nr. 844

Landfrauen gemeinsam gegen rückwärtsgewandte & riskante CO2 Speicherung im Boden

Die Veranstaltung der Landfrauen aus den beiden betroffenen Kreisen Nordfriesland & Schleswig-Flensburg zur Problematik der von RWE angestrebten CO2 Endlagerung längs der dänischen Grenze zeigte die Einigkeit der Bevölkerung in ihrem Widerstand, aber auch den Willen zu einer wirklichen Energiewende. Erneut überreichte Wulf Titz von der Bürgerinitiative dem SPD-Abgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg einen dicken Ordner mit mehreren Tausend Unterschriften für den Petitionsausschuss! Es sind jetzt schon weit über 50 000!



BILD: Über 200 Personen drängten sich, um zu hören, wie es wohl nach der Wahl mit der CO2-Speicherung weitergehen würde.

Hier der Text von HANNES HARDING, den der sh:z-Verlag auf Seite 11 der Schleswiger Nachrichten und in anderen lokalen Zeitungen in seiner Wochenendausgabe veröffentlichte:

Die Besucher im gut gefüllten Saal des Westerkruges machten schnell klar, dass man ihnen vom Podium aus mit Platitüden nicht kommen kann. Das bekamen die Vertreter von RWE-DEA schon in der Vorstellungsrunde zu spüren. Die Offenheit, mit der sie den weiteren Dialog über ihr Vorhaben zu suchen versprochen, nahmen ihnen viele Zuhörer nicht ab, sie reagierten mit Zwischenrufen und höhnischem Gelächter. Das musste sich anfangs auch der nordfriesische CDU-Bundestagsabgeordnete Ingbert Liebing gefallen lassen, der nicht nur darauf bedacht war, seine Unterstützung für die Ablehnung einer CO2-Einspeicherung zu bekunden. Er schoss auch von Beginn an scharf gegen SPD und Grüne - zum Missfallen mancher Gäste. "Keine Wahlkampfreden!", schallte es ihm entgegen.

Als informativer Schlagabtausch entpuppte sich die Veranstaltung der Landfrauen-Kreisverbände Nordfriesland, Schleswig und Flensburg unter der Moderation von Rainer Mohrmann, stellvertretender Chefredakteur des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages (sh:z). Marianne Brodersen vom Landfrauen-Kreisverband Flensburg auf dem Podium und ihre Kolleginnen Birgit Feddersen, Erna Lorenzen und Ilse Langmaack-Hopmann trugen Sorge dafür, dass die Kontrahenten das Wesentliche nicht aus den Augen verloren: die Verantwortung von Politik und Wirtschaft für die Lebensbedingungen der kommenden Generationen. Dass aus ihrer Sicht ein CO2-Endlager im Norden der falsche Weg ist, daran ließen sie keinen Zweifel. Und Erna Lorenzen gab allen Beteiligten - von der Bürgerinitiative bis zur Politik - nach gut drei Stunden lebhafter und kontroverser Debatte eine wichtige Botschaft mit auf den Weg: "Nur dagegen sein, reicht nicht." Wer die CO2-Lagerung nicht wolle, der müsse Alternativen diskutieren.

Damit nahm sie vor allem die Argumente des Flensburger Klimaforschers Olav Hohmeyer auf, der deutlich gemacht hatte, dass den regenerativen Energien der Vorrang gelten müsse, wolle man die gerade von den G8-Staaten vereinbarten Klimaziele erreichen. Eine weltweite Reduktion der CO2-Emissionen bedeute für die Industrienationen einen Rückgang um bis zu 95 Prozent bis zum Jahr 2050. Die verbleibende Zeit müsse von Politik und Wirtschaft genutzt

werden, um die Forschung auf diesem Gebiet voranzutreiben. Gleichwohl sagte Hohmeyer, dass man die CCS-Technologie erforschen solle, denn aus seiner Sicht werde man sie spätestens dann brauchen, wenn Kohlendioxid aus der Biomasse-Verstromung abgeschieden werden müsse. Deshalb sollten auch die geologischen Formationen unter der Geest weiter erkundet werden - das aber ausdrücklich ohne ökonomische Interessen als Triebfeder.

Zu Hochform lief Wallsbülls Bürgermeister Werner Asmus auf. Er warf RWE vor, nicht mit offenen Karten zu spielen, die Bevölkerung über ihre eigentlichen Absichten im Unklaren zu lassen. Schließlich forderte er sie auf, den Willen der Bevölkerung zu respektieren: "Gehen Sie endlich!" Auch die Politiker bekamen ihr Fett weg, insbesondere die CDU nahm Asmus ins Visier. Vor dem Hintergrund widersprüchlicher Aussagen von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Wissenschaftsstaatssekretär Jost de Jager forderte er von der Landes-CDU ein öffentliches Bekenntnis gegen die CO₂-Einlagerung.

Im Gegensatz zu Ingbert Liebing vermied der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg Angriffe auf andere Parteien, ging jedoch mit RWE und anderen "Monopolisten" wie Eon scharf ins Gericht. Sie stellten ökonomische Interessen in den Vordergrund und seien "ein Klotz am Bein für die Energiewende". Wodarg forderte eine Abkehr von konventionellen Großkraftwerken und eine Fokussierung auf eine dezentrale Energieversorgung. Dabei sei eine Abscheidung von CO₂ nicht falsch, sagte er, aber ohne Ablagerung im Untergrund. Stattdessen müsse es wieder in organische Substanz umgewandelt werden. Wodarg: "CO₂ gehört in die Bäume." Wodarg wie Liebing versprochen, dass ihr Wort - kein CO₂-Endlager im Norden - auch nach der Bundestagswahl uneingeschränkt gelten werde.

Liebing prophezeite RWE endlose Gerichtsauseinandersetzungen für den Fall des Festhaltens an den Speicherzielen. "Sämtliche Fristen für Anträge auf EU-Fördermittel können Sie dann beerdigen."

Viel Applaus erntete SSW-Vertreter Harms, der darlegte, dass seine Fraktion im Landtag konsequent gegen CCS und die Einspeicherpläne votiert habe. Er erklärte zudem, der SSW werde einen Antrag ins Parlament einbringen, in dem RWE unmissverständlich aufgefordert werde, seine Anträge zurückzunehmen. Wie die übrigen politischen Vertreter auf dem Podium warnte Harms davor, sich in Sicherheit zu wiegen. Dass CCS-Gesetz sei zwar gescheitert, die Idee dazu jedoch keineswegs.

RWE-Vertreter Alexander Nolden bekräftigte zwar, dass auch er glaube, die Energiewende werde kommen, und RWE werde dabei eine wichtige Rolle spielen. Einen Verzicht auf die umstrittene CCS-Technologie dürfe es dennoch nicht geben. Energie aus Kohle werde noch einige Zeit benötigt, und wolle man die Klimaziele erreichen, müsse man die CCS-Technik vorantreiben. Das Erkunden von Speicherräumen sei also unverzichtbar. RWE-Sprecher Lagies abschließend: "Wir beugen uns dem Primat der Öffentlichkeit, aber wir geben nicht auf."

Keine Kommentare

Die Zukunft des Seniorenbeirats in Barsbüttel

Interview mit Martin Habersaat, SPD-Gemeindevertreter und Landtagskandidat



Herr Habersaat, was hat die Barsbütteler Gemeindevertretung gegen die Senioren in Barsbüttel?

MH: Die Aufgabe der Gemeindevertretung ist es, die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger zu vertreten und dabei auch das Wohl künftiger Generationen im Auge zu haben. Das schließt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger über 60 ausdrücklich mit ein.

Ein Seniorenbeirat kann der Gemeindevertretung die Aufgabe der Interessenvertretung der Senioren nicht abnehmen. Der Seniorenbeirat informiert und berät die Gemeindevertretung und setzt sich für die Belange der Senioren ein. Die Gemeindevertretung hat nichts gegen Senioren.

Warum sollte die Seniorenvertretung abgeschafft werden?

MH: Es ging insbesondere der SPD nicht darum, das Sprachrohr der Senioren abzuschaffen. Der Seniorenbeirat wurde seinerzeit auf unseren Vorschlag hin einstimmig von der Gemeindevertretung eingerichtet, ihm gehören übrigens auch SPD-Mitglieder an, die dort natürlich keine Parteipolitik machen.

Offensichtlich fand die Debatte vor dem Hintergrund der Annahme statt, das Interesse der Barsbütteler Senioren an „ihrem“ Gremium sei über die Jahre eingeschlafen. Es gab jedoch noch einen anderen Grund, sich mit der Lage der Senioren in Barsbüttel zu befassen: Die Frage war, ob ein „Seniorenbeauftragter“ möglicherweise bestimmte Aufgaben zielgerichteter angehen kann.

Der Vorschlag der SPD war, die Seniorinnen und Senioren in Barsbüttel zu befragen, ob und in welcher Form sie künftig ihre Belange kundtun wollen – dafür haben wir keine Mehrheit gefunden.

Ist der Seniorenbeirat gerettet?

MH: Für mich ist klar: Wenn ein großer Teil der Senioren einen Seniorenbeirat wünscht, gibt es für die Politik keinen Grund, diesen abzuschaffen. Und wenn die 120 Senioren, die in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung für den Erhalt demonstriert haben, sich künftig in der Seniorenpolitik Barsbüttels engagieren, ist das ein riesiger Sprung nach vorne. Ich kann meiner Partei in Barsbüttel nur empfehlen, den Seniorenbeirat weiterhin wählen zu lassen.

Sie sprachen von konkreten Aufgaben in der Seniorenpolitik – was meinten Sie damit?

MH: Ich kann mir vorstellen, dass die Gemeindevertretung zusätzlich einen ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten einsetzt, der auch Aufgaben von der Gemeindevertretung übernimmt, wie z.B. ein Konzept für die Verbesserung der Betreuung von Demenzkranken in der Gemeinde Barsbüttel zu erarbeiten und/oder Gespräche mit Investoren zu führen, die sich im Bereich des betreuten Wohnens engagieren wollen. Auch eine trägerunabhängige Beratungsstelle für

Senioren und Angehörige ist erstrebenswert - es gibt noch einige Themen mehr, die im Tagesgeschäft zwischen U3-Plätzen und Bushaldebuchten manchmal zu kurz kommen. Der Seniorenbeauftragte könnte diese mit dem Seniorenbeirat aufgreifen.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 30.07.2009, 14:04 Uhr - 2560 Clicks - Nr. 846

Verlässlich bleiben, verantwortungsbewusst handeln

Zur Entscheidung im Hauptausschuss erklärt Helmut Trost, der Fraktionsvorsitzende der SPD-Flensburg:

Eine Sperrminorität von CDU und WiF hat am Dienstag eine Entscheidung zugunsten der unbestritten notwendigen Maßnahmen an den Sportanlagen Schützenhof, Eckener Straße, in Weiche und für die freien Kultureinrichtungen verhindert. Die SPD-Initiative für Sport und Kultur ist damit jedoch nicht gescheitert: Unser Vorstoß kommt auf die Tagesordnung der nächsten Hauptausschusssitzung.



Schade, dass die Anliegen des Sports und der freien Kultur als "nicht dringlich" angesehen wurden. Dabei wird schon seit März über die Maßnahmen diskutiert und eigentlich ist man sich über die Prioritätenliste schon einig gewesen. Die Flensburger Kommunalpolitik muss verlässlich bleiben. Und verantwortungsbewusst handeln: Deshalb hat die SPD Finanzierungsvorschläge vorgelegt, ohne eine zusätzliche Neuverschuldung.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 31.07.2009, 14:19 Uhr - 7453 Clicks - Nr. 847

Poetry-Slam im Volksbad Flensburg

Die SchülerInnen des Deutsch-Leistungskurses der Kurt-Tucholsky-Schule hatten ein offenes Projekt vorbereitet, zu dem sie Poeten und solche, die es werden wollen, ins Volksbad an den Flensburger Hafen eingeladen hatten. Es war ein Poetry-Slam, bei dem Selbstgemachtes vorgetragen oder direkt von der Bühne improvisiert werden durfte. Der Saal war voll und die Veranstalter schafften es, einen spannenden Wettstreit mit sechs jungen Poetinnen und Poeten zu veranstalten, die ihr Bestes gaben.



An der Kasse wurde als erstes die Frage gestellt: "Willst Du aktiv mitmachen oder nur zuhören?" Für aktive Poeten war der Eintritt frei - sonst "Einen Euro bitte".

Die Veranstaltung wurde von Janina Haas und Jan Boie sehr locker moderiert. Insgesamt trauten sich leider nur sechs BewerberInnen auf die Bühne: Lisa-Dana Hansen, Stephen Albrecht, Janea Hansen, Jakob Guhl, Rollo und Lisa Zimmermann.

Die Beiträge variierten in Form, Intention und Inhalt stark. Vom zarten Liebesgedicht, über Naturbetrachtungen, Philosophisches bis hin zu witzigen Selbstgesprächen. Nach jedem Beitrag zeigte eine Jury mit Ziffernkarten -wie beim Eiskunstlauf- ihre Bewertung. Daraus wurden -eine für den Deutschkurs offenbar exotische Übung- die Punktzahlen ohne Zuhilfenahme elektronischer Datenverarbeitung errechnet.

Ein Teilnehmer hatte nicht damit gerechnet, dass es zwei Durchläufe geben würde und schrieb in der Pause einem Reim, der mit "Ein Text muss her, woher den jetzt..." begann. Er erhielt Extrabeifall für seine Improvisation - wie er selbst zugab, sein Lebensprinzip, auch bei Schularbeiten.

Sie waren schon genial die "Tucholskis" und der Unterhaltungswert für's Publikum war hoch.

Eindeutige Siegerin des Poetry Slam war Janea Hansen, die für ihre witzigen Betrachtungen und deren bühnenreife Präsentation die meisten Punkte erhalten hatte.

Neben Buch- und Sachpreisen für alle TeilnehmerInnen gab es einen Überraschungspreis, der spontan von einem im Publikum anwesenden Bundestagsabgeordneten gespendet wurde: Janea Hansen darf im August auf Einladung von MdB Dr. Wolfgang Wodarg für drei Tage nach Berlin reisen und dort mit weiteren SchülerInnen und StudentInnen ein spannendes Programm beim Deutschen Bundestag absolvieren.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 01.08.2009, 13:48 Uhr - 6441 Clicks - Nr. 848

Mit der SPD kein CO₂-Endlager!

Hier der Antwortbrief auf die Frage eines Bürgers, der sich Sorgen macht, wie sich die SPD wohl nach der Bundestagswahl in Sachen CCS verhalten wird. Die CDU hat ja schon mehrfach betont, dass sie sich weiterhin für eine CO₂ Endlagerung und mehr Kohlekraftwerke einsetzen wird. Wir wollen das auf jeden Fall verhindern!

Sehr geehrter Herr ...,

im Bundestag gibt es zwar Abgeordnete und regionale Gliederungen, die CCS als bürger- und klimafreundliche Technologie sehen. Allerdings hat das geplante Gesetz zur Speicherung von Kohlendioxid eine Protestfront im Bundestag hervorgerufen, die nicht zuletzt von den Abgeordneten aus dem Norden getragen wurde: die gesamte SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein war gegen dieses Vorhaben. Zusammen konnten wir uns in der Diskussion



durchsetzen und das Gesetz von der Tagesordnung nehmen. Die Landesgruppe SH hatte zu diesem Zweck eng mit den Fachpolitikern in der Fraktion zusammengearbeitet.

Inzwischen hat es auch einen Beschluss des SPD-Bundesparteitages gegeben, der festhält, dass sich die SPD gegen die Deponierung (Storage) von CO₂ in die Erde einsetzt und die CO₂-Abscheidung lediglich als Technologie weiterentwickeln lassen würde, die das abgetrennte CO₂ zum Beispiel in industriellen Algenkulturen oder ähnlichen Anlagen per Photosynthese wieder in biologischen Kreislauf bringt.

Wir haben also auch in der Partei schon sehr viel ändern können und werden dort auch am Ball bleiben. Ich bin mir sicher: CO₂ "Endlager"/CCS wird es mit einer rot-grünen Regierung nicht geben sondern höchstens CCP (Carbon Capture and Photosynthesis).

Der massive Druck aus der Bevölkerung war für uns sehr wichtig und hat ja auch stark zum Rückzieher der Union beigetragen.

Als "fossiler Energieträger" in der Übergangszeit zur regenerativen Energiewirtschaft sind dezentrale vernetzte Gas-Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung wohl das geeignetste Mittel.

Wir sollten keine zusätzlichen Kohlekraftwerke bauen. Eine Energiewende wird nur durch Abbau von Kohle- und von Atomkraftwerken in der notwendigen Geschwindigkeit und Konsequenz möglich sein.

Sehr wichtig ist ein rasanter Ausbau der Netz-Infrastruktur, der ohne die Blockade und die versteckten "Cash-Now"-Interessen der Energie-Monopole sofort angegangen werden muss.

Insgesamt wäre eine solche Energiepolitische Wende-Initiative ein Segen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Dafür lohnte es sich sogar, viel Schulden zu machen.

Diese Strategie werden wir weiter verfolgen, auch wenn das Vorhaben erneut dem Bundestag vorgelegt würde. Auch nach der Bundestagswahl werde ich unseren Protest aus inhaltlicher Überzeugung und als Vertreter dieser Region in meiner Partei vertreten und in den Bundestag tragen.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr Dr. Wolfgang Wodarg, MdB

Keine Kommentare

[SPD-NET-SH](#) - veröffentlicht am 01.08.2009, 22:47 Uhr - 67057 Clicks - Nr. 849

Landesliste gewählt

Der Landesparteitag hat die Landesliste für die Landtagswahl gewählt. Am Ersten Tag wurde der Listenplatz 1 gewählt, Ralf Stegner erhielt 92 von 103 Stimmen. Am zweiten Tag wurden die anderen Listenplätze gemäß dem Vorschlag des Landesvorstandes vergeben. Alle Vorgeschlagenen wurden im ersten Wahlgang ohne Gegenkandidaturen gewählt. Die Jastimmen lagen zwischen 72 bis zu 95 von 106 abgegebenen Stimmen.



1	Ralf Stegner	Wahlkreis 12 Rendsburg-Süd	Homepage
2	Gitta Trauernicht	Wahlkreis 2 Husum-Land	Homepage

3	Lothar Hay	Wahlkreis 5 Flensburg-Land	Homepage
4	Birgit Herdejürgen	Wahlkreis 24 Steinburg-Ost	Homepage
5	Jürgen Weber	Wahlkreis 16 Kiel-West	Homepage
6	Wolfgang Baasch	Wahlkreis 37 Lübeck-Süd	Homepage
7	Regina Poersch	Wahlkreis 21 Eutin-Nord	Homepage
8	Peter Eichstädt	Wahlkreis 38 Lauenburg-Nord	Homepage
9	Anette Langner	Wahlkreis 18 Plön-Nord	Homepage
10	Henning Höppner	Wahlkreis 19 Plön-Süd	
11	Bernd Schröder	Wahlkreis 28 Pinneberg	
12	Sandra Redmann	Wahlkreis 22 Eutin-Süd	Homepage
13	Olaf Schulze	Wahlkreis 40 Lauenburg-Süd	Homepage
14	Siegfried Tenor-Alschausky	Wahlkreis 25 Elmshorn	
15	Serpil Midyatil	Listenbewerberin	
16	Andreas Beran	Wahlkreis 29 Segeberg-West	Homepage
17	Birte Pauls	Wahlkreis 7 Schleswig	Homepage
18	Detlef Buder	Wahlkreis 8 Dithmarschen-Nord	Homepage
19	Marion Sellier	Wahlkreis 1 Südtondern	Homepage
20	Martin Habersaat	Wahlkreis 34 Reinbek	Homepage
21	Kai Dolgner	Wahlkreis 11 Rendsburg	Homepage
22	Susanne Danhier	Wahlkreis 33 Stormarn	Homepage
23	Stefan Bolln	Wahlkreis 23 Steinburg-West	Homepage
24	Angelika Hansen	Wahlkreis 9 Dithmarschen-Süd	Homepage
25	Rolf Fischer	Wahlkreis 15 Kiel-Nord	Homepage
26	Josefin Francke	Wahlkreis 39 Lauenburg-Mitte	Homepage
27	Thomas Hölck	Wahlkreis 27 Pinneberg-Elbmarschen	Homepage
28	Thomas Rother	Wahlkreis 35 Lübeck-West	Homepage
29	Helmut Trost	Wahlkreis 4 Flensburg	Homepage
30	Andreas Hering	Wahlkreis 14 Neumünster	Homepage
31	Gerlinde Böttcher	Listenbewerberin	
32	Ulf Daude	Wahlkreis 13 Rendsburg-Ost	Homepage
33	Hans Müller	Wahlkreis 36 Lübeck-Ost	Homepage
34	Marc André Ehlers	Wahlkreis 30 Segeberg-Ost	
35	Claudia Sieg	Listenbewerberin	
36	Ralf Wrobel	Wahlkreis 6 Schleswig-Nord	Homepage
37	Lars Winter	Wahlkreis 20 Oldenburg	Homepage
38	Stefan Runge	Wahlkreis 3 Husum-Eiderstedt	Homepage
39	Anette Schlichter-Schenck	Listenbewerberin	
40	Heiner Köncke	Wahlkreis 31 Norderstedt	Homepage
41	Wolfgang Kruse	Wahlkreis 26 Pinneberg-Nord	Homepage
42	Jochen Proske	Wahlkreis 33 Ahrensburg	Homepage
43	Martin Klimach-Dreger	Wahlkreis 10 Eckernförde	Homepage
44	Imke Röhl	Listenbewerberin	
45	Ilona Adamski	Listenbewerberin	
46	Tobias von Pein	Listenbewerber	
47	Gesa Langfeldt	Listenbewerberin	
48	Monika Brieger	Listenbewerberin	
49	Tobias Köpke	Listenbewerber	
50	Diane Brüggmann	Listenbewerberin	

51	Juliane Dürkop	Listenbewerberin
52	Uwe Engel	Listenbewerber
53	Thomas Jäger	Listenbewerber
54	Christian Bergmann	Listenbewerber
55	Stefan Reimann	Listenbewerber
56	Stefan Richter	Listenbewerber
57	Horst Runge	Listenbewerber
58	Yves-Christian Stübe	Listenbewerber
59	Martin Tretbar-Endres	Listenbewerber
60	Kirsten Tödt	Listenbewerberin
61	Dithmer Rasmuss	Listenbewerber

Keine Kommentare

[SPD-Steinburg](#) - veröffentlicht am 02.08.2009, 13:29 Uhr - 13755 Clicks - Nr. 850

Erfolgreicher Parteitag

Gute Platzierungen für Steinburger KandidatInnen
Mit dem vierten Platz für Birgit Herdejürgen und dem Platz 23 für Stefan Boll auf der Landesliste zeigt sich der Kreisvorsitzende der SPD-Steinburg zufrieden: "Der Platz für Birgit Herdejürgen ist eine Bestätigung für ihre Arbeit in der Landtagsfraktion.

Wenn wir uns für Stefan Bolln auch einen noch besseren Platz gewünscht hätten so müssen wir doch anerkennen, dass auch die anderen Kreisverbände jeweils eine BewerberIn durch eine gute Platzierung abgesichert haben wollen."



Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 02.08.2009, 16:53 Uhr - 5860 Clicks - Nr. 851

Erfolg für Kreisvorsitzenden der Flensburger SPD Landes-SPD bekennt sich zu eigenständiger Flensburger Hochschule

Im Regierungsprogramm der schleswig-holsteinischen SPD gibt es auf Initiative ihres Flensburger Kreisvorsitzenden Helmut Trost ein klares Bekenntnis zur Eigenständigkeit der Flensburger Hochschule. Die Sozialdemokraten setzen dabei vor allem auch auf die Chancen, die die Zusammenarbeit mit der Süddänischen Universität bietet.



„Schubladenplänen im Wirtschaftsministerium, die Flensburger Hochschule zu einem unselbständigen Anhängsel einer Landesuni zu machen, wird eine glasklare Absage erteilt“, so Helmut Trost. Wörtlich heißt es in dem am Wochenende verabschiedeten Programm: „Wir bekennen uns zum Erhalt einer eigenständigen Universität Flensburg, die die sich in der

deutsch-dänischen Grenzregion bietenden Chancen nutzen und gemeinsam mit der Süddänischen Universität umsetzen kann.“ Die SPD greift damit in ihrem Regierungsprogramm auch das Votum der Flensburger Kommunalpolitik auf.

Außerdem betont die SPD die Bedeutung der Lehrerausbildung für den Hochschulstandort Flensburg: „Auch zukünftig wird sie ein zentrales Standbein bleiben, damit Schleswig-Holstein seinen Beitrag für den Ersatzbedarf von fast 300.000 neuen Lehrkräften bis 2015 leisten kann“, heißt es in dem Kapitel zu den Hochschulstrukturen in Schleswig-Holstein.

Foto:

„Die Flensburger Hochschule bleibt eigenständig!“ - Der Flensburger SPD-Vorsitzende Helmut Trost während der Parteitagsdebatte am Samstag in Lübeck.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 02.08.2009, 20:22 Uhr - 4127 Clicks - Nr. 852

Stormarner Kandidaten kämpfen für ihre Direktmandate

Martin Habersaat auf Listenplatz 20, Susanne Danhier auf Listenplatz 22 und Jochen Proske auf Listenplatz 42 – mit diesem Ergebnis für Stormarn ging die Listenaufstellung der SPD Schleswig-Holstein zur Landtagswahl auf dem Lübecker Parteitag zu Ende. Martin Habersaat ist auf Platz 20 der höchste männliche „Neueinsteiger“.

Er resümiert: „Zugehörigkeit zum Landtag war offenbar ein wichtiges Kriterium bei der Listenaufstellung, da hat ein Kreisverband mit drei neuen Kandidaten dann schlechte Karten. Vor diesem Hintergrund stellen die Plätze 20 und 22 immerhin noch die Chance auf einen Einzug in den Landtag dar – wenn wir die Wahlkreise nicht direkt gewinnen, was natürlich das eigentliche Ziel ist.“



Jochen Proske ergänzt: „Natürlich möchten am liebsten 45 Kandidatinnen und Kandidaten unter die ersten 10 der Landesliste. Das geht schon mathematisch nicht. Ich habe immer gesagt, dass Stormarn-Mitte nur dann einen SPD-Abgeordneten im nächsten Landtag haben wird, wenn der Wahlkreis direkt gewonnen wird.“ Mehr denn je gelte es nun, um das Vertrauen der Menschen und jede einzelne Erststimme in den Wahlkreisen zu kämpfen.

Ergänzt wird das Trio der Stormarner Wahlkreiskandidaten auf der Landesliste durch den Juso-Kreisvorsitzenden Tobias von Pein, der auf Platz 46 gewählt wurde. Konrad Nabel aus Ahrensburg und Klaus-Peter Puls aus Reinbek hatten nach langjähriger Zugehörigkeit zum Landtag auf eine erneute Kandidatur verzichtet.

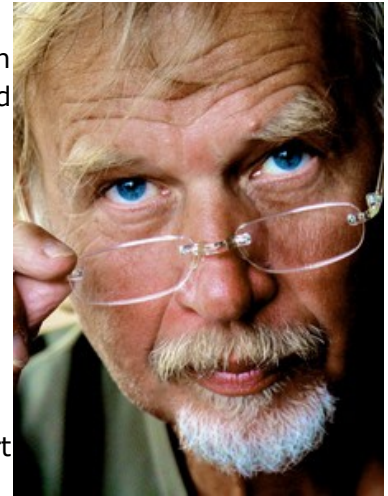
Keine Kommentare

Schweinegrippe - Das Geschäft mit der Angst

Im folgenden Artikel von Dr. Wolfgang Wodarg finden Sie seine ausführliche Darstellung der epidemiologischen und wirtschaftlichen Hintergründe der derzeitigen Diskussion über "Schweinegrippe" und Impfkampagnen. Der Artikel erschien heute als Gastbeitrag im sh:z-Verlag.

sh:z-Verlag, 03. August 2009, Seite 2

Wie gefährlich ist die Schweinegrippe wirklich? Der Flensburger Mediziner und Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg (SPD) spricht von einer gezielten Kampagne der Pharmaindustrie, die Tabletten und Impfstoffe verkaufen wolle. In seiner Analyse plädiert Wodarg für unaufgeregte Vorsicht.



DAS GESCHÄFT MIT DER ANGST

Autor: Dr. med Wolfgang Wodarg ist Internist und Spezialist für Lungenheilkunde und für Hygiene und Umweltmedizin. Der SPD-Politiker aus dem Wahlkreis Flensburg-Schleswig ist Mitglied im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages und des Europarates. Dort führt er den Vorsitz.

Der Name "Schweinegrippe" steht wie schon die Bezeichnung "Vogelgrippe" für irreführende aber offenbar erfolgreiche Versuche einiger Pharmakonzerne, ihre Absatzchancen für neue Impfstoffe und fragliche Grippe-Medikamente zu erhöhen. Aber auch einige Politiker, Fachinstitute und Medien profitieren von dieser Erfindung und spielen das teure Spiel mit der Angst zu ihrem eigenen Vorteil mit. Die laufende Diskussion um die Bezahlung der Grippeimpfung und der von einigen Krankenkassen veröffentlichte Ruf nach mehr Steuermitteln reiten auf dieser Welle.

Die Pharmabranche zeigt, dass sie längst weiß, wie die öffentliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Themen gelenkt werden kann. Sie demonstriert uns gerade, dass eine "Schweinegrippe aus Mexiko" eben deutlich mehr wahrgenommen wird als die übliche alljährliche "Grippewelle".

Mit genetischen und molekularbiologischen Details gepusht, präsentieren seit Wochen von der Pharmaindustrie (wie auch immer) motivierte Institutsleiter und Ärzte ihr "Man-kann-nie-wissen" dem ängstlich staunenden Volk und den Regierungen von Bund und Ländern. Handlungsdruck entsteht. Die Institute erhalten mehr Personal und Sachmittel, Politiker sind gefragt und Mitglieder von Krisenstäben machen teure Dienstreisen. Und das gibt Stoff für spannende Berichte, Interviews und Kommentare in den Medien.

Die Angst-Kampagne wirkt: Plötzlich reden alle nur noch davon, wer von dem knappen Grippemittel "Tamiflu" wie viel Tabletten einlagern darf, oder wer sich wie viel des neuen Grippeimpfstoffs "Optaflu" bei Novartis reservieren darf. Politiker rennen Big-Pharma die Türen ein und die Krankenkassen nutzen die Diskussion, um mehr Steuerzuschüsse in den Gesundheitsfond zu ziehen. Was ist die Realität hinter dieser "Medienwelle"? Gibt es eine neue

Seuche, eine weltweit sich ausbreitende neue Pandemie?

Grippeviren leben und vermehren sich in Menschen, Schweinen, Vögeln, Pferden, Nerzen, Walen, Seehunden und anderen Arten und sind auch außerhalb dieser Wirte lange haltbar. Ob Influenza A oder B, sie können sich nur ausbreiten, wenn sie Wirte finden, die noch nicht immun gegen sie sind. Deshalb ändern Grippeviren ihren molekularen Aufbau laufend. Sie tun das innerhalb eines Stammes (Gen-Drift) oder zwischen unterschiedlichen Stämmen, die sich in einem Wirt treffen. (Gen-Shift).

Immer jene Viren, die etwas anders sind als die vom vorigen Jahr, haben eine gute Chance, sich weiterzuverbreiten, weil die Immunabwehr sie nicht sofort erkennen und unschädlich machen kann. So ziehen sie in ihren Wirten um die Welt und ändern laufend ihre Gestalt. Das gibt es seit zigtausend Jahren. Durch Massentierhaltung und sehr dichte Populationen in Schweine-, Geflügel- und anderen Tierfarmen aber auch in den dicht besiedelten Armenvierteln mancher Großstädte können Grippe-Viren sich sehr schnell vermehren. Besonders dann, wenn sie auf ungeschützte Wirte treffen, die noch nie Kontakt mit ähnlichen Viruspartikeln gehabt haben. In großen Geflügelfarmen kann es zur explosionsartigen Virusvermehrung bei Vögeln (Vogelgrippe) kommen. Diese vogelspezifischen Viren können in Einzelfällen sogar den Farmer krankmachen, besonders dann, wenn dieser ein geschwächtes Immunsystem aufweist. Das nennt man dann eine Zoonose und diese bedarf nicht der Entstehung neuer gefährlicher Virustypen.

Schweine in der Massentierhaltung werden deshalb oft geimpft. Menschen, die zum Beispiel auch zu Grippe-Zeiten U-Bahn fahren, oder eng gepfercht in Wartezimmern sitzen müssen, sollten sich aus gleichem Grund impfen lassen. Die Virologen in aller Welt spüren den Viruswanderungen nach und die Namen der Virus-Stämme zeigen deren globale Verbreitung: Brisbane, Florida, Yamagata, Honkong, Vietnam und viele mehr.

Die letzte Grippewelle lief von Weihnachten 2008 bis Ende Februar 2009 vom Nordwesten Deutschlands bis in den Südosten und führte in Spitzenzeiten mit der Diagnose akuter respiratorischer Erkrankungen (ARE) zu etwa 2000 zusätzlichen Arztbesuchen pro Woche pro 100 000 Einwohner. Das sind schätzungsweise 10 bis 20 Millionen zusätzlicher Arztbesuche pro "Grippe"-Welle. Das Robert-Koch-Institut rechnete bisher immer mit pro Jahr etwa 5 Millionen Infizierten und einer hierdurch bedingten Übersterblichkeit von ca. 10000 - 20000 Fällen in Deutschland. Zum Schutz gegen die alljährliche "Grippe" wurden bisher überwiegend die Risikopatienten geimpft, also über 60jährige, chronisch Kranke und Menschen mit hohem aktivem oder passivem Infektionsrisiko. Das sind in Deutschland etwa 28 Millionen Menschen. Von ihnen ließ sich aber jeweils nur ein Teil impfen: die Hälfte der Alten, zwei Drittel der chronisch Kranken und ein Viertel der im Gesundheitswesen Tätigen. Insgesamt ließen sich in den vergangenen Jahren maximal etwa ein Viertel aller Menschen in Deutschland gegen Grippe prophylaktisch eine Spritze verabreichen. An die jährliche Influenza-Gefahr haben wir uns so sehr gewöhnt, dass es noch nicht einmal eine Meldepflicht für die Erkrankungsfälle gibt.

Als das Gesundheitsamt Flensburg vor etwa 20 Jahren während einer Grippewelle einen Neujahrsempfang des Oberbürgermeisters verschieben ließ, wurde das von allen Beteiligten ohne Aufregung als sinnvolle Vorbeugemaßnahme akzeptiert. Man ist vernünftig und meidet Massenveranstaltungen in solchen Zeiten. Das verhindert mehr Erkrankungen als so manche Impfkation.

Kumulativ sind in Deutschland jetzt 3810 Fälle der neuen Grippe (H1N1) bekannt geworden.

Zuletzt kamen etwa 150 Fälle täglich dazu, 130 davon angeblich durch Touristen, überwiegend aus Spanien. Die spanischen Behörden melden derzeit allerdings nur 1538 bestätigte Fälle, der britische staatliche Gesundheitsdienst hingegen zählt 11159 Fälle, die in diesem Jahr besonders bei Kindern aufgetreten sein sollen. Alle Beobachter sprechen von relativ milden Verläufen. Kinder sind ohnehin viel häufiger infiziert. Sie lernen in Schulen und Kindergärten nicht nur mit dem Verstand sondern auch mit dem Immunsystem.

Wenn in Vorjahren immer wieder Millionen Grippekranke in Deutschland ärztliche Hilfe in Anspruch nahmen, so war das also eine Routineangelegenheit des Gesundheitssystems. Jetzt wird der jährlich zu erwartende Durchzug der Influenza-Pandemie offenbar unter jeweils neuem Namen zu einer werbewirksam drohenden Katastrophe aufgeblasen.

Donald Rumsfeld, langjähriges Vorstandsmitglied und Großaktionär des Pharmaunternehmens Gilead Sciences, war bis zu seinem Amtsantritt als US-Verteidigungsminister Vorstandsvorsitzender des Konzerns und inszenierte danach in der Bush-Administration eine milliardenschwere Verkaufskampagne für das von Gilead Sciences mit dem Schweizer Unternehmen ROCHE produzierte "Tamiflu". Ein Jahr später, nachdem bei einigen toten Vögeln auch in Deutschland festgestellt worden war, dass diese an Vogelgrippe gestorben waren, gelang es, eine ähnliche Panik auch bei uns zu inszenieren, die immerhin dazu führte, dass die Bundesländer insgesamt für etwa 200 Millionen Euro Grippepillen einbunkerten.

Eine dpa-Meldung vom 13.1.2006 lautete: "Die Vereinten Nationen wollen mit 1,1 Milliarden Euro die Ausbreitung der Vogelgrippe stoppen. Die Weltgesundheitsorganisation plant eine "Task Force" gegen eine Vogelgrippe-Pandemie bei Menschen. In der Türkei sind zwei weitere Menschen an Vogelgrippe erkrankt. Damit stieg die Zahl der Infizierten auf 18. Drei von ihnen starben bereits am Todesvirus H5N1."

Klaus Stöhr, Leiter des Influenza-Impfstoff-Programms der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Vogelgrippe-Kampagne der WHO 2005/2006 wechselte anschließend zum Pharma-Konzern Novartis, der jetzt gerade einen neuen Grippe-Impfstoff gegen die Schweinegrippe "Optaflu" auf den Markt bringen möchte. Stöhr hatte es schon bei der Vogelgrippe geschafft, eine für den Menschen nicht existierende Erkrankung so zu verkaufen, dass Milliarden für Medikamente aus Steuergeldern ausgegeben wurden. Es spielte damals keine Rolle, dass es die "Vogelgrippe" beim Menschen gar nicht gab und dass deshalb die gebunkerten Medikamente auch noch nicht einmal klinisch für diesen Einsatz beim Menschen getestet waren. Jetzt strebt Novartis eine Abnahmegarantie für seinen gerade zugelassenen "Optaflu"-Impfstoff an. Dieser Impfstoff soll nicht auf Hühnereiweiß, sondern auf Zellkulturen wachsen, die aus hochaktiven Krebszellen bestehen. Die Frage, ob eine Gefahr für die Geimpften durch mitübertragene krebserzeugende Bestandteile des Zellmaterials besteht und wie hoch diese langfristig sein könnte, hat für die zulassende Europäische Institution (EMA) dabei wohl keine maßgebliche Rolle gespielt.

Ein Arzt soll seinen Patienten nichts verordnen, was er in gleicher Lage nicht auch sich und seinen Liebsten verschreiben würde. Ich halte die "Schweinegrippe" für eine unverantwortliche, wirtschaftlich motivierte Panikmache und sehe nach intensiven Recherchen und persönlichen Gesprächen, unter anderem mit dem Leiter des Robert-Koch-Institutes, keinen Grund, die Empfehlungen zum Gripeschutz anders zu handhaben als in den Vorjahren.

PRESSE-ECHO:

Heute im sh:z-Verlag, auf der Seite 1: Schweinegrippe: Wie gefährlich ist die Impfung?

Erst der Schweinegrippe-Alarm, nun die Warnung vor Nebenwirkungen der geplanten Impfungen: Was sollen die Bürger noch glauben? Der Flensburger Arzt und Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg spricht von einer Angstkampagne der Pharmaindustrie. Berlin/Flensburg / sh:z

Mediziner warnen vor möglicherweise schweren Nebenwirkungen der geplanten Impfung gegen die so genannte Schweinegrippe. "Was wir hier erleben, ist ein Großversuch an der Bevölkerung", sagte der Herausgeber des pharmakritischen "Arznei-Telegramms", Wolfgang Becker-Brüser. Die Sicherheitstests für das Serum seien viel zu gering. Der Bremer Pharmakologe Peter Schönhöfer erinnerte daran, dass in den USA bereits in den 70er-Jahren ein Impfstoff wegen schwerer Nebenwirkungen zurückgezogen werden musste. Der jetzige Impfstoff sei "nach demselben Strickmuster" gebaut.

Der Flensburger Mediziner und Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg (SPD) warf der Pharmaindustrie eine gezielte Angstkampagne vor, um den Absatz an Grippemitteln zu steigern und die Entwicklung teurer Impfstoffe zu fördern. Forschungsinstitute erhielten mehr Mittel, nachdem sie die Panik zuvor geschürt hätten, schreibt Wodarg in einem Gastbeitrag für unsere Zeitung. Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Europarat mahnte einen vorsichtigen, aber unaufgeregten Umgang mit der Grippe an.

Unterdessen zog der EU-Politiker Jo Leinen (SPD) mit der Aussage Unmut auf sich, dass sich Europa auf mindestens eine Million Erkrankte einstellen müsse. Wie sich die Krankheit in Europa entwickeln werde, könne im Moment niemand prognostizieren, betonten seine Kritiker.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 03.08.2009, 11:06 Uhr - 10584 Clicks - Nr. 854

Stefan Bolln begeistert vom Wilster Jahrmarkt

Am Sonntagabend war Stefan Bolln, nachdem er kürzlich den Herzhornen Kringelmarkt aufgesucht hatte, diesmal auf dem Wilster Jahrmarkt. Er wurde begleitet von seiner Frau und den Wilsteraner SPD-Vorstandsmitgliedern Horst Langer und Bernd Schwutzke. Stefan Bolln zeigte sich sehr beeindruckt von den attraktiven Fahrgeschäften und über das gastronomische Angebot der in das Jahrmarktsgeschehen eingebundenen heimischen Betriebe.



Er konnte feststellen, dass Wilster tatsächlich zu Recht von sich behauptet, den größten

Jahrmarkt der Westküste zu haben. Obwohl die technische Entwicklung auch immer wieder neue Karussells hervorbringt, hat sich in Wilster eine besondere einmalige Mischung aus Tradition und Moderne ergeben. So ist der Wilster Jahrmarkt unvergleichlich.

Stefan Bolln genoss sichtlich den Rummel, aber auch die Ruhe am Rande und konnte sich ein wenig von den Strapazen des vergangenen erfolgreichen Landesparteitags erholen. Natürlich wurde auf dem Jahrmarkt auch „politisiert“, denn viele Jahrmarktsbesucher sprachen den Landtagskandidaten auf die unterschiedlichsten Themen an, die ihn bei seiner künftigen Arbeit in Kiel beschäftigen werden.

„Ich freue mich schon auf meinen nächsten Jahrmarktsbesuch in Wilster, dann als Landtagsabgeordneter“, merkte Stefan Bolln abschließend bei der Verabschiedung spontan an.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 03.08.2009, 11:35 Uhr - 1661 Clicks - Nr. 855

37 neue Ausbildungsplätze bei der LH Kiel

Zur Begrüßung der 37 neuen Auszubildenden bei der Landeshauptstadt Kiel am 3. August durch Oberbürgermeister Torsten Albig erklären der personalpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Dirk Sievers, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Katja Günther, sowie Antje Danker (SSW)

„Wir heißen die neuen Auszubildenden bei der Landeshauptstadt Kiel herzlich willkommen und wünschen einen erfolgreichen Start ins Berufsleben!

Eine abgeschlossene Ausbildung trägt dazu bei, die Chancen auf einen Job deutlich zu verbessern. Angesichts des Rückgangs der betrieblichen Ausbildungsplätze steht die Landeshauptstadt Kiel in der besonderen Verantwortung, einen Beitrag zur Sicherung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes zu schaffen.

Daher begrüßen wir die Ankündigung des Oberbürgermeisters, in diesem Jahr weitere 16 zusätzliche zukunftssichere Ausbildungsplätze anzubieten, für die es auch außerhalb der Stadtverwaltung ein Arbeitsplatzangebot gibt.

Jugendliche ohne Schulabschluss, mit Sonder- oder Hauptschulabschluss, sozial benachteiligte Jugendliche haben es besonders schwer, einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Bereits im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2009 hatten SPD, Bündnis 90/ Die Grünen sowie der SSW dafür gesorgt, dass zusätzliche Mittel eingestellt werden, um Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche zu schaffen. Wir sind froh, dass in diesem Jahr für diese Jugendliche voraussichtlich 15 Ausbildungsplätze bei der Landeshauptstadt Kiel angeboten werden können.“

Keine Kommentare

Landtagswahl 2009

Der Wahlkampf in Schleswig-Holstein ist eröffnet

Der Wahlkampf in Schleswig-Holstein ist eröffnet und als erste haben führende Gewerkschafter eine Arbeitnehmer-Initiative für Ralf Stegner aus der Taufe gehoben und schon auf dem Landesparteitag mit einem Aufruf und einem eigenständigen Logo präsentiert. Initiatoren dieser Initiative sind der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädel, der Kieler SPD-Fraktionsvorsitzende Ralph Müller-Beck und der Fraktionsgeschäftsführer Dr. Thiemo Lueße. In nur wenigen Tagen haben schon über 20 Betriebs- und Personalräte und hauptamtliche Gewerkschafter diesen Aufruf unterzeichnet.



Keine Kommentare

Ralf Stegner zum Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier

Die Vorschläge von Frank-Walter Steinmeier zeigen, dass die Partei, die sich am stärksten um neue Arbeit und mehr Arbeitsplätze kümmert, die SPD ist. Arbeit steht im Zentrum unserer Politik.

Wir werden neue Arbeitsplätze in den Branchen mit den großen Zukunftsmärkten der Erneuerbaren Energien und der nachhaltigen Mobilität schaffen. Neue und gute Arbeit entsteht in den Bereichen, wo „Menschen für Menschen“ arbeiten – in der Kranken- und Altenpflege, im Bildungsbereich, bei der Betreuung unserer Kinder. Und neue Arbeit schaffen wir dort, wo Kreativität und Know-how gefragt sind.



Anderen Parteien, die über Steuersenkungen vor allem für die Stärkeren in der Gesellschaft und über den Abbau von Arbeitnehmerrechten philosophieren, stellen wir ein konkretes Konzept entgegen, dass die Schaffung neuer Arbeit in den Mittelpunkt aller politischen Anstrengungen stellt. In der Wirtschafts- und Finanzkrise brauchen wir mutige Ansätze und ambitionierte Zielvorgaben - und einen Kanzler, der die Kraft hat, diese Ziele zu erreichen.

Keine Kommentare

Landesparteitag in Lübeck

Der außerordentliche Landesparteitag in der Musik- und Kongresshalle in Lübeck am 31. Juli und 1. August war ein voller Erfolg und ein Zeichen der Geschlossenheit: Ralf Stegner wurde mit 92 von 103 abgegebenen Stimmen zum Spitzenkandidaten gekürt, die Landesliste wurde ohne Gegenkandidaten beschlossen, alle Kandidaten gewählt und das



Regierungsprogramm mit wenigen Enthaltungen beschlossen.

Weitere Wahlergebnisse

Martin Tretbar-Endres wurde als Delegierter für den SPE Kongress gewählt.

Für den Bundesparteirat wurden gewählt: Claus Möller, Birgit Hannemann-Röttgers, Torsten Albig, Roswitha Müllerwiebus, Yves-Christian Stübe. Ralf Stegner dankt Stefan Eckner für seine Arbeit im Bundesparteirat. Nach mehr als 8 Jahren tritt er nicht wieder an für den Bundesparteirat an.

Es gab keine Gegenkandidaten zum Listenvorschlag. Alle Kandidaten wurden gewählt:

[Ergebnisse \[PDF\]](#) | [Übersicht der Direktkandidaten](#)

Pressestimmen

Kieler Nachrichten: [Abrechnung mit Carstensen - SPD beschließt Programm und Liste](#)

SHZ: [Die große Stegner-Show der SPD](#)

Hamburger Abendblatt: [Gute Plätze für Habersaat und Danhier](#)

Handelsblatt: [Neuwahlen: Nord-SPD gibt sich kämpferisch](#)

Zeit Online: [SPD beschließt Programm und Landesliste](#)

NDR: [Nord-SPD stellt Weichen für Landtagswahl](#)

Tagesspiegel: [SPD in Kiel einigt sich auf Landesliste](#)

Lübecker Nachrichten: [SPD sauer: Carstensen schickt Ministern die Brötchen-Rechnung](#)

NDR: [Nord-SPD stellt sich hinter Stegner](#)

Welt Online: [Ralf Stegner: ungewöhnlich gelassen](#)

Zeit Online: [Stegner führt Nord-SPD in den Landtags-Wahlkampf](#)

Süddeutsche Zeitung: [Kieler SPD setzt auf Stegner](#)

Focus Online: [Stegner führt SPD-Landesliste an](#)

SHZ: [89 Prozent für Stegner, Müntefering kritisiert Carstensen](#)

Kieler Nachrichten: [Stegner führt Nord-SPD in den Landtagswahlkampf](#)

Lübecker Nachrichten: [Stegner erleichtert: „Ein klasse Tag!“](#)

Hamburger Abendblatt: [Fast 90 Prozent stimmen für Ralf Stegner](#)

Spiegel Online: [Müntefering und Stegner beschwören Einigkeit der Genossen](#)

Spiegel Online: [Stegner zieht als Spitzenkandidat ins Wahlduell](#)

Westfälische Nachrichten: [Stegner führt Nord-SPD in den Landtags-Wahlkampf](#)

Fotos

Die Fotos finden Sie auch in unserem [Fotoalbum](#). Weitere Fotos von Delegierten und Gästen gibt es [hier](#) und [hier](#).

Keine Kommentare

Finanzen der Regio-Kliniken schlecht geredet, um Privatisierung zu erzwingen?

Landrat, CDU und FDP haben Finanzen der Regio-Kliniken schlecht geredet, um Privatisierung zu erzwingen, stellt Hannes Birke klar.

Haben Landrat Dr. Grimme, die CDU und die FDP die Zahlungsfähigkeit der Regio-Kliniken bewusst schlecht geredet, um im Kreistag die Privatisierung der Kliniken politisch zu erzwingen? Für den Vorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Hannes Birke eine ausgemachte Sache. Ihm liegt die aktuelle Liquiditätsplanung der Regio-Kliniken vom 20. Juli 2009 vor, die die Zahlungsfähigkeit der Kliniken mindestens bis Ende 2009 vollständig sicherstellt.



CDU und FDP hatten am 15. Juli 09 im Kreistag auf Vorschlag des Landrates ihre Entscheidung für den sofortigen Verkauf an die Sana AG u.a. mit der drohenden Insolvenz der Kliniken schon für August 2009 begründet. Einen Antrag der SPD die Entscheidung mit dem Ziel zu vertagen, die umfassende Prüfung des Landesrechnungshofes und seiner Vorschläge für Sanierung der Kliniken abzuwarten, wurde mit dem Hinweis der drohenden Insolvenz abgelehnt.

Nach dem Beschluss des Kreistages zeigt sich für die SPD, dass ausreichend Zeit bestanden hätte, alternative Lösungen für die Sanierung der Kliniken zu suchen. „Es bestätigt sich der Verdacht“ –so Birke- „dass Landrat Dr. Grimme, die CDU und die FDP kein politisches Interesse hatten, die Kliniken in der kommunalen Verantwortung des Kreises zu lassen.

Birke äußert einen noch weitergehenden Verdacht. Mit der Vorlage des Prüfberichtes des Landesrechnungshofes wäre für ihn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu Tage getreten, dass Landrat Dr. Grimme, die CDU und die FDP bewusst die Privatisierung der Kliniken wollten.

Schon bei der Kreditbeschaffung über die so genannte „sale and lease back“ Finanzierung im Juli 2008 sei der erste Schritt gemacht worden, die Kliniken finanziell in Schwierigkeiten zu bringen. Die Warnungen der SPD, dass der Kapitaldienst in Höhe von von 8,6 Mio.€ jährlich über eine Laufzeit von 25 Jahren nicht von den Kliniken erwirtschaftet werde könne, ist inzwischen von Prüfern des Landesrechnungshofes bestätigt worden. Sie habe in einem ersten Gespräch bestätigt, dass es sich bei dieser Art der Kreditbeschaffung um die ungünstigste Form für die Kliniken handelt

Ein weiterer Hinweis für die gewollte Privatisierung der Kliniken ist für Birke die vom Landrat betriebene Informationspolitik. Mit einem nicht testierten Jahresabschluss 2008 und einem vorläufigen Wirtschaftsbericht 2009 hat „er Zahlen in die Welt gesetzt“ gegen deren Überprüfung durch unabhängige Gutachter er sich und mit ihm CDU und FDP weigerten.

Dass selbst die Warnungen des Landesrechnungshofes für die Entscheidung des Kreistages bestehe „keine Eile“ und Branchenkenner das 14tätige Bieterverfahren als völlig unüblich und unredlich kritisierten bestätigen Birkes Verdacht zusätzlich.

Keine Kommentare

Köncke: Tarifabschluss darf nicht zu Lasten der Eltern finanziert werden!

Der Norderstedter SPD-Landtagskandidat Heiner Köncke hat die Spekulationen von Seiten der Stadtverwaltung über eine mögliche Erhöhung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung deutlich zurückgewiesen.

Köncke wörtlich: „Das ist mit der Norderstedter SPD nicht zu machen. Wir haben gerade erst parteiübergreifend wichtige Verbesserungen bei der Kita-Betreuung beschlossen, die eine echte finanzielle Entlastung für die Eltern sind.

Überraschend ist das Tarifiergebnis für die Stadtverwaltung nicht gekommen. Die Forderungen der Gewerkschaften waren seit Monaten bekannt und jedem wachen Beobachter ist klar gewesen, dass das Verhandlungsergebnis eine deutliche Lohnsteigerung für die Mitarbeiter in den Einrichtungen bringen würde. Wenn jetzt so überrascht getan wird, zeigt das nur, dass der Haushalt der Stadt Norderstedt nicht vernünftig kalkuliert wurde. Ich kann CDU und FDP nur davor warnen an der Gebührenschraube zu drehen oder bei den Öffnungszeiten und Angeboten der Einrichtungen rumzupfuschen – dieses wäre nicht nur ein Vertrauensbruch gegenüber den Eltern, sondern auch der perfide Versuch die Eltern als Gebührenzahler und die Mitarbeiter als kommunale Angestellte gegeneinander auszuspielen.“

Es sei daher ein schwaches Argument, wenn die in Aussicht gestellte Erhöhung der Kita-Gebühren mit der schwierigen finanziellen Situation der Stadt begründet werde.

Selbstverständlich sei es auch der SPD bewusst, dass aufgrund fehlender Gewerbesteuerereinnahmen alle Einnahmen und Ausgaben der Stadt einer Überprüfung bedürfen.

Bevor jedoch Familien durch eine veränderte Gebührensatzung belastet würden, müsse man zunächst von den nicht zwingenden Projekten, die den Haushalt dauerhaft belasteten, Abstand nehmen.

Köncke verweist darauf, dass die SPD mehrere Vorschläge für eine Konsolidierung des Haushalts eingebracht habe, die von der CDU/FDP/Die Linke-Koalition jedoch abgelehnt worden seien.

„Mit dem Verzicht auf den 2,5 Millionen Euro teuren Anbau für die Musikschule an das geplante Kulturwerk am See und die daraus entstehenden jährlichen Betriebskosten dafür hätte man einiges kompensieren können.“, so Köncke.

Keine Kommentare

Tschüss Hans Dieter

Unser Gemeindevertreter Hans Dieter Schulz verlässt mit seiner Frau Anna zum Ende des Monats Mildstedt. Beide wollen in ihrer "alten" Heimat die nächsten Jahre verbringen.

Nachdem Hans Dieter von der Gemeindevertretung verabschiedet wurde gab er bei der letzten Fraktionssitzung seinen Ausstand.

Der Fraktionsvorsitzende, Bernd Heiber, würdigte seine Arbeit für die Gemeinde und die

Fraktion und überreichte als Erinnerung eine Fotokollage mit Bildern aus dem Wirkungsbereich von Hans Dieter.

Der Vorsitzende der SPD-Mildstedt, Rudolf Knipfer, bedankte sich besonders für die geleistete Arbeit im Vorstand, sowie die Pflege der Internetseiten der SPD-Mildstedt. Als kleines Dankeschön gab er Hans Dieter eines von zwei Exemplaren eines Sonderdrucks der Ortsvereinszeitschrift "Deine Gemeinde" in dem Hans Dieters Arbeit der letzten Jahre gewürdigt wird.

(Sonderdruck als [PDF-download](#), 3,1MB)

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 04.08.2009, 14:04 Uhr - 1658 Clicks - Nr. 862

Rekommunalisierung der Recyclinghöfe ist ein Erfolg!

Zu dem Bericht des Abfallwirtschaftsdezernenten über die Kostensenkungen im neuen städtischen Wertstoffhofbetrieb erklären der abfallpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, sowie Ratsherr Dirk Scheelje (BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN) und Ratsfrau Antje Danker (SSW):

„Die Rekommunalisierung der Recyclinghöfe in Kiel ist erfolgreich. Die beiden neuen städtischen Wertstoffhöfe erweisen sich als kostengünstiger als die Beauftragung eines privaten Entsorgungsunternehmens mit dem Betrieb von Recyclinghöfen - um 40.000 Euro. Das hat die vergleichende Überprüfung des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel (ABK) ergeben. Und diese Ersparnis wurde nach der Rekommunalisierung erzielt, obwohl die Wertstoffpreise - bedingt durch die Wirtschaftskrise - derzeit nicht besonders hoch sind. Am Ende der Krise werden die städtischen Höfe im Vergleich noch besser dastehen.

Die städtischen Wertstoffhöfe sind ein guter Beweis, dass Rekommunalisierung günstiger sein kann als Privatisierung, und zwar ohne Qualitätseinbußen im Service für die Bürgerinnen und Bürger. Für SPD, GRÜNE und SSW ist es besonders wichtig, dass in dieser speziellen Form der Abfallentsorgung auch sozialpolitische Akzente gesetzt werden - durch die Sammlung noch gebrauchsfähiger Gegenstände wie Fahrräder und Spielzeug, die dann durch die Stadtmission aufgearbeitet und an Bedürftige gegeben werden. Sozial orientierte Betriebsführung und -ökonomisch wie ökologisch - nachhaltiger Ressourcenumgang werden hier vom ABK in lobenswerter Weise vereint.

Diese erfolgreiche Rekommunalisierung ist eine gute Grundlage für die nächste, bereits im Mai 2009 von SPD, GRÜNEN und SSW mit Zustimmung von FDP und DIE LINKE beschlossene Rekommunalisierung in der Kieler Abfallwirtschaft - die vollständige Übernahme der Restabfall- und Altpapiersammlung (d.h. der Müllabfuhr) in Kiel durch den städtischen Abfallwirtschaftsbetrieb.“

Keine Kommentare

SPD und Gewerkschaften

Die AfA unterstützt nachhaltig die Arbeit der Gewerkschaften

Die AfA unterstützt nachhaltig die Arbeit der Gewerkschaften und der Betriebs- und Personalräte in den Betrieben und tritt deshalb in der SPD dafür ein, dass sich Arbeitnehmerpositionen im programmatischen Teil und personellen Angebot niederschlagen. Ein zentraler Punkt des beschlossenen Regierungsprogramms ist das Thema "Gute Arbeit". Hier hat die AfA alle Themen, wie

Mindestlohn, Tariftreue, Sicherung und Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung, Leiharbeit und gleicher Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen können. Und dieses drückt sich auch bei den Wahlkreiskandidaten und der Landtagsliste aus. Vier ausgewiesene AfA-Leute kandidieren und drei davon (Olaf Schulze Platz 13, Birte Pauls Platz 17 und Stefan Bolln Platz 23) schafften es auf der Liste unter die ersten 25 zu kommen. Zusätzlich wird sich die AfA für Ralf Wrobel, der im Wahlkreis 6 kandidiert und auf der Liste den Platz 36 bekam, besonders ins Zeug legen, damit er im nächsten Landtag Arbeitnehmerinteressen vertreten kann.



Keine Kommentare

Mit einem Kompass aus der Krise

Der Deutschlandplan von Frank-Walter Steinmeier - Martin Habersaat fasst zusammen und kommentiert:

Auf 67 Seiten hat SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier seine Politik für das nächste Jahrzehnt skizziert. Ausgehend von einer Analyse der Ausgangslage nennt Steinmeier notwendige, zum Teil bereits umgesetzte, Maßnahmen und beschreibt seine Zielvorstellung für Deutschland 2020. Wichtigstes Ziel ist dabei, Arbeit und Beschäftigung in Deutschland auch in Zukunft zu sichern. Wesentliche Mittel sind Bildung und Ausbildung und die Konzentration auf Deutschlands Stärken in der Industrie in Verbindung mit den Kernaufgaben in Klimaschutz, Gesundheitswesen und Infrastruktur. Gewollt ist ein Neustart der Sozialen Marktwirtschaft, bei dem auf qualitatives Wachstum gesetzt wird: gute Arbeit, sozialen Ausgleich und ökologische Nachhaltigkeit.



Steinmeiers Papier soll nicht weniger sein als ein Kompass, mit dessen Hilfe man bereits jetzt in der Wirtschafts- und Finanzkrise Schritte in die richtige Richtung unternimmt. Ein wesentlicher Gedanke ist es, reale Ideen von Ingenieuren wieder in den Mittelpunkt des Wirtschaftens zu stellen, nicht virtuelle Zahlenspielereien. Nicht Renditemaximierung darf bei den Gehaltsanreizen für Manager dominieren, sondern nachhaltige Entwicklung des Unternehmens. Mitarbeiter, die bei Sanierungsfällen auf Gehalt verzichten, sollen im Gegenzug Anteile am Unternehmen erwerben dürfen.

Nach Aktiengesetz sollen Unternehmen künftig nicht nur den Aktionären, sondern auch den

Beschäftigten und der Allgemeinheit verpflichtet sein. Der Globalisierung der Märkte muss eine Globalisierung der politischen und sozialen Regeln des Wirtschaftens folgen.
Die Ureigene Funktion von Finanzmärkten und Börsen soll wieder in den Vordergrund:
Finanzierung produktiver Unternehmen.

Der Zugang zu Bildung darf keine Frage des Geldbeutels sein. Daher wird die SPD ein gebührenfreies Bildungssystem von der U3-Gruppe bis zur Hochschule verwirklichen, zu einem wesentlichen Teil finanziert durch einen Solidarbeitrag für Bildung und den Verzicht auf die von Union und FDP versprochenen Steuersenkungen. Zur Stärkung des Binnenmarktes sollen lediglich Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen entlastet werden. Die Ausgaben für Bildung werden erhöht, das Leitmotiv wird Förderung statt Auslese. Pädagogische Berufe werden hoch qualifiziert, gesellschaftlich anerkannt und angemessen bezahlt. Jeder Arbeitnehmer absolviert eine Weiterbildung alle zwei Jahre. Es darf keine „verlorene Generation“ von jungen Menschen ohne Perspektive zugelassen werden - das wird erreicht durch eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen. Bereits heute hat die SPD den Rechtsanspruch auf das Nachholen des Hauptschulabschlusses durchgesetzt. Bildung und Ausbildung sollen auch verbessert werden, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Der gesellschaftlichen Realität in Deutschland angemessen will Steinmeier diese Aufgaben in einem Ministerium für Bildung und Integration bündeln.

Die Zukunft heißt MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik. In diesen Bereichen werden die Angebote der Universitäten ausgebaut, es entsteht eine Software-Hochschule in Partnerschaft mit der Industrie. Deutschland ist bereits Weltmarktführer bei der Unternehmenssoftware – diese Position wird ausgebaut. Neu gegründet wird auch ein Fraunhofer-Institut für Energiespeichertechnik, es gibt Steuergutschriften für private Forschungsvorhaben. Corporate Venture Capital (Wagniskapital von großen Unternehmen) sorgt für die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, Ausgründungen aus Hochschulen nehmen zu.

Die Industrialisierung neuer Technologien verbindet Deutschlands Stärken. Deutsche Zulieferer in Solar- und Windkraft sind bereits heute Weltspitze, Deutschland wird zum Ausrüster der Welt mit neuen Produkten, die die Umwelt schützen und Ressourcen schonen. Energie und Rohstoffe verursachen heute 40% der Kosten in der Industrie, Löhne 25%. Die Elektroautos der Zukunft werden aus erneuerbaren Energien gespeist.
Die Marktmacht der öffentlichen Hand wird für „Grüne Beschaffung“ genutzt – Innovationen so gefördert. Ein Beispiel wäre die Ausrüstung einer Stadt mit Ampeln und öffentlicher Beleuchtung in LED-Technologie.

Gleichzeitig wird das Soziale in der Gesellschaft betont. Lebensrisiken werden nicht privatisiert, sondern von einer großen Solidargemeinschaft aufgefangen im Rahmen einer Bürgerversicherung. Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit werden in den Vordergrund des Gesundheitssystems gestellt, Geriatrie und Palliativversorgung stärker in der Ausbildung von Pflegeberufen berücksichtigt, weil wir alle älter werden. Hier und in der Gesundheitstechnik können zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen. Und: Der Dienst am Menschen kann nicht ins Ausland abwandern. Hochqualifizierte Jobs können hier entstehen, aber auch solche für Menschen ohne Abitur und Studienabschluss.

Auch die deutsche Außenpolitik leistet ihren Beitrag. Es entsteht ein Chancen-Atlas, in dem deutsche Unternehmen sich orientieren können, wenn es um Aufträge im Ausland geht. Durch eine Energieaußenpolitik werden die Klimaschutzziele konsequent verfolgt. Direkt beim

Bundeskanzler wird die „Allianz für den Mittelstand“ angesiedelt. Aufgaben: Kreditklemme bekämpfen, Kernbelegschaften erhalten, Produktionsbasis erneuern. Die Infrastruktur Deutschland wird erneuert: es wird investiert in modernste Energie-, Kommunikations- und Verkehrsnetze. Es entsteht eine Deutsche Netz AG unter Mitwirkung der Energieversorger, ein Energienetz, das mit den Schwankungen regenerativer Energien intelligent umgehen kann, flächendeckende Breitbandversorgung, es gibt eine Förderung des „Kombinierten Verkehrs“ und satellitengestützte, intelligente Verkehrssteuerung.

Steinmeier hat anspruchsvolle Ziele: Vollbeschäftigung, Gleichberechtigung von Frauen in allen Bereichen der Wirtschaft, gerechte Einkommensverteilung. Stellen wir uns mal einen Moment lang vor, diese lassen sich bis 2020 erreichen... Kritiker dieses Konzepts rufe ich dazu auf, eigene Zukunftskonzepte auf den Tisch zu legen. Ich halte dieses Konzept für so durchdacht und umsetzungswert, dass ich sogar die Fürsprache für die CCS-Technologie verzeihe, die ich für eine wissenschaftliche Sackgasse halte.

Keine Kommentare

[SPD-Mielkendorf](#) - veröffentlicht am 04.08.2009, 20:39 Uhr - 4299 Clicks - Nr. 865

Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr

Das letzte Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt für fünf tägliche Betreuungsstunden beitragsfrei.

Die Landesregierung hat auf Initiative der SPD beschlossen, das letzte Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt für fünf tägliche Betreuungsstunden beitragsfrei zu halten. Der Kreis erstattet demnach die Einnahmeausfälle für fünf tägliche Betreuungsstunden. Für die darüber hinausgehende Betreuung und für das Mittagessen sind nach wie vor Gebühren zu entrichten. Gemäß Beschluss der Gemeindevertretung am 9.07.2009 wurde die Gebührensatzung entsprechend geändert.

Der Stufenplan des Landes sieht folgende Regelung vor: Danach wird im Jahr 2009 das dritte Jahr, im Jahr 2011 das zweite Jahr und im Jahr 2013 das erste Jahr kostenfrei sein.

Was bedeutet diese Regelung? Das bedeutet, dass Ausstieg durch Bildung - eines der Gründungsmotive der SPD vor nunmehr 145 Jahren - stattfinden kann, dass die Bildungsbarrieren aufhören und dass nicht mehr aus finanziellen Hinderungsgründen Kinder nicht gefördert werden.

Das fängt an im Kindergarten, das geht über vernünftige Schülerbeförderung, die die Eltern nicht zahlen müssen, das geht über längeres gemeinsames Lernen bis hin zum kostenfreien Studium. Diese Maßnahme ist eine große Entlastung für die Familien, denen, die arbeiten, denen, die Mühe haben, mit den höheren Energiekosten zurechtzukommen, denen, die Angst haben, selbst wenn sie jetzt in einem gut verdienenden Unternehmen arbeiten, ob nicht Arbeitsplätze abgebaut werden, eine größere Entlastung bietet.

Sie bekommen mit der Gebührenfreiheit für die Kinder eine Entlastung, wie sie größer nicht sein könnte.

Insofern ist das auch ein Riesenschritt zu familienpolitischer Vernunft in diesem Land, über den sich die Eltern und Bürger in diesem Land richtig freuen können, übrigens auch die Großeltern, die selbst noch wissen, wie das war, als sie selbst das haben bezahlen müssen.

Es ist nämlich volkswirtschaftlich vernünftig in die frühzeitige Förderung von Kindern zu investieren.

John F. Kennedy hat völlig zu Recht gesagt: Es gibt nur eines, was auf Dauer teurer ist als Bildung, nämlich keine Bildung.

MTa

Kommentar von [Svea-Maria Lunburg](#) vom 16.09.2009, 22:40 Uhr:

RE: Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr

Guten Tag, dieses Thema familienpolitischer Vernunft bildet bei uns einen Stein des Anstoßes. Wir sind 23 Eltern, deren Kinder im letzten Kindergartenjahr den Kindergarten der als gemeinnützig anerkannten Leibniz-Privatschule in Hitzhusen, Kreis Segeberg, besuchen. Die zuständigen Behördenstellen verweigern uns die Zuschüsse. Da Sie dieses Thema so engagiert reflektiert haben: was raten Sie uns? An welche Stellen sollten wir uns mit welchen Argumenten wenden? Wir sind gespannt! Vielen Dank für Ihre Mühe und mit freundlichen Grüßen, i.A. Svea-Maria Lunburg Bad Bramstedt

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 05.08.2009, 10:11 Uhr - 6562 Clicks - Nr. 866

Was Sie schon immer über Impfungen vor einer Grippewelle wissen wollten...

Die Diskussion über eine "Schweinegrippe" hat viel durcheinander gebracht. Viele fragen nach der Gefährlichkeit einer neuen Grippe. In letzter Zeit stehen die Fragen im Vordergrund: Was leistet eigentlich die Grippeimpfung? Wer bezahlt sie und welche Nebenwirkungen können auftreten? Hier ein Interview mit dem Bundestagsabgeordneten, Internisten und Epidemiologen Dr. Wolfgang Wodarg zum Thema.



Interview mit dem Internisten und Epidemiologen Dr. Wolfgang Wodarg, Mitglied des Gesundheitsausschusses im Deutschen Bundestag:

Frage: Wer trägt die Kosten für die Impfung gegen eine neue Grippe?

Wodarg: Die Kosten tragen alle Kassen.

Frage: Ist die Wirkung der Impfung nachgewiesen?

Wodarg: Keine Impfung ist wie die vom Vorjahr, man weiß nicht genau, welcher Erregertyp einen erwischt. Statistisch gibt es jedoch einen Wirkungsnachweis, allerdings erst im Nachhinein.

Frage: Welche Nebenwirkungen gibt es?

Wodarg: Bei den jetzt angekündigten neuen Impfstoffen ist das völlig offen. Novartis benutzt kein Hühnereiweiß sondern Krebszellen, um den Impfstoff anzuzüchten. Das birgt natürlich ein bisher nicht abschließend bewertetes Risiko! Beim alten Impfstoff treten manchmal Allergien oder kurz dauernde allgemeine Symptome wie bei einer leichten Grippe auf. Auch kommt es bei ihr manchmal zu Reaktionen an der Injektionsstelle am Oberarm und zu einigen sehr seltenen weiteren Nebenwirkungen.

Frage: Ist die Impfung überhaupt zugelassen bzw. wurden die gleichen

Anforderungen erfüllt die sonst für die Zulassung von Medikamenten gelten?

Wodarg: Einige Impfstoffe haben noch keine dezidierte Zulassung, weil ihre endgültige Zusammensetzung noch nicht feststeht. Es ist aber das Herstellungsverfahren mit den dann jeweils einzusetzenden Virustypen grundsätzlich zugelassen. Voraussagen sind schwierig. Neu ist derzeit das Verfahren von Novartis.

Ein Impfstoff von Novartis mit dem Handelsnamen Flud wurde schon häufig angewandt. Er wird nicht auf Krebszellen gezüchtet sondern enthält als Innovation einige Adjuvantien (Hilfsstoffe), die dafür sorgen sollen, dass mit geringerer Impfdosis die gleiche Immunität erreicht wird wie bei früheren Produkten. Ähnliche Impfstoffe bieten auch andere Firmen, wie zum Beispiel Glaxo-Smith-Kline an. Nur die Neuentwicklung "Optaflu" von Novartis wird nicht auf Hühnereiweiß sondern auf Krebszellkulturen angereichert. Impfstoffe dieser neuen Produktionslinie werden derzeit in Bayern an mehreren Tausend Menschen klinisch erprobt. Wichtig wäre meines Erachtens bei einer solchen Testung, den Beobachtungszeitraum so weit auszudehnen, dass auch spät auftretende Krebserkrankungen durch Verunreinigungen des auf risikoreichen Zellen gezüchteten Impfstoffes ausgeschlossen werden können. Ich halte ihn für die Anwendung in der kommenden Grippesaison nicht für geeignet.

Frage: Ist die Impfung obligatorisch? Wer trägt das Risiko?

Wodarg: Das Risiko bleibt bei Impfung und bei Nicht-Impfung natürlich weitgehend beim Patienten, denn die Impfung ist keine Pflicht sondern freiwillig. Die impfenden Ärzte müssen für auftretende Impfschadensfälle haften, wenn die Impfung ohne wirksame Einwilligung, das heißt zum Beispiel auch ohne Aufklärung, erfolgte. Für Impfschäden haftet der Staat nach dem Infektionsschutzgesetz, sofern es sich um eine amtlich empfohlene Impfung handelt. Die Ersatzleistungen sind jedoch begrenzt, insbesondere wird kein Schmerzensgeld bezahlt. Bei Verletzung der Aufklärungspflicht haftet der Impfarzt wegen Vertragsverletzung und wegen unerlaubter Handlung und muss dann gegebenenfalls sogar Schmerzensgeld zahlen.

Frage: Wenn man bedenkt, wie viele Menschen jedes Jahr an einer ganz normalen Grippe erkranken und an dieser sterben, kann man bezüglich der Schweinegrippe von "Panikmache" sprechen?

Wodarg: Ja.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 06.08.2009, 12:26 Uhr - 6257 Clicks - Nr. 867

"Lebendiges Land" liefert Frisches aus biologischem Anbau - Wodarg fuhr mit

Es gibt inzwischen ein dichtes Netz ökologisch arbeitender "Bio-Bauern" im Norden des Landes. Neben der Herstellung hochwertiger Lebensmittel bleiben Vertrieb und Logistik wichtige Bereiche dieses wachsenden Marktes. Gerade im ländlichen Raum gibt es eine für Kunden sehr attraktive Lösung, die sich der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg anlässlich eines Kurzpraktikums näher angeschaut hat.



Morgens um acht meldete sich Wolfgang Wodarg bei der Packstation von "Lebendiges Land" in Bönstrup zur Stelle und wurde von drei freundlichen Damen begrüßt, die bereits an ihren Packplätzen arbeiteten, um Gemüse, Obst, Brot und Milchprodukte in die "Kisten" zu kriegen.

Das besondere Angebot dieser Firma sind die "ABO-Kisten", welche die Kunden in Angeln und im Raum Flensburg in unterschiedlicher Ausführung bestellen können.

Frau von Appen, die Inhaberin der Firma, wies den Abgeordneten ein, erläuterte ihm die unterschiedlichen Warenströme und Frischhaltevorrichtungen, Kühlkammern und Lieferboxen, um ihn dann beim Packen mithelfen zu lassen.

Die Bestellungen und das Bestücken der ABO-Kisten geschehen nach einem ausgefeilten Computerprogramm, welches auch dafür sorgt, dass die Auslieferer immer genau wissen wem, wo und was geliefert werden soll.

Als die Kisten gepackt sind, hilft Dr. Wodarg dem Fahrer Herrn Kaiser, den bunt bemalten Lieferwagen zu beladen. Die Kisten werden exakt in umgekehrter Reihenfolge eingeladen, in welcher die Auslieferung später gehen soll.

Wodarg bemerkt, dass alles sehr routiniert und fröhlich stressarm abläuft. "Soll ja auch gut für das Gemüse sein", meint er und freut sich auf die Fahrt durchs schöne Angelnland.

Viele kleine Strässchen und Auffahrten, enge Kurven, knickgesäumte Landwege und eine wunderschöne Sommerlandschaft bei offenen Wagenfenstern machen die Tour trotz des vielen Haltens, Aussteigens, Ausladens, Vor-die-Tür-Stellens, Einladens, Einsteigens und Weiterfahrens zu einem netten Sommererlebnis.

Am schönsten sind jedoch die "Schnacks" mit den Kunden. Junge Hausfrauen, alleinstehende ältere Damen und Herren, Mietshäuser, Wochenendhäuschen und Gehöfte - die Kundschaft ist kunterbunt wie der Inhalt der Gemüse-Kisten, die während der Fahrt mit kühlenden feuchten Tüchern abgedeckt bleiben.

"Heute sind das wohl gut 70 Kilometer", meint Herr Kaiser, der aber auch von Touren berichtet, die bis zu 200 Kilometer durchs Land führen. Trotzdem sei dieses System ökologisch sinnvoller, als wenn jede Kundin/jeder Kunde selbst zum Markt und zurück fahren müsste.

Eine ältere Glücksburgerin ist begeistert, sie hat die "Überraschkiste" mit Gemüse aus der Saison abonniert, und war beim letzten Mal von einer Portion dicker Bohnen überrascht worden.

"Das Rezept, welches Sie beigelegt hatten, habe ich ausprobiert", meint sie, "und es hat mir wunderbar geschmeckt!" Das macht Freude und nach vielen Besuchen nähert sich der inzwischen mit leeren Kisten gefüllte Lieferwagen wieder der Packstation in Bönstrup, wo er für die zweite Tour erneut bestückt werden soll und wo die Fahrerin bereits wartet.

Wodarg erhält zur Belohnung für seine Mithilfe einen Becher Kaffee und einen biologisch-dynamischen Eiscreme. "Ich hab gar nicht gewusst, dass es so etwas überhaupt gibt!" staunt er und bedankt sich auch für den ereignisreichen Vormittag bei all den netten Leuten vom "Lebendigen Land".

EINLADUNG: Kein CO2 Endlager! Eine Veranstaltung am Sonntag, 09.08.2009, 15:00 bis 17:00 Uhr in Wanderup

Keine Speicherung von CO2 in der Erde - nicht in Schleswig-Flensburg und nirgends in Deutschland. Das war immer das erklärte Ziel von Dr. Wolfgang Wodarg. Vorläufig wurde es erreicht, doch der Einsatz geht weiter: Wolfgang Wodarg diskutiert dazu am Sonntag in Wanderup u.a. mit Ralf Stegner und dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Michael Müller. Veranstaltungsort ist der "Westerkrug" in der Husumer Straße 26 in Wanderup.

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 06.08.2009, 21:57 Uhr - 4667 Clicks - Nr. 868

Energie ohne Angst

Plädoyer für dezentrale, regenerative Energien und mehr Energieeffizienz:



„Zukunftsfähige Stromversorgung ohne Großkraftwerke“ - über dieses Thema spricht Dr. Hermann Scheer, SPD-Vorstandsmitglied und Träger des alternativen Nobelpreises, am 25. August um 19.00 Uhr im Schützenhof Oldenburg (OH, Göhler Straße 58) mit Bettina Hagedorn, MdB.

Jüngste Störfälle in verschiedenen Atomkraftwerken haben die Unbeherrschbarkeit der Atomenergie wieder in Erinnerung gerufen, das Atommülllager Asse mahnt an die Folgen - für die giftigen Hinterlassenschaften der Konzerne soll mit Milliardenaufwand der Steuerzahler aufkommen. Und schon planen RWE, Vattenfall und E.on den nächsten Coup: CCS - fast ohne eigenes Haftungsrisiko zu Lasten der nächsten Generationen und des Staates soll Kohlendioxid unterirdisch werden und Schleswig-Holstein zur Deponie werden. Die Tür dafür geöffnet hat der ehemalige Schleswig-Holsteinische Wirtschaftsminister und Barsbütteler Bürgermeister Austermann.

Doch es geht auch anders: Die SPD setzt auf eine Energiepolitik der Zukunft durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien, verbesserte Energieeffizienz und eine dezentrale Energieversorgung ohne Großkraftwerke. Hierüber werden die Bundestagsabgeordneten Bettina Hagedorn und Dr. Hermann Scheer mit interessierten Gästen diskutieren.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 07.08.2009, 10:02 Uhr - 9032 Clicks - Nr. 869

1. Nachtragshaushaltsplan genehmigt

Innenminister fordert für 2010 einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen sonst will er den Haushalt nicht genehmigen.

Der Innenminister hat den 1. Nachtragshaushalt 2009 in vollem Umfang genehmigt. Mit der Genehmigung ist jetzt sichergestellt, dass der Kreis seinen Anteil für Schul- und

Straßenbaumaßnahmen aus dem Konjunkturprogramm der Bundesregierung in Höhe von rund einer Million Euro über zusätzliche Kreditaufnahmen finanzieren kann. Zusammen mit dem Investitionszuschuss des Bundes können für Schul- und Straßenbau insgesamt rund 4,3 Millionen Euro für die Jahre 2009 und 2010 zusätzlich investiert werden.

Die Genehmigung war lange verweigert worden. Mit dem Hinweis auf die desolate Finanzsituation des Kreises hatte das Ministerium seine Genehmigung davon abhängig gemacht, dass der Kreis Schritte zur Erhöhung der Kreisumlage einleitet und durchblicken lassen, dass es auch eine Erhöhung erwarte.

Vor dem Hintergrund dringend notwendiger Impulse für die Konjunktur ist für den SPD-Fraktionsvorsitzenden Hannes Birke die Genehmigung sachgerecht, auch wenn noch keine Entscheidung über die Erhöhung der Kreisumlage getroffen wurde.

Die Erhöhung der Kreisumlage und Haushaltskürzungen sind damit nicht „vom Tisch“. In der Genehmigung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Genehmigung des Haushaltes 2010 nicht in Aussicht gestellt werden kann, wenn der Kreis keine entsprechenden Änderungen bei der Kreisumlage vornimmt. Gemeint – so Birke – war damit u.a. die von CDU und FDP vertagte Entscheidung der Erhöhung.

Kritisiert wird in der Genehmigung weiter, dass der Kreis in diesem Jahr einen Beitrag zur dringend notwendigen Verbesserung seiner Finanzlage nicht genutzt hat und stellt fest, dass die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen tiefer greifen müssen, je später sie ergriffen werden. Vom Kreis fordert der Innenminister, dass die Öffentlichkeit von dieser Entwicklung unterrichtet werden soll.

Dass CDU und FDP die Öffentlichkeit über die sich dramatisch zuspitzende Finanzsituation unterrichten werden, glaubt Birke nicht. Er ist sich sicher, die „Wahrheiten“ werden erst nach den Wahlen am 27. September verkündet und – wenn der Kreis in 2010 noch handlungsfähig bleiben will – werden sie für die Städte und Gemeinden, aber auch für Vereine und Verbände einschneidendere Folgen haben als bislang angenommen. Einen anderen Schluss lassen für ihn der Hinweise auf das ungenutzte Jahr 2009 zur Verbesserung der Finanzsituation und auf die tiefer greifende Konsolidierungsmaßnahmen kaum zu.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 07.08.2009, 12:59 Uhr - 1661 Clicks - Nr. 870

„Himmelslaternen in Kiel sofort untersagen“

Für ein umgehendes Verbot von fliegenden Lampions durch die Stadt Kiel haben sich der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner und die feuerwehrpolitische Sprecherin von Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Dagmar Hirdes ausgesprochen. Damit reagierten sie auf das für Ende August angekündigte Verbot von Himmelslaternen durch das Land Schleswig-Holstein.

„Die fliegenden Lampions sind zwar sehr schön anzusehen, aber sie sind auch ein gefährliches Spiel mit dem Feuer“, begründeten die beiden Ratsmitglieder ihre Haltung. In den letzten Wochen haben sie wie in Eutin bereits Brände ausgelöst. Deswegen hatte sich auch der Landesfeuerwehrverband für ein Ende dieses Vergnügens ausgesprochen.

Es ist davon auszugehen, dass Himmelslaternen bis zu ihrem Verbot noch bei vielen Sommerfesten aufsteigen werden. „Wir appellieren an alle Feiernden, vernünftiger-weise schon von sich aus auf dieses Vergnügen zu verzichten. Damit es nicht bis zum landesweiten Verbot noch zu Schäden für Menschen und Gebäude kommt, sollte die Stadtverwaltung im Interesse der öffentlichen Sicherheit die fliegenden Lampions bereits jetzt verbieten“, forderten Wagner und Hirdes. Gleichzeitig schlugen sie vor, dass die Stadt dieses auch im Gespräch mit den Umlandgemeinden anrege, denn die brennenden Himmelskörper machten auch nicht an Gemeindegrenzen halt.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 07.08.2009, 14:38 Uhr - 6719 Clicks - Nr. 871

Das Sozialforum Kappeln hilft, wo staatliche Hilfen nicht ausreichen

Die Sommerpause des Bundestages nutzt der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg auch in diesem Jahr wieder für Praktika und Besuche im Norden. Nach der Flensburger Bahnhofsmision, dem Schlei-Klinikum Schleswig und der Firma "Lebendiges Land" kam jetzt das Sozialforum in Kappeln dran. "Mir macht es Spaß, einfach dabei zu sein und mitzuarbeiten", meint Wodarg, "dabei lernt man am meisten."



Am Anfang kam es zur Frage: Was ist der Unterschied zwischen Sozialzentrum Kappeln und Sozial-Forum Kappeln? Das Sozialzentrum ist eine Einrichtung des Kreises Schleswig-Flensburg und bündelt die behördlichen Funktionen für Empfänger von Leistungen nach SGB II, SGB III, SGB XII sowie weiteren Sozialleistungen für den Raum um Kappeln. Dort erhalten Menschen finanzielle Hilfen und -wenn möglich- Arbeitsvermittlung, Schulungsmaßnahmen, Wohngeld und mehr.

Was macht denn das Sozial-Forum? Im Teamgespräch mit den erfahrenen Sozialarbeitern des Forums erfährt Dr. Wolfgang Wodarg, dass häufig Menschen, die ihre Ansprüche gegenüber ihrem Staat nicht kennen, oder meinen, dass ihnen Unrecht geschehe, Angst haben, sich durch hartnäckiges Nachfragen dort unbeliebt zu machen. "Die kommen dann zu uns und wir klären sie über Ihre Rechte auf, erläutern ihnen, weshalb der Mitarbeiter im Sozialzentrum gar nicht anders kann, als die Gesetze bei allen gleichermaßen anzuwenden, und helfen auch bei Problemen zu Hause - zum Beispiel als erfahrene Schuldnerberaterinnen", erläutert Charlotte Klauder die vielfältigen Tätigkeiten der SozialarbeiterInnen des Kappeler Sozial-Forums und betont dabei die gute Zusammenarbeit in der Region. Auch Schwangerschaftskonfliktberatung, Jugend- und Familienhilfe gehört zum Aufgabenfeld des Vereins, letztere beschäftigt alleine 16 MitarbeiterInnen.

Weiterhin hat sich das Forum erfolgreich um EU-Projekte beworben und bietet in diesem Rahmen Hilfen für Migranten und Kappeler Neubürger sowie fürbancheilte Jugendliche an. Nach einem Rundgang durch das Haus, welches sehr verkehrsgünstig direkt am ZOB gelegen ist, und nach Erkundungsgesprächen mit den gut ausgebildeten Fachkräften aus der Prinzenstrasse 42a fährt Heinz Klauder mit dem prominenten Praktikanten über die Schleibrücke nach Ellenberg.

Hier im sozialen Brennpunkt Ellenberg gibt es ein weiteres Haus des Sozial-Forums. Dort arbeiten Heike Wilhelmsen und Ute Bergfeld gerade in der Küche und ein kleines Mädchen spritzt im hübsch angelegten Garten sich und die Blumenbeete mit einer Gartendusche nass. "Was geschieht hier?" fragt der Bundestagsabgeordnete und schaut sich nach einer kurzen Begrüßungsrunde genauer um. "Das werden Sie gleich erleben", meint Ute Bergfeld, während das nasse Kind sich an sie kuschelt.

Und das stimmte: In der nächsten halben Stunde trudelten nach und nach die hier betreuten Schulkinder ein. Beim Warten auf die letzten drei Schüler hilft Praktikant Wodarg beim Gemüseschneiden in der Küche, baut als überzeugter Pazifist in der Werkstatt mit einem Jungen eine Holzpistole und muss erschrocken feststellen, dass auch die zwei Jungen in der Dachwohnung aus Legosteinen Maschinengewehre herstellen.

Gewalt, Hyperaktivität, schnell wechselnde Aufmerksamkeit, Kontaktprobleme und Scheu, die aus schmerzhaften Erfahrungen und psychischen Verletzungen in den wenigen Jahren ihrer Kindheit herrühren mag, das sind zum Beispiel Hintergründe dieser Kinder, die auffällig wurden und die jemanden brauchen, der mehr Zeit für sie hat. Heike Wilhelmsen und Ute Bergfeld haben das volle Vertrauen der Kinder, ja, es sieht so aus, als würden sie sogar geliebt. Jedenfalls fühlen sich die Kinder jetzt, nach dem anstrengenden Schulvormittag so richtig wohl in ihrer Ellenberger Gemeinschaft. Die Kinder seien von ihren Lehrern in vielen Fällen als "untragbar" für die Klasse eingestuft worden, vielen von ihnen wurden Psychopharmaka verordnet und viele sind wegen ihres oft nur vorübergehend auffälligen Verhaltens in ärztlicher Behandlung. Das ist schwierig, aufwendig und hilft auch meistens nicht, die Ursachen der Verhaltensprobleme wirklich anzugehen.

"Schulstörer" ist ein böses Etikett! Das tragen einige der Kinder, mit denen der Abgeordnete jetzt eine selbstgemachte Pizza verspeist, seit Jahren auf der Stirn. "Wenn jemand irgendwo stört, dann hat das immer mindestens zwei Seiten, und der, der sich als Störer titulieren lassen muss, ist meistens der Schwächere", sagt der Sozialdemokrat Wodarg. Die beiden Pädagoginnen wissen: Eine Schule, die sich wegen knapper Zeitpläne, zu wenig Lehrkräften, fehlender Möglichkeiten individueller Betreuung der einzelnen Schüler und mangelnder Einbeziehung des familiären Umfeldes auf die Vermittlung von vorgegebenen Lehrplänen beschränken muss, wird nun mal zum Härte-test für Schulpflichtige.

Und wer durchfällt, muss zum Psychiater oder findet -wenn sie oder er Glück hat - liebe Menschen, welche versuchen, das zu kompensieren, was unser Bildungswesen fallen lässt. Psychiater, Sozialarbeiter, Aufbauwerke, Rehabilitationsmaßnahmen, Sonderbildungsstätten, Testverfahren, Eingliederungskurse - die Maßnahmenkarriere jener Jugendlichen, die in der Schule nicht "funktionieren" macht unruhig und sollte Anlass sein, zu fragen, ob das in anderen Ländern auch so ist.

Die Zahl der für das Berufsleben "untauglichen" Schulabgänger sei in Deutschland weitaus größer als bei unseren Nachbarn in Europa und führe zu einer nicht hinnehmbaren Schwächung unserer ganzen Gesellschaft. Wenig Hochschulabsolventen, zu viel arbeitslose Jugendliche, das seien die Warnzeichen eines defizitären Bildungswesens, meint Dr. Wodarg.

"Wir müssten die Kinder bereits in der Schule auffangen und stärken. Wir brauchen -wie Frankreich oder Skandinavien- viel mehr Ganztagsangebote, einen entspannteren Schulalltag, mehr Zeit und mehr Lehrer für die Kinder. Auch die Sozialarbeit sollte integrales Angebot schon

in der Schule sein. Denn wenn wir die Renten sichern wollen, dann müssen wir mehr für die Bildung unserer Kinder tun!", mahnt Wodarg, der sich darüber ärgert, dass die Bundesländer und ihre Kultusministerkonferenz nicht über den eigenen Schatten springen können. "Der Bund will in Bildung investieren, darf aber nur die Schulfenster isolieren und die Dächer gegen Kälte dämmen", kritisiert er die fehlende konzertierte Aktion für bessere Bildung in Deutschland.

Im Essraum hängen Bilder der Kinder, auf welchen die gute Seite und die schlechte Seite des Lebens dargestellt sind. Ein Bild zeigt zwei Kämpfende. "Der hat eine Atombombe!", erklärt der kleine Künstler respektvoll. "Die Atombombe sehe ich nicht, ich sehe nur, der Junge hat Talent", sagt Wodarg. Nach Rücksprache mit den Pädagogen kauft der Abgeordnete dem Jungen das Bild für 5 Euro ab. Der ist erst fassungslos und hüpfte dann vor Glück durch den ganzen Garten und strahlt wie ein Honigkuchenschaukelpferd.

Der kleine Pistolenbauer betrachtet sein Werk nachdenklich und Wodarg gibt ihm einen Euro für seine Holzpistole: "Wenn Du etwas Friedliches bauen würdest, könntest Du dafür mehr kriegen", versucht er ihn zu locken. "Abrüstung tut Not", lächelt der Abgeordnete. Der kleine Maler und auch andere Kinder wollen jetzt ganz viel malen und Wodarg verabredet mit den Kindern und ihren Betreuern eine Versteigerung zu veranstalten, wenn sie genügend Bilder gemalt hätten.

"Es ist schön, dass Kinder merken, dass ihre Arbeit etwas wert ist", sagt Heinz Klauder.

Wodarg bedankt sich: "Die Arbeit des Sozial-Forums ist segensreich und notwendig, und ich hoffe, dass Ihre Sozialarbeit bald noch früher ansetzen kann und schon in den Schulen dafür sorgen kann, dass alle Kinder dort mehr zu ihrem Recht kommen."

EINLADUNG: Über Slums und Millionäre – Wodarg im Capitol Kino Kappeln

Nach Vorführung des Films „Slumdog Millionär“ von Danny Boyle am Sonnabend, den 8. August um 20:45 Uhr im Capitol Kino in Kappeln, einem erfolgreichen Film, der trotz schöner Bilder schonungslos und authentisch auch die Armut und Gewalt in den großen Slums Mumbais zeigt, wird der Entwicklungspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg Informationen aus eigenen Erlebnissen über die besorgniserregenden Zustände in den Slums der Entwicklungsländer geben und mit interessierten Zuschauern über Möglichkeiten der Hilfe und politisch notwendige Maßnahmen der Armutsbekämpfung diskutieren.

EINLADUNG: Kein CO2 Endlager! Eine Veranstaltung am Sonntag, 09.08.2009, 15:00 bis 17:00 Uhr in Wanderup

Keine Speicherung von CO2 in der Erde - nicht in Schleswig-Flensburg und nirgends in Deutschland. Das war immer das erklärte Ziel von Dr. Wolfgang Wodarg. Vorläufig wurde es erreicht, doch der Einsatz geht weiter: Wolfgang Wodarg diskutiert dazu am Sonntag in Wanderup u.a. mit Ralf Stegner und dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Michael Müller. Veranstaltungsort ist der "Westerkrug" in der Husumer Straße 26 in Wanderup.

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 08.08.2009, 11:09 Uhr - 3459 Clicks - Nr. 872

SPD KROPP: Wahlkampfziel Nr.1 erreicht!
Aufstieg durch Bildung! Ab 01. August 2009
Grund- und Gemeinschaftsschule Kropp

Die SPD-Fraktion KROPP hat am 01. August 2009 zusammen mit der Fraktion der AWK gegen massiven und hinhaltenden Widerstand der Kropper CDU-Fraktion ihr

Wahlkampfziel Nr.1, die Einrichtung einer Grund- und Gemeinschaftsschule in Kropp erreicht.

Somit ist Wirklichkeit geworden, was Ende 2007 kaum einer für möglich gehalten hätte, die Pläne der CDU, eine Regionalschule im Unterzentrum Kropp einzurichten, zu stoppen und dem Ort und seiner Umgebung eine echte Perspektive für den Schülernachwuchs zu bieten.

Zum kommenden Schuljahr werden 4 Klassen mit jeweils 25 Schülern den 5. Jahrgang der Gemeinschaftsschule beginnen.

Von hier alles Gute für Schüler, Lehrer und Schulleitung.

Auf die SPD Kropp ist Verlass.

Sie wird die weitere Entwicklung der neuen Schulart in Kropp mit konstruktiven Vorschlägen an den Schulträger begleiten, damit zur Zufriedenheit aller die Grund-und Gemeinschaftsschule Kropp ein Vorzeigeobjekt wird.



Joachim Tschesch
Pressesprecher
SPD-Fraktion Kropp

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 08.08.2009, 15:00 Uhr - 7114 Clicks - Nr. 873

Wodarg im Capitol Kino Kappeln: Über Armut, Slums und Millionäre

Nach Vorführung des Films "Slumdog Millionär" heute um 20:45 Uhr im Capitol Kino Kappeln, einem erfolgreichen Film, der trotz schöner Bilder authentisch die Armut und Gewalt in den großen Slums Mumbais zeigt, wird der Entwicklungspolitiker Dr. Wolfgang Wodarg aus eigenen Erlebnissen über die besorgniserregenden Zustände in den Slums der Entwicklungsländer berichten und mit interessierten Zuschauern über Möglichkeiten der Hilfe und politisch notwendige Maßnahmen der Armutsbekämpfung diskutieren.



BILD: Vandana Shiva mit Wolfgang Wodarg in

Berlin, Juni 2009

Als Anregung, hier ein lesenswertes Plädoyer von Vandana Shiva.

Vandana Shiva ist in ihrer Heimat Indien vor allem durch ihr Engagement für die Rechte der indischen Urbevölkerung bekannt geworden. Die indische Bürgerrechtlerin ist Vordenkerin des Ökofeminismus und eine der bekanntesten Widersacherinnen gegen die Patentierung von Saatgut und Medikamenten. Sie hat den alternativen Friedensnobelpreis erhalten.

Wider die Angst. Satyagraha - oder: Warum es zivilen Ungehorsam braucht, um unsere Allgemeingüter zu verteidigen - von Vandana Shiva

Eine der größten Herausforderungen für Solidarität heute ist der Umgang mit den Erfindungen und Konstrukten, die der Kapitalismus geschaffen hat, um uns, unsere Welt und unser Denken zu beherrschen. Ich komme aus Indien. Unser Land wurde jahrzehntelang von der East India Company beherrscht, einer der ersten Kapitalgesellschaften überhaupt. 1857 gab es unsere erste Unabhängigkeitsbewegung. Der Aufstand scheiterte, aber er brachte das Ende der Herrschaft der East India Company. Die Herrschaft der internationalen Konzerne hat für die Menschen in Indien bereits Züge der totalen Kontrolle über Handel und Wirtschaft angenommen, so wie sie einst die East Indian Company ausübte. Damals hatten wir die East Indian Company, jetzt haben wir Saatguthersteller, Pharmamultis, chemische und biogenetische Bigplayer, die unser Land regieren.

Immer deutlicher wird, dass das Gesundheitswesen und die Lebensmittelversorgung weltweit von fünf Konzernen bestimmt werden. Aus meiner Sicht ist das Diktatur und keine Wirtschaftsdemokratie. Ein Wandlungsprozess hat stattgefunden. Die Demokratie ist nicht mehr vom und für das Volk, sondern von und für die Konzerne. Wenn wir uns heute hier mit einer Neubestimmung von Solidarität beschäftigen, dann müssen wir mit dieser Herrschaft der Konzerne umgehen. Wenn wir darüber nicht reden, werden wir nicht die nächsten Schritte auf dem Weg zur Verteidigung unserer Freiheiten und zu unserer Befreiung bestimmen können.

Jetzt werden auch an uns die Limousinen, die Mercedesse und BMWs verkauft und dafür muss noch der letzte Rest Stahl und Aluminium verbraucht werden. Wir befinden uns im letzten Stadium unternehmerischer Habgier. Es richtet sich direkt gegen die sozialen Existenzrechte der Armen. Dieser Angriff erfolgt manchmal indirekt, aber auch unverblümt und offen, denn sie nehmen sich einfach die Allgemeingüter, die Commons. Sie privatisieren die Lebens- und Existenzgrundlagen der Menschen und machen sie zum Eigentum der Unternehmen.

Nehmen wir die Beispiele Medizin und Saatgut. Die Patente reichen durch die Regulierungen der Welthandelsorganisation (WTO) und die Vereinbarungen über geistiges Eigentum (TRIPS) so weit, dass die Konzerne, die Patenthalter, nicht ruhen werden, bis sie jedes lebende System auf diesem Planeten monopolisiert haben.

Meine Tätigkeit ist darauf ausgerichtet, dass Lebensgrundlagen nicht privatisiert werden, dass Bauern das Recht auf Reproduktion von Saatgut haben, dass wir pharmazeutische Produkte selbst herstellen können. Denn unsere eigenen Medikamente kosten hundertmal weniger als die der großen internationalen Unternehmen.

Wir befinden uns mitten in einer Lebensmittelkrise. Die Financial Times und das Wall Street Journal berichten von einem neuen Plan der Weltbank. Aber der neue Plan der Weltbank ist der alte Plan, der diese Ernährungskrise verursacht hat. Nun sollen unsere Steuergelder dafür

eingesetzt werden, um genetisch verändertes Saatgut und Düngemittel noch höher zu subventionieren und um sie noch schneller im Süden einzusetzen. Subventioniert werden auch Suez, Vivendi und RWE, die ganz scharf darauf sind, jeden Tropfen Wasser zu privatisieren. Für alle Lebensbereiche sind die Pläne genau ausgearbeitet. Diese Konzerne wissen, was sie wollen. Wenn es ihnen gelingt durchzusetzen, dass jeder Bauer jährlich Lizenzgebühren für Saatgut bezahlt, dann haben sie einen globalen Markt, der drei Billionen Dollar hergibt. Diese Gewinne sind definiert und eingeplant. Und deshalb werden sie jede Form des Terrors, des Angstschürens und der Einschüchterung nutzen, um die Bauern zu zwingen, ihre Freiheiten aufzugeben.

Vor ein paar Jahren hatte ich in Leipzig in einer Kirche eine Diskussion, an der auch der deutsche Bauer Josef Albrecht teilnahm. Er wurde verklagt, weil er es wagte, Saatgut selbst herzustellen und es mit seinen Nachbarn zu teilen. Die Konzerne wollen, dass weltweit alle Bauern jedes Jahr Saatgut nur bei ihnen kaufen. In den USA wurde gegen 500.000 Bauern geklagt. In Indien haben 200.000 Bauern deshalb Selbstmord begangen.

Die Privatisierung von Wasser bringt Milliardenprofite. Ein ungeheures Geschäft mit einem existentiellen Bedürfnis der Menschen, das nun zu Marktpreisen befriedigt werden soll. Was Marktpreise bedeuten, wissen wir. Coca Cola stiehlt jeden Tag zwischen 1,5 und 2 Millionen Liter Wasser, jede einzelne Coca-Cola-Niederlassung nimmt sich ihr Wasser. Es brauchte den Mut einer Frau aus Kerala, die sich dagegen wehrte, dass sie jeden Tag noch mehr Meilen laufen musste, um an Trinkwasser zu kommen, während Coca Cola es einfach nahm und verschmutzt zurückließ. Sie hat zusammen mit weiteren zehn Frauen vor sechs Jahren eine Aktion zivilen Ungehorsams vor den Werkstoren von Coca Cola begonnen. Daraus entstand eine zivilgesellschaftliche Bewegung, der es am Ende gelang, die Schließung des Werkes zu erreichen.

In diesem Kampf taten wir das, was Gandhi 1930 getan hat, als die Briten das Salz monopolisieren wollten. Sie hatten ein Gesetz erlassen, in dem sie uns die Salzgewinnung verboten. Gandhi ging damals an den Strand, hob das Salz auf und sagte: "Die Natur gibt es umsonst, wir brauchen es für unser Überleben, wir werden damit fortfahren, unser Salz herzustellen. Wir werden eure Gesetze missachten." Diese Gesetzesübertretung nannte er Satyagraha - ein ethisches Prinzip, mit dem er zuvor schon in Südafrika seine Regelverweigerung, seinen Gesetzesbruch, seinen Widerstand gegen die Apartheid begründete. (Satyagraha bedeutet so viel wie: das unbeirrte Festhalten an dem, was sein soll, weil es wahr ist. Ein Aufruf zu zivilem Ungehorsam auch gegen herrschende Gesetze.)

Und jetzt, hundert Jahre später, stehen wir hier und überlegen, wie wir gegen die Diktatur der Konzerne vorgehen können, die uns alle unsere Freiheiten rauben will. Eine der Illusionen, die sie uns verkaufen, ist, dass es mehr ökonomische Freiheit bringen würde, wenn wir wirtschaftliche Unabhängigkeit aufgeben. Sie ersetzen unsere Freiheiten als Arbeiter, als Angestellte, als Bauern, als Krankenschwestern, als Ärzte durch das Recht der Supermärkte, das Recht und die Freiheit zu kaufen. Wir werden zu Konsumenten reduziert. Der Konsumismus soll unsere Erfahrung der Freiheit sein und damit partizipieren wir am Katastrophenkapitalismus.

Der Konsumismus ist für unseren Planeten ein Krebsgeschwür im Endstadium. Er hat einen unstillbaren Appetit auf unsere Ressourcen und unsere Allgemeingüter, unsere Commons. Solidarität heißt deshalb heute, unsere Allgemeingüter auf lokaler und globaler Ebene zu verteidigen. Wir müssen die kleinen Seen eines winzigen Dorfes genauso verteidigen wie die Atmosphäre unseres Planeten, die durch den Emissionshandel privatisiert wird. So hat Nicholas Stern im Klima-Bericht der britischen Regierung klar formuliert: "Emissionshandel bedeutet

Eigentumsrechte an der Atmosphäre." Aber wer bekommt diese Eigentumsrechte? Die Verschmutzer. Eigentlich besagen die bislang geltenden Umweltschutz-Gesetze, dass der Verschmutzer zahlen muss. Der Handel mit Emissionen stellt dieses Gesetz auf den Kopf. Nun wird der Verschmutzer bezahlt.

Wenn wir unsere "Commons" verteidigen wollen, können wir nicht schweigend abseits stehen, wenn Staaten, die von Konzernen regiert werden, unseren Reichtum untereinander aufteilen und damit unsere Zukunft gefährden. Diese Solidarität, die notwendig ist, um unsere lebensnotwendigen Allgemeingüter zu verteidigen, geht über den bisherigen Begriff von Solidarität hinaus.

Früher genügten uns einfache Gewerkschaften, aber in Zeiten, in denen das Kapital global agiert und keine Grenzen mehr kennt, müssen auch wir Grenzen überwinden. Niemand kann alleine gleichzeitig überall sein, deshalb müssen wir durch unsere Solidarität überall gegenwärtig sein. Die neue Solidarität muss eine Allianz der Solidarität in der Vielfalt sein. Unsere Bewegung vereint Bauern und Konsumenten: Bauern sind nicht länger nur Produzenten, Konsumenten nicht länger nur Esser. Konsumenten und Produzenten zusammen müssen einen Plan entwickeln, der allen Nahrung und Gesundheit bietet. Und es funktioniert, wir müssen nicht warten, bis die Staaten ihre Politik ändern, und dann eine andere Ernährungspolitik betreiben.

Wie Sie wissen, verlegen Firmen wie Mercedes Benz oder BMW Teile ihrer Produktion nach Indien, sie alle brauchen Land. Das Land, auf dem diese Fabriken gebaut werden, stehlen sie den armen Bauern. Kürzlich hatte ich ein Gespräch mit einem Vertreter der Gewerkschaften von FIAT. Sie solidarisieren sich mit den Bauern, die von Tata und FIAT in Singur ausgeblutet werden. Wer hätte sich vor 10 Jahren vorstellen können, dass Gewerkschaften eines Autoherstellers mit einfachen Bauern um die gleichen Ziele kämpfen?

Wenn wir realisieren, dass Vielfalt kein Hindernis für die Solidarität darstellt, werden sich ganz neue Wege eröffnen, auf dieser Welt zu leben. Wir nennen es "Erdendemokratie". Wir müssen das Definitionsrecht, was Menschsein auf diesem Planeten im Jahr 2008 bedeutet, zurückfordern. Dabei müssen wir alle mit einbeziehen, denen Nahrung verweigert wird, oder die Opfer ungerechter Kriege sind, die auf diesem Planeten geführt werden. Und während wir alle gemeinsam solidarisch nach einer Lösung suchen, müssen wir unerschrocken gegen den Diebstahl unseres gemeinsamen Reichtums, unserer Commons, vorgehen.

Der letzte Widerstand ist der Widerstand gegen die Angst. Wir müssen klarmachen, dass wir nur die Gesetze anerkennen, die auf Gerechtigkeit und Ökologie basieren und nicht die der Konzerne. Solche Gesetze werden tagtäglich geschaffen, um unser Leben zu kontrollieren und uns davon abzuhalten, aktiv zu werden. Sie reduzieren uns auf die Angst. Das ist Faschismus, das ist das endgültige Ende der Freiheit, die wir so sehr brauchen. Wir können uns nicht leisten, dass das Prinzip der Angst die Welt beherrscht, als letzter Weg, um eine Menschheit, die sich nach Freiheit, Gemeinsamkeit und Solidarität sehnt, zum Schweigen zu bringen.

Von Vandana Shiva (vorgetragen bei einer Konferenz von medico international, 2008)

EINLADUNG: Kein CO2 Endlager! Eine Veranstaltung am Sonntag, 09.08.2009, 15:00 bis 17:00 Uhr in Wanderup

Keine Speicherung von CO2 in der Erde - nicht in Schleswig-Flensburg und nirgends in Deutschland. Das war immer das erklärte Ziel von Dr. Wolfgang Wodarg. Vorläufig wurde es erreicht, doch der Einsatz geht weiter: Wolfgang Wodarg diskutiert dazu am Sonntag in Wanderup u.a. mit Ralf Stegner und dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Michael Müller. Veranstaltungsort ist der "Westerkrug" in der Husumer Straße 26 in Wanderup.

WWW.WODARG.DE

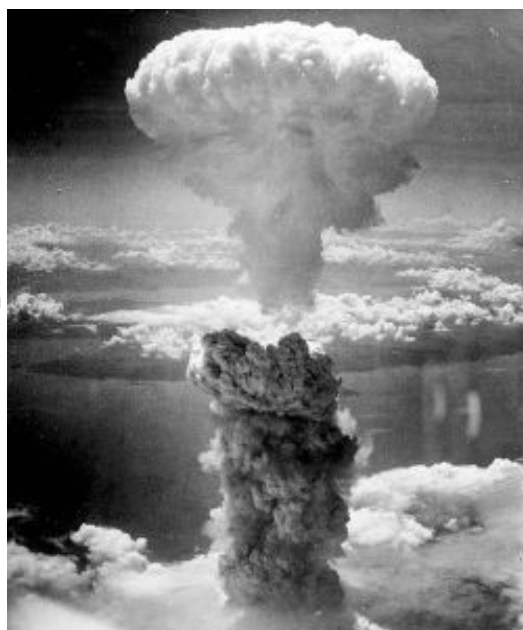
Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 09.08.2009, 17:55 Uhr - 6333 Clicks - Nr. 874

Eine Welt ohne Atomwaffen!

Zum "Hiroshima- und Nagasaki-Tag" am 6. bzw. 9. August erinnern weltweit Opfer, Hinterbliebene und Friedensaktivisten an den nunmehr 64. Jahrestag der Atombombenabwürfe von 1945. Die Initiative "Friedensmarsch für Hiroshima" organisiert in diesem Jahr einen Fußmarsch von der Nord- bis zur Südspitze Deutschlands. Heute war die Marschgruppe, die bereits am Donnerstag an der Sylter Nordspitze gestartet ist, in Flensburg.

Sie startete gegen 06.30 Uhr in Medelby und traf gegen 10.30 Uhr am Flensburger ZOB ein, wo die Friedensmarschierer, zusammen mit anwesenden Friedensbewegten aus Flensburg um 11:02 Uhr des Bombenabwurfs am 09. September 1945 über Nagasaki gedenkten und Unterschriften für eine atomwaffenfreie Welt gesammelt haben.



Am 6. August 1945 um 8 Uhr morgens befiehlt der Präsident der Vereinigten Staaten den Abwurf der ersten Atombombe - auf Hiroshima. Am 9. August 1945 wurde die 2. Atombombe auf Nagasaki abgeworfen. In nur wenigen Sekunden starben 155.000 Menschen. Weitere 110.000 Menschen starben innerhalb weniger Wochen an den Folgen der radioaktiven Verstrahlung, zahlreiche weitere an Folgeschäden in den Jahren danach. Die Städte wurden verheert.

Die Vereinigten Staaten versuchten zwar ein nukleares Monopol zu erhalten, dennoch gelang es der Sowjet Union bereits 1949 ihre eigene Atombombe zu zünden. Seither haben auch Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan und Nordkorea Atombomben entwickelt. Auch Israel dementiert nicht, über Atomwaffen zu verfügen. Ca. 30.000 Atomsprengköpfe bedrohen heute die gesamte Menschheit.

In diesen Wochen sammeln tausende Friedensbewegte in aller Welt Unterschriften unter den "Appell für eine von Kernwaffen befreite Welt". Die Listen sollen am 2. Mai 2010 den Staatsmännern und -frauen überreicht werden, die sich dann in New York versammeln, um

über eine Aktualisierung des Atomwaffensperrvertrages zu verhandeln.

Nachdem auch Präsident Obama sich in seiner Prager Rede zum Ziel der Abschaffung aller Atomwaffen bekannt hat, sollte Deutschland mit dem Abzug der verbliebenen 20 US-Atombomben im Fliegerhorst Büchel/Eifel beginnen können!

"Um atomare Katastrophen in Zukunft zu verhindern, müssen wir heute handeln. Dafür muss das Bewusstsein für die gewaltfreie Lösung von Konflikten gestärkt werden. Ich unterstütze ausdrücklich die Forderung nach einer weltweiten nuklearen Abrüstung und freue mich über die zunehmende Zahl der Menschen in aller Welt, die offen und vielfältig alle Formen der Gewalt zurückweisen", sagt der Bundestagsabgeordnete und überzeugte Friedensaktivist Dr. Wolfgang Wodarg, der gemeinsam mit dem SPD-Kreisvorsitzenden Helmut Trost gekommen war. Wodarg wies in einer kurzen Ansprache darauf hin, dass Hiroshima und Nagasaki Verbrechen gegen die Menschlichkeit waren, die ohne eine heute übliche mediale Begleitung blieben und uns heute deshalb weit weniger im Gedächtnis und vor Augen stehen, als so manch ein schreckliches Ereignis danach.

"Wir dürfen das Unfassbare nicht verdrängen, sondern müssen versuchen uns immer vor Augen zu halten, welche Verantwortung Politik für den Schutz der Menschen auf diesem Planeten angesichts solch gewaltiger technischer Möglichkeiten der Selbstzerstörung hat", mahnte Wodarg und bedankte sich bei den Abrüstungswanderern für ihren wichtigen Einsatz.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 10.08.2009, 11:09 Uhr - 5380 Clicks - Nr. 875

Einigkeit im Norden: Kein CO 2-Lager vor den Toren Flensburgs

Glasklare Ansage von Ralf Stegner:

"Gegen den Willen der Bevölkerung wird es mit einer SPD-Landesregierung kein CO 2-Lager vor den Toren Flensburgs geben."

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der drei SPD-Kreisverbände aus dem nördlichen Landesteil machte der SPD-Spitzenkandidat deutlich, dass man diesen politischen Irrweg nicht mitgehen wird.

Gast der SPD aus Flensburg sowie den Kreisen

Nordfriesland und Schleswig-Flensburg waren u.a. Werner Asmus, Sprecher der Bürgerinitiative, Dr. Wolfgang Wodarg, Hanno Fecke, Dr. Gitta Trauernicht und Michael Müller. Michael Müller, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, machte klar:

"Ökologiepolitik heißt Ökoprobeme vermeiden, heißt nach vorne zu schauen. Ich will, dass wir das energie- und rohstoffeffizienteste Land der Welt werden." Die CCS-Technologie sei dazu kein Beitrag. "CCS funktioniert unter Klimaschutzgesichtspunkten nur dann, wenn es absolut dicht ist. Ich kenne aber keine Studie, die nicht von sogenannten Leckagen ausgeht. Es gibt kein absolut sicheres Lager", erläuterte der Staatssekretär. --

Foto: Gemeinsam gegen ein CO 2-Endlager vor den Toren Flensburgs: Horst Deyerling, Ralf Stegner, Gitta Trauernicht, Kreisvorsitzender und Landtagskandidat Helmut Trost (v.l.n.r.).



Keine Kommentare

Perspektiven nach der Schule – Ausbildung und Arbeit organisieren

Der Schritt von der Schule ins Berufsleben ist letztlich der Schlüssel für die Lebens- und Zukunftschancen junger Menschen. Dem Rechnung tragend hat das Bundeskabinett am 9. Januar 2008 das Konzept „Jugend – Ausbildung und Arbeit“ verabschiedet. Es ist ständige Aufgabe von Politik und Gesellschaft, weiter für verbesserte Rahmenbedingungen zu sorgen.



Diskussionsveranstaltung am 19. August in Bargteheide (19.30 Uhr, Stadthaus, Am Markt 4)

Zu einer Diskussionsveranstaltung über die Bildungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion lädt der Stormarner SPD-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Staatssekretär Franz Thönnies am 19. August um 19.30 Uhr in den Großen Veranstaltungssaal des Stadthauses (Am Markt 4) ein.

Künftig strebt die SPD eine Berufsausbildungsgarantie an. Über das Erreichte, Ziele und Maßnahmen können interessierte Gäste mit Franz Thönnies, Dr. Ernst Dieter Rossmann (MdB, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) und Uwe Teut (DGB Stormarn) diskutieren. Moderiert wird die Veranstaltung von der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD Stormarn, Susanne Danhier.

Keine Kommentare

Susanne Danhier fordert Rainer Wiegand heraus

Von Urlaub keine Spur. Der vorgezogene Landtags-Wahlkampf fordert Spontanität und Einsatz der SPD-Landtagskandidatin Susanne Danhier aus Bargteheide. Doch das ist für die Stormarner Sozialdemokratin, die für den Landtags-Wahlkreis Stormarn-Nord antritt, nichts Ungewöhnliches.



Da Susanne Danhier in den Ferien keine Reise geplant hatte, hat sie jetzt richtig Zeit zum Durchstarten in den Wahlkampf. Die Erfahrungen, die sie aus dem Bargteheider Bürgermeister-Wahlkampf vor zwei Jahren ziehen konnte, kommen ihr heute zugute. „Ich weiß, wie Wahlkampf geht“, sagt sie selbstbewusst. Ganz nah will sie bei den Menschen und deren Problemen sein. In den Städten und Gemeinden ihres Wahlkreises will sie die Bürgerinnen und Bürger an Infoständen auf den Marktplätzen informieren und Fragen beantworten. „Ich weiß, wie die Menschen in unserer Region denken und was sie sich wünschen“, sagt sie, die seit 15 Jahren mit ihrer Familie in Bargteheide lebt und seit 30 Jahren als Diplom-Pädagogin mit Familien arbeitet. Welche Bereiche will sie als Landtagsabgeordnete bevorzugt nach vorne bringen? Die Positionierung des Stormarner Wirtschaftsstandortes in der Metropolregion Hamburg – Lübeck steht für sie im Vordergrund. „Wichtig ist, dass die Region wirtschaftlich so stark bleibt, wie sie ist“, unterstreicht die stellvertretende Stormarner SPD-Kreisvorsitzende, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Bargteheide und Vorsitzende des Bargteheider Wirtschaftsausschusses. Ihr Augenmerk richtet sie dabei bevorzugt auf die mittelständischen Betriebe. „Wirtschaftspolitik

ist für mich gleichzeitig auch Arbeitsmarktpolitik", sagt sie. Hier will sie sich eng mit Franz Thönnies, MdB und Parlamentarischer Staatssekretär für die SPD beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, zusammen arbeiten.

Darüber hinaus will sie sich stark machen für ein kostenloses Recht auf Bildung für alle Kinder vom Kindergarten bis zur Studienzeit. „Das darf nicht abhängig sein vom Geldbeutel der Eltern.“ Als Politikerin und Mutter hält sie den Blick auch auf die Umweltpolitik gerichtet: „Unsere Welt soll auch in 50 und 100 Jahren noch lebenswert sein“, sagt sie.

Die kämpferische Stimmung beim Landesparteitag der SPD Schleswig-Holstein am vergangenen Wochenende hat der SPD-Landtagskandidatin gut gefallen. "Ralf Stegner ist ein starker Spitzenkandidat", lautet ihr Eindruck. „Wir bekommen einen intensiven und kurzen Wahlkampf, das war spürbar in Lübeck.“

Der Tatsache, dass Rainer Wiegand als Finanzminister den in die Kritik geratenen 2,9 Millionen-Vertrag für den HSH-Chef Jens Nonnenmacher mitgetragen hat, steht sie missbilligend gegenüber. "Damit hat er das Vertrauen der Bürger in die Politik untergraben." Ziel der SPD-Landtagskandidatin ist es, Wiegand im Wahlkreis Stormarn-Nord herauszufordern und ein Direktmandat für die SPD zu erhalten.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 11.08.2009, 07:22 Uhr - 8439 Clicks - Nr. 878

Andrea Nahles kommt nach Pinneberg

Stellvertretende SPD-Vorsitzende diskutiert über „Gute Bildung“

Mit einem echten Knüller starten die Kreis Pinneberger Sozialdemokraten die „heiße“ Sechs-Wochen-Phase vor der Bundestagswahl: Auf Einladung ihres Fraktionskollegen Dr. Ernst Dieter Rossmann kommt am Sonnabend, dem 15. August, um 19 Uhr die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Andrea Nahles in die Kreisstadt. Im Rahmen eines „Sommergesprächs“ im Rathaussitzungssaal wird die rote Spitzenfrau sich gemeinsam mit Rossmann der Diskussion über das Thema „Gute Bildung – Zukunft für unser Land“ stellen und die Konzepte der SPD für das nächste Jahrzehnt vorstellen.

Die Sozialdemokraten laden zur Teilnahme herzlich ein.



Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 11.08.2009, 09:42 Uhr - 7334 Clicks - Nr. 879

SPD-Senioren gegen Studiengebühren

Die Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus Kreisverband Rendsburg – Eckernförde begrüßt den Beschluss des Bundeskongresses zur bundesweiten Abschaffung von Studiengebühren. Auf ihrem 8. ordentlichen Bundeskongress in Erfurt machten die älteren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deutlich, dass sie Chancengleichheit für alle Kinder wollen - nicht nur für die Kinder gut betuchter Eltern.

Im Sinne der Generationensolidarität setzen sich hier die Älteren für die Zukunftsperspektiven der Jüngeren ein. „Diese Forderung entspricht dem Motto des Kongresses Gemeinsam Zukunft gestalten“, so der Kreisvorsitzende Hans Peter Robin, „außerdem unterstreichen die SPD-Senioren ausdrücklich die Forderung nach gebührenfreier Bildung im SPD-Regierungsprogramm“.

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 11.08.2009, 12:17 Uhr - 2419 Clicks - Nr. 880

Mit dem Fahrrad durch Reinbeks Norden

Unter Leitung des langjährigen Reinbeker SPD-Stadtverordneten Hermann Becker erkundeten am 8. August 2009 knapp dreißig Kommunalpolitiker sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger mit dem Fahrrad die Stadtteile Schönningstedt und Ohe sowie die Acker- und Grünflächen im Norden Reinbeks. Gesa Tralau, SPD-Bundestagskandidatin, und Martin Habersaat, Landtagskandidat der SPD in Reinbek, nutzen diese Radtour durch den Norden Reinbeks, um sich vor Ort mit dem Strukturwandel dieser bis vor wenigen Jahren von der Landwirtschaft geprägten Stadtteile Reinbeks vertraut zu machen.



Einig waren sich die bei der Radtour anwesenden SPD-Kommunalpolitiker, dass sie den Erholungs- und Freizeitwert dieses Teils der Schlossstadt bewahren und vorsichtig erhöhen wollen. Zwei konkrete Vorhaben wurden in diesem Zusammenhang angesprochen: Zum einen soll der Wanderweg nördlich von Ohe durch das vorzeitliche Gräberfeld wieder so hergerichtet werden, dass er von Fußgängern und Radfahrern problemlos genutzt werden kann. Zum anderen soll darauf gedrungen werden, dass die vom Kalksandsteinwerk in Neuschönningstedt im Rahmen des Kiesabbaus westlich von Ohe gegebene Zusage, dort einen Wanderweg zwischen der Straße Am Sportplatz und den Oher Tannen zu schaffen, kurzfristig eingelöst wird. Volker Müller, SPD-Fraktionsvorsitzender in Reinbek, kündigte entsprechende Anträge für die kommenden Ausschussberatungen an.

„Wir wollen den Freizeitwert Reinbeks für seine Bürger und für auswärtige Gäste erhöhen. Gerade bei schönem Wetter zeigt sich, dass die Naherholung für die Gaststätten unserer Stadt auch ein Wirtschaftsfaktor sein kann“, so Müller bei dem die Radtour abschließenden Umtrunk in Schönningstedts Rasthof an der Königstraße.

Mehr Bilder zur Tour finden Sie [hier](#).

Keine Kommentare

Friedensmarschierer in Flensburg: Gedenkminute am ZOB

64 Jahre nachdem der hundertausendfache Tod über Hiroshima und Nagasaki heranbrach, erinnert eine Gruppe von Friedensaktivisten an eines der schrecklichsten Ereignisse der Geschichte. Die Initiative "Friedensmarsch für Hiroshima" organisiert einen Gedenkmarsch, der von der Nord- bis zur Südspitze Deutschlands führt.



Am 9. September führte sie ihr Weg durch Flensburg. Um 11.02 Uhr fand eine Gedenkminute am ZOB statt, an der auch der SPD-Kreisvorsitzende Helmut Trost und der SPD-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg teilnahmen. Helmut Trost zeigt die Fahne der Friedensaktivisten: "Friedensmarsch für eine Welt ohne Atomwaffen!"

--

(Foto: Wolfgang Wodarg)

Keine Kommentare

Mühlenfest in Glinde

Kupfermühle Glinde - Rund um die Mühle ist in Glinde so einiges los. Jetzt fand das jährliche Mühlenfest statt; Landtagskandidat Martin Habersaat und Bundestagskandidatin Gesa Tralau waren dabei. Direkt nach einer Radtour durch Reinbeks Norden war man nach Glinde weitergeradelt, um sich erst einmal zu stärken und zu erholen: Scampipfanne mit leckerer Soße, Crepes und Kaffee standen auf dem Programm.



Davor, währenddessen und danach viele Unterhaltungen mit netten Glinderinnen und Glindern, unter anderem mit Barbara Hertwig vom aid und dem Bürgermeisterkandidaten Rainhard Zug. Bei traumhaftem Sommerwetter war es ein gelungenes Fest, viele Glinderinnen und Glinder, aber auch zahlreiche Gäste von außerhalb, hatten sich bei "ihrer" Mühle eingefunden.

Nach den Erfahrungen vom diesjährigen Bauernmarkt wurde auch zeitig der Lehmofen angesteuert, um eines der begehrten und leckeren Brote zu ergattern. In der Mühle selbst konnte eine interessante Ausstellung besucht werden, außerdem informierte der Förderverein Südstormarnsche Kreisbahn e.V. über seine Arbeit.

Weitere Fotos vom Mühlenfest gibt es [hier](#).

Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 11.08.2009, 17:01 Uhr - 7265 Clicks - Nr. 883

Mindestlöhne im Gebäudereinigerhandwerk müssen steigen

Zum Scheitern der Tarifverhandlungen für das Gebäudereinigerhandwerk äußert sich der SPD-Landtagskandidat, Stefan Bolln, der auch Mitglied der zuständigen Gewerkschaft IG Bauen Agrar Umwelt ist.

Der Bundesvorstand der Industriegewerkschaft Bauen Agrar Umwelt (IG BAU) erklärte am Montag das Scheitern der Tarifverhandlung für das Gebäudereinigerhandwerk. Zuvor beschlossen die Bundesfachgruppe und die Bundestarifkommission auf einer gemeinsamen Sitzung, die seit Februar laufenden Verhandlungen für gescheitert zu erklären.



„Bis 30.09.2009 läuft der Tarifvertrag und ich hoffe, dass die Arbeitgeber bis dahin mehr Verhandlungsbereitschaft zeigen. Die IG BAU fordert neben einer tariflichen Lohnerhöhung die nahtlose Fortführung des Mindestlohnes. Der bisher gültige Mindestlohn I von 8,15 € (West) soll wenigstens auf 8,60€ steigen; der Mindestlohn II , z.Z. 10,80 €, entsprechend.

Bisher war diese Branche mit den Mindestlöhnen Vorbild. Ich hoffe, dass bleibt so“ so Stefan Bolln.

Gescheitert sind die Verhandlungen insbesondere an der starren Haltung der Arbeitgeberseite zur Frage des Mindestlohns Ost. Sie waren nicht bereit, den Mindestlohn I von 6,58 € auf 7,10 € zu erhöhen.

Wenn der Mindestlohn fällt, hat das Auswirkungen auf alle Firmen. Verlierer sind die seriösen Unternehmen und die vielen „Heinzelmännchen und -frauen“, die für Andere den Dreck wegmachen. Das sollte nicht passieren!

Das Bild zeigt Stefan Bolln mit Marion Kühl (Betriebsrätin der UKSH Servicegesellschaft) und Harry Ruppert (IG BAU)

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 11.08.2009, 17:48 Uhr - 3370 Clicks - Nr. 884

60+ bietet an: Mit dem Bus Glinde entdecken

Die AG 60+ der SPD Glinde bietet eine Stadtrundfahrt durch Glinde an. Alle interessierten Seniorinnen und Senioren, eine SPD-Mitgliedschaft ist nicht erforderlich, sind herzlich eingeladen, am 13. August um 15.00 für etwa eineinhalb Stunden durch



das alte und das neue Glinde zu fahren. Start- und Treffpunkt ist die Bushaltestelle Helenenweg. Der SPD-Stadtvertreter Heiko Reimer wird die Führung übernehmen. Anmeldungen bei Marietta Exner unter 040/ 7106329. Auch der SPD-Landtagskandidat Martin Habersaat will sich die Chance nicht entgehen lassen, auf diesem Wege noch mehr von Glinde kennenzulernen.

Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 12.08.2009, 12:47 Uhr - 4236 Clicks - Nr. 885

Kulturtreff Altes Heizwerk: Tag der offenen Tür

Der Kulturtreff *Altes Heizwerk* und Pflegestützpunkt laden ein zu einem Tag der offenen Tür am Freitag, dem 21. August in der Zeit von 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr.

Schauen Sie einfach mal herein, zum Klönen, zum Kennenlernen, zum Austausch bei kostenfreiem Kaffee und Kuchen. Der Kulturtreff *Altes Heizwerk* befindet sich in der Brahmsstraße 36a (Eingang von der Brahmsstraße her). Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.



Frau Susanne Friederichsen von der AWO, die unter anderem auch den Kulturtreff betreut, freut sich auf Ihren Besuch.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 12.08.2009, 14:20 Uhr - 8101 Clicks - Nr. 886

Sunny Boys in Handewitt - Besuch bei EWS

Deutschland ist ein Sonnenland, und allen Unkenrufen über das schlechte Wetter zum Trotz auch Schleswig-Holstein. Davon konnte sich der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg zusammen mit seinem örtlichen SPD-Kollegen Bernd Rehmke bei einem Besuch der Firma EWS in Handewitt überzeugen. Hier einige Fakten und das Resumé der Diskussion zwischen dem fortschrittlichen Unternehmer Kai Lippert und dem ökologisch bewegten Politiker Dr. Wolfgang Wodarg.



Das Bild zeigt den Balkon des ehemaligen Bahnwärterhäuschens mit einer Photovoltaik-Anlage, die seit 25 Jahren brav ihre Dienste tut. V.l.n.r. : Bernd Rehmke, Dr. Wolfgang Wodarg, Kai Lippert

Auf einer großen Karte in der Chefetage ist die jährliche mittlere Sonneneinstrahlung in Energiemengen eingetragen. Sie zeigt: Auf jeden Quadratmeter trifft jährlich so viel

Sonnenenergie wie der Energiegehalt von 100 Liter Öl. Und das heißt: Auf einer Fläche von 71 mal 71 Kilometer oder 5.000 Quadratkilometern kann der Strombedarf der Bundesrepublik vollständig solar gedeckt werden. Der Firmengründer Kai Lippert ist stolz auf diese Karte, die auf seine Initiative zusammen mit der Fachhochschule Flensburg entwickelt wurde und inzwischen allgemeine Grundlage für die Photovoltaikwirtschaft zur Berechnung der Solarerträge geworden ist. "Sonnenstrom aus der Sahara müssen wir gar nicht so weit transportieren, wir haben hier selbst genug". (www.solarertrag-nord.de)

Wodarg stutzte bei dieser Berechnung: "Das ist ja deutlich weniger Fläche, als jetzt in Deutschland für den Anbau von Mais für Biogasanlagen benutzt wird!" Er stellt fest, dass diese Fläche 2007 schon 550 000 Hektar betrug und erinnert auch an die riesigen Treibhausflächen im südlichen Spanien, deren Dachflächen ebenfalls zum Einfangen von Sonnenenergie genutzt werden könnten. Kai Lippert bemerkt, dass dieses mit Photovoltaik in kühlen Zonen noch viel effizienter sei und verweist auf eine andere Karte, aus der deutlich wird, dass Photovoltaik besonders gut bei uns an der Küste oder in höher gelegenen Bergregionen funktioniert.

Aber nicht nur Solarstrom, sondern überhaupt Energie aus Licht und Sonne gewonnen, ist zu einer deutschen Erfolgsstory geworden. Dank des von der SPD vorangetriebenen "Erneuerbare - Energien - Gesetz" (EEG), das inzwischen weltweit zum Vorbild geworden ist und schon von 47 Ländern übernommen wurde, rentieren sich Solaranlagen selbst für den kleinsten Endverbraucher. "Nirgendwo sonst erzielen sie krisenfest solche Renditen wie bei Sonnenanlagen, die zu Hause installiert sind", rechnet Kai Lippert vor. "Wo sonst - außer bei hoch spekulativen Zertifikaten - erzielen sie eine Eigenkapitalrendite zwischen 8-10 Prozent?"

Es ist natürlich eine rhetorische Frage. Denn klar ist: Auch auf norddeutsche Dächer strahlt ein schier unerschöpfliches Potential an Sonnenenergie. Moderne Solarkollektoren können auch bei bedecktem Himmel nicht nur Strom, sondern auch warmes Wasser und Raumwärme auf äußerst effektive Weise produzieren. Bis zu 60 Prozent Heizkostensparnis kann auf diese Weise erzielt werden. Kombiniert man Solarwärme mit Holzpelletöfen - so wie es EWS seinen Kunden vorschlägt - so spart man bis zu 80 Prozent gegenüber einer Öl- bzw. Gasheizung. Doch dem Naturwissenschaftler Lippert geht es ebenso wie dem Politiker Dr. Wodarg bei ihrem intensiven Gespräch nicht vorrangig um die Wirtschaftlichkeit der Photovoltaik und -thermie sondern um den Klimaschutz, um CO₂-emissionsfreie erneuerbare Energien, d.h. um die Unabhängigkeit vom Öl, Gas und von der Kohle. "Energie aus Licht gewonnen bewahrt die Schöpfung und unsere Erde vor dem Kollaps".

Sie sind sich auch darin einig, dass die Nutzung der Sonnenenergie die Leitindustrie des 21. Jahrhunderts werden wird. Und Deutschland ist der "global player" Nummer eins, ist führend in dieser Branche, die zur am schnellsten wachsenden deutschen Exportindustrie geworden ist. Die Vorteile, die mit der Solarenergie verbunden sind, lassen sich wegen der vielen "Nebeneffekte" kaum aufzählen. Das beginnt damit, dass es den heimischen Markt unabhängig von Krisenregionen und explodierenden Energiekosten macht sowie langfristige Versorgungssicherheit bietet und hört nicht damit auf, dass es Deutschlands Spitzenstellung in Forschung und Entwicklung sichert.

Die Solarenergie ist außerdem ein immer wichtiger werdender Jobmotor und sie stärkt Mittelstand und Handwerk nachhaltig. Besser als am eigenen Betrieb EWS ("Energie aus Wind und Sonne") kann es Kai Lippert kaum demonstrieren. Während die weltweite Finanzkrise auch die Realwirtschaft mit auf die Talfahrt gezogen hat, immer mehr Arbeitsplätze abgebaut werden, expandiert das Unternehmen in Handewitt. Die Mitarbeiter sind krisenfest beschäftigt,

da die Arbeit und die Aufträge zunehmen. Schon ist eine neue Halle projektiert, da die bisherigen nicht mehr ausreichen, um die wachsende Nachfrage nach Solarmodulen, Wechselrichtern und Montagegestellen zu befriedigen. Denn auch im Land zwischen Nord- und Ostsee sind die "Solarbauer" stark gefragt, weil ihre Anlagen nachweislich nicht nur stärkster Windbelastung standhalten, sondern auch in der salzigen Seeluft korrosionsfrei bleiben.

"Die Firma EWS ist ein schlagender Beweis für die Zukunft der Solarenergie, als ich Sie das erste Mal besuchte, war das hier noch ein ökologisiertes Bahnwärterhäuschen, jetzt arbeiten hier über einhundert hochqualifizierte Mitarbeiter und das Unternehmen wächst ständig weiter," bemerkt Wodarg anerkennend.

"Wenn wir schnell Millionen neue Arbeitsplätze schaffen wollen, dann sollten wir mehr öffentliche Gelder in diesen Sektor lenken und auf eine unverzügliche und radikale Energiewende setzen. Das wäre ökologisch wie ökonomisch dringend notwendig und könnte uns vor einer sozialen Katastrophe und einer Klimakatastrophe in einem Streich retten," kommentierte Wodarg.

"Mit der Solarenergie und den dazu gehörigen Gesetzen sind wir jedenfalls auf dem richtigen Weg", resümieren der Unternehmer und der Politiker den gemeinsamen Gedankenaustausch. "Nun müssen wir die Solarenergie aber auch noch im Verkehrswesen nutzbar machen, regionale Straßenbahnnetze bauen und besonders im Kurzstrecken-Individualverkehr auf Elektroautos setzen", meint Dr. Wodarg zum Abschied. "Darin stimme ich Ihnen zu", sagt der erfahrene Solartechniker und Kaufmann Lippert, "doch das mit den Batterie-Autos ist ein äußerst vertracktes Feld". Das nächste Gesprächsthema liegt damit schon fest und ist einfach gefunden. Ein gemeinsames Datum in den dichtgedrängten Terminkalendern zu finden, dürfte sich wesentlich schwieriger gestalten.

Keine Kommentare

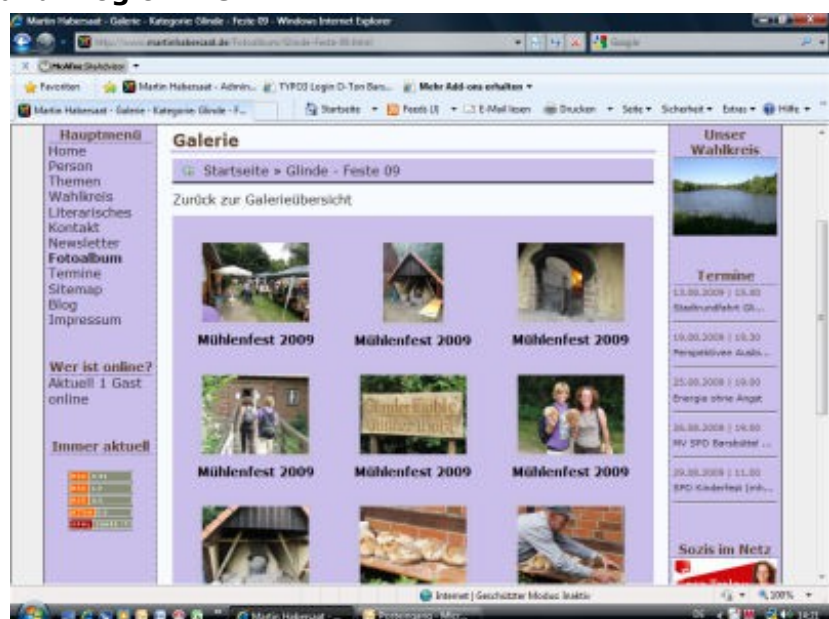
[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 12.08.2009, 14:41 Uhr - 3832 Clicks - Nr. 887

Martin Habersaat – Fotoalben und Blog online

Der Landtagswahlkampf kam früher als gedacht - trotzdem konnte Martin Habersaat, der SPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis 34 (Reinbek, Glinde, Barsbüttel, Oststeinbek), jetzt weitere der ursprünglich für einen späteren Zeitpunkt geplanten Funktionen seiner Webseiten (www.martinhabersaat.de) vorstellen.

Zum Beispiel gibt es jetzt verschiedene Fotoalben zu Veranstaltungen aus dem Wahlkreis.

Hier kann man beispielsweise Bilder zur Radtour durch Reinbek, vom Sommerfest in Barsbüttel



oder vom Glinder Mühlenfest durchstöbern. Weitere Alben sollen folgen.

Der Blog ist da. Mit der neuen Funktion auf der Webseite von Martin Habersaat kann der Betrachter der Seiten nun mit dem SPD-Landtagskandidaten diskutieren. Das funktioniert so: Habersaat führt eine Art Tagebuch auf seiner Webseite, die einzelnen Beiträge können von den Lesern kommentiert werden. Natürlich kann man sich mit Anregungen und Ideen auch per Telefon (040-67081528), Brief oder Email an den Kandidaten wenden. Martin Habersaat: „Das Internet spielt eine immer wichtigere Rolle, auch im Wahlkampf. Wer das möchte, kann sich hier ausführlich über mich und meine Ziele informieren.“ Gleichzeitig relativiert er: „Das Internet bleibt nur ein Medium von vielen. Ich werde mich natürlich auch mit Flugblättern, bei Infoständen und Veranstaltungen vorstellen. Heutzutage muss die Politik den Menschen verschiedene Informationsmöglichkeiten anbieten.“

Für fortgeschrittene Internetnutzer, die stets auf dem Laufenden bleiben wollen, gibt es nun auch einen sogenannten RSS-Feed. Nachdem dieser abonniert wurde, wird der Abonnent laufend über neue Meldungen auf der Seite informiert.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 12.08.2009, 14:47 Uhr - 1468 Clicks - Nr. 888

Rathaus-Kooperation schafft Möglichkeit anonymer Waffenabgabe in Kiel

Keine Waffen im öffentlichen Raum, keine Waffen in Kieler Privatwohnungen – diesem Idealzustand näher kommen will die Rathaus-Kooperation aus SPD, Grünen und SSW. Sie hat deshalb im letzten Innen- und Umweltausschuss die Aktion „Waffen weg !“ auf den Weg gebracht.

„Unser Ziel ist es, die Hemmschwelle zur Abgabe von Waffen so niedrig wie irgend möglich zu machen“, erläuterten der innenpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion Michael Wagner und Karin Weichert, innenpolitische Sprecherin der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre Initiative. „Schon heute ist das in der Stadt legal vorhandene Arsenal nicht gering: Bereits jetzt gibt es nach Auskunft der Ordnungsverwaltung in Kiel über 10.000 registrierte Waffen bei fast 3500 Bürgerinnen und Bürgern. Im Dunkelfeld ungesetzlicher Waffen gehen wir deshalb von einem erheblichen Bestand aus. Wir begrüßen und unterstützen deshalb auch den Appell von Oberbürgermeister Albig zur Entsorgung dieser Gerätschaften. Wir wollen, dass die Stadt im Zuge der begrüßenswerten Verschärfung der einschlägigen Gesetzeslage die Möglichkeit zur anonymen Entsorgung vor allem illegaler Waffen schafft.“ Entsprechende Aktionen waren in der Vergangenheit in Schleswig-Holstein, in Lübeck und Flensburg erfolgreich durchgeführt worden.

Die derzeitige öffentliche Aufmerksamkeit diesem Thema gegenüber soll darüber hinaus zur weiteren Gewaltprävention genutzt werden. Bestandteil von „Waffen weg !“ soll auch die Aufklärung über die Gesetzesänderungen über verschiedene Medien (z. B. Flugblätter, Vorträge etc.) insbesondere an den städtischen Schulen sein.

Der Antrag von SPD und Grünen wurde ohne Gegenstimmen bei Enthaltung von CDU und FDP beschlossen. „Mit dieser Kampagne kann ein wichtiger Beitrag zur Gewaltprävention geleistet und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Waffen angeregt werden. Dieses sollte aus unserer Sicht Ziel aller ernstzunehmenden politischen Kräfte in Kiel sein“, sagten Wagner und Weichert abschließend.

Keine Kommentare

Bahr, Steinbrück, ... - Prominente Unterstützung im Wahlkampf

Die Stormarner Kandidatinnen und Kandidaten für Bundestag und Landtag bekommen prominente Unterstützung. Neben dem Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Dr. Ralf Stegner, der gleich mehrfach kommt, haben sich Dr. Ernst-Dieter Rossmann, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, die ehemaligen Landesminister Uwe Döring und Gitta Trauernicht, Ortwin Runde, Niels Annen und Kurt Beck angesagt.



Besondere Highlights werden der Besuch des Bundesfinanzministers Peer Steinbrück, den Gesa Tralau nach Glinde eingeladen hat, und ein Talk-Abend mit Ralf Stegner und Egon Bahr in Bad Oldesloe sein. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz wird Franz Thönnies in seinem Wahlkreis besuchen, offen ist noch, ob im Stormarner oder Segeberger Teil.

Martin Habersaat, der Vorsitzende der SPD Stormarn, erklärt: „Wegen des Koalitionsbruchs durch die CDU und die vorgezogene Landtagswahl sind viele Dinge noch im Fluss, unsere Planungen noch nicht endgültig abgeschlossen. Insgesamt freuen wir uns aber, dass viele prominente SPD-Politiker uns unterstützen und helfen, unsere Botschaft zu vermitteln, dass gerechte Bildung, saubere und bezahlbare Energie und ein Haushalt, der zwar spart, aber nicht an der Zukunft, nur mit der SPD zu haben sind.“

Zur zentralen Wahlkampfauftaktveranstaltung am 2.9. in Kiel mit Frank Walter Steinmeier sollen zudem Busse aus dem Kreis Stormarn organisiert werden, mit Abfahrtsorten in allen Landtagswahlkreisen: Reinbek, Ahrensburg und Bad Oldesloe. Zudem, so Habersaat, seien für viele Stormarnerinnen und Stormarner aus dem Hamburger Umland ja auch die Veranstaltungen in Hamburg gut erreichbar, etwa am 19.8. mit Ralf Stegner und Franz Müntefering.

Der aktuelle Planungsstand:

19.8., 19.30 Uhr, Franz Thönnies und Ernst-Dieter Rossmann in Bargteheide (Ausbildung)

19.8., Steinmeier und Stegner in Hamburg

2.9., Busse zu Frank-Walter Steinmeier nach Kiel (Reinbek, Ahrensburg, Oldesloe)

2.9., 16.00 Uhr, Peer Steinbrück in Reinbek

3.9., Ortwin Runde und Franz Thönnies in Bad Oldesloe

4.9., Uwe Döring im BTW-WK 10 (Stormarn oder Lauenburg, geplant)

7.9., Ralf Stegner in Bargteheide

9.9., Kurt Beck im BTW-WK 10 (Stormarn oder Lauenburg)

9.9., Ralf Stegner zu einer Abendveranstaltung in Ahrensburg

16.9., 19.00 Uhr, Stegner trifft... Egon Bahr in Bad Oldesloe

16.9., 19.00 Uhr, Niels Annen in Oststeinbek (Deutsche Außenpolitik), wird evtl. verschoben

22.9., 19.00 Uhr (geplant), Gitta Trauernicht in Glinde (Stormarner Kindertage)

22.9., Olaf Scholz im BTW-WK 8 (Stormarn oder Segeberg)

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 13.08.2009, 09:22 Uhr - 4902 Clicks - Nr. 890

Schöne Stunden auf dem Islandpferdehof Solbakur in Ratzbek

Der SPD-Ortsverein Reinfeld hatte am 10.08.09 Kinder zu einer Ferienpass-Aktion auf den Reiterhof „Solbakur“ nach Ratzbek eingeladen.

Die Inhaber Steffi und Timm haben mit viel Geduld die Grundzüge der Pflege der gutmütigen Isländer sowie die Reittechnik und die besonderen Gangarten dieser Pferderasse erklärt. Nach ersten theoretischen Einweisungen konnten alle teilnehmenden Kinder zwischen 9 und 13 Jahren auch einige Runden auf dem Pferderücken drehen.

Auch die Begleiterinnen des SPD-Ortsvereins Martina, Ines und Isabell Röhl sowie Petra Gehrke erhielten in der Reithalle von Timm die 1. Reitstunde ihres Lebens und hatten sichtlich ihre Freude daran. Weiterer Reitunterricht soll sich anschließen.

An dieser Stelle möchte sich der SPD-Ortsverein noch einmal ganz herzlich für die liebevolle und engagierte Betreuung der Gruppe durch Steffi und Timm bedanken und für den Umzug des Islandpferdehofes zum 01.11.09 in die Schuhwiese nach Reinfeld alles Gute und weiterhin viel Erfolg wünschen.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 13.08.2009, 09:27 Uhr - 49103 Clicks - Nr. 891

Carstensen lässt Städte und Gemeinden beim Konjunkturprogramm II hängen!

Bereits zu Jahresbeginn hatte die Große Koalition in Berlin den Vorschlag von Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier (SPD) umgesetzt und ein umfassendes Konjunkturpaket für die Städte und Gemeinden geschnürt. 10 Milliarden Euro bewilligte der Bund schon im Februar, davon 322 Millionen Euro für Schleswig-Holstein. Ein halbes Jahr später hat das Land noch keinen Euro abgerufen.

Das Kieler Finanzministerium verweist auf Überweisungsprobleme. Eine Bankrotterklärung für CDU-Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und seinen Finanzminister Wiegard, findet die für Lübeck und den Norden des Kreises Herzogtum Lauenburg zuständige Bundestagsabgeordnete Gabriele Hiller-Ohm (SPD):



„322 Millionen Euro Bundesmittel für Schleswig-Holsteins Städte und Gemeinden können doch nicht an einer fehlenden Kontozugriffsnummer hängen bleiben! Dahinter darf sich CDU-Finanzminister Wiegard in Kiel nicht verstecken! Es geht auch anders: Sein Kollege aus Nordrhein-Westfalen hat bereits 29 Millionen Euro beim Bundesfinanzministerium abgerechnet. Klar ist: Länder wie Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen oder Hessen sind weiter als wir im Norden. Diese Länder haben die Genehmigungsverfahren für kommunale Investitionen zusätzlich vereinfacht. Ich hatte Ministerpräsident Carstensen schon im Juni schriftlich aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass notwendige Investitionen schnell getätigt werden können und damit unmittelbar der heimischen Wirtschaft zugute kommen. Das doppelte

Verfahren für die Förderzusagen der Projekte macht eine schnelle Umsetzung aber unmöglich.

Viele Kommunen – wie die Hansestadt Lübeck – können es sich bei angespannter Haushaltslage nicht leisten, in Vorkasse zu gehen und später eventuell auf den Kosten sitzen zu bleiben. Das Restrisiko für die Städte und Gemeinden hätte der Ministerpräsident ausschließen müssen!

Die SPD hat sich im Bund für das milliardenschwere Investitionspaket über die Föderalismusgrenzen hinweg stark gemacht und das Vergaberecht gelockert, um die Wirtschaft schnell und wirksam anzukurbeln und Arbeitsplätze vor Ort zu sichern. Die CDU in Schleswig-Holstein verspielt leider diese wichtige Konjunkturspritze auf Kosten der Städte und Gemeinden! Es kann doch wohl nicht sein, dass in Schleswig-Holstein das Konjunkturprogramm erst auf Touren kommt, wenn die Krise bereits überwunden ist. Das wäre ja ein Aberwitz.“

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 13.08.2009, 11:57 Uhr - 48895 Clicks - Nr. 892

Totale Hilflosigkeit und Überforderung

Zu der Diskussion um die Zahlung von Bleibepremien bei der HSH Nordbank erklärt der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende, Andreas Breitner:

„Diese ganzen Vorgänge zeigen, dass Finanzminister Wiegard und Ministerpräsident Carstensen jede Autorität verloren haben. Sie erfahren von Vorgängen in der Bank aus der Zeitung und reagieren - wenn das Kind längst in den Brunnen gefallen ist - mit Bitt- und Bettelbriefen an den



Vorstandsvorsitzenden der durch Milliarden Steuergelder gestützten Bank. Das zeigt die totale Hilflosigkeit und Überforderung des Regierungschefs und seines Statthalters bei der HSH Nordbank, Finanzminister Wiegard.

Schon die von Herrn Carstensen „für besondere Leistungen“ zugesagte und mehrfach verteidigte Sonderzahlung an Herrn Nonnenmacher in Höhe von 2,9 Mio. Euro war unakzeptabel. Die Öffentlichkeit wartet noch immer auf eine Information, ob denn die in einen Brief gefasste Bitte des Ministerpräsidenten, Herr Nonnenmacher möge auf die 2,9 Mio. Euro Sonderzahlung verzichten, Erfolg hatte. Offenbar hatte sie keinen Erfolg – stattdessen bekommen nun weitere Banker Sonderboni.

Es ist deutlich zu erkennen: Hier wackelt der Schwanz mit dem Hund! Welch bitteres Erscheinungsbild für eine Landesregierung - wie bitter für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Schleswig-Holstein.

Schleswig-Holstein kann es sich schlicht nicht leisten, eine Regierung zu haben, die von Herrn Nonnenmacher wie ein Ochse am Nasenring durch die Manege gezogen wird. Diese Rumpfregierung gehört abgewählt. Wir brauchen einen Regierungschef, der mit Durchsetzungskraft, transparentem Handeln und Kompetenz die Geschicke des Landes händeln kann. Dieser Ministerpräsident wird nach dem 27. September Ralf Stegner sein!

Es gilt, was der zukünftige Ministerpräsident auf dem Landesparteitag der SPD in Lübeck gesagt hat: Bei einer SPD-geführten Landesregierung ist Herr Nonnenmacher längste Zeit Vorstandsvorsitzender der HSH Nordbank gewesen.“

Kommentar von [M.Harder](#) vom 21.08.2009, 23:28 Uhr:

RE: Totale Hilflosigkeit und Überforderung

Einspruch: der neue Ministerpräsident wird bestimmt nicht Ralf Stegner sein. Egal, wie die Wahl ausgeht, die Karten werden personell neu gemischt werden. Das gilt für die SPD, aber auch für die CDU. Es wird keine neue Regierung geben, wo der Carstensen und Ralf Stegner zusammenarbeiten werden. Der Rest ist momentan Spekulation, das wird der Wähler entscheiden. Ansonsten, die SPD hat fähige Politiker, die auch zukünftig Verantwortung unternehmen können. Ansonsten muß es aus der Opposition heraus einen Neuanfang für die SPD geben. Sowas gehört zur Demokratie und wäre nicht der "Weltuntergang".

Kommentar von [Horst Deyerling](#) vom 15.08.2009, 12:19 Uhr:

RE: Totale Hilflosigkeit und Überforderung

Was darf sich die CDU in diesem Land noch alles leisten? Es ist nicht mehr zu ertragen, was diese Marionetten der Restregierung den Menschen in diesem Land bieten. Wehe uns, wenn diese Konstellation - wohlmöglich noch mit den "Gelben" zusammen - unser Land regiert. Es heißt: "Ein Land bekommt die Regierung, die es verdient". So eine "Regierung" hat KEIN Land verdient. Das verdienen vor allem die Menschen in diesem Land nicht. Sie werden letztendlich die leidtragenden dieser menschen(wähler)verachtenden Politik sein.

Kommentar von [michael schulz](#) vom 13.08.2009, 13:43 Uhr:

RE: Totale Hilflosigkeit und Überforderung

*lieber andreas breitner, ich glaube aber auch nicht das ralf stegner, ministerpräsident wird !
gruss aus glücksburg michael schulz spd mitglied*

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 13.08.2009, 14:29 Uhr - 4606 Clicks - Nr. 893

Elektro-Autos auch für die städtische Flotte!

Zu den Plänen der Bundesregierung, den Kauf von Elektro-Autos staatlich zu fördern, erklären der umweltpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Lars Juister, der Vorsitzende der Ratsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Lutz Oschmann, und die Ratsfrau des SSW, Antje Danker:

„Wir freuen uns, dass die Bundesregierung plant, die Anschaffung von Elektro-Autos zu unterstützen und hoffen, dass auch entsprechende Förderprogramme für Kommunen aufgelegt werden.

Wir wollen, dass die Klimaschutzstadt Kiel auch durch die sukzessive Umstellung ihrer Fahrzeugflotte auf umweltschonende Antriebe ihrer Vorbildfunktion nachkommt. Der Plan der Bundesregierung ist ein guter Anlass, um Fördermöglichkeiten für dieses Vorhaben zu prüfen und erste Schritte in Richtung einer `benzinfreien Kieler Fahrzeugflotte´ zu gehen.“

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 13.08.2009, 17:15 Uhr - 11066 Clicks - Nr. 894

Thönnies: Andrea Nahles beim Jazz-Frühschoppen in Bad Segeberg

Am kommenden Sonntag, den 16. August 2009, veranstaltet Franz Thönnies, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, ab 11.30 Uhr einen Jazz-Frühschoppen am Musikpavillon am Großen Segeberger See. Mit dabei ist auch der SPD-Landtagskandidat für den Wahlkreis Segeberg Ost, Marc-André Ehlers.

Als besonderer Gast



wird die stellvertretende SPD-Vorsitzende Andrea Nahles vor Ort sein, um gemeinsam mit Thönnies und Ehlers mit den Segebergern über ihren Verantwortungsbereich „Bildung und Integration“ im Team Steinmeier zu diskutieren. Stimmungsvolle Jazz-Musik von den Jolly-Jazz-Fools aus Bad Bramstedt wird den Vormittag abrunden.

Für Getränke und einen kleinen Imbiss gegen Entgelt ist gesorgt.

Kommentar von [Reinhold Nawratil](#) vom 17.08.2009, 00:32 Uhr:

RE: Thönnies: Andrea Nahles beim Jazz-Frühschoppen in Bad Seg

Die Veranstaltung war ein ganzer Erfolg. Frau Nahles konnte an ihrem eigenen Schicksal, die Notwendigkeit für unsere Ziele aufzeigen: - kostenfreie Bildung und Förderung in den Kindertagesstätten - durchgängige 10 jähriger Bildungsgang in Gemeinschaftsschulen mit integrierter Oberstufe (Gymnasium) - studiengebührenfreies Erststudium. Dieses wird weiterhin Aufgabe des neuen Kieler Landtages sein. Der kostenlose Aufenthalt in den Kindertagesstätten ist Aufgabe der Stadt- bzw. Gemeindevertretung. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist eine Gemeinschaftsaufgabe der Arbeitgeber, Städte und Gemeinden, Länder und des Bundes. Der Bund und das Land kann dieses fördern, u.a. durch Vergabe von Forschungsaufträge und Aufträgen für die Bundeswehr Auch dieses wurde aus den Beiträgen der Referierenden deutlich, Andrea Nahles, Franz Thönnies und den Landtagskandidaten. Dem entsprechend gab es eine intensive Diskussion mit den anwesenden Besuchern. Das ganze wurde durch die launige Moderation und Musikdarbietung der Jolly-Jazz-Fools abgerundet. Es zeigte sich mal wieder, daß Sozialdemokraten genießen und trotzdem kritisch sein können. Wer hinterfragt, merkt sehr schnell wo die Lücken sind.

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 14.08.2009, 00:01 Uhr - 3453 Clicks - Nr. 895

Stadtrundfahrt durch Glinde

Zu einem nicht ganz alltäglichen Unterfangen hatte die AG 60+ der SPD Glinde eingeladen: 40 Seniorinnen und Senioren brachen auf zu einer Stadtrundfahrt durch die eigene Stadt, fachkundig geleitet von Ilse Reimer, die ihren Mann Heiko vertrat, der zwar mitkam, aber wegen einer Erkältung den geplanten Vortrag nicht selbst halten konnte. Auf der letzten Bank im Bus fanden sich die beiden jüngsten Teilnehmer der Ausfahrt:

Bürgermeisterkandidat Rainhard Zug (38) und SPD-Landtagskandidat Martin Habersaat (32). Beide nutzten die Chance, ihre Kenntnisse über die Geschichte Glandes zu vertiefen und sich einmal durch die Stadt chauffieren zu lassen.



Los ging es mit dem Gutshaus, dem Gemeinschaftshaus der Sönke-Nissen-Park-Stiftung, es folgten unter anderem die Krupp-Siedlung und der Stadtwald, aber auch exotischer klingende Orte wie das „Negerdorf“, ein „Affenfelsen auf Pfählen“ oder ein „Hypothekenhügel“. Auch der Stadtwald und ehemals der Firma Oetker gehörende Wohnanlagen gehörten zum Programm.

Deutlich wurde, welch starkem Wandel Glinde in den vergangenen Jahrzehnten unterworfen war, welche unterschiedlichen Entwicklungen von Wohngebieten es gab, und auch, wie viel sich auch heute noch wandelt: allein durch das Neubaugebiet auf dem Bundeswehrdepot werden 2000 neue Einwohnerinnen und Einwohner erwartet, wird Glinde um 1/8 wachsen. Heute hat Glinde etwa 16.000 Einwohner, von denen 3.000 über 60 sind.

Martin Habersaat: „Obwohl ich seit meiner Geburt vor 32 Jahren in dieser Region lebe, lerne ich noch immer dazu; als Geschichtslehrer finde ich natürlich die Regionalgeschichte besonders spannend. Ich wusste beispielsweise nicht, dass die Nazis eigens eine Straße für ihre Aufmärsche geplant haben und wie umfangreich der Krupp-Besitz hier einst gewesen ist.“ Je besser man eine Region kenne, ist er sich sicher, desto besser könne man sie auch im Landtag vertreten.

Mehr Bilder: [hier](#).

Kommentar von [Werner Kirsch](#) vom 15.08.2009, 14:04 Uhr:

RE: Stadtrundfahrt durch Glinde

*Hallo Martin, toller Artikel und die Bilderserie einmalig. Ich habe mich sehr gefreut über den ausführlichen Bericht. Ich wünsche Dir viel Erfolg bei der Landtagswahl. Herzliche Grüße
Werner*

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 14.08.2009, 09:21 Uhr - 5728 Clicks - Nr. 896

Die Kieler SPD-LandtagskandidatInnen spenden für das Feriendorf Falckenstein

Um die finanzielle Lücke für die Verpflegung zu schließen, halfen Rolf Fischer, Bernd Heinemann, Serpil Mydiatli und Jürgen Weber der AWO Kiel sehr gerne.

Unmittelbar an der Kieler Außenförde gelegen bietet das Ostseeferiendorf Falckenstein Kindern und Jugendlichen die Chance, erlebnisreiche Ferien am Meer zu verbringen.



Fünf Wochen lang im Sommer bietet die AWO Kiel sogenannte Strandfahrten an, in der 3. Woche findet dabei traditionell als besonderer Höhepunkt eine Übernachtung mit Grillen und einem Feuerwerk statt. Am nächsten Morgen schließlich folgt noch ein gemeinsames Frühstück. Die Veranstalter sind hierbei auch auf Spenden angewiesen.

Um u.a. die finanzielle Lücke für die Verpflegung zu schließen, halfen die Kieler SPD-LandtagskandidatInnen Rolf Fischer, Bernd Heinemann, Serpil Mydiatli und Jürgen Weber sehr gerne. Zumal sich Bernd Heinemann und Jürgen Weber auch sofort daran erinnerten, selber schon einmal ihre Ferien in dem Ostseedorf verbracht zu haben, wenn dies auch über vierzig Jahre zurückliegt.

Bei einem Besuch im Ostseeferiendorf am 05. August informierten sich Bernd Heinemann, Serpil Mydiatli und Jürgen Weber über das Angebot der AWO Kiel und hatten auch eine Überraschung dabei. Sie überreichten stellvertretend für alle vier LandtagskandidatInnen einen Scheck in Höhe von 800,- Euro, den die 2. Vorsitzende der AWO Kiel, Doris Thiele-Röpstorff,

dankbar entgegennahm. Die vier Kieler LandtagskandidatInnen sicherten so die Verpflegung für rund dreihundert Kinder und zahlreiche ehrenamtliche Helfer.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 14.08.2009, 12:07 Uhr - 11343 Clicks - Nr. 897

Andrea Nahles beim Stoppelfest in Hohenlockstedt

Andrea Nahles kommt nach Steinburg. Am Samstag, den 15. August, besichtigt die stellvertretende SPD-Vorsitzende am Nachmittag gemeinsam mit Brigit Herdejürgen, MdL, und Jörn Thießen, MdB, die Grundschule Hohenlockstedt, um sich dort über die Verwendung der Konjunkturmittel zu informieren. Im Anschluss geht es gegen 18 Uhr weiter zum Stoppelfest in Hohenlockstedt, wo sie mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen möchte.



Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 14.08.2009, 14:26 Uhr - 53202 Clicks - Nr. 898

CDU Werbelinie mit einem Anti-Stegner-Wahlkampf

Zur Präsentation der CDU Werbelinie mit einem Anti-Stegner-Wahlkampf, erklärt der SPD-Landesgeschäftsführer Christian Kröning

„So doll kann es mit der Sympathie-Kurve des CDU-Kandidaten Carstensen nicht sein, wenn sich die CDU weiter auf die persönliche Herabwürdigung von Ralf Stegner konzentriert. Anti-Personen-Wahlkämpfe haben keine gute Tradition – vor allem nicht in Schleswig-Holstein. Die CDU muss aufpassen, dass ihr Stil nicht entgleist.

Wir werden keinen Anti-Personen-Wahlkampf führen. Wir werden mit unseren Ideen für die Zukunft Schleswig-Holsteins werben: gerechte Bildung, gute Arbeit, eine konsequente Energiewende ohne Atomkraft und CO2-Deponierung und eine starke Politik für Familien.

Wir werden nicht wie die Spitzen von CDU und FDP in eine „Ausschließeritis“ verfallen, bei der mantrahaft vorgetragen wird, mit welchen Parteien und Personen man nach der Wahl nicht zusammenarbeiten will. Das Wählervotum von vornherein zu ignorieren, ist ein Zeichen von undemokratischer Machtarroganz und zeugt von einem mangelndem Respekt vor den Wählerinnen und Wählern.“

Kommentar von [M.Harder](#) vom 21.08.2009, 19:14 Uhr:

RE: CDU Werbelinie mit einem Anti-Stegner-Wahlkampf

Die Inhalte der SPD sind gut, da mag man gar nicht dran denken, CDU zu wählen. Doch leider gab es in der Großen Koalition zuviele persönliche Querelen, die letztlich zum Scheitern führten. Das schmälert die Wahlchancen der SPD jetzt massiv, sagen die Umfragen und das ist auch meine Meinung. Ich glaube nicht, dass der Spitzenkandidat Stegner nach der Wahl noch eine Rolle in der Landspolitik von Schleswig-Holstein spielen wird. Irgendwie dürfte das Ergebnis der SPD zwischen ganz und grottenschlecht werden, befürchte ich.

Kommentar von [hummel 4711](#) vom 15.08.2009, 15:05 Uhr:

RE: CDU Werbelinie mit einem Anti-Stegner-Wahlkampf

Was soll von der "Pünktchenpartei" und der CDU schon kommen, wenn man keine politischen Argumente hat, abgesehen von Lügen???? Lasst Euch nicht von Eurer Linie abbringen. Personen zu verunglimpfen ist unanständig und unwürdig.

Kommentar von [Horst Deyerling](#) vom 15.08.2009, 11:58 Uhr:

RE: CDU Werbelinie mit einem Anti-Stegner-Wahlkampf

Der "Nordstrander" forderte nach seinem Koalitionsbruch eine faire Auseinandersetzung. Seine Ankündigung nun gegen Ralf Stegner persönlich zu werden zeigt deutlich, in welcher Welt dieser Mann lebt - es ist seine Lügen- und Wendehalswelt. Auf einem Plakat soll "Stabilität statt Stegner" stehen. Ich würde sagen anders herum wird ein Schuh draus: "Stegner statt Irrwege und Wendehals-Politik". Last uns den "Nordstrander" in Rente schicken.

Kommentar von [Patrick Grabowski](#) vom 14.08.2009, 19:09 Uhr:

RE: CDU Werbelinie mit einem Anti-Stegner-Wahlkampf

Das sieht der CDU doch ähnlich. Zum Europawahlkampf Bad Campaigning ausschimpfen und jetzt Ralf PERSÖNLICH angreifen... Wird Zeit, dass SH wieder von den Christdemokraten befreit wird....

[SPD-Osterrönnfeld](#) - veröffentlicht am 14.08.2009, 18:23 Uhr - 4466 Clicks - Nr. 899

„Rent a Seifenkiste“ – Seifenkistenrennen für jedes Kind

Die Veranstalter des Seifenkistenrennens in Fockbek am letzten Wochenende haben es vorgemacht. Dort konnten nicht nur Kinder mit eigenen, selbstgebauten Seifenkisten an den Start gehen, sondern auch Kinder, die keine eigene Seifenkiste hatten.



Durch die freundliche Unterstützung der Gemeinde Fockbek können nun auch die Veranstalter des Osterrönnfelder Seifenkistenrennens allen interessierten Kindern bis 12 Jahren (maximal 140-150cm groß) eine Seifenkiste kostenlos für die Dauer der Veranstaltung zur Verfügung stellen. Damit hat nun jedes Kind ohne eigene Seifenkiste die Möglichkeit, am Sonntag, 06.09.2009 am „1. O'felder Seifenkisten Cup" teilzunehmen. Dieser wird von SPD und Osterrönnfelder Sportverein erstmals zum Abschluss der Sportwoche organisiert und startet ab 12 Uhr am Franz-Pantel-Ring/Birkenhof in Osterrönnfeld. Teilnehmen können Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

Teilnehmer mit eigener Seifenkiste sind natürlich ebenfalls weiterhin herzlich aufgerufen, sich für das Seifenkistenrennen anzumelden!

Anmeldungen werden bis zum 24. August über die Internet-Seite www.ofelder-seifenkiste.de entgegen genommen.

--

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 14.08.2009, 19:59 Uhr - 2561 Clicks - Nr. 900

SPD Reinbek multimedial

Zur Fahrradtour durch Reinbeks Norden mit Gesa Tralau und Martin Habersaat gibt es jetzt ein kleines Video, das [hier](#) betrachtet werden kann.

Ein ausführlicher Bericht zur Tour ist dort ebenfalls verlinkt.



Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 14.08.2009, 23:44 Uhr - 4028 Clicks - Nr. 901

Schönes Land – schöne Ferien

Die SPD beginnt landesweit mit der Plakatierung zur Landtagwahl, die kurzfristig am Sonntag, 27. September 2009 stattfindet, mit einem wunderschönen Bild aus Schleswig-Holstein. Das Foto soll Freude ausstrahlen und zeigen, wie schön das nördliche Bundesland ist. Die vielen Besucher insbesondere aus Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern zeigen das. Sogar immer mehr Italiener kommen zu uns in den Norden, weil es hier bei 25 Grad angenehmer als bei 40 Grad in Kalabrien ist.

Martin Habersaat, SPD-Kandidat für den Landtag im Wahlkreis Reinbek, Glinde, Barsbüttel und Oststeinbek: „Mit dem Plakat „Schönes Land – schöne Ferien“ zeigt die SPD Zuversicht, auch weiterhin in Schleswig-Holstein regieren zu können. Die Bilanz der großen Koalition war insbesondere durch die von der SPD geführten Ministerien erfolgreich.“ Die CDU, die 2005 plötzlich zur Regierungspartei wurde, hatte in Schleswig-Holstein so gut wie keine Regierungserfahrung. So war es logisch, dass die SPD in der CDU/SPD die wichtigen Impulse setzte. Die innerparteilichen Kämpfe in der CDU, die nicht zuletzt zum Ausscheiden des ehemaligen Bürgermeisters von Barsbüttel Austermann (CDU) aus der Regierung geführt hatten, die den Wirtschaftsminister der CDU Marnette resignieren ließen, haben Schleswig-Holstein geschadet. Die von Vielen als stilllos angesehene Kündigung der Regierungsarbeit ist diesen CDU-Kämpfen zu verdanken und eher aus wahltaktischen Gründen geschehen. Ministerpräsident Carstensen ist es nach eigenen Aussagen schwer gefallen, die Koalition zu beenden. Dieses Ende damit zu



begründen, dass die SPD die Zahlung von 2,9 Millionen Euro an den Vorstandsvorsitzenden der HSH Nordbank Nonnenmacher nicht mit tragen wolle, schadet eher der CDU. In den kommenden Tagen werden die „Ferienplakate“ durch solche zur Bundes- und Landtagswahl ersetzt.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 16.08.2009, 16:38 Uhr - 6372 Clicks - Nr. 902

Wodarg übergibt weitere 8000 Unterschriften gegen CCS dem Petitionsausschuss

Der Sekretär des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages staunte nicht wenig, als der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg ihm schon wieder zwei prall mit Unterschriften gefüllte blaue Ordner überreichte. Wodarg hatte diese in Wanderup von der Bürgerinitiative gegen CCS als Bote entgegengenommen, um sie in Berlin abzugeben. Dort warten inzwischen über 68 000 Unterschriften aus dem Norden Schleswig-Holsteins auf Bearbeitung durch den am 27. September neu zu wählenden Bundestag.



Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 16.08.2009, 21:28 Uhr - 3457 Clicks - Nr. 903

Sommerfest im Jürgen-Rickertsen-Haus

Seniorenkabarett beim Sommerfest im Jürgen-Rickertsen-Haus – das zog so viele Zuschauer an, dass es um 14.00 Uhr nur noch Stehplätze gab. Über 200 Reinberkerinnen und Reinbeker lachten über die Witze der Reinbeker Füchse, obwohl sie als eigentlich bedauernswerte, weil hoch verschuldete Bundesbürger begrüßt wurden. In der Folge bekamen die Politiker aller Couleur ihr Fett weg – etwa Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen, der momentan auf einem IKEA-Stuhl sitze. Warum?

Weil der so wackelig ist!

SPD-Bundestagskandidatin Gesa Tralau und Landtagskandidat Martin Habersaat hatten sich den Sonntagnachmittag freigenommen und verbrachten eine vergnügte Zeit im und um das Rickertsen-Haus.



Allen Gästen wurde ein reichhaltiges Programm geboten: So konnten im EDV-Raum, in dem die beliebten Computerkurse für Senioren stattfinden, verschiedene Spiele ausprobiert und im Internet gesurft werden - von den Spielen zeigte sich besonders die Stadtverordnete Angelika Lütjens angetan. Es gab Dart, Boule und Autorennen, verschiedene Sozialverbände stellten ihr

Angebot für Reinbek vor. Auch für das leibliche Wohl war gesorgt, sei es drinnen am reichhaltigen Kuchenbuffet oder draußen am DRK-Grill.

Martin Habersaat traf im AWO-Raum neben Anderen auch Alfred Schulz, dessen Nach-Nachfolger als SPD-Landtagsabgeordneter er werden möchte; eine ähnliche Ausbildung haben sie beide genossen: Schulz war Lehrer für Deutsch und Geschichte in Geesthacht, Habersaat unterrichtet derzeit Deutsch, Geschichte und Politik / Gesellschaft / Wirtschaft an einem Hamburger Aufbaugymnasium. Beide witzelten, dass in ihrer Reihenfolge als Kreisvorsitzende der SPD-Stormarn noch ein paar „Nachs“ mehr hinzugefügt werden müssten. Schulz war Kreisvorsitzender von 1968 bis 1980, Habersaat ist es seit 2004.

Gesa Tralau und Martin Habersaat nahmen viele spannende Gespräche und Eindrücke mit auf den Heimweg. Das Rickertsen-Haus ist nach etwas mehr als einem Jahr als Seniorenzentrum „angekommen“ und wird gut angenommen, was vor allem den zahlreichen ehrenamtlich Menschen zu verdanken ist, die gemeinsam das Haus mit Leben erfüllen.

Mehr Fotos zum Fest gibt es [hier](#).

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 17.08.2009, 09:03 Uhr - 5959 Clicks - Nr. 904

Fischereipraktikum auf der Schlei

Dr. Wolfgang Wodarg begleitete am vergangenen Freitag früh ab 4 Uhr den Holmer Fischer Joern Ross bei seiner Arbeit. Im Rahmen dieses Praktikums hat er sich auch über Auswirkungen der Fischereipolitik informiert. Anschließend ab 9 Uhr hat er den Fang am Stadthafen in Schleswig verkaufen geholfen und mit weiteren Fischern gesprochen.



BILD: Einen Brassen entschuppen und ausnehmen ist für Abgeordnete eine neue Herausforderung!

Es war eine kurze Nacht. Nach einer Diskussionsveranstaltung in Neumünster war ich erst spät nach Mitternacht wieder in Flensburg angekommen. Nach einem Mitternachtsschläfchen von etwa 90 Minuten ging es schon wieder los.

Auch mein studentischer Mitarbeiter Johannes hatte offenbar noch nicht ausgeschlafen als ich ihn -auf eigenen Wunsch- wach klingelte, damit er dabei sein konnte, bei meinem Fischerei-Praktikum auf der Schlei.

Die Fischereibetriebe auf dem Holm in Schleswig sind traditionelle Familienbetriebe und nutzen ihre Fischereirechte, indem sie mit ihren kleinen offenen Booten in die Winkel der Schlei fahren, Netze, Reusen und andere Fanggeräte aufstellen oder auch gemeinsam die traditionelle Wadenfischerei betreiben, bei der die Netze parallel zum Strand ausgebreitet und dann an

beiden Enden gleichzeitig von Hand und vom Strand aus eingeholt werden.

Wir waren pünktlich um vier Uhr am Süderholm und trafen dort noch Jan Thorben, meinen Praktikanten, der auch früh hoch war, um dieses Abenteuer nicht zu versäumen.

Nach einer viertel Stunde Warten im Dunklen, in der wir nacheinander den Zeitungsboten und den Bäcker beim Ausliefern begrüßen konnten, entschlossen wir uns zu klingeln, denn dort im Haus des Fischers Jörn Ross war noch alles dunkel und wir sollten schon seit einer halben Stunde auf dem Wasser sein.

Der Fischer hatte einen anstrengenden Abend hinter sich, entschuldigte sich für das etwas verzögerte Erscheinen, war aber trotzdem fix in den Stiefeln und schmiss den Diesel an, um mit uns bei Morgengrauen auf die glatt und dunkelsilberne Schlei hinauszutuckern.

Wir sahen den hohen, schlanken Turm des Schleswiger Doms immer kleiner und spitzer werden und pflügten durch das ruhige Wasser Richtung Nordost. Dort näherten wir uns langsam dem flachen Ufer und Jörn Ross wies auf seinen Fish-Finder, eine Art Ultraschallgerät für den Bauch des Meeres, mit dem er nicht nur die Tiefe des Wassers sondern auch die Beschaffenheit des Untergrundes ("Schlamm") und sogar die zwischen uns und dem Grund befindlichen Wasserbewohner erkennen konnte.

"Die Blauen sind Quallen und die roten dort sind kleine Barsche oder Alander," meinte Jörn Ross, als er mit dem Finger auf winzige bunte Punkte auf seinen Bildschirm deutete. Dieser war in einer kleinen Alu-Kiste auf dem Motorkasten geschützt vor Wind und Wetter montiert und zeigte während der ganzen Fahrt alles, was der Fischer wissen musste. Der wusste aber auch ohne Elektronik wie tief es war und an welcher Stelle welche Fische sich zu welcher Zeit aufhielten. "Wenn man schon seit früher Kindheit jeden Tag hier auf der Schlei umherfährt, um zu fischen, dann kennt man jeden Winkel besser als seine Hosentasche", meinte Jörn Ross lächelnd und stoppte den Motor, während er gleichzeitig eine Boje zu fassen kriegte, an der ein Seil befestigt war, mit dem er die erste Reuse heranziehen konnte, um deren Inhalt ins Boot zu entleeren.

Als er das mannsschwere Reusenende über den Süllrand hievte, erinnerte mich das an die Kappeler Heringswette. In Kappeln wird alljährlich zu Himmelfahrt derjenige zum Kappeler Heringskönig gekrönt, der am genauesten das Gewicht eines ähnlichen Netzinhaltes in Pfund errät. Hundert und dreißig Pfund waren es kürzlich gewesen.

Die silberne Fracht wimmelte und zappelte jetzt an Deck und Jörn Ross hatte im Nu jene Fische, die noch zu jung und klein waren wieder in die Freiheit entlassen. Untermaßige Fische wollte er nicht mitnehmen. "Wir arbeiten sehr ökologisch und schonend schon aus eigenem Interesse," erklärte er, "wenn wir auch im nächsten Jahr noch vom Fischen leben wollen, dürfen wir doch nicht den Nachwuchs abfischen."

Die großen Fangflotten tun das trotzdem und liefern den "Beifang" an die Fischmehlfabriken, um daraus Fischfutter für Aquakulturen herstellen zu lassen. "Das ist das Gegenteil von nachhaltiger Fischwirtschaft!" waren wir uns einig.

Butt, Aland, Barsche und ein Hecht hatten sich in den trichterförmigen Netzen der Reuse verirrt und kamen jetzt in die mit Schleiwasser gefüllte Fischkiste, die vor dem Motor die Mitte des Bootes füllte.

Wir tuckerten weiter durch flache und enge Fahrwasser, welche das Ultraschallgerät veranlassten, sehr kurvige Streifen zu malen. Dann entleerten wir ein Butt-Netz in der Nähe eines mit Schilf bewachsenen Ufers, saßen kurz auf Schiet und mussten uns abstossen und nahmen wieder Fahrt auf Richtung Haddebyer Noor.

Als wir durch den Tunnel fuhren, sollten wir laut "Hallo" rufen, "Wegen des schönen Echo's!" meinte Joern Ross und kurvte messerscharf am Ufer entlang, weil in der Mitte des Kanals ein Holzhindernis die schmale Schilfstrasse zwischen Schlei und Noor versperrte. Wir waren unter der Bundesstrasse hindurch gefahren und sahen jetzt das bleifarbene Dach des Wikingermuseums und die restaurierten Bauten der alten Wikingerhauptstadt Haitabu an Steuerbord.

Nach einigen hundert Metern stoppten wir den Motor und hielten wieder, eine Boje in der Hand, um das daran befestigte Netz aus dem Wasser zu ziehen. Wie das zappelte! Es war schon zu spüren, dass dort ein fetter Fang unter Wasser auf uns wartete.

Fünfundzwanzig fette Brassen mit einem Gewicht zwischen vier und sechs Kilo! Das ist kein Anglerlatein und ich zückte mein Handy um diese Pracht bildlich zu dokumentieren. Meine Spiegelreflexkamera hatte ich zwar mitgenommen, deren Batterie jedoch im Ladegerät während meines allzu frühen Aufbruchs zu Haus vergessen. Nun ja, Hauptsache, wir können diese dicke fette Beute beweisen, denn es ist sonst kaum zu glauben, welche riesigen Fische in der so stillen Schlei heranwachsen.

[MEHR BILDER HIER](#)

Später sah ich auch noch armdicke, meterlange Aale, welche die Söhne von Fischer Ross schon während der vergangenen Nacht aus den Reusen geholt hatten. Das war sehr beeindruckend - und glitschig anzufassen, wenn diese sich aus der Maurerbalge herauswanden, um Köpfung und Häutung zu entkommen. Ich kriegte die aalglatten Biester einfach nicht zu fassen und staunte, als Joern Ross sie sicher mit einem speziellen Drei-Finger-Griff packte, um sie ihrem Schicksal in der Bratpfanne näher zu bringen.

Aus dem Haddebyer Noor fuhren wir mit Volldampf zurück zum Holm. Hier wartete schon Frau Ross mit einer Thermoskanne gutem Kaffee und einem Teller voller leckerer Käse- und Schinkenbrötchen. "Kein Fisch, denn den woll'n wir ja verkaufen!" kommentierte Joern Ross das willkommene Pausenbrot.

Wir sprachen während der Fahrt und auch zwischendurch immer wieder von den Veränderungen, die das Brackwasser Schlei in den letzten Jahrzehnten erlebt hatte. Der Fischer kannte jede Ecke und er regte sich sehr darüber auf, dass niemand sich für seine genauen täglichen Beobachtungen in all den Jahren und zu jeder Jahreszeit interessierte.

"Wenn das nicht einer sagt, der studiert hat, dann zählt das nicht," meinte er verärgert und ich fand, er hat mit seinem Hinweis Recht, dass man Naturveränderungen nicht aus Büchern entnehmen kann, sondern diese vor Ort beobachten und registrieren muss.

Als wir an einem Naturschutzgebiet vorbeikamen, zeigte er auf eine große Herde langmähniger Zottelkühe, die friedlich grasend das Ufer der Schlei bevölkerten. "Da war vor fünf Jahren noch ein dichter Schilf-Gürtel," erinnerte er sich "und den haben diese Viecher ratzekahl

weggefressen und zertrampelt. Seither ist die Schlei an dieser Stelle fünfzig Meter breiter und das Naturschutzgebiet entsprechen schmaler geworden.

Dann wies er auf eine Sandbank, die es vor fünf Jahren noch nicht gegeben hatte und auf der sich der von den Weiden abgebrochene Sand abgelagert hatte. "Was die Naturschützer dort machen, ist brutale Massentierhaltung!" schimpfte er. "Das sind alles neunmalklugen pensionierte Studienräte, die meinen, sie verstünden etwas von der Natur."

Er berichtete, dass die Vogelwelt auch im Gebiet von Oehe, an der Schleimündung, früher sehr viel artenreicher gewesen sei, obwohl man damals im jetzigen Naturreservat im Angesicht der Wasservögelpracht baden durfte. Seit die Naturschützer das Betretungsmonopol haben, gibt es dort nur noch Silbermöwen und die Lachmöwen haben nichts mehr zu lachen," meinte er sarkastisch.

Die Vielfalt seiner Informationen und die Genauigkeit seiner jahrelangen Beobachtung machten mich nachdenklich: Wie können wir es schaffen, dieses Wissen zum Tragen zu bringen und mit dem theoretischen Ansatz mancher Biologen zu integrieren? Weshalb laden wir solche erfahrenen Kenner regionaler Biosysteme nicht ein, wenn es gilt, ein Konzept zu erstellen, mit dem wir die Bedürfnisse von Mensch und übriger Natur nachhaltig harmonisieren wollen? Das möchte ich ändern!

Während der Fahrt griff Joern Ross immer wieder zum Handy und gab einige kurze Informationen durch. "Nach Cuxhafen," erklärte er, "ich habe doch kein Fax an Bord", lachte er dann und erläuterte seinem staunenden Abgeordneten die auf Grund seiner Gesetze blühende Bürokratie des europäischen Fischereiwesens.

Ich habe nicht mehr alles in Erinnerung, was und wie oft ein Fischer sich registrieren lassen muss: die Abfahrt und Rückkehr, das Fahrtgebiet, die Zahl der Netze und Reusen, die Fangmengen nach Fischart etc. etc... Das erschien mir alles sehr gespenstisch und ich ließ mir dann noch über die Fangquoten berichten, die für jeden Fischer nach östlicher und westlicher Ostsee getrennt ausgewiesen werden.

"Wenn ich die Quoten nicht ausschöpfe, habe ich im nächsten Jahr kleinere," meinte Jörn Ross und erläuterte mir, dass er Mitglied einer Fischereigenossenschaft sei, die in den letzten Jahren durch Fusionen allerdings immer größere Räume abdecke und deren Zentrale jetzt in Heiligenhafen ihren Sitz habe. Nach welchen Kriterien die Genossenschaft die Quoten verteile, sei ihm auch nicht ganz klar, klang auch hier mit einem gewissen Sarkasmus. Er verwies mich für weitere Informationen zu diesem Thema an seinen Kollegen, den ich nachher im Hafen treffen würde.

Wir waren in das mit Fischen gefüllte Boot gestiegen und gemeinsam mit den jäh aus verdientem Schlaf gerissenen zwei Söhnen der Familie Ross hinübergefahren an den Schleswiger Hafen, um dort die Fische aus den insgesamt drei Booten zu vermarkten.

Am Kai wartete schon eine lange Schlange von Kunden und als wir ankamen strömten aus einem Touristenbus weitere Scharen von Neugierigen an die Pier. "Die Kunden nach rechts und die Zuschauer nach links!" rief Frau Ross, die inzwischen mit einer Waage und einer Kassierertasche um den Hals an Land geklettert war.

Wir füllten die Fischkisten nach und nach mit Butt, Dorschen, Lachsen aus den Vorratstanks in

der Schlei und Barschen aus den Booten der Söhne und fingen an, die Fische entsprechend den Wünschen der anspruchsvollen Kundschaft zuzubereiten.

"Bitte Kopf dranlassen, abschuppen und ausnehmen!" rief eine Kundin, die offenbar häufiger dort kaufte und ganz genau wusste, was sie wollte.

"Dort sind die Russen," gab Joern Ross mit einer Geste seines Kopfes zu wissen, "das sind die einzigen, die mit unseren schönen Brassen noch etwas anzufangen wissen. Unsere Leute hier mögen keine Brassen, weil sie mit deren Gräten nicht klarkommen. Dabei haben die Brassen einen wunderbaren Geschmack," erklärte er und meinte noch, dass ihm auch die Barsche sehr gut schmeckten. "Dagegen schmeckt Dorsch wie ein Schluck Wasser," geringschätzte der Fachmann und verzog verächtlich den Mund.

Die dicken Aale kosteten dreißig bis vierzig Euro das Stück und sie waren sehr lebendig, bis ihnen der Kopf nur soweit abgeschnitten wurde, dass er als Griff dienen konnte, um die silbrig-feste Haut wie einen engen Strumpf besser vom sich noch windenden Rumpf abziehen zu können. Nur am Nabel noch ein kleiner Befreiungsschnitt, und der armdicke Fleischstrang, der zum Braten in Scheiben von höchstens zwei Zentimeter Dicke geschnitten werden sollte, wurde fertig und pfannengerecht in eine Plastiktüte versenkt.

Die Schuppen der riesigen Brassen waren silbrig und groß wie Eurostücke. Man hieb dem noch um sein Leben kämpfenden Fisch, den man vorher aus dem mittig im Boot befindlichen Fischtank gegriffen hatte, mit einem Totschläger auf den Schädel und hielt den dann sofort Erschlafften an den Kiemen fest, um mit einem gezahnten Kratzer die silbrige Pracht abzulösen.

"Der Bauch muss auch entschuppt werden!" korrigierte mich der Meister und ich schrubpte und schuppte, währen sich oben einige Schleswiger darüber Gedanken zu machen schienen, ob "der da unten mit den blutigen Fingern" wohl tatsächlich ihr Bundestagsabgeordneter sein könnte. Er war es und ich grüßte freundlich, aber etwas gequält lächelnd mit meinem Entschupper und blutiger Hand nach oben in die Wählerschar.

Nun ja, ich will das so! Ich will wissen, wie das ist als Fischer, als Kassierer an der Supermarktkasse, als Müllwerker, Automechaniker, Landhelfer, Werftarbeiter oder Bahnhofsmissonar. Nie lerne ich so viel und so gern wie bei solchen Erkundungspraktika und ich danke allen, die mir diese Erfahrungen ermöglichen.

Hoffentlich erwarten sie nicht zu viel von mir, dachte ich, als ich mich von der Familie Ross verabschiedete. Ich bin ja nur einer von über sechshundert Abgeordneten. Aber ich fühle mich motiviert und verpflichtet all den Menschen gerecht zu werden, die so viel Vertrauen in ihren Politiker setzen.

Euer Wolfgang Wodarg

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

SPD fordert mehr Verkehrssicherheit auf der Möllner Landstraße

Wenn in Reinbek über Verkehrssicherheit gesprochen wird, dann konzentriert sich die Aufmerksamkeit in der Regel auf die Fußgängerbrücke am Holländer Berg. „Dabei wird zu leicht übersehen“, so SPD-Fraktionsvorsitzender Volker Müller, „dass auch in anderen Teilen Reinbeks dringender Handlungsbedarf besteht.“



Ganz oben auf der Agenda muss nach Auffassung der Reinbeker SPD-Fraktion die Möllner Landstraße stehen – eine viel befahrene Hauptverkehrsstraße, die quer durch den größten Reinbeker Stadtteil, Neuschönningstedt, verläuft, täglich von Tausenden von Kraftfahrzeugen befahren wird und von Hunderten von Kindern und Jugendlichen auf dem Weg zu Schulen und Kindergärten gequert werden muss. „Gern nutzen PKW und LKW die Möllner Landstraße als Ausweichstrecke, wenn die A24 blockiert ist oder um die Autobahngebühren zu sparen“, hat Müller beobachtet.

Langfristig muss die Möllner Landstraße nach Auffassung der Reinbeker SPD-Fraktion baulich so umgestaltet werden, dass sie für den Durchgangsverkehr unattraktiv ist. „Schwerlastverkehr gehört nicht in Wohngebiete“, bringt Müller die SPD-Position auf den Punkt. Mittelfristig müssen nach Auffassung der SPD zumindest zwei bauliche Veränderungen vorgenommen werden: Östlich und westlich von Büchsenschinken sollte die Fahrbahn so verschwenkt werden, dass die Kraftfahrzeuge abbremsen müssen. Die gefährliche und zudem aufgrund der vielen Ampeln in der Unterhaltung recht teure Haidkrugkreuzung muss endlich durch einen Kreisverkehr ersetzt werden, der die Fahrzeuge automatisch zum Abbremsen zwingt.

Kurzfristig müssen die Haltebalken an der Fußgängerampel Ebereschenweg so weit auseinander gezogen werden, dass auch etwas unaufmerksame Fahrer, die verspätet bremsen, die Fußgänger nicht gefährden. „Immer wieder berichten uns Bürger, dass es hier vor allem in der Schulzeit fast täglich zu Beinahe-Unfällen kommt“, so Volker Müller.

Die lang- und mittelfristig umzusetzenden Maßnahmen wird die Reinbeker SPD-Fraktion in den nächsten Wochen durch entsprechende Anträge in den Gremien der Stadt vorantreiben. Wegen der Verschiebung der Haltebalken am Ebereschenweg will Müller sich in diesen Tagen direkt an Bürgermeister Barendorf wenden. „Das sollte sich eigentlich noch vor Schulbeginn Ende August umsetzen lassen“, ist Müller optimistisch.

Keine Kommentare

Barrierefreies Bahnfahren – AKN und Hochbahn kommen nicht in Fahrt! „Nicht mal ein Tropfen auf den heißen Stein“

Heiner Köncke, Landtagskandidat für den Wahlkreis 31 hat der AKN Eisenbahn AG und der Hamburger Hochbahn mangelhaften Einsatz beim behindertengerechten Umbau ihrer Züge und Haltestellen vorgeworfen. Öffentlichkeitswirksame Projekte –wie die Inbetriebnahme der neu entwickelten Notruf- und Infosäulen auf der AKN-Linie A3 und der Bau der neuen Hafen-City-Linie U 4– könnten über einen immensen Nachholbedarf nicht hinwegtäuschen, sagte Köncke.

„Die Finanzplanungen in Hamburg zeigen, dass beim Haltestellen-Umbau



kaum etwas vorangeht. Beim derzeitigen Tempo und ohne zusätzliche Ausgaben wird es noch viele Jahre dauern, bis die auch für Norderstedt wichtige Haltestelle Ochsenzoll endlich für gehbehinderte Mitbürger nutzbar ist.“ Derzeit seien in Hamburg lediglich 30 von 80 U-Bahnhöfen barrierefrei. Noch düsterer sehe es bei der Barrierefreiheit in den Zügen der AKN aus.

„Die Aussagen der AKN-Geschäftsführung geben keinen Anlass zum Optimismus. Kleinere Kinder, ältere Menschen, Personen mit schweren Lasten oder Fahrrädern, Rollstuhlfahrer, schlicht alle in ihrer Bewegung eingeschränkte Fahrgäste - dazu braucht man nur ein gebrochenes Bein – haben Probleme, in die Züge der AKN einzusteigen und werden damit systematisch von der Benutzung der AKN ausgeschlossen. Zwar habe die AKN im Jahr 2002 die ersten fünf Züge der Bauart "LINT" geliefert bekommen, die den Anforderungen für Barrierefreiheit entsprechen, diese Fahrzeuge sind jedoch nur von Neumünster aus auf der Strecke nach Büsum und auf der Strecke Richtung Bad Oldesloe im Einsatz.“, kritisiert der SPD-Landtagskandidat.

Für das übrige Streckennetz heißt es dazu auf der Internetseite der AKN lapidar:

„Für die Strecken im Hamburger Verkehrsverbund (HVV) konnten bisher noch keine Nachfolger für die seit 1976 im Einsatz befindlichen Triebwagen des Typs VTE geordert werden. Wir sind jedoch weiterhin intensiv auf der Suche nach moderneren Zugtypen mit fahrgastfreundlicheren Einstiegen.“

„Das Angebot eines Mobilitätsservice für behinderte Fahrgäste ist allerdings eine Selbstverständlichkeit – diese jedoch tatsächlich in Anspruch zu nehmen stellt die betroffenen Fahrgäste vor eine schier unlösbare Aufgabe. Kein konkreter Hinweis auf den Internetseiten der AKN, stattdessen eine kostenpflichtige Telefonnummer, die nur zu normalen Bürozeiten erreichbar ist.

Der Umgang der AKN mit ihren behinderten Fahrgästen ist einfach entwürdigend. Zahlende Fahrgäste werden hier zu Bittstellern degradiert, die ihren Wunsch zur Beförderung anmelden müssen.

Angesichts des Nahholbedarfs bei Hochbahn und AKN sind die pressewirksamen Aktionen der beiden Unternehmen nicht mal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein.

Warum die für die Verkehrsinfrastruktur bereitgestellten Millionenbeträge aus dem Konjunkturpaket des Bundes hier nicht effektiv eingesetzt werden, ist für mich und die betroffenen Fahrgäste nicht nachvollziehbar. Schließlich sind beide Unternehmen im Besitz der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein.“, betont Köncke abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 17.08.2009, 23:19 Uhr - 1851 Clicks - Nr. 907

Online-Zeitung für Barsbüttel

Die SPD Barsbüttel bietet seit einiger Zeit einen Informationsservice für alle, die sich auf dem Laufenden halten wollen. Unter www.oton-aktuell.de gibt es ein stets aktuelles Internetmagazin über die Gemeinde im Süden Stormarns.

Jörg Kiencke, der Ortsvereinsvorsitzende, berichtet: "Im Ort passieren so viele spannende Dinge. Wir wollen über Beschlüsse der Politik



berichten, über umgesetzte

Projekte und die Entwicklung Barsbüttels. Dabei werden natürlich auch die Ideen der SPD eine Rolle spielen.

Schließlich sind wir die Barsbüttel-Partei."

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 18.08.2009, 08:36 Uhr - 2161 Clicks - Nr. 908

Ralf Stegner auf der Flensburger Förde

Politische Gespräche und erholsame Entspannung

Dass ein Spitzenpolitiker nie ganz frei ist vom politischen „Tagesgeschäft“, erlebt derzeit Ralf Stegner. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Schleswig-Holsteinischen Landtag und Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl am 27. September verbringt mit seiner Frau Sybille zwar einige Urlaubstage an der Flensburger Förde, um dort Kraft zu tanken für den Endspurt vor dem Urnengang – doch völlig losgelöst von der Politik geht das nicht.

Auch in jener Zeit, die eigentlich der Erholung dienen soll, diktiert der Terminkalender weitgehend den Tagesablauf des SPD-Landeschefs.

Beides – politische Gespräche und erholsame Entspannung – konnte Helmut Trost, der SPD-Landtagskandidat im Wahlkreis 4 (Flensburg), in idealer Weise unter einen Hut bringen, indem er Ralf Stegner, der sein Urlaubsquartier in Glücksburg bezogen hat, zu einer Fördetour auf der Drei-Mast-Bark „Artemis“ einlud.



Der Landesvorsitzende nutzte die Gelegenheit, an Bord des schönen Passagierseglers mit Bürgern ins Gespräch zu kommen. Begleitet wurde er von einem Fernsichteam, das während der Schiffstour Bilder einfing und ein Interview führte für ein geplantes Stegner-Porträt, das kurz vor dem Wahltermin gesendet werden soll. Wie man ein so großes Schiff mit einer Länge von immerhin 60 m führt, konnte der Politiker testen, als er auf Bitten der Filmemacher für kurze Zeit das Steuerrad übernahm. Auch beim Setzen und Einholen der Segel packte er zusammen mit Helmut Trost kräftig mit an. „Ein schönes Erlebnis“, schwärmte Stegner, der sich entspannt den böigen Wind um die Nase wehen ließ.

Politisch wurde es noch einmal, als sich das Helmut-Trost-Wahlkampfteam um ihn versammelte, um sich über den neuesten Stand der Wahlkampfaktivitäten des Landesverbandes unterrichten zu lassen und seinerseits den Landesvorsitzenden über entsprechende Pläne im Wahlkreis 4 ins Bild zu setzen. Stegner machte dem Flensburger Team Mut, nicht nachzulassen im Bemühen, den Wahlkreis erneut für die SPD zu holen: „Flensburg ist traditionell rot – und das sollte es bleiben.“ Daran sei der Landes-SPD sehr viel gelegen.

Unser Foto: Sie ziehen an einem Strang: Helmut Trost und Ralf Stegner auf der Artemis

Keine Kommentare

Post soll weiterhin Verantwortung für die Stadtteile behalten!

Die Kieler Rathauskooperation aus SPD, Grünen und SSW fordert: „Die Post wäre gut beraten, wenn sie von ihren Überlegungen, ihre Filialen zu schließen, Abstand nehmen würde. Eine Kundennähe der Post sowie eine Präsenz in den Stadtteilen dürften mittel- bis langfristig nicht nur für die unternehmerische Wettbewerbsfähigkeit von Bedeutung sein.

Fußläufig erreichbare Postfilialen mit gutem Kundenservice sind ein wichtiger Beitrag für eine Stabilisierung und Fortentwicklung der Stadtteile. Der geplante Rückzug wird nur zu weiteren Kundenverlusten im Geschäfts- und Privatkundenbereich bei der Post führen. Die Post wäre gut beraten, wenn sie weiter bei ihren Kunden bliebe.

Für die Kooperation stellen abschließend Dr. Hans-Friedrich Traulsen, baupolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Arne Langniß, Mitglied des Wirtschaftsausschusses von B90/Die Grünen und Antje Danker, SSW, fest: „eine Beibehaltung der Minifilialen in den Stadtteilen mit einem guten Service wäre für die Post und die Stadt gut. Daher sollte die Post an derartigen Lösungen arbeiten“.

Keine Kommentare

Andrea Nahles zu Besuch im Kreis Steinburg

Andrea Nahles, Stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende, besuchte in Lohbarbek das Stoppelfest der Freiwilligen Feuerwehr und die Grundschule Hohenlockstedt. Vor Ort informierte sie sich über die Baumaßnahmen in der Grundschule in Hohenlockstedt. Sie würdigte die Einrichtung für 400 Schülerinnen und Schüler als vorbildlich und ungewöhnlich groß. Mit 237.000 Euro aus dem Konjunkturpaket II des Bundes



erhält das mittlerweile 37 Jahre alte Schulgebäude neue Fenster. Für Andrea Nahles ein weiterer Erfolg der Konjunkturprogramme.

Mit dem Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen wagte sich Frau Nahles auf dem Stoppelfeld in Lohbarbek auf ein Quad, das sie noch nie gefahren sei. Eine Fahrt im Feuerwehrauto stand auch auf dem Programm.

Frau Nahles genoss die lockere Atmosphäre und die Gespräche mit Gästen und Lokalpolitikern wie dem Bürgermeister von Lohbarbek Martin Hildebrand und der Landtagsabgeordneten Birgit Herdejürgen.

Nach einer Stunde reiste die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende bereits zu ihrem nächsten Termin zu einem Sommergespräch nach Pinneberg mit dem Thema „Gute Bildung –

Gute Arbeit – Gutes Leben“.

Andrea Nahles (39) ist seit 2007 stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. Sie gehört dem Kompetenzteam des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier an. Sie ist Sprecherin der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion. Von 1995 – 1999 war sie Bundesvorsitzende der Jusos.

Auf dem Foto von links nach rechts:

Andrea Nahles (MdB), Jörn Thießen (MdB) und Birgit Herdejürgen (MdB).

Keine Kommentare

[Birgit Herdejürgen, MdB](#) - veröffentlicht am 18.08.2009, 13:07 Uhr - 7004 Clicks - Nr. 911

HSH Nordbank – die Krise in Stichworten

Die Krise um die HSH-Nordbank kommt nicht aus den Schlagzeilen. Die Abfindungszahlungen an Beschäftigte der Bank, die gehen und die Bleibepremien für Beschäftigte, die nicht gehen, stoßen auf allgemeines Unverständnis. Dies ist für die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Birgit Herdejürgen, Anlass, die Krise einmal in Kurzform darzustellen.



Die SPD hat sich immer für ein öffentliches Sparkassensystem und für den Erhalt einer schleswig-holsteinischen Landesbank ausgesprochen.

In der vergangenen Wahlperiode zeigte sich dann jedoch, dass ein dauerhafter Erhalt der Landesbank nur im Verbund mit anderen zu ermöglichen war. Nach Verhandlungen auch mit anderen Landesbanken kam es 2003 zum Zusammenschluss der Landesbanken von Hamburg und Schleswig-Holstein zur HSH Nordbank.

Ziel dieses Zusammenschlusses war eine regional verankerte und profitable Bank zu sichern und den Standort Kiel zu erhalten. Dies war für Schleswig-Holstein ein entscheidender Punkt in den Verhandlungen.

Mit der Gründung der HSH wurde als Geschäftszweck sowohl das originäre Landesbankgeschäft als auch das internationale Engagement benannt, das zur Sicherung des regionalen Engagements beitragen sollte.

Das neue Geschäftsmodell war zugleich Vorbereitung auf die von der EU zu erwartende Entscheidung bezogen auf den öffentlichen Bankensektor - den Wegfall der Gewährträgerhaftung - und damit auch Vorbereitung auf einen mittelfristig angestrebten Börsengang.

Schon zu Landesbankzeiten engagierte sich die Bank im „Kreditersatzgeschäft“. Dies war ökonomisch sinnvoll, jedoch erschwerten immer neue Instrumente (mehrfache Bündelung und Verbriefung von Risiken) die Risikoabschätzung.

2005 entfiel die bisherige Gewährträgerhaftung. Sie hatte den öffentlichen Banken zuvor gute Konditionen auf dem internationalen Finanzmarkt ermöglicht. Die Gewährträgerhaftung war

eine grundsätzliche Garantie der öffentlichen Eigentümer von Landesbank und Sparkassen. Auch wenn bilanztechnisch anders zu bewerten, ist sie vergleichbar mit dem Garantieschirm, der zurzeit für die Sicherung der Liquidität der Banken aufgespannt wurde.

Das Bestehen dieser Gewährträgerhaftung ist damals nicht kritisiert worden. Im Gegenteil – es gab eher Bedauern über deren Wegfall. Die Ländergarantien hatten für günstige Bewertungen der Bank gesorgt und damit auch bei verhältnismäßig geringer Eigenkapitalausstattung gute Refinanzierungsbedingungen geboten.

Mit Wegfall dieser günstigen Wettbewerbsposition war klar, dass die HSH zusätzliches Eigenkapital benötigt. Aus diesem Grund war für 2008/2009 der Börsengang vorgesehen.

Mit Beginn der Finanzmarktkrise war ein Börsengang nicht mehr sinnvoll. Die Anteilseigner einigten sich darauf, diesen Prozess vorerst auszusetzen. Eine Verbesserung der Kapitalausstattung musste nun auf anderem Wege erfolgen. Dies geschah einerseits durch Umwandlung stiller Einlagen, andererseits durch weitere Kapitalzuführung aus Landesmitteln.

Im Herbst 2008 brach die Großbank Lehman Brothers in den USA zusammen. Das nun große Misstrauen auf Finanzmärkten verschlechterte die Refinanzierungsmöglichkeiten von Banken drastisch.

Es kam nun auch zu einem Überschwappen der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft. Dies ist für die HSH als größtem Schiffsfinanzierer von besonderer Bedeutung. Der Verfall der Charraten wirkt sich direkt auf das Geschäftsergebnis der Bank aus.

Der Bund verabschiedete im Herbst 2008 das Finanzmarktstabilisierungsgesetz. Wichtiger Bestandteil ist der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin).

Die HSH Nordbank beantragte 30 Mrd. Euro Garantien. Davon wurden 10 Mrd. Euro sofort freigegeben.

Der SoFFin hatte diese Garantien an drei Bedingungen geknüpft:

- ☐ 7% Eigenkapitalausstattung (EU-Vorschrift)
- ☐ Herauslösung der Altlasten in eine rechtlich-organisatorisch von der „Kernbank“ getrennte Einheit
- ☐ Vorlage eines zukunftsfähigen Geschäftsmodells

In der Zwischenzeit wurde der vorläufige Jahresabschluss der HSH Nordbank von dem Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG geprüft. Das Ergebnis:

- ☐ Jahresfehlbetrag von 2,8 Mrd. Euro
- ☐ Mindestkapitalquote ist nicht mehr gegeben

Um die Vorgaben des SoFFin zu erfüllen, hat der HSH-Vorstand folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- ☐ Sofortige Kapitalerhöhung um 3 Mrd. Euro (weil die Schließung durch die Bankenaufsicht des Bundes, BaFin, droht)
- ☐ Übernahme der Kapitalmaßnahmen durch Schleswig-Holstein und Hamburg
- ☐ Reduzierung der Risikogewichtung durch Garantien von 10 Mrd. Euro
- ☐ Auslagerung von Risikopapieren und nicht-strategischen Anlagen in eine „Abbaubank“

(dauert 12 bis 18 Monate)

☐Neuausrichtung auf Kerngeschäftsfelder

- Firmenkunden
- Gewerbliche Immobilien
- Shipping / Transport
- Erneuerbare Energien (in der Region)

Es waren keine realistischen Alternativen zu der Kapitalerhöhung und den Garantien erkennbar:

☐Eine sofortige Abwicklung der Bank hätte alle Arbeitsplätze gekostet. Das Land hätte sofort im Rahmen der alten Gewährträgerhaftung für Anlagen bis 2005 eintreten müssen. Diese beliefen sich im Frühjahr insgesamt auf 65 Mrd. Euro.

☐Eine kontrollierte Abwicklung der Bank würde bedeuten, dass keine Neugeschäfte mehr abgeschlossen würden und die Bank damit langsam ausläuft. Die notwendigen Maßnahmen der Kapitalerhöhung würden sich nur um den Anteil des Neugeschäfts an der Kapitalunterlegung verringern. Insgesamt wären für diesen Fall statt insgesamt 13 Mrd. Euro immer noch 12 Mrd. Euro nötig gewesen.

☐Bei einer Abwicklung der Bank würden sich tatsächliche Verluste einstellen. Die Möglichkeit von einer Wertaufholung zu profitieren, wäre nicht mehr gegeben.

Das ZIEL ist der Erhalt der Landesbank zu der für das Land finanziell günstigsten Lösung.

Auf Anregung der SPD-Fraktion hat das Parlament die Gewährung von Kapital und Garantien jedoch an Bedingungen geknüpft. Dazu zählt auch eine Begrenzung der Vorstandsbezüge auf jährlich 500.000 T€.

Der amtierende Ministerpräsident hat den Bruch der Koalition unter anderem damit begründet, dass die SPD sich kritisch zu den Sonderzahlungen für HSH-Chef Nonnenmacher geäußert hat.

Und wir haben den amtierenden Ministerpräsidenten gerügt, der unwahrheitsgemäß behauptet, dies sei im Einverständnis mit den Fraktionsspitzen der Regierungsfaktionen geschehen. Carstensen hat diese Lüge inzwischen auch etwas halbherzig zugegeben.

Wenn die Haltung der SPD zu den Vorstandsbezügen Grund für den Koalitionsbruch war, wird jedoch sehr anschaulich klar, wie die Meinung der CDU zu den völlig aus dem Ruder gelaufenen Gehaltsforderungen von Bank-Managern ist. Es ist der Gipfel der Scheinheiligkeit, den Vorstandsvorsitzenden nun zum Verzicht aufzufordern, wo klar wird, dass die Auffassung der CDU unpopulär ist.

Keine Kommentare

[SPD-Quickborn](#) - veröffentlicht am 18.08.2009, 14:13 Uhr - 2633 Clicks - Nr. 912

Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD, kommt nach Quickborn

Hubertus Heil und Dr. Ernst Dieter Rossmann stellen am 27.08. in Quickborn den Deutschlandplan vor

Ernst Dieter Rossmann hat im Rahmen seiner Sommergespräche den Generalsekretär der SPD

nach Quickborn eingeladen.

Am 27. August, 17.00 Uhr, möchten die beiden Politiker mit den Bürgerinnen und Bürgern über den Deutschlandplan "Die Arbeit von morgen" diskutieren. Sie sind alle ganz herzlich dazu eingeladen.

Die Veranstaltung findet in den Räumen der Volkshochschule Quickborn statt.

Als Vorläufer zu dieser Veranstaltung kommt der ROTE BUS von Hubertus Heil am Freitag, 21.08.09, 12.30 Uhr, nach Quickborn auf den Familia-Parkplatz am Halenberg. Dort werden diverse Materialien zur Bundestagswahl verteilt.

Keine Kommentare

[SPD-Reinfeld](#) - veröffentlicht am 18.08.2009, 20:00 Uhr - 2710 Clicks - Nr. 913

Besuch von Bettina Hagedorn (MdB) im Asklepios-Pflegezentrum Reinfeld

Am 14.08.09 besuchte Bettina Hagedorn (MdB) in ihrem Wahlkreis in Reinfeld das Asklepios-Pflegezentrum in Begleitung der Stadtverordneten Petra Gehrke. Dort fand das Sommerfest der Seniorinnen und Senioren unter musikalischer Begleitung bei Waffeln, Kaffee, Eis sowie verschiedenen Wettkämpfen statt.



Bevor es die gegrillten Würstchen gab, wagte Bettina noch ein Tänzchen mit dem ehemaligen Reinfelder Günter Graf. An Bewohner und Besucher wurden von Bettina und Petra die beliebten Volksliederhefte verteilt.

Bettina Hagedorn führte ein ausführliches Gespräch mit dem Heimbeirat, der sich beklagte, dass sich so wenige Familienmitglieder die Zeit nähmen für einen ausgiebigen Besuch bei ihren Angehörigen oder auch für einen ehrenamtlichen Einsatz für die Senioreneinrichtung. Von der Heimleitung erfuhren Bettina Hagedorn und Petra Gehrke von den personellen Nöten und der Erwartung, dass sich die Situation des Personalmangels in den kommenden Jahren noch verschärfen wird.

Bettina Hagedorn sagte zu, auch als Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages die Belange von Senioren, von Heimeinrichtungen sowie den in der Pflege Beschäftigten im Auge zu behalten und sich für weitere Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen einzusetzen.

Keine Kommentare

[Heiner Köncke](#) - veröffentlicht am 19.08.2009, 07:03 Uhr - 2627 Clicks - Nr. 914

Ein ehrliches Wahlprogramm

(Christian Bommarius, Berliner Zeitung 15.08.2009)

Die CDU Schleswig-Holsteins hat gestern ihr Wahlprogramm vorgestellt.

Kurz gefasst besagt es Folgendes: Da niemand weiß, wie Arbeitsplätze geschaffen werden können, verzichtet auch die CDU auf Vorschläge; da niemand weiß, wie der Wirtschaft aufgeholfen werden kann, will auch die CDU die Wähler nicht mit Erklärungen behelligen; da niemand weiß - jedenfalls nicht in der CDU Schleswig-Holsteins - wie eine bessere Bildungspolitik gestaltet werden könnte, eine seriöse Haushaltspolitik, eine sinnvolle Umweltpolitik, da also niemand weiß, zumindest der Landespartei dazu nichts eingefallen ist, womit sich die Landesregierung in der nächsten Legislaturperiode sinnvollerweise beschäftigen könnte, hat sich die Partei entschieden, in ihrem Programm auf jegliche Programmatik zu verzichten.

Beworben wird an ihrer Stelle nun nicht etwa der Spitzenkandidat, Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, sondern: "Wir werben mit der Nähe zu den Menschen, die er gezeigt hat. Das ist seine Stärke." Das ist zugleich als Antwort auf die in der CDU-Landtagsfraktion immer schärfer gestellte Frage zu verstehen, wo die Stärke Carstensens wohl liegen könnte, wenn sie - wie erwiesen - nicht in der Finanzpolitik, nicht in der Haushaltspolitik, nicht in der Wirtschafts-, Bildungs- oder Umweltpolitik zu finden sei. Man kann sagen: Die CDU Schleswig-Holsteins hat ihr Programm ganz auf die Kompetenz ihres Spitzenkandidaten zugeschnitten. Selten ist das Wahlprogramm einer Partei ehrlicher gewesen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 19.08.2009, 08:33 Uhr - 5824 Clicks - Nr. 915

"PANDEMIE ZU MARKETINGZWECKEN MIßBRAUCHT" - Gespräch mit Wolfgang Wodarg

Hier ein Interview von Ralf Wurzbacher mit Dr. Wolfgang Wodarg, erschienen in der Zeitung Junge Welt.

Sie haben sich damit zu Wort gemeldet, daß die Angst um die Schweinegrippe eine große Inszenierung sei. Wie kommen Sie dazu?

Wodarg: Ich habe alle verfügbaren Daten, darunter etwa die des Robert-Koch-Instituts, ausgewertet und bin zu dem Schluß gekommen: Bei der sogenannten Schweinegrippe handelt es sich, verglichen mit früheren Grippewellen, aus epidemiologischer Sicht um eine eher harmlose und wenige Menschen betreffende Entwicklung.



Wie gefährlich oder ungefährlich ist die Krankheit also?

Wodarg: Nehmen wir das Beispiel Großbritannien, wo bislang über 10000 Fälle gezählt wurden. In Jahren mit einer starken Grippeepidemie bewegen sich die Erkrankungsraten in einer Region wie Flensburg mit rund 120000 Einwohnern in einer ähnlichen Größenordnung. Auch in Mexiko-City kommen nur ein paar tausend Fälle auf 24 Millionen Menschen. Auf so eng besiedeltem Raum ist das geradezu lächerlich. Außerdem wird überall von einem relativ milden Krankheitsverlauf berichtet. Hier wird eine ganz normale, vergleichsweise sogar ungefährliche Grippewelle zu Marketingzwecken mißbraucht.

Aber ist eine Grippewelle im Sommer nicht doch ein schlimmer Vorbote für die anstehende kalte Jahreszeit?

Wodarg: Die Grippe ist eine permanente Pandemie, Grippeviren ziehen immer um die Welt. Es gibt unzählige Virustypen, sie haben ihr Reservoir in Mensch oder Tier und verändern sich durch Genaustausch innerhalb eines Stammes oder über die Stammesgrenzen hinweg immer wieder von neuem und überlisten damit die menschliche Immunabwehr. Die Schweinegrippe ist nur ein Virustyp von vielen, sie trägt nur einen beängstigenden Namen.

Und das ist kein Zufall?

Wodarg: Die Bezeichnung bekam sie von den Centers for Disease Control (CDC) in Atlanta, weil in dem Virus schweinevirus-analoge Strukturen zu finden sind. Vermutlich ließen sich aber auch Ähnlichkeiten zu Nerz- oder Pferdeviren erkennen. Früher hat das sowieso niemanden interessiert. Da gab es die Grippewelle, und keiner wußte um die molekulargenetische Ausprägung des Erregers.

Und heute lassen sich mit jedem neu differenzierten Erreger neue Ängste schüren?

Wodarg: Richtig. Beim Begriff Schweinegrippe schwingt mit, daß ein Erreger von Tier zu Mensch springt. Dabei denkt man gleich an das AIDS-Virus, das angeblich vom Affen stammen soll, oder an die Pest. Noch einmal: Grippeviren leben und vermehren sich auch in Vögeln, Pferden, Nerzen, Walen, Seehunden und landen in ähnlicher Form immer wieder auch beim Menschen.

Ist also die CDC der verlängerte Arm der Pharmalobby?

Wodarg: Nein. Auch wissenschaftliche Institute leben von Aufmerksamkeit, und je knackiger etwas klingt, desto eher stürzen sich auch die Medien darauf. Die Schweinegrippe ist einfach ein Musterbeispiel für kluges Agenda-Setting. Zum ersten Mal richtig geklappt hat das 2005 mit der Vogelgrippe, einer Krankheit, die es gar nicht gab. Das ganze Theater darum verdankte sie allein der Spekulation, daß das Virus mutieren und auf den Menschen überspringen könnte. Trotzdem bunkerten die Bundesländer damals für 200 Millionen Euro die Grippepille Tamiflu, und der Leiter der Vogelgrippe-Kampagne bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wechselte anschließend zum Pharma-Riesen Novartis. Eben dieser Konzern will gerade den Grippe-Impfstoff Optaflu auf den Markt bringen. Wir erleben aktuell von neuem, wie die Pharmaindustrie erfolgreich ihre Interessen in der Politik durchgesetzt hat.

Was werfen Sie in diesem Zusammenhang dem Robert-Koch- und dem für Impfstoffe und biomedizinische Arzneimittel zuständigen Paul-Ehrlich-Institut vor?

Wodarg: Ich finde, daß beiden Instituten eine stärker ärztliche und weniger molekulargenetische Sichtweise gut anstünde.

Das Paul-Ehrlich-Institut in Langen bezichtigt umgekehrt Sie der Panikmache, weil Sie ohne jeden Anlaß Gefahren an die Wand malen würden.

Wodarg: Meine Einwände bezogen sich auf den Impfstoff Optaflu, der auf Krebszellen gezüchtet wird. Ich habe beklagt, daß dieser Impfstoff für die Anwendung ungeeignet ist, weil er noch nicht lange genug getestet wurde und die Gefahr einer Mitübertragung

krebserzeugender Bestandteile des Zellmaterials auf den Geimpften nicht auszuschließen wäre. Es gibt aber noch einen anderen unbedenklichen Novartis-Impfstoff, und das Paul-Ehrlich-Institut stellt die Sache nun so, daß ich diesen attackiert hätte.

Gleichwohl halten Sie die geplante Massenimpfung für falsch?

Wodarg: Ich halte Impfungen bei entsprechender ärztlicher Indikation für richtig, um bestimmte Risikopatienten, also über 60jährige, chronisch Kranke und Menschen mit hohem Infektionsrisiko, zu schützen. Deshalb ist die Impfempfehlung genauso auszusprechen wie in den Vorjahren. Dafür reichen die verfügbaren Impfstoffe allerdings völlig aus.

Eines speziellen Impfstoffes gegen die Schweinegrippe bedarf es nicht?

Wodarg: Auch die gängigen Impfstoffe werden jedes Jahr an die neuen Virenbeschaffenheiten angepaßt. Allerdings ist das Verfahren kompliziert und zeitaufwendig, weil die Viren auf Hühnereiern angezüchtet werden. Bei dem neuen und von mir kritisierten Novartis-Impfstoff Optaflu werden die Viren in Bioreaktoren auf Zellen gezüchtet, die ursprünglich von Tumorzellen eines Hundes stammen, weil das wesentlich schneller geht. Bei dem mit der üblichen Methode gewonnenen Antigen gab es immer wieder Verunreinigungen durch Hühnereiweiß, was zu ungewollten Reaktionen bei Menschen mit Hühnereiweißallergien führte. Genauso könnten aber auch mögliche Verunreinigungen bei Optaflu krebserregend wirken. Deshalb sage ich: Laßt die Finger davon, solange das Krebsrisiko nicht nach den Regeln der ärztlichen Kunst ausgeschlossen ist.

Und wenn es anders kommt. Wäre das ein "medizinischer Großversuch an deutschen Bevölkerung", wie der Pharmakritiker Wolfgang Becker-Brüser dies nennt?

Wodarg: Wollte man wirklich derzeit Millionen Menschen mit Optaflu impfen, dann wäre das in der Tat unverantwortlich.

Der Internist und Spezialist für Lungenheilkunde Wolfgang Wodarg ist Abgeordneter der SPD im Bundestag

Quelle: Junge Welt

Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 19.08.2009, 10:36 Uhr - 7451 Clicks - Nr. 916

Protestbesuch bei den Vattenfall Cyclassics

Am Sonntag, 16. August fand in Hamburg ein großes Sportereignis statt, bei dem über 22.000 Radsportler den tollen Tag bei ihrem Lieblingssport genossen. Man hatte schon morgens das Gefühl, dass ganz Hamburg auf den Beinen ist. Dass so ein Ereignis Sponsoren benötigt, ist jedem bewusst und nicht nur als Veranstalter freut man sich über zusätzliche Gelder. War es in Hamburg bis vor ein paar Jahren noch die HEW, ist heute Vattenfall Hauptsponsor.



"Woher das Geld kommt, ist scheinbar egal. Fast allen, uns aber nicht", so SPD Vorstandmitglied und SPD Landtagskandidat Stefan Bolln.

Zusammen mit Jusos aus Hamburg und Schleswig-Holstein hat Stefan zum Startbeginn am Sonntagmorgen um 7.15 Uhr ein Atommüllfass aus Krümmel vor die Vattenfallzentrale gebracht, um über das skandalöse Verhalten des verantwortungslosen Kernkraftwerkbetreibers aufmerksam zu machen. Nicht nur weil die Atommüllfrage unbeantwortet bleibt, sondern weil Vattenfall gezeigt hat, dass schon während des Betriebes die Technik von Vattenfall nicht immer beherrschbar ist. Erst recht nicht, wenn die eigenen Sicherheitsbedenken aus Profitinteresse immer wieder zurück gestellt werden. Wenn der schwedische Staat seinen Staatskonzern auffordern muss, sich in Deutschland verantwortungsvoller zu verhalten, dürfen wir in Deutschland dem Konzern keine Erlaubnis zum Betrieb eines KKW geben, so Stefan Bolln. Sonst baut dieser weiterhin alte Aggregate ein, läßt alte Technik unausgetauscht und meldet Störfälle nicht oder zu spät.

Wir wollten den tollen Sporttag in Hamburg nicht stören, sondern nur daran erinnern, dass man genau hinschauen sollte, wen man als Sponsor engagiert. Es gibt bestimmt Sponsoren, deren Verantwortung nicht nur für sich und ein paar tausend Sportler reicht, sondern dem die ganze Gesellschaft nicht egal ist.

Keine Kommentare

[SPD-Glinde](#) - veröffentlicht am 19.08.2009, 10:44 Uhr - 2950 Clicks - Nr. 917

Jugend in Glinde: pro und contra Selbstverwaltung

Zu seiner nächsten Monatsversammlung lädt der SPD-Ortsverein Glinde ein am 8. September ab 20.00 Uhr ins Bürgerhaus (Markt 2). Frank Lauterbach, Vorsitzender der SPD Glinde: „Schwerpunktthema soll die Lage der Jugend in Glinde sein, vor allem die Diskussion über das Pro und Contra eines selbst verwalteten Jugendzentrums.“ Gäste sind zu dieser Veranstaltung herzlich willkommen.

Die Tagesordnung der Monatsversammlung:

1. Begrüßung und Tagesordnung
2. Aktuelle (Viertel-) Stunde
3. Schwerpunktthema: Jugend in Glinde
4. Berichte: Vorstand, Wahlkampfkommission, Fraktion
5. Anträge, Ideen, Wünsche
6. Verschiedenes



Ab 19.00 Uhr findet vorher eine parteiöffentliche Vorstandssitzung statt.

Kommentar von [Jan](#) vom 09.09.2009, 15:49 Uhr:

RE: Jugend in Glinde: pro und contra Selbstverwaltung

Hallo, ich konnte gestern leider nicht anwesend sein. Da mich dieses Thema aber interessiert, wollte ich fragen, ob es möglich ist, ein Protokoll des Abends zu bekommen?? Lg Jan

Erhöhung der Schulbauinvestitionen war die richtige Entscheidung!

Zum Beginn der Erweiterungs-, Umbau- und Sanierungsarbeiten an 18 Kieler Schulen erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW): „Wir freuen uns über den Beginn der Erweiterungs-, Umbau- und Sanierungsarbeiten an 18 Kieler Schulen.

Dabei werden 9,3 Mio. Euro investiert. Das ist nur möglich, weil SPD, GRÜNE und SSW im Stadthaushalt 2009 den ursprünglichen Ansatz der Verwaltung um mehr als 2 Mio. Euro erhöht hatten. Dieser Erhöhung des Schulbauansatzes, über die im Dezember 2008 entschieden wurde (als vom Konjunkturpaket II noch keine Rede war), hatten CDU, FDP und DIE LINKE ihre Zustimmung verweigert. Ohne diese zusätzlichen 2 Mio. Euro stünden heute nur rd. 1,2 Mio. Euro (statt 3,2 Mio. Euro) für Investitionen zum Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen zur Verfügung.

Wir haben uns bei unserer Investitionsentscheidung davon leiten lassen, dass diese Investitionen der Verbesserung der Lernbedingungen der Kieler Kinder dienen, indem die räumlichen Voraussetzungen an den Kieler Schulen verbessert werden. Diese Investitionen nützen nicht nur den Kindern und Lehrern selbst. Investitionen bedeuten Aufträge an die private Wirtschaft, sie sichern und schaffen bei mittelständischen Betrieben Arbeitsplätze. Sie haben sogar darüber hinaus den Effekt, die Umwelt zu schonen und langfristig den Haushalt zu entlasten. Denn die bauliche Erneuerung der Gebäudebestände wird zu Wärmedämmung und Energieeinsparung führen. Das ist gut für die Umwelt. Und weil dann weniger geheizt werden muss, spart die Stadt auch noch Geld.

SPD, GRÜNE und SSW haben sich dafür entschieden, diese Schulbauinvestitionen jetzt zu tätigen, anstatt lieber Ausgaben einzusparen, wie es CDU und FDP verlangt haben. In einer akuten Wirtschaftskrise halten wir den Nutzen von Investitionen im hier und jetzt für vorrangig. Dieses fällt umso leichter, weil durch intelligente Haushaltspolitik die zusätzlichen 2 Mio. Euro aus der Schulbauförderung des Landes Schleswig-Holstein erlangt werden konnten.

Diese Schulbauinvestitionen sind Voraussetzung für die Innovationsfähigkeit unserer Wirtschaft, für ein stetiges Wachstum und letztlich für die Sicherung der Einkommen der Menschen. Letztendlich sind sie die Grundlage dafür, dass künftig immer mehr Menschen selbstbestimmt und ohne öffentliche Unterstützung leben können, was auch den Kieler Haushalt entlasten wird. SPD, GRÜNE und SSW sehen ihren Kurs der ‚Vorfahrt für Bildung und Konsolidierung‘ bestätigt.“

Keine Kommentare

Armut im Kreis Steinburg

Bereits zum vierten Mal haben die Abgeordneten Jörn Thießen und Birgit Herdejürgen zur Armutskonferenz in die Räumlichkeiten der Brücke e.V. eingeladen. Gekommen sind wieder viele Vertreter und Vertreterinnen von Sozialen Einrichtungen, Verbänden und zahlreiche ehrenamtlich Tätige.



Nachdem in der ersten Runde eine sehr breite Diskussion über die gesellschaftspolitische Seite von Armut geführt wurde, ging es in den folgenden Veranstaltungen um ganz konkrete Probleme vor Ort.

Dabei reichte die Themenpalette von Dumpinglöhnen und Arbeitslosigkeit über Altersarmut und Kinderarmut bis hin zu besonderen Schwierigkeiten Alleinerziehender.

„Wir wollen mit der Armutskonferenz diejenigen zusammenführen, die in ihrer täglichen Arbeit mit den Auswirkungen zu tun haben,“ führte SPD-Bundestagsabgeordneter Jörn Thießen aus. Die Armutskonferenz möchte eine bessere Information und Vernetzung der Akteure erreichen.

Was sind Problemfelder in Itzehoe und Umgebung? Welche Lösungsansätze lassen sich finden? Welche Angebote gibt es vor Ort? Wie kann man Doppelangebote vermeiden und durch eine gute Zusammenarbeit Angebote verbessern und ausweiten?

„Durch die Armutskonferenz sind bereits einige neue Kontakte zustande gekommen,“ erläutert SPD-Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen. „Damit ist schon ein erster Erfolg erkennbar.“

Armut in Deutschland hat ohne Frage einen anderen materiellen Hintergrund als in anderen Staaten dieser Erde. In der Statistik bemisst sich Armut am Durchschnittseinkommen. Festzustellen ist, dass sich auch in Deutschland die Schere zwischen Arm und reich auseinander entwickelt. Damit ist für viele Gruppen die Chance zur Teilhabe am täglichen Leben stark eingeschränkt. Die SPD tritt auf allen Ebenen - in Bund, Land und Kommune - dafür ein, diese Beschränkungen zu beseitigen.

Alle Menschen müssen den gleichen Zugang zu Bildung haben, zu Freizeitangeboten und Kultur. Alte Menschen und Alleinerziehende dürfen nicht aus finanziellen Gründen in ihrer Mobilität eingeschränkt sein. Und die Ausgrenzung von Kindern aus einkommensschwachen Familien dürfen wir nicht zulassen.

Die Armutskonferenz wird auch nach Bundes- und Landtagswahl fortgeführt. In einem nächsten Schritt wird es darum gehen, ganz konkrete Forderungen für unsere Region zu formulieren und nach Möglichkeiten der Umsetzung zu suchen. Wir können viel auf die Beine stellen, wenn alle an einem Strang ziehen.

Das Bild entstand bei der dritten Armutskonferenz

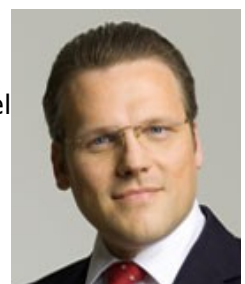
Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 19.08.2009, 13:43 Uhr - 2248 Clicks - Nr. 920

Die Zukunft des Seniorenbeirates

Das Thema „Seniorenbeirat“ ist und bleibt aktuell. Daher stellt der SPD-Ortsverein Barsbüttel dieses viel diskutierte Anliegen auf seiner nächsten Mitgliederversammlung am 26. August 2009 um 19 Uhr im Rathaus Barsbüttel als wichtigsten Punkt auf die Tagesordnung.

Jörg Kiencke, der Ortsvereinsvorsitzende erklärt: „Da dies ein sehr wichtiges



Thema ist, das von starken Gefühlen begleitet wird, wollen wir als SPD im Rahmen unserer Mitgliederversammlung alle damit zusammenhängenden Aspekte umfassend besprechen.“ Zusammen mit dem Landtagskandidaten der SPD, Martin Habersaat, werden sich die Mitglieder des Ortsvereins mit der Zukunft des Seniorenbeirates auseinander setzen.

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 19.08.2009, 14:12 Uhr - 11999 Clicks - Nr. 921

Eine Million Elektroautos bis 2020!

Das Bundeskabinett hat heute einen Entwicklungsplan für Elektromobilität beschlossen. In dem gemeinsamen Konzept von vier Bundesministerien ist vorgesehen, mit insgesamt 500 Millionen Euro Fördersumme dafür zu sorgen, dass bis 2020 eine Million elektrisch betriebener Fahrzeuge auf die Straße gebracht werden. MdB Jörn Thießen begrüßt die Entscheidung: „Das ist nicht nur ein Konzept für die Innenstädte der Metropolen, sondern eine mindestens ebenso gute Idee für den ländlichen Raum!“



Die beiden SPD-Minister im Bundeskabinett, Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee und Umweltminister Sigmar Gabriel, unterstreichen die Bedeutung des Aktionsplans. Schon jetzt sei die Umweltbilanz der Elektroautos besser als bei Benzinmotoren. Noch besser sei der Klimaeffekt, wenn erst einmal der Strom für ihren Betrieb aus erneuerbaren Energiequellen stamme. "Und Autofahren wird wieder günstiger", stellt Thießen erfreut fest. "Mit den erheblichen Mitteln, die jetzt in modernere Batterien und in die Sicherheit und Zuverlässigkeit von Elektroautos investiert werden, schaffen wir es auch mühelos an die Spitze des Weltmarkts", freut sich Thießen. "Nicht nur als Autofahrer, sondern auch als Produzenten!"

Keine Kommentare

[SPD-Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 19.08.2009, 20:03 Uhr - 10457 Clicks - Nr. 922

Mit dem Bus zu Frank Walter Steinmeier

Der Kanzlerkandidat ist am 02. September in Kiel.
In dem vom Landesverband gecharterten Bus sind noch einige Plätze frei.
Wer mitfahren möchte, melde sich bitte im Kreisbüro (Tel.: 0481-86936). Die Plätze werden nach der Reihenfolge der Anmeldungen vergeben.
Abfahrt ist am 02.09. um 14.30 Uhr ab dem ZOB in Heide



Keine Kommentare

Wahlkampf: Der Endspurt wird geplant

Bei der SPD Glinde werden derzeit der Endspurt im Bundestagswahlkampf und, nach dem Koalitionsbruch durch die CDU, der kurze Landtagswahlkampf geplant. Zur Abstimmung der verschiedenen Aktivitäten waren jetzt die Bundestagskandidatin Gesa Tralau und der Landtagskandidat Martin Habersaat zu Gast im Bürgerhaus.

Die Gliner Sozialdemokraten wollen an verschiedenen Samstagen auf dem Markt mit den Glinerinnen und Glindern ins Gespräch kommen, besonders die Themen Mindestlohn, Atomausstieg und gerechte Bildung sind ihnen dabei wichtig. Das



junge Kandidatenteam, Gesa Tralau ist 40, Martin Habersaat 32, wird sich ebenfalls zu verschiedenen Terminen in Glinde vorstellen – etwa im Rahmen der Märkte, bei Veranstaltungen zu den Stormarner Kindertagen oder bei Haustürgesprächen.

Ein Höhepunkt der kommenden Wochen wird der Besuch von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in Glinde sein, über den hier später ausführlich berichtet wird.

Eine Bitte haben alle Planer an die Glinerinnen und Gliner: Kommen Sie wählen am 27. September!

Gesa Tralau im Internet: www.gesa-tralau.de

Martin Habersaat im Internet: www.martinhabersaat.de

Keine Kommentare

Stormarner SPD lädt zum Großevent mit Steinmeier in Kiel

SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier trifft am Mittwoch, 2. September, 18 bis 20 Uhr, mit allen Schleswig-Holsteinischen Bundestagskandidatinnen und -kandidaten zu einer Großkundgebung auf dem Kieler Rathausmarkt zusammen.

Der SPD-Kreisverband Stormarn lädt Genossinnen, Genossen und interessierte Nichtmitglieder zu einer kostenlosen Busfahrt nach Kiel ein.

Start ist um 15.10 am Bahnhof Reinbek (P+R), um 15.45 Uhr steigen Interessierte am ZOB S-Bahnhof Ahrensburg zu und um 16.15 Uhr fährt der Reisebus den ZOB am Oldesloer Bahnhof an. Gemeinsam geht die Fahrt dann nach Kiel. Die Ankunft ist für 17.15 Uhr in der Nähe des Rathausmarktes vorgesehen. Die Rückreise wird im Anschluss an die Veranstaltung sein.

Interessierte melden sich im SPD-Kreisbüro unter der Rufnummer 04531/18 83 65 oder gerne auch per Mail unter kv-stormarn@spd.de an.



[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 20.08.2009, 00:35 Uhr - 5002 Clicks - Nr. 925

AsF in Stormarn gegründet

In neun Kreisen Schleswig-Holsteins gibt es sie, Stormarn kommt als zehnter Kreis jetzt hinzu: Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) ist in Grönwohld gegründet worden. Gemeinsam sind wir stark – unter diesem Motto wollen die Frauen des Stormarner SPD-Kreisvorstandes sich künftig in der frisch gegründeten AsF für und mit politisch interessierten Stormarnerinnen engagieren.



„Wir brauchen mehr Frauen in der Politik“, sind sich Gesa Tralau, SPD-Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Stormarn/Lauenburg, und Susanne Danhier, SPD-Landtagskandidatin für Stormarn-Nord, sicher. Beide haben die Gründung der AsF am vergangenen Sonnabend bei einem Frauenfrühstück in Grönwohld initiiert.

Mit interessierten Stormarnerinnen – mit und ohne Parteizugehörigkeit – wollen die SPD-Kreisvorstandsfrauen in der AsF noch konzentrierter an Themen wie Gleichstellung, Frauen in Führungspositionen und Familie, Arbeit und Wirtschaft, Finanzen, Bildung, Gesundheit und Soziales, arbeiten.

„Finanzen und Wirtschaft, das können wir auch!“, unterstreicht Gesa Tralau. „Es muss Frauen endlich ermöglicht werden, berufstätig zu sein und Kinder zu betreuen“, macht Susanne Danhier deutlich. Sie will sich für das weiterhin aktuelle Thema Gleichstellung in Kiel stark machen.

Der zunächst kommissarischen Gründung der Arbeitsgemeinschaft waren in lockerer Folge Zusammentreffen interessierter Sozialdemokratinnen und Partei unabhängiger Frauen vorangegangen. Der gewählte Vorstand mit Gesa Tralau, Susanne Danhier und der Trittauener Sozialdemokratin Barbara Reger soll auf der Gründungsveranstaltung im September bestätigt werden.

Frauen, die sich für die Arbeitsthemen der AsF interessieren oder weitere Themen einbringen wollen, sind in der AsF herzlich willkommen. Eine Kontaktaufnahme ist über die SPD-Kreisgeschäftsstelle in Bad Oldesloe, Kurparkallee 2, Tel.: 04531/ 18 83 65, e-mail: kv-stormarn@spd.de, möglich. Die AsF ist grundsätzlich auch offen für Männer und legt ihren Fokus auch darauf, zusammen mit bestehenden Arbeitsgemeinschaften zu arbeiten und zu Netzwerken.

Von Strichcodes, Pfandbons und Gemüsenummern: An der Kasse im EDEKA-Markt

Dr. Wolfgang Wodarg absolvierte am Montag ein Praktikum im EDEKA-Markt Borowski in Steinbergkirche. Vier Stunden lang konnte er die Arbeit an der Kasse und an der Lottoannahme begleiten und auch selbst mit anpacken. Im Gespräch mit dem Marktleiter Michael Borowski erfuhr er viel über den Preiskampf im Lebensmittelhandel, Sinn und Unsinn von Öffnungszeiten sowie über die Bedeutung von Bioprodukten.



Ein Bericht von Jan-Torben Book:

"Ich bewundere die Damen, die an der Supermarktkasse sitzen. Dieser Beruf ist anstrengender, als es auf den ersten Blick scheint." Schon bei der Einweisung durch die nette Tochter des Marktleiters, die sich an der Kasse in den Ferien etwas dazu verdient, staunte der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg darüber, was alles zu der Arbeit an der Kasse gehört. "Machen Sie lieber gleich eine zweite Kasse auf!", scherzte Wodarg auch gleich, als Frau Borowski ihm anbot, an der Kasse Platz zu nehmen.

Zweieinhalb Stunden lang durfte er nun selbst erfahren, an was beim Kassieren alles zu denken ist: Es reicht bei weitem nicht aus, nur die Strichcodes über den Scanner zu ziehen. Viele, nicht im System vorhandene Artikel müssen von Hand eingegeben und die Nummern, die jeder Obst- und Gemüsesorte zugeteilt sind, auswendig und fehlerfrei eingegeben werden. Die Pfandbons müssen entwertet, die Belege der Fleischereiwaren in die richtige Kiste geworfen werden. Versehentlich zuviel eingegebene Artikel müssen storniert und ja immer die richtige Taste gedrückt werden, sonst meldet sich die Kasse. Zeit zum Nachdenken gibt es nicht viel, denn der nächste Kunde wartet schon. Und bei allem immer freundlich bleiben. "Es gibt immer mal Kunden, die kein Verständnis zeigen oder sich über alles mögliche beschweren. Die muss man einfach so hinnehmen", gibt Frau Borowski ihre Einstellung dazu wieder.

Das Kurzpraktikum bei Borowski lag Wolfgang Wodarg schon lange am Herzen. "Ich will selbst erfahren können, wie die Menschen, für die ich Politik mache, arbeiten. So kann ich deren Bedürfnisse und Probleme auch in meiner Arbeit besser vertreten", erklärte er den Leuten, die ihn neugierig angesprochen. Im Gespräch mit dem Marktleiter, Herrn Michael Borowski, erfuhr Wodarg dann auch sehr viel über die Probleme, aber auch die Chancen des Lebensmitteleinzelhandels. In vielen Bereichen sei der harte Preiskampf zu spüren, so Borowski. Vielfach sei es sehr traurig, wie niedrig die Preise für hochwertige Produkte lägen. Als Beispiel führte er die Milch an, an der im Grunde niemand mehr etwas verdiene. Auch die längeren Ladenöffnungszeiten hätten kaum Vorteile gebracht. "Es wird nicht mehr verkauft, wir arbeiten nur länger und unsere Freizeit leidet darunter."

Eine besondere Chance sieht Borowski hingegen in der Biosparte und bei den regionalen Produkten. Die Bioprodukte seien inzwischen zu einem bedeutenden Standbein geworden und Erzeugnisse aus der Umgebung wie Milch und Kartoffeln sehr gefragt. Viele Menschen vertrauen zurecht auf diese Produkte und nehmen hierfür auch gerne höhere Preise in Kauf.

Schließlich durfte Wodarg noch am Post- und Lottostand zur Hand gehen. Hier durfte er "STEINBERGKIRCHE" auf die Briefe stempeln und staunte über die drei parallel betriebenen Kassen, denn Post, Lotto und Tabakwaren werden getrennt abgerechnet. Zum Abschluss verabschiedete er sich noch einmal von jedem Mitarbeiter persönlich und bedankte sich bei Herrn Borowski und seinem Team, die dieses Praktikum und die wertvollen Erfahrungen erst ermöglicht haben.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 21.08.2009, 09:56 Uhr - 6153 Clicks - Nr. 927

PRESSE-ECHO: Dr. Wolfgang Wodarg arbeitete bei EDEKA

Hier der Artikel von S.Weide, erschienen am Mittwoch, dem 19.08.2009, in Moin Moin:

Nanu? Den Kassierer kenn ich doch!", dachten sich kürzlich so manche Besucher des EDEKA aktiv Marktes M. Borowski in Steinbergkirche. Und richtig: Dr. Wolfgang Wodarg saß im EDEKA-Shirt an der Kasse und half vier Stunden lang als Praktikant aus.

Egal ob Lotto-Annahme, Fleischabteilung oder Kasse - das Bundestagsmitglied verschaffte sich einen Einblick in alle Bereiche des Marktes. Unter anderem interessierten ihn Produkte regionaler Erzeuger, welche bei EDEKA angeboten werden und weitere Fördermöglichkeiten dieser Waren.



Der EDEKA-Markt ist nur eine Station, die sich der SPD-Politiker angesehen hat, so war Dr. Wolfgang Wodarg auch schon in Handwerksbetrieben, Apotheken, Autowerkstätten und Werften im Einsatz. Auch auf einem Fischkutter arbeitete er mit, schrubbte Fische und nahm diese aus.

Seit ungefähr zehn Jahren geht der Politiker regelmäßig für einige Wochen in den unterschiedlichsten Betrieben in seinem Wahlkreis Flensburg-Schleswig ins Praktikum. "Ich möchte die verschiedenen Arbeitsbereiche kennen lernen und wissen, was die Menschen wirklich bewegt", berichtet Wodarg. Die gewonnenen Erkenntnisse versucht er dann auf dem Feld der Politik einfließen zu lassen.

Keine Kommentare

Krasse Produktpiraterie: Pakt für Beschäftigung

Zur Ankündigung des Ministerpräsidenten einen Pakt für Beschäftigung zu gründen erklärt der frühere Arbeitsminister Uwe Döring

Das schlägt wirklich dem Fass den Boden raus. Mit dem Pakt für Beschäftigung übernimmt der Ministerpräsident einen von der SPD im letzten Koalitionsausschuss eingebrachten Vorschlag. Damals hatte sich Carstensen überhaupt nicht dafür interessiert, weil er ja, wie wir heute wissen, die Koalition sprengen wollte. Nun macht er kurz vor der Wahl sein jahrelanges Versäumnis zu einem Medien-Gag. Wirtschaftspolitisch ist das völlig richtig, im Wahlkampf ist dies ein besonders krasser Fall von Produktpiraterie.



Keine Kommentare

Deutliche Wege zu mehr Bildung und Ausbildung

Klare SPD-Positionen und deutliche Wege zu mehr Bildung und Ausbildung für die Menschen; das wurde beim Bildungskongress mit Frank-Walter Steinmeier und Andrea Nahles im Legienhof deutlich!

Gebührenfreie Kitas und keine Studiengebühren, mehr Bafög und stärkerer Zugang zu den Universitäten auch ohne Abitur, lebenslanges Lernen und mehr Gemeinschaftsschulen - das sind unsere Antworten auf die wichtigste

Herausforderung der Zukunft: [Bildungs- und damit Chancengerechtigkeit](#)



Keine Kommentare

Ortsvereine in Südstormarn jetzt im Netz vernetzt

Die SPD-Ortsvereine Reinbek, Glinde und Barsbüttel haben sich mit ihren Internetauftritten der Internetkooperative „SPD-NET-SH“ angeschlossen. Ab sofort sehen die Webseiten der SPD in Südstormarn nicht nur ähnlich aus, sie sind auch miteinander vernetzt.

SPD-Landtagskandidat Martin Habersaat aus Barsbüttel hat die Umstellung initiiert, er erklärt: „Wenn jetzt etwas Spannendes in Reinbek passiert, kann man das auch auf den Webseiten der SPD Glinde lesen. Auch das ist ein Schritt zu einer stärkeren Kooperation und Vernetzung der Städte und Gemeinden in Südstormarn, wie wir sie ja auf verschiedenen



Ebenen anstreben.“

Auch Nachrichten aus dem SPD-Kreisverband und von der Bundestagskandidatin Gesa Tralau landen auf den neuen Webseiten. Habersaat: „So ist gewährleistet, dass die Seiten stets aktuell sind, auch wenn ein Ortsverein einmal nichts eigenes zu berichten hat.“ Zu erreichen sind die Seiten über die Adressen www.spd-reinbek.de, www.spd-glinde.de und www.spd-barsbuettel.de.

Eine Besonderheit der neuen Seiten ist weiter, dass alle Artikel von den Leserinnen und Lesern kommentiert werden können, es kann also eine lebhafte Diskussion beginnen.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 22.08.2009, 10:36 Uhr - 6502 Clicks - Nr. 931

Weil die Bahn spart, werden Anwohner krank!

Stellen Sie sich vor, sie werden stündlich zweimal durch ein lautes, wiederholtes Signal in Alarmstimmung versetzt und das von morgens um 4 bis nach Mitternacht! So geht es einigen Flensburger Familien, denen ich helfen möchte, diesen Stress durch Schranken am Bahnübergang Rüllschauer Weg (in km 76,436 der Strecke 1020 Kiel - Flensburg) überflüssig zu machen. Hier mein Schreiben an die Bahn AG:



Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Hinweis auf einen Schriftwechsel aus dem Jahre 2005 möchte ich mich wegen der bestehenden Lärmbelastung durch Schienenverkehr auf das Wohngebiet Struvelücke in Flensburg ausdrücklich für eine Beschränkung des Bahnüberganges Rüllschauer Weg einsetzen.

Im genannten Wohngebiet betrug die bereits im Mai 2005 festgestellte Lärmbelastung durch den Zug mit Hupsignal 56,95 dB. Dieser Wert überschreitet die gesetzliche Norm, wonach der Immissionsrichtwert in Wohngebieten bei 50 dB tagsüber und 35 dB nachts festgelegt ist. Da der Zug auch nach 22.00 Uhr fährt, liegt hier die Lärmbelastung durch den Schienenverkehr um ein Vielfaches höher als es der Richtwert vorschreibt.

Eine mittlerweile durchgeführte Fahrplanänderung mit acht Zugfahrten in der Zeit zwischen 22 Uhr nachts und 6 Uhr morgens hat dazu geführt, dass der Schienenverkehr während der nächtlichen Ruhezeiten zugenommen hat. Dieses gilt in noch stärkerem Maße für die Lärmbelastung, da auch das Hupsignal selbst inzwischen verstärkt wurde, um den sicherheitstechnischen Anforderungen im Bereich des Bahnüberganges gerecht zu werden.

Als ehemaliger Leiter des Flensburger Gesundheitsamtes habe ich mir die Situation vor Ort angesehen und angehört. Das laute alarmierende Zugsignal, welches die Anwohner dieses städtischen Siedlungsbereiches besonders in den Nachtstunden jedes Mal hochschreckt, ist ein

unzumutbarer Stressor für die zahlreich Betroffenen. Gerade der Alarmcharakter der Lärmbelastung führt zu hormonellen Reaktionen, die sich unvermeidbar unter anderem durch Erhöhung von Blutdruck und Blutzucker auswirken. Das kann aus ärztlicher Sicht nicht hingenommen werden.

Da Sie selbst in Ihrem Schreiben vom 25.10.2005 an die Stadt Flensburg mitteilen, dass Sie weder das Signal selbst unterlassen noch eine Schallreduktion an den Triebwagen vornehmen könnten, bleibt festzustellen, dass die Beschränkung des Bahnüberganges Rüllschauer Weg km 76,436 die einzig wirksame Maßnahme zu einer spürbaren Lärmreduzierung bleibt. Diese Maßnahme ist notwendig und vom Aufwand her angemessen und zumutbar.

Ich bitte Sie deshalb eindringlich, die erforderliche Lärmreduktion möglichst bald umzusetzen. Ich verbinde mein Schreiben mit großer Hoffnung auf Ihr Verständnis und erwarte ihre baldige Antwort. Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Wolfgang Wodarg, MdB, Internist Arzt für Hygiene und Umweltmedizin

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 22.08.2009, 13:58 Uhr - 50006 Clicks - Nr. 932

Die Carstensen-CDU versteckt ihre wahren Ziele: Kaffeefahrt statt Programm

Zur Programm-Präsentation der CDU am heutigen Tage in Ahrensburg erklärt der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Andreas Breitner:

„Die müde Inszenierung von Ahrensburg zeigt deutlich, dass sich Herr Carstensen mit seinem stillen Koalitionsbruch verkalkuliert hat. Seine Werte sinken, er fürchtet die Wahlen und die Wähler, selbst seine eigene Partei konnte er nicht begeistern. Mit einem Fata-Morgana-Programm tarnt die CDU ihre alten und wahren Ziele: Das gilt für Bildungspolitik und Studiengebühren ebenso wie für die Atompolitik.“



Carstensen macht Ankündigungen, wo er seit 2005 nichts geleistet hat, siehe Haushaltskonsolidierung und Entbürokratisierung. Er lobt den HSH-Aufsichtsratschef Hilmar Kopper - und keiner klatscht. Er will nur momentan auf Studiengebühren verzichten, weil die "gesellschaftliche Akzeptanz" fehlt - die SPD hält die Gebühren aus Überzeugung für falsch. Carstensen fordert die "Aufgabe von Aufgaben" und flüchtet damit aus der Aufgabe des Regierens und Gestaltens.

Wer sich wirklich darauf verlassen will, dass es in Schleswig-Holstein gutes Lernen in Gemeinschaftsschulen, gebührenfreie Kitas und Unis, Schutz der Arbeitsplätze und Arbeitnehmer, Energiewende und Verzicht auf die CO2-Deponierung gibt, der muss für eine SPD-geführte Regierung sorgen.

Während wir trotz enger Termine einen echten Programm-Parteitag hinbekommen haben, beschränkt sich die Carstensen-CDU auf eine Reklameveranstaltung im Stile einer Kaffeefahrt ins Blaue. Die CDU in Schleswig-Holstein ist stockkonservativ wie eh und je, das bekommt auch die beste Werbeabteilung nicht mehr aufpoliert.“

Kommentar von [hummel 4711](#) vom 27.08.2009, 14:24 Uhr:

RE: Die Carstensen-CDU versteckt ihre wahren Ziele: Kaffeefa

Nur ein kleiner Tipp: Alle, die die wirklichen "Macher" von Politik suchen, sollten sich die Seite "INSM" (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) ansehen. Hier besteht eine Verflechtung ungeheuren Ausmasses. Es lohnt sich wirklich.

Kommentar von [Horst Deyerling](#) vom 25.08.2009, 10:27 Uhr:

RE: Die Carstensen-CDU versteckt ihre wahren Ziele: Kaffeefa

So sieht es die Berliner Zeitung: Die CDU Schleswig-Holsteins hat ihr Programm ganz auf die Kompetenz ihres Spitzenkandidaten zugeschnitten. Interessanter Kommentar der Berliner Zeitung zum Wahlprogramm der Nord-CDU - zwar kürzer als der shz-Artikel aber deutlich treffender! www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2009/0815/meinung/0104/index.html

Kommentar von [Jens Peters](#) vom 25.08.2009, 00:57 Uhr:

RE: Die Carstensen-CDU versteckt ihre wahren Ziele: Kaffeefa

Tja da habe ich ganz andere Kommentare gelesen. Aber manche wollen halt nur die Kommentare der Parteizeitungen lesen und ignorieren alle anderen. Nach nun 21 Jahren gescheiterter Bildungspolitik seitens der SPD ist es nun endlich an der Zeit, das sich schleunigst etwas ändert. Das wird die SPD niemals schaffen in Schleswig Holstein. Wer Gymnasien als Eliteschulen bezeichnet und immer noch glaubt, dass nur Kinder von Zahnärzten und Beamten dorthin dürfen, der hat schon lange nichts mehr mitbekommen. Ich bin der lebende Beweis dafür, das es auch ganz normale Menschen mit wenig Geld auf diesen "Elitenschulen" gibt. Und wer sich nun noch einmal davon überzeugen will, dass die SPD in Sachen Bildungspolitik gescheitert ist, schaue bitte einmal hier vorbei: <http://www.insm-bildungsmonitor.de/> Wir stehen nicht umsonst so weit unten. Danke SPD Schleswig Holstein! Mit freundlichen Grüßen Jens Peters

Kommentar von [Günter Hahn](#) vom 24.08.2009, 20:29 Uhr:

RE: Die Carstensen-CDU versteckt ihre wahren Ziele: Kaffeefa

Andreas Breitner hat es genau richtig beschrieben. P.H.C. hat sich verrechnet und muß schon kleinere Brötchen backen. Hoffentlich vergessen die Schleswig-Holsteiner nicht dass der Koalitionsbruch von P.H.C. genau geplant und terminiert wurde. Heute kann man beim lesen der KN nur staunen was die CDU in Sachen Bildungspolitik, Gemeinschaftsschule und Studiengebühren beschlossen hat, ich empfehle den Kommentar in der KN "Neue Geschmeidigkeit" zu lesen. Gruß Günter Hahn

Kommentar von [Hans-Christian Koch](#) vom 24.08.2009, 19:47 Uhr:

RE: Die Carstensen-CDU versteckt ihre wahren Ziele: Kaffeefa

Carstensen ist ja auch bekannt für seine Vorliebe, Feuerwehrreste zu eröffnen und Bierfässer anzustecken. Das wissen nicht nur die Husumer, die ihn oft im Husumer Brauhaus antreffen.

Die Carstensen-CDU versteckt ihre wahren Ziele

Kaffeefahrt ins Blaue statt Programmklarheit

Zur Programm-Präsentation der CDU am heutigen Tage in Ahrensburg erklärt der stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Andreas Breitner:

„Die müde Inszenierung von Ahrensburg zeigt deutlich, dass sich Herr Carstensen mit seinem stillen Koalitionsbruch verkalkuliert hat. Seine Werte sinken, er fürchtet die Wahlen und die Wähler, selbst seine eigene Partei konnte er nicht begeistern. Mit einem Fata-Morgana-Programm tarnt die CDU ihre alten und wahren Ziele: Das gilt für Bildungspolitik und Studiengebühren ebenso wie für die Atompolitik.

Carstensen macht Ankündigungen, wo er seit 2005 nichts geleistet hat, siehe Haushaltskonsolidierung und Entbürokratisierung. Er lobt den HSH-Aufsichtsratschef Hilmar Kopper - und keiner klatscht. Er will nur momentan auf Studiengebühren verzichten, weil die "gesellschaftliche Akzeptanz" fehlt - die SPD hält die Gebühren aus Überzeugung für falsch. Carstensen fordert die "Aufgabe von Aufgaben" und flüchtet damit aus der Aufgabe des Regierens und Gestaltens.

Wer sich wirklich darauf verlassen will, dass es in Schleswig-Holstein gutes Lernen in Gemeinschaftsschulen, gebührenfreie Kitas und Unis, Schutz der Arbeitsplätze und Arbeitnehmer, Energiewende und Verzicht auf die CO2-Deponierung gibt, der muss für eine SPD-geführte Regierung sorgen.

Während wir trotz enger Termine einen echten Programm-Parteitag hinbekommen haben, beschränkt sich die Carstensen-CDU auf eine Reklameveranstaltung im Stile einer Kaffeefahrt ins Blaue. Die CDU in Schleswig-Holstein ist stockkonservativ wie eh und je, das bekommt auch die beste Werbeabteilung nicht mehr aufgepoliert.“



Keine Kommentare

PRESSE-ECHO: Ausnahmen für Museumsschiffe

Hier ein Artikel des Flensburger Tageblattes über den Einsatz des Bundestagsabgeordneten Dr. Wolfgang Wodarg für den Erhalt der Traditionsschiffahrt.

shz/Flensburg

Ausnahmen von den dänischen Bestimmungen für Schiffs-Sicherheit hält der Flensburger Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg insbesondere für Museumsschiffe für sinnvoll. Zur dänischen Regelung, Museumsschiffen das Anlaufen dänischer Häfen zu verbieten, wenn sie nicht modernste Sicherheitsbestimmungen (Solas) erfüllen, erklärt Wodarg in einer Pressemitteilung: "Die Traditionsschiffahrt muss über nationale Grenzen hinweg erhalten und gefördert werden. Die Betreiber brauchen Rechtssicherheit für die Zukunft." Im Rahmen der "Blackflag-Aktion" für die Erlaubnis zum Anlegen sicherte Wodarg der Gemeinsamen Kommission für historische Wasserfahrzeuge (GSHW) seine Unterstützung zu. "Ich habe mich



bereits mehrfach mit meinem Parteikollegen, dem Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee über die Problematik unterhalten und ihn gebeten, in dieser Sache tätig zu werden", so Wodarg weiter. "Insbesondere in meinem Wahlkreis setze ich mich für die Belange der Schiffe ein." Ob an Bord der "Alexandra" oder der "Störtebecker" spreche er mit den Betreibern und habe ein offenes Ohr für ihre Sorgen und Probleme.

Erschienen am 10.08. im Flensburger Tageblatt, Seite 9.

Hier eine ältere Pressemitteilung der Organisatoren der Aktion BLACKFLAG:

1000 Unterschriften für neue Verhandlungen

Beachtliche internationale Unterstützung fand die Aktion BLACKFLAG während der Kieler Woche. Um auf die zunehmende Uneinigkeit der europäischen Staaten bei der gegenseitigen Anerkennung der nationalen Vorschriften aufmerksam zu machen, hatten mehr als 90 Segler und Dampfer aus Deutschland, Schweden, Finnland, Dänemark und den Niederlanden die schwarze Flagge mit dem weißen Fragezeichen gesetzt.

Spontan erklärten sich bis Sonntag Abend über 1000 Mitsegler durch ihre Unterschrift mit der Forderung der Eigner und der GSHW solidarisch: "Traditionsschiffe brauchen eine sichere Rechtsgrundlage, damit auch weiterhin die Fahrt über nationale Grenzen hinaus möglich ist." Die bisher gesammelten Unterschriftenlisten werden nun an die verantwortlichen Politiker weiter gegeben.

Zu den prominenten Befürwortern des Appells gehören auch der Präsident des schleswig-holsteinischen Landtags, Martin Kayenburg, und der Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Wodarg aus Flensburg. Beide waren schon mehrmals auf Traditionsschiffen, um sich über deren Probleme vor Ort zu informieren. Kayenburg, der die Schirmherrschaft für die umfangreiche Restaurierung des 80-jährigen Kieler Dreimastschoners "Thor Heyerdahl" übernommen hatte, sagte seine Unterstützung auch bei der Aktion "BLACKFLAG" zu. Und Wodarg schrieb in einer Presseerklärung: "Es ist nicht hinnehmbar, dass Nachbarn auf beiden Seiten enger Förden und Belte in Bezug auf ihre gemeinsame maritime Tradition nicht fürsorglicher zusammenwirken."

Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 24.08.2009, 10:59 Uhr - 8781 Clicks - Nr. 935

Stefan Bolln kann nicht nur reden

Am 20.08.2009 war Stefan Bolln, Kandidat der SPD zur Landtagswahl für Steinburg-West, in Wilster, um die fleißigen Plakatkleber aktiv zu unterstützen. Als gelernter Handwerker ließ er die alten Stellschilder in neuem Glanz erstrahlen.

Bei dieser Gelegenheit zeigte er sich außerordentlich dankbar für die tatkräftige Hilfe im Wahlkampf hier in Wilster, vergaß aber auch nicht zu erwähnen, dass in anderen Ortsvereinen ebenso fleißig gewerkelt wurde



und wird. „Ohne euer Engagement wäre ein effektiver Wahlkampf gar nicht möglich. Sagt mir, was wir zusammen machen können und wo ihr meine Unterstützung braucht, ich bin da“, bot Stefan Bolln an.

Es gebe gute Chancen, die Landtagswahl zu gewinnen, Prognosen hin – Prognosen her, wenn möglichst viele Menschen eifrig mitarbeiten, die soziale Gerechtigkeit wollen, so Bolln.

Das Bild zeigt Stefan Bolln bei der Arbeit und Natascha Böhnisch, Ortsvorsitzende von Wilster, schaut zu.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 24.08.2009, 11:30 Uhr - 5252 Clicks - Nr. 936

"Zeit, dass sich was dreht!"

Einen tollen Wahlkampfauftritt zur Landtagswahl hatte die Flensburger SPD am Dienstagabend in der Bergmühle. 80 hoch motivierte Genossinnen und Genossen, Freunde und Unterstützer von Helmut Trost machten die Bergmühle zu einer "roten Mühle". Mit SPD-Fahnen geschmückt, mit Kandidatenplakaten, Transparenten und Tafeln bot die Mühle ein ganz neues Bild. Und Helmut Trost war gleich dreifach vertreten:

In Form von zwei übergroßen Aufstellfiguren aus Holz und natürlich persönlich. Ralf Stegner, Spitzenkandidat der SPD in Schleswig-Holstein, freute sich zusammen mit seiner Frau Sybille sichtlich über die gelungene Aktion von Helmut Trosts Wahlkampfteam. Die Jusos überraschten mit einheitlichem Outfit. Sie trugen knallrote Sweatshirts mit glasklarer Aussage: "Trost. Für Flensburg." Der Kandidat spürte Rückenwind: "Das macht Mut und spornt an. Wir werden den Wahlkreis direkt erobern!"

Ralf Stegners Rede in der Bergmühle war stark - motivierend und mitreißend. Stegner war in seinen Aussagen unmissverständlich und präzise: "Ich will, dass sich Schleswig-Holstein als ‚Land der neuen Energien‘ weiterentwickelt und setze dabei auf eine konsequente Energiewende ohne Atomkraft!" oder „Ich will mich nicht damit abfinden, dass es das größte Armutsrisiko ist, Kind zu sein, oder Kinder zu haben.“ "Das sind klare Ansagen eines richtig guten Ministerpräsidenten", kommentierte Helmut Trost die Aussagen des SPD-Landesvorsitzenden. "Es ist an der Zeit, dass sich was dreht," meinte er, "denn Umfrageergebnisse sind keine Wahlergebnisse."

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 25.08.2009, 09:14 Uhr - 6966 Clicks - Nr. 937

Absolventenfeier an der Fachhochschule Flensburg

Die Fachhochschule Flensburg lud zur Absolventenfeier in das Audimax auf dem Campus ein. 132 Absolventinnen und Absolventen erhielten vom Präsidenten der Fachhochschule, Prof. Herbert Zickfeld, ihre Urkunden. Dr. Wolfgang Wodarg war dabei und hat das Ereignis in einigen Bildern dokumentiert.



MEHR BILDER [HIER](#).

Meister gegen Helden - VFL Wolfsburg zu Gast in Flensburg: [FOTOGALERIE](#)

Quern: Im Glashaus mit Tönen werfen - Richard Wester kann es meisterhaft! [FOTOGALERIE](#)

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 25.08.2009, 09:42 Uhr - 7166 Clicks - Nr. 938

Wahlkampfbüro in Eckernförde

Am Donnerstag, den 27. August öffnet um 10.00 Uhr das neue SPD-Wahlkampfbüro in der Ottestraße 5 in Eckernförde. „Damit wollen wir den Wahlkampf noch näher an die Bürgerinnen und Bürger bringen“, so der SPD-Kreisvorsitzende Sönke Rix.

Das Büro soll zukünftig der zentrale Anlaufpunkt der Eckernförder SPD sein.

Als Höhepunkt wird Ralf Stegner, SPD-Spitzenkandidat und Landesvorsitzender, zur Eröffnung anwesend sein. Zusammen mit Sönke Rix und Martin Klimach-Dreger, dem Landtagskandidaten steht er zwischen 10:00 Uhr und 11:00 Uhr für eine Bürgersprechstunde zur Verfügung.

Um Anmeldung wird gebeten unter: 04331-4374602.

Keine Kommentare

[Stefan Bolln](#) - veröffentlicht am 25.08.2009, 13:02 Uhr - 5940 Clicks - Nr. 939

Stefan Bolln begeht ein Jubiläum in Wilster

Stefan Bolln nahm an der traditionellen Fahrradtour des SPD-Ortsvereins Wilster teil, die mit anschließendem Grillen und gemütlichen Beisammensein im Garten der „Neuen Börse“ stattfand. Er genoss sichtlich die Stunden mit den Wilsteraner.

In einer kurzen Ansprache erinnerte er daran, dass sich sein erster Besuch bei einer offiziellen Veranstaltung der SPD Wilster zum ersten Mal jährte: Er wies unter anderem darauf hin, dass er auch im



vergangenen Jahr das Grillfest besucht habe und seitdem den SPD-OV Wilster als „gut funktionierend“ erleben konnte. Seine Hoffnung, die Nachfolge von Helmut Jacobs als Kandidat für den Wahlkreis Steinburg West antreten zu können, habe sich zwischenzeitlich erfüllt.

Nur bei der SPD, so Stefan Bolln, seien die Arbeitnehmerrechte sicher und auch in Zukunft in guten Händen. Der erfolgreiche Umschwung im Bereich der Bildung in Schleswig-Holstein trage, trotz der Notwendigkeit von Kompromissen, eindeutig die Handschrift der SPD. Unter Hinweis auf das CDU-Programm zur Landtagswahl, das wenig Konkretes aufzuweisen habe, zeigte der Kandidat sich optimistisch, was die Chancen der SPD bei der Landtagswahl am 27. September angeht. „Das Programm der CDU heißt Carstensen, und das ist mit Sicherheit nicht genug!“ schloss Stefan Bolln sein Grußwort.

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 25.08.2009, 13:36 Uhr - 5822 Clicks - Nr. 940

Ein Abend mit Ralf Stegner und Reinhard Münchenhagen

„Ein Abend mit Ralf Stegner“ - zu einer öffentlichen Veranstaltung mit dem SPD-Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl lädt der SPD-Kreisverband Flensburg ein.

Der Abend bietet Gelegenheit, Ralf Stegner im Gespräch mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus Flensburg und Umgebung näher kennenzulernen.

Beginn ist am Donnerstag, dem 27. August 2009, um 19.00 Uhr im Deutschen Haus (Blauer Saal), Einlass ab 18.30 Uhr.

Durch den Abend führt der bekannte Fernsehmoderator Reinhard Münchenhagen. Mit dabei sind die Musikgruppe Beat Shocks, der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Wodarg und der Flensburger Direktkandidat zur Landtagswahl, Helmut Trost.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 25.08.2009, 14:05 Uhr - 1271 Clicks - Nr. 941

Land sorgt für Irritationen beim StadtRegionalBahn-Gutachten

SPD-Ratsfraktion und Bündnis 90/Die Grünen zeigten sich nach der heutigen Berichterstattung der Kieler Nachrichten über die ablehnende Haltung des Landes, sich an den Kosten für zwei Gutachten zur Finanzierung der StadtRegionalBahn (SRB) zu beteiligen, irritiert.

„Nachdem sich sowohl die Kieler Ratsversammlung als auch die Kreistage Plön und Rendsburg/Eckernförde für die Erstellung der Gutachten ausgesprochen hatten, war das Projekt „StadtRegionalbahn“ auf einem guten Weg. Umso größer ist nun die Enttäuschung über den Rückzieher des Landes“, so Achim Heinrichs, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, und Katja Günther, stellv. Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen.

„Die „StadtRegionalBahn“ ist eine Investition in die Zukunft und zugleich das wichtigste regionale Wirtschaftsprojekt für den Großraum Kiel, von dem auch die kommenden Generationen profitieren werden. Die StadtRegionalBahn fördert zudem den Tourismus und den Einzelhandel in der Region. Die Reaktion des Landes ist für uns nicht nachvollziehbar. Die

Begründung trägt in der Sache nicht und ist nur ein Beleg dafür, dass die CDU-Landesregierung das gestaltende Regieren im Land eingestellt hat.

Die Zeit drängt. Bevor das nächste Projekt – wie bereits das Science Center zuvor – in der Versenkung zu verschwinden droht, erwarten wir eine schnelle Einigung über die Kostenfrage zwischen Stadt und Land“, so Heinrichs und Günther abschließend.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 25.08.2009, 14:11 Uhr - 7788 Clicks - Nr. 942

Thönnies und Rossmann: „Bildung darf nicht vom Geld der Eltern abhängig sein“

Auf Einladung von Franz Thönnies, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, diskutierten der Bildungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Ernst Dieter Rossmann, der DGB-Kreisvorsitzende Uwe Teut und die SPD-Kandidatin für den Landtag, Susanne Danhier, mit interessierten Bürgern im Stadthaus Bargteheide über Bildungsfragen.



Thönnies betonte, dass gute Ausbildung nicht nur ein Recht der Jugendlichen sei, sondern angesichts der alternden Bevölkerung eine ökonomische Notwendigkeit: „Wir brauchen gute Ausbildung, um den in den nächsten Jahren drohenden Fachkräftemangel zu vermeiden“, so der SPD-Politiker. Und Rossmann ergänzte: „Gute Bildung darf nicht nur auf die Jugendjahre beschränkt bleiben, sondern muss lebenslang stattfinden. Das ist aber leider noch nicht in allen Teilen von Wirtschaft und Gesellschaft angekommen.“ Besondere Probleme entstünden dadurch, dass eine zunehmende Anzahl von Jugendlichen keine duale Berufsausbildung mit praktischer Ausbildung im Betrieb und Berufsschule durchlaufe. So gäbe es zurzeit 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 25 Jahren, die keine abgeschlossene Ausbildung haben. „Die Wirtschaft, soll nicht nach den Schwächen der Jugendlichen fragen, sondern nach ihren Potentialen suchen, diese fördern und gute Kontakte zu den Schulen halten“, kritisierte der Pinneberger Abgeordnete unter Applaus. Susanne Danhier lobte in diesem Zusammenhang das Engagement der Anne-Frank-Schule in Bargteheide, die mit Ausbildungsbörsen und intensiven Betriebskontakten auf den Erfolg verweisen könne, dass alle Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss, die eine betriebliche Berufsausbildung wollten, auch eine Ausbildungsplatz erhalten haben.

Unterstützt vom DGB-Kreisvorsitzenden Teut forderte Rossmann, dass es für finanzschwache Familien ein starkes Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) geben müsse. Er zeigte sich enttäuscht, dass die CDU in der Großen Koalition die Versuche der SPD, das BAföG auf weiterführende Schulabschlüsse und Berufsausbildungen zu erweitern, nicht unterstützt habe. Teut ergänzte, dass es jungen Menschen auch nach einer Ausbildung oft schwer falle, Zukunftsperspektiven zu sehen, weil sie ihnen durch Zeitverträge im Anschluss an die Ausbildung begrenzt würden. „Eine starke betriebliche Mitbestimmung ist notwendig, um die Situation für Jugendliche zu verbessern“, betonte der Gewerkschafter. Dem schloss sich Thönnies an, indem er auf die Absicht der SPD verwies, die Rechte der Betriebsräte bei den Themen Ausbildung und Weiterbildung zu verbessern.

Keine Kommentare

Geburtstagssause für den Chef der Deutschen Bank

Zur Geburtstagsfeier für den Chef der Deutschen Bank erklärt der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein, Ralf Stegner:

An der Merkel-Ackermann-Affäre kann man den Unterschied zwischen SPD und CDU gut erkennen. Frau Merkel veranstaltet mit Steuermitteln eine Geburtstagssause für den Chef der Deutschen Bank, der das überhaupt nicht nötig hat, denn sein Gehalt übersteigt das einer Krankenschwester oder eines Leiharbeiters um das Fünfhundert- bis Tausendfache. Die SPD kämpft für [Mindestlöhne, gute Arbeit und faire Bezahlung](#), von der man leben kann. Die wirklichen Leistungsträger einer Gesellschaft sind die Arbeitnehmer, die für ihre Familien hart arbeiten müssen. Die Union feiert lieber die Ackermänner und sorgt für das Wohl der Nonnenmachers. Frau Merkel muss erklären, warum sie Herrn Ackermann dieses Geschenk auf Steuerzahlers Kosten gemacht hat.



Kommentar von [alexandra Mallon](#) vom 30.08.2009, 17:55 Uhr:

RE: Geburtstagssause für den Chef der Deutschen Bank

Wasser predigen und Wein trinken. In der Traditionsgeschichte der SPD war für Ackermänner, Nonnenmacher und wie sie noch alle heißen mögen, die den Staat auf Kosten der Steuerzahler abzocken, kein Platz. Es gibt keinen Grund für die SPD, damit jetzt anzufangen. Aber es gibt eine Vielzahl guter Gründe für die SPD, damit jetzt endlich aufzuräumen. Ein Mann, ein Wort. Ralf Stegner hätte den Mut, aufzuräumen. Angekündigt hat er es schon bei "Ein Abend mit Ralf Stegner". Viel Erfolg auf dem Weg zum Ministerpräsidenten. Alexandra Mallon Neumünster

Kommentar von [Bernd Uwe Rasch](#) vom 28.08.2009, 12:19 Uhr:

RE: Geburtstagssause für den Chef der Deutschen Bank

Zunächst eine kleine Anmerkung zum Kommentar von Herrn Schneider. Die Dame die angeblich von 600 € im Monat lebt war nicht Frau Schaeffler sondern Madeleine Schickedanz (Quelle Versand). Wer so schlampig argumentiert kommt natürlich auch nur zu Allgemeinplätzen und populistischen Pauschalaussagen. Wir können alle davon ausgehen, dass sowohl ein Bundeskanzler Schröder als auch eine Ministerpräsidentin Simonis Vertreter aus Wirtschaft und Kultur in ihren Amtsräumen empfangen und bewirtet haben. Diese Kontakte sind auch notwendig und richtig. Dennoch sollte das Ganze in einem vertretbaren finanziellen Rahmen bleiben. Viel wichtiger als diese lächerlichen gegenseitigen Vorwürfe ist doch der Weg, der zukünftig beschritten werden soll, um ein für alle lebenswertes Deutschland zu erreichen. Mit gegenseitigen Vorwürfen auf unterstem Niveau (Kindergartenniveau habe ich bewusst vermieden, das wäre eine Beleidigung unserer Kinder) werden wir keinen Fortschritt für Deutschland erreichen. Bernd Uwe Rasch

Kommentar von [Hans-Joachim Schneider](#) vom 28.08.2009, 01:37 Uhr:

RE: Geburtstagssause für den Chef der Deutschen Bank

Interessant ist doch, wer noch alles auf der Gästeliste dieser Feier stand: So sind dort u.a. auch die Namen von Frau Scheffler (ja richtig, das ist die, die jetzt angebl. von 600€ im Monat leben muß, weil sie sich mit dem Kauf von Continental übernommen hat und keine Staatshilfe bekommt) Friede Springer und Kai Dieckmann (BILD Chefredakteur) zu finden. Wie praktisch doch eine Geburtstagsparty in Wahlkampfzeiten sein kann. Für eine gute (Springer)-Presse hat Frau Merkel auf jeden Fall gesorgt... Ach, und noch etwas: Bei dem ganzen Getöse um Ulla Schmidts Dienstwagen "Affäre" sollte man vielleicht einmal daran erinnern, daß sich

die heutige (Noch) Kanzlerin während ihrer Zeit als Umweltministerin sogar mit einem Hubschrauber zu ihrer Datsche im Naturschutzgebiet hat bringen lassen !!!

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 25.08.2009, 16:26 Uhr - 2135 Clicks - Nr. 944

Kandidatengespräch bei der Glinder Zeitung

Heute erschien in der Glinder Zeitung der Bericht über das Gespräch der Wahlkreiskandidaten für die Landtagswahl. Das Gespräch ist momentan auf den Webseiten der Glinder Zeitung auch online zu lesen. Hier nimmt Martin Habersaat ausführlicher und direkt zu den verschiedenen Themen dieses Gesprächs Stellung. Es ging unter Anderem um die Landesfinanzen, Energie, Bildungspolitik und die Metropolregion Hamburg.

-

Landesfinanzen

Schleswig-Holstein muss sparen – aber nicht an der Zukunft. Die SPD steht zu den mit der CDU getroffenen Vereinbarungen, bis 2020 4.800 Stellen im Land abzubauen. Das geht ohne betriebsbedingte Kündigungen und darf unserer Überzeugung nach nicht die Arbeitsbedingungen in den Kitas verschlechtern, das Unterrichtsangebot an Schulen kürzen oder weniger Polizei auf den Straßen zur Folge haben. Neben den Stelleneinsparungen liegt ein großes Einsparpotential in einer umfassenden Verwaltungs- und Funktionalreform, die mit der CDU nicht umsetzbar war.

Bis 2020 werden die Schülerzahlen im Landesdurchschnitt voraussichtlich um 20% zurückgehen, im Norden stärker als im Hamburger Rand. Die Zahl der Lehrkräfte von 26.000 soll nicht im gleichen Umfang reduziert werden, damit ein Zugewinn an Unterrichtsqualität ermöglicht wird. Gleichwohl wird ein Teil der durch Pensionierung frei werdenden Stellen nicht wieder besetzt, um andere Ausgaben (teilweise) zu decken, z.B. kostenfreie Kita-Jahre. Weitere Einsparpotentiale ergeben sich bei einzelbetrieblichen Förderungen, wenn Schleswig-Holstein sich auf die Förderung zukunftssträchtiger Wirtschaftszweige konzentriert und sich auf Anschubfinanzierungen beschränkt.

Metropolregion

Wir leben hier im Speckgürtel Hamburgs, deshalb geht es uns finanziell besser als anderen. Aber auch die Metropolregion Hamburg muss entwickelt werden – wirtschaftlich, infrastrukturell und immer im Interesse der Menschen, die hier leben. Die Landesgrenze darf kein Hindernis sein. Wir brauchen kompatible Schulsysteme, am besten in der ganzen Bundesrepublik, einen attraktiven ÖPNV und eine Abstimmung mit Hamburg in vielen weiteren Lebensbereichen.

Hamburg betreibt seit einigen Jahren eine Schwerpunktorientierte Wirtschaftspolitik, die die SPD auch für Schleswig-Holstein anstrebt, mit einer Konzentration auf den Gesundheitssektor, erneuerbare Energien und maritime Wirtschaft. Stormarn hat die große Chance, als Schnittstelle zwischen beiden Wirtschaftsräumen überproportional zu profitieren. Es ist in Stormarns Interesse, die Zusammenarbeit zwischen Hamburg und Kiel zu vertiefen.



Mindestlohn

Im Januar 2007 hatten 20 von 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Dass Mindestlohn in der Praxis nicht funktioniert, ist also widerlegt. Wer 40 Stunden in der Woche arbeitet, muss vom Lohn für diese Arbeit leben können und darf nicht zusätzlich zum Sozialamt geschickt werden, damit der Staat sein Gehalt aufstockt. Und: Wer im Arbeitsleben gut verdient, bekommt auch später eine Rente, die ebenfalls nicht durch den Staat aufgestockt werden muss.

Energie der Zukunft

Als Tschernobyl explodierte, war ich 9 Jahre alt. Seitdem bin ich der Meinung, dass alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden müssen - mit denen in Deutschland können wir anfangen, am besten mit dem AKW Krümmel in unserer Nachbarschaft.

Die Energieversorgung der Zukunft soll bezahlbar und dezentral sein und auf erneuerbaren Ressourcen beruhen. Das wird vermutlich eher gegen die großen Energiekonzerne durchgesetzt werden müssen als mit ihnen.

Olav Hohmeyer ist Professor für Energie- und Ressourcenwirtschaft in Flensburg. Hohmeyer gehört als einziger Deutscher zu den 30 Mitgliedern des UN-Weltklimarats und gewann mit diesem den Friedensnobelpreis. Er ist beteiligt am "Klimapakt Flensburg". Dieser will bis zum Jahr 2050 für die Region eine CO₂-Neutralität erreichen. Die SPD formuliert in ihrem Programm zur Landtagswahl (S.41): „Bereits 2020 wollen wir mehr Strom aus erneuerbaren Energien produzieren als wir im Land selbst verbrauchen.“ Und das geht: bereits heute erzeugen wir 50% unseres Bedarfs in Schleswig-Holstein aus erneuerbaren Energien.

Bildungspolitik

Ich wünsche mir ein gerechtes Bildungssystem, das allen Kindern Chancen eröffnet. Das bedeutet, dass Kinder nicht nach der Grundschule in drei Sorten Mensch sortiert werden dürfen. Und das bedeutet, dass nicht der Geldbeutel der Eltern für den Bildungserfolg verantwortlich sein darf. Schleswig-Holstein muss alle Talente fördern, dabei dürfen keine finanziellen Hürden aufgebaut werden – weder in der Kita, noch in der Schule oder an der Universität.

Die Schulen der Zukunft aus meiner Sicht sind gut ausgestattete Gymnasien, in denen das Abitur nach 12 Jahren abgelegt wird, und Gemeinschaftsschulen, in denen das Abitur nach 13 Jahren erreicht werden kann. Zurückgehende Schülerzahlen müssen es ermöglichen, einen Teil der frei werdenden Lehrerstellen in eine Verbesserung des Angebots (Doppelbesetzung einzelner Stunden, kleinere Klassen, Förderangebote) zu investieren.

Alle Bundesländer sind gefordert, Schulwechsel von einem Bundesland in andere zu ermöglichen und sich nicht gegenseitig die gefragtsten Lehrkräfte abzuwerben.

Weitere Wünsche

Ein weiteres meiner Ziele ist der Ausbau aller Kindertagesstätten zu Familienzentren. Einerseits sollen Kinder hier Gemeinschaft erleben und spielerisch lernen und entdecken, auf der anderen Seite soll das Angebot für Eltern und Familien ausgebaut werden: z.B. Beratung und Hilfe für Eltern, Fortbildungen und Kochkursen für die ganze Familie.

Siehe auch: www.glinder-zeitung.de
und www.martinhabersaat.de.

Keine Kommentare

CDU-Landesregierung benachteiligt Kiel

Zur negativen Stellungnahme der CDU-Landesregierung bezüglich der Finanzierung der Gutachten zur Stadt-Regional-Bahn erklärte SPD-Kreisvorsitzender Rolf Fischer:

"Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass nach dem OB-Wechsel im Rathaus die Stadt Kiel von der Landesregierung benachteiligt wird.

Es geht um die fragwürdige Signale, die die Staatskanzlei in Sachen Abriss Schloss/Philharmonie aussandte, es geht um die negative Entscheidung zur Förderung Falckenstein, um die Verlagerung wichtiger Bereiche des UKSH nach Lübeck (Entscheidung Austermann), um den CDU-Einsatz fürs Kohlekraftwerk und gegen ökologische Alternativen oder um das fehlende öffentliche politische Signal zum Erhalt von Lindenau. Auch der CDU-Ausstieg aus der Kommunalreform schadet Kiel und den Nachbarn. Noch vor wenigen Wochen hat MP Carstensen zugesagt, mit Kiel kooperativ zusammen zu arbeiten.



Diese Entscheidung zur SRB lässt wieder große Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Zusage aufkommen. Hier regiert offenbar eher die Parteitaktik als die notwendige und beschlossene Entwicklung unsere Region."

Keine Kommentare

Kooperation mit dem Amt Großer Plöner See angestrebt.

Unser Bürgervorsteher hat sich in einem Brief an die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter des Amtes Großer Plöner See gewandt und im Namen der Stadt Plön eindeutig Stellung gegen die Bestebungen des Amtes bezogen, die Stadt einzumnten. Gleichzeitig bietet die Stadt an, die Gespräche über eine Verwaltungsgemeinschaft, die vor 4 Jahren einseitig vom Amt abgebrochen wurden, wieder aufzunehmen.

Der vollständige Text des Briefes ist über den Link unten rechts nachzulesen:

Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter der Gemeinden des Amtes Großer Plöner See

Betr.: Zusammenarbeit der Stadt Plön mit dem Amt Großer Plöner See

Sehr geehrte Damen und Herren !

Die Stadt Plön hatte bereits in einer Pressemitteilung als Reaktion auf die Veröffentlichung wesentlicher Teile einer vertraulichen Vorlage für den Amtsausschuss des Amtes Großer Plöner See mit Nachdruck bemängelt, dass in der Vorlage die Einamntung der Stadt Plön ohne deren Wissen und Willen konkret vorgeschlagen wird.

Nach diesem ersten Bericht sind in der Presse zahlreiche weitere Stellungnahmen abgegeben worden, zuletzt am 14. August 2009, mit z.T. unzutreffenden Behauptungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen.

Der Stadt Plön ist nach wie vor daran gelegen, dass vor allem Sie als Entscheidungsträger vor

Ort von Anfang an umfassend und richtig informiert und in den Prozess miteinbezogen werden, was offensichtlich durch das Amt bisher nicht erfolgt ist. Damit Sie zu einer sachgerechten Meinungsbildung gelangen, möchte ich Sie auf Folgendes hinweisen:

1. Bisherige Verhandlungen zwischen dem Amt und der Stadt

Im Leserbrief vom 14.08.2009 weisen der geschäftsführende Bürgermeister und Mitglieder des Amtsausschusses aus der Gemeinde Bosau darauf hin, dass Gespräche zwischen dem damaligen Amt Plön-Land und der Stadt Plön über eine mögliche Zusammenarbeit zwar stattgefunden haben aber abgebrochen wurden. Abgebrochen wurden die Verhandlungen im Jahr 2005 nach fünf gemeinsamen Sitzungen allerdings vom Amtsvorsteher Leonhardt, der es damals nicht einmal für nötig hielt, der Stadt eine plausible Erklärung hierfür mitzuteilen.

2. Verwaltungsgemeinschaft nach § 19a GkZ

Die Stadt Plön hält weiterhin die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft gem. § 19a GkZ für die beste Form einer modernen Verwaltungsstruktur. Eine solche Verwaltungsgemeinschaft wurde z.B. im Kreis Plön zwischen der Gemeinde Raisdorf und dem Amt Selent-Schlesien, beide mit ähnlich großen Einwohnerzahlen, gebildet. Bei einer Verwaltungsgemeinschaft behalten alle Beteiligten ihre kommunalpolitische Eigenständigkeit und ihre Strukturen, niemand ist einseitiger Gewinner.

Die Behauptung von Amtsvorsteher Leonhardt in dem Interview der KIELER NACHRICHTEN vom 05. August 2009, es gäbe bei einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19a GkZ keinen Amtsausschuss mehr, ist falsch.

Für das Amt würde sich kommunalrechtlich bei einer Verwaltungsgemeinschaft gar nichts ändern. Nur die Verwaltungen würden zusammengeführt. Leiter der Verwaltung wäre der Plöner Bürgermeister. Aufgaben, Trägerschaft und Willensentscheidung blieben unverändert bei den Gemeinden und dem Amtsausschuss, dessen Vorsitzender weiterhin der Amtsvorsteher wäre. Der Amtsvorsteher hätte ein klares und uneingeschränktes Weisungsrecht gegenüber der die Verwaltungsgemeinschaft leitenden Stadt Plön.

Die Verwaltungsarbeit könnte noch effektiver, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter könnten noch kundenfreundlicher und spezialisierter eingesetzt werden.

Außerdem stellte schon ein in 2004 gemeinsam vom Amt und der Stadt in Auftrag gegebenes Gutachten Synergieeffekte von ca. 200.000 € pro Jahr in Aussicht – Einsparungen, die für alle Gemeinden dringend notwendig sind.

Falsch ist auch die Aussage, dass es bei dieser Lösung keine gemeinsamen Gremien und keinerlei bindende finanzielle Basis gäbe. Das Gegenteil ist der Fall. Die unterschiedlichen Interessen des Amtes und der Stadt würden in einem Koordinierungsausschuss miteinander abgestimmt werden, der auch konkret bei Organisations- und Personalentscheidungen sowie allen weiteren vereinbarten Fällen mitwirken würde. Dieser Ausschuss würde mit Vertretern des Amtes und der Stadt besetzt, so dass das Amt somit an allen wichtigen Entscheidungen unmittelbar beteiligt sein würde.

Die gegenseitigen Rechte und Pflichten und eine individuelle Kostenregelung würden in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag gemeinsam festgelegt werden, so dass sie verbindlich für alle Beteiligten gelten. Auch die angemessene Unterrichtung des Amtsausschusses und der Gemeinden würde hier geregelt werden.

Zusammengefasst würde das Amt also mit Ausnahme eines eigenen leitenden hauptamtlichen Beamten alle bisherigen Kompetenzen behalten.

3. Einamtung der Stadt Plön

3.1 Hauptamtlicher Bürgermeister

Im ersten Bericht über die vertrauliche Vorlage im OHA wird zitiert, die Stadt Plön könne auch bei einer Einamtung unter bestimmten Voraussetzungen einen hauptamtlichen Bürgermeister behalten. Auch diese Behauptung ist eindeutig falsch.

Bei einer Einamtung der Stadt Plön würde diese das Recht verlieren, einen eigenen hauptamtlichen Bürgermeister über dessen Wahlzeit hinaus zu beschäftigen. Hauptamtlich leitender Beamter wäre dann der Amtsdirektor des Amtes Großer Plöner See.

Ein Wegfall der leitenden Funktion des Bürgermeisters würde Plön als Kreisstadt und zentraler Ort im Sinne der Landesentwicklungsplanung außerordentlich schwächen und nicht im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Plön sein. Gerade für unsere Region um den Großen Plöner See brauchen wir ein starkes Zentrum, eine starke Stadt.

Die zentralen Orte haben eine herausragende Bedeutung gerade auch für ihr Umland (z.B. in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Einzelhandel, Arbeitsplätze). Daraus ergibt sich ein unterschiedliches – nämlich größeres – Verwaltungsbedürfnis. Die Funktion der zentralen Orte als „Motor für die Entwicklung einer Region“ darf durch Strukturreformmaßnahmen nicht leiden. Dies ist auch weiterhin erklärtes Ziel der Landesregierung. Wenn die zentralen Orte in ihrer Funktion gestärkt werden sollen, um auch ihre Angebote bedarfsgerecht zu erbringen, bedarf es auch eines hauptamtlichen Bürgermeisters, der über eine eigene Verwaltung verfügt, auf die er maßgeblichen Einfluss hat.

3.2 Zusammensetzung des Amtsausschuss

Im Amtsausschuss könnte die Stadt Plön bei einer Einamtung nur ihrer Einwohnerzahl entsprechend, nicht aber entsprechend ihrer zentralörtlichen Bedeutung repräsentiert werden. Nach der geltenden Rechtslage würde der Amtsausschuss des Amtes Großer Plöner See bei einer Einamtung der Stadt Plön von jetzt 20 auf 29 Mitglieder erweitert werden, von denen nur 9 von der Stadt Plön zu entsenden wären.

Eine angemessene Berücksichtigung der Stadt Plön als Kreisstadt und zentraler Ort wäre somit nicht gegeben.

4. Besoldung des leitenden Beamten

Bereits in unserer Pressemitteilung hatten wir klargestellt, dass es auch aus unserer Sicht selbstverständlich die ureigenste Angelegenheit des Amtes ist, seine Führung zu organisieren und zu entscheiden, ob die Leitung der Verwaltung durch einen Amtsdirektor wahrgenommen wird. Gerade in Zeiten der Finanzknappheit ist jedoch besonders abzuwägen, ob nicht kostengünstigere Lösungen möglich sind.

Diese gibt es z.B. in Form eines leitenden Verwaltungsbeamten oder - mit den größten Einsparungen - indem die Funktion bei einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Stadt Plön insgesamt wegfällt und vom Bürgermeister der Stadt Plön mit übernommen wird.

5. Zusammenfassung

Zusammenfassend ist aus Sicht der Stadt Plön nach wie vor die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19a GkZ die sinnvollste und wirtschaftlichste Form einer gemeinsamen Verwaltung.

Hierfür sprechen insbesondere die folgenden Aspekte:

- Die Trägerschaft für die kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben ändert sich für keinen der Beteiligten. Amt, Gemeinden und Stadt bleiben kommunalrechtlich so selbständig wie bisher.
- Über die gesetzliche Regelung hinaus können sich die Partner gegenseitige Rechte einräumen. Damit wird eine optimale Zusammenarbeit gewährleistet, die partnerschaftlich und fair ist.
- Die Zusammenführung zweier leistungsstarker Verwaltungen verspricht eine Steigerung der Effektivität und der Wirtschaftlichkeit bei gleichzeitiger Spezialisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Stadt Plön ist nach wie vor zur Zusammenarbeit mit dem Amt Großer Plöner See - oder mit anderen Gemeinden - bereit.

Allerdings macht nur die Zusammenführung beider Verwaltungen im Rahmen einer Verwaltungsgemeinschaft nach § 19a GkZ wirtschaftlich Sinn und führt zu einem verbesserten Dienstleistungsangebot für die Bürgerinnen und Bürger.

Die gewachsene und bewährte Stellung der Stadt Plön muss hierbei allerdings angemessen berücksichtigt bleiben. Gerade für unsere Region um den Großen Plöner See benötigen wir ein starkes Zentrum, eine starke Stadt.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Jürgen Kreuzburg

Keine Kommentare

[SPD-Kropp](#) - veröffentlicht am 26.08.2009, 09:44 Uhr - 3858 Clicks - Nr. 947

Aktion Ferienspaß der SPD Kropp ein voller Erfolg

22 Kinder verbrachten einen schönen Tag mit Wolfgang Wodarg auf dem Resthof der Familie Röhl in Alt Bennebek.

Erstmals beteiligte sich die SPD Kropp an der Aktion Ferienspaß der Gemeinde Kropp.

Das Programm stieß auf große Resonanz, leider konnte man nicht alle Kinder annehmen, so groß war die Nachfrage an diesem Ferienspaßangebot.

Am Nachmittag wurden die Kinder und Eltern durch den Ortsvereinsvorsitzenden Peter

Casper, Wolfgang Wodarg und natürlich durch Gastgeberin Imke Röhl herzlich begrüßt. Viele Mitglieder des Ortsvereins gestalteten den Nachmittag.

Die Kinder waren kaum zu halten, schließlich galt es viel auf dem Resthof und den anschließenden Koppeln viel zu entdecken.

Da war ein Indianer-Tipi aufgebaut, in dem das Feuer knisterte, Stockbrot konnte gebacken werden.

Beim Ausritt auf Imkes Pferden war keiner zu halten. Hier stand man geduldig wartend, bis



man an der Reihe war.

Wolfgang Wodarg ließ es sich nicht nehmen, mit seiner Gitarre den Nachmittag musikalisch zu untermalen. Ein melodischer Reigen abgestimmt auf das bunte Thema des Nachmittags sorgte dafür, dass viele mitsangen und Wolfgang begeistert anfeuerten. Wolfgang Wodarg und Imke Röhl sangen im Duett, das war schon hitverdächtig.

Für das leibliche Wohl war ebenfalls bestens gesorgt. Bei Gegrilltem und kühlen Getränken stärkte man sich für die nächste Runde.

Anschließend wurden die Aylesbury-Enten besichtigt, Imke Röhl züchtet diese Rasse um diese Art zu erhalten, auch hier bot sich den Kinder Gelegenheit, Interessantes über die gefährdete Geflügelrasse zu erfahren und die Tiere zu füttern.

So verging der Nachmittag wie im Fluge.

Am Abend verabschiedete sich Wolfgang Wodarg von den Teilnehmern der Aktion Ferienspaß und von der SPD Kropp.

Hier gehts zum ganzen Bericht

Uwe Baurhenne

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 26.08.2009, 11:44 Uhr - 5568 Clicks - Nr. 948

Klönschnack auf Petra´s Reiterhof in Rurup

Hier ein netter Blogbeitrag von Petra Teegen aus Norderbrarup, veröffentlicht am 19.08.2009 im "lokal schnack".



Besuch von Wolfgang Wodarg

Im Jahre 2004 bot unser Verein, die Pony- und Pferdesportgemeinschaft Rurup eV einst einen Lehrgang: Reiten gegen Rauchen an. Gesponsert und unterstützt wurden wir damals unter anderem von Dr. Wolfgang Wodarg, unserem Vertreter im Bundestag in Berlin.

Man muss sich darüber nicht wundern, ist Wolfgang Wodarg doch ausgebildeter Lungenfacharzt und nicht nur Politiker. Ich glaube, das ist so wie mit den Pferden. Egal, was das Leben einem so bringt: Ist man vom Pferdevirus befallen, verlässt er einen nie wieder. So bleibt also auch ein Politiker im Grunde seines Herzens immer ein Arzt. Und, so wie im Falle Wolfgang Wodargs, auch ein ebensolcher obengenannter Pferde"mann".

Ab und zu schaut Wolfgang Wodarg wie ein guter Freund herein. "Schnell mal zwischendurch einen Kaffee trinken!" Das hatten wir schon öfter. Über die Zeiten sinieren, ein wenig über die Pferde sprechen, über frisch Erlebtes und natürlich auch über den Wahlkampf, der jetzt gerade tobt. Das alles quasi bei "Muttern in der Küche".

Ein sehr volksnaher Mann, dieser Politiker mit vielen guten Ideen, die nicht nur die Gesundheitspolitik betreffen. Ein Mann, der vormittags bei einem Arzt in der Praxis reinschaut, um sich ein Bild "an der Front" zu machen, nicht ohne tatkräftig mit zu helfen. Der nachmittags bei uns in Rurup in der Küche sitzt und sich über unser jüngstes Vereinsmitglied Emily freut! Und sich köstlich amüsiert über einen Sticker, der auf dem uralten T4 meines Sohnes klebt. Abfuckprämie

Ich persönlich drücke Wolfgang Wodarg ganz fest alle Daumen für die bevorstehende Wahl.

BILD: Wolfgang Wodarg mit Emily; Foto: Petra Teegen

[Aktion Ferienspaß der SPD Kropp ein voller Erfolg](#)

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 26.08.2009, 12:06 Uhr - 50664 Clicks - Nr. 949

Verhinderung von CO2-Depots in Schleswig-Holstein nur bei SPD-Regierung

Zu den Meldungen über ein Forschungsprojekt zur CO2-Deponierung in Eggebek (Kreis Schleswig-Flensburg) erklärt die stellvertretende Landesvorsitzende der SPD, Bettina Hagedorn, heute in Kiel:

Bettina Hagedorn, Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD

Das bekannt gewordene Forschungsprojekt zur CO2-Deponierung in Eggebek zeigt mal wieder ganz klar, dass die Nordunion keineswegs gegen die unterirdische CO2-Deponierung in Schleswig-Holstein ist, wie ihr Spitzenkandidat neuerdings behauptet.

Wissenschaftsstaatssekretär de Jager kennt diese Vorhaben, hält sie für richtig und hat das erst kürzlich öffentlich bekräftigt. Dies ist dem amtierenden Ministerpräsidenten unangenehm, weil er seine wahre Haltung zu diesem Thema vor den Wahlen gerne verschleiern möchte.

Bis vor kurzem hat auch er öffentlich gesagt, für ihn sei das eine Frage des Preises; bei anderer Gelegenheit hat er zwischen angeblich gutem CO2 aus Schleswig-Holstein und schlechtem CO2 aus NRW differenziert. Als die Bundeskanzlerin in Flensburg unter Hinweis auf Kohlensäure in Mineralwasserflaschen die Ablehnung der Schleswig-Holsteiner gegen CO2-Depots veralbert und gesagt hat, dass dies nur ein Beleg für die Notwendigkeit stärkerer Bildungsanstrengungen in Schleswig-Holstein sei, hat der Spitzenkandidat der Union in Schleswig-Holstein dazu applaudiert.

All dies zeigt: Sicherheit im [Kampf gegen unterirdische CO2-Depots in Schleswig-Holstein](#) bietet nur eine SPD-geführte Landesregierung nach dem 27. September 2009.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 26.08.2009, 12:17 Uhr - 2265 Clicks - Nr. 950

SPD-Initiative zur Förderung von Sport und Kultur

Absichtserklärung des Hauptausschusses - Fahrplan kommt

Die Sportverbände und die Einrichtungen der freien Kultur können weiter hoffen. Auf Initiative der SPD beschloss der Hauptausschuss, dass von der Verwaltung ein zeitlicher Stufenplan entwickelt wird, um die notwendigen Investitionen zu verwirklichen. Konkret legte sich der Hauptausschuss darauf fest, dass für bisher nicht geförderte Maßnahmen die Finanzmittel eingesetzt werden, die infolge des Konjunkturprogrammes 2 eingespart werden.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost hatte nachdrücklich für die



Maßnahmen geworben, die dem ETSV Weiche, der Sportanlage Schützenhof, dem Eckener Sportplatz und dem Stadion helfen sollen: „Dort wird überwiegend von vielen Ehrenamtlern soziale Sport-, Jugend- und Bildungsarbeit im gesellschaftlichen Bereich geleistet, so dass Investitionen in diesem Bereich einen doppelten Effekt erzielen. Es geht also nicht nur um Konjunkturförderung, sondern auch um die Stärkung der hervorragenden Arbeit, die dort geleistet wird.“ Die Theaterwerkstatt „Pilkentafel“ charakterisierte er als kulturellen Leuchtturm und auch das Kühlhaus habe eine herausragende Bedeutung. „Sport und Kultur sind wichtige Standortfaktoren für unsere Stadt“, argumentierte Trost und machte deutlich, dass gehandelt werden müsse. Dies gehe auch ohne zusätzliche Neuverschuldung.

„Eine unverbindliche Absichtserklärung, wie sie von der Verwaltung vorgeschlagen wurde, kommt für uns nicht in Frage“, so Trost. Oberbürgermeister Tscheuschner hatte in der Sitzung am Dienstag ursprünglich eine sehr „weiche“ Beschlussfassung vorgeschlagen: Der Hauptausschuss „zieht in Erwägung“ bestimmte Maßnahmen durchzuführen, formulierte er. „Seit Monaten diskutieren wir über die unverzichtbaren Maßnahmen für den Sport und die Kultur“, meinte kopfschüttelnd Helmut Trost, „und nun sollen wir beschließen, dass wir etwas in Erwägung ziehen. So geht das nicht, die Kultureinrichtungen und Sportverbände haben ein Recht auf Klarheit und Verbindlichkeit.“

Hintergrund:

Nach der Diskussion um die sogen. Prioritätenliste hatte die SPD im Juli einen Antrag eingebracht, in dem ein „Flensburger Konjunkturprogramm Sport und Kultur“ vorgeschlagen wurde. Damit sollten die im Mai beschlossenen Investitionsschwerpunkte verwirklicht werden, die bei der Verteilung der Konjunkturfördermittel leider nicht zum Zuge gekommen waren. Als Finanzierungsvorschlag verwiesen die Sozialdemokraten auf die Mittel, die zukünftig durch die vorgezogene und geförderte Sanierung des Sauermannhauses frei werden. Ein Neuverschuldung sollte vermieden werden. Die Beschlussfassung wurde seinerzeit vertagt, die nächste Sitzung des Hauptausschusses fiel dann wegen „Nichterreichbarkeit der Vorsitzenden und Stellvertreter“ (Aussage der Verwaltung) aus. Deshalb wollte die SPD-Ratsfraktion jetzt endlich „Nägel mit Köpfen“ (Helmut Trost) machen. Der am Dienstag, 25.0.09, nach schwierigen Diskussionen im Hauptausschuss mit großer Mehrheit gefasste Beschluss hat folgenden Wortlaut:

„Der Hauptausschuss beabsichtigt, die durch die Förderung aus dem Konjunkturprogramm 2 ersparten Aufwendungen für nicht geförderte Projekte einzusetzen. Welche Projekte und in welchem Umfang wird im Rahmen der Haushaltsplanungen konkret entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, einen zeitlichen Stufenplan zu entwickeln, um die weiteren Maßnahmen (Sportgelände ETSV Weiche, Sportplatz Schützenhof, Eckener Sportplatz, Stadion, Kulturwerkstatt Pilkentafel, Kühlhaus) umzusetzen. Die Möglichkeiten einer weiteren Förderung für diese Maßnahmen sind von der Verwaltung zu prüfen.“

Keine Kommentare

Richtigstellung im Bezug auf Sperrung der Straße an der Hochbrücke

Gestern haben wir einen Artikel veröffentlicht, indem wir darüber berichtet haben, dass die Straße "An der Hochbrücke" bis zu einem Jahr gesperrt bleiben muss. Hintergrund sind Bauarbeiten an der dortigen Wehraubücke. Eine Verlängerung der Bauzeit um 1 Jahr entspricht allerdings nicht der Realität.



Auf Anfrage eines Anwohners hatte der Osterrönfelder Bürgermeister während einer Ausschusssitzung über die Bauarbeiten in der Straße zur Schwebefähre berichtet. Dabei ist es leider zu dem Fehler gekommen, dass ich irrtümlich verstanden habe, dass die Straße evtl. für ein ganzes Jahr gesperrt bleiben muss. Das ist allerdings nicht korrekt. Vielmehr soll die Straße demnächst wieder für Radfahrer und Fußgänger geöffnet werden und dann später auch für den Kraftverkehr! Die Falschmeldung war somit keine Absicht! Das nächste mal wird besser zugehört. Versprochen! :-)

Der entsprechende Artikel wurde selbstverständlich gelöscht, weil nicht mehr relevant!

Jan-Niklas Potten, SPD-Fraktion

Keine Kommentare

Knickschutz wieder auf die politische Agenda setzen!

Zur aktuellen Präsentation der Ergebnisse des „Knick-Checks“ des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) in Schleswig-Holstein sagen die naturschutzpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Konrad Nabel, und des SPD-Landesverbandes, **Stefan Bolln**, der auch Landtagskandidat im Wahlkreis Steinburg-West ist:



Unser Land ist wie kein anderes geprägt durch die Knicklandschaft, die ein positives Image für die Menschen, die Landwirtschaft und auch den Tourismus in Schleswig-Holstein ausstrahlt. Die vom BUND und von den an der Natur im Lande interessierten Menschen erhobenen Daten belegen nun anders als die Verlautbarungen aus dem Landwirtschaftsministerium, dass wahrscheinlich nur noch die Hälfte der Knicks in einem rechtskonformen und somit auch guten ökologischen Zustand ist. Dieser Trend zu unsachgemäß behandelten bis hin zu fast zerstörten Knicks hat sich nach Beobachtungen in den letzten Jahren verstärkt. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf, die gesetzlichen Grundlagen zum Knickschutz zu überprüfen und neu zu justieren.

Nach unserer Auffassung ist der negative Trend im Knickschutz vor allem durch die Änderung im Landesnaturschutzgesetz angestoßen worden. Gegen unsere Warnungen hat der Landwirtschaftsminister 2005 unter dem Deckmantel der Deregulierung unnötig die bestehenden Vorschriften ausgedünnt und die Anwendung den Unteren Naturschutzbehörden (UNB) der Kreise überlassen, die offensichtlich – auch durch Personalausdünnung – damit

überfordert sind. Der effektivere und wirksamere Schutz der Knicklandschaft muss daher wieder auf die politische Agenda gesetzt werden; das werden wir in der nächsten Legislaturperiode tun.

Wir bedanken uns an dieser Stelle für die Aktivität vieler Menschen und des BUND im Lande. Uns befremdet, dass von Seiten der Landwirtschaft dem BUND im Vorfeld dieser Aktion massive Vorwürfe, bis hin zur Stasi-Mentalität, gemacht wurden. Es war und ist nicht das Ziel dieser Aktion, einzelne Landwirte an den öffentlichen Pranger zu stellen, das ist auch nicht geschehen. Wir wissen und sind uns sicher, dass die überwiegende Mehrzahl der Landwirte die Knicks auf ihrem Land – auch im eigenen Interesse – verantwortungsvoll pflegt. Aber: Der Steuerzahler hat ein Recht darauf zu erfahren, was für die Agrarsubventionen an die Landwirtschaft, die auch für den Knickschutz gezahlt werden, konkret geschieht. Das derzeit zu beobachtende Öko-Dumping beim Knick muss ein Ende haben.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 26.08.2009, 18:39 Uhr - 1856 Clicks - Nr. 953

Bürgersprechstunde am 31. August

Ab sofort möchte die SPD Barsbüttel das neue Bürgerhaus in Barsbüttel (Soltausredder 20) nutzen, um den Bürgerinnen und Bürgern einmal monatlich eine Sprechstunde anzubieten. Los geht es am Montag, dem 31. August. Dann stehen von 17.00 - 19.00 Uhr der Fraktionsvorsitzende Hermann Hanser und Landtagskandidat Martin Habersaat für Gespräche über die Politik der SPD und aktuelle Entwicklungen in Barsbüttel zur Verfügung.

Jörg Kiencke, Vorsitzender des SPD Ortsvereins: "Es ist uns wichtig, den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern auf verschiedenen Ebenen aufrecht zu erhalten. Wir informieren über das Internet und unsere Zeitung O-Ton, sind jederzeit telefonisch oder per E-Mail zu erreichen und künftig zusätzlich im Rahmen der Sprechstunden mit wechselnden Ansprechpartnern präsent."



Keine Kommentare

[SPD Adelby-Engelsby](#) - veröffentlicht am 26.08.2009, 19:46 Uhr - 2610 Clicks - Nr. 954

SPD-Engelsby: Infostand zum Thema Hartz IV Wir wollen wissen wo der Schuh drückt

Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF) und die Jungen Sozialisten (Jusos) in Flensburg haben sich besonders intensiv mit der Situation von alleinerziehenden SGB-II-Empfängerinnen und -Empfängern auseinandergesetzt. Um die Probleme der Betroffenen in Engelsby genauer untersuchen zu können, benötigen wir dringend die Aussagen der Mütter und Väter.

Treffen Sie uns am Sonnabend, 29. August 2009, von 10.30 bis 13.00 Uhr am Einkaufszentrum Engelsby, Engelsbyer Str./Ecke Mozartstraße zu einem Informationsgespräch.

Mit den erzielten Informationen werden wir uns dafür stark machen, die Kinderbetreuungssituation und damit auch die wirtschaftliche Lage der alleinerziehenden SGB-II-Empfängerinnen und -Empfänger zu verbessern.

Helfen Sie uns, die Situation für alleinerziehende SGB-II-Empfängerinnen und -Empfänger zu verbessern.

Nutzen Sie ebenfalls die Gelegenheit unseren Landtagskandidaten Helmut Trost kennen zu lernen und mit ihm ins Gespräch zu kommen.

Keine Kommentare

[SPD-Ratsfraktion Kiel](#) - veröffentlicht am 27.08.2009, 08:56 Uhr - 1326 Clicks - Nr. 955

Ekkehard Klug auf Irrwegen

Zu den Äußerungen von Ekkehard Klug erwidern die schulpolitischen SprecherInnen Peter Kokocinski (SPD) und Anke Erdmann (Bündnis90/ Die Grünen): Herr Klug fordert mehr Investitionen in Bildung. Das ist auch unsere Meinung. Kiel auf die Füße zu treten, ist allerdings schwierig, denn wir sind schon ein paar Schritte weiter, als er vermutet. Seit Antritt der "Dänenampel" vor gut einem Jahr sind folgende Gelder in die Kieler Schulen geflossen: Die Mittel für Offene Ganztagsschulen und Schulsozialarbeit wurden knapp verdoppelt. In Kieler Schulen stehen für Um- und Neubau rund 20 Mio. Euro bereit – zur Hälfte sind dies Mittel aus dem Konjunkturpaket II.

Für die Kieler Berufsschulen werden die Weichen neu gestellt - 100 Mio. Euro wird die Stadt mittelfristig ausgeben, um diese Schulen zukunftsfähig zu machen.

Nach den Ferien wird erstmals das Mittagessen an Kieler Ganztagsschulen von städtischer Seite bezuschusst.

Auch sonst sind wir mit der Bilanz in der Schulpolitik ganz zufrieden:

Nach den Sommerferien gehen vier neue Gemeinschaftsschulen und eine neue gebundene Ganztagsschule an den Start. Im kommenden Jahr kommen mindestens fünf neue Gemeinschaftsschulen dazu. Das Land hat in Aussicht gestellt, dass 2010 bis zu acht neue gebundene Ganztagsschulen an den Start gehen werden.

Während die FDP-Fraktion im Kieler Rat Mehrinvestitionen in Bildung beim Nachtragshaushalt 08 noch abgelehnt hatte, macht Herr Klug nun dicke Oppositionsbacken - wir können Klima und Schule, Herr Klug.

Keine Kommentare

[Rolf Fischer, MdL](#) - veröffentlicht am 27.08.2009, 13:03 Uhr - 3057 Clicks - Nr. 956

EU-Mitspracheregelung im Landesrecht überprüfen

Der Bundestag hat sich am Mittwoch mehrheitlich für die neuen EU-Begleitgesetze ausgesprochen, so dass der EU-Reformvertrag nach der zweiten Lesung des Bundestages und

nach Zustimmung des Bundesrates noch im September ratifiziert werden könnte. Zu dieser grundsätzlichen Einigung erklärt der europapolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rolf Fischer:

Grundsätzlich ist die Einigung zu begrüßen. Irritierend aber ist, dass sich die CDU-Landesregierung zu diesem Sachverhalt bisher nicht geäußert hat. Ich warne davor, den gefundenen Kompromiss in Frage zu stellen. Dies müsste der jetzt für Europa zuständige MP umgehend deutlich machen. Trotz Wahlkampf darf diese für unser Land und unser Parlament so wichtige Entscheidung nicht ignoriert werden.

Die gefundene Regelung wird den Schleswig-Holsteinischen Landtag zu einem „Mehr an Europa“ verpflichten. Denn jetzt besteht die Möglichkeit, in allen Bereichen, in denen die Länder das Recht zur Gesetzgebung haben, Einspruch gegen eine EU-Entscheidung zu erheben. Zusätzlich kann das Land künftig über den Bundesrat den Vertreter der Regierung im Europäischen Rat im Bereich des Strafrechts und der Arbeitnehmerfreizügigkeit dazu verpflichten, die „Notbremse“ ziehen, d.h. eine von der EU getroffene Entscheidung muss dann erneut diskutiert werden.

Wir erwarten zudem, dass die Abläufe im Bundesrat von der Landesregierung so organisiert werden, dass auch dem Landtag eine ausreichende Beratungszeit bleibt, um tatsächlich mitreden und mitentscheiden zu können. Wir müssen deshalb unsere Regelung im Landesrecht überprüfen, ob es diese notwendige Mitsprachemöglichkeit des Parlaments gegenüber der Landesregierung auch wirklich enthält und den neuen Bedingungen entspricht.

Die Gesetze stärken nicht nur Bundestag und Bundesrat, sondern auch die Landesparlamente. Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird sich künftig häufiger und intensiver mit EU-Gesetzesvorhaben, die die Länder betreffen, befassen. Dies stärkt nicht nur die parlamentarische Demokratie, sondern wird im Ergebnis dazu führen, dass sich die Bürger künftig stärker mit der für sie immer noch fernen EU identifizieren.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 27.08.2009, 16:46 Uhr - 5772 Clicks - Nr. 957

Wodarg in Kropp: Unser Ziel ist eine gemeindenahe, menschenwürdige Pflege!

Der Gesundheitspolitiker und langjährige Sprecher der Enquete-Kommission für Ethik und Recht der modernen Medizin Dr. Wolfgang Wodarg besuchte im Rahmen seiner Betriebspraktika die Stiftung Diakoniewerk in Kropp. Mit ihren ca. 1000 Beschäftigten zählt die Stiftung Diakoniewerk mit ihren Zweigstellen und Tochterunternehmen zu einem großen Arbeitgeber der Region.



Im Gespräch mit der Pflegedienstleiterin Frau Korinth und dem Geschäftsführer Thomas Tweer informierte sich Wodarg zuerst über die Personalsituation- und Entwicklung, die innerbetriebliche Fort- und Weiterbildung, sowie die regionale Bedeutung des Unternehmens als Arbeitgeber.

Wodarg engagiert sich als Internist und Sozialmediziner besonderes am Ausbau der

gemeindenahen Pflege und hat sich deshalb im Bundestag für die Gründung der Initiative "Daheim statt Heim" stark gemacht. Er war bei seinem Besuch besonders an der Frage interessiert, wie sich ein großes Pflegeunternehmen auf diese Herausforderung einstellt. Gemeinsam mit Frau Korinth besuchte er deshalb das erst kürzlich eröffnete Haus Bethlehem und verbrachte viel Zeit mit intensiven Gesprächen mit Bewohnerinnen und Bewohnern und den professionellen Kräften des Hauses.

Der Bundestagsabgeordnete überzeugte sich bei seiner mehrstündigen Erkundung in den verschiedenen Stationen des Hauses davon, wie der Tagesablauf gestaltet und wie individuelle Bedürfnisse und institutionelle Grenzen konkret in der Praxis zum Wohle der Bewohner harmonisiert werden.

Im Haus Bethlehem wird seit einigen Jahren eine neue Form der Sorge und Pflege für ältere Menschen angeboten, die dementiell oder gerontopsychiatrisch erkrankt sind. Hier leben die Bewohnerinnen und Bewohner in Hausgemeinschaften von rund 10 Personen zusammen. Diese Form der Unterbringung ermöglicht es, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen angemessen Rücksicht zu nehmen und so weit wie möglich auf die persönlichen Gewohnheiten der Heimbewohner einzugehen.

Im Haus Bethlehem findet das Zusammenleben im Wohn-, Ess- und Kochbereich der Gemeinschaft statt. In diesem "Miteinander" erleben auch ältere und demente Menschen die gewohnten Tagesabläufe und Aktivitäten wie Kochen, Essen, Waschen und Putzen. Sie können sich an den Arbeiten beteiligen oder einfach die Bewegungen, Geräusche und Gerüche als vertrautes Leben wahrnehmen.

Die Bewohner werden in vielfältiger Hinsicht eingebunden und haben Möglichkeiten, sich ihren Fähigkeiten und Kräften entsprechend einzubringen, sei es in der Töpfergruppe, bei der Pflege des Gartenbereichs oder der Mitwirkung an der hausinternen Zeitung. "Hier findet eine menschenwürdige Pflege statt, die ein Höchstmaß an pflegerischer Qualität und menschenwürdigem Älterwerden, auch in Krankheit und Pflegebedürftigkeit, ermöglicht", so Wodarg.

"Ich bin froh, dass wir mit dem Diakoniewerk auch einen Partner gerade für die wichtige Ausbildung in Pflegeberufen haben", sagte Wodarg. Positiv hob der Abgeordnete die Ansätze des Hauses hervor, die gesellschaftliche Teilhabe der Heimbewohner zu verstärken, wie dies beispielsweise im hauseigenen Friseursalon seit kurzem geschieht.

"Älterwerden ist ein Prozess, dem niemand von uns entgehen kann, den niemand in unserer Gesellschaft fürchten muss. Es gibt auch Vieles, was wir voneinander lernen können. Gemeinde und Diakonie sollten gegenseitige Offenheit weiter pflegen und durch geeignete Angebote die Grenzen zwischen Institution und Gemeindeleben weiter auflösen", riet der Fachpolitiker Wodarg und nannte das Ziel seiner politischen Bemühungen: "Wer Hilfe braucht, soll bei uns bleiben können und trotzdem professionell versorgt werden."

Nach der Besichtigung des ebenfalls zur Diakonie Kropp gehörigen psychiatrisch-neurologischen Krankenhauses ergab sich die Gelegenheit für Dr. Wodarg mit einer indischen Praktikantin zu sprechen, die derzeit eine Station ihres freiwilligen sozialen Jahres in der Diakoniestiftung absolviert.

Bei einem abschließenden Treffen mit dem theologischen Vorstand der Einrichtung, Pastor J.

Engler, bedankte sich der Bundestagsabgeordnete für die gewonnenen Erfahrungen und bot politische Unterstützung für die gemeinsame Weiterentwicklung einer für Personal wie für Bedürftige gleichermaßen befriedigenden und menschenwürdigen Pflege und Sorge an.

Keine Kommentare

[SPD-Neumünster](#) - veröffentlicht am 27.08.2009, 18:26 Uhr - 5040 Clicks - Nr. 958

Neumünsters Ziele zum Klimawandel und zur Energiepolitik Jusos laden zum "1. Energi(e)schen Klimaschutz Tisch"

Nachdem der Kreisparteitag des SPD -Kreisverbandes Neumünster am 19.06.2009 einstimmig den Antrag "Neumünsters Ziele zum Klimawandel und zur Energiepolitik" angenommen hat, veranstaltet der Juso - Kreisverband Neumünster hierzu den "1. Energi(e)schen Klimaschutz Tisch".

Die Veranstaltung findet am Freitag, den 04. September 2009, um 19.00 Uhr, im Juso-Büro, Großflecken 75, statt.

Die Kernfrage des ersten Abends lautet:

Wie können die beschlossenen Aspekte und ggf. weitere Maßnahmen zum notwendigen Klimaschutz und zur Energiepolitik hier vor Ort in Neumünster umgesetzt werden??

Die Einladung richtet sich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Kommentar von [Hans Pries](#) vom 30.08.2009, 16:13 Uhr:

RE: Neumünsters Ziele zum Klimawandel und zur Energiepolitik

Lieber Herr Ketelhut ! Ist da vielleicht bei Ihnen ein bisschen der Wunsch der Vater des Gedankens? Wenn Sie uns aufmerksam betrachten würden, was ja eigentlich Ihre Art ist, müssten Sie sehr schnell feststellen, dass wir keinesfalls den Wunsch haben, die Farbe zu wechseln. Wir sind stolz darauf, zu den Roten zu gehören. Die gab es nämlich schon weit vor den Grünen, sehr weit vorher....

Kommentar von [Rudolf Riep](#) vom 30.08.2009, 15:43 Uhr:

RE: Neumünsters Ziele zum Klimawandel und zur Energiepolitik

Wieder ein Kommentator, der meint, dass die Grünen die Umweltpolitik gepachtet hätten. Die SPD hat seit vielen Jahren ihre eigenen Schwerpunkte in der Umweltpolitik gesetzt. Mit dem Umweltforum haben wir eine Arbeitsgemeinschaft, die in den wichtigen Umweltfragen die Nase vorn hat. Die SPD hat also nicht die Sehnsucht grün zu werden sondern will eine vernünftige Umweltpolitik betreiben, die auf die BürgerInnen Rücksicht nimmt. Rudolf Riep SPD-Steinburg

Kommentar von [Ralf Ketelhut](#) vom 30.08.2009, 01:38 Uhr:

RE: Neumünsters Ziele zum Klimawandel und zur Energiepolitik

Sagt doch frei heraus, dass Ihr eigentlich lieber grün als rot wäret.... Wir haben da kein Problem! Herzlicher Gruß von Ralf

Bund unterstützt "Kinderfreundliche Stadt Kiel" m. steigendem Umsatzsteueranteil

Zur Entwicklung der Bundeszuschüsse für den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren erklären der finanzpolitische Sprecher der SPD-Ratsfraktion, Ratsherr Falk Stadelmann, der finanzpolitische Sprecher der Ratsfraktion von BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN, Ratsherr Lutz Oschmann, und Ratsfrau Antje Danker (SSW): „SPD, GRÜNE und SSW freuen sich über die Unterstützung des Bundes bei der Verwirklichung des strategischen Ziels der ‚Kinderfreundlichen Stadt Kiel‘.

Mit dem vom Bundestag beschlossenen Kinderförderungsgesetz vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I 2008 S. 2403) beteiligt sich der Bund an den Betriebskosten, die durch den Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren zusätzlich entstehen. Dazu gewährt der Bund Zuschüsse aus seinem Umsatzsteueranteil, die nach dem schleswig-holsteinischen Finanzausgleichsgesetz vom 05. Februar 2009 (GVOBl. Schl.-H. 2009 S. 67) an die Kreise und kreisfreien Städte geleitet und vom Land Schleswig-Holstein ergänzt werden. Bundesweit betragen die Zuschüsse im Jahr 2009 schon 100 Mio. Euro - die Landeshauptstadt Kiel allein erhält im laufenden Jahr 830.000 Euro für Krippen und Tagespflege. In den folgenden Jahren steigen die bundesweiten Zuschüsse, die verbindlich bis zum Jahr 2013 geregelt sind, in welchem der Kinderbetreuungsanspruch verwirklicht sein soll. Auch Kiel soll deshalb in den nächsten Jahren mehr Förderung bekommen: Vorgesehen sind Zuschüsse für Betriebskosten der Krippen und Tagespflege in Höhe von 1,55 Mio. Euro im Jahr 2010, von 2,25 Mio. Euro im Jahr 2011, von 2,97 Mio. Euro im Jahr 2012 und von 3,67 Mio. im Jahr 2013.

Wer heute wie CDU und FDP massiv Steuersenkungen ankündigt, der gefährdet die Umsetzung der ‚Kinderfreundlichen Stadt Kiel‘ und das Wohl der Stadt. Denn eine gute Kinderbetreuung kostet Geld. Wer gute Kinderbetreuung nicht mit öffentlichen Haushaltsmitteln finanzieren will, der verabschiedet sich von der anzustrebenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aus Sicht von SPD, GRÜNEN und SSW ist dieser Weg falsch!“

Keine Kommentare

Wahlkampfauftakt der AfA

AfA-Landeskonferenz in Neumünster

Knapp 50 Kolleginnen und Kollegen kamen aus dem Landesbereich nach Neumünster, um an der Auftaktveranstaltung der AfA und der Arbeitnehmerinitiative für Ralf Stegner teilzunehmen.

In der Begrüßungsrede ging der AfA-Landesvorsitzende Wolfgang Mädels insbesondere auf die drei Themen der AfA ein:

- Faire Löhne und Gehälter
- Unsichere Beschäftigung muss eingedämmt werden
- Stärkung von Arbeitnehmerrechten gesetzlich sichern



Faire Entgelte - Sichere Beschäftigung

war das Motto und es wurden vom Bundestagsabgeordneten Ernst Dieter Rossmann aus Pinneberg

und Birgit Malecha-Nissen, Bundestagskandidatin für den Kreis Plön und Neumünster dazu Einstiegsreferate gehalten.

Es gab eine ausgiebige Diskussion insbesondere zu den Fragen Mindestlohn, Rente mit 67 und Stärkung von Arbeitnehmerrechten, die spannend von der stellv. AfA-Landesvorsitzenden Kirsten Jöhnck moderiert wurde.

Andreas Hering, Kreisvorsitzender und Kandidat für den Landtag aus Neumünster hob die gute Zusammenarbeit mit der AfA hervor und punktierte seine Kandidatur mit der Begrifflichkeit: Gute Arbeit muss heißen, auch davon gut leben zu können.

Keine Kommentare

[SPD-Pinneberg](#) - veröffentlicht am 28.08.2009, 12:56 Uhr - 6969 Clicks - Nr. 961

Sanierung und Modernisierung der Jugendherberge Helgoland sicherstellen

Sanierung und Modernisierung der Jugendherberge Helgoland sicherstellen. Nicolai Overbeck fordert zügige Nachbewilligung der noch erforderlichen Kreiszuschüsse

Die Sanierung der Jugendherberge in Helgoland wird teurer als bislang geplant. Bislang war ein Sanierungsbedarf von rd. 3,8 Mio € eingeplant. Auf Grund von nicht vorhersehbaren Schäden und kostenträchtigen Auflagen der Denkmalschutzbehörde sind zusätzliche Sanierungskosten von rd. 600.000,00 € erforderlich.

Um die Gesamtfinanzierung in Höhe von rd. 4.4 Mio € sicher zu stellen, ist noch eine Nachfinanzierung des Kreises als einer der vier Zuschussgeber in Höhe 52.000,00 € erforderlich. Bislang beteiligt sich der Kreis mit rd. 300.000,00 € Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahme.

Bund und Land, die sich bereits insgesamt mit rd. 2,4 Mio € an den Sanierungskosten beteiligen, haben die notwendigen Mehrkosten bereits anerkannt und sind bereit weitere 400.000,00 € zur Verfügung zu stellen. Auch die Gemeinde Helgoland wird sich mit weiteren 32.000 Euro beteiligen. Aus Eigenmitteln stellt der Trägerverein zusätzlich rd. 116.800,00 € zur Verfügung.

CDU und FDP haben diesen Zuschuss bereits im Mai „brüsk“ abgelehnt “ berichtete der Helgoländer Kreistagsabgeordnete Peter Botter auf einer überparteilichen „Helgoland-Gesprächsrunde“, die vom SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Ernst-Dieter Rossmann initiiert wurde. Damit -so Botter- hänge die Sanierung „am seidenen Faden“, da bei der Gesamtfinanzierung die Beteiligung des Kreises erwartet werde.

Der Kreis muss sich zu seinem Teil dieser Gemeinschaftsaufgabe bekennen, zumal die Kostensteigerung nicht in der Verantwortung des Trägers liegt und zum Zeitpunkt der Antragstellung nicht absehbar war, fasste Nicolai Overbeck, stellv. Fraktionsvorsitzender das Ergebnis der Gesprächsrunde für die SPD zusammen. Seine Fraktion werde zu den im Herbst anstehenden Haushaltsberatungen die entsprechenden Mittel beantragen. Er setzt dabei auf einen Meinungswandel von CDU und FDP. Für ihn ist nicht vorstellbar, dass die beiden

Fraktionen eine der attraktivsten Jugendherbergen in Deutschlands mit jährlich rd. 20.000 Übernachtungen und ihrer besonderen Bedeutung für den Tourismus der Insel „so einfach hängen lassen“.

Auch Rossmann warb nachdrücklich für den Kreisanteil. Er konnte aus dem Gespräch von den weiteren Teilnehmern seiner Gesprächsrunde positive Signale für eine zusätzliche Kreisförderung mitnehmen, die ihm die Vertreter aus den Fraktionen der Grünen, der Wählergemeinschaft und den Linken signalisierten.

Keine Kommentare

[AfA Steinburg](#) - veröffentlicht am 28.08.2009, 13:59 Uhr - 3574 Clicks - Nr. 962

Wahlauf Ruf und Termine

Liebe Genossinnen und Genossen,
der gemeinsame Termin für die Bundes- und die Landtagswahl rückt näher.

Am 27. September 2009 wird entschieden, ob in Berlin und Kiel die konservativen Parteien CDU und FDP eine regierungsfähige Mehrheit bekommen oder ob die Wählerinnen und Wähler eine strukturelle linke Mehrheit haben wollen.

Auch wenn die Umfragewerte nicht für uns sprechen, so müssen wir doch alles daran setzen, dass auf Bundesebene unser Jörn Thießen direkt gewählt wird. Nur dann ist gewährleistet, dass die Interessen der Westküste auch nach der Bundestagswahl in Berlin gut vertreten werden.

Die Direktwahl von Jörn ist sicher keine leichte, aber eine machbare Aufgabe. Lasst uns alle für dieses Ziel kämpfen. Überzeugt Freunde, Nachbarn und Verwandte davon, Jörn Thießen die Erststimme zu geben. Noch schöner wäre natürlich, wenn mit der Zweitstimme unsere SPD gewählt würde. Lasst uns also für Jörn und die SPD kämpfen. Frei nach Berthold Brecht:

„Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat verloren!“

Auch unsere Landtagskandidaten benötigen eure Unterstützung. Es würde ein Zeichen setzen, wenn sowohl Birgit Herdejürgen im Wahlkreis Steinburg Ost als auch Stefan Bolln im Wahlkreis Steinburg West das Direktmandat gewinnen. Wir sollten alles daran setzen, dass unser schönes Schleswig-Holstein nach dem 27. September von einem ehrlichen Ministerpräsidenten, von Ralf Stegner regiert wird, einem Ministerpräsidenten, der sich auch selber vertraut.

Lasst uns gemeinsam kämpfen für die SPD, für Jörn Thießen, für Birgit Herdejürgen und für Stefan Bolln!

Mit roten Grüßen
Bernd Schwutzke
(AfA-Kreisvorsitzender)

PS:

Besucht bitte auch die folgenden AfA-Veranstaltungen:

Sonntag, 30.08.2009 in Glückstadt

- ab 09:30 Café Klingbeil, Am Markt 7

Klönschnack mit Stefan Bolln

- ab 11:00 Restaurant und Hotel Raumann, Am Markt 5 - 6
politischer Frühschoppen mit Jörn Thießen und Stefan Bolln

Sonnabend, 05.09.2009 in Itzehoe

- ab 09:30 Café Phaenomenon, Berliner Platz 8
Klönschnack mit Birgit Herdejürgen
- ab 11:00 Café Schwarz, Breitenburger Straße 18
politischer Frühschoppen mit Jörn Thießen und Birgit Herdejürgen

Keine Kommentare

[Jörn Thießen](#) - veröffentlicht am 28.08.2009, 14:37 Uhr - 11146 Clicks - Nr. 963

Peer Steinbrück in Itzehoe

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) kommt am 3. September nach Itzehoe. Auf dem Berliner Platz wird er eine Rede zu aktuellen politischen Themen und insbesondere der Bewältigung der Wirtschaftskrise halten.

Die SPD Steinburg wird mit einem Infostand vertreten sein. Hier haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit mit ihrem Bundestagsabgeordneten Jörn Thießen und ihrer Landtagsabgeordneten Birgit Herdejürgen ins Gespräch zu kommen. Das Publikum kann sich an einem Getränkestand erfrischen und die Gläserne Konditorei des Stadtcafés Marne sorgt mit einer großen Torte für das leibliche Wohl.



Sie sind herzlich eingeladen:

Kundgebung mit Peer Steinbrück

Am 3. September, 14 Uhr auf dem Berliner Platz in Itzehoe

Keine Kommentare

[SPD-Osterrönfeld](#) - veröffentlicht am 28.08.2009, 16:15 Uhr - 2859 Clicks - Nr. 964

Schulprojekt Infotafel für Kriegsgräberstätte

Im Mai 2009 stellte die SPD-Fraktion Osterrönfeld einen Antrag auf Errichtung einer Infotafel an der Kriegsgräberstätte Schäferkatenweg. In diesem Zusammenhang regte die SPD-Fraktion an, das Vorhaben in Form eines Projektes einer Schule anzubieten. In der jüngsten Sitzung des Kulturausschusses der Gemeinde wurde nun bekannt gegeben, dass Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Schacht-Audorf die Infotafel während einer Projektarbeit erstellen werden.

Jedes Jahr wird in Osterrönfeld der Kriegstoten am Volkstrauertag gedacht. Unter anderem werden Kränze an der Kriegsgräberstätte Schäferkatenweg niedergelegt. Dort gibt es bisher aber keine Hintergrundinfos über die in Osterrönfeld zu beklagenden Kriegsoffer. Allen Interessierten sollte diese Möglichkeit jedoch gegeben werden, so die Meinung der SPD-Fraktion. Zusammen mit der älteren Generation von Osterrönfelder Bürgern und deren Wissen sollen nun Schüler der Audorfer Regionalschule die Hintergrundinformationen zusammentragen und eine Infotafel gestalten. Die Gemeinde stellt die Materialkosten für diese Infotafel bereit, um die Erinnerung an die Kriegstoten weiterhin zu erhalten.

Wir können gespannt sein auf die Arbeit der Schüler.
Den Antrag können Sie hier lesen [[mehr](#)]

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 28.08.2009, 16:36 Uhr - 2322 Clicks - Nr. 965

SPD-Fraktion gegen Veräußerung der Kindergartenfläche

Zu den Plänen der Verwaltung, eine Gemeinbedarfsfläche im Siedlungsgebiet Kauslund-Osterfeld umzuwidmen und zu veräußern, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Trost:



„Es gibt viele Beispiele dafür, wie schwer es ist, in Siedlungsgebieten eine Gemeinbedarfsfläche zu sichern. Auch wenn es nach Ansicht der Verwaltung zur Zeit zur Zeit keinen Bedarf für einen Kindergarten oder andere soziale Zwecke gibt, sollte man diese Option nicht leichtsinnig verschenken.“

Helmut Trost fügt hinzu: "Eine solche Vorgehensweise ist kurzsichtig. Denn das kurzfristige Interesse an Verkaufserlösen darf nicht dazu führen, dass für alle Zeiten die Möglichkeit beseitigt wird, hier das zu schaffen, was die Bürgerinnen und Bürger in jedem Stadtteil benötigen: eine angemessene soziale Infrastruktur."

Hintergrund:

Das Grundstück Christine-Christiansen-Straße 1 ist zur Zeit als eine „Gemeinbedarfsfläche für sozialen Zwecken dienende Einrichtungen“ festgesetzt. Die Verwaltung hat eine Initiative zur „2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Kauslund-Osterfeld“ (Nr. 235) ergriffen, um dieses zu verändern (Ratsvorlage RV-85/20009 vom 03.08.09). Der Fachbereich Kommunale Immobilien möchte diese Fläche als Bauland verkaufen.

Kommentar von [Thomas Möller](#) vom 01.09.2009, 10:34 Uhr:

RE: SPD-Fraktion gegen Veräußerung der Kindergartenfläche

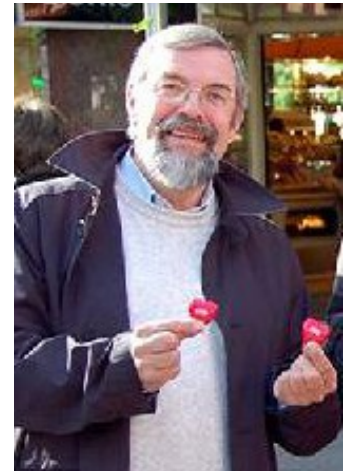
Hallo, ich kann der Aussage nur zustimmen. Mir ist es ein Rätsel wie man darauf kommen kann, daß es keinen Bedarf an einem Kindergarten gibt. Wir als Anwohner bedauern es, daß nicht längst ein Bau stattgefunden hat. Wer kleine Kinder hat wird wissen, daß in Flensburg eine Anmeldung über Jahre notwendig ist um überhaupt einen Kindergartenplatz zu bekommen. Wenn man Glück hat bekommt man einen Platz schneller - der dann am anderen Ende der Stadt liegt. Für Berufstätige nicht gerade schön und für das soziale Umfeld der Kinder nicht sinnvoll. In Richtung Osten wächst die Stadt stetig weiter und jedes Neubaugebiet bedeutet auch immer wieder kleine Kinder. Was Bauland anbelangt sollte sich die Stadt eher darauf konzentrieren die vorhandenen Freiflächen besser zu positionieren. Die restlichen Grundstücke sind verwahrlost und zugewuchert, das fördert nicht unbedingt die Verkaufschancen wenn die Grundstücke ohnehin einen schlechten Schnitt, schlechte Bodenverhältnisse und/oder eine mittelmäßige Lage haben. Da ergibt es wenig Sinn ein weiteres Grundstück zu öffnen, welches als großes Eckgrundstück ohnehin unpopulär ist. Irgendwann sollte die Bebauung eines Neubaugebietes auch abgeschlossen sein, die wenigsten hier wollen in 10 Jahren noch "auf einer Baustelle" wohnen. Das geht den Bewohnern anderer Wohngebiete sicher nicht anders. Die stete Neueröffnung neuer Baugebiete fördert nicht gerade den Verkauf bestehender Grundstücke und streckt daher die Bauzeiten auf Jahre hinaus. Gruß, Thomas Möller

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 28.08.2009, 18:47 Uhr - 5270 Clicks - Nr. 966

Alle drei beitragsfrei Dosen und Rosen vor Kieler Kitas

Zur Verteilaktion am Montag vor Kieler Kitas zum Thema „Alle drei beitragsfrei“, bei der für die Beitragsfreiheit aller drei Kindergartenjahre ab 2013 geworben wird, erklärt der SPD-Kreisvorsitzende Rolf Fischer:

Die SPD hat in Schleswig-Holstein durchgesetzt, dass das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei ist. Nun wollen wir erreichen, dass ab 2013 alle drei Jahre für die Eltern kostenlos sind. Dadurch wollen wir es noch mehr Kindern ermöglichen eine Kindertagesstätte zu besuchen, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.



Für dieses Vorhaben werben wir - die Kieler Kandidaten zur Bundes- und Landtagswahl: Hans-Peter Bartels, Rolf Fischer, Jürgen Weber und Bernd Heinemann - bei der Aktion Alle drei beitragsfrei - Dosen und Rosen vor Kieler Kitas am Montag, 31.08.2009.

Eltern erhalten dabei beim Eintreffen an der Kindertagesstätte einen Informationsflyer und eine Rose. Die Kinder bekommen eine rote Brotdose.

Sie finden die Kandidaten an folgenden Orten:

Hans-Peter Bartels: KiTa Jettkorn, Jettkorn 3-5 Kiel-Elmschenhagen, ab 8:00 Uhr

Rolf Fischer: AWO-Kinderhaus an der Schanze, Kiel-Friedrichsort, ab 8:30 Uhr

Jürgen Weber: AWO Kinderhaus, Sibeliusweg 2, Kiel-Mettenhof, ab 8:00 Uhr

Bernd Heinemann: Kreisauer Ring 111, Kiel- Wellsee, und KiTa Einstein, Grönhorst 10, Kiel-Meimersdorf ab 7.30 Uhr

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 28.08.2009, 19:47 Uhr - 40332 Clicks - Nr. 967

„Populismus nützt niemandem – am wenigsten den Fischern“

Mit Befremden reagiert die SPD Europaabgeordnete Ulrike Rodust auf die Äußerungen des schleswig-holsteinischen Fischereiministers anlässlich einer Fachkonferenz in Heiligenhafen am Donnerstag.



„Dass Herr von Boetticher bei einer solchen Veranstaltung populistisch formuliert, ist in Wahlkampfzeiten ja noch zu verstehen, aber seine Brüssel-Schelte ist schon ziemlich doppelzüngig“, erklärte Rodust, die für ihre Fraktion die Arbeit im EP-Ausschuss für Fischerei koordiniert.

Tatsächlich lauere in Brüssel kein „bürokratisches Meer-Ungeheuer“, wie von dem Minister behauptet, so Rodust. Das von der Kommission im Frühjahr vorgelegte Grünbuch zur Meerespolitik befinde sich zurzeit in der Konsultation, „also an einem Punkt, an dem konstruktive Beiträge seitens der Verantwortlichen auch auf regionaler Ebene erwünscht und

nötig sind – nicht populistische Rundumschläge!“ Mit Staatssekretär Lindemann hatte der schleswig-holsteinische Fischereiminister am Donnerstag einen entsprechenden Ansprechpartner an seiner Seite: schließlich nimmt das CSU-geführte Bundeslandwirtschaftsministerium, das die Reform der gemeinsamen Fischereipolitik übrigens ausdrücklich begrüßt, an den Verhandlungen des Fischereirats teil.

Auch dass Europa etwa in Form der von von Boetticher kritisierten Kontrollverordnung tätig wird, läge nicht an gelangweilten Bürokraten, so Rodust weiter, sondern vielmehr daran, dass die Nationalstaaten bei der Umsetzung von längst gefassten Beschlüssen versagt hätten: „Dass ist sicher auch dem Fischereiminister klar, aber den Fischern vermeintlich nach dem Mund zu reden war vielleicht zu verlockend“. Klar sei in jedem Fall, dass in der Gemeinsamen Fischereipolitik noch einiger Reformbedarf besteht, deshalb habe der Fischerei-Ausschuss am 22. April auch positiv auf das Grünbuch der Kommission reagiert: „Schließlich liegt eine bessere und fairere Fischereipolitik im ureigensten Interesse der Fischer.“

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.08.2009, 09:42 Uhr - 5219 Clicks - Nr. 968

Den Atomausstieg konsequent umsetzen!

In einer Talkrunde mit Reinhard Münchenhagen berichtete Helmut Trost darüber, wie er die Auseinandersetzungen um die richtige Energiepolitik ganz persönlich erlebt hat: An meinen ersten „Besuch“ in Schleswig-Holstein erinnere ich mich noch als ob es gestern war: Es war der 28. Februar 1981. Eiskalter Wind fegte über die Wilster Marsch. Rund 100.000 Menschen nahmen an der bis dahin größten Demonstration gegen die Kernkraft teil. Wir Gütersloher Jusos waren dabei, wollten den Bau des Atomkraftwerkes Brokdorf verhindern. Tieffliegende Hubschrauber jagten uns über die zugefrorenen Gräben, das bedrohliche Knattern der Rotoren direkt über unseren Köpfen höre ich noch heute. Jahre später lernte ich Schleswig-Holstein von einer anderen Seite kennen. Ich arbeitete als Schulbuchautor, besuchte das Forschungsprojekt GROWIAN (Große Windenergieanlage) und entwickelte dazu eine Unterrichtseinheit für den Politikunterricht. Heute lebe ich in Flensburg, arbeite hier im Rat einer Stadt, die einen Klimapakt geschlossen hat und bundesweit als Vorreiter bei der Kraft-Wärme-Koppelung gilt. In der Fördestadt ist man auf dem richtigen Weg, und ich will im Land alles dafür tun, damit Schleswig-Holstein den Atomausstieg konsequent umsetzt und die Nutzung erneuerbarer Energie massiv ausbaut.

--

Foto: Herbert Ohms

Kommentar von [Lauryn Kluz](#) vom 15.06.2011, 16:02 Uhr:

RE: Den Atomausstieg konsequent umsetzen!

Es geht den Firmen immer nur um ihr Einkommen. Sie denken nie an die Umwelt, Hauptsache sie bekommen ihren Gewinn. Nun sprechen die Konzerne davon, dass nicht genügend Energie produziert würde ohne die Atomkraft, doch das ist erneut nur eine der vielen Ausreden um den Ausstieg aus der Atomkraft zu bremsen. Auch die Regierung möchte den Energieriesen entgegenkommen, indem sie ihnen die Erlaubnis erteilen, die Stromkontingente der 7 Atomkraftwerke, die ab sofort ausgeschaltet werden sollen, auf jüngere Kraftwerke zu überschreiben. Ich finde die großen Firmen und die Politiker sollten nicht nur auf ihren Profit achten, sondern mehr auf die Umwelt. Ich werde weiterhin gegen die Atomkraft vorgehen.

[SPD-Glücksburg](#) - veröffentlicht am 30.08.2009, 00:56 Uhr - 2867 Clicks - Nr. 969

GRILLFEST beim OV GLÜCKSBURG, EHRUNG langjähriger MITGLIEDER

Beim diesjährigen Grillfest des OV Glücksburg ehrten gemeinsam Wolfgang WODARG und Lothar HAY sowohl Hans-Werner WIGGERS als auch Klaus-Dieter NEUMANN für 40-jährige Parteimitgliedschaft.

Den Glückwünschen schloß sich der Kreisvorsitzenden Flensburg-Schleswig Dirk PEDDINGHAUS an.

Zur Urkunde und einer Willy Brandt Münze in Silber gab es vom OV Vorsitzenden Hermann Jobben noch einen Blumenstrauß

Die anschließenden Gespräche erbrachten für den einen oder anderen Wahlkampfauftritt noch gute Ideen und Aktionen.

Alle waren sich darin einig, dass ein engagierter Wahlkampf notwendig ist, um für beide Kandidaten erfolgreich zu sein.

Keine Kommentare

[Dr. Wolfgang Wodarg](#) - veröffentlicht am 30.08.2009, 13:32 Uhr - 6087 Clicks - Nr. 970

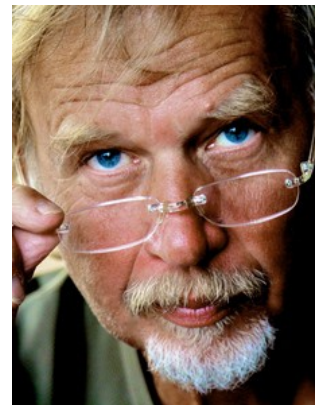
PRESSE-ECHO: Schweinegrippe - Gefahr durch neuen Impfstoff?

Der folgende Artikel von Stephan Richter erschien in der heutigen Ausgabe von "Schleswig-Holstein am Sonntag" auf der Seite 1.

von Stephan Richter / shz

Neuer Wirbel um die Massenimpfung gegen Schweinegrippe

Der Flensburger Gesundheitsexperte Dr. Wolfgang Wodarg warnt vor Nebenwirkungen und bekommt Unterstützung aus der Bundesärztekammer.



Berlin/Flensburg

Seit Wochen warnt der Arzt und SPD-Bundestagsabgeordnete Wodarg vor dem "Geschäft mit der Angst". Von der Massenimpfung gegen die Schweinegrippe, die im Oktober starten soll, profitiere nur die Pharmabranche. Jetzt erhält er Unterstützung. Der Vizepräsident der Bundesärztekammer, Frank Ulrich Montgomery, erklärt im Magazin "Focus", er wolle niemandem Angst machen, "aber es beunruhigt, dass die verwendete Kombination von Verstärkersubstanz und Impfstoff nicht nach den normalen Standards getestet ist".

Wodarg ging gestern noch einen Schritt weiter. "Für eine Massenimpfung mit neuartigem Impfstoff, wie dies hier vorgesehen ist, wären nicht 'normale' Standards notwendig, sondern höhere", sagte er Schleswig-Holstein am Sonntag. Schließlich sollen 20 bis 30 Millionen gesunde Bürger zweimal gegen die "Schweinegrippe" geimpft werden. Dazu müssten Impfstoff und Verstärkersubstanz viel länger erprobt werden, zumal bei der verwendeten Verstärkersubstanz nach Erkenntnissen des pharmakritischen "Arzneimittel-Telegramms"

Nebenwirkungen nicht ausgeschlossen werden können. "Wenn nur ein Promille der Geimpften erkranken, haben wir es mit Zehntausenden Betroffener zu tun", sagte Wodarg.

Fast nebenbei erfuhr der Experte am vergangenen Mittwoch im Gesundheitsausschuss des Bundestag, dass ein anderer Impfstoff gegen die "Schweinegrippe", der auf Kulturen wächst, die aus Krebszellen bestehen, nicht zum Einsatz kommen wird. Wodarg hatte wochenlang gegen den Einsatz des Impfstoffs gekämpft.

Sein Rat an Risikopatienten: Die ganz normale Grippe-Schutzimpfung reicht.

WWW.WODARG.DE

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 30.08.2009, 15:41 Uhr - 2228 Clicks - Nr. 971

SPD Barsbüttel: Seniorenbeirat erhalten

„Die Gemeindevertreter der SPD werden aufgefordert, sich für Erhalt und Neuwahl des Seniorenbeirats und die zusätzliche Einrichtung eines Seniorenbeauftragten für die Gemeinde Barsbüttel einzusetzen.“ Diesen Beschluss fasste einstimmig die Mitgliederversammlung der SPD Barsbüttel.



Vorausgegangen waren eine ausführliche Darstellung der Vorgänge vor der Sommerpause durch die Fraktionsmitglieder, als die Ersetzung des Seniorenbeirates durch einen Seniorenbeauftragten in der Diskussion war, und eine lebhafte Diskussion über damalige Versäumnisse. Es war ein Fehler, räumte der Fraktionsvorsitzende Hermann Hanser ein, nicht mit dem Seniorenbeirat zu sprechen, sondern über ihn. Jetzt sei klar, dass die SPD gegen die Abschaffung des Seniorenbeirates ist, der ja einst auf ihren Antrag hin eingerichtet wurde. Landtagskandidat Martin Habersaat fand: „Wichtig ist es, das ehrenamtliche Engagement zu würdigen, das dort geleistet wird. Mit Beirat und Beauftragtem werden wir die wichtigen Themen angehen können.“ Diese hatte Hanser in seiner Darstellung klar benannt: Neue Wohnprojekte für Senioren, eine trägerunabhängige Beratungsstelle und ein Konzept für den Umgang mit Demenzkranken. Ab 10. September wird sich der Hauptausschuss der Gemeinde Barsbüttel mit dem Thema beschäftigen, der Seniorenbeirat ist zu dieser Sitzung eingeladen.

19 Mitglieder und zwei interessierte Gäste hatten an der Versammlung teilgenommen, in deren Rahmen auch Dagmar Henning verabschiedet wurde. Die langjährige Gemeindevertreterin und ehemalige Bürgervorsteherin Barsbüttels zieht in einigen Wochen mit ihrem Mann nach Süddeutschland. Ihr Nachfolger in den Ämtern als Bürgervorsteher und SPD-Vorsitzender, Jörg Kiencke, lobte das langjährige Engagement Dagmar Hennings und wünschte ihr für den neuen Lebensabschnitt alles Gute. Dagmar Henning: „Ich lege meinen Umzug extra so, dass ich Martin Habersaat noch in den Landtag wählen kann, das ist nämlich ein Guter.“ 2004 folgte Dagmar Henning Martin Habersaat als Ortsvereinsvorsitzende der SPD Barsbüttel, nachdem dieser den SPD-Kreisvorsitz übernommen hatte.

Jutta Plöger stellte das parteiunabhängige Projekt der Ämterlotsen vor, an dem sie und bisher fünf weitere Barsbüttlerinnen und Barsbüttler mitwirken. Ziel des Projekts ist es, bedürftige Personen bei Amtsgängen zu unterstützen und zu beraten. Jutta Plöger: „Es können gerne noch viele weitere Menschen mitmachen!“

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 30.08.2009, 17:46 Uhr - 4250 Clicks - Nr. 972

Kinderfest in Oststeinbek

Allein die liebevoll handgearbeiteten Spiele sind es wert, das jährliche Kinderfest der SPD Oststeinbek einmal zu besuchen, das in diesem Jahr zum 24. Mal stattfand. Bundestagskandidatin Gesa Tralau und Landtagskandidat Martin Habersaat hatten sich die Zeit genommen und probierten die verschiedenen Stationen gleich aus. Geschicklichkeit, Schnelligkeit und Fingerfertigkeit waren gefragt beim Rennen von Hase und Igel oder auf der vor allem bei den Kindern beliebten Rollbahn.

Frank Stendel, der Vorsitzende der SPD Oststeinbek, stellte fest, dass man leider aber alle vier Jahre Pech mit dem Wetter habe – 2009 war es mal wieder so weit. Umso besser sind also die Aussichten für 2010, wenn es das 25. Jubiläum zu feiern gilt.



Mehr Fotos: [hier](#).

SPD Oststeinbek online: www.spd-oststeinbek.de.

Keine Kommentare

[SPD-Fraktion Flensburg](#) - veröffentlicht am 30.08.2009, 21:07 Uhr - 2432 Clicks - Nr. 973

Angelburger Straße und Hafermarkt nicht schwächen!

Kritische Haltung zum Projekt Einkaufszentrum Adelbylund

Die SPD wird eine planerische Schwächung der Angelburger Straße nicht akzeptieren. Das war das eindeutige Ergebnis einer Fraktionssitzung vor Ort sowie vieler Gespräche mit Geschäftsinhabern, Kunden und Anwohnern. „Es geht nicht an, dass diese Straße zusammen mit dem Hafermarkt mit großem Aufwand saniert wird und dieser Erfolg wenig später durch neue Planungen zunichte gemacht wird“, so der Fraktionsvorsitzende Helmut Trost.

„Die Angelburger Straße und der Hafermarkt hatten noch nicht einmal die Zeit, sich von der schwierigen Bauphase zu erholen. Und jetzt wird auf Wunsch eines Investors eine Planung aufgelegt, die das Erreichte wieder gefährdet“, macht Trost klar und zeigt überhaupt kein Verständnis für diese Vorgehensweise:



„Es kann nicht angehen, dass bestimmte Gebiete auf Kosten anderer gestärkt werden. Stadtplanung muss ganzheitlich geschehen, die Auswirkungen auf das Umfeld dürfen nicht einfach ausgeblendet werden. Wir haben die ganz große Sorge, dass die positiven Ansätze in der Angelburger Straße wieder verschüttet werden, wenn an der Kappelner Straße ein neues überdimensioniertes Einkaufszentrum entsteht“, erläutert der Vorsitzende die kritische Haltung seiner Fraktion.

„Der begonnenen Höfesanierung auf der Südseite der Angelburger Straße und der wirtschaftlichen Erholung bei den Gewerbetreibenden würde dann die Basis entzogen“, meint die SPD und kündigt die Ablehnung der entsprechenden Ratsvorlage an: „Sicherlich muss der Bereich Adelbylund und Kappelner Straße auf Sicht städtebaulich ansprechender werden, doch nicht um den Preis der Schwächung anderer Strukturen.“

Auswirkungen hätte ein neues großes Zentrum jedoch nicht nur auf den Bereich Hafermarkt und Angelburger Straße. Auch die Folgen auf die Nahversorgung im Ortsteil Tarup seien gravierend, so die dortige SPD-Vorsitzende Simone Lange. Auch die Geschäfte entlang Adelbylund der Kappelner Straße seien bedroht.

Nachdem die SB-Filiale der Nord-Ostsee-Sparkasse auf Jürgensby geschlossen werden soll, ist der Erhalt der Filiale Hafermarkt für die Bevölkerung und die örtlichen Geschäftsinhaber von besonderer Bedeutung. Dies wurde in vielen Anwohnergesprächen deutlich. Fazit der SPD: Für die Änderung des Flächennutzungsplanes und einen Aufstellungsbeschluss zu einem sogenannten „vorhabenbezogenen Bebauungsplan Einkaufszentrum Adelbylund“ wird ihre Ratsfraktion kein grünes Licht geben.
Hintergrund:

Auf Wunsch des Investors May (Immobiliengruppe aus Itzehoe, die u.a. das Projekt DAA-Gelände realisierte) soll im Bereich Kappelner Straße/Adelbylund ein Sondergebiet Einkauf festgelegt werden. Für Teilbereiche dieses Gebietes gibt es keinen Bebauungsplan, für andere Teile ist allgemeines Wohngebiet festgesetzt. Beabsichtigt ist eine Beschlussfassung bereits in der Ratssitzung am 10. September nach Vorberatung im SUPA.

Foto:

„Die Angelburger Straße nicht unnötig schwächen!“ Unser Foto zeigt Teile der SPD-Fraktion bei der Ortsbesichtigung am Hafermarkt, links der Vorsitzende Helmut Trost.

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 31.08.2009, 09:02 Uhr - 44879 Clicks - Nr. 974

Unglaublich

Zu der heutigen Erklärung von Tobias Koch, CDU-MdL, zum Focus-Bericht zur HSH-Nordbank, erklärt SPD-Pressesprecher Amin Hamadmad:

"Dass die CDU den Medien zugespielte Indiskretionen und Teilinformationen zur HSH-Nordbank zu Angriffen gegen Ralf Stegner verwendet, war leider im Wahlkampf zu erwarten, ist aber unglaublich und schon ziemlich verlogen. Schon daran zeigt sich, in welchem Sumpf, die inzwischen allein von der CDU kontrollierte Bank versunken ist.

Die SPD und Ralf Stegner unterstützen die Arbeit des Untersuchungsausschuss in vollem Maße. Ohne die von der CDU erzwungene Neuwahl könnte der Untersuchungsausschuss jetzt zügig zu Ergebnissen kommen. Die CDU will mit solchen Angriffen ablenken vom Versagen ihres Finanzministers Wiegand, von den unwahren Erklärungen des Ministerpräsidenten gegenüber dem Landtag, von dem Skandal um die 2,9 Millionen-Halteprämie an Dr. Nonnenmacher sowie weiterer angekündigter Boni-Zahlungen zu Lasten der Steuerzahler. Unabhängig von einzelnen Punkten, die im Untersuchungsausschuss aufzuklären sind, und zu denen sich er dort selbstverständlich Rede und Antwort stehen wird, sind für Herrn Stegner in seiner Zeit als Aufsichtsratsmitglied bis 2007 die heutigen massiven Schieflagen und Skandale der Bank nicht vorhersehbar gewesen. Zu dieser Fragestellung können auch der frühere Unternehmerpräsident Prof. Driftmann, die Hamburger CDU-Senatoren Ulldal und Peiner und alle damaligen Mitglieder des HSH-Aufsichtsrats befragt werden, die das für den damaligen Zeitraum bestätigen können. Über die kritische Haltung der SPD im Landeskabinett hat der frühere CDU-Wirtschaftsminister Werner Marnette die Öffentlichkeit ja authentisch informiert.

Der gesamte Vorgang zeigt, dass es der CDU darum geht mit Verdächtigungen und Halbwahrheiten den SPD-Spitzenkandidaten zu diskreditieren und vom eigenen Versagen bei der HSH-Nordbank abzulenken. Die SPD wird den Wahlkampf weiter sachlich führen und für ihre Inhalte werben und kämpfen."

Keine Kommentare

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 31.08.2009, 11:34 Uhr - 3767 Clicks - Nr. 975

Küstenfrühstück zur HSH-Nordbank

Eigentlich könnte die Lage der HSH-Nordbank einem den Appetit verderben. Trotzdem hatte die AGS Hamburg-Mitte in den Old Commercial Room zum Frühstück geladen, um mit Ortwin Runde und Harald Christ, dem Mittelstandsbeauftragten in Frank-Walter Steinmeiers Wahlkampfteam, die Finanzkrise im Allgemeinen und die Lage der HSH-Nordbank im Besonderen zu diskutieren.

Hermann Hanser und Martin Habersaat, der sich eine verbesserte Kooperation in der Metropolregion Hamburg auf die Fahnen geschrieben hat, aus Barsbüttel waren der Einladung gefolgt, letzterer freute sich, dem Auditorium von Organisator Bernd P. Holst als „Landtagsabgeordneter in spe" vorgestellt zu werden.



Ortwin Runde verdeutlichte in seinem Eingangsreferat die Ausmaße der gegenwärtigen Finanzkrise in Deutschland und der Welt. Mit dem Finanzsystem sei das „zentrale Nervensystem" der Weltwirtschaft betroffen, die Milliarde inzwischen zu einer „normalen Recheneinheit" geworden. Folgen der Krise seien verteuerte oder nicht mehr zugängliche Kredite für den Mittelstand, obwohl die internationale Staatengemeinschaft viel Liquidität in den Markt pumpe.

Runde, ehemals Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburgischen Landesbank, ging anschließend auf die Lage der HSH-Nordbank ein. Nach seiner Einschätzung haben die Probleme der Bank ihre Wurzel im angestrebten Börsengang und dem Einstieg des privaten Investors Flowers. Es seien im Kreditsatzgeschäft zu viele Risiken eingegangen worden, das Bilanzvolumen sehr groß im Vergleich zu den Landeshaushalten Hamburgs und Schleswig-Holsteins. Die heutigen Bilanzrisiken hätten eine Größenordnung, die die Existenz der Länder gefährde; viel Leistung des Bankchefs Nonnenmacher sei für ihn bisher nicht erkennbar. Gerade wegen der möglichen

Folgen für die Länder kritisierte Runde den Rückzug der zuständigen Finanzminister bzw. Senatoren aus dem Aufsichtsrat: „Das ist eine Flucht vor der Verantwortung.“

Harald Christ ging auf die Potentiale der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten Monaten ein. Bereinigt um die staatlichen Mittel aus den Konjunkturprogrammen sei die Lage bei Weitem nicht so gut, wie momentan teilweise dargestellt. Es brauche politische Konzepte, um die Krise zu überwinden, und zu einem Streit um bessere Konzepte rief er auf. Die SPD habe ihres mit Frank-Walter Steinmeiers „Deutschlandplan“ auf den Tisch gelegt.

Martin Habersaat: „Es ist wichtig, dass es nach der Krise nicht so weitergeht wie vorher. Ich bin der festen Überzeugung, dass der Glaube der FDP, der Markt werde es schon richten, ein Irrglaube ist. Wir brauchen internationale Regeln für die Finanzmärkte, und die müssen für alle gelten. Sogenannte Oasen darf es nicht mehr geben. Staatliche Impulse sollte es vor allem für Zukunftsfelder geben, beispielsweise für die erneuerbaren Energien.“

Keine Kommentare

[SPD-Landesverband](#) - veröffentlicht am 31.08.2009, 12:45 Uhr - 47028 Clicks - Nr. 976

Schwarz-Gelb hat in Deutschland keine Mehrheit! Für Schleswig-Holstein gilt: Das

Zu den heutigen Landtagswahlen erklärt der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner:



Die Wahlergebnisse in Thüringen und im Saarland zeigen, dass Schwarz-Gelb keine Mehrheit hat. Die CDU-Ministerpräsidenten Müller und Althaus sind abgestraft worden. Dies zeigt: Ein inhaltlich profilierter Wahlkampf, so wie wir ihn in Schleswig-Holstein auch führen, kann sicher geglaubte schwarz-gelbe Umfragemehrheiten verhindern.

Die sehr hohen Verluste für die CDU zeigen, dass die Wahlen am 27. September im Bund und erst recht in Schleswig-Holstein völlig offen sind. Es wird immer klarer: Die Menschen wollen eine Politik für Arbeit, Bildung und soziale Gerechtigkeit - und sie wollen keinen Rückfall in die schwarz-gelbe Ära von Kohl und Lambsdorff.

In Schleswig-Holstein stehen wir erst ganz am Beginn eines sehr kurzen und deshalb sicher heftigen Wahlkampfes. Die Rechnung der CDU, mit dem Koalitionsbruch einen automatischen Machtwechsel zu Schwarz-Gelb herbeizuführen, ist nicht aufgegangen.

Im Gegenteil: Die CDU hat im Land Einbußen erlitten, und der Stern des Ministerpräsidenten und seiner Rumpfregierung ist im steilen Sinkflug. Der krampfhafte Versuch, eine Rot-Rot-Debatte zu inszenieren und mir in Sachen HSH Nordbank diffamierende Vorwürfe zu machen, soll von den Unwahrheiten des Ministerpräsidenten in Sachen Nonnenmachermillionen und von dem miserablen Krisenmanagement des Finanzministers in den letzten eineinhalb Jahren ablenken.

Wir erleben eine sichtbar nervöse und unsicher gewordene CDU in Schleswig-Holstein. Die CDU hat 2005 mit ihrem Kampf gegen die „Einheitsschule“ einen Reinfall erlebt und sie wird 2009 mit ihrer Polemik gegen Rot-Rot einen Reinfall erleben. Die Menschen im Norden sehen das in ihrer großen Mehrheit sehr gelassen. Die Rote-Socken-Kampagne der CDU hat einen längeren Bart als Karl Marx!

Wir haben uns zu unseren Absichten mehrfach klar geäußert:

1. Vor der Wahl kämpfen wir für eine starke SPD und werben für unsere inhaltlichen Vorstellungen – gerechte Bildung, gute Arbeit, neue Energien ohne Atom, starke Familien. Mit diesen klar profilierten Aussagen wollen wir dafür sorgen, dass die Linkspartei nicht in den Landtag kommt.
2. In der Wahl entscheiden die Wählerinnen und Wähler, und danach erst kommen die Parteien.
3. Nach der Wahl reden wir darüber mit allen demokratischen Parteien – mit Nazis redet man nicht. Wenn CDU und FDP andere demokratische Parteien und sogar Personen ausschließen, dann zeigt das nur die Machtarroganz von Schwarz-Gelb und den mangelnden Respekt vor dem Wähler. Bei uns gibt es eine solche undemokratische „Ausschließeritis“ nicht. Denn anders als durch Gespräche aller demokratischen Parteien miteinander könnte überhaupt keine Regierung gebildet werden. Und Schleswig-Holstein braucht dringend wieder eine Regierung, die sich um eine gute Zukunft des Landes statt ausschließlich um den eigenen Machterhalt kümmert.

Kommentar von [Alexandra Mallon](#) vom 04.09.2009, 13:58 Uhr:

RE: Schwarz-Gelb hat in Deutschland keine Mehrheit! Für Schl

Wer in ein Wespennest tritt darf sich nicht wundern am Ende schmerzhaft zerstoßen seine Wunden zu pflegen. Wer schwarz/gelb wählt, sollte jetzt schon Salbenpräparate horten.

Kommentar von [Uwe Rasch](#) vom 01.09.2009, 12:10 Uhr:

RE: Schwarz-Gelb hat in Deutschland keine Mehrheit! Für Schl

Ich bin der Überzeugung, dass es nur fair gegenüber dem Wähler ist wenn man vorher sagt was nach der Wahl beabsichtigt wird. Die Aussagen von Herrn Stegner sind ein Ausdruck von Beliebigkeit. Ganz in der Tradition von Simonis und Ypsilanti wird sich doch wohl irgendwo eine Mehrheit finden lassen um an die Macht zu kommen. Natürlich geht es auch der SPD wie allen anderen Parteien darum Macht zu erhalten. Der Beitrag von Herrn Stegner zeigt, dass er bereit ist um an die Macht zukommen, viele Kompromisse einzugehen und natürlich auch eine Koalition mit den Linken zu schließen. Eines haben die Landtagswahlen allerdings auch gezeigt, selbst ein Schwäche der CDU bringt keine Stärke für die SPD. Ein wenig mehr Realitätssinn sei hier Herrn Stegner ans Herz gelegt.

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 31.08.2009, 13:02 Uhr - 2164 Clicks - Nr. 977

Unsere Erde – beeindruckender Film vor beindruckender Kulisse

In Eckernförde findet vom 10. – 13. September das Internationale Natur-Filmfestival „Green Screen“ statt. In Bad Segeberg zeigten dessen Veranstalter nun den Film „Unsere Erde“, quasi als inoffizielle Auftaktveranstaltung vor besonderer Kulisse. In der Kalkberg-Arena war eine 9x16, große Leinwand aufgebaut worden, auf der mehrere Tausend Zuschauer die großartigen Filmaufnahmen bestaunen konnten. Viele von ihnen waren auf Einladung der SPD-Bundestagskandidaten Schleswig-Holsteins dabei.



Franz Thönnies, in dessen Bundestagswahlkreis Bad Segeberg liegt, hatte noch eine besondere Leckerei mitgebracht: Kleine Lebkuchenhäuschen in Form von Atomkraftwerken, die von den Gästen durch Reinbeißen abgebaut werden konnten – wenn es mit den echten doch auch so einfach wäre.

Martin Habersaat und eine Gruppe junger Menschen aus Barsbüttel waren auf Einladung „ihrer“ Bundestagskandidatin Gesa Tralau gekommen. Und hinterher von der Qualität des Films genauso überzeugt wie von der Notwendigkeit, etwas zum Schutz des Planeten Erde zu tun. Martin Habersaat: „Der Markt nimmt keine Rücksicht auf die Natur. Also gilt es, schwarz-gelb und ihren Neoliberalismus zu verhindern!“

Keine Kommentare

[SPD-Flensburg](#) - veröffentlicht am 31.08.2009, 18:10 Uhr - 4988 Clicks - Nr. 978

SPD vor allen städtischen Kitas: "Alle drei betragsfrei"

Ziel der Aktion war es, den Eltern und Familien deutlich zu machen, dass nur so die Chancengleichheit für alle Kinder erreicht werden kann. „Bildung fängt bereits im Kindergartenalter an, deshalb müssen Einstiegsbarrieren wie Gebühren abgeschafft werden“, so Helmut Trost, Landtagskandidat der SPD.



Wolfgang Wodarg ergänzt: „Bildung ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe und darf nicht von der Geldbörse der Eltern abhängig gemacht werden.“ Bekräftigt wurde auch, dass gute Bildung auch von guten Standards in den Kindertagesstätten abhängig ist. Dabei unterstützt die SPD den Ausbau der Qualitätsstandards genauso, wie die Forderungen der Mitarbeiter und Gewerkschaften nach rechtem Lohn für die verantwortungsvolle und wichtige Arbeit.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies, MdB](#) - veröffentlicht am 31.08.2009, 20:49 Uhr - 6517 Clicks - Nr. 979

Thönnies: Jetzt Vorschläge für Initiativen und Projekte einreichen

Europäisches Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung: „Ziel des Europäischen Jahres 2010 ist es, das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung zu stärken und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen zu schärfen“, so Franz Thönnies, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Soziales.



Das von der EU-Kommission ausgerufenen Europäische Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung bietet die Gelegenheit, gute Ansätze sozialer Integration bekannt zu machen und für weiteren Handlungsbedarf zu sensibilisieren. Es geht um drei große Themenfelder:

„Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern!“

„Wo ist der Einstieg? – Mit Arbeit Hilfebedürftigkeit überwinden!“

„Integration statt Ausgrenzung – Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen!“

Öffentlichkeit und Politik sollen mit dem Europäischen Jahr auf verschiedenen Ebenen für mehr Engagement gewonnen werden. Die Arbeit der Wohlfahrtsverbände, der unabhängigen Betroffenenverbände und der Initiativen freier Träger sollen Anerkennung und nachhaltige Stärkung erfahren. Zusätzlich werden Unternehmen ermutigt, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und sich freiwillig gesellschaftlich zu engagieren. Es soll deutlich werden, was jeder Einzelne und die Gesellschaft insgesamt gewinnen, wenn soziale Ausgrenzung und Armutsrisiken verringert werden. „Dabei soll den Vorurteilen und möglichen Diskriminierungen gegenüber von Armutsrisiken und Ausgrenzung Betroffenen begegnet und zugleich sollen Ansätze zu deren Überwindung aufgezeigt werden“, so Thönnies.

Bis zum 28. September 2009, können beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales Vorschläge im Rahmen des Europäischen Jahres 2010 eingereicht werden. Das Spektrum der möglichen Anträge ist breit: Für Projekte, Aktionen, Veranstaltungen und Wettbewerbe stehen aus Mitteln des Bundes und der EU-Kommission entsprechend der Nationalen Strategie rund 1,25 Millionen Euro zur Verfügung.

Zielgruppen, die durch die Projekte erreicht werden sollen, sind – neben der allgemeinen Öffentlichkeit – Kinder und Jugendliche genauso wie Ältere und Hochbetagte, oder Menschen mit Migrationshintergrund, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende, Obdachlose, oder Menschen mit mehrfachen Problemlagen. Aber ebenso deren Selbsthilfe- und Betroffenenorganisationen, Vereine, Verbände – auch aus den Bereichen Sport und Kultur –, Sozialpartner, die Medien und politische Institutionen sind aufgefordert, sich zu beteiligen. Thönnies: „Obwohl wir in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Norddeutschlands wohnen, gibt es bei uns auch Armut. Ich würde mich sehr freuen, wenn deshalb auch Vorschläge für Projekte und Aktionen gegen Armut und soziale Ausgrenzung aus den Kreisen Segeberg und Stormarn eingereicht würden.“

Nähere Informationen gibt es im Internet unter www.ej2010.de

Keine Kommentare

[SPD-Reinbek](#) - veröffentlicht am 31.08.2009, 21:40 Uhr - 2543 Clicks - Nr. 980

Kohlendioxidmessungen in Schulcontainer

Aufgeschreckt durch Berichte aus Hamburg, wo nach Informationen der Tageszeitung taz vom 27. August 2009 gefährliche Kohlendioxidkonzentrationen in Schulcontainern festgestellt wurden, hat die Reinbeker SPD-Fraktion jetzt die Stadtverwaltung aufgefordert, den Schulcontainer an der Grundschule Schönningstedt überprüfen zu lassen.

Bei Messungen an der Grundschule Bunatwiete-Maretstraße durch die Unfallkasse Nord war während einer Unterrichtsstunde eine

Kohlendioxidkonzentrationen von 2.800 ppm (parts per million) festgestellt worden; bereits ein Wert ab 1.000 ppm gilt als auffällig, Werte über 2.000 ppm hält das Bundesumweltamt für „inakzeptabel“. Die Folge in Hamburg ist, dass bereits ein Klassencontainer abgebaut wurde.

Tomas Unglaube, schulpolitischer Sprecher der Reinbeker SPD-Fraktion : „Hohe Kohlendioxidwerte schädigen die Gesundheit der Kinder; sie führen zu Müdigkeit, Kopfschmerzen und Konzentrationsmangel und behindern damit auch unmittelbar das Lernen der Kinder. Bislang gibt es keine Hinweise auf Gefährdungen der Kinder in Schönningstedt. Als



verantwortliche Kommunalpolitiker wollen wir aber durch die von uns angeregte Untersuchung Gewissheit schaffen, dass die Kinder in Schönningstedt durch die Unterbringung im Container wirklich keinen vermeidbaren Gefahren ausgesetzt werden.“ Sollten die Messungen hingegen problematische Werte ergeben, müsse sehr kurzfristig Abhilfe geschaffen werden.

Kommentar von [Bernd Uwe Rasch](#) vom 02.09.2009, 12:26 Uhr:

RE: Kohlendioxidmessungen in Schulcontainer

Durch den menschlichen Atemvorgang erhöht sich der CO₂-Gehalt der Luft von 0,03 % auf 4 %. Ein verantwortungsvoller Kommunalpolitiker sollte sich vorher überlegen was er schreibt, eine erhöhte CO₂-Konzentration in Räumen kommt durch den menschlichen Atem zustande und zwar nicht nur in einem Container. Hier hilft lüften. Um eines klarzustellen, regelmäßige Schadstoffmessungen in öffentlich genutzten Räumen sind absolut sinnvoll genauso wie eine Überprüfung auf Schimmelbefall, eine CO₂-Messung ist Geldverschwendung! Bernd Uwe Rasch

[SPD-Stormarn](#) - veröffentlicht am 31.08.2009, 21:50 Uhr - 4905 Clicks - Nr. 981

Klangvoller Wahlkampfauftakt in Bad Oldesloe

Einen klangvollen Auftakt in die heiße Wahlkampfphase legten die Sozialdemokraten am vergangenen Sonnabend mit Trommeln und Blasinstrumenten in Bad Oldesloe hin. Mit den schwungvollen Musikstücken der Marching Band „Stormarn Magic“ unterhielten sie früh am Morgen die Passanten in der Bad Oldesloer Fußgängerzone.



Franz Thönnies, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie SPD-Landtagskandidatin Susanne Danhier starteten mit der mehrfach mit Preisen ausgezeichneten Musiker-Formation aus Bad Oldesloe in die letzten vier Wochen des Bundestags- und Landtagswahlkampfes.

Gemeinsam mit der Band gingen sie durch die Fußgängerzone und warben für den Wahlkampfauftakt der Landes-SPD am kommenden Dienstag, den 2.9.2009 um 17.00 Uhr in Kiel. Wer mit einem Bus der Stormarner SPD kostenlos mit nach Kiel und wieder zurück fahren möchte, kann sich im SPD-Kreisbüro 04531 188 365 anmelden. Der Bus fährt am 2.9.2009 um 16.15 Uhr am ZOB Bahnhof Bad Oldesloe ab.

Keine Kommentare

[Jusos Segeberg](#) - veröffentlicht am 31.08.2009, 23:19 Uhr - 3401 Clicks - Nr. 982

„Fresst die AKW's, bevor sie euch fressen!“

Jusos Segeberg machen deutlich: mit der SPD hat Atomenergie keine Zukunft



Am 30.08. sahen sich zahlreiche Menschen bei klarem Himmel den Film „Unsere Erde“ im Kalkbergstadion in Bad Segeberg an. Der Film zeigt die wunderschönen Seiten unserer Erde und mahnt gleichzeitig, gut mit ihr umzugehen, um sie zu

erhalten.

Der Mensch trägt täglich dazu bei, dass viele Tier- und Pflanzenarten für immer aussterben. Um die Natur nachhaltig zu schützen, ist jeder dazu aufgerufen, sich zu engagieren und sein eigenes Verhalten zu überdenken.

Dies gilt gleichermaßen für vergängliche und gefährliche Energieträger, allen voran Atomenergie. Die Jusos Segeberg machten kreativ auf die Gefahren von Atomkraftwerken für Mensch und Natur aufmerksam. Unter dem Motto „Fresst die AKW's, bevor sie euch fressen!“ verteilten sie an die Open-Air-Kinobesucherinnen und -besucher ca. 500 essbare Atomkraftwerke, gebaut aus Butterkeksen, Schaumküssen und Waffelröllchen.

„Der große Zuspruch – nicht nur wegen der Süßigkeiten – zeigt, dass das Wissen um die Gefahren der Atomkraft und die Ängste über mögliche Zwischenfälle, wie sie in den letzten Wochen vermehrt aufgetreten sind, in weiten Teilen unserer Gesellschaft angekommen sind. Im Gegensatz zum herkömmlichen Infostand bleiben solch kreative Aktionen im Gedächtnis der Menschen“, erklärt Alexander Wagner, Sprecher des Juso-Kreisvorstands. „Insbesondere junge Menschen fühlen sich stark durch die Ablehnung von Atomenergie angesprochen. Auch deshalb werden wir bis zum Wahltag am 27. September mit weiteren Aktionen für unsere Ideen und Inhalte werben.“ so Wagner weiter. Begleitet wurde die Aktion der Jusos von Landtagskandidat Marc-André Ehlers und Bundestagskandidat Franz Thönnies. „Jusos und SPD kämpfen gemeinsam für die Ausweitung von regenerativen Technologien. Erneuerbare Energieträger schonen die Umwelt und schaffen langfristig zahlreiche Arbeitsplätze. Mit der SPD wird es keinen Ausstieg aus dem Atomausstieg geben“, so die beiden SPD-Kandidaten.

Keine Kommentare